Protokoll

der 40. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 11. Dezember 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Claudia Baumgartner (GLP), Anina Ineichen (GAB), Stefan Suter (SVP), Johannes Sieber (GLP).

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 4
3. Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK 5
4. Finanzhilfen für präventive und niederschwellige Tagesstrukturangebote der Stiftung Rheinleben für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK 12
5. Areal Tennisclub Old Boys, Schützenmatte West, Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich St. Galler-Ring, Neubadstrasse, General Guisan-Strasse, Bericht der BRK 15
6. Teilrevision des Bau- und Planungsgesetzes im Hinblick auf die Übernahme des Winterdienstes auf Trottoirs durch die öffentliche Hand sowie betreffend Ausgabenbewilligung für die Beschaffung von Winterdienstaggregaten (Pflüge und Salzstreuer) und die Durchführung des Winterdienstes auf Trottoirs der Stadt Basel durch die öffentliche Hand, Bericht der UVEK 29
6.1. Motion Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Winterdienst auf Trottoirs ist Staatsaufgabe! Bericht der UVEK 37
7. Ausgabenbewilligung Friedhof am Hörnli – Zaun- und Tormanagement, Ausgabenbericht des RR 37
8. Ausgabenbewilligung Elektromobilität in der Stadtgärtnerei; Ersatz von zwei vollelektrischen Hubarbeitsbühnen; Ersatz eines vollelektrischen multifunktionalen Geräteträgers, Ausgabenbericht des RR 39
9. Neubau Kunstrasen und Erneuerung der Beleuchtung auf der Sportanlage Rankhof – Erhöhung der Ausgabenbewilligung aufgrund neuer Gegebenheiten, Ratschlag des RR 40

Beginn der 40. Sitzung

Mittwoch, 11. Dezember 2024, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[11.12.24 09:00:17]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen folgende Mitteilung zu machen:

Neue Interpellationen

Es sind elf Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummer 142, 144, 147, 148 und 152 werden heute Nachmittag mündlich beantwortet.

Damit kommen wir zur Tagesordnung.

André Auderset möchte einen Ordnungsantrag stellen, dass wir auf die Nachtsitzung heute verzichten. Herr Auderset, Sie dürfen gerne begründen.

André Auderset (LDP): Weil ich grad draussen vorhin gefragt wurde, ob das irgendwelche taktischen Gründe hat oder parteipolitischen Gründe, nein. Warum ich jetzt schon komme, ist, damit nicht wieder das Argument kommt, jetzt habe ich doch den Babysitter schon bestellt, dann können wir jetzt gleich mal schauen. Ich finde, nachdem wir jetzt eigentlich nur Nachtsitzungen hatten, wäre es mal eine gute Gelegenheit, es mal nicht zu tun. Zum einen, wir haben zwar eine relativ volle Traktandenliste, aber sehr vieles davon, ich glaube, über ein Drittel oder sogar die Hälfte sind Anzüge, die werden ja erfahrungsgemäss nicht so wahnsinnig diskutiert, da sagt man schon mal, prüfen und berichten, das kann man ja auch mal durchlassen. Also ich gehe mal davon aus, wir kriegen das einigermassen durch. Vor allem haben wir ja insgesamt drei Tage in diesem Monat und das Budget wird uns auch nicht jetzt wirklich einen ganzen Tag beschäftigen und in der Vorweihnachtszeit haben wir vielleicht auch alle einmal eine kleine Auszeit verdient.

Ich bitte Sie also darum, dass wir heute um 18 Uhr Schluss machen können. Trotz einer Traktandenliste mit viel Plunder erhoffe ich mir ein vorfasnächtlich Wunder, nämlich einen freien Abend mit viel Genuss, mit der Familie zu Hause oder mit einem Glühwein duss. Drücken Sie bitte den richtigen Knopf.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich vertrete die Gegenposition. Ich nehme all die Geschäfte, die wir auf der Traktandenliste haben, sehr ernst. Die sind ja auch zu einem grossen Teil aus Ihrer Feder und ich finde, wenn wir uns diese Aufgaben stellen, sollten wir auch die Arbeit erbringen, diese möglichst abzuarbeiten. Ich möchte Sie auch darauf hinweisen, dass wir anders als im vergangenen Januar und im zukünftigen Januar keinen zusätzlichen Sitzungstag haben und auch der potenzielle zusätzliche Sitzungstag im September war uns dieses Jahr nicht vergönnt. Ich glaube, wir müssen die Zeit nutzen, die wir haben, auch wenn ich es auch selber anstrengend finde. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Ordnungsantrag, NEIN heisst Ablehnung und somit Nachtsitzung.

Ergebnis der Abstimmung

23 Ja, 59 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005137, 11.12.24 09:03:56]*

Der Grosse Rat beschliesst

Eine Nachtsitzung durchzuführen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir machen eine Nachtsitzung. Mit 59 Nein-Stimmen gegen 23 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen haben Sie so entschieden.

Antrag auf dringliche Traktandierung. Die BKK beantragt Ihnen, das Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028 auf nächsten Mittwoch, 18. Dezember, als letztes Sachgeschäft zu traktandieren. Die Präsidentin der BKK, Franziska Roth, hat das Wort für eine Begründung.

Franziska Roth (SP): Gerne begründe ich ganz kurz. Wir haben den Bericht für die Staatsbeiträge an die Kaserne Basel letzte Woche genehmigt in der BKK und wir haben festgestellt, dass die Liquidität der Kaserne Basel nicht ausreichend sichergestellt ist, um die Löhne zu zahlen. Wir wissen, es gäbe auch andere Wege, man könnte einen Antrag an den Regierungsrat aus dem PD stellen, die Kaserne könnte einen Kredit aufnehmen, für uns ist der Weg über die dringliche Traktandierung der effizienteste und einfachste Weg. Darum bitte ich Sie, dem zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab. Eine dringliche Traktandierung benötigt ein Zweidrittelmehr.

Abstimmung

JA heisst dringliche traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung.

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005139, 11.12.24 09:05:52]*

Der Grosse Rat beschliesst

dringliche Traktandierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird auf nächsten Mittwoch auf die Traktandenliste genommen. Sie haben mit 82 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen so entschieden.

Nun liegt zur Tagesordnung noch eine Wortmeldung von Eric Weber vor. Haben Sie einen Antrag?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe zwei Anträge. Ich rede sonst nicht heute und nächste Woche, aber zu diesen Anträgen möchte ich reden. Der erste Antrag ist, ich möchte meine Interpellation zur Polizei gleich jetzt begründen und nicht erst um 15 Uhr. Ich begründe, ich habe kein Handy mehr. Die Staatsanwaltschaft hat mir mein Handy weggenommen. Ich lebe im Gefängnis. Es kann sein, dass ich jeden Moment hier in diesem hohen Haus wieder abgeholt werde zum nächsten Verhör. Dazu sage ich nur einen Satz, damit es klar ist, ich habe keine drei Wahlumschläge gestohlen. Darum möchte ich jetzt reden. Ich habe kein Handy mehr, es wurde mir alles weggenommen, ich werde eingesperrt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, bitte geben Sie uns die Gründe, wieso wir diese Inhalte jetzt traktandieren sollen und sprechen Sie nicht über ihre Situation.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte jetzt meine Interpellation begründen, denn am Nachmittag bin ich eventuell nicht mehr hier.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das haben wir gehört. Was ist Ihr zweiter Antrag?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich komme zum Schlusssatz. In der Zelle geht nicht der Notruf. Ich habe Angst, dass ich in einer Gefängniszelle getötet werde.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, das tut hier nichts zur Sache. Haben Sie einen zweiten Antrag?

Eric Weber (Fraktionslos): Der zweite Antrag ist ganz kurz, dass man meine Verabschiedung als Grossrat jetzt macht, damit ich es mir anhören kann. Denn im Gefängnis oder bei der Staatsanwaltschaft darf ich den Livestream des Grossen Rates nicht schauen. Ich beantrage, dass man mir für die laufende Legislaturperiode, wo ich den Rücktritt gegeben habe, hier jetzt die Verabschiedung in zwei Sätzen macht, dann bin ich glücklich. Wenn Sie im Januar die Grossratssitzung haben, bin ich eh nicht hier, weil ich Wahlbeobachter bin.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, das müssen Sie uns jetzt nicht mehr sagen. Den zweiten Antrag auf die Verabschiedung von Herrn Weber, der liegt in meiner Kompetenz und ich komme dem gerne entgegen. Herr Weber hat seinen Rücktritt erklärt auf Ende Jahr, das heisst, er wird im Januar eine Pause machen und ab Februar wieder ins Parlament stossen. Wir wünschen ihm einen schönen Januar.

Der erste Antrag, der braucht ein Zweidrittelmehr. Das wäre das Vorziehen der Interpellation von Eric Weber auf jetzt unmittelbar nach diesem Traktandum. Darüber stimmen wir ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag von Eric Weber, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 84 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005141, 11.12.24 09:10:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir bleiben bei der Tagesordnung, wie sie ist. Wir haben 84 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Sie haben die Tagesordnung damit genehmigt, Geschäft 1 ist erledigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[11.12.24 09:10:49]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die vom Büro vorgeschlagenen Zuweisungen der neuen Geschäfte zu genehmigen.

3. Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

[11.12.24 09:11:13, 24.0600.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an deren Präsidenten Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): In der reichen Schweiz leben rund 735'000 Menschen unterhalb der Armutsgrenze, dies entspricht knapp 9 Prozent der schweizerischen Bevölkerung. Wie schon mehrmals erwähnt wurde, hat die Covidpandemie in den Jahren 2020 und 2021 einen Teil dieser Realität stärker ans Tageslicht gebracht. Von Armut betroffen sind überdurchschnittlich viele alleinerziehende Rentner und Rentnerinnen sowie Menschen mit tiefer Ausbildung und in prekären, schlecht bezahlten Berufen. Die Armut in der Schweiz steigt seit zehn Jahren von Jahr zu Jahr an, wir sollten uns also nicht von den tiefen Sozialhilfequoten täuschen lassen. Armut hat zugenommen und ist sichtbarer geworden, auch bei uns in Basel.

Die Sozialziele in der Bundesverfassung, namentlich die Artikel 12 und 41, sind insgesamt sehr schwach, es lassen sich daraus keine verbindlichen Sozialrechte auf Bundesebene ableiten. Der Auftrag aus der Bundesverfassung ist somit klar nicht erfüllt und die Ziele aus der Agenda 2030, die Armut zu halbieren, wird leider meistens verfehlt. Armut ist ein strukturelles Problem und kein rein individuelles, deshalb sind neben all den richtigen und wichtigen Unterstützungsleistungen für armutsbetroffene Menschen dringend auch strukturelle Verbesserungen zu erschaffen und staatliche Hindernisse abzubauen.

In Basel tun wir das sehr gut. Es bestehen spezifische Herausforderungen, wie beispielsweise das Fehlen von bezahlbarem und günstigen Wohnraum, zudem ist trotz Mindestlohn die Zahl an Working Poor angestiegen. Es bestehen vielseitige soziale Risiken, die sich auch im Nichtbezug von Sozialhilfe ausdrücken. Neben den staatlichen finanziellen Unterstützungsleistungen und kantonalen Angebote der Überlebenshilfe sind die von den Betroffenen gut genutzten Hilfsangebote und privaten Trägerschaften im Bereich Armut von entscheidender und grosser Bedeutung. Die erneute Verlängerung des Gesamtpakets von sozialen Einrichtungen ist deshalb ein ganz wichtiges Paket. Vor allem im Bereich der Armut und der Überlebenshilfe ist die Prävention und die Hilfeleistung von Armutsbetroffenen entscheidend und aus dem sozialen Basel nicht mehr wegzudenken. Das Gesamtpaket unterstützt niederschwellige Organisationen mit unterschiedlichen Hilfsangeboten, Ausrichtungen und Zielgruppen.

Der Regierungsrat beantragt für insgesamt neun Einrichtungen im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die kommenden vier Jahre bis 2028 Staatsbeiträge von insgesamt 7'654'855 Franken. Dies sind pro Jahr rund 1,9 Millionen Franken. Die Beträge an die Trägerschaften variieren von jährlich 628'000 Franken, zum Beispiel an die IG Wohnen, als höchster Beitrag bis zu 60'000 Franken an die Winterhilfe Basel als tiefster Beitrag. Die Erhöhung gegenüber dem bisherigen Staatsbeitrag beträgt insgesamt knapp 200'000 Franken inklusive den Teuerungsausgleich pro Jahr. Sechs der neun Einrichtungen erhalten einen höheren Staatsbeitrag, zwei haben keine Erhöhung beantragt und bei einer Einrichtung wurde die Erhöhung abgelehnt.

Die GSK hat den Ratschlag an drei Sitzungen behandelt. Der Departementsvorsteher des WSU sowie der Leiter der Sozialhilfe haben an den Beratungen teilgenommen. Zusätzlich hat die Kommission stellvertretend zwei Einrichtungen, namentlich die Genossenschaft Overall und der Verein Treffpunkt Gundeli zu einem Hearing eingeladen. Dieser Einblick war sehr spannend und sehr lehrreich. Wir haben uns dieses Mal bewusst für kleinere Organisationen, die der GSK noch nicht so bekannt waren, entschieden, um sie einzuladen.

Die GSK begrüsst es, dass der Regierungsrat für die neue vierjährige Leistungsperiode Staatsbeiträge an die im sozialen Basel bekannten Organisation der Armut und Überlebenshilfe spricht. Diese sind gut begründet und werden von der Kommission gar nicht in Frage gestellt. Die Erhöhung bei den sechs Einrichtungen begründen sich unterschiedlich. Im Vordergrund steht dabei eine grössere Beanspruchung der Leistungen und des Personals sowie aufgrund der Anpassung des Angebots und der notwendigen Ausweitung des Stellenetats. Ebenso spielen auch bei den sozialen Einrichtungen der Rückgang von Drittmitteln und die Gefahr von strukturellen Defiziten eine entscheidende Rolle für die Erhöhungsanträge.

Die GSK beantragt Ihnen einstimmig, allen einzelnen Grossratsbeschlüssen zu den neuen Einrichtungen zuzustimmen. Die Enthaltungen bei den Abstimmungen in der Kommissionsberatung beruhen allein auf den Befangenheitsgründen von

einzelnen Kommissionsmitgliedern, die durch das Ausüben von Funktionen in der Leitung oder der strategischen Führung bei den einzelnen Institutionen innehat. Besten Dank für die Zustimmung zu allen neun einzelnen Grossratsbeschlüssen, für die Einrichtungen, die ich nun hiermit einzeln erwähne, und gleichzeitig für ihre wertvolle Arbeit für die armutsbetroffenen Menschen im Namen der Gesundheits- und Sozialkommission verdanke.

Es betrifft den Grossratsbeschluss 1, der Verein Budget und Schuldenberatung Basel, Fachstelle Plusminus mit einem Betrag von insgesamt 1'417'220 Franken, Verein für Gassenarbeit Schwarzer Peter mit einem Beitrag von insgesamt 1’116’833 Franken, Verein Gassenküche Basel mit einem Beitrag von insgesamt 880’000 Franken, Verein IG Wohnen mit einem Beitrag von insgesamt 2’500’000 Franken, Verein Internetcafé Planet13 mit einem Beitrag von insgesamt 320’000 Franken, die Genossenschaft Overall, das Angebot Wörking mit rund 412’000 Franken, der Verein Treffpunkt Glaibasel mit einem Beitrag von insgesamt 376’000 Franken und der Verein Treffpunkt Gundeli mit einem Beitrag von insgesamt rund 380’000 Franken und abschliessend den Verein Winterhilfe Basel-Stadt mit einem Beitrag von insgesamt 224’000 Franken.

Das heisst, Sie müssen neun Mal gemäss der GSK und dem Antrag der GSK diesen Beiträgen zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir sprechen hier heute jetzt über das soziale Basel. Trotz unserem Wohlstand, unserem gut funktionierenden Wirtschaftsstandort gibt es Armut bei uns in der Stadt, Menschen, die mit tiefen Einkommen auskommen müssen. Wir als Stadt und als Kanton haben die Aufgabe und auch die Pflicht, hier eine finanzielle Grundsicherung zu leisten. Wir tun dies als Staat bei der finanziellen Existenzsicherung mittels der Sozialhilfe, aber auch mit ganz vielen Transferleistungen, die es gibt, sei es für die Mietzinsbeiträge, für die Krankenkassenprämienverbilligungen, sei es aber auch bei Menschen mit AHV- oder IV-Renten, mit der Ergänzungsleistung, dies für die finanzielle Sicherstellung der Menschen mit tiefen Einkommen oder tiefen Renten.

Darüber hinaus ist es aber gut und wichtig, dass es auch private Anbietenden gibt im Bereich der Armuts- und Überlebenshilfe. Heute sprechen wir über diesen Sammelantrag für alle diese neun Institutionen, die in diesem Bereich tätig sind. Das sind Organisationen, die ein sehr grosses Engagement an den Tag legen, auch mit Freiwilligenarbeit, mit Spendengeldern und wir unterstützen das zusätzlich mit finanziellen Mitteln aus Steuermitteln. Dabei geht es um Treffpunkte in den Quartieren, wo Menschen hinkommen. Auch wenn die finanzielle Sicherung sichergestellt ist, ist es wichtig, dass hier die sozialen Kontakte stattfinden können.

Es geht um den Verein Gassenküche, der einen sehr günstigen Zugang zu Essen sicherstellt, oder auch um die Gassenarbeit Schwarzer Peter, der aufsuchende Sozialarbeit macht hier auf den Strassen und Plätzen unserer Stadt. Es geht um die Budget- und Schuldenberatung der Fachstelle plusminus, es geht um Unterstützung im Bereich des Wohnens durch IG Wohnen, es geht um den Bereich des digitalen Zugangs im Internetcafé Planet13 und auch im Bereich der Arbeitsintegration durch das Projekt Wörking. Alles Organisationen, die wichtig sind, einen wichtigen Beitrag leisten. Die meisten dieser Organisationen habe ich auch in den vergangenen vier Jahren besucht und ganz direkt erlebt, was für einen wichtigen Beitrag sie leisten für diese Menschen mit tiefen Einkommen bei uns in unserer Stadt.

Nicht ganz einverstanden bin ich mit der Aussage, dass die Armut gestiegen ist im Kanton Basel-Stadt. Ich habe diese Zahlen nicht. Die Sozialhilfezahlen sind sinkend seit Jahren bei uns und auch die Anzahl der Anspruchsberechtigten ist sinkend. Und wir wollen ja gerade sicherstellen, auch mit unseren Transferleistungen, dass nach diesen Leistungen eben das Existenzminimum gesichert ist.

Wichtig sind diese Institutionen aber auch insbesondere, und da haben wir wirklich einen grossen Punkt bei den Menschen, die Anspruch hätten, aber diesen nicht beziehen, weil dort reden wir wirklich von Armut von Menschen, die dieses Geld nicht haben, die zu wenig haben zum Leben und gerade bei diesen Menschen, die aus irgendwelchen Gründen nicht diese soziale Leistungen in Anspruch nehmen, dort leisten diese neun Organisationen einen enorm wichtigen Beitrag, weil da haben sie eine Möglichkeit, ohne dass sie zur Sozialhilfe kommen müssen oder einen Antrag stellen müssen für Sozial-, Transferleistungen, dass sie Unterstützung bekommen. Da leisten diese neun Organisation einen noch wichtigen Beitrag, nämlich bei den Menschen, die wir als staatliche Institution nicht erreichen.

Ich bin der Kommission sehr dankbar um das Behandeln dieser Staatsbeiträge, auch um die quasi einstimmige Unterstützung der Anträge des Regierungsrates. Die sind im Einklang auch mit diesen Institutionen ausgehandelt, auch sehr klar geschaut, was notwendig ist, wo Erhöhungen notwendig sind und wo auch nicht, und wir haben hier einen sehr breiten Konsens, der mich sehr freut. Es zeigt, dass wir im Bereich der Armutsbekämpfung in diesem Kanton gemeinsam unterwegs sind. Deshalb danke ich auch in diesem Bereich insbesondere all diesen Organisationen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre Arbeit, die sie tätigen für das soziale Basel, ich danke auch der Sozialhilfe und den anderen sozialen Organisationen im Kanton und der Stadt und ich danke der Kommission und ihrem Präsidenten für die Behandlung dieses Geschäfts und beantrage Ihnen, dem Antrag des Regierungsrates und der GSK zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und es hat sich zuerst Fleur Weibel für das GAB gemeldet.

Fleur Weibel (GAB): Ich möchte nur kurz zu den Staatsbeiträgen an die neun privaten Trägerorganisationen sprechen und weil es ein unumstrittenes Geschäft ist, dem trotzdem auch den Platz geben, den es verdient, und ich freue mich auch sehr, dass diese Staatsbeiträge so unumstritten durch den Grossen Rat gehen.

Wir vom GAB möchten die Bewilligung der Staatsbeiträge und auch der Erhöhung der Staatsbeiträge mit unserem grossen Dank verknüpfen an diese Einrichtungen, die im sozialen Basel unverzichtbar sind. Im Namen der Fraktion GAB danke ich also den neun Institutionen, ich erwähne sie jetzt nicht nochmals namentlich, für ihr professionelles Angebot, das sie bereitstellen für die Menschen am Rande der Gesellschaft und ihnen eine Teilnahme am sozialen Leben ermöglichen, die Räume schaffen, die ohne Stigmatisierung besucht werden können, und für das Schaffen von Stabilisierung für Menschen, die in prekären Lebenssituationen am Rande des Existenzminimums leben. Nicht selbstverständlich und besonders verdankenswert ist dabei auch das hohe Mass an freiwilligem und ehrenamtlichem Engagement, das in diesen Einrichtungen geleistet wird. Das kann man nicht genug hervorheben, wie wichtig dieser Einsatz und dieses Engagement ist.

Mit einer gewissen Sorge nehmen wir zur Kenntnis, dass in allen Einrichtungen eine zunehmende Belastung durch psychisch auffällige Personen verzeichnet und berichtet wird. Diese Zunahme und überhaupt das Thema psychische Gesundheit muss der Kanton in den nächsten Jahren im Auge behalten und, wo immer möglich, unterstützend und begleitend eingreifen und zur Seite stehen. Auch muss sich der Kanton und wir Steuerzahler*innen uns darauf einstellen, dass in Zukunft mehr Mittel für diese wichtige Arbeit dieser neun Trägerschaften bereitgestellt werden müssen, da sich abzeichnet, dass Stiftungen und Kirchen mit ihren Spendenbeiträgen rückläufig sind. In diesem Sinne begrüssen wir von Seiten des GAB, dass die Regierung auf die meisten Erhöhungsanträge der Einrichtungen eingegangen ist und dass die Regierung auch hier die Teuerung ausgleicht, um eine versteckte Beitragskürzung zu verhindern.

Wir stimmen dem Ratschlag in dieser vorliegenden Form sehr gerne zu.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Wie sowohl der Kommissionspräsident als auch der Regierungsrat und nun gerade Fleur Weibel bereits ausgeführt haben, beantragt Ihnen die GSK, die Staatsbeiträge für neun wichtige soziale Einrichtungen im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028 zu sprechen. Diese Einrichtungen sind nicht nur Anlaufstellen, sondern ein Ort der sozialen Interaktion für Menschen in prekären Lebenslagen. Ob obdachlos, von Armut betroffen, psychisch belastet oder von sonst Problemen gezeichnet, die neun Organisationen bieten Menschen in Not Unterstützung dabei, wieder Halt zu finden und ihr Leben möglichst selbstbestimmt zu gestalten. Die finanziellen Mittel an Organisationen wie unter anderen an die Gassenküche, die Gassenarbeit Schwarzer Peter oder die Winterhilfe sind nicht nur eine Unterstützung, sondern eine wichtige Voraussetzung, um die sozialen Dienstleistungen, die sozialen Angebote in unserem Kanton aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln.

Die Arbeit dieser Organisationen, das haben uns die Hearings mit Overall zum Angebot Wörking und dem Treffpunkt Gundeli eindrücklich gezeigt, gehen weit über die unmittelbare Hilfe hinaus. Sie bedeutet für viele Menschen die Möglichkeit, wieder Teil der Gesellschaft zu werden und Anschluss und Unterstützung zu finden. Institutionen wie plusminus oder das Internetcafé Planet13 sind Orte, an denen Armut nicht nur gemildert, sondern auch aktiv bekämpft wird. Und auch die IG Wohnen und der Treffpunkt Glaibasel bieten wie alle genannten Angebote nicht nur materielle Unterstützung, sondern sind auch ein Ort der sozialen Kontakte und der Beratung.

Die Armut in Basel hat sich in den letzten Jahren verschärft. Die steigenden Lebenshaltungskosten, insbesondere für Mieten und tägliche Grundbedürfnisse, treffen gerade die Haushalte mit den geringsten Einkommen besonders hart. Immer mehr Menschen, die ohnehin schon in prekären Verhältnissen leben, sind auf Unterstützung angewiesen. Eben solche Unterstützung bieten die genannten neun Organisationen, alle mit einem etwas anderen Fokus, aber alle mit den Menschen im Zentrum. Und die Menschen stehen dabei nicht bloss im Zentrum der Angebote, sondern es setzen sich auch sehr viele Menschen ehrenamtlich mit viel Herzblut und Engagement ein. An dieser Stelle ist es mir deshalb ein Anliegen, auch im Namen der SP-Fraktion, den Menschen zu danken, die sich engagieren und mit ihrer Arbeit und ihrem Einsatz das Leid anderer tagtäglich mindern. Herzlichen Dank.

Die finanzielle Unterstützung durch den Kanton ist ein Beitrag, denn wir hier und heute für die Menschen in weniger privilegierten Situationen leisten können. Im Namen der SP-Fraktion empfehle ich Ihnen deshalb, den insgesamt neun Staatsbeiträgen zuzustimmen, damit die Organisationen ihre wichtige Arbeit zur Linderung der Not von Menschen in unserer

Stadt weiterführen können. In einer Zeit, in der immer mehr Menschen am Rande der Gesellschaft stehen, sind diese Angebote ein unverzichtbarer Teil des sozialen Netzwerks von Basel-Stadt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde verzichten die beiden Herren zu meinen Rechten. Damit kommen wir zu insgesamt neun Abstimmungen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1, Verein Budget- und Schuldenberatung (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005145, 11.12.24 09:29:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Budget- und Schuldenberatung Basel (Fachstelle Plusminus), werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 1'417'220 (Fr. 354’305 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 93 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Wir kommen zur Beratung des Grossratsbeschlusses 2, Verein Gassenarbeit (Seite 9 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005146, 11.12.24 09:30:15]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein für Gassenarbeit Schwarzer Peter werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 1'116'833 (Fr. 279'208 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich als Staatsbeitrag bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 92 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 3, Verein Gassenküche (Seite 10 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005147, 11.12.24 09:30:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Gassenküche Basel werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 880‘000 (Fr. 220’000 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 92 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 4, Verein IG Wohnen (Seite 11 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikations- und Referendumsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005148, 11.12.24 09:31:31]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein IG Wohnen werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 2'512'000 (Fr. 628’000 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 91 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 5, Internetcafé Planet13 (Seite 12 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005149, 11.12.24 09:32:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Internetcafé Planet13 werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 320’000 (Fr. 80’000 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 93 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 6, Genossenschaft Overall (Seite 13 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005150, 11.12.24 09:32:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Genossenschaft Overall für das Angebot Wörking werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 412'280 (Fr. 103’070 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 91 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 7, Treffpunkt Glaibasel (Seite 14 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005151, 11.12.24 09:33:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Treffpunkt Glaibasel werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 376'524 (Fr. 94'131 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 92 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 8, Treffpunkt Gundeli (Seite 15 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005152, 11.12.24 09:34:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Treffpunkt Gundeli werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 380'000 (Fr. 95’000 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 93 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 9, Verein Winterhilfe (Seite 16 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005153, 11.12.24 09:34:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Winterhilfe Basel-Stadt werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 240’000 (Fr. 60’000 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 94 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

4. Finanzhilfen für präventive und niederschwellige Tagesstrukturangebote der Stiftung Rheinleben für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

[11.12.24 09:34:42, 24.0710.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Präsidenten der GSK, Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Für uns ist es wahrscheinlich selbstverständlich, eine Tagesstruktur zu haben. Der Tag ist entweder durch unsere Arbeit, durch Übernahme von Sorgeaufgaben für Kinder, Angehörige oder Partner und Partnerinnen oder auch eines politischen Amts strukturiert. Manchmal braucht es aber wenig und eine Tagesstruktur ist plötzlich nicht mehr so selbstverständlich. Bei längerer Erwerbslosigkeit, Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit stellen sich sehr schnell existenzielle Fragen und eine sinnerfüllte Tagesstruktur ist nicht mehr zwingend vorhanden. Deshalb sind tagesstrukturierende Angebote wie beispielsweise Arbeitsplätze im zweiten Arbeitsmarkt oder aktivierende unterstützende und niederschwellige Angebote zur Gestaltung des Tages bei Menschen mit Einschränkungen von grosser Bedeutung. Eine Tagesstruktur ermöglicht soziale Teilhabe, bringt Menschen in Kontakt zueinander, fördert den Selbstwert und die Selbstbestimmung, ergibt Sinnhaftigkeit und ist schlussendlich entscheidend für die Gesundheit. Menschen ohne Tagesstruktur sind einsamer und kränker.

Die Stiftung Rheinleben ist eine der grössten und in der Region anerkannte Leistungsanbieterin in Behindertenhilfe mit Fokus auf Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen. Die vielfältigen Angebote der Stiftung Rheinleben fördern die soziale Teilhabe, die Selbstbestimmung und die Eigenverantwortung. Ihre Angebote dienen der Prävention und der Frühintervention und haben den Zweck, Folgekosten zu verhindern. Zudem stabilisieren sie die Gesundheit der Betroffenen und verhindern stationäre Eintritte. Insgesamt bietet die Stiftung Rheinleben niederschwellige Leistungen für psychisch beeinträchtigte Menschen mit oder ohne IV-Leistungen.

Der Regierungsrat beantragt die Weiterführung der Finanzhilfen zugunsten der Stiftung Rheinleben für zwei Tagesstrukturangebote für psychisch beeinträchtigte Personen für die kommenden vier Jahre von 2025 bis 2028. Mit der erhöhten Finanzierung soll dem zu erwartenden Anstieg der Nutzungszahlen vorausschauend begegnet werden. Gesamthaft belaufen sich die Finanzhilfen für die vier Jahre auf maximal 7’285’044 Franken. Es handelt sich dabei aber um Kostendächer. Es handelt sich dabei um das Tagesstrukturangebot für präventive Leistungen an noch nicht IV-Rentner in der Höhe von insgesamt 5’800’000 Franken sowie um das Tagesstrukturangebot für niederschwellige Leistungen an IV-Renten und Rentnerinnen in der Höhe von insgesamt 1’400’000 Franken.

An zwei Sitzungen hat die GSK den Ratschlag behandelt und begrüsst die Vorlage und erachtet die Tagesstrukturangebote für beide Zielgruppen als sehr wichtig. Es sind keine grundsätzlichen Bedenken oder Fragen aufgetaucht. Besonders für Menschen, die noch nicht eine IV-Rente zugesprochen haben, sind die präventiven Leistungen entscheidend, um eine Tagesstruktur sicherstellen zu können und somit den Selbstwert aufrechtzuerhalten bzw. diesen zu stärken. Wie Sie wissen, können langwierige IV-Abklärungen über mehrere Jahre dauern und dies führt oft zu einer Verschlechterung des Gesundheitszustands.

Die für die kommenden vier Jahre geplante Angebotsausweitung reagiert auf die Entwicklung dieser Nachfrage. Die ist wieder so hoch wie vor der Pandemie und die gesamtgesellschaftliche Entwicklung lässt auf einen weiteren Zuwachs schliessen. Die Soll-Zahlen 2023 wurden überfüllt und die zusätzlichen Leistungen mussten aus Drittmittel finanziert werden. Die Nachfragesteigerung entsteht insbesondere bei den jüngeren Alterskategorien und gerade hier ist die Sicherstellung der Leistungen einer Tagesstruktur von grosser Bedeutung. Die Angebotsausweitung hat zur Folge, dass die maximale Ausgabenhöhe wesentlich erhöht werden musste. Wie erwähnt, es handelt sich um ein Kostendach und es werden nur die effektiven Arbeitsstunden bezahlt werden. Es ist aber richtig, das Kostendach entsprechend den Prognosen zu erhöhen, damit nicht plötzlich die Leistungen nicht mehr in Anspruch genommen werden können, wenn denn der Bedarf da ist.

Der Leistungsbezug bei den beiden Tagesstrukturangeboten ist sehr unterschiedlich und hängt wesentlich von der individuellen Situation ab. Von kurzer intensiver Inanspruchnahme bis hin zu regelmässigen länger dauernden Besuchen mit kleinem Aufwand. Die Verteilung der Standorte ist für die Bezugsdichte ebenfalls von Bedeutung, neu hat die Stiftung Rheinleben ein Tagesstrukturangebot auf dem Gelände der UPK. Dies ist sehr erfreulich, diese Leistung wird von der Stiftung Rheinleben selbstständig finanziert.

Im Namen der GSK bedanke ich mich bei der Stiftung Rheinleben für ihre wertvolle Arbeit für Menschen mit psychischer Erkrankung. Die GSK beantragt Ihnen einstimmig, beiden Grossratsbeschlüssen zuzustimmen, dem Grossratsbeschluss 1 für präventive Tagesstrukturangebote der Stiftung Rheinleben für die kommenden vier Jahre sowie dem Grossratsbeschluss 2 für die niederschwelligen Tagesstrukturangebote der Stiftung Rheinleben ebenfalls für die kommenden vier Jahre. Besten Dank für Ihre Zustimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Kaspar Sutter für den Regierungsrat das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Auch hier sprechen wir über das soziale Basel. Wir stellen fest, die Anzahl an psychischen Beeinträchtigungen, sie nimmt stetig zu und das ist auch der Grund, weshalb wir Ihnen hiermit eine deutliche Erhöhung des Beitrags an die Stiftung Rheinleben beantragen. Die Zusammenarbeit mit der Stiftung Rheinleben, die funktioniert sehr gut. Sie leistet ein wichtiges Angebot im unterstützenden und präventiven Bereich und wir wollen entsprechend den steigenden Zahlen bei den Menschen, die das benötigen, auch hier die Leistung der Stiftung Rheinleben erhöhen. Deshalb dieser Erhöhungsantrag, den wir Ihnen hier vorlegen.

Das Ziel ist die Förderung der sozialen Integration. Es ist die Unterstützung von Menschen in Krisen und in Übergangsphasen und damit möchten wir auch vermeiden, dass stationäre Unterbringungen notwendig sind oder vielleicht auch sogar, dass eine Berentung einer IV-Rente nicht gesprochen werden muss. Es leistet also auch im Sinne des Staates einen sehr wichtigen Beitrag und natürlich einen sehr enorm wichtigen Beitrag für die betroffenen Menschen. Es handelt sich dabei einerseits um ein präventives Angebot, das geht um eine Frühintervention. Man will damit auch einen Drehtüreffekt verhindern, das heisst, dass ein stetiger Ein- und Austritt aus einer Akuteinrichtung notwendig ist, und es soll eine soziale Stabilisierung stattfinden. Diese Leistungen, die sollen niederschwellig sein, so dass sie von den Menschen auch beansprucht werden.

Wie der Präsident der Kommission bereits ausgeführt hat, die Anzahl an Menschen, die diese Leistungen benötigen, sie ist deutlich gestiegen und entsprechend erhöhen wir auch für die nächste Leistungsperiode die Kontingente um 46 Prozent bei den präventiven Leistungen und um 18 Prozent bei den niederschwelligen Leistungen. Die Gesamtkosten für vier Jahre belaufen sich dann auf 7,3 Millionen Franken. Wir haben da ein öffentliches Interesse. Ich habe es schon angesprochen, die präventiven Angebote, sie tragen seit vielen Jahren bei zur Stabilisierung des Gesundheitszustandes der Betroffenen. Sie können damit Individualität, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit verhindern oder verringern. Auch eine Unterbringung in stationären Einrichtungen soll dank den vorbeugenden Angeboten möglichst verhindert werden.

Wie gesagt, der Bedarf ist hoch, so hatten wir in den Jahren 2019 jeweils eine Auslastung von 140 Prozent und von 108 Prozent, je nach Leistungsgruppe, nach dem Rückgang während der Coronazeit sind wir heute wieder auf den Vor-Covid-Zahlen mit leicht steigender Tendenz und deshalb ist es wirklich wichtig, dass wir diese Leistungen ausdehnen und ausweiten. Das Geld wird aber nur ausbezahlt, wenn auch wirklich diese Fälle da sind, also von dem her, wenn, was ja auch zu hoffen wäre, wir nicht diese hohen Zahlen haben, wenn das der Fall wäre, dann wäre entsprechend auch der finanzielle Beitrag wieder tiefer.

Die Stiftung Rheinleben, sie ist eine verlässliche Leistungserbringerin in diesem Bereich und von uns sehr geschätzt. Das öffentliche Interesse, es ist dargelegt, die GSK hat das geprüft und ist zum gleichen Schluss gekommen, ohne diese finanzielle Unterstützung wäre eine Aufrechterhaltung dieser notwendigen Leistung nicht möglich. Wir haben damit auch eine Leistung, die eigentlich einzigartig ist, auch in der Schweiz. Es ist ein sehr gutes und ein sehr wichtiges Angebot und deshalb möchte ich Sie bitten, dem Antrag des Regierungsrates zuzustimmen und auch ich möchte mich bedanken bei der Stiftung Rheinleben, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch der Kommission für die gemeinsame Behandlung dieses Geschäftes.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich gebe der ersten Fraktionssprecherin das Wort, es ist Fleur Weibel für das GAB.

Fleur Weibel (GAB): Ich mache es ganz kurz, möchte aber auch diese Finanzhilfe für die präventiven und niederschwelligen Tagesstrukturangebote der Stiftung Rheinleben nicht unkommentiert lassen. Das GAB stimmt dieser Finanzhilfe vollumfänglich zu und möchte auch diese Finanzhilfe mit einem sehr grossen Dank verknüpfen. Dieser Dank geht an die Stiftung für ihre wichtigen Unterstützungsangebote. Der Regierungsrat und auch der Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission haben es ausführt, die Stiftung Rheinleben trägt einen wichtigen Beitrag dazu bei für die soziale Teilhabe und die Förderung der Selbstbestimmung und sie wirkt präventiv und stabilisierend und das ist in diesem Bereich von enorm grosser Wichtigkeit. In diesem Sinne bedanken wir uns sehr herzlich für die wichtige Arbeit und stimmen dieser Finanzhilfe selbstverständlich zu.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde verzichten Regierungsrat Kaspar Sutter und Kommissionspräsident Oliver Bolliger. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1, präventive Tagesstrukturangebote (Seite 6 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Gesamtausgaben

2. Teuerungsausgleich

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005155, 11.12.24 09:46:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Leistungen der Stiftung Rheinleben zugunsten von Erwachsenen mit psychischen Beeinträchtigungen ohne IV-Rente werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 5'849'200 (jährlich Fr. 1'462'300), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG), bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 90 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2, niederschwellige Tagesstrukturangebote (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Gesamtausgaben

2. Teuerungsausgleich

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005157, 11.12.24 09:46:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für niederschwellige Leistungen der Stiftung Rheinleben ohne individuelle Bedarfsermittlung zugunsten von Erwachsenen mit psychischen Beeinträchtigungen werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben in der Höhe von Fr. 1'436'240 (jährlich Fr. 359'060), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG), bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 88 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

5. Areal Tennisclub Old Boys, Schützenmatte West, Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich St. Galler-Ring, Neubadstrasse, General Guisan-Strasse, Bericht der BRK

[11.12.24 09:47:02, 24.0185.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Mit dem vorliegenden Ratschlag soll ein Bebauungsplan im Bereich St. Galler-Ring, Neubadstrasse, General Guisan-Strasse festgesetzt werden, um den Bau einer Tennishalle durch den Tennisclub Old Boys Basel zu ermöglichen. Die Schützenmatte ist in Basel vor allem als Sportanlage bekannt. So gibt es hier ein Leichtathletik- und Fussballstadion, drei Rasensportfelder unterschiedlicher Grösse, ein Kunstrasenfeld, einen Tennenplatz, einen Allwetterplatz mit Beleuchtung, eine Leichtathletikhalle mit Kraftraum sowie zwei Restaurants. Auf dem vorwiegend für sportliche Zwecke genutzten Areal befinden sich ausserdem die Polizeiausbildungsstätte, ein Magazin des Tiefbauamts sowie ein Jugendzentrum. Der TCOB ergänzt das Sportangebot im westlichen Teil des Areals mit heute neun Tennisfeldern. Das Areal befindet sich in der Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse (NöI). Die Zweckbestimmung erlaubt dort grundsätzlich die Nutzungen Sport, Sicherheit, Bildung, Betreuung und Kultur sowie Infrastruktur, Versorgung und öffentliche Verwaltung. Während der Wintermonate beim Tennisclub wird seit Jahrzehnten eine Ballonhalle betrieben, die jedoch mit fossilen Brennstoffen beheizt wird.

Um den steigenden Bedarf an gedeckten Plätzen zu decken und den administrativen Aufwand der Anmietung externer Hallen zu minimieren, plant der TCOB eine dauerhafte Tennishalle. Die geplante Halle wird vollumfänglich privat finanziert. Das Projekt durchlief eine lange und sehr aufwändige Planungsgeschichte. Es wurde bereits eine Baubewilligung ausgestellt, welche wiederum über den gerichtlichen Weg durch Rekurs aberkannt wurde. Insbesondere aus Zonen rechtlichen Überlegungen musste die Bauherrin einen neuen Anlauf nehmen und eine Sondernutzungsplanung durchführen. Nur deswegen hat dieses Geschäft nun zu uns gefunden.

Während der Erarbeitung des vorliegenden Bebauungsplans wurde das Hallenprojekt im Dachbereich angepasst. Damit nimmt der Tennisclub wesentliche Kritikpunkte auf, die gegen die damalige Baupublikation eingebracht wurden. So wurden in den Einsprachen damals Sorgen zu Gebäudehöhen sowie zu störenden Lärm- und abendlichen Lichtimmissionen aufgrund der mit entsprechenden Installationen versehenden Dachplätzen formuliert. Das überarbeitete Projekt entspricht nun grundsätzlich immer noch dem Ursprungsprojekt. Anders in Erscheinung tritt jedoch das Dach, da auf die technischen Aufbauten wie Ball-Fang-Zaun und die Beleuchtungsmasten verzichtet werden kann. Stattdessen wird das Dach nun grossflächig begrünt und wie beim Ursprungsprojekt bereits vorgesehen wird, auf einem untergeordneten Teil des Daches ausserdem eine Photovoltaikanlage installiert.

In den Beratungen in der Kommission nahm eine fehlende Gesamtplanung für den gesamten Perimeter der Schützenmatte einen grossen Stellenwert ein. Insbesondere die im Ratschlag aufkommende gleichzeitige Evaluation eines Sekundarschulstandorts auf demselben Areal führte zu grosser Verunsicherung, dass das Areal in Zukunft noch weiter und unkoordiniert überbaut wird. Gemäss der Kommissionsmehrheit soll die Schulraumplanung jedoch nicht dazu führen, dass an den aktuell 27 kantonal evaluierten Schulstandorten ein Planungs- und Entwicklungsstopp für andere Nutzungen eintritt. Es ist aber absehbar, dass künftig nur ein kleiner Teil dieser Standorte tatsächlich für Schulen genutzt wird. Zudem erachtet die Kommissionsmehrheit es als unwahrscheinlich, dass das Planungsamt nach einer Rückweisung des Geschäfts wesentlich konkretere Aussagen vorlegen würde. Ein Teil der Kommission stört sich explizit an der Praxis, dass eine Parzelle in der Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse im Baurecht an Private abgegeben werden soll. Der Bedarf einer Tennishalle wird von diesem Teil der Kommission anerkannt. Zudem verstärkte sich der Trend, dass unentgeltlich genutzter Raum zunimmt, solchem mit Konsumzwang weichen muss.

Aus diesen Überlegungen heraus wurde Antrag auf Rückweisung des Ratschlags an den Regierungsrat mit der Vorgabe der Ausarbeitung einer Gesamtplanung der gesamten Sportanlagen gestellt. Die BRK hat den Antrag auf Rückweisung des Geschäfts mit dem Auftrag zur Erstellung einer Gesamtplanung für den Perimeter mit 7 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Ein weiterer Antrag betrifft eine öffentliche Nutzung der Plätze. Der Antrag wurde damit begründet, dass der TCOB auf Kosten des derzeit polysportiv genutzten Rasens eine Halle mit zusätzlichen zwei Plätzen, einer Zuschauertribüne und Fitnessbereich errichten möchte. Die Antragstellenden beanstandeten, dass die Zonenkonformität in der NöI ohne den Zugang für Nichtmitglieder nicht ausreichend gegeben seien. In seiner Stellungnahme erklärte der TCOB, dass auch Nichtmitglieder Zugang zu den Plätzen erhalten sollen. Diese Absichtserklärung wurde zudem im Ratschlag vermerkt. Es wurde daher als folgerichtig angesehen, diese Regelung im Bebauungsplan noch konkreter festzuhalten.

Ein Teil der Bau- und Raumplanungskommission vertrat jedoch die Auffassung, dass die Aufnahme eines solchen Details in den Bebauungsplan zu weit gehe, obwohl das Anliegen selbst als berechtigt angesehen wurde. Die Erwähnung der Absicht im Kommissionsbericht wurde dennoch begrüsst. Betriebswirtschaftlich sei sinnvoll, die Halle optimal auszulasten, daher spreche nichts dagegen, die Nutzung der Halle gegen Entgelt auch Nichtmitgliedern zu ermöglichen. Aus der Diskussion heraus wurde ein Gegenantrag formuliert, den Zugang für Nichtmitglieder auf die zwei neu geschaffenen Plätze zu beschränken. Zudem wurde angemerkt, dass die bisherigen Rasenflächen, die der Halle weichen müssen, kaum genutzt würden, da sie häufig gesperrt seien.

Die Kommission unterstützt mit deutlicher Mehrheit die Ergänzung des Bebauungsplans, wonach die geplante Halle im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten für eine breite Öffentlichkeit zugänglich ist. Insbesondere sollen auch Nichtmitglieder die Plätze mieten können. Dieser Antrag wurde mit 10 zu 2 Stimmen gutgeheissen. Diese Anpassungen sollen die Quartierverträglichkeit verbessern und den rechtlichen Anforderungen der Planung auf der Zone für die Nutzung im

öffentlichen Interesse entsprechen. Die aktuelle Planung schafft die Grundlage für eine modernisierte und nachhaltigere Nutzung der Schützenmatte im westlichen Teil des Areals. Die Kommission erkennt den hohen Stellenwert der sorgsamen Flächennutzung im dichtbesiedelten Kanton Basel-Stadt. Sie würdigt das Engagement des TCOB, eine moderne und nachhaltige Infrastruktur in Eigenregie zu schaffen. Die Halle wird insbesondere für die Tennisschule mit über 300 Kindern und Jugendlichen eine wichtige Rolle spielen.

Die Kommission hat die Anliegen der Einsprechenden sorgfältig geprüft. Durch die Redimensionierung des Projekts einschliesslich einer niedrigen Bauhöhe und dem Verzicht auf Dachplätze wurde die Quartierverträglichkeit verbessert. Der Bedarf an Tennisplätzen bleibt jedoch unbestritten, gerade in der Peripherie werden immer mehr Tennishallenplätze verdrängt durch andere Nutzungen. In der Folge werden weite Fahrwege notwendig, was umständlich und nicht ökologisch ist. Das Projekt stellt auch eine nachhaltige Alternative zur bisherigen fossilen Beheizung der Ballonhalle dar.

Die BRK beantragt dem Grossen Rat mit 7 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung, den vorliegenden Bebauungsplan anzunehmen. Die geplante Tennishalle bietet eine zukunftsweisende Lösung für den Tennissport in Basel und trägt zur Diversität des Sportangebots bei, ohne die öffentliche Hand finanziell zu belasten. Die Kommission dank dem Regierungsrat und beteiligten Fachpersonen für die Zusammenarbeit und ersucht den Grossen Rat um Zustimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht für den Regierungsrat an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Tennisclub Old Boys hat eine hundertjährige Geschichte und zehn dieser 100 Jahre ist er jetzt schon dran, die alte Ballonhalle abzulösen, die alte Ballonhalle, die auch nicht mehr zeitgemäss ist und nicht mehr ökologisch ist. Der Kommissionspräsident hat die lange Geschichte geschildert, ich denke, ich gehe jetzt da nicht mehr im Detail darauf ein, aber es ist mir doch sehr wichtig festzuhalten, dass die Regierung dieses Projekt unterstützt. Einerseits, weil es eben vielen Menschen eine Sportmöglichkeit gibt im Winter, auch jungen Menschen, und wir haben das Projekt deswegen auch aus dem Swisslos-Sportfonds unterstützt. Es ist ein wirklich sehr sinnvolles Projekt und es ist sehr viel Herzblut und auch privates Engagement da dabei. Wir finden es wichtig, dass auch diese Wintertrainingsmöglichkeiten unterstützt werden und ich bitte Sie deshalb, diesem Bebauungsplan zuzustimmen und ich bin jetzt gespannt auf eine lebhafte Debatte und werde mich zu einzelnen Punkten je nach Verlauf da nochmals zu Wort melden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion wird diesem Projekt zustimmen. Es wird Zeit, dass wir nun endlich auch als Kanton Basel-Stadt zeigen können, dass wir eine Sportstadt sind und dass wir Sportstadt können. In vielen anderen Bereichen wollen wir das ja auch sein, aber hier mangelt es immer mal wieder in einzelnen Bereichen. Wir haben sehr viele verschiedene Sportarten, wo wir tätig werden müssen, sei es beim Tennis, sei es beim Schwimmen, sei es bei Eisflächen und man hat es wahrscheinlich auch im privaten Umfeld gesehen, dass die Nachfrage nach Tennis in den letzten Jahren oder Jahrzehnten doch ganz klar angestiegen ist und da ist es auch wichtig, dass wir hier als Kanton Basel-Stadt reagieren und hier entsprechend gute Infrastruktur genehmigen bzw. zur Verfügung stellen.

Wenn wir jetzt dieses Projekt ansehen, dann muss ich Ihnen sagen, verstehe ich den starken Widerstand hier nicht wirklich. Das Projekt wurde sehr stark redimensioniert, man hat es so ausgestaltet, dass es quartierverträglich sein wird. Es stimmt zwar, dass Grünflächen verschwinden, allerdings werden hier nicht verschiedene Sportarten gegeneinander ausgespielt. Die Möglichkeit für die Fussballvereine bleibt weiterhin erhalten und es ist auch nicht so, dass der Nutzungsdruck an diesem Ort derart gross ist. Wir haben dort einen grossen Park, wo auch sehr viele andere Freizeitangebote stattfinden können. Es ist eine andere Angelegenheit, wie beispielsweise in Kleinbasel, wo wir viel weniger Grünflächen haben. Und, das hat auch Regierungsrätin Keller gesagt, wir haben dort auch eine gewisse Sporttradition, dass dort verschiedene Sportarten funktionieren und laufen, das hat sich hier im Kanton Basel-Stadt auch stark eingebürgert. Zudem, und das hat auch der Kommissionspräsident gesagt, haben wir hier auch einen Kompromiss in der BRK erzielen können bzw. die Mehrheit konnte sich durchsetzen, dass wir im Bebauungsplan auch diese öffentliche Zugänglichkeit noch etwas konkretisieren konnten. Dementsprechend haben wir hier auch bei dieser Halle einen Mehrwert für die Gesamtbevölkerung.

Und dann kommt jetzt noch diese Argumentation mit dieser Gesamtschau, dass eventuell auch mal ein Schulraum geplant wird und da muss ich dann schon sagen, da greift dann schon auch etwas die Meinung der BRK-Minderheit etwas zu kurz. Wenn wir jetzt sagen, es fehlt an Gesamtschau, eventuell könnte hier eines Tages mal ein Schulraumprojekt geplant werden, ja, dann müssten wir ja jedes Projekt in diesem Kanton bekämpfen, weil irgendeinmal in zehn oder 20 Jahren vielleicht mal ein Schulhaus dort stehen könnte. Also das kann jetzt wirklich nicht die Argumentation sein, dann müssen wir jetzt jedes Projekt, welches in den Grossen Rat kommt, zurückweisen, nein, in 20 Jahren kann dann irgendwie ein Schulprojekt dort geplant werden und deshalb lehnen wir das ab. Das ist doch keine Argumentation, weshalb wir hier dringend benötigte

Sportinfrastruktur ablehnen. Selbstverständlich soll die Schulraumplanung hier weiterlaufen parallel dazu, das unterstützen wir auch und es wird auch sicherlich in diesem Bereich genügend Angebote geben.

Und wenn ich Sie bis jetzt noch nicht überzeugt habe, dann erlaube ich mir zum Schluss vielleicht noch folgendes, ich gehe mal davon aus, sehr viele in diesem Raum haben in den besten Zeiten von Roger Federer am Fernseher gehangen, teilweise Grand Slams gesehen über mehrere Stunden, bei diesen Duellen zwischen Federer und Nadal oder Federer und Djokovic und was würden wir jetzt hier als Kanton Basel-Stadt für ein Signal senden, wenn wir hier jetzt sagen, dass wir eine Tennishalle ablehnen, den Breitensport ablehnen, es sehr vielen Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen verunmöglichen, Tennis zu spielen, weil wir nicht bereit sind, die nötige Infrastruktur dafür bereitzustellen. Bei den Swiss Indoors waren wir immer bereit für dieses Turnier, wir haben in den letzten Jahren unseren politischen Fokus sehr stark auf dieses Turnier gelegt, sei es beim Bau der St. Jakobshalle oder auch beim finanziellen Beitrag, dass dort auf dem Platz das Wort Basel steht. Dort waren wir bereit dafür, hier gibt es grosse Opposition gegen den Breitensport, gegen den Sport für Kinder und Jugendliche und das ist dann schon auch etwas widersprüchlich.

Dementsprechend, wenn wir für Spitzensport auch in Zukunft sind, wenn wir auch wollen, dass wir in zehn oder in 20 oder in 30 Jahren vielleicht wieder einen Roger Federer aus Basel haben, dann sollten wir doch dem hier zustimmen, dass wir hier auch zeigen können, dass wir heute Sportstadt sein können und sind. Wir haben heute eigentlich einen Grand Slam und wir haben gerade Matchball. Verwerten wir doch diesen Matchball direkt mit einem Ass, stimmen diesem Projekt zu, welches sehr sinnvoll ist und ich bin davon überzeugt, die Mehrheit der Bevölkerung wird uns dabei applaudieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Lea Wirz.

Lea Wirz (GAB): Im Namen des GAB beantrage ich Ihnen die Rückweisung des vorliegenden Ratschlags an den Regierungsrat. Sollte dieser Antrag scheitern, werden wir das Geschäft in einer weiteren Abstimmung ablehnen. Es ist mir an dieser Stelle sehr wichtig zu betonen, dass es uns nicht gegen den Tennissport geht. Wir können sehr gut nachvollziehen, dass der Tennisclub diese Ballonhalle, die in die Jahre gekommen ist, ablösen will durch eine neue Halle. Darum geht es uns hier nicht, auch wenn wir vielleicht nicht alle passionierte Tennisspieler*innen sind. Vielmehr geht es uns um die mangelnde Gesamtplanung und den Verlust der öffentlich nutzbaren Fläche.

Im Rahmen der Veröffentlichung des Ratschlages wurde zum ersten Mal publik, dass die Schützenmatte als potenzieller Standort für eine dringend benötigte Sekundarschule evaluiert wird. Und das stimmt nicht, Herr Messerli, dass in Zukunft an jeder Stelle, wo ein Projekt entstehen soll, dass dort auch vielleicht noch eine Schule vorgesehen ist, sondern diese Standorte sind wohl vorgelegt, die sind uns nicht bekannt, sondern die werden uns tröpfchenweise bekanntgegeben. Es wurde aus unserer Sicht versäumt, für den gesamten Perimeter der Schützenmatte eine umfassende und zukunftsorientierte Gesamtplanung zu erstellen. Angesichts der vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten und der Bedeutung der Fläche für das öffentliche Interesse ist dies unverständlich, entscheiden wir hier heute doch über einen Bebauungsplan, einen Bebauungsplan, der faktisch ein Baugesuch ist. Darüber, wie es zu dieser Ausgangslage gekommen ist, hat der Präsident der BRK bereits ausführlich berichtet, weshalb ich darauf verzichten werde.

Ohne eine entsprechende Gesamtplanung drohen aus unserer Sicht in Zukunft Nutzungskonflikte, die langfristig sowohl sportliche als auch schulische und andere öffentliche Interessen beeinträchtigen können. Die geplante Tennishalle führt zu einer Einschränkung von öffentlich zugänglichem Raum. Ein Teil der bestehenden Sportrasenfläche, die heute polysportiv genutzt wird, soll weichen, um den Bau zu ermöglichen. Diese Fläche erfüllt heute eine wichtige Funktion für die allgemeine Freizeitgestaltung und wird sowohl von Vereinen als auch von Anwohnerinnen und Anwohnern rege genutzt. Wir begrüssen, dass der Tennisclub eine Öffnung der Halle für Nichtmitglieder vorsieht, dies kann die Umwidmung der öffentlichen Fläche zugunsten eines privaten Vereins jedoch nicht aufwiegen und widerspricht unserer Ansicht nach dem Gedanken der Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse.

Im Sinne der ausgeführten Punkte beantrage ich im Namen des GAB die Rückweisung des Geschäftes an den Regierungsrat mit dem Auftrag, eine behördenverbindliche Gesamtplanung für die Schützenmatte zu erarbeiten. Diese Planung muss alle aktuellen und potenziellen Nutzungen einschliesslich Sport, Bildung und Freizeit in Einklang bringen und sicherstellen, dass die Fläche im Sinne des öffentlichen Interesses nachhaltig genutzt wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pascal Messerli und Andrea Strahm möchten Ihnen Zwischenfragen stellen. Sie werden angenommen. Zuerst Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Lea Wirz, sind Sie sich bewusst, dass die Schulraumplanung Aufgabe des Regierungsrates ist und der Regierungsrat dieses Projekt unterstützt? Das heisst, dass dieser Zielkonflikt, welcher Sie hier erläutert haben, gar nicht, existiert?

Lea Wirz (GAB): Es ist mir bewusst, dass es Aufgabe des Regierungsrates ist. Ich habe den Eindruck, dass die verschiedenen Departemente nicht genügend miteinander kommunizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Andrea Strahm stellt ihre Frage.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ist Ihnen bewusst, dass die fragliche Ecke praktisch gar nicht genutzt wird, dass dort eine Baracke steht und dass es ein ziemlich chaotischer Platz ist, der nicht geprüft werden kann vom Hallenwart?

Lea Wirz (GAB): Ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe den Schluss der Frage nicht ganz verstanden. Es ist heute eine Wiese dort, die von allen genutzt werden kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die GLP ist Bülent Pekerman.

Bülent Pekerman (GLP): Die ganze Diskussion um den Bau der neuen Tennishalle auf der Schützenmatte West zeigt, wie schwierig, aber auch wie wichtig es ist, in einem dichtbebauten Kanton wie Basel-Stadt einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen zu finden. Die Grünliberale Fraktion unterstützt den Antrag der Bau- und Raumplanungskommission und spricht sich für die Annahme des Bebauungsplans und die Abweisung der Einsprachen aus. Lassen Sie mich unsere Haltung kurz begründen.

Die geplante Tennishalle wird einem dringenden Bedürfnis gerecht. Die heutige Infrastruktur des TCOB mit neun Aussenplätzen und einer veralteten mit fossilen Brennstoffen betriebenen Ballonhalle reicht nicht mehr aus. Insbesondere im Winter kann der Tennis-Betrieb nur durch das Mieten externen Hallen ausserhalb Basels sichergestellt werden. Eine umständliche, ineffiziente, unökologische und finanziell belastende Situation für den Verein, der über 800 Mitglieder zählt, davon über 300 Kinder und Jugendliche. Der Neubau mit den neuen Hallenplätzen und die Verbesserung der Infrastruktur schafft hier Abhilfe.

Diese Tennishalle soll die erste ihrer Art in unserem Kanton werden. Es ist an der Zeit, diese Sportart, nämlich Tennis auch im Winter in unserer Stadt zu ermöglichen. Die geplante Tennishalle ersetzt die bestehende Ballonhalle, das wurde auch schon x-mal gesagt, und setzt auf innovative, nachhaltige Technologie. Die Fassade besteht aus nachwachsenden Rohstoffen, die Dachfläche wird begrünt und mit einer Photovoltaikanlage ausgestattet. Damit integriert das Projekt ökologische und klimatische Aspekte, die für unsere Stadtentwicklung zentral sind. Gleichzeitig werden die umliegenden Grünflächen naturnah gestaltet und ökologisch aufgewertet, so dass auch Lebensräume für Flora und Fauna sogar entstehen. Diese Massnahmen entsprechen modernen Prinzipien wie der Schwammstadt und sind ein wichtiger Schritt in Richtung nachhaltige Stadtentwicklung.

Der TCOB verpflichtet sich, die neue Infrastruktur nicht nur für Vereinsmitgliedern, sondern auch der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Bereits heute stehen die Plätze den Basler Sportklassen im Sommer kostenlos zur Verfügung, mit der neuen Halle wird dieses Angebot auch im Winter natürlich gelten. Zudem können künftig auch Nichtmitglieder Plätze mieten und das ist ein klares Bekenntnis zu einer inklusiven Sportinfrastruktur.

Der Planungsprozess der Tennishalle ist geprägt von intensiven Diskussionen und Anpassungen, um den Anliegen der Nachbarschaft gerecht zu werden. Das ursprüngliche Projekt wurde deutlich redimensioniert, auf Dachplätze wurde verzichtet, die Gebäudehöhe wurde reduziert und die gesamte Anlage wurde optimiert, um störende Immissionen wie Lärm und Licht zu minimieren. Diese Verbesserungen machen das Projekt quartierverträglich. Natürlich ist uns bewusst, dass durch den Bau der Tennishalle die nutzbare Sportrasenfläche reduziert wird. Es handelt sich jedoch um eine moderate Anpassung und die verbleibenden Flächen bieten weiterhin ausreichend Raum für verschiedene Sportarten wie Fussball.

Die sorgfältige Abwägung hat für uns ergeben, dass die Vorteile des Projektes überwiegen. Wir wollen den Jugend- und Breitensport fördern. Der Tennisclub Old Boys leistet einen wertvollen Beitrag zu Sport- und Bewegungsförderung. Die neue Tennishalle stärkt dieses Engagement und ermöglicht Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, auch bei schlechtem Wetter Sport zu treiben. Diese ist eine Investition in die Gesundheit, Integration und Lebensqualität unserer Bevölkerung.

Abschliessend möchte ich sagen, dass die geplante Tennishalle ein zukunftsorientiertes Projekt ist, das Sport, Nachhaltigkeit und öffentliche Interessen miteinander verbindet. Der TCOB übernimmt die Finanzierung der Tennishalle weitgehend selbst und die öffentliche Hand wird somit nicht belastet. Stattdessen profitieren wir von einer modernen Infrastruktur, die einen echten ökologischen und sozialen Mehrwert schafft. Die Forderung nach einer Gesamtplanung erscheint auf den ersten Blick

nachvollziehbar, ist aber in diesem konkreten Fall weder notwendig noch zielführend. Eine Verzögerung würde dem Tennisclub und dem Tennissport in Basel massiv schaden, ohne einen Mehrwert zu schaffen.

Deshalb bitte ich im Namen der Grünliberalen Fraktion, dem Antrag der BRK zuzustimmen und den Weg für den Bau der Tennishalle freizumachen. Und die Zwischenfrage nehme ich gerne entgegen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit geht die Zwischenfrage an Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Sie erwähnten die vorteilhaften ökologischen Aspekte. Sind Sie sicher, dass der Bau und Unterhalt der Halle ökologischer ist als der Ballon?

Bülent Pekerman (GLP): Ich würde sagen, in der Gesamtbetrachtung, ja.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Fraktionssprecher ist Stefan Wittlin für die SP.

Stefan Wittlin (SP): Am Bau dieser Tennishalle ist grundsätzlich nichts auszusetzen. Wir anerkennen den Bedarf und den Nutzen des Projekts. Gleichzeitig kritisieren wir aber die Vorgehensweise des Bau- und Verkehrsdepartements bei dieser Planung. Und um diese Kritik zu verstehen, ist es eben wichtig, die Vorgeschichte zu kennen. Wir haben es gehört, die Baubewilligung war bereits erteilt. Die Baurekurskommission und das Appellationsgericht kamen dann aber zum Schluss, dass die nutzungsplanerische Grundlage nicht ausreiche und mit diesem Bebauungsplan wird diese rechtliche Grundlage nun geschaffen für den Neubau der Tennishalle.

Hier zeigt sich bereits, dass die Anwendung des Instruments des Bebauungsplans in diesem Fall ziemlich unüblich daherkommt. Normalerweise geht es bei Bebauungsplänen um die Entwicklung und Gestaltung ganzer Gevierte oder Areale. Hier geht es um ein einziges Gebäude und der Perimeter des Bebauungsplans erstreckt sich nur über einen kleinen Teil des ganzen Sportareals Schützenmatte. Und spätestens, wenn man bedenkt, dass das Areal als Standort für eine neue Sekundarschule in Frage kommt, ist klar, dass es eine Gesamtplanung über das ganze Areal braucht und diese wollen wir vom BVD einfordern. Deshalb möchte die SP-Fraktion den Ball an den Regierungsrat zurückspielen und folgt dem Rückweisungsantrag des GAB.

Wir fordern nicht eine Ausweitung des Perimeters des Bebauungsplans. Wir erachten es aber als zwingend nötig, dass im Sinne eines Masterplans Zukunftsszenarien entwickelt und die Bedürfnisse aller Nutzenden des Areals abgeholt werden und die Nutzungen, die sind vielfältig. Das Stadion und die Trainingsplätze für Leichtathletik und Fussball, polysportiv genutzte Rasenfläche, eine Sporthalle, Clubhäuser und Restaurants, eine Polizeiausbildungsstätte und ein Jugendzentrum sind heute auf dem Areal angesiedelt.

Wir erhoffen uns von einer Gesamtplanung eine höhere Akzeptanz für einzelne Vorhaben, wie jenes der Tennishalle, und wir wissen, dass es viele weitere Wünsche gibt. Seien es mehr öffentlich nutzbare Flächen oder ein neues Kunstrasenfeld, das dringend benötigt wird. Und wenn tatsächlich auf dem Areal eine Sekundarschule gebaut werden sollte, dann würden andere verdrängt. Im Nachhinein müsste man dann eingestehen, am Arealteil des Tennisclubs gibt es nichts mehr zu rütteln. Das Baurecht ist vergeben, der Bebauungsplan gilt, das Gebäude steht womöglich schon und dann haben wir nichts mehr dazu zu sagen, wie dieser Teil des öffentlichen Bodens genutzt wird. Das entspricht eben nicht unserer Vorstellung, wie wir über die Nutzung des öffentlichen Raums bestimmen wollen.

An dieser Stelle erlaube ich mir zwei Nebenbemerkungen. Diese Offenheit zum Thema der Standortevaluation des Schulhauses, also dass das BVD bereits im Ratschlag dargelegt hat, das rechne ich dem BVD wirklich hoch an. Das wäre ja nicht nötig gewesen, das hat aber wirklich geholfen, diese Auseinandersetzung mit der Entwicklung des Areals fundiert zu führen und es hat auch dazu geführt, dass eben andere Sportvereine plötzlich alarmiert waren und in Frage gestellt haben, ob dieses Areal zukünftig noch für alle dann zur Verfügung stehe. Und selbstverständlich haben die anderen Sportvereine nicht das Vorhaben des Tennisclubs Old Boys in Frage gestellt, das ist sicher auch eine Frage der Solidarität, das habe ich auch gut verstanden, aber wenn dann schon mit diesem Ratschlag kommt, Achtung, hier hat es zu wenig Platz künftig für alle Nutzenden, dann sind auch wir in der Kommission sehr aufmerksam geworden auf dieses Thema.

Sicher nicht geholfen, und das ist meine zweite Nebenbemerkung zu diesem Thema, hat die Berichterstattung einer der beiden grossen Basler Tageszeitungen zu dieser Veröffentlichung dieser Information der Schulraumplanung. Diese Zeitung hat Fakten durcheinandergebracht und hat in ihrem Artikel von einer Infopanne gesprochen und zudem die BRK missverständlich zitiert. Da wünschte ich mir ein bisschen eine seriösere Arbeit.

Nun zurück zum eigentlichen Geschäft. Die von der BRK eingebrachte Ergänzung im Bebauungsplan, die begrüssen wir sehr. Indem im Bebauungsplan festgehalten wird, dass auch Nichtmitglieder Tennisplätze mieten können, wird dem Umstand Rechnung getragen, dass in der Bauzone auf der Schützenmatte eben nur Nutzungen im öffentlichen Interesse zulässig sind. Dennoch bleibt der Eindruck haften, dass die Halle nur von einem kleinen und privilegierten Teil der Bevölkerung genutzt werden wird und dies auf Kosten einer Fläche, die heute frei zugänglich und polysportiv nutzbar ist.

Diese Verbesserung, die löst eben das grundlegende Problem der Vorlage nicht, weshalb wir am Rückweisungsantrag festhalten. Falls dieser keine Mehrheit findet, wird sich die SP-Fraktion in der Schlussabstimmung enthalten. Das Vorhaben ohne Überarbeitungsauftrag einfach abzulehnen, das fänden wir nun doch etwas sehr streng und formalistisch und vor allem wäre es dem grossen Engagement, dass der Tennisclub Old Boys, der ja heute auch auf der Tribüne anwesend ist, nicht angemessen. Oder anders gesagt, sollte unser erster Aufschlag nicht im Feld landen, werden wir den zweiten Aufschlag etwas sanfter spielen und dem Tennisclub Old Boys damit die Chance bieten, den Matchball erfolgreich zu retournieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Fraktionssprecherin für die FDP ist Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer (FDP): Der Tennisclub mit seinen rund 850 Mitgliedern blickt auf eine fast hundertjährige Geschichte zurück und ist im Quartier stark verankert. Die Förderung der Junioren hat beim Tennisclub eine sehr lange Tradition. Schon seit längerem strebt der Tennisclub auf dem Areal der Schützenmatte den Bau einer Tennishalle an und reichte dazu im Jahre 2016, also mittlerweile vor über acht Jahren, ein generelles Baugesuch ein.

Das Hallenprojekt bietet dem Tennisclub eine langfristige Perspektive, damit das Angebot für den Tennissport in moderatem Umfang ausgebaut, attraktiver gestaltet und damit den Tennissport auch im Winter betrieben werden kann. Ein weiterer positiver Aspekt ist, dass nach der Fertigstellung der Tennishalle auf die Ballonhalle, die bisher mit fossilen Brennstoffen beheizt wurde, verzichtet werden kann und damit ein positiver Beitrag zur Erreichung der Klimaziele geleistet wird. Zusätzlich wird das Flachdach der Halle begrünt und mit einer PV-Anlage ausgestattet.

Auf wesentliche Kritikpunkte aus der Nachbarschaft, die gegen die damaligen Baupublikation eingebracht wurden, hat der Tennisclub mit der Überarbeitung des Projekts reagiert. Das Bauprojekt wurde im Dachbereich angepasst und das Projekt redimensioniert. Zwar wird die Tennishalle auf einem Teil der Fläche errichtet, die heute polysportiv benutzt wird, dies wird jedoch durch die Zusage des Tennisclubs ausgeglichen, dass die Aussenflächen auch weiterhin für Kindercamps, Basler Sportklassen zur Verfügung stehen und zudem ist geplant, dass die Plätze auch weiterhin durch Nichtmitglieder gemietet werden können.

Die FDP-Fraktion begrüsst das Engagement des Tennisclubs im Sport und im speziellen die Förderung im Bereich des Jugendsports. Wir unterstützen den Bau der Halle ausdrücklich, auch weil es aktuell in Basel-Stadt inklusive Riehen und Bettingen zurzeit keinen einzigen Hallenplatz man gibt. Besonders hervorheben möchten wir an dieser Stelle, dass der Bau der 7,6 Millionen teuren Halle ausser durch die Unterstützung durch Swisslos ausschliesslich durch Sponsoren, Bankkredite und durch den Tennisclub selber finanziert wird. Es fliessen also keine Steuergelder.

Die FDP beantragt dem Grossen Rat, den nachfolgenden Grossratsbeschluss zur Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisungen von Einsprachen im Bereich St. Galler-Ring, Neubadstrasse, General-Guisan-Strasse anzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die LDP ist Gabriel Nigon.

Gabriel Nigon (LDP): Wir bezeichnen uns als eine Sportstadt, zu Recht. In Sachen Spitzensport sind wir im kantonalen Vergleich schweizweit sehr erfolgreich und im Breitensport auch. Womit hängt das zusammen? Um sich von den Alltagssorgen zu erholen, brauchen wir Plattformen, um positive Emotionen zu erleben, wie zum Beispiel in Berg- und Seelandschaften. Da wir in unserer Region solche natürlichen Plattformen nicht haben, müssen wir sie künstlich kreieren, so etwa in der Kultur oder eben im Sport. So waren wir der erste Kanton, der sich ein Sportkonzept und später ein Sportgesetz gegeben hatte. Damit wir weiterhin in der Champions League mithalten können, müssen die Sportarten gefördert werden, die in unserem Kanton einen Leistungsausweis aufweisen.

Der Tennissport ist eine solche Sportart und deshalb förderungswürdig. Die Resultate von früher und heute sprechen für sich, die Anzahl Tennisspieler auch, nicht zuletzt auch die Swiss Indoors. Damit eine Sportart erfolgreich gedeihen kann, braucht es motivierte Athletinnen und Athleten sowie Funktionäre, Turnierorganisatoren, Trainer mit Visionen und eine gute Infrastruktur. Im Tennissport fehlt es in unserem Kanton leider an der notwendigen Infrastruktur. Insbesondere bei schlechter Witterung und im Winter kann nicht Tennis gespielt werden. Im Winter höchstens in unökologischen Ballonhallen. Der Tennisclub Old Boys hat deshalb vor Jahren die Initiative ergriffen, die Vision einer Tennishalle mit sechs Plätzen

umzusetzen, und zwar nicht wie im Ausland oder in gewissen Kantonen auf Staatskosten. Nein, der Verein bzw. seine Mitglieder und Sponsoren bzw. Mäzenen stemmen das Vorhaben mit eigenen Mitteln.

Nach vielen Rückschlägen und einer Redimensionierung des Projektes um einen Drittel auf vier Plätze liegt nun heute ein Bebauungsplan vor, hinter dem sowohl die Regierung als auch die BRK stehen. Im Ergebnis erhält der Tennisclub jedoch nur zwei zusätzliche Plätze, da die Tennishalle auf zwei bereits bestehenden Aussenplätzen erstellt wird. Hervorzuheben ist so dann, dass das Hallendach begrünt wird und wichtig, dass die Halle auch Nichtclubmitgliedern und Schulen offensteht. Das Argument, wonach den Freizeitsportlern eine Gratisrasenfläche weggenommen würde, sticht nicht. Dort, wo die Halle geplant ist, steht heute eine alte Geräte- und Umkleidebaracke mit Kieseldach und geteerter Umgebung und die wenigen grünen Quadratmeter sind überdies meistens gesperrt. Auch das Argument eines potenziellen Standortes von 2027 für eine Sekundarschule ist unbehelflich, zumal die Schule in frühestens 15 bis 20 Jahren und erst noch an einem anderen Standort als die Tennishalle zu stehen käme und diese könnte zudem auch von den Schülerinnen und Schülern genutzt werden.

Aus all diesen Gründen spricht eine Interessensabwägung im vorliegenden Fall klar für den Bebauungsplan und die Tennishalle, notabene die erste in unserem Kanton. Wir Liberale folgen deshalb dem Antrag der Regierung und der BRK, den hier diskutierten Grossratsbeschluss anzunehmen. Alles andere käme einem Sperren ohne Ball gleich. Die Eigeninitiative und das Engagement des TC Old Boys müssen belohnt werden, wir sind schliesslich eine Sportstadt. In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und stehe für Fragen gerne zur Verfügung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Letzter Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Bereits im Jahr 2016, also vor acht Jahren, reichte der Tennisclub Old Boys ein erstes Gesuch für den Bau einer Tennishalle ein. In dieser neuen Halle sollen vier Tennisplätze eingereicht werden, womit die Anzahl Plätze von neun auf elf erhöht wird. Der Regierungsrat und die BRK unterstützen den Bebauungsplan, welche die Erstellung der Tennishalle ermöglicht. Wichtig zu betonen ist, dass Old Boys die Tennishalle selber finanziert. Sie erhält lediglich einen Beitrag des Swisslos-Sportfonds. Wir bewilligen heute also nur den Bebauungsplan der Tennishalle, sprechen jedoch kein Geld für das Projekt.

Die Schützenmatte befindet sich in der Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse. Die Zweckbestimmung erlaubt dort grundsätzlich auch Sportnutzungen. Somit ist die Tennishalle zonenkonform. Nach mehreren Einsprachen wurde die Tennishalle in redimensionierter Form und unter Berücksichtigung der Hauptanliegen der Einsprechenden überarbeitet. So wurde auf die Tennisplätze auf dem Dach mit Ball-Fangnetz und Lichtmasten verzichtet und die Halle wird einen Meter weniger hoch gebaut. Somit wird es für die Anwohnenden weniger Sichteinschränkung und fast keine Lichtemissionen geben. Die Mitte-EVP-Fraktion erachtet das redimensionierte Projekt als quartierverträglich. Die Halle wurde übrigens auch durch die Stadtbildkommission beurteilt und genehmigt. Da zukünftig zwei der heute bestehenden Aussentennisplätze in die Halle integriert werden, dürften die Lärmbelastung und Lichtemissionen für die Nachbarschaft im Vergleich zu heute sogar reduziert werden.

Ein Einsprachepunkt war der Verlust der Grünfläche. Dazu wurde im Einspracheentscheid des BGI festgehalten, dass dieser durch eine naturnahe und strukturreiche Umgebungsbegrünung zu kompensieren sei. So wird die Dachfläche der Tennishalle begrünt und die Flächen um Tennisanlage ökologisch aufgewertet, womit neuer Lebensraum für Pflanzen und Tiere entstehen kann. Auch sonst ist dieses Projekt ökologisch sinnvoll, denn die Ballonhalle, welche der Tennisclub Old Boys für das Winterhalbjahr jeweils aufstellt, wird derzeit mit fossilen Brennstoffen geheizt. Die neue Halle wird mit klimafreundlichen Luftwasserwärmepumpen beheizt werden. Ausserdem wird auf dem Dach eine Photovoltaikanlage installiert.

Der Tennisclub Old Boys hatte in seiner Anhörung erläutert, dass auch Nichtmitgliedern Zugang zu den Plätzen gewährt werden sollte. Dies stand auch bereits im Ratschlag und ist bereits heute der Fall. Um diesem Punkt mehr Gewicht und Verbindlichkeit zu geben, hat die BRK ihn in den Bebauungsplan geschrieben. Das bestehende durch den Bürger-Turnverein genutzte Gebäude für Garderoben muss beim Bau der Tennishalle weichen. Doch der Turnverein darf nach dem Bau die Garderoben der neuen Tennishalle mitbenutzen und erhält dort einen neuen Geräteraum.

Durch den Ratschlag erfuhren wir, dass das Schützenmatt-Areal als eines von 27 Standorten für die Erstellung eines neuen Sekundarschulstandorts evaluiert wird. Das Schulhaus würde bei der Hammerwurfanlage der Leichtathletiksektion von Old Boys auf der Seite General-Guisan-Strasse zu stehen kommen. Diese Idee gefällt mir gar nicht, denn die Schützenmatte ist ein wichtiger Standort für den Leichtathletik-Nachwuchs von Basel-Stadt und der ganzen Region. Dies soll auch so bleiben und deshalb muss aus unserer Sicht der Standort Schützenmatte für ein neues Schulhaus verworfen werden.

Den Rückweisungsantrag lehnen wir ab. Wir können uns nicht vorstellen, dass der Regierungsrat respektive das BVD bei einer Rückweisung innert nützlicher Frist wesentlich konkretere Aussagen zur Schulhausevaluation machen kann, denn diese scheint noch nicht sehr weit im Prozess zu sein. Im konkreten Fall der Schützenmatte wurde von der Verwaltung klar

darauf hingewiesen, dass sich der Bau der Tennishalle nicht mit dem allenfalls benötigten Flächenbedarf für ein neues Schulhaus überschneiden würde.

Tennis ist als Breitensport bei Erwachsenen wie Jugendlichen und Kindern beliebt. Der Tennisclub Old Boys hat 800 Mitglieder, die Mitgliederzahl ist wachsend, vor allem im Juniorenbereich. Auch spielen die Basler Sportklassen regelmässig auf den Tennisplätzen des Tennisclubs Old Boys. Die geplante Tennishalle wird ihnen allen und auch weiteren Interessierten zugutekommen. Heute gibt es übrigens im ganzen Kanton Basel-Stadt keine einzige Tennishalle.

Die Mitte-EVP-Fraktion bittet Sie deshalb, dem BRK-Bericht zuzustimmen und die Rückweisung abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei den Einzelvoten und zuerst bei Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ja, ich bin hier nicht ganz unbedarft. Ich bin seit Jahren Mitglied vom TC Old Boys, ich bin im Sommer mindestens ein bis zweimal auf dem Tennisplatz am Tennis spielen. Auf dieser Tennisanlage trifft man oft auch Grossratskolleginnen und -kollegen, Hampe Wessels ist oft auch da und auch in den letzten Wochen, Weibel und Vitelli geniessen offensichtlich auch die Küche von unserem Restaurant, welches öffentlich ist. Die ganze Tennisanlage hat oft auch Zuspruch von Besuchern. Es gibt oft Juniorenturniere und diese Anlage ist wie alle Sportanlagen gratis für alle Zuschauer. Als langjähriges Mitglied kann ich gewisse Sachen, die wir heute gehört haben, ein bisschen einordnen.

Ich beurteile diese Rückweisung auch etwas. Ich habe mich zwar erfreut, dass die SP gesagt hat, wenn die Rückweisung nicht erfolgt, dass sie das Projekt trotzdem unterstützen, das ist eigentlich sehr erfreulich, trotzdem sehe ich ein bisschen Scheinkampf hier. Wenn man jetzt ein Schulhaus, also die Kinder der Schule ausspielen will gegen die Kinder vom Tennisclub, dann finde ich das ein bisschen traurig. Wir haben es gehört, 300 Kinder spielen bei diesem Tennisclub. Durchaus Kinder mit Potenzial, einmal ein junger Roger Federer zu werden. Diese Kinder müssen bei schlechtem Wetter teils blitzartig ihre Sachen zusammenräumen und in eine Tennishalle in die Agglo gehen, das ist doch kein Zustand.

Die Halle, wir haben es gesehen, der Präsident war ja vor ein paar Wochen auch da, die ist beim Schnee fast eingestürzt. Also diese Halle hat the End of Life längst erreicht und es braucht dringend eine Lösung. Der Club versucht jetzt seit zehn Jahren bald diese Halle zu realisieren, langsam wird es eng. Die Zeit wird eng, auch die finanziellen Mittel werden langsam eng. Die Einsprachen wurden angeschaut, man kam sehr grosszügig entgegen, man dachte, man hätte eine Lösung und im letzten Moment sagten die, nein, wir wollen trotzdem nicht, wir machen weiter und wir gehen auch davon aus, dass gewisse Leute bis vor das Bundesgericht weitergehen wollen.

Alles in allem ein Trauerspiel für alle und darum würde ich sagen, setzen wir dieser Leidensgeschichte ein Ende, für die Kinder, für den Breitensport und für die ganze Stadt Basel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich werde nun nicht wiederholen, was bereits x-fach gesagt worden ist, sondern ich schildere meine Eindrücke als Anwohnerin. Ich wohne beim Hammerwurffeld, das heisst, genau in der Mitte ungefähr des Sportzentrums. Ich höre den ganzen Sommer hindurch die Speaker, die Scheinwerfer scheinen mir aufs Bett, das ist so, ich höre das Plop-Plop des Tennisclubs und wissen Sie was, ich habe meinen Spass daran. Das ist Leben. Ich freue mich jedes Mal, auch wenn wieder Musik läuft, da läuft etwas, da ist einfach Bewegung drin. Soweit zu den störenden Immissionen. Was ich auch nicht begreife, diese Tennishalle, dort, wo sie hinkommt, schützt ja gerade die Anwohnenden des St. Galler-Rings vor dem Lärm, der allenfalls vom Fussballstadion her oder vom Leichtathletikstadion herkommt. Also ich verstehe nicht, dass Sie dagegen sein können. Das ist das eine.

Dann der Ballon, also der ist nun wirklich auch nicht schön und da könnte man auch sagen, der stört mein ästhetisch geschultes Auge. Zudem muss er ersetzt werden, ist teuer. Wenn wir dieses Gebäude nicht bauen, dann muss der Tennisclub einen neuen Ballon dahin stellen mit fossilen Energien betrieben, teuer, wollen wir das? Nein, wollen wir nicht.

Dann wurde gesagt, an der fraglichen Stelle, das sei ein intensiv benutzter Platz, usw., stimmt überhaupt nicht, das ist eine tote Ecke. Ich habe es vorher schon angetönt, dort steht eine Baracke, es hat eine Drehtüre und irgendwie kommen da manchmal ein paar Jugendliche rein, suchen sich ein Goal, die sind in der Regel angekettet, können gar nicht benutzt werden. Wir hatten kürzlich eine Petition, die werden Sie dann noch vorgeführt erhalten irgendwann im Sommer. Kurzum, diese Ecke wird kaum benutzt. Wenn dort jetzt dieses Gebäude hinkommt, wird nur ein kleines Stück des Terrains abgetrennt für einen riesigen Gewinn für alle, auch für uns Anwohnende, ich spiele ja nicht Tennis. Die öffentliche Nutzung wird neu möglich sein. Wir haben es gehört, Schulsport, Unisport, also auch da eine Verbesserung auch zugunsten der Allgemeinheit.

Dann haben wir immer diese Hitzefrage. Der Ballon steht im Sommer nicht, die Leute müssen bei brütender Hitze auf dem Platz herumhetzen. Wenn ich zuweilen im Vongola sitze und ein Bierchen trinke, dann wundere ich mich, wie die das aushalten auf diesen Plätzen bei dieser Hitze. Ich denke, das ältere Semester wie ich, falls ich den Tennis spielen würde, dann auch die Halle benützen könnten, um nicht vom Hitzeschlag getroffen zu werden

Last but not least, ich wünsche mir von Ihnen wirklich, dass Sie das jetzt gutheissen, dass der Tennisclub jetzt dort bauen kann und ich denke, es wird auch für uns Anwohnende ein Gewinn sein und nicht eine weitere Belästigung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tonja Zürcher. Sie wird angenommen.

Tonja Zürcher (GAB): Es ist schon schön zu sehen, wie jetzt dieser Flecken Erde da so schlecht gemacht wird, aber Sie haben es angesprochen, die Goals, die nicht genutzt werden können, haben wir da in der Petitionskommission, ich verrate jetzt ein Geheimnis, aber der Bericht kommt bald, nicht gehört, dass es dafür eine Lösung geben soll und wenn es diese Lösung gibt, denken Sie nicht, dass dann diese Ecke sehr viel intensiver genutzt wird, weil es einem öffentlichen Interesse entspricht?

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Nein, weil da steht ja noch eine Baracke und der neue Bau kommt ganz an den St. Galler-Ring hin. Also das Feld bleibt zum grössten Teil erhalten. Nein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit ist die Reihe an André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich oute mich auch als Tennisspieler, im Gegensatz zu Kollege Daniel Seiler beim TC Novartis, wir haben eine Tennishalle. Die Aussage, dass Basel keine einzige Tennishalle hat, stimmt trotzdem, weil unsere befindet sich ein paar Meter bereits auf dem Gebiet der Gemeinde Saint-Louis. Was mich aber motiviert hat, hier noch nach vorne zu gehen, obwohl eigentlich schon alles gesagt wurde, ist die Reaktion und die Aussagen der Gegner, die sie in Telebasel getätigt haben. Es ist immer so, dass wenn man in unserem engräumigen Kanton baut, irgendjemandem auf die Zehen tritt, irgendein anderes Interesse verletzt und der Sinn eines Bauverfahrens ist ja, dass man dann ein Kompromiss ausarbeitet, dass man eine Lösung findet, die für alle irgendwie stimmt oder die Unzufriedenheit zumindest gleichmässig verteilt.

Der Kompromiss ist also das Ziel eines solchen Bauverfahrens und die Gegner, die jetzt wirklich seit Jahrzehnten, kann man fast sagen, gegen dieses Anliegen opponieren, die haben da ganz klar und wörtlich erklärt, ihr Kompromiss ist keine Halle. Und das ist kein Kompromiss, das ist einfach sturer Fanatismus oder Durchsetzen der eigenen Interessen. So kann es meines Erachtens nicht gehen. Wir haben zwar in der Schweiz das System der fünften Landessprache, das ist die Einsprache, aber hier wird nun mal wirklich lokaler kompletter Fundamentalismus betrieben. Old Boys hat sich, wir haben es schon ein paar Mal gehört, Mühe gegeben, hier den Gegnern entgegenzukommen, Lösungen zu finden, die auch sie befriedigen könnten, mit denen man leben könnte, trotzdem gibt es zumindest einige dort, die nun einfach alles wollen respektive gar nichts, sie wollen einfach, dass sie in Ruhe gelassen werden von dieser Halle. Und dieses Recht meines Erachtens haben sie nicht.

Deswegen bitte ich Sie, hier nun diesem Kompromiss zuzustimmen und dem Sinn des Baurechts, nämlich eine Kompromisslösung zu finden, auch entgegenzukommen, in diesem Falle für ein Ja zu sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bin auch Tennisspieler, aber in keinem Club. Ich bin zu schlecht dafür und getraue mich nicht, Mitglied zu werden. Aber darum geht es gar nicht. Ich habe jetzt sehr aufmerksam zugehört und ich muss ehrlicherweise immer noch sagen, ich verstehe die Rückweisungsanträge der linken Fraktionen wirklich überhaupt nicht. Wir müssen doch feststellen, und ich glaube, deshalb hat sich jetzt auch noch Alex Ebi als Sprecher eingetragen, wir haben in diesem Kanton eine Sportplatzkrise. Alle Interessen haben heute zu wenig Platz. Wir diskutieren und zerreden seit Jahren die Schwimmhallen, wir zerreden seit Jahren die Kunsteisbahnen. Wir haben, das hat mein Fraktionssprecher Messerli schon gesagt, dort überall zu wenig Möglichkeiten und haben Projekte, die nicht ins Laufen kommen.

Und jetzt mit dieser Rückweisung, Stefan Wittlin, lösen Sie doch genau dasselbe wieder aus. Ich nehme Ihnen ja sogar ab, dass Sie nicht gegen eine Tennishalle sind auf diesem Standort. Nur was ist denn der Fakt, wenn wir diese Rückweisung durchsetzen heute? Sie werden dieses Projekt über Jahre, wenn nicht vielleicht sogar Jahrzehnte wieder verzögern. Es gibt

wieder dann wahrscheinlich, wenn etwas Neues kommen wird, neue Einsprachen von Anwohnerinnen und Anwohnern. Es wird wieder komplizierter werden und der Tennisclub Old Boys hat das Bedürfnis, heute einen Entscheid zu bekommen, damit diese Halle endlich weitergeplant werden kann. Es wurde mehrfach erwähnt, dieses Projekt ist schon sehr alt, es wurde redimensioniert, es wurde auf Ansprüche anderer Kreise eingegangen und nun sollten wir doch endlich einmal zu einem Entscheid kommen.

Wir haben in Basel-Stadt, das muss man sich einmal vorstellen, das wurde auch schon gesagt, keine einzige Tennishalle und ich muss Ihnen ehrlicherweise sagen, die Tennishalleninfrastruktur in unserer Region ist ohnehin sehr schlecht. Gehen Sie einmal nach Allschwil, dort regnet es in diese grosse Tennishalle, die VITIS heisst, in der Zwischenzeit schon rein. Dort werden in den kommenden Jahren wahrscheinlich weitere Plätze unbespielbar sein und viel mehr Möglichkeiten in der Region gibt es dann also nicht. Und wenn wir doch immer wieder uns gross auf die Fahne schreiben wollen, dass wir eine Sportstadt sind, dann finde ich es schon sehr beachtlich, dass wir bei jedem Projekt, das auch für den Breitensport ist und Tennis ist in der Zwischenzeit auch eine Breitensportart, es eben nicht schaffen, Projekte zu realisieren. Ich finde das ehrlich gesagt für Basel etwas «gschämig».

Und heute haben wir die Möglichkeit, mit einem Ja zu diesem Projekt, diesem Bebauungsplan endlich einen Schritt in die richtige Richtung zu machen. Und diese Halle, dieser Tennisclub leistet auch im öffentlichen Interesse eine wichtige Funktion. Sie bietet J+S Kurse an, junge Menschen können dort Tennis spielen gehen. Das muss also auch all jenen, die jetzt vielleicht etwas die Nase rümpfen, weil dahinter ein Tennisclub steht, der vielleicht nicht für Sie als erstes gerade zugänglich erscheint, wenn Sie aus dem ganz linken Ecken kommen, wobei ich habe gehört von Daniel Seiler, dass das ja auch in linken Kreisen sehr beliebt zu sein scheint. Es ist auch für die Jugend wichtig, dass wir diese Möglichkeiten haben. Wo sollen denn all diese jungen Menschen Tennis spielen gehen? Auch im Fussball-Bereich sehen wir es. Wir haben eine grosse Warteliste bei fast allen Vereinen, weil auch dort zu wenig Plätze zur Verfügung stehen und gerade wenn es schlechtes Wetter ist, eben zu wenig Plätze zur Verfügung stehen, sowohl beim Fussball wie ganz bestimmt eben auch beim Tennis.

Deshalb glaube ich, ist es mehr als recht, dass wir jetzt heute diese Tennishalle «bewilligen» respektive es ermöglichen, dass dieses Projekt nun endlich realisiert werden kann. Ich finde das wirklich ein Trauerspiel, wenn wir jetzt mit einer Rückweisung hier weiter verzögern. Andere Interessen, die es auch gibt in diesem Quartier, ich wohne im 4054, gehören selbstverständlich berücksichtigt, aber lassen Sie uns jetzt hier einen Schritt vorwärtsgehen und schauen wir nachher gemeinsam, dass wir für die anderen Fragen, die sich für dieses Quartier, das wächst, stellt, auch eine Lösung finden. Aber eine Rückweisung wird dieses Problem, Stefan Wittlin, nicht lösen und es wird im Gegenteil zu einer langen Verzögerung kommen und das, glaube ich, ist in wirklich fast niemandem Interesse.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Stefan Wittlin möchte Ihnen eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

Stefan Wittlin (SP): Joël Thüring, wir sehen ja auch ein, dass es nicht optimal ist, dass jetzt nach zehn Jahren Planungszeit ein weiteres Problem auftaucht. Aber wie erklären Sie, falls dann das Schulhaus tatsächlich da gebaut werden soll dereinst, dem Leichtathletikclub Old Boys, dass sie vielleicht weichen müssen und dass man an den Tennisplätzen nichts mehr ändern kann?

Joël Thüring (SVP): Ja, Sie sprechen natürlich ein valides Argument an, aber ich sage, wir können es uns nicht immer leisten, mit diesem Argument auf alles zu verzichten, was sich schon sehr lange in der Planung befindet. Dafür muss und soll dann, wenn es so weit ist, eine andere Lösung gefunden werden und ich bin überzeugt, dass wir hier auch eine andere Lösung finden können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bereit steht der nächste Einzelsprecher Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Schön sind alle hier. Ich habe viel zugehört heute, auch wieder, wenn es um den Sport geht, da gehen ja immer die Emotionen hoch. Ich weiss jeweils gar nicht, warum die Emotionen immer so hochgehen, weil wir alle wissen, dass der Sport etwas ganz Wichtiges ist für eine Gesellschaft. Jetzt werden noch Schulhäuser gegen Sportanlagen und Vereine gegeneinander ausgespielt, das scheint mir dann doch ganz weit hergeholt. Und wenn halt dann ein Schulhaus wieder irgendwo gebaut werden muss, dann wird es halt wieder irgendwo gebaut.

Jetzt reden wir aber vom Tennis. Seit neun Jahren geht jetzt das los, seit 2025 Jahren vermisse ich eine Tennishalle im Kanton Basel-Stadt. Ich war im Schänzli, das gibt es unterdessen auch nicht mehr, und das fokussiert sich immer mehr auf wenige Vereine, die noch hierbleiben. Und jetzt haben wir hier einen Verein mit den 0ld Boys, der selber in die Tasche greift,

selber diesem Missstand von dieser fehlenden Tennishalle Herr werden will und selber Geld auftreibt. Und was machen wir? Wir finden da wieder irgendeine Idee, um das wieder irgendwo noch einmal hinauszuzögern und noch einmal zurückzuschieben. Das ist äusserst bedauerlich mit eigenartigen Argumenten und ich will es wirklich nicht länger machen, es wurde alles schon gesagt, nicht von mir, darum reduziere ich mich da auf das Wesentliche.

Wie können wir, wenn wir doch alle immer wieder da vorne stehen und wissen, dass wir zu wenig Sportanlagen haben, jede Gelegenheit nutzen, um wieder irgendwo einen Winkel zurückzumachen, um das hinauszuzögern. Das finde ich mehr als bedauerlich und es hat einen unglaublichen Wiederholungscharakter.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die sicher schwierige Zwischenfrage von David Jenny an? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Sehr einfach, auch für einen Sportler. Sie haben gesagt, wir finden immer neue Argumente, wollten Sie nicht sagen, die Linken finden immer neue Argumente?

Alex Ebi (LDP): Da haben Sie recht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben noch einen Einzelsprecher eingetragen, es ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Eine spannende Debatte muss ich mal sagen, viele Leute hier, tolle Redner, das finde ich sehr selten und darum, weil es mich persönlich betrifft, möchte ich auch sprechen. Ich habe eine Vorrednerin gehört, sie hat gesagt, sie wohnt dort, sie hört den Sport. Ich bin für die Tennishalle und stimme mit der SVP. Als Ein-Thema-Partei beschäftigt mich normalerweise das Geschäft nicht, weil das nicht mein Thema ist, weil ich nur ein Thema habe und mit diesem Thema hier im Grossen Rat bin. Trotzdem spreche ich, warum? Ich bin Old Boys sehr dankbar. Ich kenne die Geschichte zur Tennishalle, weil als ich 16 Jahre jung war, war ich Fussballer bei Old Boys. Ich wollte Fussballer werden, aber es gab bessere Spieler bei Old Boys und ich wurde dann halt Grossrat. Diese Geschichte Old Boys schreibe ich auch in meinem Buch; Jüngster Abgeordneter Europas.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, legen Sie das weg, sprechen Sie zur Sache oder verlassen Sie das Rednerpult.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte einfach meinen Dank zurückgeben, jetzt auch in der Weihnachtszeit, 2. Advent. Ich wollte einfach danke sagen den Old Boys und gestatten Sie, dass ich einen Satz noch zitiere aus meinem Buch?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nein. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsrätin Esther Keller nochmals das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich glaube, ich möchte vor allem nochmal auf diesen Zusammenhang zwischen Sekundarschulstandort und Tennishalle eingehen. Es ist wirklich so, dass diese Erkenntnis sehr spät kam. Bei der Erarbeitung war das noch nicht klar, dass das ein potenzieller Schulstandort sein könnte und erst wirklich in den letzten Zügen auch schon bei der Regierungsberatung wurde uns klar, Achtung, da gibt es eine Standortevaluation und möglicherweise ist das ein potenzieller Schulstandort. Und es ist so, wie Herr Wittlin auch gesagt hat, wir haben dann aus Transparenzgründen uns entschieden, das reinzunehmen, weil wir wussten, wenn das dann während der Beratung irgendwann bekannt werden würde, das würde logischerweise für Ärger sorgen. Aber es ist mir wirklich nochmal wichtig festzuhalten, es handelt sich nicht um dieselbe Fläche, es ist nebendran und wenn eine potenzielle künftige Sekundarschule dann Auswirkungen hätte auf diese Sportflächen, dann müssen wir diese lösen.

Und das zweite ist wirklich die ganz unterschiedliche Zeitschiene. Ich sage Ihnen, wenn wir bei allen Standorten, wo möglicherweise nebendran irgendwann mal noch was geplant wird, aufhören etwas zu realisieren, dann wird es sehr schwierig. Die Sekundarschule, das ist dort einer von möglichen Standorten, ein anderer möglicher Standort ist beispielsweise der Erlenmatt-Platz. Es gibt viele Fragezeichen, ob diese Sekundarschule bei der Schützenmatte wirklich realistisch ist und die Planung dort würde sich über Jahre hinziehen.

Deshalb, glaube ich, macht es nicht Sinn, jetzt dieses Projekt, das sehr weit fortgeschritten ist, zu stoppen. Man kann auch dann diese Tennishalle in einen übergeordneten Masterplan, wenn Sie das wünschen, natürlich integrieren, aber hier dieses Projekt, das wirklich dem Sport dient, vielen Menschen zugutekommt und eben auch auf starkem zivilgesellschaftlichem Engagement ruht, das auch den Staat entlastet, weil hier eben Sportflächen auch für die Allgemeinheit geschaffen würden, wir fänden es falsch, diesen Ratschlag hier zurückzuweisen, dies auf sehr lange Zeit. Wir bitten Sie deshalb um Unterstützung für diesen Bebauungsplan.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat nochmals der Sprecher der Kommission, Präsident Michael Hug das Wort.

Michael Hug (LDP): Nach mehreren hart umkämpften Sätzen möchte die Mehrheit der BRK nun den Matchball verwerten und den Bebauungsplan genehmigen. Der Tennisclub Old Boys hat nach mehreren Rückschlägen den Schläger immer wieder in die Hände genommen und neue planungsrechtliche Anforderungen umgesetzt sowie das Projekt im Sinne der Quartierverträglichkeit redimensioniert. Auch einer öffentlichen Nutzung gegenüber hat sich der TCOB nicht verwehrt. Dies zeigt, wie sorgfältig das Projekt immer wieder den Rahmenbedingungen angepasst wurde. Die vielen nun geäusserten Bedenken hat die Kommission innerhalb der Beratungen mit den Planungsbehörden, dem TCOB und den Rekurrenten vertieft angeschaut und in ihrem Bericht gewürdigt. An dieser Stelle möchte ich noch die Vertreterinnen und Vertreter des Tennisclub Old Boys und die Rekurrenten auf der Tribüne begrüssen und danke für die Bereitschaft zur Anhörung während der Beratungen.

Wir müssen aus Sichtweise der BRK weiterhin fähig sein, Gebäude und Infrastrukturen bauen zu können. Darum bitte ich Sie im Namen der BRK-Mehrheit, die Rahmenbedingungen nun so zu setzen, damit die einzige oder fast einzige Tennishalle auf Kantonsgebiet errichtet werden kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung hingegen wurde beantragt von Lea Wirz, und zwar Rückweisung an den Regierungsrat. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, Wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 49 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005159, 11.12.24 10:58:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Bericht wird nicht zurückgewiesen. Es liegen 49 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen vor.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Festsetzung eines Bebauungsplans

1. Bebauungsplan

2. In Ergänzung/Abweichung Zonenvorschriften

a. Zugänglichkeit Tennisanlage

b. Freiluft-Tennisanlage

c. Baubereich B

d. Flächen um die Tennisanlage

3. Abweichungen vom Bebauungsplan

II. Abweisung der Einsprachen

III. Publikation und Rechtsmittelbelehrung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 5 Nein, 31 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005161, 11.12.24 11:00:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Festsetzung eines Bebauungsplans

1. Der Bebauungsplan Nr. 14’413 von Städtebau & Architektur vom 16. Mai 2023 wird verbindlich erklärt.

2. In Ergänzung/Abweichung zu den gültigen Zonenvorschriften der Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse gelten die folgenden Vorschriften des Bebauungsplans:

a. Die Tennisanlage im Sportzentrum Schützenmatte, bestehend aus den Baubereichen A und B, ist zur sportlichen Betätigung im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten allgemein für eine breite Öffentlichkeit zugänglich. Insbesondere können auch Nichtmitglieder Tennisplätze mieten.

b. Im Baubereich A ist eine Freiluft-Tennisanlage mit den dazu notwendigen und üblichen Infrastrukturen und Nebennutzungen erlaubt.

c. Im Baubereich B ist ein Gebäude von hoher architektonischer Qualität mit einer maximalen Grundfläche von 3’050 m2 erlaubt. Die Wandhöhe darf die Höhenkote von 285.50 m ü. M. nicht überschreiten. Die Bruttogeschossfläche und die Anzahl Geschosse sind frei. Dachgeschosse sind nicht zulässig. Die Dachfläche ist arten- und strukturreich zu begrünen. Zwingend notwendige technische Anlagen sind zweckmässig in die Begrünung zu integrieren. Die Photovoltaik muss aufgeständert erstellt werden. Mittels eines Energiekonzepts ist aufzuzeigen, wie die Energieversorgung CO2-neutral erfolgt und wie die indirekten Treibhausgasemissionen im Rahmen der wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten Richtung Netto-Null reduziert werden.

d. Die Flächen um die Tennisanlage innerhalb des Planungsperimeters sind als Kompensation für die verlorengehende Sportrasenfläche und im Sinne des ökologischen Ausgleichs naturnah und strukturreich zu gestalten und zu bepflanzen sowie für die Regenwasserbewirtschaftung nach dem Schwammstadtprinzip zu nutzen.

3. Das zuständige Departement kann Abweichungen vom Bebauungsplan zulassen, sofern dadurch die Gesamtkonzeption nicht beeinträchtigt wird.

II. Abweisung der Einsprachen

Die im Ratschlag Nr. 24.0185.01 im Kapitel 5 aufgeführten Einsprachen werden abgewiesen, soweit darauf eingetreten werden kann.

III. Publikation

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle einer Volksabstimmung am fünften Tag nach Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluss kann Rekurs beim Verwaltungsgericht erhoben werden. Neue Einwände sind ausgeschlossen, wenn sie bereits im Einspracheverfahren hätten vorgebracht werden können.

Den Einsprecherinnen und Einsprechern ist dieser Beschluss zusammen mit dem zugrundeliegenden Ratschlag und dem dazu ergangenen Bericht der Bau- und Raumplanungskommission als Einspracheentscheid persönlich zuzustellen. Die Zustellung erfolgt nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist oder, im Falle eines Referendums, nach der Annahme

dieses Beschlusses in der Volksabstimmung. Wird der Beschluss in der Volksabstimmung abgelehnt, so ist den Einsprecherinnen und Einsprechern eine persönliche Mitteilung zuzustellen, dass ihre Einsprache obsolet geworden ist.

Der Rekurs ist innerhalb von zehn Tagen nach der Zustellung dieses Beschlusses beim Verwaltungsgericht anzumelden. Innerhalb von 30 Tagen, vom gleichen Zeitpunkt angerechnet, ist die Rekursbegründung einzureichen, welche die Anträge der Rekurrentin oder des Rekurrenten und deren Begründung mit Angabe der Beweismittel zu enthalten hat.

Bei völliger oder teilweiser Abweisung des Rekurses können die amtlichen Kosten, bestehend aus einer Spruchgebühr sowie den Auslagen für Gutachten, Augenscheine, Beweiserhebung und andere besondere Vorkehren, der Rekurrentin oder dem Rekurrenten ganz oder teilweise auferlegt werden.

Hinweis:

Pläne und Berichte zu diesem Beschluss sind unter folgendem Link einsehbar:
https://grosserrat.bs.ch/ratsbetrieb/geschaefte/200113112

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 59 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 31 Enthaltungen.

6. Teilrevision des Bau- und Planungsgesetzes im Hinblick auf die Übernahme des Winterdienstes auf Trottoirs durch die öffentliche Hand sowie betreffend Ausgabenbewilligung für die Beschaffung von Winterdienstaggregaten (Pflüge und Salzstreuer) und die Durchführung des Winterdienstes auf Trottoirs der Stadt Basel durch die öffentliche Hand, Bericht der UVEK

[11.12.24 11:00:08, 23.1770.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das wird uns erläutert von deren Präsidenten Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich gehe davon aus, dass das Anliegen bekannt ist, handelt es sich ja um eine Motion des Grossen Rates. Im Rahmen dieser Motion wurden ja mehrere Diskussionen bereits geführt. Es liegt nun ein Umsetzungsvorschlag des Regierungsrats vor, den wir in der Kommission geprüft haben und uns eine Haltung dazu erarbeitet haben. Es geht um einerseits eine Gesetzesanpassung und auf der anderen Seite um Ausgaben im Zusammenhang mit Mehraufwand.

Zunächst möchte ich noch auf eine Begrifflichkeit eingehen. Im Gesetz wird ja sehr Wert daraufgelegt, eine Trennung zwischen Kanton und Gemeinde zu machen. Das ist der Gemeindeautonomie geschuldet, die auch in unserem Kanton gilt. Die Einwohnergemeinde Basel gibt aber einen guten Teil ihrer Aufgaben an den Kanton ab und das heisst nun in diesem Fall, dass auch wenn im Gesetz vom Kanton die Rede ist, dass am Ende dann eben die Trottoirs sowohl bei den Kantons- wie auch bei den Gemeindestrassen in der Gemeinde Basel gemeint sind. Das vorweg.

Nun noch zu den Punkten, die wir in der UVEK angeschaut haben. Es sind vor allem dann die Frage, wie hoch die Kosten anfallen und warum. Die Kosten sind proportional abhängig zu den Qualitätsstandards, die man sich mit diesem Winterdienst, der nun neu durch den Kanton erfolgen soll, erhofft. Vom Regierungsrat vorgeschlagen sind folgende Eckwerte, nämlich dass fünf Stunden nach einem Winterereignis die Schnee- bzw. Eisräumung durchgeführt ist. Wenn das Ereignis in der Nacht stattfindet, dass dann der Beginn der Arbeiten um 7 Uhr am Morgen anfängt und dass in diesen Fällen ein Streifen von einem Meter auf dem Trottoir schwarz geräumt wird. Diese Qualität wäre gewährleistet für drei aufeinanderfolgende Tage. Vorbehalten bleiben natürlich aussergewöhnliche Ereignisse wie ein extrem hoher Schneefall oder andere Ereignisse, die über die üblichen Erfahrungen der letzten Jahre hinausgehen.

Die ganzen Schätzungen zu den Kosten basieren genau auf den Erfahrungswerten der letzten fünf Jahre. Es wurde also geschaut, wie oft im Winter in unserem Kanton überhaupt und wie lange und in welchem Umfang, also wie viele Zentimeter konkret Schnee liegen oder es zu Eistagen kommt. Basierend auf diesen Auswertungen wurden dann die Kosten geschätzt. Die Kosten teilen sich auf auf einerseits 1,2 Millionen Franken für 20 neue Aggregate, das sind Ausgaben und dann hat man

diese Aggregate, und dann gibt es jährlich wiederkehrende Kosten und die werden nun basierend auf den Erfahrungswerten auf rund 750’000 Franken pro Jahr geschätzt, wovon gut 300’000 Franken Bereithaltungskosten sind. Diese Kosten würden in jedem Fall anfallen, unabhängig davon, wie viel Schnee oder Eis wir dann pro Winter antreffen werden.

Wir haben das in der UVEK diskutiert. Es ist natürlich so, der Anteil der quasi ohnehin Kosten bei den jährlich wiederkehrenden Kosten, der ist sehr hoch. Das ist dem Umstand geschuldet, dass man nicht weiss, in welcher Form, also in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt dann so ein Winterereignis stattfinden wird. Das wurde von gewissen Leuten in der UVEK als nachteilig angeschaut und auch darauf hingewiesen, dass man sich die Frage wirklich stellen muss, soll das vom Tiefbauamt des Kantons Basel-Stadt ausgeführt werden. Es handelt sich aber um einen Auftrag des Grossen Rates und es ist so, dass wenn man das möchte, dann kommt man nicht um diese Kosten herum. Die sind Teil der Ausgaben, damit diese Leute, die dann innerhalb von fünf Stunden den Schnee räumen müssen oder das Eis beseitigen müssen, dass die dann zur gegebenen Zeit anfangen können.

Insgesamt, wie das ja unserem Bericht zu entnehmen ist, haben wir dann als UVEK gefunden, wenn man das möchte, dann sind diese Kosten gerechtfertigt und nachvollziehbar im Hinblick auf diese Qualitätsstandards, die man anstrebt. Möchte man bei den Kosten etwas senken, dann müsste man auch bei den Qualitätsstandards Abstriche machen, aber egal, wie tief man bei diesen Qualitätsstandards gehen wird, es wird immer diese Komponente geben, dass man einfach eine Bereitschaft brauchen wird und entsprechend gibt es immer Kosten, die anfallen, unabhängig davon, was dann wirklich passiert, ob es Schnee oder Eis gibt. Zum Schluss noch ein Punkt, den wir auch angeschaut haben. Was passiert bei Unfällen, wie sieht die Haftungsfrage aus und es ist so, dass in jedem Fall der Eigner, also der Kanton haftet, wenn Mängel an der Infrastruktur bestehen und ein Mangel kann eben auch sein, dass Eis oder Schnee auf dem Trottoir ist.

Insgesamt war die Diskussion in der UVEK so, es gab natürlich diese Grundsatzdiskussion, die ist wieder aufgekommen, wie das damals auch im Grossen Rat war. Der Vorschlag des Regierungsrates ist in sich für die UVEK stimmig. Wenn man diese Qualitätsstandards anstrebt, dann fallen diese Kosten als Konsequenz an, im Wissen darum, dass ein Teil davon diese Bereithaltungskosten sind, die jeden Winter anfallen werden, unabhängig davon, was in Sachen Schnee und Eis anfallen wird.

Insgesamt war die UVEK dann am Ende für diese Ausgaben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die Regierung beantragt hier Geld und eine Gesetzesänderung, damit wir künftig die Trottoirs räumen können durch den Staat. Die Regierung bittet hier um Zustimmung, damit wir die Ausschreibung starten können, einerseits für die Geräte, aber eben auch für die Dienstleistung. Denn man muss sich ganz klar sein, intern können wir das nicht leisten, bei einem Schneeereignis wie vor zwei Wochen sind alle Mann und alle Frau auf Platz, arbeiten schon, alle Maschinen sind im Einsatz, also wir laufen da sowieso am Anschlag und können auch nicht immer alle Wünsche an die Räumung, die wir gerne hätten, schon heute erfüllen. Über hundert Personen waren im Einsatz bei diesem Schneeereignis vor zwei Wochen und dennoch bleibt an vielen Stellen der Schnee länger liegen, als dass wir uns das wünschen würden.

Jetzt muss man das kurz übertragen auf die Trottoirs. Heute räumen Private diese Trottoirs. Ich mag mich erinnern, beim Schneeereignis stand ich nachts um 11 auf der Strasse und habe mein Trottoir geräumt und meine Mitbewohnerin morgens um 8 Uhr. Das werden wir mit dem Staat nicht leisten können in dieser Frequenz und ich glaube, man muss sich klar sein, dass einige der Trottoirs künftig weniger gut geräumt sein werden, als sie es heute sind, wenn es viele Private vor der eigenen Haustüre machen.

Ich möchte da deshalb auch etwas Expectation-Management, wenn man das so Neudeutsch formulieren darf, machen. Sie sehen das im Vorschlag der Regierung, tagsüber würden wir die Trottoirs sicherstellen, dass sie fünf Stunden nach Ende des Schneeereignisses, also wenn der Schneefall fertig ist, fünf Stunden danach möchten wir sicherstellen, dass alle Trottoirs geräumt sind. Nochmals, wenn Private es tun vor der eigenen Haustüre, wäre das möglicherweise schneller und wenn es nachts ist, dieses Schneeereignis, dann machen wir die Räumung ab 7 Uhr morgens. Natürlich wäre früher möglich und noch schneller möglich, aber das würde bedeuten, dass wir noch mehr Maschinen und noch mehr Leute auf Pikett hätten und die Kosten dann deutlich steigen würden und das halten wir als Regierung wirklich für unverhältnismässig gemessen daran, dass es doch immer weniger Schneeereignisse sind, für die wir uns auch bereit machen müssen.

Ich danke der Kommission für die Auseinandersetzung mit diesem Geschäft, auch für die Beratung und die rasche Beratung, damit wir nach voraussichtlicher Zustimmung durch das Parlament hier in die Ausschreibung gehen können und das ab nächstem Jahr umsetzen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: André Auderset hat eine Zwischenfrage, möchten Sie sie beantworten? Sie wird angenommen.

André Auderset (LDP): Esther Keller, was ich jetzt vermisse in den Ausführungen, sowohl bei Ihnen wie auch bei der Kommission, ist, ob man die Frage abgeklärt hat, muss man solche Geräte, solche grossen Maschinen, die dann mehrheitlich rumstehen, wirklich kaufen oder könnte man die nicht auch zumieten im Bedarfsfall?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die Frage nach Make-or-Buy, die stellen wir uns immer bei solchen Dingen. Es sind häufig gar nicht neue Geräte, sondern einfach Aggregate, also Bestandteile, die man vorne auf die Maschinen drauf macht. Wenn Buy günstiger ist, werden wir das machen und nicht intern lösen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: André Auderset darf gleich wieder sprechen, er spricht für die LDP.

André Auderset (LDP): Ich habe mit etwas Erstaunen den Ausführungen des Kommissionspräsidenten entnommen, dass Teile der Kommission die Unberechenbarkeit des Wintereinbruchs als nachteilig erachten, vor allem die Organisatoren von Skirennen.

Wir haben uns in der Kommission nach einigen Diskussionen dazu entschieden, für diese Vorlage zu sein, das vor allem aus einem Grund. Wir reden ja hier nicht darüber, ob man diese Schneeräumung auf den Trottoirs durch den Staat machen soll oder nicht, darüber haben wir schon beschlossen. Kollege Jérôme Thiriet hatte da mit einer Motion Erfolg. Nun geht es nur noch um das wie und es ist einigermassen mühsam, dass wir erst jetzt über das wie reden. Es ist wirklich schon einige Zeit her, Jérôme Thiriet wird das wahrscheinlich noch mehr ausdeutschen, seit diese Motion durch ist, nun können wir aber endlich mal loslegen. Den ersten kräftigen Schnee haben wir ja schon verpasst, wäre schön gewesen, wenn es da schon geklappt hätte.

Sie haben es vorher in einer Zwischenfrage gehört, eigentlich haben wir uns wirklich gefragt, muss das Ganze denn so teuer sein. Wenn immer der Staat das macht, wird es viel teurer, aber hier ist wirklich jetzt gerade auch mit dem Kauf von Geräten ein Teil der Antwort jetzt geliefert, ist es wirklich sehr teuer. Wir hatten manchmal etwas den Verdacht in der Fraktion, dass man das so teuer und kompliziert ausgestaltet hat, weil man es eigentlich gar nicht will. Das wäre dann also der falsche Weg. Und wir haben uns im Moment eine Rückweisung überlegt, uns dann aber entschieden, nein, es soll jetzt nun mal endlich losgehen, das soll nämlich getan werden und darum sagen wir, bitte, vorwärts, marsch und vielleicht überlegt man sich doch noch im zuständigen Departement, ob es nicht doch etwas günstiger ginge.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Das Grün-Alternative Bündnis unterstützt den Antrag der Regierung und der UVEK. In unseren Augen «verhebt» dieser Vorschlag, gerne möchten wir zwei Punkte für die Umsetzung noch mitgeben.

Zum ersten Punkt; die stehenden Bereithaltungskosten wirken auf uns ziemlich hoch. Die Schätzung, auf die sich diese Kostenanträge berufen, die wurde von einer Firma gemacht. Der Auftrag soll ja im Nachhinein ausgeschrieben werden, wir erhoffen uns durch diese Ausschreibung eine Kostensenkung.

Zum zweiten Punkt; das Salz streuen, um gegen Eisbildung vorzuwirken, ist insgesamt nicht so gut für die Umwelt, vor allem nicht für die umliegenden Bäume und Grünräume. Wir denken jedoch, dass insgesamt die Umweltbelastung sinkt durch eine Ausübung durch den Staat, weil Private oft sehr viel mehr Salz streuen, als eigentlich notwendig ist und wir wünschen uns natürlich eine möglichst umweltschonende Umsetzung des Salzstreuens, falls das notwendig ist.

Noch ein Blick in die Zukunft. Die Klimakrise bewirkt, dass wir im Schnitt weniger häufig und weniger stark Schneeereignisse haben werden. Klar ist aber auch, wenn es schneit, dann braucht es eine Räumung, weil es dient der Sicherheit vor allem des Fussverkehrs auf den Trottoirs. Schneefälle werden jedoch sozusagen ausserordentlich, auch das Schneeereignis, das wir erst kürzlich hatten, war etwas Ausserordentliches und diese Tatsache wird zunehmen. Wir möchten daher als Fraktion die Idee noch einbringen, dass künftig auch der Zivilschutz bei solchen ausserordentlichen Ereignissen die Schneeräumung machen könnte.

Alles in allem werden wir dem Antrag zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die FDP ist Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer (FDP): Die FDP-Fraktion wird der Teilrevision nicht zustimmen. Wir sind der Meinung, dass der geforderte Winterdienst durch die öffentliche Hand ein ungünstiges Kosten-Nutzenverhältnis aufzeigt und auch dem Klimaschutz entgegenläuft. Zur weiteren Argumentation, die jährlichen Kosten von 750'000 Franken sowie die Initialkosten in Höhe von 1,2 Millionen Franken sind viel zu hoch und aus wirtschaftlicher Sicht fragwürdig. Es wurde gesagt, aufgrund der Klimaveränderung ist mit einer weiteren Abnahme der Schneefälle in Basel zu rechnen. In Anbetracht dieser aktuellen Situation ist es sicher nicht sinnvoll, hohe Ausgaben für eine Infrastruktur und Organisation zu tätigen.

Im Gegensatz zu einer Räumung durch Private lässt sich auch eine nur annähernd ähnliche Leistung durch die öffentliche Hand nur unter Einsatz von Maschinen bewerkstelligen. Zudem, und das empfindet die FDP-Fraktion als besonders stossend, dass einmal mehr die Privatwirtschaft durch die öffentliche Hand konkurrenziert wird. Eine Vielzahl der Schneeräumungen wird bereits durch private Firmen wie Hauswartungen, Gärtnereien, usw. erledigt. Die benötigte Infrastruktur ist dort bereits vorhanden. Ebenso enthalten Vorhaltekosten, wir haben es vorher gerade gehört, wenn man das zumieten will später mal, dann muss für die Reservation dieser Geräte auch Geld bezahlt werden. Gerade bei Schlechtwetter ist die Schneeräumung für private Firmen, die sonst ihre Arbeit einstellen müssen, ein willkommener Arbeitseinsatz.

Die FDP-Fraktion lehnt den Grossratsbeschluss betreffend Teilrevision des Bau- und Planungsgesetzes ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Es sind sich, denke ich, alle einig, dass die heutige Lösung zu keinen guten Ergebnissen führt. Es braucht nur eine Liegenschaft, vor der der Schnee nicht geräumt wird, damit ein Trottoir gefährlich wird. Für mobilitätseingeschränkte Personen oder Menschen mit Kinderwagen unter Umständen sogar unpassierbar. Das ist schnell passiert. Liegenschaftsbesitzende sind vielleicht gerade abwesend oder aus gesundheitlichen oder Altersgründen nicht mehr in der Lage, das Trottoir zu räumen. Was oft vergessen geht, heute kann man als Liegenschaftsbesitzer oder Liegenschaftsbesitzerin durchaus haftbar gemacht werden, wenn jemand aufgrund mangelnder Schneeräumung vor dem eigenen Haus verunfallt. Der Kanton ist zwar, wie vorher korrekt gesagt wurde, Eigner und damit haftbar, kann aber allenfalls Rückgriff auf die für die Räumung zuständigen Personen nehmen.

Starke Schneeereignisse gibt es in Basel zwar selten und sie werden in Zukunft wohl nur noch seltener, trotzdem können die Auswirkungen einschneidend sein, wie wir es gerade erst wieder erlebt haben. Die Anschaffung der benötigten Maschinen und die Bereitstellung und gegebenenfalls dann Ausführung des Winterdienstes verursacht Kosten, das ist klar. Die Grünliberale Fraktion ist aber der Meinung, dass es uns dieses Geld wert sein sollte, dass mobilitätseingeschränkte Personen sich auch bei Schnee noch selbstständig bewegen können, dass die Unfallgefahr für alle reduziert wird und dass man mit einem Kinderwagen vorankommt und dass Liegenschaftsbesitzer*innen keine kostspieligen Schadensersatzforderungen befürchten müssen.

Wir werden deshalb für die Annahme des Beschlusses stimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Felix Wehrli an? Sie wird angenommen.

Felix Wehrli (SVP): Lukas Bollack, ist Ihnen aber bewusst, dass das Räumen der Trottoirs in Zukunft dann schlechter werden wird?

Lukas Bollack (GLP): Ich denke, es könnte ein bisschen langsamer vorwärtsgehen, aber dafür dann auch flächendeckend und eben nicht mit solchen Lücken, wie es sie heute gibt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich kann es hier eigentlich einigermassen kurz machen, auch die SVP-Fraktion befürwortet diesen Ratschlag grossmehrheitlich. Wir haben das auch diskutiert, bereits schon bei der Motion Jérôme Thiriet, als es zu zwei Überweisungen der Motion kam, ob das jetzt eine Staatsaufgabe ist oder nicht. Grossmehrheitlich ist die SVP-Fraktion zum Entschluss gekommen, dass es eine Staatsaufgabe ist und dementsprechend müssen wir hier auch die entsprechenden Kosten dafür verantworten und dem so zustimmen.

Jetzt kann man darüber diskutieren, ob sich jetzt hier der Kanton einmischen soll oder nicht. Auf der anderen Seite kann man aber auch sagen, ob das jetzige System korrekt ist, wo Grundeigentümer auf Allmend räumen müssen, weshalb das überhaupt gerecht ist oder nicht. Denken Sie gerade an Menschen, welche vielleicht einen älteren Jahrgang haben und vielleicht dafür gar nicht mehr in der Lage sind, Menschen mit einer Behinderung, welche Liegenschaftsbesitzer sind, Menschen, welche gerade in den Ferien sind. Daraus hat dann die SVP-Fraktion grossmehrheitlich dann schon auch die Haltung gehabt, dass das nicht die Aufgabe von Privaten sein kann, auf Allmend hier zu räumen und entsprechend müssen wir jetzt dem so auch zustimmen.

Aber auch die Erwartungshaltung, da habe ich etwas eine andere Meinung wie Regierungsrätin Esther Keller, selbstverständlich ist dann auch die Erwartung dahinter, wenn wir so viel Geld auch sprechen, dass dann nicht schlechter oder weniger geräumt wird, sondern dass es mehr wird, weil der Kanton ja dann auch die Kompetenz hat, das zu tun. Er kann das über breite Flächen viel effizienter auch tun und es gibt ja auch bereits heute sehr viele Liegenschaftsbesitzer, welche gar nicht dafür in der Lage sind zu räumen und dementsprechend soll das dann schon auch eine Verbesserung sein und nicht direkt auch an eine Verschlechterung zu denken.

Da hat die Mehrheit der SVP-Fraktion dann schon auch eine andere Meinung, eine andere Erwartung, dass wir hier auch in Zukunft einen Mehrwert für die Gesamtbevölkerung schaffen und uns das auch so wert sein soll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch Sie dürfen, wenn Sie möchten, eine Frage beantworten. Das ist der Fall, Andrea Strahm wird sie stellen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Geben Sie mir recht, dass gemäss den üblichen Mietverträgen die Schneeräumung in aller Regel den Mietern überbunden wird?

Pascal Messerli (SVP): Da gibt es viele verschiedene Verhältnisse. Es gibt auch ältere Hauseigentümer, welche keine Mieter haben, dementsprechend wäre das individuell anzuschauen. Aber wir wollen ja hier jetzt eine grundsätzliche Lösung und wir müssen uns halt einfach die Frage stellen, ob es eine Staatsaufgabe ist oder nicht und wir kommen zum Entschluss, grossmehrheitlich ja.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten und da zu Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Ob es sich beim Winterdienst auf Trottoirs um eine Staatsaufgabe handelt oder nicht, ist ja, wie im UVEK-Bericht erwähnt, eine politische Frage. In einer dicht bebauten Stadt kann das eine Lösung sein, um im Winter eine Verbesserung zu erreichen. Die Kosten für die kurze Zeit sind, wie wir ja sehen, nicht unerheblich und es stellt sich halt trotzdem die Frage, wo fängt die Bürgerpflicht an, an der Strassenkante, der Hauswand oder an der Türschwelle sogar. Aber lassen wir das. Wichtig ist mir in diesem Geschäft, dass Riehen mit Bettingen zusammen mit seinem Einwohnerrat das für sich selber entscheiden kann. Da ist die Topografie anders und es muss auch anders geregelt werden können und das wurde im Antrag so berücksichtigt und ich danke dafür und danke fürs Zuhören.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Es erstaunt schon, wie eine breite Koalition so enthusiastisch sein kann, wenn es darum geht, Staatsgelder für nichts herauszuschmeissen. Und ja, es wurde vom Expectation-Management geredet und ich meine, es ist ja ganz klar, denken wir an dieses kürzliche Ereignis zurück. Dann wäre um 7 Uhr mit der Räumung begonnen worden durch den Staat und diese Vorgaben gelten aber nur für ein durchschnittliches Winterereignis. Das war kein durchschnittliches Winterereignis, da wäre auch so niemand gekommen, sicherlich nicht in irgendwelche Quartierstrassen. Es wurde auch von der Topografie gesprochen. Ich wohne auf dem Bruderholz, das auch relativ gebirgig und hügelig ist, da wird niemand kommen.

Und wenn Sie jetzt diese Regelung einführen, ich muss André Auderset widersprechen, das ob ist noch nicht entschieden, wenn es um eine Gesetzesänderung geht, ist die zweimalige Überweisung einer Motion eine Voraussetzung, aber über das ob entscheiden wir heute und wir können diesen Unsinn heute noch mit gutem Gewissen bremsen. Ich meine, Sie erwecken damit die Erwartung, es wird irgendwo, wenn Sie um 7:30 Uhr aus dem Haus gehen wollen, Herr Wermuth geht ja erst um 9 Uhr aus dem Haus, vielleicht ist dann für ihn geräumt, dass dann alles aper ist, das ist doch nicht der Fall. Und als

Hauseigentümer sage ich, ja gut, dann spare ich alles, etc. und mache nichts, der Staat kommt ja. Das ist ja gut gesagt, aber ist völlig absurd bei einem solchen Ereignis. Sie setzen wirklich das Geld besser ein, dass die BVB wieder irgendein Schneeräumungsgerät hat. Sie erwecken hier Erwartungen, die nicht erfüllbar sind. Ich habe vor knapp fünf Jahren beim Winterereignis vor der Haustüre meinen Oberschenkel gebrochen. Das hätte der Staat nicht verhindert, der wäre nicht rechtzeitig da gewesen. Und ich meine, Expectation-Management, beim ersten Ereignis werden alle klagen, dass irgendwo um 7 Uhr bei ihrer Haustüre nicht begonnen wurde. Das wird so sein.

Dann höre ich, Zivilschutz aufbieten. Wie wollen Sie das bewerkstelligen? Also es wird immer absurder. Und ich meine, ich habe nichts dagegen, wenn man sagt, eine gewisse subsidiäre Pflicht des Staates besteht, mitzuhelfen, aber quasi die primäre Pflicht des Staates und alle völlig aus der Verantwortung zu entlassen, Sie werden dann die sein, die Schuld sind an allen Beinbrüchen, weil die Leute sagen, ich darf ja vor die Türe gehen, der Staat räumt schon. Also jetzt wirklich, solchen Blödsinn habe ich selten gehört. Und dann die Haftung, dann machen Sie doch eine separate Vorlage, positive Regressmöglichkeit abschaffen für den Staat. Und ich bitte Herrn Bollack mir irgendwo zehn Fälle zu nennen, wo das wirklich zu einem Gerichtsfall geführt hat. Der Herr Zivilgerichtspräsident wird auch noch sprechen, er kann auch mitteilen, ob das ihm je in der Praxis begegnet ist.

Ich weiss, ich spreche da völlig vergebens, aber das ist also wirklich geballter Populismus ohne irgendeine positive Auswirkung für unsere Bevölkerung, ausser falsche Erwartungen zu erwecken. Vielen Dank, dass Sie das unserer Bevölkerung antun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir beim genannten Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich kann eigentlich jedes Wort unterstreichen, das David Jenny gesagt hat, wir haben uns nicht abgesprochen. Ich liebe es, wenn es schneit. Ich finde es grossartig, wenn es schneit. Und ich muss Ihnen sagen, ich ziehe dann oftmals eine Mütze über den Kopf und gehe vor das Haus und schippe den Schnee etwas weg und das machen andere links und rechts auch und es wird fast so wie zu einem sozialen Event. Und was machen wir jetzt? Wir haben den Eindruck, für alles brauchen wir den Staat. Wir verlernen den Umgang mit dem Normalen, mit der Natur, mit dem, was uns geschehen kann. Es ist eine Illusion, dass um 7 Uhr, wenn es dann wirklich in der Nacht geschneit hat, vor Ihrer Haustür der Schnee weggeräumt sein wird. Da wird irgendwo angefangen und dann geht es fünf Stunden als Zielvorgabe. Ja, jetzt ist es so, dass Sie in der Regel um 8 Uhr an den meisten Orten in der Stadt zumindest relativ gut über das Trottoir gehen können. Ich weiss, dass es zum Teil eine Zumutung ist für ältere Menschen und da muss man sich nachbarschaftlich, nachbarnett absprechen, aber das geschieht auch häufig. Wir verlernen es nur, weil wir immer sofort nach dem Staat rufen, der da eine Lösung bringt und er bringt ja auch eine, sie kostet gigantisch viel und wir werden dann aber mit einer Staatsverdrossenheit weiterleben, weil wir sehen, der schafft es ja gar nicht. Es ist unmöglich, dass er es schafft. Jetzt helfen tausende von Leuten, dass das geschieht und nachher müssen das ein paar wenige mit Maschinen tun. Das kann nicht funktionieren, wir wecken falsche Erwartungen.

Das wollte ich Ihnen einfach mitgeben. Ich habe Verständnis, auch bei uns in der Fraktion sind die Meinungen sehr unterschiedlich. Ein Teil von uns findet, natürlich soll das der Staat machen, das ist doch nicht unsere Aufgabe. Und ich plädiere für etwas mehr Gemeinsinn. Man kann solche Dinge auch als Bürgerin oder als Bürger machen und man profitiert selber sogar noch davon. Ich empfehle Ihnen, diese Vorlage nicht anzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Jérôme Thiriet, Sie haben das Wort.

Jérôme Thiriet (GAB): Vielen Dank an alle Vorredner*innen für die viele Voten. Ich habe das auch in den letzten Wochen wieder gemerkt, dass das doch ein Thema ist, das bewegt. Das liegt vielleicht daran, dass es tatsächlich wieder einmal geschneit hat, und zwar nicht zu knapp und wir haben dort auch wieder gesehen, dass es nicht so wahnsinnig gut funktioniert.

Ich möchte sehr gerne auf die FDP eingehen. Ich verstehe das, dass man dort auf die Eigenverantwortung auch der Bürger und Bürgerinnen setzt, aber in diesem Fall müssen wir ja sagen, man sieht, es funktioniert nicht, die Eigenverantwortung. Die Trottoirs sind wirklich nicht geräumt und Regierungsrätin Esther Keller hat ja gesagt, gewisse machen das und dort ist es in dem Fall vielleicht sogar besser geräumt, als wenn es der Staat macht, aber es ist halt nicht flächendeckend. Also es wird vermutlich etwa zehn Mal besser sein nach Umsetzung dieser Gesetzesänderung, weil dann nämlich überall geräumt ist und gut geräumt ist. Und jetzt ist es so, dass etwa 70 Prozent der Trottoirs nicht geräumt sind und das ist auch der Grund, warum man diese Motion machen musste und wo wir jetzt wollen, dass das umgesetzt wird.

Bruno Lötscher hat auch so geredet, als wäre das das Exotischste und eine dümmste Idee, die es überhaupt gibt auf der Erde, aber ich glaube, es ist eher das umgekehrte, weil in allen anderen Städten und Gemeinden und Kantonen funktioniert

es so. Also wenn ich mich umhöre bei meinen Kollegen in Bern oder St. Gallen, die sagen, ja, das ist kein Problem, Trottoirs sind Grund von uns, von der Gemeinde, vom Staat und es ist eine Staatsaufgabe, fertig, und es ist überhaupt nichts Exotisches. Wir wollen jetzt einfach, dass das in Basel auch funktioniert.

Und Silvia Schweizer kann ich vielleicht noch die Angst nehmen, das ist so ein bisschen der Punkt, dass das wahnsinnig viel kostet und es uns so viel kostet, aber es geht, so wie ich das aus dem Ratschlag entnehme, eigentlich direkt wieder zur Wirtschaft zurück. Also die Firmen, die dort vielleicht ihre Aufträge von Privaten verlieren, kriegen sie dann einfach vom Kanton. Also das Geld geht an Privatfirmen. Und dort ist es mir vielleicht auch noch ein Anliegen, dass die hohen Kosten, die wiederkehrend sind, auch wenn es keine Schneeereignisse gibt, dass man diese Kosten vielleicht bei einer Ausschreibung dann noch ein bisschen herunterbekommt.

Raffaela Hanauer hat gesagt, vielleicht gibt es ja eine Möglichkeit, dass wenn es, das klingt ja auch immer so wie ein Katastrophenfall, der nur all Schaltjahr eintritt, dass man dann den Zivilschutz aufbieten könnte. Oder, das habe ich auch schon einmal in einem Votum gesagt bei der Erst- oder Zweitüberweisung, dass es eine Möglichkeit ist, mit Sozialintegrationsfirmen zu arbeiten, die Arbeitskräfte zur Verfügung haben. Aber ich glaube, die Baufirmen, die der FDP nahestehen, würden sich auch freuen, wenn sie die Aufträge bekommen und sie würden es sicher auch gut machen.

Ich gönne Riehen auch, dass sie das nicht umsetzen müssen. Mir wäre es natürlich lieber gewesen, wenn wir es kantonsweit hätten machen können, ich respektiere aber hier die Gemeindeautonomie. Ich will dann aber nichts hören, wenn die Riehener Einwohner und Einwohnerinnen sich beklagen, dass bei ihnen nicht geräumt ist, aber in Bettingen und in Basel-Stadt das wunderbar klappt, das wollen wir dann noch sehen, wie das ankommt.

Alles in allem bin ich zufrieden mit der Ausarbeitung der Regierung und der Gesetzesänderung und bin froh, wenn wir das Thema jetzt abschliessen können. André Auderset hat es eingangs auch gesagt, wir sind schon wahnsinnig lange daran und es ist ein Evergreen. Auch in den Medien, jedes Mal, wenn es schneit, kommt das Thema wieder und der Kanton ist immer noch nicht bereit. Also ich bin dann froh, wenn wir den Hauseigentümer*innen sagen können, dass es jetzt der Kanton übernimmt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Jérôme Thiriet, Joël Thüring möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen und er ist nicht der Einzige, auch Silvia Schweizer. Joël Thüring, die Zwischenfrage.

Joël Thüring (SVP): Jérôme Thiriet, Sie haben gesagt, es würde dann ja viel besser funktionieren, wenn es der Staat macht. Gerade im Rückblick auf das letzte Ereignis mit Schnee vor einigen Tagen, haben Sie den Eindruck, dass es damals auf dem öffentlichen Grund, Allmend, aber auch bei der BVB gut funktioniert hat, als es tatsächlich wieder einmal geschneit hat?

Jérôme Thiriet (GAB): Unterschiedlich, also ich glaube, die Fahrbahnen waren sehr gut schwarz geräumt. Bei der BVB war es schlecht, da gehe ich mit David Jenny einig, vielleicht sollten sie wieder einen Schneepflug kaufen, und auf den Velowegen und auf den Trottoirs war es eine Katastrophe, wie immer.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Silvia Schweizer, bitte Ihre Frage.

Silvia Schweizer (FDP): Jérôme Thiriet, Sie haben erwähnt, dass die privaten Firmen dazukommen, da gebe ich Ihnen recht, weil der Kanton oder die öffentliche Hand das gar nicht leisten kann. Aber haben Sie den Eindruck, dass bei unverhofftem Schneefall plötzlich alle ihre Mitarbeiter zum Schneeräumen schicken können? Man muss auch bedenken, wenn Sie die Baufirmen erwähnen, dass die Winterferien machen, die arbeiten meistens im Januar nicht.

Jérôme Thiriet (GAB): Ja, natürlich, ich habe sogar mit Andy Lutz, Bauunternehmer, gesprochen und er hat gefunden, das ist ein super Auftrag im Winter, wenn er eh nicht so gut ausgelastet ist. Und das letzte Mal hat er das, glaube ich, 2006 machen dürfen. Das ist eine Zeit lang her, aber die machen das gerne und gut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir wieder bei Frau Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet, der Sprecher für die Kommission Raphael Fuhrer verzichtet ebenso. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung der Änderung des Bau- und Planungsgesetzes (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Änderung Bau- und Planungsgesetz

§ 161 Abs. 2 (geändert)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 15 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005163, 11.12.24 11:37:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Bau- und Planungsgesetz (BPG) vom 17. November 1999 [1]) (Stand 1. August 2022) wird wie folgt geändert:

§ 161 Abs. 2 (geändert)

2 Der Winterdienst des Kantons beschränkt sich auf die Freihaltung der Fahrbahnen der Kantonsstrassen. Die Gemeinden sind zur Schneeräumung und zur Glatteisbekämpfung auf den Trottoirs an Kantonsstrassen innerhalb des Baugebietes verpflichtet. Die Abfuhr des Schnees von Fahrbahnen und Trottoirs ist Sache der Gemeinden. Die Gemeinden können die Schneeräumung und Glatteisbekämpfung auf den Trottoirs durch Gemeindereglement den Anstösserinnen und Anstössern überbinden.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderung wird zugestimmt mit 74 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses betreffend Ausgabenbewilligung (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

- Beschaffung Winterdienstaggregate

- Durchführung Winterdienst

- Investitionen der Gemeinde Bettingen

- Winterdienst Trottoir an Kantonsstrassen

Publikations- und Referendumsklausel.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 17 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005165, 11.12.24 11:38:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Durchführung des Winterdienstes auf Trottoirs werden Ausgaben in der Höhe von gesamthaft Fr. 1'959'000 bewilligt. Diese Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 1'200'000 für die Beschaffung von zwanzig Winterdienstaggregaten zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur»

- Fr. 741’000 als jährliche Ausgabe für die Durchführung des Winterdienstes auf Trottoirs zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements

- Fr. 7'000 als Beitrag an benötigte Investitionen der Gemeinde Bettingen (einmalig)

- Fr. 11'000 als Beitrag an den Winterdienst auf den Trottoirs an Kantonsstrassen

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 72 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

6.1. Motion Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Winterdienst auf Trottoirs ist Staatsaufgabe! Bericht der UVEK

[11.12.24 11:38:54, 21.5319.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Mit dem Entscheid über Eintreten auf dieses Geschäft haben Sie die Motion Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Winterdienst auf Trottoirs ist Staatsaufgabe gemäss § 43 Abs. 5 der Geschäftsordnung als erledigt abgeschrieben.

7. Ausgabenbewilligung Friedhof am Hörnli – Zaun- und Tormanagement, Ausgabenbericht des RR

[11.12.24 11:39:11, 24.1323.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Es geht hier um Massnahmen gegen Rehe auf einem Teil des Friedhofes, und zwar dem Teil, wo es Grabpflanzungen hat. Aktuell haben die Zäune offensichtlich Durchgänge und so sammeln sich immer wieder Rehe in diesen Gebieten an. Es geht also darum, diese Zäune zu erneuern und zu erweitern inklusive Toranlagen, die neu automatisch schliessen und öffnen sollen und in den Zeiten dann möglichst auch geschlossen sein sollen. Sie können aber automatisch

ausgelöst werden, also Personen, die zum Beispiel mobilitätseingeschränkt sind, können trotzdem die Eingänge gut passieren.

In der UVEK haben wir folgende Punkte diskutiert: Wir haben uns gefragt, wie sieht das aus, wie dicht sind quasi diese Zäune, können dann auch andere Tiere, die eigentlich nicht gemeint sind, wie zum Beispiel Igel, dann auch nicht passieren. Das ist nicht der Fall. Die Zäune sollen so ausgestaltet werden, dass Kleintiere nach wie vor in und aus dem Friedhof hinausgehen können.

Der zweite Punkt, den wir auch angeschaut haben, ist die Frage, der Zaun und die Hecken sind ja sehr miteinander verwachsen, was bedeutet das für die Hecken. Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass die Hecken wahrscheinlich in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn man diese Erneuerung der Zäune macht. Es ist aber so angedacht, dass die Hecken wieder nachwachsen und am Schluss die Zäune auch wieder in den Hecken verschwinden und optisch möglichst nicht sichtbar sein sollen.

Am Schluss hat die UVEK dann mit 11 zu 0 Stimmen beschlossen, dem Beschlussantrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Esther Keller hat das Wort für den Regierungsrat.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich kann es auch kurz machen. Ich freue mich sehr, dass wir die Rehfrage auf dem Hörnli mit einer zugegebenermassen ungewöhnlichen Massnahme gelöst haben mit dieser Verschiebung in den Jura. Es kann aber natürlich jetzt nicht das Ziel sein, jedes Jahr Rehe in den Kanton Jura zu schicken, sondern wir möchten diese Lösung jetzt auch nachhaltig und dauerhaft sichern. Zurzeit haben wir keine oder kaum Rehe auf dem Friedhof Hörnli. Wir möchten das weiterhin auf dem unteren Teil, das ist mir auch wichtig zu sagen, auf dem unteren Teil sicherstellen, auf dem oberen Teil, der ja sehr oder noch naturnah ist, dürfen diese Rehe natürlich weiterhin sein.

Es ist mir auch klar, der Zaun ist nicht ganz günstig, aber ich glaube, man muss auch sehen, es ist erstens eine grosse Fläche, zweitens hatten wir gerade mit den Rehen grosse Frassschäden, also auch laufende Kosten. Wir werden künftig wahrscheinlich nicht mehr die Möglichkeit haben von Privatpersonen, die diesen Schliessdienst übernehmen und mit diesem neuen Zaun ist all dies eben möglich.

Deshalb bitte ich Sie, diesem Ausgabenantrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie nehmen sicher die Zwischenfrage von André Auderset an? Sie wird angenommen. André Auderset hat das Wort.

André Auderset (LDP): Frau Regierungsrätin, ist dem Kanton bekannt, wie viele Hörnli-Rehe den Umzug dann auf dem Teller von jurassischen Feinschmeckern beendeten?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Danke für die Frage, tatsächlich habe ich mich mit meinem jurassischen Amtskollegen ausgetauscht. Tatsächlich sind einige gestorben, aber sehr viele haben sich am neuen Ort erfolgreich integriert und sprechen fliessend Französisch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

Gesamtbetrag

- neue Ausgaben

- jährlich wiederkehrende Ausgaben

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005168, 11.12.24 11:43:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 1´335'000 für den Friedhof am Hörnli – Zaun- und Tormanagement bewilligt. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 1´315'000 neue Ausgaben für das Zaun- und Tormanagement zu Lasten der Investitionsrechnung Bau- und Verkehrsdepartement, Stadtgärtnerei, Investitionsbereich «Übrige»

- Fr. 20'000 jährlich wiederkehrende neue Ausgaben für den Unterhalt der automati-sierten Toranlage beim Friedhof am Hörnli zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Stadtgärtnerei

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird einstimmig angenommen mit 89 Ja-Stimmen.

8. Ausgabenbewilligung Elektromobilität in der Stadtgärtnerei; Ersatz von zwei vollelektrischen Hubarbeitsbühnen; Ersatz eines vollelektrischen multifunktionalen Geräteträgers, Ausgabenbericht des RR

[11.12.24 11:43:55, 24.1380.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Es geht hier um drei Fahrzeuge. Die sollen nun in elektrischer Ausführung gekauft werden, sie sind darum etwas teurer als vergleichbare fossile Modelle. Sie haben aber gleichzeitig natürlich diverse Vorteile, angefangen von der Klimabelastung über Lärm, über tiefere Unterhaltskosten, usw.

Wir haben uns in der UVEK gefragt, wird es jetzt so sein, dass für verschiedene Fahrzeuge wieder Ratschläge, Ausgabenbewilligungen nötig sind und wurden so informiert, dass dieser Umstieg dieser drei Fahrzeuge nun in ein Gesamtkonzept eingebettet ist. Es wurde konzeptionell durchdacht, wo und wie macht es Sinn, beim Fuhrpark der Stadtgärtnerei diesen Umstieg auf Elektromobilität zu machen. Was gibt der Markt her und was ist die Entwicklung, welche Fahrzeuge sind für welche Tätigkeit wirklich die richtigen, der Fuhrpark besteht ja nicht nur aus grossen Fahrzeugen, es kann auch mal ein Cargovelo sein, wenn kleinere Arbeiten anfallen. Und es ist so, dass nun ein Rahmenvertrag angestrebt wird und das dann im Rahmen dieses Gesamtkonzepts dieser Umstieg weiter vorangetrieben wird.

Bei diesen drei Fahrzeugen ist es nun aber dringender Ersatz, zwei davon, wenn ich mich richtig erinnere, sind schon nicht mehr im Einsatz und darum ist nun diese Ausgabenbewilligung auf dem Tisch und wir als UVEK haben das nachvollziehbar gefunden und auch die Mehrkosten als gerechtfertigt betrachtet und sind darum mit 13 zu 0 Stimmen dafür, dem Beschlussantrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung (Seite 9 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

Ersatzbeschaffung Hubarbeitsbühnen

Ersatzbeschaffung multifunktionaler Geräteträger

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005170, 11.12.24 11:47:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Ein Betrag von Fr. 605'000, Ersatz für die Ersatzbeschaffung von zwei vollelektrischen Hubarbeitsbühnen für die Stadtgärtnerei zu Lasten der Investitionsrechnung Bau- und Verkehrsdepartement, Stadtgärtnerei, Investitionsbereich «Übrige» wird bewilligt.

2. Ein Betrag von Fr. 495'000, Ersatz für die Ersatzbeschaffung von einem vollelektrischen multifunktionalen Geräteträger für die Stadtgärtnerei zu Lasten der Investitionsrechnung Bau- und Verkehrsdepartement, Stadtgärtnerei, Investitionsbereich «Übrige» wird bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird einstimmig angenommen mit 80 Ja-Stimmen.

9. Neubau Kunstrasen und Erneuerung der Beleuchtung auf der Sportanlage Rankhof – Erhöhung der Ausgabenbewilligung aufgrund neuer Gegebenheiten, Ratschlag des RR

[11.12.24 11:47:03, 24.0772.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an die Präsidentin der JSSK Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Gerne berichte ich im Namen der JSSK mündlich zu diesem Geschäft. Immer mehr Mädchen und Buben wollen Fussball spielen, die Fussballplätze der Stadt sind sehr dicht belegt. Aus diesem Grund ist seit längerem auf der Sportanlage Rankhof ein Kunstrasenfeld geplant, der Grosse Rat hat die nötigen Gelder im Jahr 2021 bereits bewilligt. Nicht zuletzt aber wegen einem Baum und wegen unerwarteten Altlastensanierungen musste das Projekt jetzt überarbeitet werden, was Kostenfolge hat. Neu soll das Sportrasenfeld im Stadion zu einem Kunstrasenfeld gemacht werden, dieser sogenannte Stadionrasen ist heute selten genutzt. Mit seiner Umwandlung zu einem Kunstrasenfeld können die Trainings-Kapazitäten für die Kleinbasler Sportvereine dann deutlich erhöht werden. Der Kunstrasen soll neu mit Kork gefüllt werden, das hat gegenüber anderen Kunstrasen Vorteile im Wasserrückhalt und auch eine geringere Wärmeentwicklung. Es werden ein paar bauliche Massnahmen nötig im Stadion, die alle dem Ratschlag entnommen werden können.

Die JSSK unterstützt den vorliegenden Antrag der Regierung einstimmig und beantragt Ihnen somit mündlich, die bestehende Ausgabenbewilligung zu erhöhen. Das war damals am 14. Januar 2021 bewilligt worden. Wir erhöhen nun auf Antrag der JSSK hoffentlich um 515’000 Franken, die Ausgabenbewilligung umfasst dann am Schluss neu 2'290’000 Franken.

Wir haben uns an einer Sitzung mit der Vorlage beschäftigt, sie wurde uns dankenswerterweise durch die Leiterin Gebäudemanagement vom BVD und durch den Leiter des Sportamtes des Erziehungsdepartementes vorgestellt. Wir stimmen dem Erhöhungsantrag einstimmig zu, möchten dann aber in aller Kürze doch ein paar grundsätzliche Bemerkungen anbringen.

Erstens ist es der JSSK ein wichtiges Anliegen, dass höchste Transparenz bei Themen wie Kontaminierung von Böden gemacht wird. Tatsächlich hat nach dem ersten Ratschlag die Verwaltung Bodenproben gemacht und festgestellt, dass im Feld 3, wo der Kunstrasen zuerst geplant war, aber wegen dem Baum jetzt nicht gemacht werden kann, und auch im Stadion, wo das Kunstrasenfeld jetzt gemacht wird, dass da der Boden unerwarteterweise verschmutzt ist. Wir haben dann erst auf Rückfrage erfahren, um was für eine Verschmutzung es geht. Es geht um die Überreste einer alten, teilweise darunterliegenden Aschenbahn, also konkret einer Laufbahn. Vor vielen, vielen Jahren, genau weiss man das nicht, wurde diese nicht entfernt, sondern neue Bodenschichten darüber gemacht. Diese Kontaminierung bedeutet, dass der Boden nicht einfach jetzt entfernt und weiterverwendet werden kann, sondern sachgerecht entsorgt werden muss. Deshalb müssen wir jetzt Entsorgungskosten von 320’000 Franken bewilligen.

Die Kommission ist der Ansicht, dass diese Information betreffend die Art und Bedenklichkeit der Verschmutzung und auch dem Ausmass der Verschmutzung im Ratschlag spärlich bis schon fast intransparent dargestellt ist. Der Ratschlag nennt nur die Verschmutzungen im Feld 3, aber nicht die im Boden des Stadions. Es ist auch ein wichtiges Anliegen nochmals zu betonen, dass es sich um Verschmutzung durch eine alte Laufbahn handelt und dass von dieser aber keinerlei Gefahr ausgeht und auch unterhalb des Naturrasens vom Feld 3 belassen werden bleibt.

Dann möchte die JSSK auch noch auf die lange Dauer des Projektes kritisch hinweisen und auch gewisse Mängel in der Planung. Das Vorprojekt für den Kunstrasen im Rankhof ist bereits 2019 gemacht worden. Vorabklärungen mit dem Bauinspektorat zur grossen Schwarzpappel am linken Rand im sogenannten Gefahrenbereich des Spielfeldes ergaben damals keine klaren Aussagen. Es wurde dann entschieden, den Ratschlag an den Grossen Rat zu machen im Jahr 2020. Erst dann im Rahmen des Baugesuches wurde dann die Fällung des Baums durch die kantonale Baumschutzkommission abgelehnt. Die zuständigen Departemente mussten dann deswegen prüfen, die Feldgrösse zu reduzieren, was diverse Nachteile hätte, oder auf das Stadion zu wechseln und erst dann kam die Kontaminierungsthematik noch zum Vorschein. Wieso es aber letztlich bis ins Jahr 2024 dauerte, bis dann die Erhöhung der Ausgabenbewilligung aufgrund der neuen Gegebenheiten beantragt wurde, ist uns letztlich unklar geblieben. Wichtig ist jetzt natürlich, dass das jetzt umgesetzt werden kann im Frühling/Sommer 2025, also zügig.

Der JSSK ist es aber ein Anliegen, unser Unverständnis für die lange Dauer und auch dieser in gewisser Weise nicht ideale Planung auszudrücken. Der Bedarf der Vereine ist seit Jahren dringend. Zudem hätte wirklich auch schon früher erkannt werden müssen, dass der Boden kontaminiert ist und die Planung hätte stärker berücksichtigen können oder berücksichtigen müssen, dass, wie gewisse Kommissionsmitglieder es ausdrücken, Bäume in Basel einen gewissen Sakral-Charakter haben. Während ein Teil der Kommission der Ansicht ist, dass Rekurs hätte eingelegt werden müssen gegen den Entscheid der Baumschutzkommission, ist es einem anderen Teil der Kommission wichtig darauf hinzuweisen, dass sie bereits 2021 auf die Baumthematik aufmerksam gemacht und alternative Lösungen gefordert hatten. Auch wenn die JSSK das jetzt einstimmig unterstützt, ist es uns wichtig zu betonen, dass die Vorlage keinen besonders guten Eindruck der involvierten Departemente hinterlässt.

Dann hat die JSSK sich auch mit der Frage auseinandergesetzt, ob die Sanierung von Sportplätzen in kleinen Schritten wirklich sinnvoll ist. Zum Beispiel wird die Sanierung von Tribünen verschiedener Stadien in Zukunft zusammengenommen und nicht pro Sportplatz vorgegangen. Wir bewilligen jetzt einen neuen Kunstrasen, Bewässerung, Beleuchtung, aber die Tribünensituation und Garderobensituation auf dem Rankhof wird jetzt nicht angeschaut. Das bedeutet, dass, wie es in der Kommission ausgedrückt wurde, die Bagger immer wieder von neuem auffahren und wir möchten hier die Frage aufwerfen, ob dies wirklich so effizient ist.

Zum Schluss möchten wir nochmal zum Ausdruck bringen, dass der Bedarf nach mehr Fussballflächen wirklich gross ist, der Ausbau von Sportflächen ein wichtiges politisches Anliegen. Kunstrasen ist dabei ein wichtiges Element, auch wenn es natürlich Nachteile hat, wie die Versiegelung des Bodens oder Erhitzung im Sommer. Mit 14 Prozent Kunstrasenanteil befindet sich Basel aber deutlich unter dem Schnitt anderer Schweizer Städte und aus Sicht der JSSK sollte oder darf es dann wirklich noch das eine oder andere Kunstrasenfeld mehr in der Stadt geben.

In diesem Sinne empfehle ich dem Grossen Rat mit diesem mündlichen Bericht die Annahme dieses Grossratsbeschlusses und wir begrüssen es, dass die jungen Fussballer*innen hoffentlich bald mit Freude dann davon profitieren können, dass die Platzknappheit durch das neue Kunstrasenfeld etwas abnimmt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Es ist aus sportlicher Sicht ein ergiebiger Vormittag. Wir haben jetzt schon das zweite Sportprojekt, wenn auch ein deutlich kleineres. Wir haben auf den Fussballplätzen wirklich einen hohen Nutzungsdruck, viele Menschen, auch junge Menschen, die ihn benutzen möchten, und es ist natürlich so, dass ein Kunstrasen eine deutlich höhere Belegung zulässt als ein Naturrasen.

Vielleicht zum Thema, weshalb das so lange ging. Einiges wurde angesprochen, es ist aber schon auch so, dass wir uns diesen Entscheid, ob es einen Kunstrasen gibt oder ein Naturrasen nicht ganz einfach machen. Es ist eine zusätzliche Versiegelung und wo immer möglich möchten wir natürlich weiter auf diese Naturrasen setzen. Aber hier, glaube ich, macht es jetzt Sinn, hier werden dann bis zu vier Teams gleichzeitig trainieren können. Auch mit der erneuten Beleuchtungsanlage wird sich vieles deutlich verbessern und das wird spürbar sein und auch auf der Mieteinnahmenseite erwarten wir doch bis zu 10 Prozent mehr Mieteinnahmen.

Ich denke, insgesamt spricht deshalb vieles für diese Erhöhung der Ausgabenbewilligung. Ich danke der JSSK für die Beratung, auch für die kritische Auseinandersetzung, für die kritischen Anmerkungen, die wir sehr gerne mitnehmen und ich würde Ihnen danken für die Zustimmung zu diesem Antrag.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die LDP ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Wir haben nochmal Sport heute Morgen, das finde ich super und es geht genau wieder um das gleiche und darum möchte ich schnell etwas dazu sagen, auch wenn Barbara Heer eigentlich genau alles gesagt hat, wie wir das besprochen haben.

Vor 15 Jahre hat man gemerkt, dass man zu wenig Fussballplätze im Rankhof hat. Es ist immer schwierig, wenn es regnet, vor allem im Herbst und im Frühling und es früh dunkel wird, dann sind die Plätze gesperrt und man kann dann nicht auf diese Plätze gehen. Kunstrasen, im Kanton Basel-Stadt haben wir am wenigsten von der ganzen Schweiz, ist eine Lösung zusammen mit der Flutlichtanlage und das geht jetzt tatsächlich schon über 15 Jahre, bis irgendwann einmal so ein Kunstrasenplätzchen auf dem Rankhof kommt. Es ist ein Baum im Weg, dann heisst es gerade, Halt, Stopp, und da beziehe ich mich auf die erste Rede von heute Morgen, auch hier wieder, man findet wieder irgendetwas, wo es heisst, jetzt müssen wir noch warten, wir müssen es nochmal analysieren, müssen es nochmal zurückschieben und nochmal Zeit vergehen lassen und die Rasenplätze, die gehen und kommen nicht.

Letzte Woche hatten wir eine Handball EM hier in Basel, wo man gesagt hat, die Nachhaltigkeit sei wichtig, weil die jungen Menschen dann hier Vorbilder sind und dann auch Handball spielen wollen, aber wir haben zu wenig Hallen, damit wir diese aufnehmen können. Der RTV hat jetzt schon wieder 40 junge Kinder nach Hause schicken müssen, weil sie gesagt haben, wir können nicht mit 80 Kindern in einer Schuhschachtel-Turnhalle trainieren und es sind wieder 40 nach Hause. Wir haben im nächsten Sommer eine Fussball EM in Basel, wo man auch sagt, wir machen Nachhaltigkeit, eine Frauen EM, die jungen Mädchen sollen in die Vereine gehen, Sport treiben, Fussball spielen, ja, und wir brauchen 15 Jahre, um eine Kunstrasenfläche zu machen.

Ich glaube, das ist einfach nicht der Weg. Entweder sagen wir, wir sind eine Sportstadt Basel, Daniel Seiler hat da ein Wort in den Mund genommen, wo ich eigentlich nicht erkennen kann, dass Basel eine Sportstadt ist, auch vom Sinn her, wir möchten eine werden oder wir lassen es sein und das muss die Bevölkerung vielleicht auch einmal entscheiden. Wir sind Vertreter der Bevölkerung und wenn wir immer dagegen handeln, aber immer nur reden für den Sport, aber dann jede Gelegenheit nutzen, um das wieder hinauszuzögern, kommen wir gar nirgends hin. Dann sind wir alle schon längstens irgendwo auch auf dem Hörnli mit der neuen Zaunanlage, aber dort haben wir dann auch kein Interesse mehr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat Fleur Weibel für das GAB.

Fleur Weibel (GAB): Ich mache es ganz kurz, damit wir noch abstimmen können. Esther Keller, ich habe jetzt schon nicht ganz folgen können mit der Begründung der Verzögerung des Projekts, dass es lange gegangen ist zum Prüfen, ob man einen Kunstrasen macht oder nicht, weil das ja eigentlich die Entscheidung gewesen ist, die man im 2021 schon gefällt hat.

Das, was hingegen das Problem gewesen ist, ist, dass man das Problem mit dem Baum unterschätzt hat, mit dieser grossen Schwarzpappel, und obwohl die Grünen damals schon darauf hingewiesen haben, dass es keine gute Idee wahrscheinlich ist, die Pappel fällen zu wollen, und die Baumschutzkommission hat dem auch zugestimmt, dann geht es noch einmal mehrere Jahre, bis nachher die Regierung die ganze Sache noch einmal prüft.

Erst dann kommt zum Vorschein, dass der Boden verschmutzt ist und was mich besonders aufgeregt hat, ist, dass nachher in diesem Ratschlag drin auch noch falsch dargestellt wird, welches Feld verschmutzt ist. Es ist dort nicht die Rede davon, dass es der Stadionrasen ist, sondern es wird nur vom Feld 3 gesprochen, dort bleibt der Boden aber bestehen, die Verschmutzung bleibt auch bestehen. Was auch nicht im Ratschlag drinsteht, ist, dass die Verschmutzung eigentlich unbedenklich ist. Das ist vielleicht auch noch wichtig, das jetzt zum Ausdruck bringen, dass der Rankhof grundsätzlich nicht bedenklich ist, sondern dass die Entsorgung von dem Ganzen bedenklich ist.

Darum möchte ich schon der Regierung mitgeben, dass man doch in Zukunft solche Planungsdebakel verhindert, damit wir in Sachen Kunstrasen in Basel-Stadt vorwärtskommen und den Sportbedürfnissen und den Fussballbedürfnissen entsprechen können. Das in aller Kürze, es wäre eigentlich ein bisschen fundierter gewesen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Esther Keller, Sie haben das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ganz kurz, ich nehme das absolut mit, ich sehe auch oder höre auch, dass Sie sich jetzt gerade in so einem Fall detailliertere Ausführungen in diesen Berichten wünschen und ich nehme das gerne mit für die weitere Zusammenarbeit auch mit dem Sportamt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Ratschlags)

Titel und Ingress

Gesamtbetrag

- Investitionsbereich Hochbauten

- einmalige Ausgaben zulasten der Erfolgsrechnung

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005172, 11.12.24 12:01:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Neubau des Kunstrasens und die Erneuerung der Beleuchtung auf der Sportanlage Rankhof werden die mit GRB 21/2/20G bewilligten Ausgaben von Fr. 1'775’000 um Fr. 515'000 auf insgesamt Fr. 2'290’000 erhöht. Die Erhöhung teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 265’000 zulasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich Hochbauten im VV

- Fr. 250'000 einmalige Ausgaben zulasten der Erfolgsrechnung

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird einstimmig angenommen mit 87 Ja-Stimmen.

Schluss der 40. Sitzung

12:01 Uhr

Protokoll

der 41. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 11. Dezember 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Patrizia Bernasconi (GAB), Claudia Baumgartner (GLP), Tobias Christ (GLP), Anina Ineichen (GAB), Gabriel Nigon (LDP), Edibe Gölgeli (SP), Stefan Suter (SVP), Johannes Sieber (GLP), Daniel Albietz (die Mitte/EVP).

Verhandlungsgegenstände:

17. Neue Interpellationen ... 2
17.1. Interpellation Nr. 142 Joël Thüring betreffend Vergabe des Kulturförderpreises Basel-Stadt an mutmassliche Unterstützerin der Hamas-Terroristen und Israel-Gegnerin ... 2
17.2. Interpellation Nr. 143 Eric Weber betreffend Loyaler Vize-Kommandant der bei der Polizei auch gehen musste ... 5
17.3. Interpellation Nr. 144 Oliver Bolliger betreffend der Absage der Preisverleihung des Kulturförderpreises aufgrund politischen Drucks ... 5
17.4. Interpellation Nr. 145 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Schneefall legt die BVB lahm ... 7
17.5. Interpellation Nr. 146 Jean-Luc Perret betreffend Aufrechterhaltung des Trambetriebs bei extremen Wetterereignissen ... 8
17.6. Interpellation Nr. 147 Amina Trevisan betreffend Spielplatzverbot für Asylsuchende im Neubad ... 8
17.7. Interpellation Nr. 148 Lorenz Amiet betreffend Subsidiärer Einsatz der Armee während dem ESC ... 10
17.8. Interpellation Nr. 149 Catherine Alioth betreffend den Baukubus auf dem Dach des Globus ... 11
17.9. Interpellation Nr. 150 Heidi Mück betreffend Wartefristen für das Zentrum für Brückenangebote (ZBA) ... 12
17.10. Interpellation Nr. 151 Jenny Schweizer betreffend Kulturvermittlungsprojekte und ihre Unterstützungsbeiträge seitens Abteilung Kultur ... 12
17.11. Interpellation Nr. 152 Beat K. Schaller betreffend Transpropaganda macht Schule ... 12
10. Erneuerung des Staatsbeitragsvertrags zwischen dem Kanton Basel-Stadt und den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel für die Modellprojekte Home Treatment High Utilizer und Home Treatment bei Übergangsbehandlung nach stationärer Behandlung für das Jahr 2025, Bericht der GSK ... 14
11. Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023;Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK UKBB ... 16
12. Nachtragskredit für das Jahr 2024 betreffend Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht des RR ... 17
13. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Basler Papiermühle für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK ... 19
14. Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der Beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2022, Bericht der BKK ... 24
15. Petition P470 "Umnutzung leere Bürogebäude zu Wohnraum", Bericht der PetKo ... 26
16. Petition P479 "Gestaltung und Aufwertung der Claramatte", Bericht der PetKo ... 27
18. Antrag 1 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend höhere Sicherheit für die Bevölkerung durch effizientere Bekämpfung der Kriminalität ... 29

Beginn der 41. Sitzung

Mittwoch, 11. Dezember 2024, 15:00 Uhr

17. Neue Interpellationen

[11.12.24 15:00:59]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dann wurde ich gebeten, darauf hinzuweisen, dass es an verschiedenen Orten hier im Saal zieht, insbesondere auf diese Seite. Ich kann das aus eigener Erfahrung berichten und es wäre schön, wenn Sie die Vorhänge hinter dieser Tür geschlossen lassen.

Damit kommen wir zu den Interpellationen. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten, will der Interpellant begründen. Er möchte und hat das Wort.

17.1. Interpellation Nr. 142 Joël Thüring betreffend Vergabe des Kulturförderpreises Basel-Stadt an mutmassliche Unterstützerin der Hamas-Terroristen und Israel-Gegnerin

[11.12.24 15:01:48, 24.5489.01]

Joël Thüring (SVP): Um es vorwegzunehmen, wer Kritik am Vorgehen Israels übt oder mit der Regierung Israels nicht einverstanden ist, ist selbstverständlich kein Antisemit. Wer mit den Handlungen Netanyahus nicht einverstanden ist, ist nicht automatisch ein Israel-Hasser. Das ist mir wichtig zu betonen. Doch es gibt Grenzen, und diese Grenzen wurden im Fall von Leila Moon leider überschritten. Der Kulturförderpreis, den der Kanton Basel-Stadt jährlich vergibt und mit 10’000 Steuerfranken dotiert ist, zeichnet Künstler aus, die für ihre vernetzende Arbeit im Kulturbereich auffallen. Dieses Vernetzende, Vermittelnde kann man bei Leila Moon nicht feststellen, weshalb mich dies nach Bekanntgabe der Verleihung gleichentags zu einer Interpellation veranlasst hat. Ich bin mit den Kritikern dieser Interpellation in einem Punkt einig, Kulturengagement muss nicht der Politik per se gefallen und es steht der Politik auch nicht zu, sich inhaltlich einzumischen. Doch auch Kultur muss Grenzen kennen und diese Grenze wurde hier überschritten. Denn Leila Moon bezieht auf ihrem Instagram-Profil einseitig Stellung gegen Israel. Alle diese Posts stützen das Narrativ der Hamas-Terroristen, welche behaupten, dass Israel ein Apartheid-System gegen Palästinenser errichtet habe. In einem Post macht sie explizit auf eine Veranstaltung in Basel aufmerksam, bei welcher sie von einer Kolonialisierung der Palästinenser durch Israel spricht. Und aus gleichem Anlass hat sie ein Konzert abgesagt und dies damit begründet, dass der Veranstaltungsort «die israelisch amerikanische Band Jemen Blues gebucht habe» und sie arbeite nicht mit Institutionen oder Veranstaltungsorten zusammen, die israelische Künstler buchen, die sich nicht offen gegen das israelische Siedlungskolonialprojekt und den anhaltenden Völkermord an den Palästinensern stellen. Diese besagte israelische Band gilt übrigens als weltoffen und progressiv. In ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen, die sie im selben Post erwähnt, der kurzzeitig gelöscht war, macht sie darauf ebenfalls explizit aufmerksam.

Es trifft also nicht zu, wie nun auch einige linke Politiker behaupten, dass sich Leila Moon nur gegen die Regierung Netanyahu gestellt oder den Einsatz Israels kritisiert hat. Sie geht weiter. Und auffällig ist auch, dass Frau Moon nicht einsichtig ist. So hetzt sie seit der Mitteilung, dass die Vergabe überprüft wird, gegen die SVP und behauptet, es sei eine Medienschmierenkampagne im Gang. Wir alle seien rassistische Clowns. Seither und auch vorher hat sie es aber in keinem einzigen Post für nötig gefunden, den schrecklichen Terrorangriff auf Israel zu verurteilen. Zur Erinnerung, am 7. Oktober 2023 fand in Israel ein Progrom mit mehr als 1’200 toten, Hunderten von Geiseln, vergewaltigten Frauen und missbrauchten Babys statt.

Und sie hat es in all ihren Posts nach der Sistierung und selbst gegenüber der Basler Zeitung weiterhin nicht geschafft, sich von diesem Boykottaufruf gegen israelische Künstler zu distanzieren. Sie blendet diese Frage aus. Das, meine Damen und Herren, ist das Problem. Ihre Haltung lautet, etwas vereinfacht übersetzt, musiziert nicht mit Juden. Das ist gefährlich, das ist anti-israelisch und ja, vermutlich auch antisemitisch. Deshalb war für mich klar, dass Leila Moon diesen Preis auf keinen Fall erhalten darf. Gerade Basel mit seiner persönlichen Geschichte und Verbundenheit zu Israel kann sich so etwas nicht

erlauben. Der Aufschrei nach der Vergabe war deshalb auch in der gesamten schweizerischen jüdischen Gemeinschaft richtig und riesig. Das müssen wir ernst nehmen und nicht, wie jetzt versucht wird, weggewischt werden.

Doch Frage muss sich eben auch die Abteilung Kultur gefallen lassen. Die Haltung von Leila Moon war ersichtlich. Die Recherche auf ihrem Profil dauerte wenige Minuten. Sie arbeitet beispielsweise seit Jahren für ein palästinensisches Radio, welches zur Verherrlichung von Terrorismus neigt und die Hamas-Symbolik verbreitet. Dieses Radio verbreitet auch Botschaften von Samidoun, eine vielerorts verbotene Terrororganisation. Weshalb also hat man das nicht vorgängig geprüft? Weshalb hat man, leider in der Abteilung Kultur nicht zum ersten Mal, heikle Positionen einer Person durchflutschen lassen. Bei Alain Claude Sulzer, der sich erdreistet, in einem Buch das Z Wort zu verwenden, war man kritischer. Wieso nicht auch hier? Darauf muss Regierungspräsident Conradin Cramer nun Antworten liefern, er muss die Abläufe in dieser Abteilung neu sortieren und dort für Ordnung sorgen. Die Aberkennung des Preises war heute ein erster Schritt dazu.

Es geht deshalb dabei um das Ansehen in unserer Stadt, denn es sollte jedem und jeder klar sein, Antisemitismus ist ein No-Go, nie wieder ist jetzt erst recht jetzt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird Interpellation nun mündlich beantworten.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich die Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt.

Zunächst einleitend: Die Künstlerin und DJ Leila Moon wurde von einer von der Abteilung Kultur eingesetzten Jury für den Kulturförderpreis im Jahr 2024 vorgeschlagen. Die Vergabe des Kulturförderpreises durch die Abteilung Kultur ist zwar mit einem vorgängigen Vorschlag durch die eingesetzte Jury verbunden, die Abteilung Kultur zeichnet als Fachbehörde jedoch verantwortlich dafür, dass die Vergabe der Auszeichnung den Voraussetzungen gemäss Kulturfördergesetz entspricht.

Im vorliegenden Fall geht es nicht um die Kulturförderung im Allgemeinen, also beispielsweise nicht um die Förderung von kulturellen Projekten wie Konzerten, Ausstellungen oder Veranstaltungen, es geht in diesem Fall vielmehr spezifisch um die Vergabe von Auszeichnungen auf Grundlage von § 4 Abs. 2 des Kulturfördergesetzes. Gemäss dieser Bestimmung zeichnet der Kanton Personen oder Institutionen aus, die sich um die Kultur besonders verdient gemacht haben. Für eine Auszeichnung kann man sich nicht bewerben, sondern wird dafür vorgeschlagen. Mit einer Auszeichnung soll eine Wertschätzung für besondere kulturelle Leistungen zum Ausdruck gebracht werden. Dies umfasst sowohl ausserordentliche Leistungen in Bezug auf das kulturelle Schaffen als auch die Vermittlung von Kultur und die Förderung des kulturellen Austauschs.

Im vorliegenden Fall sollte die Künstlerin gemäss Begründung der Jury insbesondere für ihre vernetzende Arbeit in der Basler Musik- und Clubszene gewürdigt. Weder der Jury noch der Abteilung Kultur war zum Zeitpunkt der Jurierung im September ein Instagram-Statement der Künstlerin vom Oktober bekannt. In diesem Statement schreibt die Künstlerin, es sei unerlässlich, Aufrufen zum Boykott von Institutionen und Kulturveranstaltern zu folgen, die mit israelischen Kunstschaffenden zusammenarbeiten, welche sich nicht in einer bestimmten Weise zum Nahostkonflikt äussern. Die öffentlichen Aussagen der Künstlerin fallen unter die Meinungsäusserungsfreiheit. Da ihre Handlungen und Meinungsäusserungen aber Öffentlichkeitscharakter haben und sich insbesondere auf ihr kulturelles Engagement in einer Gemeinschaft beziehen, dürfen sie von der zuständigen Abteilung Kultur bei der finalen Beurteilung des Vorschlags durch die Jury berücksichtigt werden. Schliesslich soll mit dem Preis ja gerade auch die Förderung des kulturellen Austauschs ausgezeichnet werd.

Die Abteilung Kultur hat aufgrund der neuen Informationen seit dem 14. November eine Abklärung des Sachverhalts eingeleitet. Sie hat die Künstlerin angehört und mit der Jury das Gespräch geführt. Sie ist nach sorgfältiger Prüfung zum Schluss gekommen, dass der Kulturförderpreis 2024 nicht vergeben wird, da die Voraussetzungen für die Auszeichnung nicht umfassend erfüllt sind. Die Abteilung Kultur ist nach Abwägung aller vorliegenden Informationen zum Schluss gekommen, dass der Widerspruch zwischen den Aussagen der Künstlerin und dem gesetzlichen Zweck der Preisverleihung nicht ausgeräumt werden kann. Im weiteren sei auch auf die heute Vormittag publizierte Medienmitteilung der Abteilung Kultur betreffend «Der Kulturförderpreis 2024 wird nicht vergeben» verwiesen.

Zu Fragen 1 bis 4: Weder der Jury noch der Abteilung Kultur war zum Zeitpunkt der Jurierung das fragliche Instagram-Statement der Künstlerin bekannt. Für die Vergabe des Kultur, Förderpreises ist die Abteilung Kultur verantwortlich. Der Regierungsrat hatte entsprechend vorgängig keine Kenntnis. Der Kulturförderpreis. 2024 wird nicht vergeben.

Zu Frage 5 Nein, die Künstlerin hat in den Jahren seit 2019 keine direkten Förderbeiträge erhalten. Die Künstlerin ist in Festivals und Programmen aufgetreten, die durch die Abteilung Kultur oder den Swisslos-Fonds Basel-Stadt unterstützt wurden.

Zu Frage 6: Politische Meinungsäusserungen von Künstlerinnen und Künstlern sind grundsätzlich zu respektieren. Die Auszeichnung mit Preisen durch den Kanton oder eine kantonale Behörde ist nicht gleichzusetzen mit einer Förderung von Projekten auf Antrag von Kunst- und Kulturschaffenden. In der Projektförderung ist die Beurteilung des konkreten Projekts

massgeblich. Bestehen Zweifel, ob ein Projekt mit der Rechtsordnung vereinbar ist, so nimmt die Abteilung Kultur die notwendigen Sachverhaltsabklärungen vor.

Mit einer Auszeichnung hingegen wird eine Wertschätzung für besondere kulturelle Leistungen zum Ausdruck gebracht. Dies umfasst die gesamte Tätigkeit einer Person im kulturellen Kontext. Dabei dürfen auch Handlungen oder Meinungsäusserungen berücksichtigt werden, wenn diese Meinungsäusserungen Öffentlichkeitscharakter haben und sich direkt auf das kulturelle Engagement beziehen. Im vorliegenden Fall konnte der Widerspruch zum Zweck und Anliegen der Auszeichnung nicht ausgeräumt werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Joël Thüring (SVP): Ich danke Regierungspräsident Conradin Cramer für seine Stellungnahme. Heute Vormittag, – ich vermute, das liegt an den Interpellationen, die dazu eingegangen sind -, hat das Präsidialdepartement mitgeteilt, dass Leila Moon der Kulturförderpreis 2024 nicht vergeben wird. Ich begrüsse diese Entscheidung sehr ausdrücklich und ich kann Ihnen nur sagen, Herr Regierungspräsident Conradin Cramer, seit heute 11 Uhr oder wann auch immer diese Medienmitteilung veröffentlicht wurde, habe ich diverse E-Mails von Bürgerinnen und Bürgern erhalten, die sich darüber auch sehr erfreut gezeigt haben, dass Sie diesen Entscheid nun gefällt haben. Das zeigt also das ist der Entscheid richtig und vielleicht sogar auch überfällig war.

Sie haben mir die Fragen insofern beantwortet, als dass ich sagen kann, die Antwort ist zufriedenstellend, aber es wird auch in Ihrer Antwort nun etwas zu wenig stark deutlich, was die Verantwortung der Abteilung Kultur ist. Und hier müssen wir einfach feststellen, ich habe das bereits vor erwähnt, dass es in der Vergangenheit auch schon andere schwierige Situationen gegeben hat, wo die Abteilung Kultur involviert war, wo es danach auch öffentliche Diskussionen und Debatten gegeben hat und das zeigt eben doch sehr deutlich, dass hier eine gewisse Sensibilität in der Abteilung Kultur fehlt, und deshalb ist es auch aus meiner Sicht wichtig, dass dieser Vorfall auch intern noch einmal über angeschaut wird, aufgearbeitet wird und auch Schlussfolgerungen daraus gezogen werden.

Die Richtlinien für eine solche Preisvergabe können angepasst werden. Das ist eine Kompetenz, die Sie haben. Dafür müssen Sie nicht die Verantwortung an die Jury übertragen. Die Jury kann nur in dem Rahmen vergeben, in dem sie überhaupt die Kompetenz dazu hat und im Rahmen dessen, was Sie einer Jury vorgeben. Und hier ist der Ansatz schon der, dass man sagen muss, hier sollte die Kulturabteilung nachbessern, nachjustieren und sich auch Gedanken machen, wie man künftig solche Situationen vermeiden kann.

Es ist ein bisschen einfach zu sagen, Frau Moon habe diesen heiklen Post erst im Oktober 2024 nach der Vergabe gemacht. Das ist zwar korrekt, dieser eine besagte heikle Post ist tatsächlich erst im Oktober, ich glaube konkret am 12. Oktober 2024, gemacht worden. Aber sie hat, wenn man ihr Instagram-Profil anschaut, eben schon vorher sehr grenzwertige Posts abgesetzt, und ich finde ein Post mit der palästinensischen Flagge und dem Hinweis, dass man gegen ein Apartheid-System kämpft, lässt doch recht deutlich auch die Meinung oder die Gesinnung einer Person zum Vorschein bringen. Das finde ich per se auch nicht schlimm. Aber es geht uns ja darum – und das haben Sie in ihrer Antwort nun auch bestätigt –, dass es eben einen Unterschied gibt zwischen einem kulturellen Schaffen und der damit verbundenen Meinungsäusserungsfreiheit und der Vergabe eines Preises. Und hier haben wir nicht nur diesen einen Post von Frau Moon. Wir haben ihre Tätigkeit für ein Radio, das nun also wirklich grenzwertig ist von der Ausrichtung her, und wir haben weitere Positionierungen von Frau Moon vor diesem 12. Oktober und dem besagten Post, der nun wahrscheinlich Anlass war, ihr den Preis abzuerkennen.

Und hier braucht es aus meiner Sicht eben die Sensibilität in der Abteilung Kultur und die, dabei bleibe ich, fehlt aus meiner Sicht weiterhin und hier wünsche ich mir, dass Sie als neuer Departementsvorsteher auch Einfluss nehmen, dass Sie in dieser Abteilung Kultur in diesem Bereich nun wieder für Ordnung sorgen und hier auch diese Richtlinien vielleicht so geschärft werden, dass solche Peinlichkeiten künftig vermieden werden können. Das schadet nicht nur Ihrer Abteilung Kultur, sondern das schadet auch unserem Kanton im Gesamten, wenn wir solche öffentlichen Diskussionen über Wochen und Monate haben, wenn solche Preisvergaben an fragwürdige Personen angedacht sind.

Ich bin mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden, wünsche mir aber, dass meine Anmerkungen vom Regierungspräsidenten so zur Kenntnis genommen werden, dass sie auch weitere Handlungen zur Folge haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

17.2. Interpellation Nr. 143 Eric Weber betreffend Loyaler Vize-Kommandant der bei der Polizei auch gehen musste

[11.12.24 15:16:35, 24.5497.01]

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe am 5. Dezember ein Gespräch bei der Geschäftsleitung Polizei Basel verlangt. Ich dieses Gespräch dann auch gehabt in diesem Ausweichgebäude bei der Mustermesse. Denn viele Grossräte beklagen sich ja immer, dass wir auf unsere Fragen keine Antworten mehr bekommen von der Regierung, und wir müssen die Regierung kontrollieren und mehrere Grossräte beklagen sich seit mehreren Monaten, dass die Antworten der Regierung nicht passen. Darum gehe ich persönlich beim Departement vorbei und verlange die Antworten auf meine Interpellation. Also ich nehme zwei Wege, das persönliche Gespräch wie jetzt bei der Polizeileitung oder die Interpellation über die Regierung.

Die Polizeileitung hat sich bei mir bedankt für mein Versprechen, dass ich nie mehr eine Demonstration in Basel mache. Daran halte ich mich. Die Basler Polizei ist verzweifelt. Sie ist führungslos. Wie kam es dazu? Das muss erklärt werden. Ein Grossrat, nennen wir ihn Eric Weber, bekam im September 2018 eine Rechnung der Staatsanwaltschaft von 6'000 Franken. Sofort sagte ich der Polizei, ich mache eine Demo bei der Mustermesse und diese Demo ist am 24. November 2018. Was danach passierte, wissen Sie. Die Polizei übergab dann meine Demo an eine anderen Partei, aber ich war der Erfinder des Ortes und des Datums. Es ist mein Kind, es ist meine Erfindung. Der Kostenpunkt für den Steuerzahler, betrugen 800'000 Franken und über 3 Millionen für die zahlreichen 150 Strafprozess, was letzte Woche in der Basler Zeitung gestanden ist. Sie sehen, wie ein einzelner Grossrat die Polizei aushebeln kann.

Warum mache ich das? Weil ich keine drei Wahlcouverts gestohlen habe. Blicken wir noch weiter zurück. Ich habe auch hier bei der Polizei eine Demo beantragt vor dem Rathaus 2016. Und ich nahm bewusst einen Grossratstag. Das hat die Polizei gar nicht bemerkt. Es waren an diesem Tag rund 600 Polizisten im Einsatz, Kosten weitere 800'000 Franken. Warum berichte ich Ihnen das? Weil sich die Polizei mit nur einem Grossrat beschäftigt, seit Jahren und da spiele ich nicht mit. Ich überlege mir genau was ich mache und ich überlege mir genau, wie ich der Polizei die bekannten drei Schritte voraus bin. Und weil die Polizei einen falschen Fokus hat, haben wir die Probleme mit dem Kommandanten – ständig ein neuer Kommandant, noch einmal ein neuer Kommandant und noch einmal ein neuer Kommandanten. Man kann sich die Namen kaum mehr merken. Ich muss jetzt auch schon anfangen, mir die Namen aufzuschreiben.

Es kann doch nicht sein, dass sich die Polizei nur mit einem Grossrat beschäftigt seit 41 Jahren. Darum ist die Polizei nicht handlungsfähig, weil man ja nur fokussiert ist auf Eric Weber. Die Folgen, die Polizeiführungen werden ausgetauscht. Ich zitiere aus der Basler Zeitung vom 23. November 2024: Marc Pieth, Professor für Strafrecht an der Uni Basel, ordnete gegenüber dem Beobachter ein, die Basler Justiz werde hochgradig überfordert, von der Staatsanwaltschaft über die erstinstanzlichen Gerichte bis zum Appellationsgericht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu Interpellation Nummer 144 von Oliver Bolliger.

17.3. Interpellation Nr. 144 Oliver Bolliger betreffend der Absage der Preisverleihung des Kulturförderpreises aufgrund politischen Drucks

[11.12.24 15:21:12, 24.5508.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird auch diese Interpellation zu diesem Thema mündlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

*Oliver Bolliger (GAB):*Trotz der Bekanntgabe des PD von heute morgen begründe ich meine Interpellation wie geplant. Vielleicht denken Sie, dass es sich um eine Gegeninterpellation handelt, und da haben Sie gar nicht so Unrecht.

Bei beiden Interpellationen ging es nicht nur um die Preisverleihung. Der SVP geht es auch darum, immer wieder die Deutungshoheit über den Diskurs zum Palästina-Israel-Konflikt zu gewinnen, Druck auf die Regierung auszuüben und Menschen, die sich für Palästina äussern, einzuschüchtern, um eine differenzierte Debatte schon von Beginn an zu verunmöglichen, wie wir heute sehen, nicht ohne Erfolg.

Seit rund vier Wochen befassen sich die Basler Medien nun mit der Preisverleihung und der damit verbundenen Debatte. Gleichzeitig eskaliert der Naoskonflikt immer weiter und hat unterdessen noch grössere Ausmasse angenommen. Darunter

leidet in besonderem Masse die Zivilbevölkerung in Gaza. Es ist alles zerstört, es droht eine Hungerkatastrophe und es gibt keine Zukunftsperspektive. Aber auch im Libanon und aktuell in Syrien besteht grosses Leid und viele Menschen sind auf der Flucht. All das macht mich ohnmächtig, und vielleicht ist meine Interpellation auch ein kläglicher Versuch, dieser Ohnmacht zu begegnen.

Aus zwei Gründen habe ich meine Installation eingereicht. Zuallererst natürlich wegen dem peinlichen Vorgehen rund um den Kulturförderpreis. Die Absage der Preisverleihung durch die Abteilung Kultur sowie das aus meiner Sicht Einknicken der Regierung einen Tag nachdem die SVP ihre Interpellation zur Vergabe eingereicht hat, ist aus demokratiepolitischer Sicht ein fragwürdiges und hoch problematisches Vorgehen. Die Abteilung Kultur hat ihren Entscheid zur Preisvergabe auf Empfehlung einer unabhängigen Fachjury gefällt und so das musikalische Schaffen einer junge Künstlerin auszeichnen wollen, welche sich ja auch politisch äussert und sich für Palästina einsetzt. Es ging, wie Regierungsrat Conradin Cramer gesagt hat, um die Würdigung dieses künstlerischen Schaffens. Dass die Abteilung Kultur ihren Entscheid nicht antizipieren kann und der zuständige Vorsteher in einem Tweet in den sozialen Medien indirekt die Künstlerin dem Antisemitismusvorwurf aussetzt und somit auch die Interpellation der SVP legitimiert, ist wirklich irritierend. Wo bleibt hier die Seriosität und die politische Weitsicht unserer Regierung gerade bei diesem Thema?

Aber ich habe diese Interpellation, da bin ich ehrlich, auch eingereicht, weil ich nicht länger schweigen möchte. Die Debatte um Israel-Palästina muss die völkerrechtlichen Kriterien berücksichtigen und die Menschenrechte sind universal und müssen für alle gelten. Die SVP nutzt diesen Konflikt immer wieder, um grossen politischen Druck auf unsere Institutionen und die Regierung auszuüben mit dem Ziel, dass erst gar keine Kritik an der israelischen Regierung und Staat aufkommen kann. Und es passiert oft dasselbe- dies als Kritik an uns selbst –, wir überlassen das Feld mit der Idee, ihr ja keine öffentliche Bühne für die Debatte zu liefern. Nur so funktioniert das halt nicht und verfehlt komplett die Wirkung.

Es kann nicht sein, dass die berechtigte Kritik gegen die israelische Regierung, gegen Krieg und die Zerstörung von Gaza mit den Zigtausenden von zivilen Opfern mit Antisemitismusvorwürfen, Israelhasser- und Hamasversteherkommentaren zum Schweigen gebracht werden kann. Eine solche instrumentalisierende Antisemitismusdefinition verunmöglicht Dialog und stärkt eben all die Kräfte auf allen Seiten, die an einem Frieden gar kein Interesse haben und den Konflikt benötigen, um weiter an der Macht zu bleiben. Die von fort schriftlichen israelischen Wissenschaftler:innen veröffentlichte Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus ist zum Beispiel eine differenzierte Alternative zur unklaren IHRA-Definition und bringt unter anderem zum Ausdruck, dass eine faktenbasierte Kritik an Israel als Staat nicht per se antisemitisch ist.

Ich möchte Sie zudem auch daran erinnern, dass gegen den aktuellen israelischen Präsidenten, ein Ex-Verteidigungsminister, sowie gegen einen Hamas-Anführer ein internationaler Haftbefehl ausgesprochen wurde, weil alle rote Linien der Kriegsführung missachtet worden sind. Wir müssen hier im Grossen Rat und in der Regierung politisch in die Lage kommen, zwischen der zu verurteilenden israelischen Regierungspolitik und den klar in ihren Rechten zu schützenden jüdischen Menschen in Basel, weltweit und in Israel zu unterscheiden. Mir ist klar, dass dieser Konflikt nicht hier im Grossen Rat und schon gar nicht mit einer Interpellation gelöst werden kann, aber es prägt unsere Haltung und unser Denken, wie wir über diesen Konflikt sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat der Regierungspräsident Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats und verweise zunächst für die einleitenden Bemerkungen vollumfänglich auf meine Bemerkungen zur soeben beantworteten Interpellation Nummer 142 und auch auf die heute Morgen veröffentlichte und schon erwähnte Medienmitteilung der Abteilung Kultur.

Zu Frage 1: Die Jury wurde durch die Abteilung Kultur vor Versand der Medienmitteilung informiert, dass neue Informationen dazu geführt haben, dass die Abteilung Kultur die Preisvergabe überprüfen wird.

Zu Frage 2: Wie bereits erwähnt, ist die Abteilung Kultur für die Ausrichtung des Kulturförderpreises zuständig und hat auch in eigener Kompetenz die Überprüfung eingeleitet. Der zuständige Departementsvorsteher, der Sprechende, hat diesen Entscheid der Abteilung Kultur vollumfänglich mitgetragen und den Regierungsrat darüber informiert.

Zu Frage 3: Nein, die Verantwortung liegt bei der für die Umsetzung des Gesetzes zuständigen Behörde, in diesem Fall bei der Abteilung Kultur.

Zu Frage 4: Das Präsidialdepartement und die Abteilung Kultur bedauern, dass die Künstlerin durch die öffentliche Exponiertheit negativen Konsequenzen ausgesetzt ist.

Zu Frage 5: Leitend für das Handeln der Abteilung Kultur als Fachbehörde sind die gesetzlichen Grundlagen und nicht politische oder mediale Kampagnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat der Interpellant Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Bolliger (GAB): Es ist selten, aber es gibt Tage, da frage ich mich, was ich hier eigentlich mache, und heute ist so ein Tag. Ich bedanke mich für die mündliche Beantwortung der Interpellation, bin aber wirklich verärgert und irritiert. Ich finde es befremdlich, dass das Präsidialdepartement und die Abteilung Kultur heute Morgen vor der Interpellationsbeantwortung schon mal ihren Entscheid veröffentlichen. Das kann man so machen. Die Abteilung Kultur begründet ihren Entscheid, den bereits vergebenen Kulturförderpreis an Leila Moon nun doch nicht zu vergeben mit der Absage der Künstlerin eines persönlichen Auftritts im Oktober und einer Boykottäusserung in den sozialen Medien aufgrund des herrschenden Konflikts in Israel-Palästina. Gemäss der Medienmitteilung sieht die Abteilung Kultur und das PD einen Widerspruch zwischen der persönlichen Meinungsäusserungsfreiheit der Künstlerin und der öffentlichen Art der Preisverleihung. Das bedeutet also, dass, sobald eine Künstlerin, ein Künstler von der Fachjury vorgeschlagen wird und ab dann in der Öffentlichkeit steht, die Meinungsäusserungsfreiheit nur noch bedingt gegeben ist und bitte auf politische Äusserung verzichtet werden soll.

Hier stellt sich auch die Frage, für wie lange dies gilt. Kann ein Preis auch nach zwei Jahren aufgrund eines persönlichen Statements beispielsweise zu Israel aber auch zu einem anderen Thema wieder zurückgenommen wird. auch wenn es klar ist, dass man mit den Äusserungen nicht unbedingt einverstanden sein muss, stellt sich diese Frage trotzdem. Ich nehme an, die Fachjury hat nach einer bestehenden Logik die Künstlerin für den Preis vorgeschlagen und die Abteilung Kultur hat dies so bestätigt. EineÜberprüfung der Vergabe, und das sehe ich vielleicht anders als die Regierung, kann ja dann nur bei der Fachjury liegen. Nur diese wäre sozusagen berechtigt auf ihren Entscheid der Empfehlung zurückzukommen. Es zeigt sich also klar, die Fachjury ist irrelevant, und ich frage mich wirklich, was Sinn und Zweck einer solchen Jury in Zukunft sein soll.

Schlussendlich wurde die Preisvergabe aufgrund einer Interpellation der SVP aus meiner Sicht klar ausgehebelt und mit dem Tweet des zuständigen Regierungsrats wurden, ohne eine tiefere Debatte zu führen, die Fakten eigentlich schon geschaffen. Daraufhin wurde die Künstlerin inklusive dazu gehörender Debatte rund vier Wochen lang durch die Presse gereicht, und aus meiner Sicht endet alles in einem grossen Schlamassel. Die negativen persönlichen Konsequenzen für Leila Moon aufgrund der Rücknahme des Kulturförderpreises durch das PD sind gross und ich vermute mal, dass sie liebend gerne auf die Nominierung verzichtet hätte. Die Abteilung Kultur sowie der zuständige Regierungsrat tragen aus meiner Sicht schon die Verantwortung für diesen Prozess und müssten eine viel grössere Sensibilität an den Tag legen und garantieren können, dass auch bei einer Rücknahme alle Beteiligten besser geschützt werden.

Künstler:innen werden sich in Zukunft 100 Mal fragen, ob sie überhaupt einen solchen Preis annehmen sollen, weil nicht garantiert werden kann, dass aufgrund der Öffentlichkeit die negativen Konsequenzen den Preis schlussendlich überwiegen. Dass die Regierung die und die Abteilung Kultur ist als nicht notwendig erachten, die Künstlerin von den nun vorhanden negativen Konsequenzen zu schützen, finde ich wirklich ein bisschen skandalös. Es zeigt eben auf, dass die Sensibilität fehlt.

Weil kein Schutz vor politischen Kampagnen gegeben ist, empfehle ich dem Gesamtregierungsrat dringend, in den kommenden fünf Jahren auf die Vergabe von weiteren Kulturpreisen zu verzichten. Ich bin von der Beantwortung der Interpellation überhaupt nicht befriedigt und vom Vorgehen des zuständigen Regierungsrates und der Abteilung Kultur enttäuscht.

Zum Schluss, einfach, damit man vielleicht den Bogen trotzdem noch in eine andere Richtung biegen kann, empfehle ich uns allen hier, die SRF-Sendung der Sternstunde Religion vom 9. November mit zwei Menschen aus Palästina und Israel, welche beide sehr nahestehende Familienmitglieder aufgrund des Konflikts verloren haben und beide eine eindrückliche persönliche Geschichte und Einsatz für einen zukünftigen Frieden verkörpern. An solche Menschen sollten wir uns orientieren und anstatt in Zukunft Kulturförderpreise zu vergeben, würden wir die finanziellen Mittel besser für solche Projekte und Friedensmassnahmen aus Basel sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

17.4. Interpellation Nr. 145 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Schneefall legt die BVB lahm

[11.12.24 15:32:09, 24.5511.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

17.5. Interpellation Nr. 146 Jean-Luc Perret betreffend Aufrechterhaltung des Trambetriebs bei extremen Wetterereignissen

[11.12.24 15:32:24, 24.5512.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch diese Interpellation wird schriftlich beantwortet. Der Interpellant möchte begründen und hat das Wort.

Jean-Luc Perret (SP): Auch ich starte mit einer Vorbemerkung. Mir ist natürlich völlig klar, dass bei solch starke Schneefall, wie er am 22. November fiel, an einen normalen Trambetrieb nicht mehr zu denken ist. Es ist klar, dass es zu Verspätungen kommt oder gar zu Unterbrüchen, und ebenso klar ist, dass zuerst die Rettungsachsen freigeräumt werden müssen. Aber danach, und das finde ich tatsächlich, sollte mit relativ hoher Priorität das Tram wieder fahren können. Ich habe diese Interpellation deshalb eingereicht, weil ich mich wirklich gewundert habe, dass die BVB den Traumbetrieb einfach bis auf weiteres eingestellt und auch am nächsten Morgen noch alle Trams im Depot stehen liessen. Erst im Lauf des folgenden Nachmittags lief der Betrieb dann wieder einigermassen regulär.

Das Tram hat als Schienenfahrzeug gegenüber allen anderen Verkehrsträgern grosse Vorteile und viele Menschen haben deshalb ihr Auto oder auch ihr Velo stehengelassen und wollten das Tram nehmen. Diese Menschen sollten sich darauf verlassen können, dass die BVB und das Tiefbauamt alle Hebel in Bewegung setzen, damit irgendeine Form von Trambetrieb als Service Public möglich bleibt. Wir haben es auch an verschiedenen Stellen gelesen bei anderen Verkehrsbetrieben auch bei städtischen, offenbar war es möglich, mit rund um die Uhr verkehrenden Fahrzeugen die Schienen und die Fahrleitungen schnee- und eisfrei zu halten. Bei uns hingegen fehlten scheinbar die Kapazitäten oder der Wille oder ein taugliches Notfallkonzept, oder man war einfach nicht genügend vorbereitet.

Ich hoffe, meine Fragen bringen dazu etwas genauere Informationen und ich freue mich deshalb schon fast darüber, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird, dass lässt doch ein bisschen Zeit für fundiertere Abklärungen. Mich interessiert vor allem, wie man es ein nächstes Mal besser machen könnte und auch möchte. Und mich interessiert, welche Notfallkonzepte die zuständigen Stellen für solche Fälle haben, nicht nur bei starkem Schneefall, sondern auch bei anderen starken Wetterereignissen, wie sie uns in Zukunft sicher häufiger bevorstehen werden.

17.6. Interpellation Nr. 147 Amina Trevisan betreffend Spielplatzverbot für Asylsuchende im Neubad

[11.12.24 15:34:56, 24.5514.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen und hat das Wort.

Amina Trevisan (SP): Betretungs- und Zutrittserbote: Welche Wirkung haben wir diese Verbote für Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung? Was machen diese Verbote mit einer Person und was bedeuten erst recht Spielplatzverbote für junge Menschen im Teenageralter, die bei uns Schutz und Sicherheit suchen? Wie gehen wir als Gesellschaft mit solchen Verboten um?

Ich bin während einer Zeit in Basel geboren, als kurz zuvor migrierten Menschen aus Südeuropa das Betreten eines Restaurants verwehrt blieb, denn sie standen vor Schildern mit der Aufschrift «Für Hunde und Italiener verboten». Auch meine italienischen Eltern waren damit konfrontiert. Abgesehen davon, dass eine Entmenschlichung italienischer Arbeitsmigrantinnen stattfand, denn sie wurden mit Tieren gleichgesetzt, wies dieses Betretungsverbot eine rassistisch konnotierte Diskriminierung auf. Restaurants waren auch in diesem Fall kein öffentlich zugänglicher Raum, sondern gehörten dem privaten Raum an.

Sie fragen sich nur vermutlich, was diese Erinnerung an ein Kapitel der Schweizer Geschichte mit dem Spielplatzverbot für minderjährige, unbegleitete Asylsuchende zu tun hat, die ab Januar im ehemaligen Hotel Balegra im Neubad wohnen werden. Ich verrate es Ihnen gerne, die soziale Dimension eines Zutritts- und Betretungsverbots ist der gemeinsame Nenner. Verbote haben eine grosse Wirkung auf Menschen, die von diesem Verbot betroffen sind, insbesondere wenn es sich um junge minderjährige Menschen handelt. Zutrittsverboten haben die Botschaft, ihr seid nicht willkommen. Wir wollen euch hier

nicht. Ihr stellt eine potenzielle Gefahr dar, vor der wir uns schützen wollen. Und Menschen, die mit Zugangsverboten konfrontiert sind, fühlen sich ausgegrenzt, vorverurteilt und nehmen eine Ungleichbehandlung wahr, die für sie rassistisch konnotiert sein kann. Oder bestand auch schon vorher ein Spielplatzverbot für Kinder und Jugendliche von Gästen des ehemaligen Hotel Balegra?

In der Wissenschaft sprechen wir einer Orderingerfahrung, der diese jungen Menschen mit Fluchterfahrung ausgesetzt sind. Der Mechanismus des Orderings besteht nicht nur in der Differenzierung des Eigenen vom Anderen, sondern dient auch dazu, bestimmte Menschen von einer Gesellschaft dominanten Wir-Gruppe als nicht dazu gehörig abzugrenzen.

Aber warum wird überhaupt ein generelles präventives Spielplatzverbot für minderjährige Asylsuchend ausgesprochen? Warum erkannte der Kanton ist, dass dieses Verbot gefühlt einer Ungleichbehandlung von Menschen entspricht? Und ist sich der Kanton bewusst, dass sich dieses Verbot auch auf das psychische Wohlbefinden der UMA auswirkt? Junge Menschen, die bereits traumatischen Erlebnissen ausgesetzt waren, Isolation und Perspektivlosigkeit und Ohnmacht wahrnehmen? All das schadet ihrer psychischen Gesundheit. Ein Teil der Anwohnenden begründen das Aussprechen des Spielplatzverbots damit, dass es auf dem privaten Spielplatz nicht genügend Platz für alle Kinder und Jugendliche habe und befürchten auch Konflikte, Littering und Lärm.

Offenbar spielen vielmehr Ängste und stereotype Zuschreibungen eine Rolle für das Aussprechen eines Spielplatzverbots. Dabei wurde ein Fehlverhalten der UMA antizipiert. Aber ja, Ängste müssen wir ernstnehmen, aber Ängste lassen sich nicht durch Verbote überwinden. Wir wissen aus der Wissenschaft seit Jahrzehnten, dass Begegnungen und ein gemeinsamer Austausch Ängste vor Migrierten und Geflüchteten abbaut und gegenseitiges Verständnis, Wertschätzung und Respekt fördert. Und woher stammen diese Ängste? Wenn rechte Parteien, Ängste von Menschen mit Migration- und Fluchterfahrung schüren und sie für das Elend der Welt verantwortlich machen, werden sie schnell zur sogenannten Sündenböcke gemacht, denn Geflüchtete eignen sich ideal als Projektionsfläche für eigene Ängste und Wut. Dadurch werden Ängste nicht nur befeuert, sondern auch politisch instrumentalisiert.

Ich kann die Entscheidung der Sozialhilfe des Kantons Basel-Stadt insofern nachvollziehen, dass das Spielplatzverbot als Kompromiss akzeptiert wurde, um das viel wichtigere Anliegen des Wohnens im ehemaligen Hotel nicht zu gefährden und Ruhe einkehren zu lassen. Aber Kompromisse haben manchmal einen sehr hohen Preis, so dass der Kompromiss nicht immer die Lösung ist. Es braucht in Basel eine Allianz der Solidarität und des Anstands, die anerkennt, dass Geflüchtete zunächst einmal Menschen sind, die unseren Respekt, unsere Zuwendung und Anerkennung verdienen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht nun an Regierungsrat Kaspar Sutter für die Beantwortung der Interpellation.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Beim Spielplatz im Innenhof des Häuserdreiecks Reiterstrasse, Alpstrasse und Laupenring handelt es sich nicht um einen öffentlichen, sondern um einen privaten Spielplatz. Das Nutzungsrecht ist in einem Servitut geregelt, welche zugunsten der an den Innenhof angrenzenden Liegenschaften gilt. Die Sozialhilfe als Mieterin der Liegenschaft Reiterstrasse 1 verzichtet auf das Nutzungsrecht, da die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner, also unbegleitete minderjährige Asylsuchenden zwischen 15 und 18 Jahre alt sein werden und sich in ihrer Freizeit erfahrungsgemäss nicht auf Kinderspielplätzen aufhalten. Sie werden im Rahmen der Hausordnung des Wohnheims dazu angehalten werden, den Spielplatz nicht zu betreten.

Zu Frage 2: Das Servitut ermöglicht den Bewohnerinnen und Bewohnern der berechtigten Liegenschaften den Zugang zum Innenhof.

Zu Frage 3: Wenn sich der Betrieb im Wohnheim eingespielt hat und gut funktioniert, behält sich die Sozialhilfe vor, in Absprache mit der Nachbarschaft den Passus wieder aus der Hausordnung zu streichen.

Zu Frage 4: Der gesamte öffentliche Raum steht den Bewohnerinnen und Bewohnern des Wohnheims an der Reiterstrasse 1 offen. Mit dem Jugendzentrum Neubad, dem nahe gelegenen Sportplatz, mit zahlreichen Vereinsaktivitäten und dem Quartierzentrum Bachletten gibt es viele Möglichkeiten, dass die jugendlichen Bewohnerinnen und Bewohner in Kontakt mit anderen Personen kommen können. Auch der Schützenmattpark ist zu Fuss gut erreichbar und bietet grosszügig Raum für Aufenthalt, Spiel und Begegnung

Zu Frage 5: Begegnungen sind immer dann bereichernd, wenn sie freiwillig stattfinden. Die Sozialhilfe hat diesbezüglich schon sehr gute Erfahrungen mit privaten Initiativen gemacht, wie zum Beispiel mit dem Café 103. Das Café 103 findet einmal pro Monat im Erstaufnahmezentrum am Dreispitz statt. Es ist ein Ort der Begegnung und Verbundenheit, wo sich jeweils 30 bis 50 Geflüchtete und Quartierbewohnerinnen und -bewohner treffen, sich austauschen, Kaffee trinken und gemeinsam Aktivitäten organisieren. Entstanden ist das Café 103 im Jahr 2017 dank einer Nachbarschaftsinitiative aus dem Gundeldingerquartier, als das kantonale Erstaufnahmezentrum für 250 geflüchtete Personen in Betrieb genommen wurde.

Auch für das Wohnheim an der Reiterstrasse 1 sind Anfragen von Privaten aus dem Quartier eingegangen, ob und in welcher Form ein guter Empfang der Jugendlichen vorbereitet und ein gelingendes Zusammenleben gestärkt werden könnten. Die Sozialhilfe wird die Entwicklung von passenden Begegnungsformaten aktiv begleiten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat und Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Amina Trevisan (SP): Ich bin teilweise befriedigt. Ich möchte an dieser Stelle noch kurz vorausschicken, dass ich selber fünf Jahre lang als Leiterin der Koordination Prekäre Wohnverhältnisse beim Kanton Basel-Stadt, also bei der Sozialhilfe gearbeitet habe und ich finde, dass sie eine hervorragende Arbeit leistet und bin sehr zufrieden auch mit ihrer Asylpolitik. Das will ich jetzt einfach kurz vorausschicken.

Ich bin nach wie vor der Meinung, dass dieses Spielplatzverbot erst gar nicht in die Hausordnung hätte aufgenommen werden sollen. Ein Spielplatz mit einem Ping Pong-Tisch für Teenager ist sehr wohl interessant für sie. Zudem dienen Spielplätze auch als integrative Orte, an denen Kinder und Jugendliche unterschiedlicher, ethnischer und sozialer Herkunft miteinander in Kontakt kommen können und so interagieren können. Das gemeinsame Spielen oder Austauschen fördert den Abbau von Vorurteilen und trägt zur Inklusion bei.

Anstatt Verbote zu erlassen, können Ängste durch Dialog, Aufklärung und Begegnung abgebaut werden. Ich begrüsse hingegen sehr, dass sich der Kanton vorbehält, das Verbot aufzuheben, sollte das Zusammenleben wie zu erwarten sein wird gut gelingen. Auch gefällt mir sehr, dass eine Art Café 103 auch im Neubad entstehen könnte, das vom Kanton unterstützt und begleiten wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit den Antworten teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

17.7. Interpellation Nr. 148 Lorenz Amiet betreffend Subsidiärer Einsatz der Armee während dem ESC

[11.12.24 15:44:50, 24.5515.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eyman.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zunächst grundsätzliche Bemerkungen. Der Regierungsrat freut sich über die Austragung des Eurovision Song Contest 2025 in Basel sowie über den starken Rückhalt, den der Anlass in der Bevölkerung geniesst. Mit der Durchführung des weltweit grössten Musikwettbewerbs wird sich Basel einem Weltpublikum als weltoffene Kulturstadt sowie als attraktiver und moderner Veranstaltungsort präsentieren können. Die Sicherheit des ESC 2025 in Basel und aller Beteiligten hat oberste Priorität und wird sorgfältig geplant.

Zu Fragen 1, 2 und 9: Bis dato hat der Regierungsrat beim Bund kein Gesuch um Unterstützung mit militärischen Mitteln gestellt. Nähere Auskünfte werden usanzgemäss nicht erteilt.

Zu Fragen 3, 7 und 8: Für die Beurteilung der Bedrohungslage stützt sich der Regierungsrat auf die Einschätzung der Sicherheitsbehörden, welche die Entwicklungen aufmerksam verfolgen und die Lagebeurteilung laufend anpassen. Das Risiko eines Luftangriffs wird derzeit vergleichbar hoch wie bei ähnlich gelagerten Grossveranstaltungen eingeschätzt.

Zu Fragen 4, 5 und 6: Usanzgemäss gibt der Regierungsrat keine Auskunft zum vorgesehenen Mitteleinsatz. Es ist jedoch davon auszugehen, dass zur Unterstützung sowohl Einsatzkräfte, gestützt auf das Konkordat über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Nordwestschweiz PKNW als auch solche gestützt auf die Vereinbarung über die interkantonalen Polizeieinsätze IKAPOL beigezogen werden.

Zu Frage 10: Die Planung erfolgt fortlaufend und ist erst abgeschlossen, wenn der Einsatz rund um den ESC beendet ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat der Interpellant die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Beantwortung zufrieden ist.

Lorenz Amiet (SVP): Interpellationen sind dazu da, um auf dringliche Fragen rasche Antworten zu bekommen. In diesem Sinne bin ich der Regierung sehr dankbar, dass sie nach wenigen Tagen schon meine Fragen mündlich beantwortet hat. Hier endet hingegen meine Zufriedenheit.

Ich respektiere selbstverständlich, dass die Regierung keine operativen Details bekanntgeben möchte. Um mit der Antwort nicht zufrieden zu sein reicht mir jedoch die Aussage, dass bisher keine militärischen Mittel bestellt wurden. Zu keiner Zeit meines Lebens, und ich bin jetzt dann bald 50 Jahre alt,. war die Welt weniger sicher als heute. Russland aber auch eine zunehmende Anzahl anderer Staaten haben sich aus einem regelbasierten Wertesystem verabschiedet. Diese Länder bedrohen unsere westliche freie Gesellschaft mit verschiedenen Mitteln, im Cyberraum jeden Tag aber auch mit Explosionen in Frachtflugzeugen und anderen schwierigen Dingen.

Die Regierung, und das nehme ich gerne zur Kenntnis, beurteilt das Risiko eines Luftangriffs als derzeit vergleichbar hoch wie bei ähnlich gelagerten Grossveranstaltungen. So schätzt sie es ein. Wenn man eine Bedrohung hoch einschätzt, da muss man sich fragen, wie begegnet man dieser Bedrohung. Unsere Polizei, alle Polizeikorps der Schweiz haben keine Mittel gegen die Bedrohung aus der Luft, also ganz konkret gegen Drohnen. Das ist auch verständlich und richtig so. Das einzige Mittel in der Schweiz gegen eine solche Bedrohung ist die Armee. In der Schweiz kann die Armee richtigerweise nur subsidiär zum Einsatz gebracht werden. Das heisst, ohne Antrag des Kantons gibt es keinen Armeeeinsatz. Das unterscheidet uns zum Beispiel von den Schweden, wo dieses Jahr der ESC durchgeführt wurde. Das Milizsystem, das wir in der Schweiz haben, bedeutet aber auch, dass man Mittel rechtzeitig anfordern muss, so dass nicht nur die Militärs in Bern Zeit haben, um einen Einsatz zu planen, sondern dass man auch Zeit hat, Milizsoldaten aufzubieten auf genau dann, wenn man sie braucht.

Heute in genau fünf Monaten beginnt die sogenannte ESC-Woche. Dreieinhalb Monate sind vergangen, seitdem der Entscheid gefällt wurde, dass der ESC in Basel durchgeführt wird. Meine Aufforderung deshalb, geschätzte Frau Regierungsrätin Eymann, bestellen Sie so schnell wie möglich die nötigen Mittel und dann bin ich vielleicht nachträglich sogar teilweise befriedigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht zufrieden mit den Antworten. Die Interpellation ist erledigt.

17.8. Interpellation Nr. 149 Catherine Alioth betreffend den Baukubus auf dem Dach des Globus

[11.12.24 15:50:17, 24.5516.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird diese Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Catherine Alioth (LDP): Vielen Dank für die Gelegenheit, kurz begründen zu dürfen. Meine Interpellation betrifft den Baukubus auf dem Dach des Globus, der in der Sanierung des Globus erstellt wurde. Es stellt sich hier die Frage, weshalb dieser so gross und das Volumen so gross geworden ist. Ich bin mehrfach darauf angesprochen worden und ich habe mich in der Folge mit dem Thema auseinandergesetzt.

Es interessiert mich, welche Faktoren zu dieser Bewilligung geführt haben. Vom Nadelberg aus zum Beispiel ist die Sicht auf die Martinskirche sehr eingeschränkt und es fragt sich wirklich, weshalb, weil der Globus ja in einer Schutzzone ist und das historische Ensemble in dieser Schutzzone doch hohe Priorität hat.

Ich bin sehr gespannt auf die Antworten und bedanke mich im Voraus für die Bemühungen.

17.9. Interpellation Nr. 150 Heidi Mück betreffend Wartefristen für das Zentrum für Brückenangebote (ZBA)

[11.12.24 15:52:01, 24.5517.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen.

17.10. Interpellation Nr. 151 Jenny Schweizer betreffend Kulturvermittlungsprojekte und ihre Unterstützungsbeiträge seitens Abteilung Kultur

[11.12.24 15:52:18, 24.5518.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch diese Interpellation wird schriftlich beantwortet. Die Interpellantin möchte nicht begründen.

17.11. Interpellation Nr. 152 Beat K. Schaller betreffend Transpropaganda macht Schule

[11.12.24 15:52:33, 24.5520.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Damit hat das Wort Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Einleitend ist festzuhalten, dass an unseren Schulen immer das Kindeswohl im Zentrum steht. Die Schulen haben den Auftrag, die Kinder und Jugendlichen neben der Vermittlungen von fachlichen und überfachlichen Kompetenzen gemäss Lehrplan 21 zu unterstützen und zu begleiten. Die Umsetzung des Bildungsauftrags in den Volksschulen erfolgt immer in enger Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten.

Zu Frage 1: Die Erarbeitung des Leitfadens dauert rund drei Jahre. Das Thema Transition ist seit Jahren an den Schulen präsent. In der letzten Zeit haben die Schulen vermehrt Anfragen von Schülerinnen und Schülern sowie von Erziehungsberechtigten dazu erhalten. Deshalb haben insbesondere die Mitarbeitenden in den Schulen den Wunsch gehört, Informationen zu Thematik zu erhalten, da diese Themen komplex und sensibel sind. Ein Einbezug von Elternorganisationen fand nicht statt, jedoch wurden Erziehungberechtigte von den betroffenen Jugendlichen befragt.

Zu Frage 2: Schule ist eine pädagogische Institution. Die Mitarbeitenden an den Schulen wissen, dass die Identitätsfindung bei Jugendlichen auch zu Verunsicherungen führen kann. Es gehört zum grundsätzlichen Auftrag und professionellen Vorgehen der pädagogischen Fachpersonen, dies zu berücksichtigen und situationsgerecht damit umzugehen. Es ist nicht notwendig, dies speziell im Leitfaden zu erwähnen.

Zu Frage 3: Ist die Beziehung der Erziehungsberechtigten untereinander oder zwischen ihnen und ihrem Kind hoch strittig, so stellt dies eine Belastung für Kinder und Jugendlichen dar, unabhängig von der Thematik. In solchen Situationen steht auch die Schule in der Pflicht zu prüfen, wie sich die Situation für die Schülerinnen und Schüler und ihre Familien verbessern lässt. Deshalb wurden entsprechende Empfehlungen in den Leitfaden aufgenommen.

Zu Fragen 4 und 5: Sorgen und Bedenken der Erziehungsberechtigten werden immer ernstgenommen. Wie bereits erwähnt, erfolgt die Umsetzung des Bildungsauftrags in den Volksschulen immer in enger Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus trägt massgeblich zu einer erfolgreichen Entwicklung und Schullaufbahn bei. Die Lehr- und Fachpersonen gehen mit der gebotenen Sensibilität vor. Diskriminierung wird an den Schulen grundsätzlich nicht geduldet, unabhängig davon, gegen wen sich eine solche richtet.

Zu Frage 6: Das Risiko, aufgrund einer Trans Identität die betroffene Person zu stark in den Fokus rücken, lässt sich minimieren, wenn die Kommunikation sorgfältig besprochen und geplant wird. Auch dazu finden sich Empfehlungen im Leitfaden.

Zu Frage 7: Eine solche temporären Massnahme kann als ultima ratio zum Schutz der Betroffenen in speziellen Situationen ergriffen werden. Bisher kam es zu keinem solchen Fall.

Zu Frage 8: Der Leitfaden soll Informationen im Umgang mit schulischen Fragen bieten und keine medizinischen Fragestellungen beantworten. Die Begriffe Therapie und Behandlung werden synonym verwendet.

Zu Frage 9: Es gehört zum Grundauftrag von Lehr- und Fachpersonen auf alle Schülerinnen und Schüler möglichst individuell einzugehen.

Zu Fragen 10 und 11: Seit Inkrafttreten von Art. 30b ZGB am 1. Januar 2022 können Transmenschen, sofern sie 16 Jahre alt sind, ihren Geschlechtseintrag und ihren Vornamen und Personenstandregisters mittels Erklärungen gegenüber dem Zivilstandsamt rasch und unbürokratisch und ohne Einwilligung der gesetzlichen Vertretung ändern. Sie haben auch das Recht, diese Angaben in ihren schulischen Dokumenten nach Abschluss der Schullaufbahn zu ändern.

Zu Fragen 12, 13 und 14: Das Erziehungsdepartement erachtet den Leitfaden als praxistaugliches Dokument im Umgang mit den erwähnten Fragestellungen und sieht keine problematischen Forderungen darin. Dementsprechend werden wir den Leitfaden nicht zurückziehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit den Antworten zufrieden ist.

Beat K. Schaller (SVP): Wenn ich dem Regierungsrat danken würde, wäre ich nicht ehrlich, denn ich sehe in dieser ganzen Angelegenheit, auch in den Antworten – nennen wir sie mal Antworten – nichts für dass ich dankbar sein kann. Diese so genannte Handreichung kommt ja aus dem tiefsten Leitfaden der fundamentalen Transideologie und bevor jetzt hier ein grosser Aufschrei kommt von wegen Transphobie, ich wiederhole es immer wieder ja, es gibt Menschen in unserer Gesellschaft, die trans sind, sie haben unsere Hilfe, unsere Unterstützung verdient. Ich sage klar Ja zu Transmenschen, aber Nein zur Transideologie. Und ich bin erschüttert, wie weit diese Ideologie sich schon ins Erziehungsdepartement hineingefressen hat.

Die Handreichung beginnt ja bereits schon beim Kindergarten. Die Kinder in der Früh- und Mitteladoleszenz, 12-, 14-, 15-Jährige sind in einer labilen Phase, machen aus welchen Gründen auch immer eine Selbstdiagnose und diese Selbstdiagnose darf nicht hinterfragt werden. Damit bereiten wir den Weg für furchtbare Dinge, die da gemacht werden, tatsächlich gemacht werden. Amputationen an Mädchen, Cross-Sex-Hormone, Pubertätsblocker oder sonstige Doktor Frankensteinsche Experimente von durchgeknallten Gesellschaftsingenieuren. Ich finde es entsetzlich, was hier abgeht.

Zu den Bemerkungen von Regierungsrat Mustafa Atici: Ich habe zum Beispiel gefragt, wieso Elternorganisationen nicht einbezogen worden sind. Wieso nicht – die Antwort ist, sie fand nicht statt. Die Fachpersonen würden situationsgerecht damit umgehen. Nein, Sie machen das affirmativ, ohne irgendwie zu hinterfragen. Wenn Eltern damit nicht einverstanden sind, werden sie als schwierig klassifiziert. Ich finde das furchtbar. Die Regierung schreibt von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus. Lesen Sie diese Handreichung, wenn Eltern nicht einverstanden sind, dann soll die KESB beigezogen werden, weil das Kindswohl gefährdet sei. Das ist nichts anderes als eine totalitäre Massnahme. Da wird den Eltern das Erziehungsrecht ihrer Kinder abgesprochen. Ich glaube, ich habe es schon einmal gesagt, ich finde das unfassbar. Mir fehlen fast die Worte. Nein, ich habe Worte dafür, aber ich sage sie nicht, sonst würde ich zu Recht einen Ordnungsruf des Präsidenten fassen.

Wenn sich jemand nach der Schullaufbahn als Trans outet – das ist okay, das ist sein Recht, das kann er machen – dann sollen nachträglich seine schulischen Unterlagen angepasst werden. Ich habe gefragt, wie schätzt der Regierungsrat Aufwand und Komplexität ein angesichts der möglichen Geschlechtsfluidität – dieses Jahr so, dieses Jahr so. Es ist machbar, dann die schulischen Unterlagen anzupassen. Aber wieso reagiert oder antwortet der Regierungsrat nicht auf meine konkrete Frage, ganz abgesehen davon, dass diese nachträgliche Geschichtsklitterung höchst problematisch ist. Zudem sieht der Regierungsrat keine problematischen Forderungen in der Handreichung. Ja ich bitte Sie, den Eltern das Erziehungsrecht wegzunehmen, wenn Sie nicht mit der Handreichung einverstanden sind, das ist nicht problematisch? Wenn Eltern nicht einverstanden sind, dann sind Sie schwierig und dann müssen Sie auf Linie gebracht werden. Das ist nicht problematisch? Ich kann da nur den Kopf schütteln und sagen, ich bin nicht zufrieden mit der Antwort.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

Ich möchte an dieser Stelle festhalten, dass ich es schwierig finde, wenn dem Staat totalitäres Handeln unterstellt wird. Ich nehme aber Ihre Haltung zur Kenntnis. Damit sind die Interpellationen erledigt und ich übergebe das Wort dem Statthalter.

10. Erneuerung des Staatsbeitragsvertrags zwischen dem Kanton Basel-Stadt und den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel für die Modellprojekte Home Treatment High Utilizer und Home Treatment bei Übergangsbehandlung nach stationärer Behandlung für das Jahr 2025, Bericht der GSK

[11.12.24 16:03:42, 24.1065.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Über die beiden aufsuchenden Home Treatment-Angebote der UPK haben wir uns im Grossen Rat bereits in den vergangenen Jahren befasst und auch darüber abgestimmt. Seit 2019 unterstützt der Grosse Rat diese zwei Modellprojekte mit bis anhin jeweils dreijähriger Finanzhilfe.

Unter Home Treatment versteht man eine aufsuchende ambulante psychiatrische Behandlung durch ein multiprofessionelles Team nach einem stationären Aufenthalt in der Klinik. Es gibt zwei Angebote Home Treatment als Übergangsbehandlung von maximal drei Monaten bis ein Tagessetting aufgebaut ist oder das längerfristige Home Treatment für schwerst erkrankte Menschen, welches sich über einen längeren Zeitraum erstrecken kann. Ziel ist es, durch dieses Angebot Rückfälle und Drehtüreffekte zu verhindern.

Unterdessen wurden die Projekte evaluiert und verbessert, weitere Optimierungen wie beispielsweise die Verstärkung der Team-Strukturen oder die Erweiterung der Zielgruppen aus dem ambulanten Setting der UPK sind nun geplant und wären sehr sinnvoll.

Vorgesehen ist, dass die beiden Modellprojekte per 1. Januar 2026 in den Regelbetrieb überführt werden und nicht mehr separat, sondern im Rahmen der gemeinwirtschaftlichen Leistungen GWL für die Periode von 2026 bis 2029 finanziert werden. Damit die Finanzierung für das Jahr 2025 sichergestellt werden kann, braucht es jedoch eine Übergangsfinanzierung und für diese Übergangsfinanzierung beantragt der Regierungsrat eine Ausgabenbewilligung im bisherigen Rahmen in der Höhe von 1’468’205 Franken für die universitären psychiatrischen Kliniken, damit die beiden Modellprojekte fortgesetzt werden können.

Die GSK kann die vorliegende Übergangsfinanzierung für das Jahr 2025 sowie auch die Integration in die ordentliche GWL-Finanzierung sehr gut nachvollziehen. Es ist wichtig, die Projektphase nun abzuschliessen. Der GSK ist es wichtig, sich im Rahmen der Überführung der beiden Home Treatment Projekte im kommenden Jahr intensiv inhaltlich mit dem Angebot, den Zielsetzungen, den Zielgruppen und der Finanzierung der aufsuchenden Behandlungsangebote auseinanderzusetzen. Die GSK erachtet diese Angebote als sehr interessant und sinnvoll.

In der Beratung wollte die Kommission vom Gesundheitsdepartement wissen, weshalb die Krankenkassen sich nur in geringem Masse am Home Treatment beteiligen, denn eine stärkere Beteiligung wäre zu begrüssen. Die GSK erachtet Home Treatment als ein wichtiges Angebot der integrierten Versorgung und sollte unabhängig von der herrschenden Finanzierungslogik für die Zukunft gesichert werden können, ebenso interessant wie die Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Ausrichtungen und den Zielgruppen der bestehenden Angebote sein. Nach 48 Monaten werden zwischen den beiden Home Treatment Angebote unterschiedliche Erfolgsfaktoren festgestellt. Hier wird es interessant sein, inwiefern sich die Zeitdauer und die Auswirkung auf bestimmte Zielgruppen entsprechend ausgewirkt haben.

Bisherige Hauptzielgruppen waren Menschen mit Depressionen, Sucht und Psychosen waren deutlich weniger vertreten als mit den Ein- und Ausschlusskriterien zusammenhängen. Dies wurde bereits zu Beginn der Pilotprojekte kritisch hinterfragt, die Abgrenzung zur Psychiatrie Spitex beziehungsweise deren gegenseitiger Ergänzung wird auch für die zukünftige Ausrichtung sehr spannend werden.

Es stehen im 2025 entscheidende Fragen und Antworten für die Zukunft der Home Treatment Projekte der UPK an. Im Namen der GSK spreche ich der UPK unseren Dank für die Lancierung der beiden Home Treatment-Projekte und deren Weiterentwicklung aus. Die GSK beantragt Ihnen einstimmig, dem vorliegenden Grossratsbeschluss zuzustimmen und für die Fortführung der beiden Home Treatment Angebot der UPK für das Jahr 2025 insgesamt 1,4 Millionen Franken zu bewilligen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Sie haben ja jetzt bereits ausgeführt, worum es bei diesen beiden Modellprojekten Home Treatment geht, ich werde deshalb etwas abkürzen und das nicht wiederholen. Wir sind uns inhaltlich ja auch einig, dafür bin dankbar dafür. Mit beiden Home Treatment-Projekten wird das Prinzip ambulant vor stationär auch auf akut und schwer psychisch belastete Patientinnen und Patienten ausgedehnt, die ansonsten eben nur in einem stationären Umfeld behandelt werden könnten.

Durch die seit 2019 bestehende Mitfinanzierung der beiden Versorgungsangebote zu Home Treatment hat der Kanton Basel-Stadt in den letzten Jahren einen bedeutenden Schritt in Richtung einer intermediären und damit wohnort- und patientennahen Versorgung von Personen mit psychischen Erkrankungen machen können. Die Erfahrungen mit den beiden Modellen sind positiv. Hinsichtlich der Reduktion symptomatischer Beeinträchtigung, der Wiedererlangung sozialer Kompetenzen sowie der Patienten- und Angehörigenzufriedenheit sind die beiden Angebote gegenüber der stationären Behandlungsoption mindestens gleichwertig. Der Vorteil der Home Treatment-Angebote besteht aber in der Möglichkeit, dass Patientinnen und Patienten in ihrem gewohnten Umfeld bleiben und die bestehenden Belastungen und Herausforderungen direkt in ihrem Alltag angehen können. So können sie nachhaltig für einen besseren Umgang mit Schwierigkeiten befähigt werden. Vorhandene Ressourcen sowie Angehörige, der Freundeskreis oder das berufliche Umfeld können zudem gut in die Behandlung integriert werden. Die Patientinnen und Patienten erleben das Angebot als niederschwellig und wenig stigmatisierend und das Behandlungsteam schätzt die Möglichkeit, flexibel und individuell auf die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten eingehen zu können.

Auch in anderen Kantonen wurden in den letzten Jahren ähnliche Home Treatment-Angebote eingeführt. Eine flächendeckende Integration solcher intermediärer Angebote in die Regelversorgung stellt jedoch aufgrund fehlender nationaler Finanzierungsgrundlagen, Stand heute, eine grosse Schwierigkeit dar. Das aktuelle Tarifsystem für ambulante Einzelleistungen reicht nicht für eine kostendeckende Finanzierung aus. Insbesondere die Vorhalteleistungen, der Fall spezifische Austausch des multidisziplinären Teams sowie die Anfahrtskosten sind in diesem Tarifsystem zu wenig abgebildet. Daher müssen Angebote wie eben diese bei den Basler Home Treatment-Projekte durch kantonale Finanzhilfen unterstützt werden. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie die Finanzen dafür von 2019 bis 2024 schon gesprochen haben und jetzt geht es eben um die Weiterführung dieser Projekte in einer Regelfinanzierung. Mit dieser Perspektive prüfen wir derzeit, diese beiden Projekte ab 2026 im Rahmen der so genannten gemeinwirtschaftlichen Leistungen zu finanzieren. Dafür werden wir Ihnen im Verlauf des nächsten Jahres entsprechende Anträge stellen.

Jetzt geht es um das Folgejahr, und dafür sollen eben diese Übergangsmittel jetzt gesprochen werden. Ich bin Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unseren Anträgen nachkommen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 6 des Berichts und zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005189, 11.12.24 16:12:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Fortführung der beiden aufsuchenden Angebote «Home Treatment bei High Utilizer» und «Home Treatment bei Übergangsbehandlung nach stationärer Behandlung» der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel werden für das Jahr 2025 Ausgaben von insgesamt Fr. 1’468’205 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben dem Grossratsbeschluss einstimmig mit 86 Stimmen zugestimmt.

11. Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023;Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK UKBB

[11.12.24 16:13:09, 24.0713.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die IGPK Universitätskinderspital beider Basel beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Der Landrat wird das Geschäft in seiner Budgetsitzung am 11. Dezember Dezember behandeln.

Das Wort hat die Sprecherin für die IGPK Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Ich darf als Vizepräsidentin der interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission des UKBB zu Ihnen sprechen. Die Kommission hat den Bericht des Regierungsrates zum UKBBe zusammen mit Vertretern der Departemente und des UKBB besprochen. Das Jahr 2023 war seit 2019 erstmals wieder ein Jahr, das nicht unmittelbar von der Coronapandemie betroffen war. Zusammenfassend kann erwähnt werden, dass sich nach den Pandemiejahren die Situation im UKBB weitgehend normalisiert hat. Die Jahresrechnung schloss mit einem Verlust von 2,2 Millionen, ein Verlust, welcher erfreulicherweise nicht so hoch ausfällt wie die ursprünglich budgetierten 7,1 Millionen. Ein Grund dafür ist die Entwicklung der Fallzahlen. Die Anzahl Besuche stieg im ambulanten Bereich um 1,7 Prozent. Die stationären Erträge blieben stabil, die ambulanten haben sich auch dank Rückstellungseffekten erhöht. Und für Interessierte, alle weiteren genauen Zahlen können im Bericht nachgelesen werden.

Ich möchte gerne noch zwei Punkte erwähnen, welche das UKBB auch in Zukunft beschäftigen werden. Ein Thema ist das Parking unter dem Tschudi-Park, welches in der Kommission intensiv diskutiert wurde. Die Kommission schätzt die kurz- und mittelfristigen Lösungen, die gefunden werden, seitens Basel-Landschaft wird das Tschudi-Parking aber weiterhin gewünscht und als beste Lösung angesehen. Seitens Basel-Stadt wird gewünscht, dass die Auswirkungen der kurz- und mittelfristigen Lösungen in die weitere Evaluation einfliessen sollen.

Ein weiteres Thema betrifft einen Fachkräftemangel. Es gibt Vermittlungsfirmen, welche gezielt Personal abwerben im Spital, um dann die gleichen Personen zu höheren Kosten, aber weniger Flexibilität dem Spital wieder zur Verfügung stellen. Das ist eine höchst problematische, natürlich auch sehr störende Entwicklung. Das UKBB reagiert entsprechend mit verschiedenen Massnahmen darauf.

An dieser Stelle möchte ich nur noch allen Menschen vom UKBB, die sich rund um die Uhr für die kleinen Patienten einsetzen, ganz herzlich danken für ihren grossen Einsatz. Den Kommissionsmitgliedern danke ich für ihre Arbeit und ich bitte Sie, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Noch eine kleine Zwischenbemerkung: Der Landrat hat das Geschäft heute Morgen einstimmig verabschiedet. Das Wort geht somit an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte mich dem Dank von Frau Kommissionsvizepräsidentin Isler anschliessen. Ich glaube, das ist eigentlich fast das Wichtigste. Wir sollten die Arbeit würdigen, die im UKBB erbracht wird von den Mitarbeitenden tagein nachtaus kann man sagen, über das ganze Jahr hindurch, und jetzt dann auch durch die anstehenden Festtage sorgen sie für die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen und dafür verdienen sie unseren Dank und unsere Anerkennung. Diese Versorgungsleistung ist das Zentrale. Für diesen Zweck haben wir Spitäler und nicht für irgendwelche finanziellen Ziele. Die sind entsprechend nachrangig. Da geht es darum, dass die Versorgungsleistung, die so zentral ist, nachhaltig finanziert werden kann.

Da kommen nun dunklere Wolken auf. Sie sehen im Bericht, den die Kommissionssprecherin zusammengefasst hat und der auch für sich selber spricht, dass das UKBB im Jahr 2023 in die Verlustzone abgerutscht ist. Das ist bedauerlich und entsprechend macht uns das auch Sorgen. Es ist auch eine Entwicklung, die wir – also die Spitalverantwortlichen und die Vertreterinnen und Vertreter der beiden Eignerkantone – sehr eng begleiten und auch Lösungsansätze dazu diskutieren.

Vielleicht kann ich dazu den Blick noch etwas öffnen, auf der Zeitschiene zuerst rückwärts. Das UKBB war über viele Jahre auch finanziell erfolgreich, was alles andere als eine Selbstverständlichkeit ist. In den Jahren 2014 bis 2016 konnten sogar Dividenden an die Trägerkantone ausgerichtet werden und Mittel in einen Forschungsfonds eingebracht werden. Inzwischen haben sich allerdings die Strukturen verschoben und es gibt ein strukturelles Defizit. Insbesondere liegt dieses in der tarifarischen Unterdeckung der ambulanten Behandlungsleistungen begründet aber auch in einem jetzt Fachkräftemangel bedingten Anstieg der Personalkosten. Dazu kommt die allgemeine Teuerung und es kommt dazu ein eher starres Tarifsystem, welches eben nur mit grosser Verzögerung derartige Bewegungen auffangen kann. Und so stellt sich jetzt eben diese Herausforderung, dass wir das UKBB in einer Verlustzone leider sehen. Das wird auch im laufenden Jahr sehr

höchstwahrscheinlich so sein und wir sind jetzt, wie ich gesagt habe, gemeinsam mit den Spitalverantwortlichen und auch den Kantonsvertreterinnen und -vertretern von Basel-Landschaft in einer in einer intensiven Arbeit, um zu sehen, wie sich die die tarifarischen Perspektiven verändern, insbesondere mit Einführung dann von Tardoc und wie wir dann auch unsere Eignerverantwortung in finanzieller Hinsicht in Zukunft wahrnehmen werden.

Ich möchte die Bemerkung betreffend dieses Parkierungsthemas nicht ganz unkommentiert lassen. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die Spitalverantwortlichen jetzt in Absprache mit der Universität eine gute Lösung gefunden haben für unterirdische Parkplätze in unmittelbarer Nachbarschaft des Spitals. Es sind noch weitere, jetzt zusätzliche Parkplätze in Umwidmung begriffen, auch in der Nähe des Spitals und darüber hinaus stehen die Parkplätze im Cityparking zur Verfügung. Das ist in internationalen Dimensionen gesprochen gleich nebenan. Wir müssen uns hier nicht irgendwelche Distanzen dazu einbilden. Insofern kann ich verstehen, dass man noch diesem früheren Plan des Tschudi-Parkings nachhängt. Ich möchte so sagen, dass das eine sehr gute Lösung gewesen wäre für das Spital, für die Patientinnen und Patienten und ihre Angehörigen. Aber wir möchten bitten zur Kenntnis zu nehmen, dass wir jetzt für die absehbare Zeit eine andere Lösung gefunden haben, die auch gut ist und die den Patientinnen- und Patienteninteressen also auch gut gerecht wird. Wir werden dann sehen müssen, längerfristig, ob es reicht oder ob es dann zusätzliche Elemente braucht. Für diese Neubeurteilung bleiben wir selbstverständlich offen. Ich danke Ihnen für die Kenntnisnahme des Berichts.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005191, 11.12.24 16:22:44]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Bericht des Regierungsrats betreffend Information über die Rechnung 2023 des Universitäts-Kinderspitals beider Basel wird gemäss § 11 Abs. 5 lit. a und b des Staatsvertrags über das Universitäts-Kinderspital beider Basel (Kinderspitalvertrag) vom 22. Januar 2013 zur Kenntnis genommen.

2. Ziffer 1 dieses Beschlusses steht unter dem Vorbehalt eines gleichlautenden Beschlusses des Landrates des Kantons Basel-Landschaft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

12. Nachtragskredit für das Jahr 2024 betreffend Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht des RR

[11.12.24 16:22:58, 23.0849.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Finanzkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Mit diesem vorliegenden Nachtragskredit beantragt Ihnen die Finanzkommission, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen und die Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit für das Jahr 2024 in der Höhe von 269’000 Franken zu bewilligen. Das ist die Höhe des Nachtrags.

Der Grosse Rat hat in seiner Sitzung vom 13. Dezember 2023 im Rahmen der Behandlung des besagten Geschäfts für die Leistungsperiode 2024 bis 2027 in Abweichung zum Ratschlag des Regierungsrats diverse Erhöhungen beschlossen. In der Summe wichen diese um rund 301’000 Franken vom Ratschlag ab. In der am Folgetag stattgefundenen Budgetberatung, manche von uns mögen sich daran noch erinnern, wurden von diesen 301’000 Franken nur 32’000 Franken noch ins Budget

aufgenommen. Diese entsprechend der seitens der Bildungs- und Kulturkommission beantragten Erhöhung des Budgets für den Verband Quartiertreffpunkte Basel. Die übrigen 269’000 Franken, um welche die Ausgabenbewilligung gegenüber dem Ratschlag und entsprechend auch gegenüber dem Budget des Regierungsrats erhöht wurde, wurden jedoch im Budget nicht noch zusätzlich aufgenommen. In der Summe ergibt sich gegenüber dem Budget 2024 daher eine Differenz von 269’000 Franken, die mit diesem Begehren nach einem Nachtragskredit nun ausgeglichen werden soll.

Es geht hier also nicht um eine neuerliche inhaltliche Debatte, sondern lediglich um einen finanzrechtlichen Nachvollzug eines bereits gefällten Beschlusses, weshalb die Finanzkommission diesen Nachtragskredit auch nicht inhaltlich bewertet. Sie finden im Bericht des Regierungsrates auf den Seiten 3 und 4 eine Übersicht, welche Institutionen davon profitieren werden. Es handelt sich dabei vor allem um die Quartiertreffpunkte mit jeweils 6’000 respektive 3’000 Franken und die Kindertankstellen Claramatte und Ökolampad. Die Finanzkommission beantragt Ihnen deshalb einstimmig, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Wie der Präsident der Finanzkommission ausgeführt hat, geht es hier eher um eine budgetäre Technizität. Das Geld wurde von Ihnen gesprochen, diese Erhöhungsanträge, die ja aus Ihren Reihen kamen, materiell genehmigt. Sie müssen nun aber auch zur Verfügung stehen im Jahresetat für das Jahr 2024, deshalb dieser Nachtragskredit.

Ich danke der Finanzkommission, dass sie das einstimmig auch so bereinigen möchte und bitten Sie ebenfalls um Zustimmung zum Beschlussantrag.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit geht das Wort an die Fraktionssprecher und wir starten mit Daniel Seiler von der FDP.

Daniel Seiler (FDP): Ich mache es kurz, die Kreuztabelle zeigt ja ein klares Bild. Aber wir waren damals schon dagegen, daher sind wir eigentlich auch jetzt wieder dagegen. Über den Trägerverein des Stadtteilsekretariats Kleinbasel können wir jetzt nicht diskutieren, daher einfach so viel: Wir lehnen diese Ausgabenbewilligung, diesen Nachtragskredit ab.

Balz Herter (Mitte-EVP): Gibt es noch Wortmeldungen von Joël Thüring und Regierungspräsident Conradin Cramer? Sie verzichten. Somit ist die Rednerliste erschöpft.

Eintreten ist nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 4 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005193, 11.12.24 16:28:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027 wird für das Jahr 2024 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 269’000 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 74 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei sechs Enthaltungen zugestimmt. Das Geschäft ist erledigt.

13. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Basler Papiermühle für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK

[11.12.24 16:28:18, 24.0640.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Die Basler Papiermühle wird getragen von der privaten Stiftung Basler Papiermühle. In der Institution arbeiten 24 Festangestellte, 26 Menschen sind im Stundenlohn angestellt und zusätzlich leisten 23 Freiwillige ihren Beitrag, um das steigende Publikumsinteresse zu bewältigen. Seit 1984 leistet die Basler Papiermühle Pionierarbeit in den Bereichen Inklusion und kultureller Teil habe. Ein Teil der Festangestellten sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit IV-Rente, welche im Rahmen integrierter geschützter Langzeitarbeitsplätze in allen Bereichen des Museums beschäftigt sind.

2017 wurde das Museum für diese Leistung von Pro Infirmis mit dem Label Kultur inklusive geehrt. Zudem erhielt die Institution im selben Jahr den Prix schappo des Kantons Basel-Stadt als Auszeichnung für das grosse ehrenamtliche Engagement der freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nebst dem musealen Kerngeschäft ist die Basler Papiermühle auch ein Forschungszentrum, dessen Expertise im Bereich der historischen Maschinen für Druckerzeugnisse und Papierherstellung national und international gefragt ist.

Grundsätzlich ist die finanzielle Situation stabil. Die Institution profitiert von erhöhten Staatsbeiträgen in der laufenden Periode und war erfolgreich in der Akquise von Drittmitteln. Zudem ist das Museum erfolgreich in seinem Wirken. So weisen die Erträge in der Rechnung 2023 eine Steigerung bei den Ticketeinnahmen von 36 Prozent und beim Warenverkauf von rund 12 Prozent aus. Allerdings sind die Personalkosten um rund 5 Prozent und der Sachaufwand um 30 Prozent gestiegen.

Die Basler Papiermühle hat für die Weiterführung ihres Leistungsauftrags mit dem Kanton Basel-Stadt um eine Erhöhung der Staatsbeiträge um 82’000 Franken pro Jahr ersucht. Begründet hat das die Institution mit der Kompensation von wegfallenden kantonalen Beiträgen des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt im Rahmen der Behindertenhilfe. Bis Ende 2023 war das Museum als Institution von der Behindertenhilfe Basel-Stadt anerkannt und erhielt Betriebsbeiträge der Behindertenhilfe der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaftschaft. Die Papiermühle ist im Kern aber keine soziale Institution, sondern ein Kulturbetrieb und wird deshalb auch vom Präsidialdepartement mit Kantonsbeiträgen unterstützt. Da sich mit Umsetzung des neuen Behindertenhilfegesetzes die Anforderungen der Behindertenhilfe für Agogik und Dokumentation stark erhöht haben, ist der Aufwand für diese sehr kleine Institution unverhältnismässig gross geworden. In Zusammenarbeit mit der Stiftung Rheinleben setzt die Institution dafür nun das Pilotprojekt Supported Employment um. So ist die Basler Papiermühle als Museumsbetrieb nicht mehr eine Institution der Behindertenhilfe, die geschützte Werkstätte mit integrativen Arbeitsplätzen anbietet, sondern ein Ort, welcher inklusive Arbeitsplätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt anbietet.

Durch diesen Modellwechsel erfährt die Papiermühle darum eine finanzielle Einbusse, welche mit dem Erhöhungsantrag ausgeglichen werden soll. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat eine Erhöhung des Staatsbeitrags um 60’000 Franken. Damit soll ein Beitrag an Infrastrukturanpassungen, die regelmässig nötig sind, um die inklusiven Arbeitsplätze laufend den Bedürfnissen der Menschen mit Rente anzupassen, geleistet werden. Die verbleibenden 22’000 Franken für die Schulung der Vorgesetzten von Menschen mit IV-Rente und die Personalkosten für Tandemlösungen sollen von der Basler Papiermühle selber getragen werden.

Ein Teil der BKK ist der Ansicht, dass es nicht hinnehmbar ist, dass die Institution trotz beispielhafter inklusiver Arbeit einen Teil der Ausfälle selber tragen muss. Ein Antrag auf Erhöhung des Staatsbeitrages um zusätzlich 22’000 Franken wurde in der Kommission aber mehrheitlich abgelehnt. Allerdings stützt die BKK den Erhöhungsantrag des Regierungsrats und würdigt ausdrücklich die hervorragende Arbeit, welche die Basler Papiermühle leistet.

Die Kommission beantragt mit 11 Stimmen bei einer Enthaltung, dem Ratschlag, wie er vom Regierungsrat vorgelegt wurde, zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Regierungspräsident Conradin Cramer für den Regierungsrat.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Heute steht mit der Neuerung des Staatsbeitrags für die Basler Papiermühle eine für den Kanton Basel-Stadt sehr traditionsreiche Institution und deren Förderung zur Debatte. Die Basler Papiermühle sammelt, bewahrt und erforscht materielles und immaterielles Kulturerbe im Bereich Papier, Schrift und Druck und ist damit nicht nur bei uns im Kanton, nicht nur in der Schweiz sondern in ganz Europa einzigartig in dem, was sie tut. Und darüber hinaus, die

Präsidentin der BKK hat es erwähnt, ist sie seit 1984 als sogenannte geschützte Werkstatt anerkannt. Sie leistet da Pionierarbeit bei der Inklusion und kulturellen Teilhabe. 7 Mitarbeitende mit IV-Rente sind im Rahmen geschützte Arbeitsplätze in allen Bereichen des Museums beschäftigt und es ist nur konsequent, dass die Papiermühle dafür auch mehrfach ausgezeichnet wurde, für Inklusion, für die Freiwilligenarbeit und für ihre Museumsarbeit und auch nicht zu vergessen ist, sie belegt regelmässig die besten Rankings in der Basel Card von Basel Tourismus, ist also namentlich eben auch von Touristen sehr geschätzt und genutzt.

Die Trägerschaft des Betriebs ist eine Stiftung, die Stiftung Basler Papiermühle. Sie beschäftigt total 73 Personen, verteilt auf rund 16 Vollzeitäquivalente. Mit ihrer Ausstrahlung als ausserschulische Basler Bildungsinstitution mit freiem Eintritt für Schulen und Ausgebildete generiert die Papiermühle, gemessen an ihrer Grösse, insgesamt eine bemerkenswerte Berichterstattung, auch internationale Berichterstattung.

Die Papiermühle war immer schon ein echtes Hands-On-Museum, noch bevor dieser Begriff im deutschen Sprachraum präsent war. Ich durfte mich da auch davon überzeugen bei meinem Antrittsbesuch – Videos davon kursieren in den sozialen Medien harmlose Videos. Auch die Entwicklung der Publikumszahlen ist höchst erfreulich. 2023 gelang es mit über 50’000 Besuchenden, einen neuen Höchstwert im langjährigen Durchschnitt zu erreichen.

Auch die finanziellen Lage der Papiermühle ist grundsätzlich stabil. Das Gesamtbudget beträgt rund 2,3 Millionen, mit einem guten Mix, 20 Prozent Eintritte, 20 Prozent Verkäufe, Produkte, was sehr nennenswert ist, 23 Prozent Staatsbeitrag, 5 Prozent die Behindertenhilfe aus dem WSU und 25 Prozent kommen von der Christoph Merian Stiftung.

Die Basler Papiermühle befindet sich jetzt aktuell in einer wichtigen Phase der Neuausrichtung und eines Generationenwechsels und sie hat dafür mit der letzten Staatsbeitragsbewilligung eine gestaffelte Erhöhung von Total 265’500 Franken erhalten. Das Grossprojekt «Generationenwechsel und Wissenstransfer» wurde übrigens auch mit Mitteln aus dem Kanton Basel-Landschaft finanziert, aus dem sogenanntem Dispoanteil der Kulturvertragspauschale. Die insgesamt mit der Erhöhung des Staatsbeitrags verbundenen Ziele wurden erreicht beziehungsweise befinden sich in Umsetzung, sind gut auf dem Weg. Und parallel zu den betrieblichen Entwicklungen plant die Papiermühle eine neue Dauerausstellung, da die aktuelle aus dem Jahr 2011 teilweise doch überholt ist.

Jetzt, mit dem aktuellen Ratschlag, beantragt der Regierungsrat Ihnen die Weiterführung und Erhöhung der bisherigen Staatsbeiträge, eine Erhöhung um 60’000 Franken pro Jahr für die Jahre 2025 bis 2028. Die Präsidentin der BKK hat das auch schon ausgeführt. Die Papiermühle selbst hatte für die Weiterführung der Betriebsbeiträge eine Erhöhung von 82’000 Franken beantragt. Begründet wird dies ausschliesslich mit der Kompensation von weiteren wegfallenden kantonalen Beiträgen aus dem Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt im Rahmen der Behindertenhilfe. Der erwartete Mittelausfall soll durch die entsprechende Erhöhung der Staatsbeiträge an die Institution aufgefangen werden.

Die etwas komplizierte Detailbegründung für die Entstehung des Erhöhungsbetrags finden Sie im Ratschlag in Kapitel 4.2. Ich möchte es dennoch noch kurz zusammenfassen, weil es ja jetzt auch Gegenstand der Debatte sein wird. Statt wie bisher 185’000 Franken pro Jahr bekommt die Papiermühle künftig mit dem Wechsel von einer geschützten Werkstatt der Behindertenhilfe zu einem Ort mit inklusiven Arbeitsplätzen auf dem freien Arbeitsmarkt nur noch 64’700 Franken direkte Zahlungen der Behindertenhilfe. Das ist eine Differenz von gut 120’000 Franken. 20’000 Franken hat der Kanton bereits im Rahmen der laufenden Periode kompensiert, die Differenz beträgt also noch 100’000 Franken. Die Papiermühle kann mit dem Modellwechsel 18’000 Franken einsparen. Die Differenz ist also noch 82’000 Franken. Und das sind genau die 82’000 Franken, die Gegenstand des Erhöhungsantrags an den Kanton waren.

Dem Regierungsrat, ist es wichtig, dass die Papiermühle ihren anerkannten Status als attraktive Arbeitgeberin für Menschen mit Beeinträchtigung und als vorbildliche Pionierinstitution mit inklusivem Angeobt auf allen Ebenen auch halten kann. Deshalb unterstützen wir den Antrag grundsätzliche und möchten 60’000 Franken übernehmen, die den Umfang der Objektkosten des Museumsgebäude mit spezieller Bausubstanz und die Anforderungen für die speziellen Arbeitssituationen abdecken. Die übrigen Aufwände, das sind vor allem Personal- und Schulungskosten von 22’000 Franken, sollen aber vom Museum selbst getragen werden.

Die Basler Papiermühle zeigte sich in den Gesprächen mit uns erfreut über die Erhöhung, gleichzeitig hat sie Respekt vor der Finanzierungslücke von weiteren 22’000 Franken, die durch eine zusätzliche Drittmittel-Akquise gefüllt werden soll. Das ist anspruchsvoll, wird als anspruchsvoll betrachtet, da keine entsprechende Planungssicherheit besteht. Man kann an dieser Stelle sagen und es auch noch einmal betonen, alle reden ja über Inklusion, die Papiermühle macht das wirklich seit langer Zeit, und deshalb übernimmt der Kanton hier auch mit Überzeugung drei Viertel der notwendigen Kosten, um dieses richtige und wichtige System aufrechterhalten zu können. Ein Viertel, beziehungsweise eben die Schulungskosten für die Vorgesetzten und die Personalkosten für Tandemlösungen, soll die Papiermühle gemäss Antrag des Regierungsrats und der BKK selbst übernehmen. Das verlangt nach zusätzlichen Anstrengungen der Institution, ist aber aus Sicht der befassten Menschen beim Kanton auch klar machbar.

Die Basler Papiermühle soll auch künftig ihre Position als Pionierinstitution für kulturelle Teil habe sowie als nationales Kompetenzzentrum für die Geschichte von Papier, Schrift und Druck halten beziehungsweise auch weiterentwickeln können.

Die erfolgreiche Kombination soll an eine neue Publikumsgeneration vermittelt werden, unter anderem mit der Erarbeitung der neuen Dauerausstellung, mit der Aktualisierung des Vermittlungsangebots und nicht zuletzt auch des Webauftritts.

Das Budget 2025 und folgende Jahre gibt Auskunft über die künftige Finanzierung, neben dem um den Vorschlag des Regierungsrats erhöhten Betriebsbeitrags des Kantons sind weiterhin der Beitrag der Christoph Merian Stiftung wichtig, die Warenverkäufe sowie Drittmittelspenden, Legate als tragende Elemente. Mit den letzteren, also mit Drittmittelspenden und Legaten, soll das jährlich ausgewiesene Defizit von 30’000 bis 40’000 Franken gedeckt werden. Auch wenn dies anspruchsvoll ist, zeigt doch die langjährige Erfahrung, dass die Papiermühle dieses Ziel erreichen kann.

Ich freue mich, dass auch die BKK als vorbereitende Kommission den Ratschlag so engagiert und sorgfältig geprüft hat und in ihrem Fazit auch zum gleichen Schluss kommt, wie der Regierungsrat und den Antrag des Regierungsrats unterstützt. Ich bitte Sie auch, diesen Antrag so zu stützen und damit mit Überzeugung die positive Entwicklung der Papiermühle als eine der attraktivsten Institutionen unserer Stadt weiterhin zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Das Wort hat Heidi Mück für das GAB.

Heidi Mück (GAB): Die Leistungen der Papiermühle sind wirklich unbestritten. Sie gehört zu den beliebtesten Attraktionen in Basel und zwar sowohl für Touristinnen und Touristen wie auch für die Baslerinnen und Basler, insbesondere für die Familien. Das alles haben wir vorher gehört und ich beschränke mich deshalb auf die Argumentation für den Antrag, den Sie alle auf ihren Tischen haben.

Das GAB bittet Sie, den Staatsbeitrag für die Basler Papiermühle um 22’000 Franken pro Jahr zu erhöhen. Die Papiermühle ist ein Vorzeigebetrieb, was die Inklusion betrifft. Wir haben das vorher schon gehört, aber das kann man nicht genug betonen. Sie leistet seit vielen Jahren Pionierarbeit in den Bereichen Inklusion und kulturelle Teilhabe. Kein anderes Museum bietet so viele Arbeitsplätze für Menschen mit einer Beeinträchtigung an und die Mitarbeitenden mit IV-Rente arbeiten selbst als Vermittelnde an den öffentlich zugänglichen Mitmachstationen des Museums und erfüllen damit selbst auch eine wichtige Aufgabe im Bereich der inklusiven Kulturarbeit.

Das muss diesem Betrieb hoch angerechnet werden. Aber statt dickem Lob bekommt die Papiermühle eigentlich eine Kürzung aufgebrummt, denn was wir hier vom Regierungsrat vorgeschlagen bekommen, ist nicht anders als eine Kürzung. Im Bereich der Museen ist die Papiermühle ein grosses Vorbild im Bereich der Inklusion, aber aus der Sicht der Behindertenhilfe ist sie ein sehr kleiner Betrieb und der administrative Aufwand wurde als zu hoch angesehen, so dass die Anerkennung als geschützte Werkstatt nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Die Papiermühle hat daraufhin selbst eine Lösung gefunden in Kooperation mit der Stiftung Rheinleben, und sie hat dort einen Ansatz gefunden, das Pilotprojekt Supported Employment. Ich erspare Ihnen die Details, Regierungspräsident Conradin Cramer hat das, glaube ich, so gut als möglich zusammengefasst. Aber der langen Rede kurzer Sinn, es gibt noch eine Finanzierungslücke von 82’000 Franken gegenüber dem Beitrag der Vorjahre, den sie bekommen hatten. Das Präsidiadepartement hat sich ja bereit erklärt, 60’000 Franken davon zu übernehmen. Das ist keine Erhöhung gegenüber dem letzten Mal, sondern eine Kürzung um 22’000 Franken. Wir finden das nicht in Ordnung.

Die finanzielle Situation der Papiermühle wird immer auch als stabil bezeichnet. Sie weist jedoch ein strukturelles Defizit auf, das wurde auch gesagt, und wir wissen, dass der Markt für Drittmittel im Moment sehr volatil ist. Das wissen wir alle. Wir haben diesen Antrag schon in der BKK gestellt, sind aber unterlegen. Als Begründung wurde insbesondere genannt, dass die Papiermühle selbst sich mit dem regierungsrätlichen Vorschlag einverstanden gezeigt hat. Nach diversen Gesprächen kann ich Ihnen versichern, dass das so nicht ganz stimmt. Selbstverständlich sind die Verantwortlichen froh und auch dankbar, dass ein Teil der Kosten übernommen werden soll, doch die Sorge wegen den fehlenden 22’000 Franken wurde klar kommuniziert, denn sie ist gross.

Die BKK-Mehrheit stützte sich bei dieser Argumentation eigentlich einzig auf die Aussagen der Vertreterinnen des Präsidialdepartements und wir müssen zugeben, wir haben nicht selbst mit den Vertreterinnen des Museums geredet. Die fehlenden 22’000 Franken, und das haben wir auch gehört, sind für die Schulung der Vorgesetzten aber auch für die Personalkosten. Wenn Sie hier jetzt sparen müssen, dann werden letztendlich inklusive Arbeitsplätze gefährdet oder sogar zerstört und wir wollen das nicht und wir sind überzeugt, dass Die das auch nicht wollen. In diesem Sinne würden wir uns sehr freuen, wenn Sie diesen Antrag unterstützen würden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, der Regierung zu folgen und der Basler Papiermühle einen jährlichen Staatsbeitrag von 597’637 Franken auszurichten. Dies entspricht einer jährlichen Erhöhung von 60’000 Franken. Die

Papiermühle Basel hat selbst um eine Erhöhung von 82’000 Franken gebeten, da zukünftig Gelder aus der Behindertenhilfe wegfallen.

Die SVP attestiert, dass der Wegfall der Gelder einschneidend sein kann. Dadurch aber, dass der Differenzbetrag von 12’000 Franken lediglich für Schulungen von Vorgesetzten und 10’000 Franken für Lohnanpassungen eingesetzt würden, sind wir überzeugt, dass der fehlende Betrag für den Museumsbetrieb keinen grossen Einfluss hat. Auch glauben wir nicht, dass jährlich quasi wiederkehrend die Vorgesetztenschulungen 12’000 Franken benötigen und auch können wir uns nicht vorstellen, dass für die Infrastrukturanpassungen, die jährlich mit 60’000 Franken entschädigt werden, dieser Betrag jährlich auch ausgeschöpft wird und dass dadurch auch von diesen 60’000 Franken Gelder übrigbleiben können.

Das Museum selbst ist unseres Wissens mit der Erhöhung von 60’000 Franken einverstanden und zudem verfolgt es auch den richtigen Ansatz, und den möchten wir hier auch wirklich betonen, den fehlenden bei Betrag mit der Drittmittelakquise wieder aufzufangen. Das Museum möchte darauf achten, zukünftig neue Stiftungsräte mit grösseren Netzwerken aufzunehmen. Dies ist aus unserer Sicht eine sehr gute Strategie und wir möchten andere kulturelle Institutionen, die die Drittmittelakquise stets niedrig budgetieren oder sogar vernachlässigen, auffordern, sich daran ein Beispiel zu nehmen. Wir sind überzeugt, dass dem Museum mit seiner stabileren finanziellen Situation und seinen hohen Besucherzahlen und somit dank seiner Beliebtheit weiterhin viel gelingen kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Fraktionssprecherin für die SP ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Was ist Papier, wie entsteht Papier und wie kommen die Buchstaben auf das Papier in meinem Lesebuch? Im Zusammenhang mit der Papiermühle müsste es zwar heissen, wie kamen früher die Buchstaben auf das Papier? Trotzdem und genau deswegen, die Papiermühle leistet in der Vermittlung auch für Kinder viel. Ich war schon mit meiner Klasse da und auch unruhige Kinder entdecken beim Schöpfen von Papier Ruhe und Fokus - also für alle ein lohnender Besuch.

Das ist nur ein Aspekt. Die Papiermühle leistet auch viel bezüglich der Integration und inklusiven Arbeit, für die Wissenschaft und Forschung und als Museum. Das haben wir alles von der Präsidentin und dem Regierungsrat gehört. Von Heidi-Mück vom GAB haben wir die ausführliche Begründung gehört, warum sie für einen Erhöhungsantrag ist. Die SP begrüsst diesen Erhöhungsantrag und unterstützt ihn. Wir unterstützen ihn aus verschiedenen Gründen.

Als Mitglied der BKK möchte ich einfach die kulturelle Notwendigkeit dieser Institution nochmals hervorheben. In der Betriebsanalyse, die gemacht wurde, wurde darauf verwiesen, dass es dort zwingend notwendige Massnahmen und strategisch notwendige Massnahmen gibt. Schulung und Personalkosten gehören für uns auch dazu. Wir sind nicht überzeugt, dass man das in der heutigen Situation mit der Drittmittelakquise so schnell bereinigen kann. Eine interessante Überlegung von der SVP, die man vielleicht noch tiefer diskutieren könnte in der BKK.

Übrigens auf die perspektivische Massnahme hat die Stiftung Papiermühle verzichtet. Also Sie haben schon eine Sparmassnahme ergriffen oder wie von bürgerlicher Seite wahrscheinlich kommen wird, ein Nicht-Ausgeben. Da die SP nicht nachvollziehen kann, warum die Regierung diesen Beitrag jährlich für die Papiermühle nicht gewährleistet, trotz der Betriebsanalyse und der sichtbaren Notwendigkeit, unterstützt die SP den Erhöhungsantrag des GAB und ich bitte Sie, für die Sache, für die Menschen, für das Museum und für die Papiermühle, natürlich die Stiftung Papiermühle, diesen vorliegenden Antrag auf Erhöhung ebenfalls zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Nicole Kuster-Simon.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Die Papiermühle ist beliebt. Das Angebot wird breit genutzt. Das zeigen auch die Besuchendenzahlen, welche stetig ansteigen und im 2023 erstmals die 50’000-Grenze überschritten haben. Die Papiermühle beschäftigt 7 Mitarbeitende mit einer IV-Rente. Die laufende Umsetzung des Gesetzes über die Behindertenhilfe führt nun zu einem Modellwechsel von einer geschützten Werkstatt hin zum inklusiven Arbeitsplatz, was eine Reduktion von Beiträgen an das Museum aus der Behindertenhilfe von rund 100’000 Franken zur Folge hat. Grösstenteils wird der Fehlbetrag durch den um 60’000 Franken erhöhten Staatsbeitrag und durch administrative Einsparungen ausgeglichen. 22’000 Franken sind jedoch nicht durch den vorgeschlagenen Staatsbeitrag der Regierung gedeckt.

Dieser Systemwechsel sollte nicht dazu führen, dass die Papiermühle plötzlich defizitär wird. Es gibt keine Änderung bei den Anstellungsverhältnissen. Es bleiben dieselben Menschen wie unter dem alten System in der Papiermühle beschäftigt. Obwohl der Regierungsrat die besondere Leistung im Bereich Inklusion hervorhebt, auferlegt er aber der Papiermühle die Übernahme des neu entstandenen Fehlbetrags von 22’000 Franken. Gleichzeitig hat die Papiermühle wie alle privaten

Museen mit Kostensteigerungen bei Energie, Papier und Personal zu kämpfen und hat zunehmend Finanzierungsschwierigkeiten.

Es ist nicht ersichtlich, wie weitere Einsparungen ohne Kürzungen des Angebots vorgenommen werden können. Besonders hervorzuheben ist auch der hohe Eigenwirtschaftlichkeitsgrad des Museums von 75 Prozent. Die LDP nimmt auch zur Kenntnis, dass der Stiftungsrat motiviert ist, noch mehr Drittmittel einzuwerben und wird dies bei der nächsten Beitragsperiode in die Prüfung miteinbeziehen. Die LDP anerkennt die Gesamtsituation der Papiermühle und empfiehlt Ihnen, die Staatsbeiträge gemäss Erhöhungsantrag des GAB zu sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit frage ich den Regierungspräsidenten und die Kommissionspräsidentin, sie verzichten beide auf ein weiteres Votum.

Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses.

Änderungsantrag der Fraktion GAB. Sie beantragt eine Erhöhung der Ausgaben auf die 2’478’548 Franken, das sind jährlich 619’637 Franken. Der Änderungsantrag liegt Ihnen schriftlich vor. Wir eröffnen dazu die Debatte. Möchte Heidi Mück den Antrag nochmals begründen? Sie verzichtet. Ich nehme an, Kommissionssprecherin und Regierungspräsident verzichten ebenfalls, sie alle tun das auch. Damit kommen wir bereits zur Abstimmung über diesen Antrag.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 22 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005195, 11.12.24 16:55:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Änderungsantrag.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wurde angenommen mit 71 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung. Wir führen die Detailberatung weiter und kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem *bereinigten* Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005199, 11.12.24 16:57:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Basler Papiermühle werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 2'478'548 (Fr. 619’637 p. a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Beschluss wird angenommen mit 93 Ja-Stimmen keiner Nein-Stimme und einer Enthaltung.

14. Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der Beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2022, Bericht der BKK

[11.12.24 16:57:15, 23.1834.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, von ihrem Bericht Kenntnis zu nehmen.

Franziska Roth (SP): Dass wir erst im Dezember 2024 die Lehrstellenberichte zu den Jahren 2022 und 2023 zur Kenntnis nehmen können, ist definitiv zu spät. Die BKK hat das mehrfach erwähnt und kritisiert. Die Kommission hat aber auch zur Kenntnis genommen, dass es Gründe für diese Verspätung gab. Ich möchte noch einmal die Erwartung der Kommission formulieren, dass die Lehrstellenberichte in Zukunft jeweils wieder vor der Sommerpause dem Grossen Rat zur Kenntnis zugestellt werden sollten.

Ebenfalls diskutiert hat die BKK darüber, ob es Sinn macht, dass der Lehrstellenbericht jedes Jahr mit Copy-Paste- Teilen aus den Vorjahren tatsächlich so informativ ist und einen Mehrwert statt einfach nur Verwaltungsaufwand bringt. Eine Mehrheit der Kommission ist allerdings der Ansicht, dass es angesichts der anhaltend angespannten kantonalen Lehrstellensituation ein falsches Signal wäre, nicht mehr jährlich zu berichten.

Obwohl in den nun vorliegenden zwei Berichten das Anliegen der BKK aufgenommen worden ist, dass über getätigte oder geplante Massnahmen zur Verbesserung der Lehrstellensituation berichtet wird, möchte die Kommission anregen, dass in Zukunft noch stärker auf diese Massnahmen und vor allem auf deren Wirksamkeit eingegangen werden soll.

In den vorliegenden Berichten ist unter anderem ausgewiesen, dass die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die den Direkteinstieg in die Berufs- oder Allgemeinbildung wählen, in den vergangenen Jahren von knapp 60 Prozent auf 70 Prozent gestiegen ist. Der Anteil der Jugendlichen, die direkt nach der obligatorischen Schulzeit eine Lehre beginnen, ist um über 8 Prozentpunkte auf 23 Prozent angestiegen, und die Zahl jener Jugendlicher, die sich für ein Brückenangebot entscheiden, ist zurückgegangen.

Es ist aber auch ersichtlich, dass sowohl im Leistungszug A als auch im Leistungszug E der prozentuale Anteil der Jugendlichen, die keine Anschlusslösung oder aber eine Anschlusslösung im Bereich Arbeit oder Praktikum haben, auf relativ hohem Niveau liegen. Hier sind in Zukunft vermehrt Anstrengungen nötig und diese Jugendlichen auf dem Weg zu einem Ausbildungsabschluss auf Sek 2-Stufe besser zu begleiten.

Am Hearing haben uns die verantwortlichen des Erziehungsdepartements berichtet, dass im Herbst 2024 ein Projekt zur Laufbahnoptimierung im integrativen Bildungsmodell gestartet ist, welches vom Bereich Berufsbildung zusammen mit der Volksschule getragen wird. Die BKK erwartet, dass im Lehrstellenbericht 2024 über die Massnahmen dieses Projekts und über deren Wirksamkeit berichtet wird.

Die BKK empfiehlt einstimmig, von den Lehrstellenberichten 2022 und 2023 Kenntnis zu nehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit gibt das Wort an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich bedanke mich bei der Bildungs- und Kulturkommission für ihren Bericht zu den beiden Lehrstellenberichten für die Jahre 2022 und 2023. Die späte Einreichung des Lehrstellenberichts tut uns Leid und wir bedauern diese Verspätung. Ein personeller Wechsel im betroffenen Bereich sowie eine ausserordentliche hohe Arbeitslast sind dafür mitverantwortlich. Im Jahr 2025 wird dieser wieder fristgerecht zur Verfügung stehen.

Aber nun möchte ich Ihnen doch einige Fakten zur Lehrstellensituation und zur Situation im Bereich der beruflichen Nachholbildung zum besten geben. Wie die Kommissionspräsidentin erwähnt hat, am Übergang der Volksschule in die Berufsbildung sind die Direkteintritte in eine Lehre weiterhin angestiegen und zwar auf 23 im Jahr 2023. Damit stieg diese Zahl seit 2016 um 8 Prozent. Knapp ein Fünftel der Jugendlichen entscheidet sich für ein Brückenangebot nach der obligatorischen Schulzeit, um danach grösstenteils mit einer Lehre zu beginnen.

Der Lehrstellenmarkt ist gut unterwegs. Die Anzahl der ausgeschriebenen Lehrstellen ist seit Corona markant angestiegen. Der Gesamtbestand an Lehrverträgen im Kanton ist stabil. Seit dem Jahr 2020 ist die Zahl an Berufsmatura 1-Absolventinnen und -Absolventen stark rückgängig in der Tendenz. Im Jahr 2023 scheint sich diese Zahl aber auf tiefstem Niveau zu stabilisieren. Die Anzahl Prüfungskandidatinnen und -kandidaten für den Berufsabschluss für Erwachsene war in den vergangenen Jahren insgesamt stabil. Die Vereinbarkeit von Schule, Beruf und Familie ist für diese Personen die grösste Herausforderung. Basel-Stadt unternimmt grosse Anstrengungen, die Berufsabschlüsse für Erwachsene weiter zu optimieren und damit auch die Anzahl der Interessierten zu erhöhen.

Wie Sie wissen, liegt mir die Berufsbildung sehr am Herzen und die präsentierten Zahlen sind noch lange nicht dort, wo wir sie haben möchten. Aber ich weiss, dass die Berufsbildung eine Verbundsaufgabe ist und deswegen versuchen wir mit der Wirtschaftsverbänden, mit dem Gewerbe, mit der Schule und mit dem Elternhaus möglichst intensiv zusammenzuarbeiten.

Wie der Bericht aufzeigt, arbeiten wir im ED einerseits mit bewährten Fördermitteln, um unseren Jugendlichen eine optimale Berufswahl zu ermöglichen. Wir sind aber auch mit viel Energie daran, den Bereich der Berufsbildung weiter zu stärken, so dass möglichst viele jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Altersjahr einen Berufs- oder Mittelschulabschluss erreichen.

In diesem Sinne beantragt der Regierungsrat, die beiden Lehrstellenberichte der Jahre 2022 und 2023 zur Kenntnis zu nehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Joël Thüring hat sich für die SVP gemeldet.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die Ausführungen. Der Kommissionsbericht macht schon ein bisschen bemerkbar, was aus Sicht auch der SVP-Fraktion an diesen beiden Berichten kritisch ist. Die Kommissionspräsidentin Franziska Roth hat es schon erwähnt. Wir finden es schon sehr bedenklich, wenn ein Lehrstellenbericht aus dem Jahr 2022 erst im Februar 2024 dem Parlament überwiesen wird und wir finden es auch bedenklich, dass ein Bericht 2023 erst im Herbst 2024 erstellt werden kann. Und wenn schon diese Berichte so spät kommen, dann sollten Sie wenigstens auch fehlerfrei sein. Nicht einmal das hat das Erziehungsdepartement geschafft. Ich finde, geschätzter Herr Regierungsrat Mustafa Atici, das sollte sie schon dazu anhalten zu schauen, dass das in Ihrem Departement besser wird. Es kann nun wirklich nicht sein, dass ausgerechnet in einem Bereich, wo wir ja sowieso schon schweizweit nicht sonderlich gut dastehen, die Leistung in Ihrem Departement nicht den Ansprüchen genügen kann, die sie wahrscheinlich auch selber an Ihr Departement stellen.

Hier geht es letztlich einzig und alleine darum, statistische Zahlen zusammenzutragen und sie dem Grossen Rat in dieser jährlichen Berichterstattung zur Verfügung zu stellen. Das muss der Politik auch raschmöglichst zur Verfügung gestellt werden, weil wir ja im wie ich bereits gesagt habe, in diesem Bereich sehen, dass nicht alles zum Besten steht. Die Zahlen der Berufsbildung im Kanton Basel-Stadt sind aus unserer Sicht, auch wenn sie sich etwas verbessert haben, immer noch sehr schlecht im schweizerischen Vergleich. Wir haben eine sehr tiefe Quote im Kanton und das sorgt uns, weil wir eben schon der Meinung sind, dass die Berufsbildung eine zentrale Stütze unserer Wirtschaft ist. Es bringt uns nichts, wenn wir Dutzende, Abertausende von Studentinnen und Studenten haben, die sich dann in einem Bereich engagieren, der unserer Wirtschaft wenig bis gar nichts bringt. Wir müssen schauen, dass wir wieder mehr Praktiker haben, die für unsere Betriebe eine wichtige Stütze sein können und auch helfen, dass dieser sogenannte Fachkräftemangel nicht noch grösser wird.

Und dazugehören eben auch Massnahmen, die wir im Bereich der Berufsbildung ergreifen müssen, ergreifen sollen. Hier glauben und vertrauen wir, dass die Gewerbebetriebe im Kanton Basel-Stadt, die Lehrbetriebe im Kanton Basel-Stadt, die Lehrstellen anbieten, alles mögliche unternehmen, um das tatsächlich auch zu verbessern. Hier kann der Kanton natürlich nicht steuern. Hier muss die Gesellschaft letztlich auch bereit sein anzuerkennen, dass eine Lehre genau so viel wert hat wie der akademische Weg, den ein Schüler, eine Schülerin einschlagen möchte. Hier braucht es die gesellschaftliche Akzeptanz. Hier müssen wir alle daran arbeiten, dass dies sich verbessert und nicht in der Gesellschaft der Eindruck entsteht, «Ah, du hast ja nur eine Lehre gemacht». Dieses «nur» ist eben falsch. Eine Lehre ist genau gleich viel Wert und das muss sich auch in der Gesellschaft wieder verfestigen.

Und das ist auch meine Hoffnung, die ich an die Adresse von Regierungsrat Mustafa Atici habe, der sich in seiner Vergangenheit nicht nur als Gewerbetreibender, sondern auch als Nationalrat immer sehr stark für die Berufsbildung eingesetzt hat und ich kaufe ihm das auch ab, dass ihm die Berufsbildung sehr wichtig ist. Und deshalb ist der Appell der SVP-Fraktion auch an die Adresse des Regierungsrates: Schauen Sie einerseits, dass diese Berichte wieder etwas frühzeitiger in den Grossen Rat kommen. Das ist das eine, das ist der kleinere Teil unseres Wunsches, der grössere Teil unseres Wunsches ist aber, dass Sie wirklich alles unternehmen, dass die Berufsbildung in Baselstadt einen höheren Stellenwert erhält, eine höhere Anerkennung erhält, und dazu sind allenfalls eben auch Massnahmen notwendig wie eine weitere Erhöhung der Anforderungen für das Einleiten des akademischen Weges bei Schülerinnen und Schülern. Hier glauben wir braucht es höhere Hürden, höhere Quoten, um diesen Weg bestreiten zu können, um eben auch zu helfen, dass die Berufsbildung diesen Wert wieder erhält, den die Berufsbildung eigentlich auch verdient hätte.

Das sind unsere Wünsche zur Weihnachtszeit an den Departementsvorsteher. In diesem Sinne bitten wir Sie, den Bericht der BKK anzunehmen, aber diese kritischen Bemerkungen durchaus auch zur Kenntnis zu nehmen, und wir freuen uns, wenn der Lehrstellenbericht 2024 spätestens im Frühjahr 2025 dann fehlerfrei vorliegt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP hat das Wort David Jenny.

David Jenny (FDP): Wir haben Berichte erhalten, die ein bisschen den Eindruck erwecken, dass das Departement Strafaufgaben gefasst hat, die dann verspätet und in teilweise fraglicher Qualität abgeliefert worden sind. Den Tadel haben wir in gebührender Form ausgesprochen. Vielleicht müssen wir uns als Parlament auch selber tadeln, wenn wir diese Berichte in jährlicher Kadenz fordern. Vielleicht wäre das auch mal zu überprüfen, ob nicht zwei Mal in der Legislatur auch reichen würde und dann erhielten wir nicht nur so Copy-Paste-Berichte mit Textbausteinen, die dann wirklich nicht sehr viel bringen. Und dann würden sie vielleicht auch mit ein bisschen mehr Lust und Laune geschrieben vom ED, aber auch von anderen Departementen. Ich glaube, die Qualität der Berufsausbildung würde nicht darunter leiden, wenn wir manchmal sagen würden, weniger wäre auch mehr. Aber ja, wir nehmen jetzt einfach zur Kenntnis und hoffen wirklich auf die schnelle Ablieferung des nächsten Berichtes und dass das nicht nur als Strafaufgabe verstanden wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hätten die Sprecherin und der Sprecher von Regierungsrat und Kommission nochmals das Wort. Sie verzichten.

Eintreten ist obligatorisch. Rückweisung wurde nicht beantragt. Sie haben den Bericht damit zur Kenntnis genommen. Das Geschäft ist erledigt.

15. Petition P470 "Umnutzung leere Bürogebäude zu Wohnraum", Bericht der PetKo

[11.12.24 17:11:46, 23.5549.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das wird uns erläutert vom Präsidenten der Petitionskommission Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich zur Petition P470 und dem Vorschlag der Kommission zum weiteren Vorgehen.

Der Grosse Rat hat die vorliegende Petition an seiner Sitzung vom 8. November 2023 der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Vor rund einem Jahr hörte die Kommission im Rahmen eines Hearings eine Vertretung der Petentschaft sowie als Vertreterin des Präsidialdepartements die Leiterin der Fachstelle Wohnraumentwicklung in der Kantons- und Stadtentwicklung an. Mit Bericht vom 29. Januar hat die Kommission dem Grossen Rat den Antrag gestellt, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme und insbesondere der Beantwortung von noch offenen Fragen innert sechs Monaten zu überweisen. Diesem Antrag folgte der Grosse Rat. Im vergangenen August hat die Petitionskommission die Antwort des Regierungsrats erhalten, wo er ausführlich Stellung nimmt zu dann noch offenen bestehenden Fragen, in welchen es insbesondere darum ging, inwiefern eine Umnutzung von Büro- in Wohnraum möglich ist und welche Hindernisse dabei bestehen können.

Einschätzung der Petitionskommission: Die Petitionskommission dankt dem Regierungsrat für die ausführliche und informative Beantwortung der gestellten Fragen. Sie kann nachvollziehen, dass eine Umnutzung von Büroflächen in Wohnraum aufgrund der Gebäudestruktur oder anderen Gegebenheiten in vielen Fällen schwierig oder nicht wirtschaftlich ist. Viele private Investoren sehen deshalb trotz leerstehenden Flächen von Umnutzungen ab. Unrealistisch sein dürfte insbesondere, wie von der Petition gefordert, leerstehende Bürogebäude in für alle bezahlbaren, sprich günstigen Wohnraum, umzunutzen. Dennoch ist die Petitionskommission der Ansicht, dass die Umnutzung von Büroflächen im Wohnraum in Basel angesichts der Wohnungsknappheit ein Thema bleiben sollte.

Mit Überweisung des Anzugs Adrian Iselin und Konsorten betreffend Umnutzung von Büroflächen zu Wohnraum hat der Grosse Rat den Regierungsrat am 15. November 2023 aufgefordert, zu prüfen und zu berichten, wie sich die Leerstände von Büroräumlichkeiten in Zukunft entwickeln und wie gross das Potenzial in Bezug auf die Umnutzung von Büroflächen zu

Wohnraum sein könnte. Im Sinne der Nachhaltigkeit dürfte zudem eine Umnutzung bestehender Gebäude sinnvoller sein als der Abriss und Neubau. In die entsprechenden Überlegungen können auch die Forderung der Petition einbezogen werden.

Die Petitionskommission beantragt deshalb dem Grossen Rat mit 11 zu 0 Stimmen, also einstimmig, die Petition Umnutzung leerer Bürogebäude zu Wohnraum an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung im Rahmen der Beantwortung des erwähnten Anzugs Adrian Iselin und Konsorten zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an die Tonja Zürcher für das GAB.

Tonja Zürcher (GAB): Ich darf auch noch gleich für die SP sprechen. Die Sache ist unbestritten, dieses Thema soll weiterverfolgt werden. Uns ist einfach noch wichtig, zwei Punkte mitzugeben. Ob eine Umnutzung wirtschaftlich ist oder nicht, ist nicht die einzige Frage. Unsere Stadt kann durchaus investieren, wenn es darum geht, bezahlbaren Wohnraum oder günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, auch bei einer Umnutzung eines Gebäudes. Also ich denke, hier kann man durchaus im Bereich des sozialen oder des bezahlbaren Wohnens mehr machen.

Und dann einfach noch der Hinweis, weil ja gerade bei der Wohnungsnot auch das Projekt Housing First genannt wird, aus unserer Sicht ein sehr wichtiges Projekt. Die Ausweitung scheitert aber eben gerade daran, dass es zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt und nicht nur Housing First, sondern auch andere Anbietende von solchen und ähnlichen Angeboten das Problem haben, bezahlbaren Wohnraum zu finden für ihre Angebote. Das heisst, es ist wirklich sehr wichtig, hier vorwärts zu machen. Das gilt auch bei der Umnutzung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es wurde damit kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen

16. Petition P479 "Gestaltung und Aufwertung der Claramatte", Bericht der PetKo

[11.12.24 17:16:50, 24.5326.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert sechs Monaten zu überweisen. Kommissionspräsident Christian Moesch erklärt uns wieso.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich zur Petition 479 Gestaltung und Aufwertung der Claramatte.

Zum Anliegen der Petentschaft: Die drei die Petentschaft vertretenden Schüler aus der Primarschule Theodor haben den Untergrund des für das Fussballspielen definierten Bereichs der Claramatte als ungeeignet bezeichnet. Sie kritisieren dabei die Hackschnitzel als ungeeigneten Belag für den Fussballbereich der Claramatte. Der Boden sei uneben, erhöhe das Verletzungsrisiko und werde bei Regen rutschig. Die Jugendlichen fordern stattdessen Kunstrasen, der wetterbeständig, sicherer, pflegeleicht und optisch ansprechend sei. Da es im Quartier keine Alternative zur Claramatte gibt, würde ein Kunstrasenfeld mit seiner langen Lebensdauer vielen Kindern und Jugendlichen zugutekommen. Ausserdem sei Kunstrasen hygienischer, da Abfälle besser erkennbar und leichter zu beseitigen seien. Zusätzlich äusserten die Schüler Wünsche nach Toren mit Netzen, dem Zurückschneiden überhängender Äste und der Reparatur eines Wasserspenders.

Zur Stellungnahme der Verwaltung: Die Vertreterin des Bau- und Verkehrsdepartements erklärte, dass die Claramatte 2012 umgestaltet und mit sogenannten Öko-Color-Holzschnitzeln ausgestattet wurde, die auch auf dem Spielplatz verwendet wird. Diese Hackschnitzel seien zwar nicht optimal für Fussball, jedoch für die alten Kastanienbäume essenziell, da sie eine Wassersurchlässigkeit und Boden schonende Lösung bieten. Das Wurzelwerk der Bäume ist weit verzweigt und eine Versiegelung oder maschineller Eingriff könnte die Vitalität der Bäume erheblich gefährden. Erfahrungen auf anderen Flächen wie der Liesbergermatte zeigen, dass Kunstrasen mit der Zeit zum Absterben von Bäumen führen kann. Zudem

widerspricht Kunstrasen den Nachhaltigkeitsprinzipien der Stadtgärtnerei und hat eine begrenzte Lebensdauer von circa 10 bis 15 Jahren. Der Einbau eines Kunstrasenfeldes würde rund 200’000 Franken kosten, einschliesslich Schutzmassnahmen für die Bäume, jedoch ohne Erfolgsgarantie. Naturrasen ist aufgrund der intensiven Nutzung der Fläche ebenfalls ungeeignet, da er schnell unbespielbar wird. Die Vertreterin erkannte die Kritik an den Toren ohne Netze als nachvollziehbar, weist jedoch daraufhin, dass die Netze häufig durch Vandalismus beschädigt. Metalltore mit Gittern können eine Lösung sein. Sie schlug vor, den Unterhalt des Hackschnitzelbelags zu verbessern, um das Fussballspielen zu erleichtern, während der Einbau von Kunstrasen ausgeschlossen wurde. Als Alternative für Fussballspiele nannte sie öffentliche Grünflächen wie den Landhof oder den Horburgpark, die für solche Aktivitäten geeignet sind. Ausserdem könnten mobile Soccer Courts zusätzliche Spielmöglichkeiten schaffen, wie zuletzt auf dem Messeplatz gezeigt wurde.

Zu den Erwägungen der Petitionskommission: Die Petitionskommission kann es nachvollziehen, wenn sich die Stadtgärtnerei in einer Güterabwägung zwischen dem Erhalt des wertvollen Baubestandes auf der Claramatte und der Verbesserung der Bedingungen für das Fussballspielen für das erstere ausspricht. Alte Bäume sind für viele Leute identitätsstiftend und für das Stadtklima wichtig. Der Einbau eines Kunstrasens hätte vermutlich zur Folge, dass die Bäume eingehen. Nachvollziehen kann die Kommission auch, dass eine abschlägige Antwort für die Präsentschaft nicht einfach zu akzeptieren ist. Ein unter Einbezug aller Interessen bessere Lösung als die bestehende dürfte es für die Claramatte aber nicht geben. Allenfalls lässt sich der Unterhalt optimieren, damit der Hackschnitzelbelag besser bespielbar ist.

Vor diesem Hintergrund bittet die Petitionskommission den Regierungsrat nach anderen Möglichkeiten zum Fussballspielen in der näheren und weiteren Umgebung der Claramatte zu suchen. Neben dem bereits erwähnten Landhof kann sie sich die Rasenfläche auf der Kaserne und in der Theodorsgrabenanlage,. die beiden Fussballfelder im Areal des Waisenhauses und als unkonventionelle Idee die Dachfläche des Parkhauses Claramatte vorstellen. Auch weitere mobile Soccer Courts könnten den Mangel an Flächen zu Fussballspielen reduzieren, beispielsweise auf der asphaltierten Fläche des Kasernenhofs. Allerdings sind insbesondere Kinder auf fixe Treffpunkte angewiesen, die sich in ihrem Quartier und in der Nähe ihres Wohnortes befinden.

Die Petitionskommission bittet den Regierungsrat zur Verbesserung der Möglichkeiten zum Fussballspielen die Eignung der von ihr eingebrachten und von weiteren in Frage kommende Flächen in Kleinbasel zu prüfen und ihr die Ergebnisse und Erkenntnisse in einer Stellungnahme zukommen zu lassen. Als Erkenntnis aus dem Austausch mit der Petentschaft kann sich die Petitionskommission zudem vorstellen, dass sich die kindergerechte Information über die vorhandenen Möglichkeiten zu Fussballspielen verbessern lässt. Auch hierzu bittet sie den Regierungsrat um eine Stellungnahme.

Ich komme zum Antrag: Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat mit 11 zu 0 Stimmen, also ebenfalls einstimmig, die Petition Gestaltung und Aufwertung der Claramatte an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert sechs Monaten zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP hat sich Leoni Bolz gemeldet zu diesem Thema.

Leoni Bolz (SP): Die Förderung des Sports, also ein universelles Gut, ist zentral. Sport ist nicht nur Bewegung in all seinen Facetten, sondern auch ein zentrales Element der Gesundheitsförderung, von sozialer Integration und Chancengleichheit. Besonders Kinder und Jugendliche in urbanen Quartieren wie dem Kleinbasel sind auf öffentliche, Wohnort nahe und gut erreichbare Flächen angewiesen, um sich zu treffen und gemeinsam zu spielen. Genau diese Flächen werden in dieser wie auch in anderen Petitionen in der ganzen Stadt jedoch beanstandet oder stark vermisst.

Leider besteht auf der von der Petition betroffenen Claramatte ein Konflikt zwischen dem Erhalt des wertvollen Baumbestands und der Verbesserung der Fussball-Möglichkeiten. Die Bäume brauchen wie erwähnt Raum für ihre Wurzeln und sind daher auf die Hackschnitzel als Bodenbelag angewiesen. Der gewünschte Kunstrasen, der das Fussballspiel verbessern würde, ist entsprechend leider nicht umsetzbar. Ich kann Ihnen sagen, die Jungen haben sehr vehement diesen Kunstrasen gefordert. Der Landhof, die Kaserne oder die Theodorsgraben-Anlagen können als Alternative nur bedingt dienen, denn sie sind zum Teil auch stark belegt, nicht unmittelbar in der Nähe oder auch nicht mit geeignetem Fussballrasen ausgestattet. Mobile Soccer Courts wären aber eine Möglichkeit, die beispielsweise auf dem Kasernenareal auf dem Platz geprüft werden sollten.

Wir fordern daher den Regierungsrat auf, nicht nur bestehende Flächen zu prüfen, sondern auch in innovative und nachhaltige Lösungen zu investieren, die Sport für alle zugänglich machen. Dass intakte Tore und funktionierende Wasserspender zur Verfügung gestellt werden, sehen wir also ein Muss an und gehen davon aus, dass dies angepasst wird.

Ich bitte Sie im Namen des GAB und der SP, die Petition an den Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wenn ich das richtig verstehe, haben Sie, Leoni Bolz, das gleiche beantragt wie die Petitionskommission. Damit wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 6 Monaten zu überweisen

18. Antrag 1 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend höhere Sicherheit für die Bevölkerung durch effizientere Bekämpfung der Kriminalität

[11.12.24 17:25:22, 24.5478.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Es gibt dazu Wortmeldungen. Die erste ist von Patrick Fischer von der SVP.

Patrick Fischer (SVP): Der Kanton Basel-Stadt ist vom Thema Kriminalität besonders betroffen. In Statistiken zu diesem Thema belegt unser Kanton immer wieder den unrühmlichen ersten Platz. Die Strafverfolgung ist massiv strukturell überlastet, Verfahren dauern zu lange und manchmal verjähren sie auch. Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Heute geht es um die Art und Weise, wie wir damit umgehen.

Ich komme nun zu den einzelnen Punkten. Ich möchte dabei vor allem die praktische Sicht darauf, welche ich als Kriminalpolizist in meinem Alltag erlebe, hervorheben. Der Kriminalpolizei geht es um Wahrheitsfindung, die Teilnahmerechte. Hier möchte ich Ihnen eine kurze Geschichte erzählen, die sich vor langer langer Zeit abgespielt hat.

Eine Frau badet in einem Park, zwei ältere Männer spazieren durch diesen Park, beobachten die Frau und drängen sie dazu, mit ihr zu schlafen. Sollte sie nicht einwilligen, würden die Männer behaupten, die Frau hätte Ehebruch begangen. Die Frau weist die Männer ab und in der Folge kommt es zur Anklage. Der Frau wird der Prozess gemacht und sie wird zum Tode verurteilt. Auf einmal erscheint ein junger Mann, er lässt die beiden alten Männer voneinander trennen und befragt sie getrennt voneinander. Wo soll dieser Ehebruch den stattgefunden haben, fragt er den einen. Unter einem Mastixbaum antwortet er. Er fragt den zweiten. Unter einer Eiche, behauptet der andere. Somit hat er mit der getrennten Befragung die Falschaussagen der Männer und die Unschuld der jungen Frau bewiesen. Nicht nur Bibelkundige, auch Grossratsmitglieder, welche an der Rathaus-Führung teilgenommen haben, kommt diese Geschichte vielleicht ein bisschen bekannt vor. Es ist die Geschichte der Susanna im Bade, welche als Bildnis im Rathaus zu sehen ist, gleich vor dem Regierungsratssaal auf der linken Seite. Bei dem jungen Mann handelte es sich um den Propheten Daniel.

Die Geschichte gilt auch in der Entwicklung der Rechtsprechung als wegweisend, weil sie den wichtigen Grundsatz einer unabhängigen Zeugenbefragung betont. Sobald Zwangsmassnahmen, wie zum Beispiel eine Hausdurchsuchung, Beschlagnahmung, Vorführung oder Haft angeordnet wurden, ist die Untersuchung eröffnet und damit gelten auch die Teilnahmerechte. Sind bei einem Delikt mehrere Beschuldigten beteiligt, kommt es zu Einvernahmen, bei dem alle Beschuldigten wie auch die Opfer mit ihren jeweiligen Dolmetschern und Anwälten anwesend sind. Zusammen mit den Mitarbeitern der Kriminalpolizei sind das dann gut und gerne 10 Personen. Sie können sich vorstellen, dass eine Terminfindung dementsprechend schwierig ist. Die Folgen sind Verfahrensverzögerung und vor allem eine erhebliche Erschwerung der Wahrheitsfindung.

Stellen Sie sich die Befragung des ersten Einbrechers vor, bei dem der zweite Einbrecher zuhören kann und genau mitbekommt, was ihm dabei zur Last gelegt wird. Oder stellen Sie sich die Einvernahme eines Opfers einer Vergewaltigung von, welches die Tat in jedem Detail schildern soll, während der mutmassliche Täter zusammen mit seinem Anwalt zugegen ist das

Zu den Vorschriften bezüglich der Siegelung. Diese wird immer inflationärer eingesetzt. In den meisten Fällen werden Mobiltelefone, Laptops oder Datenträger gesiegelt, manchmal auch ganze Aktenschränke. Der Betroffene kann die Sieglung als Sofortmassnahme verlangen. Der Anwalt erklärt dann, weshalb eine Sieglung nötig ist. Der Staatsanwalt erklärt, warum nicht, und am Schluss entscheidet das Zwangsmassnahmengericht, meistens zu Gunsten der Staatsanwaltschaft. Für die Sicherstellung oder Beschlagnahme benötigt es einen hinreichenden Tatverdacht, und auch hier ein Beispiel aus der Praxis. Einem Beschuldigten wird die Verbreitung von Kinderpornografie zur Last gelegt, beantragt die Sieglung seines Mobiltelefons und seines Laptops. Was würden Sie als Richter entscheiden? Es geht vor allem darum, das Verfahren zu verzögern.

Zum Weiterzug von Verfügung und Verfahrenshandlung. Vielfach sind auch hier Beschwerdeverfahren völlig aussichtslos und werden dennoch geführt. Damit werden Staatsanwälte, Gerichte und Ermittler beschäftigt und von der eigentlichen Tatsaufklärung abgelenkt. Es vergehen Tage und Wochen bis erneut entschieden wird.

Zu den bedingten Geldstrafen. Obwohl wir dem Antrag zustimmen, hat unsere Fraktion grosse Vorbehalte gegen die im Antrag verlangte Abschaffung der Geldstrafe. Mit einer solchen Forderung wird der kaskadenartige Aufbau der Strafen durcheinandergebracht, das führt dazu, dass Gefängnisstrafen bedingt ausgesprochen werden und für viel geringere Vergehen eine bedingte Geldstrafe die Sanktion darstellt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich bitte um Verzeihung. Ich hätte darauf achten sollen, dass zuerst bestritten wird, bevor wir die Debatte eröffnen, aber ich glaube, das holt nun Hanna Bay nach.

Hanna Bay (SP): Das ist korrekt, ich bestreite diesen Antrag wenig überraschend. Ich bin eine dieser Anwältinnen und sehe das deswegen ein bisschen anders. Deswegen bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, diesem Antrag keine Folge zu leisten, such wenn der Titel ultraverlockend klingt.

Es wird versprochen, dass wir eine höhere Sicherheit bekommen für die Bevölkerung durch effizientere Bekämpfung der Kriminalität. Sicherheit, Effizienz alles wunderbar, wer möchte das schon nicht? Aber mit Verlaub, dieser Antrag ist ein Etikettenschwindel, denn was der Antrag im Kern fordert, ist eine massive Schwächung der beschuldigten Rechte im Strafprozess. Und er beruht auf zwei vollkommen falschen Grundannahmen, einerseits, dass die aktuell geltende Strafprozessordnung unverhältnismässig beschuldigtenfreundlich sei und andererseits, dass diese Beschuldigtenrechte der Grund seien, wieso unsere Staatsanwaltschaft überlastet ist.

Ich möchte vorab auf den ersten Punkt kurz eingehen und da wir ja alle wissen, dass der werte Antragsteller Bruno Lötscher in seiner Laufbahn eher mit dem Zivilrecht als mit dem Strafrecht zu tun hatte, erlaube ich mir eine kurze Analogie. Stellen wir uns einen Zivilprozess vor, in welchem der Kläger vom Staat unlimitierte finanzielle Mittel bekommt, ein Zivilprozess, in welchem der Kläger Zwangsmassnahmen anordnen kann, tief bis in den Geheimbereich hinein ja, in welchem man den Kläger sogar ins Gefängnis stecken kann, um die Abklärungen nicht weiter zu stören, in dem sämtliche Mails durchsucht werden können, Bankdaten etc., ein Zivilprozess, in welchem der Kläger vor Prozessbeginn Gutachten in Auftrag geben kann, sogar den Gutachter noch selbst auswählen und ihn dann auch gerade noch bezahlen darf. Ein Zivilprozess, in welchem der Kläger, sofern das dann alles trotzdem zu nichts führt, die Sache einfach tel quel unter den Tisch wischen kann. ohne Prozessrisiko, ohne Kostenrisiko. Ja, wäre so ein Zivilprozess fair, wäre die Waffengleichheit gegeben? Ich stelle das mal so in den Raum.

Und natürlich, man kann einen Zivilprozess und einen Strafprozess nicht miteinander vergleichen, aber liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die Realität in einem Strafprozess. Die Staatsanwaltschaft ist im Vorverfahren übermächtig. Sie hat von Beginn an direkten Zugang zu Akten, zu Informationen, sie hat die Spurenhoheit, sie hat eine Vielzahl von Mitarbeitern. Sie hat keine direkte Beschränkung der Finanzen, sie kann Zwangsmassnahmen anordnen, Gutachter beauftragen Sachverständige beiziehen.

Und hier kommt nun der Antrag und will unter dem Deckmantel der Kriminalitätsbekämpfung die ohnehin schon beschränkten Beschuldigtenrechte im Vorverfahren weiter einschränken. Diesem Vorhaben kann die SP keine Hand bieten. Und ich möchte auch kurz auf die einzelnen Punkte eingehen.

Erstens zu den Teilnahmerechten: Hier hat es der Bundesgesetzgeber nicht verpasst, in der letzten StPO-Revision Änderung vorzunehmen, sondern es war eine bewusste Entscheidung, und diese Entscheidung war richtig. Denn die Teilnahmerechte sind eben gerade ein elementares Gegengewicht zu der starken Stellung der Staatsanwaltschaft, wie ich sie eingangs geschildert habe, und sie leisten einen wichtigen Beitrag im Rahmen der strafprozessualen Wahrheitssuche, da der ohnehin schon unsichere Personalbeweis so sur place hinterfragt werden kann.

Dann zweitens zu der Siegelung: Auch hier sagt es der Antrag richtig, das Siegelungsrecht wurde erst gerade revidiert. Es wurden gesetzlich nicht erststreckbare Fristen eingeführt, die eine Beschleunigung herbeiführen sollen und die Sieglungsgründe würden auch wurden auch nochmals eingeschränkt.

Und dann noch kurz zum Vorschlag Nummer 3: Hier weiss ich nämlich wirklich nicht, wo ich beginnen soll. Das Recht, die verfahrensleitende Verfügung von einem unabhängigen Gericht überprüfen zu lassen, ist elementar. Die Staatsanwaltschaft hat weitreichende Befugnisse und das muss richterlich überprüft werden können. Und wenn hier gesprochen wird von einer Überschwemmung der Gerichte, möchte ich nur kurz die Zahlen vom Appellationsgericht nennen: 2019 277 strafrechtliche Beschwerden, 2023 175. Wie hier von einer Überschwemmung gesprochen werden kann, ist mir wirklich schleierhaft, und auch 42 Prozent dieser Beschwerden werden gutgeheissen. Sie sind also auch nicht aussichtslos.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Fleur Weibel das Wort.

Fleur Weibel (GAB): Im Prinzip ist dem jetzt eigentlich nichts mehr anzufügen, aber ich möchte es mir nicht nehmen lassen, in dieser juristischen Debatte mich ebenfalls für die Fraktion des GAB zu Wort zu melden.

Wir teilen grundsätzlich die Einschätzung, dass es eine Überlastung der Strafverfolgungsbehörde gibt und erachten es ebenfalls als unbefriedigend und problematisch, dass die Urteile in den Untersuchungs- und Gerichtsverfahren im Strafrecht oftmals nicht innert Kürze ergehen können, was aus zahlreichen Gründen wünschenswert wäre. Allerdings liegt dies nicht nur an den in der Standesinitiative angesprochenen Punkten, die Problematik ist unseres Erachtens vielschichtiger. Eine Effizienzsteigerung zu Lasten der Rechte der Beschuldigten scheint uns keinesfalls angebracht. Auch wenn das von den Initianten vorgebrachte Unbehagen angesichts der immer aufwendiger zu führenden Verfahren im Strafrecht auf gewisses Verständnis stossen mag und offensichtlich auch von der Regierung zu der Annahme der Standesinitiative führt, so sind wir dennoch klar der Meinung, dass die vorliegende viel zu allgemein gehaltenen Standesinitiative in dieser Form nicht zu einer zielführenden Diskussion führt, sondern vielmehr als politisches Statement um der Aufmerksamkeit Willen zu qualifizieren ist.

Als besonders problematisch erachten wir zudem die unzutreffende Bezeichnung der Teilnahmerechte als unbestritten täterfreundlich. Erstens ist jede Person bis zu ihrer Verurteilung unschuldig, das heisst, es ist falsch, beschuldigte Personen als Täter zu bezeichnen. Zweitens kommt das Recht, an Beweiserhebungen teilzunehmen, nicht nur den beschuldigten Personen zu, sondern allen Personen, das heisst auch Opfern und geschädigten Personen. Die relativ ausgebauten Teilnahmerechte haben den Sinn, die fehlende Unmittelbarkeit des Strafverfahrens vor Gericht auszugleichen. Denn gemäss geltender StPO müssen die Strafgerichte die Beweise grundsätzlich nicht mehr selber erheben, was der Verfahrenseffizienz vor Gericht dienen soll. Umso wichtiger ist es, dass die Staatsanwaltschaft die Beweise in einem fairen Verfahren rechtmässig erhebt und die Parteien bei diesen Beweiserhebungen dabei sein können. Teilnahmerechte übernehmen damit eine wichtige Aufgabe der Verfahrensfairness und sie dienen zudem auch der Wahrheitsfindung im Sinne eines diskursiven Prozesses. Bestehen Hinweise auf Kollusionsgefahr, können Sie auch heute schon eingeschränkt werden.

Zur Kritik an den Vorschriften bezüglich der Siegelung von Beweismitteln möchten wir anmerken, dass diese in der Standesinitiative zu wenig klar formuliert ist, als dass wirklich Position dazu genommen werden könnte. Auch bezüglich der Kritik am Rechtsmittel gegen Verfügungen und Verfahrenshandlungen wird nicht klar, worauf die Standesinitiative eigentlich abzielt. Anzumerken ist aber, dass zum einen die Einsprachequote gemäss aktuellem Aufsichtsbericht der Staatsanwaltschaft Basel so tief ist wie noch nie, zum anderen ist bezüglich der Möglichkeit, Verfügungen und Verfahrenshandlungen der Staatsanwaltschaft anzufechten der Hinweis wichtig, dass mit diesem Rechtsmittel ein Gegenpol zur Macht der Staatsanwaltschaft im Vorverfahren hergestellt wird. Denn nach aktueller StPO ist die Staatsanwaltschaft gleichzeitig untersuchende und anklagende Behörde, mit der Möglichkeit, Strafbefehle zu erlassen, wird die Staatsanwaltschaft sogar auch noch zur entscheidenden Behörde, was für sie noch mehr Machtkonzentration bedeutet.

Auch die Kritik, dass bedingte Geldstrafen grundsätzlich keinen nachhaltigen Eindruck hinterlassen und ihr Ziel weitgehend verfehlen würden, teilen wir nicht. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen Beschuldigte prompt wieder rückfällig werden. Dies ist aber auch bei unbedingten Geld- und sogar Freiheitsstrafen regelmässig der Fall.

Kurzum, die Gründe der Überlastung der Strafverfolgungsbehörden sind vielfältig, aber die Verfahrensgarantien im Strafprozess einzuschränken, erscheint uns sicherlich der falsche Weg, etwas dagegen zu tun. Man könnte sich stattdessen auch fragen, ob gewisse Überlastungen nicht vermeidbar wären, etwa durch den Verzicht auf eine überaus harte Verfolgung von Demonstrationsteilnehmer:innen oder die erhöhte Kriminalisierung von Verstössen gegen das Migrationsrecht.

All diese kritischen Einwände unsererseits hätte man ausserdem im Vorfeld während der Ausarbeitung der Standesinitiative, einholen können, wäre man denn auf die Fraktionen links der Mitte zugegangen.

In diesem Sinne beantrage ich im Namen des GAB, die Standesinitiative nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Stefan Suter.

Stefan Suter (SVP): Es geht um das Thema Sicherheit. Das ist ein Kernthema meiner Fraktion, und dennoch weiche ich hiermit von meiner Fraktion ab mit Zustimmung meiner Fraktion. Das ist eine sehr tolerante Organisation, der ich hier angehöre.

Nun, warum bin ich dagegen? Ich habe es Bruno Lötscher schon persönlich gesagt, leider hat er dann keine Änderungen mehr vorgenommen. Es sollen nun bedingte Geldstrafen nicht mehr möglich sein, sondern nur unbedingte. Das kann man beim ersten Durchdenken noch verstehen. Bedingte Geldstrafen, das scheint ja recht harmlos zu sein. Solche Geldstrafen werden nach Tagessätzen festgelegt, das heisst man bekommt 30, 60 oder etwas anderes. Der Landstreicher bekommt à 10

Franken, der Millionär vielleicht à 1000 Franken. Das heisst der Millionär, der straffällig geworden ist, bezahlt vielleicht 50’000 oder 60’000 Franken. Und jetzt kommt diese Standesinitiative, die sagt, das muss dann unbedingt sein.

Was ist jetzt das praktische Problem? Da haben wir also jemanden, der 60’000 Franken bezahlen müsste für eine relativ kleine Tat. Wenn er aber ein grösseres Verschulden hat, dann bekommt er eine Gefängnisstrafe und die ist dann bedingt. Also ich müsste als Anwalt sagen, liebes Gericht, es ist noch viel schrecklicher, als alle meinen, geben Sie ihm die höhere Strafe. Es ist dann bedingt und da muss er nicht 60’000 Franken hinlegen.

Und deswegen kann ich, obwohl ich das Anliegen grundsätzlich verstehe, dem nicht zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wie beim Antragsteller Bruno Lötscher Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Es ist so gelaufen, wie es in diesen Debatten jeweils läuft. So ist es auch in Bern gelaufen. Wir haben ein hervorragendes Votum gehört von Hanna Bay, wir haben Anwälte, die sich hier zu Wort melden und die worteich und mit fester Überzeugung darlegen, weshalb das falsch ist, was wir hier andenken. Und ich muss Ihnen sagen, wenn ich die Optik des Anwalts innehabe, dann verstehe ich das und würde es genauso sagen.

Aber die Prozessordnung, die Strafprozessordnung hat nicht nur die Optik der Anwälte, die Strafprozessordnung hat auch die Optik der Opfer angemessen zu berücksichtigen. Und das ist das Spezielle an der Prozessordnung. Wir haben eine Prozessordnung, die selbstverständlich von den Anwälten verteidigt werden soll in dieser Art. Wo sind die Opfer hier drin, die Opfer eines Delikts geworden sind und die sich beklagen darüber, dass ihre Tat nie aufgeklärt wurde, nicht behandelt wurde, nicht rechtzeitig angezeigt wurde, weil wir überformalisierte Verfahren haben? Die sind hier nicht vertreten.

Eine Strafprozessordnung dient der Sicherheit der Rechtsordnung. Der Staat ist eine Friedensmacht, der Staat beansprucht für sich das Gewaltmonopol. Er muss da sein für seine Bürger und ihnen Schutz bieten, wenn sie diesen brauchen. Und den brauchen sie in hohem Masse dann, wenn sie Opfer eines Verbrechens geworden sind.

Und wenn wir eine Strafprozessordnung haben, die ausklammert, dass wir nicht nur die Betroffenen haben (es ist richtig, dass wir nicht einfach von Tätern Reden dürfen im Moment einer ersten Verfahrensphase, sondern von Angeschuldigten), ist es ein Problem. Man muss auch daran denken, dass unsere gesamte Gesellschaftsordnung davon lebt, dass wir einen Staat haben, der die Sicherheit möglich macht und der es dem Bürger möglich macht, dem Staat zu vertrauen. Was haben wir davon, wenn die Leute am Schluss zur Selbstjustiz greifen, weil wir Tausende von Verfahren verjähren lassen? Was haben wir davon, wenn wir am Schluss davon ausgehen, dass jeder zu Hause irgendeine Pistole hat oder ein Gewehr wie in Amerika, weil er sich selber verteidigen will?

Ich muss Ihnen sagen, ich glaube an den Staat und ich glaube an den Rechtsstaat und ich möchte, dass dieser Rechtsstaat überlebt und die Schweiz ist bis jetzt ein Vorbild gewesen. Wir haben aber hier eine Situation geschaffen, die wir alle so nicht gewollt haben. Wir haben eine Situation geschaffen, die davon ausgeht, dass die Staatsanwaltschaft eine molochartige Organisation ist, die mit aller Macht ausgestattet ist und über die armen unschuldigen Menschen herzieht. An sich ist die Staatsanwaltschaft zur Objektivität verpflichtet. Die Staatsanwaltschaft ist verpflichtet, die materielle Wahrheit herauszufinden, sie darf gar nicht nur einseitig ermitteln. Das ist nicht ihre Aufgabe, das ist ihr sogar verboten.

Also die Staatsanwaltschaft ist nicht so darzustellen, dass man den Bürger vor ihr schützen muss. Die Staatsanwaltschaft ist dazu da, Verbrechen aufzuklären. Wenn wir Verbrechen nicht mehr aufklären, wenn wir davon ausgehen können in einer Gesellschaft, dass wir kein Risiko mehr haben, dass wir erwischt werden bei einem Delikt und dass wir innert vernünftiger Zeit zu einem Urteil kommen, dann schaffen wir Nachahmerdelikte. Eine vernünftige Strafprozessordnung ist in hohem Masse generalpräventiv, sie ist in hohem Masse eine Präventionsmassnahme und es geht hier nicht um eine Repressionsmassnahme, wenn wir sagen, hier müssen wir nochmals weiterdenken. Das Problem ist schweizweit ein Problem, selbst die Konferenz der Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren hat dieses Problem erkannt und bildet nun eine Arbeitsgruppe, die den Bundesratsvorschläge machen will. Wir müssen in Bern den Druck aufrechterhalten, damit hier etwas geschieht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie dürfen noch mindestens eine oder zwei Zwischenfragen beantworten, wenn Sie das möchten. Zuerst hat das Wort Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Danke für das tolle Votum, dem ich eigentlich sehr zustimme, jedoch habe ich eine Frage. Sie sagen, wir müssen die StPO verschlanken und fast schon abschaffen, damit man wieder die Verfahren richtig machen kann. Wenn Sie die Fahrraddiebstähle anschauen, haben Sie ja eine ganz tiefe Quote der Aufklärung. Das hat nichts mit der StPO zu tun. Was machen Sie dann dort, wo wir wirklich handeln sollen?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Das ist eine Frage, die ausführlicher beantwortet werden müsste, als es eine Zwischenfrage erlaubt. Ich will nicht die StPO verschlanken. Ich will, dass man sie anschaut dort, wo die Probleme offenkundig sind und alle Fachleute sich einig sind, dass es Probleme gibt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Nur für das Protokoll und weil Sie so stark darauf referenziert haben, dass das nur aus Anwaltsperspektive anders gesehen würde, möchte ich Sie gerne fragen, was Sie dann dazu sagen, Wenn aus Anwaltsperspektive, dass das jetzt nur als Anwaltsperspektive anders gesehen würde, möchte ich dich gerne fragen, was Sie dazu sagen, dass ich mir Feedback von ganz unterschiedlichen, ins Strafrecht involvierten Personen eingeholt haben, die einhellig der Meinung waren, dass diese Standesinitiative das Ziel verfehlt?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich weiss nicht, bei wem Sie Feedback eingeholt haben. Ich habe mit sehr vielen Juristinnen und Juristen geredet und ich habe sehr viel Unterstützung gehört zu diesem Vorhaben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das wird bestritten von Hanna Bay. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Frage

JA heisst Überweisung , NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 48 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005208, 11.12.24 17:51:45]*

Der Grosse Rat beschliesst,

Die Standesinitiative nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben 48 Mal Nein, 44 Mal Ja und kein einziges Mal Enthaltung gestimmt. Damit wird der Antrag nicht an den Regierungsrat überwiesen.

Schluss der 41. Sitzung

17:52 Uhr

- Protokoll

der 42. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 11. Dezember 2024, um 20:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	René Brigger (SP), Claudia Baumgartner (GLP), Anina Ineichen (GAB), Johannes Sieber (GLP), Felix Wehrli (SVP).

Verhandlungsgegenstände:

19. Motion 1 Oliver Thommen und Konsorten für ein Grundrecht der digitalen Integrität 2
20. Motion 2 Michael Hug und Konsorten betreffend 10-Minuten-Nachbarschaften für Basel 4
21. Motion 3 Heidi Mück und Konsorten betreffend Vision Zero in der Basler Verkehrsplanung 8
22. Motion 4 Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen 11
23. Anzug 1 Heidi Mück und Konsorten betreffend stärkere Sensibilisierung der Lehrpersonen für geschlechtsunabhängige Leistungseinschätzung 14
24. Anzug 2 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sowie Chancengleichheit an der Universität Basel 16
25. Anzug 3 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit finanziellen Schwierigkeiten durch frühzeitige Information über bestehende Hilfs- und Beratungsangebote in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern 20
26. Anzug 4 Oliver Thommen und Konsorten betreffend die Beantwortung von Interpellationen 21
27. Anzug 5 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Prostatakrebs-Vorsorge 25
28. Anzug 6 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Evaluation und möglicher Anpassung des Taxigesetzes 25
29. Anzug 7 Daniel Seiler und Konsorten betreffend Stärkung der dualen Berufsbildung durch besseren Einbezug der Wirtschaft 29
30. Anzug 8 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf den Staat und sein Verhältnis zu den Bürgern 29

Beginn der 42. Sitzung

Mittwoch, 11. Dezember 2024, 20:00 Uhr

19. Motion 1 Oliver Thommen und Konsorten für ein Grundrecht der digitalen Integrität

[11.12.24 20:00:11, 24.5430.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zu unserer Nachtsitzung. Wir machen nun in unserem Sitzungsadventskalender jenes Türchen auf, für das es im November nicht mehr gereicht hat. Das ist Traktandum 19 Motion 1, Oliver Thommen und Konsorten für ein Grundrecht der digitalen Integrität. Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Olivier-Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Ich darf hier im Namen der LDP und der SVP zu diesem Thema reden.

Die Forderung nach einem Grundrecht für die digitale Integrität ist eigentlich ein wichtiger Schritt zum besseren Schutz unserer Privatsphäre, sofern wir nicht schon alles hineingeworfen haben, was wir können, weil wir sehr intensiv unsere Daten freiwillig und grosszügig im ganzen Internet verteilen, auch in rechtsfreien Zonen.

Wenn man allerdings sagt, wir möchten das umsetzen, dann ist einfach die Frage, wie man das umsetzt und welche Herausforderungen anstehen. Was ist digitale Integrität? Der Begriff ist vielseitig und umfasst viele Aspekte wie den Punkt Datenschutz, den die Motionäre aufgeführt haben, aber auch Datensicherheit, Anonymität, das Recht auf Vergessenwerden und das Recht auf ein Offline-Leben. Und da stellt sich die Frage, wie präzise die Definition überhaupt, ist, dass man damit etwas machen kann. Es besteht die Gefahr von Überschneidungen im bestehenden Grundrecht, wie zum Beispiel das Recht auf die freie Meinungsäusserung. Es ist auch das Recht der informationellen Selbstbestimmung zu nennen und es gibt relativ viele Aspekte, die sich überschneiden, die zum Teil zu Konflikten führen können.

Wir haben auch einen Konflikt in Sachen Innovation, also unvorhersehbare Entwicklungen. Ich denke jetzt jetzt gerade aktuell an Passwörter, dann kommt plötzlich die Quantenhaben wir hier unsere Passworte alle schön brav drin und jetzt kommen dann plötzlich Quantenrechner und die 20 Ziffern-Passwörter sind überhaupt nicht mehr gültig, weil man hacken könnte. Ich muss ehrlich sagen, wenn wir jetzt von Innovation sprechen, ich würde gut leben, wenn ich eine Firma gründen würde und sagen würde, dass ich die Identitäten im Internet reinigen würde. Die Frage ist nur, wie man das kann, weil die Daten sind überall und omnipräsent sind und die Durchsetzbarkeit eines nationalen Grundrechts auf digitaler Ebene ist schon schwierig genug, geschweige denn, dass wir das auf kantonaler Ebene durchsetzen könnten.

Die digitale Welt ist sehr hoch komplex. Die Überwachung und Durchsetzung von Datenschutzbestimmungen zeigen aktuell gerade auf, dass das Ganze einerseits technisch anspruchsvoll ist und dass es enorm viele Ressourcen fordert, um überhaupt nur den einen Teilaspekt bewältigen zu können.

Es geht auch um die Eigenverantwortung. Der Nutzen selber ist ja verantwortlich für das, was einen ins World Wide Web hineinhaut und dort haben wir einfach das Problem, dass die digitale Integrität wahrscheinlich schon sehr anspruchsvoll voll geworden ist. Wenn ich jetzt für alle 100 Leute hier drin das gerne bereinigen möchte, dann ist das heute technisch fast unmöglich.

Das Grundrecht auf digitale Integrität ist ein wichtiges Ziel, darüber müssen wir nicht streiten. Aber die Herausforderungen, die das auf kantonalen Ebene bietet, sind so vielfältig, dass man wirklich überlegen muss, wie das funktioniert, wenn wir es in die Verfassung nehmen würden. Wenn man sagen kann, dass ich ein Recht darauf habe, dann heisst das noch lange nicht, dass ich das Recht geltend machen kann. Wenn man das eher skeptisch anschaut, sieht man, dass die digitale Integrität in Sachen Grenzsetzung durchaus ein Riesenproblem darstellt. Wenn man den Datenschutz einfach noch als Teilbereich anschaut, sieht man, dass das US-Datenschutzrecht, das EU-Datenschutzrecht, an das sich die Schweiz jetzt angeschlossen hat, relativ schwierig umzusetzen ist.

Wenn man jetzt den Regierungsrat beauftragt, einen Vorschlag zu machen, wie das in die Verfassung hineinkommen könnte, werden sie am Schluss zur Schlussfolgerung kommen, dass es auch nicht umsetzbar ist und dass man aktuell auch keine Möglichkeiten hat, das bewältigen zu können.

In dem Sinn bitte ich Sie, das abzulehnen und Nein zu stimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der nächste Sprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Es geht hier darum, dass wir uns bei dieser Überweisung wirklich vertieft Gedanken darüber machen, dass der Staat die digitale Integrität fördert. Dies zu tun, wird heute nicht immer von staatlichen Stellen als besonders notwendig erachtet oder ist genügend notwendig. Der entscheidende Satz im Vorstoss ist im Grunde, dass mit dem Erlass eines Grundrechts zwar keine Wirkung auf Dritte entsteht, sondern dass diese sich auf das staatliche Handeln bezieht. Selbstverständlich gibt es eine Eigenverantwortung, selbstverständlich kann eine digitale Integrität nicht absolut geschützt werden, aber zumindest in Bezug auf Daten, die der Staat selbst sammelt über viele Bürgerinnen und Bürger, wäre es sehr wichtig, dass wir eine übergeordnete Zielvorgabe haben, dass der Staat dafür zu sorgen hat, dass diese Daten geschützt werden.

Gerade aus diesem Grund fände ich einen Verfassungsartikel zumindest sehr prüfenswert, weil es einer solchen Zielvorgabe in stärkerem Mass bedarf, als das heute der Fall ist, das heisst sowohl im präventiven Handeln (ich denke an den Datenschutz aber auch an das Handeln verschieden Ämter) als auch in Sachen Datensicherheit hat der Kanton in mancherlei Beziehung Nachholbedarf, und eine grundsätzliche Rechtsnorm könnte hier doch förderlich wirken. Dass das nicht vollkommen bis ins letzte Detail einklagbar wäre, erscheint mir auch klar, aber ich denke, es ist zumindest ein sehr prüfenswerter Gedanke.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Olivier Battaglia. Sie wird angenommen.

Olivier Battaglia (LDP): Es gibt eine Differenzierung zwischen Staatsaufgaben und privaten Aufgaben und wie der Staat mit seinen Daten umzugehen hat. Wir müssen ihm die Daten geben und er hat auch heute schon eine eine Sorgfaltspflicht. Die Frage ist, wieso muss das in die Verfassung? Reichen die bestehenden Gesetze nicht, die sehr umfassend und detailliert sind?

Tim Cuénod (SP): Da bin ich mir nicht hinreichend sicher, zumindest fühlen sich manche denen vielleicht auch ungenügend verpflichtet.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Motionär Oliver Thommen das Wort.

Oliver Thommen (GAB): Danke für die Diskussion. Ich möchte nur noch einige Punkte, die Olivier-Battaglia angesprochen hat, aufnehmen. Vielleicht gleich zum ersten Punkt, der jetzt schon in der Zwischenfrage anklang und das als Eigenverantwortung deklariert wurde. Das mag vielleicht sein, aber die Daten sind schon da. Es ist nicht, dass etwas Neues geschaffen wird, sondern die Daten sind beim Staat. Und deswegen braucht es auch aus unserer Sicht diesen Schutz

Warum in die Verfassung? Wir haben ein sehr gutes Datenschutzgesetz, aber ich habe immer wieder den Eindruck, dass die ganze Frage der Digitalisierung, die Frage des Datenschutz nicht den Stellenwert hat, den es in Zeiten eines globalen Internets, globalen Kommunikationsmöglichkeiten, globalen Daten in globalen Clouds wirklich hat. Deswegen braucht es meiner Meinung einen Verfassungsgrundsatz, denn sonst ist der oder die Datenschutzbeauftrage die Kehrmaschine für uns, der oder die dann immer wieder die Verfehlungen ausbügeln muss und sich eigentlich nur mit dem beschäftigt und nicht, dass das von Anfang an von den Verwaltungsstellen oder der Regierung so angedacht wird.

Es ist in dem Sinne auch jetzt nichts Neues. Es gibt ja schon bereits zwei Verfassungsbestimmungen. Es gibt eine in Genf, die von der FDP dort angestossen wurde, die sehr breit abgestützt war. Vor ein paar Wochen wurde im Kanton Neuchâtel abgestimmt 91 Prozent, alle Parteien waren dort dafür, ausser der FDP, glaube ich, es ist kantonal offenbar ein bisschen verschieden. Aber ich glaube, es gibt schon eine Diskussion darüber, es gab sie auch schon auf nationaler Ebene, was alles in einen solchen Verfassungstext zur digitalen Integrität gehört, was dieser umfassen könnte. Und ich glaube die jetzt vorgelegte Motion bildet diesen sehr gut ab, auch wenn gewisse Dinge schon drin sind. Wenn Sie die Steuererklärung anschauen, das Recht auf ein Offline-Leben gibt es, aber das hätte nun einen Verfassungsrang, den es bei zunehmender Digitalisierung der Verwaltung auch immer noch braucht.

Wie wird das umgesetzt? Es ist ein Grundrecht in der Verfassung, aber das hat natürlich eine indirekte Wirkung auf das ganze Verwaltungshandeln, auf das ganze Handeln des Staates, und das ist auch beabsichtigt, auch wenn man das dann

vielleicht nicht konkret auf einzelne Fälle oder ein konkretes Beispiel herunterbrechen kann. Das ist wie das Grundrecht auf eine physische oder eine psychische Integrität, die sich überschneiden kann oder mit anderen Grundrechten in Konflikt stehen kann bei spezifischen Fällen, und das muss ausgehandelt werden. So wie wir jetzt als Kanton aufgestellt sind, glaube ich, ist dieser Zusatz zu den Grundrechten am Schluss für die Bürgerinnen und Bürger des Kantons ein Mehrwert, auch wenn ich mir wünschen werde, dass wir diese Regelung nicht brauchen würden, weil sie auf eidgenössischer Ebene ist. Aber solange dies nicht der Fall ist, ist es umso wichtiger, dass das im Kanton klar geregelt ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Olivier Battaglia an.? Das ist der Fall und er darf sie stellen.

Olivier Battaglia (LDP): Sie und Tim Cuénod haben immer die Verwaltung und die öffentliche Hand genannt. In der Motion ziehen Sie auch die Privatpersonen mit ein. Wäre es dann nicht sinnvoll, nur etwas für die Verwaltung zu machen?

Oliver Thommen (GAB): Es handelt sich um ein Grundrecht und das betrifft alle, aber es geht natürlich um das Grundrecht der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem staatlichen Handeln.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Olivier Battaglia. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 25 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005211, 11.12.24 20:15:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 65 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

20. Motion 2 Michael Hug und Konsorten betreffend 10-Minuten-Nachbarschaften für Basel

[11.12.24 20:15:41, 24.5463.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Diese Motion beziehungsweise das darin beworbene Konzept der 10-Minuten-Nachbarschaften spricht ein Problem an, dass wir schon seit Jahren immer wieder benennen, das aber bisher systematisch ignoriert wurde, auch von der Partei und dem Arbeitgeber des Motionärs.

Basel-Stadt hat im Vergleich zur Einwohnendenzahl viel zu viele Arbeitsplätze. Das führt nicht nur dazu, dass auf dem Wohnungsmarkt, der ja sowieso nicht als Markt wirklich funktioniert, ein sehr grosser Druck besteht und dazu, dass ungefähr

90’000 Menschen in die Stadt pendeln müssen, um hier zu arbeiten, um all diese Arbeitsplätze, die hier vorhanden sind, auch zu besetzen.

Warum ist das so? Hier ist diese Broschüre zur 10-Minuten Nachbarschaft sehr spannend. Es steht darin: 1960 hatten die Schweizer Städte genügend Wohnraum, auf zwei Einwohnende kam eine voll beschäftigte Person, ein ideales Verhältnis. Seither liess die Raumplanung aber ungleich mehr Arbeitsplätze als Wohnraum zu. Das Verhältnis ist heute oft 1 zu 1. Das trifft auch in etwa auf Basel zu. Ursache des Problems ist also nicht, dass zu wenig Wohnraum gebaut wurde, sondern die zu starke Konzentration von Arbeitsplätzen auf wenige Zentren in unserem Land, Basel ist eines davon.

Das Missverhältnis zwischen Arbeiten und Wohnen wird auch in den aktuellen Planungen der Entwicklungsareale weitergeführt. So sind beispielsweise im Dreispitz Nord oder im Klybeck plus jeweils fast so viele Arbeitsplätze wie Einwohnende geplant, und das bereits bei einer massiven Verdichtung. Einfach mehr Wohnraum einzugeben geht also nicht. Es braucht eine Verschiebung von Arbeitsplätzen zu Wohnflächen.

Diese Idee mit den 10-Minuten-Nachbarschaften oder diese Konzentration oder Überlegungen auf einzelne Quartiere ist interessant, es bringt aber relativ wenig, wenn in einem Quartier ein ideales Verhältnis besteht, wenn im Quartier daneben massiv viel zu viele Arbeitsplätze sind. Also noch wichtiger als dieser Nachbarschaftsgedanken ist, mal die ganze Stadt oder vielleicht die Situation im ganzen Kanton anzuschauen. Wir sind hier doch immer noch relativ nahe zusammen. Die meisten Orte lassen sich doch auch in 10, vielleicht auch 15 Minuten erreichen.

Überlegen wir mal, was es heissen würde, wenn wir das Verhältnis von Einwohnenden und Arbeitsplätzen einseitig mit einem Bevölkerungswachstum zu einem idealen Verhältnis bringen wollten, würde das eine Verdoppelung der Bevölkerungszahl unseres Kantons bedeuten. Seien wir doch ehrlich, das ist weder möglich noch sinnvoll und auch nicht so gewollt. Es würde einen massiven Eingriff in den Baubestand bedeuten und eine massive Vertreibung der heute hier wohnenden Menschen. Auch die Auswirkung auf den Baubestand, auf die graue Energie und so weiter ist sicher nicht zu verachten.

Wenn man also die Tatsache akzeptiert, dass eine Verdoppelung der Bevölkerung nicht das Ziel sein kann, muss man die Motion eigentlich als Aufforderung für eine Neuorientierung der Kantonsentwicklung auf eine Postwachstumsgesellschaft und ein grundlegendes Hinterfragen der Basler Standortpolitik verstehen.

Wenn das so gemeint ist, dann sind wir Feuer und Flamme für diese Motion. Aber irgendwie habe ich da meine Zweifel. Wer 10-Minuten-Nachbarschaften fordert, müsste konsequenterweise auch darauf verzichten, neue Strassen zu fördern oder sich dafür einzusetzen, dass diese gebaut werden, und auch beim ÖV muss das Ziel nicht immer schneller und immer weiter sein, sondern ein zuverlässiges Angebot in allen Quartieren, das den Umstieg vom Auto auf den ÖV fördert und auch mobilitätseingeschränkten Menschen ermöglicht, die Ziele ihres täglichen Lebens selbstständig zu erreichen. Es geht um lebendige und begrünte öffentliche Räume, um die aktive Reduktion des Autoverkehrs, um Treffpunkte und nicht zuletzt um bezahlbaren Wohnraum.

Zusammengefasst kann man sagen, diese Motion spricht ein wichtiges Problem an, fokussiert aber zu einseitig auf die Verdichtung als angebliche Lösung. Unsere Fraktion ist deshalb offen in der Konsequenz, die einen sehen es als Chance, endlich mal das grundlegende Problem anzuschauen und ein sinnvolleres Verhältnis von Wohnen und Arbeitsplätzen gerade in den Entwicklungsarealen anzuschauen, die anderen lehnen die Motion ab, weil sie trotz vordergründig offener Formulierung einseitig auf eine maximale Verdichtung ausgerichtet ist, anstatt die starke und weiter zunehmende Konzentration von Arbeitsplätzen in Basel zu hinterfragen. Die Forderung nach einem Verhältnis von zwei Einwohnenden pro Arbeitsplatz ist richtig, aber wenn sie dazu missbraucht werden soll, eine weitere maximale Verdichtung und Verdrängung der Bevölkerung durchzusetzen, dann werden wir uns dagegen wehren müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfragen von den Herren Jenny und Seiler an? Sie werden angenommen.

David Jenny (FDP): Können Sie mir bitte die Top 5 der Arbeitgeber angeben, die Sie aus Basel vertreiben wollen?

Tonja Zürcher (GAB): Nein, das kann ich nicht, denn es geht darum, ein sinnvolles Verhältnis zu erreichen und das ist eine Frage der Planung nicht der Vertreibung von bestimmten Arbeitgebern.

Daniel Seiler (FDP): Meinen Sie nicht, dass es eher die Arbeitsplätze sind, die Wohnen ermöglichen oder haben Sie das Gefühl, es ist umgekehrt, dass es der Wohnraum ist, der Arbeitsplätze ermöglicht?

Tonja Zürcher (GAB): Ich glaube, Räume produzieren keine Arbeitsplätze und Arbeitsplätze auch keine Räumen, schlussendlich sind es immer Menschen, die beides brauchen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich muss zugeben, vieles, was Tonja Zürcher gesagt hat, trifft zu. Ich muss ihr da Recht geben und das ist auch der Grund, weshalb die SVP-Fraktion Ihnen beantragt, diese Motion nicht zu überweisen. Michael Hug bringt eine Idee im Spiel, die von einer Professorin erarbeitet worden ist, die natürlich bis zu einem gewissen Grad als Wissenschaftlerin einen gewissen visionären Charakter haben kann, aber in der praktischen Umsetzung hätte dieser Vorstoss dann doch sehr gravierende Auswirkungen -sie wurden teilweise auch von Tonja Zürcher bereits erwähnt -, sodass wir hier die Sinnhaftigkeit nicht sehen, diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen, nicht einmal für eine Erstüberweisung, denn ich muss Ihnen ganz ehrlicherweise sagen, ich finde das Instrument der Motion sehr skurril, weil der Regierungsrat uns dann innerhalb von 3 Monaten berichten müsste. Aber was soll er innerhalb von 3 Monaten uns dazu berichten, ausser dass er uns dann vielleicht sagen würde, es ist nicht umsetzbar, schreiben Sie ab oder überweisen Sie es als Anzug. Dann sind wir wieder etwa gleich weit. Auch die in der Motion gesetzte Frist von glaube ich 18 Monaten, scheint mir für dieses doch sehr grosse Fass, das Michael Hug hier aufmacht, etwas schwierig. Ich sehe nicht, wie der Kanton Basel-Stadt, der ja schon bei teilweise einfacheren Planungen wie zum Beispiel einer Tennishalle sehr viel länger braucht, uns innert 18 Monaten etwas Kluges und Geeignetes auf den Tisch legen kann.

Deshalb glaube ich, dass die Idee aus einem Denklabor stammen könnte, wo sehr viel kluge Menschen sich Gedanken darüber machen, wie die Welt in der Zukunft aussieht. Das ist sicherlich sehr spannend. Ich finde, das ist aber eine Ebene, auf welcher wir uns im Grossen Rat nicht bewegen sollte, auch wenn natürlich das Grundthema, das Michael Hug mit diesem Vorstoss adressieren möchte, durchaus seine Berechtigung hat. Wir zweifeln aber, ob dies das richtige Instrument ist und ob diese 10-Minuten-Nachbarschaft das richtige Konzept wäre. Denn - und das werden jetzt viele hier nicht gerne hören wollen - , ein grosses oder fast das grösste Problem der fehlenden Wohnungen, der Wohnungsknappheit, auch der Gentrifizierung unserer Gesellschaft ist die Zuwanderung. Sie wollen die Zuwanderung nicht begrenzen und haben zugelassen, dass in den letzten Jahrzehnten unser Land auf über 9 Millionen Menschen angewachsen ist. Sie wollen die Zuwanderung weiterhin nicht bremsen, obschon es dazu auch ein Verfassungsauftrag gibt seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative der SVP. Sie lehnen mutmasslich, auch Michael Hug, die Nachhaltigkeitsinitiative der SVP ab, die Massnahmen einverlangt, wenn die Bevölkerung über 9,5 Millionen in unserem Land anwächst.

Das wäre eine konkrete Antwort auf Ihren Vorstoss. Wir müssen die Zuwanderung begrenzen. Wir merken, dass diese Zuwanderung negative Effekte hat. Nicht per se ist die Zuwanderung etwas Schlechtes, verstehen Sie mich nicht falsch, aber wir spüren, dass diese Zuwanderung in dieser Grössenordnung unser System überfordert. Und auf diese Frage müssten Sie zuerst eine Antwort finden. Dann können wir auch über Themen wie Arbeitswege, pendeln, über die Gentrifizierung, aber beispielsweise auch über die anhaltende Vernichtung von Grünflächen, auch in unserem Kanton sprechen.

Aber bevor wir dieses Problem nicht lösen, glaube ich, bleibt Ihr Vorstoss eine gut gemeinte Utopie. Wir sehen nicht, wie der Regierungsrat hier uns auch nur ansatzweise etwas Substanzielles dazu berichten kann und haben uns deshalb entschieden, Ihnen zu beantragen, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Also ich muss entschieden dem widersprechen, dass die Zuwanderung das Wohnungsproblem verursacht. Schweizweit sieht man das, es wurde mehr gebaut als die Zuwanderung war, das können Sie in absoluten Zahlen nachlesen, und nehmen Sie unseren Kanton. Wir haben immer noch eine vergleichsweise hohe Leerstandsquote, also die Zuwanderung nach Basel ist ja quasi dann auch nur bei 1'000 Menschen pro Jahr.

Wo ich aber Joël Thüring recht gebe, ist, dass Professorin Sibylle Wälty ein interessantes Konzept macht. Ja, es kommt aus der Laborküche, ja, es ist super akademisch und ja, man könnte sich das mal anschauen mit diesen 10-MinutenNachbarschaft. Denn es ist eine interessante Idee. Und das ist auch der Grund, weshalb die SP heute Abend hier für die erste Überweisung dieser Motion sich stark macht. Eigentlich wir das eher als Thema für einen Anzug wäre, aber ja machen wir jetzt einmal diese Erstüberweisung.

Und da möchte ich auch dem Autor dieser Motion, die Ausführungen von Sibylle Wälty schon noch mitgeben. Sie leitet ihr Hauptargumente aus einem Verhältnis ab zwischen Arbeitsplätzen und Wohnraumangeboten und daneben quasi die Erreichbarkeit in diesen 500 Metern, in dieser 10-minütigen Gehdistanz. Und das ist genau die Laborsituation. Es ist eigentlich eine sehr vereinfachte Angebot-Nachfrage-Setzung. und dann sind wir genau wieder im Problem. Auf der einen Seite haben wir die Zuwanderung, die schuld ist am Wohnproblem und auf der anderen Seite haben wir die, bauen, bauen

und bauen wollen, um die Wohnungsfrage zu lösen. Und jetzt muss man den Text von Sibylle Wälty genau lesen. Sie sagt nämlich, dass nämlich noch etwas anderes wichtig ist, dass nämlich ganz viel Wohnraum zu teuer ist. .Und zu Teure ist dann schon der Mechanismus, wo wir über diese grösseren stadtentwicklerischen Perspektiven von Gentrifizierung sprechen könnten.

Gehen wir mit unserer Motion, überweisen wir die heute. Ich habe auch eine sehr hoffnungsvolle Perspektive, die gibt uns Sibylle Wälty auch gerade mit, weil sie sagt, dass es schon 10 Minuten-Nachbarschaften bei uns im Kanton gibt. Das Matthäusquartier entspricht dem, das Gundeli entspricht dem, entsprechend diesem sehr theoretischen Konzept.

Ich denke, das jetzt dem Regierungsrat mitzugeben, die Verwaltung eine Antwort auszuarbeiten, eine Stellungnahme innert 3 Monaten, ist sicherlich der richtige Weg. Und dann nehme ich den Motionären beim Wort, dass, wenn es dann weitergehen würde, der Einbezug der ansässigen Menschen ein wichtiger Bestandteil ist. Und somit denke ich, haben wir hier wirklich einen interessanten theoretischen Ansatz in eine Motion verpackt, und ich hoffe, wir werden sie mal zur Stellungnahme erstüberweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Zwischenfrage von David Jenny wird angenommen.

David Jenny (FDP): War eine zehnminütige Debatte nicht genug der Ehre für eine solche Idee?

Ivo Balmer (SP): Das ist eine sehr interessante Frage und ich beantworte sie in 3 Monaten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ivo Balmer, vielleicht haben Sie einmal das Wort Dichtestress gehört, Wort des Jahres vor sechs oder sieben Jahren. Ich bin sehr dankbar, dass Joël Thüring die Zuwanderung angesprochen hat. Im Bild am Sonntag vom 28. November 2024 steht, dass die Migrationspolitik längst sozialer Sprengstoff geworden ist. Das dürfte mittlerweile auch dem letzten Träumer klar geworden sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wie beim Motionär angelangt, der nun das Wort hat.

Michael Hug (LDP): Ich meine an David Jenny gerichtet, dass diese Idee mehr wert ist als eine 10-minütige Diskussion, weshalb ich nun noch ein paar Worte dazu sagen möchte.

Vielleicht ganz kurz an Tonja Zürcher: Ja, wir haben viele Arbeitsflächen, im Vergleich zu anderen Regionen kann ich nicht sagen zu viele, denn sie sind entscheidend für den Wohlstand, den wir in unserer Region haben, den Wohlstand, der auch soziale Aufgaben finanzieren kann und das ist sehr wichtig so. Diese Grundlagen wollen wir nicht in Frage stellen.

Zur Zuwanderungsdebatte will ich nur sagen, dass eine Studie von Sotomo klar aufzeigt, dass, wenn neue Wohnungen gebaut werden, die meisten Personen, die in diese neuen Wohnungen ziehen, Personen sind, die bereits im Umfeld leben und zwar ist dieser Wert signifikant. Und diese Wohnungen werden dann wieder von Personen im weiteren Umfeld bezogen. Dies hat übrigens auch den Effekt, dass die Preise nicht weiter gegen oben getrieben werden, also ein Effekt, der aus wohn- und sozialpolitischen Massnahmen sicher gewünscht wird, das heisst bauen wir Wohnraum dort, wo es sinnvoll ist zu entwickeln.

Noch kurz eine Bemerkung an Ivo Balmer und Joël Thüring: Ich habe bewusst die Form einer Motion gewählt und nicht den Anzug, weil wir haben Zeitproblem. Wir haben grosse Planungen bei den Transformationsarealen. Mein Punkt ist nicht, dass es umgesetzt ist innerhalb von 3 Monaten. Mein Punkt ist, dass ein Konzept vorgelegt wird. Sie wissen alle, die Richtplanung ist nicht in der Kompetenz des Parlaments, sondern in der Kompetenz der Regierung. Das ist in jedem Kanton unterschiedlich, bei uns ist es so. Unsere Kompetenz ist die Nutzungsplanung und die will ich nicht direkt anfassen. Das heisst mit einem Konzept habe ich die Hoffnung, dass die Regierung auch aufzeigt, wo beispielsweise es sinnvoll ist, Entwicklungen stattfinden zu lassen. Denken Sie an die Nauenstrassen, wo hohe Häuser schon geplant oder gebaut sind, denken Sie an die Clarastrasse Richtung Messe. Dort macht es Sinn zu entwickeln, aber unsere Baugesetze und weitere Faktoren verunmöglichen dies, erschweren dies und das ist nicht im Sinne einer nationalen Volksabstimmung wo aus dem Jahr 2000 getragen sind, die das neue Raumplanungsgesetz umsetzte. Das wurde durch das Stimmstimmvolk mit einer

extrem hohen Mehrheit angenommen. Es waren über 70 Prozent, wenn ich mich nicht täusche. Und diese Vorlage wollte, dass der Zersiedelung und der Verbauung unserer noch bestehenden Landschaftsflächen entgegengewirkt wird.

Dennoch täglich werden in der Schweiz Grünflächen von der Grösse von etwa sieben Fussballfeldern neu überbaut und auch mit unwiederbringlich zerstört. Basel trägt dazu bei durch eine fehlgeleitete Wohnpolitik, die den Wohnungsbau hemmt. Dies ist erheblich. Wir müssen aber dort bauen, wo bereits Siedlungsstrukturen existieren, das ist sehr logisch aus diesem Auftrag heraus, und wo die Menschen arbeiten. Sonst sind Sie eben angewiesen auf das Auto, was wieder Stau generiert und jetzt, wo das Stimmvolk die nationale Vorlage des Strassenausbaus abgelehnt haben, wird sich dieses Problem noch akzentuieren, was wiederum dafür ein Argument ist, dass wird dort entwickeln sollen, wo die städtischen Gebiete, wo die Siedlungen bereits sind.

Das Konzept der 10-Minuten-Nachbarschaft bietet die Möglichkeit, unsere Stadt nachhaltig, lebendig und zukunftsorientiert zu gestalten. Es schafft Quartiere, in denen alles Wesentliche von Schulen über Einkaufsmöglichkeiten bis hin zu kulturellen Angeboten und Grünflächen innerhalb dieser 10 Minuten zu Fuss oder mit dem Velo erreichbar ist. Dieses Konzept bedarf einer Bevölkerung in einem Quartier von 10’000 Menschen, die dort wohnen und 5’000, die dort arbeiten. Es wurde schon gesagt, im Matthäusquartier ist dies schon bereits der Fall, im Gundeli ebenfalls. Und jetzt geht es darum, in einem Konzept zu schauen, wo man dies auch noch möglich machen kann. Ich rede nicht vom Bruderholz, wo vor allem gewohnt wird, aber es gibt noch andere Gebiete, wo das sinnvoll ist.

Ich bitte Sie, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung wird bestritten von Tonja Zürcher. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 24 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005213, 11.12.24 20:38:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wurde überwiesen mit 64 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

21. Motion 3 Heidi Mück und Konsorten betreffend Vision Zero in der Basler Verkehrsplanung

[11.12.24 20:38:48, 24.5464.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich darf auch im Namen der FDP sprechen. Die Fraktionen der FDP und der LDP lehnen diese Motion ab.

Es ist ein bisschen fast schon gemeines Anliegen oder gemeine Betitelung, denn selbstverständlich sind wir nicht dagegen, dass man die Zahle der Toten und Verletzten im Strassenverkehr möglichst verringert, von mir aus gerne die Vision Zero, die ja damals schon Verkehrsminister Leuenberger einmal vorgestellt hat, dass man dies als Ziel nimmt. Selbstverständlich sind auch wir dafür. Wir sind aber der Meinung, dass dies eine Bundessache ist, dass das schweizerische Strassenverkehrsgesetz eine Bundesangelegenheit ist und dass man, wie auch im Text der Motion beschrieben, hier den Bund, der ja bereits daran ist, entsprechend Regeln zu machen, gewähren lässt.

Ausserdem wird ja schon sehr viel auf kantonaler Ebene getan, das ist auch Teil der Legislaturplanung. Hier noch mit einer Motion einfach nur für Arbeit zu sorgen und für eine weitere Motivation zu sorgen, dass möglichst viele Umleitungen und Verkehrshindernisse für den motorisierten Verkehr gemacht werden unter dem Vorwand der Vision Zero, das sehen wir gar nicht ein.

Lassen Sie bitte die begonnenen Arbeiten weiterfahren und bürden Sie nicht sinnlose neue Arbeit auf.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): André Auderset hat es soeben gesagt, niemand kann im Ernst hier finden, es brauche nicht weniger Tote und Schwerverletzte. Da sind wir uns doch absolut einig.

Seit dem Jahr 2020 haben wir hier leider eine betrübliche Trendwende, sowohl die Zahl der Schwerverletzten wie auch die Zahl der Toten nimmt zu. Wir hatten im Jahr 2023 drei Tote und 108 Schwerverletzte mehr, also eine Zunahme einer Person bei den Toten und 14 bei den Schwerverletzten. André Auderset hat sich soeben widersprochen. Einerseits sagt er, es sei eine Sache des Bundes und andererseits sagt er, kantonal werde ja schon genug getan. Der Kanton kann etwas machen und er soll etwas machen. Er ist ja auch im kantonalen Legislaturplan, und ich verstehe nicht, dass man jetzt dagegen sein soll, dass der Kanton für diese Vision so viel macht wie er kann und unternimmt, was nur unternommen werden kann. Es ist wirklich auch konkret wichtig, dass vor allem die Zufussgehenden und die Velofahrer:innen besser geschützt werden.

Und somit bitte ich Sie doch herzlich, dieser Vision ein Ja zu geben. Das ist wahrscheinlich eine der wichtigeren und sicher nicht eine der unnötigen Arbeitsbeschaffungsmotionen, über die wir hier manchmal auch reden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Es widerspricht hier offenbar niemand, wenn man sagt, dass jede im Strassenverkehr verletzte oder getötete Person eine zu viel ist. Im Strassenverkehr getötete und verletzte Personen sind aber nicht einfach unausweichlich. Wie viele Opfer der Strassenverkehr fordert, hängt von verschiedenen Faktoren ab, zum Beispiel von der Sicherheit der Fahrzeuge, dem Verhalten der Verkehrsteilnehmenden, der Gestaltung des Verkehrsraums, den Verkehrsregeln und deren Durchsetzung, dem Verkehrsregime etc.

Und auf viele dieser Faktoren hat die Politik Einfluss, auch die kantonale Politik. Das zeigt sich daran, dass es zwischen den Ländern grosse Unterschiede gibt. in den Verkehrsunfallzahlen, beispielsweise auf 1 Million Einwohner gerechnet sterben in den USA jedes Jahr 129 Personen im Strassenverkehr. In der EU sind es im Durchschnitt 46, in Deutschland 34 und in der Schweiz 22. Das waren die Zahlen von 2023.

Heisst das nun, dass wir uns auf unseren Lorbeeren ausruhen können? Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass wir das natürlich nicht können, denn auch wir hatten schon gefährlichere Strassen als heute. Diese Verbesserungen, die wir erreicht haben, haben sich eingestellt durch strengere Sicherheitsvorschriften für Fahrzeuge, strengere Verkehrsregeln, inklusive einer konsequenteren Durchsetzung, eine sicherere Gestaltung des Verkehrsraums, niedrigere Tempolimits und diverse weitere Massnahmen. Diesen Weg müssen wir weitergehen mit dem Ziel vor Augen Null Verkehrstote oder eben Vision Zero. Denn wie anfangs gesagt, jede im Strassenverkehr getötete und verletzte Person ist eine zu viel, und dagegen soll man wirklich einfach alles machen, was man kann.

Wir Grünliberalen werden deshalb für die Überweisung dieser Motion stimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die zwei Zwischenfragen werden angenommen. Zuerst hat Daniel Seiler das Wort.

Daniel Seiler (FDP): In der Motion reden wir allgemein von Verkehr. Sie haben jetzt nur über Strassenverkehr geredet. Wenn ich mir die letzten Todesopfer anschaue, die wir leider zu verzeichnen haben, betreffen diese vielfach auch in dieser Stadt Tram und Fussgänger. Wie schätzen Sie das ein bzw. wie wollen Sie das einbinden?

Lukas Bollack (GLP): Genau gleich, das sind auch Verkehrssituationen, die man sicherer oder gefährlicher gestalten kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die zweite Zwischenfrage war ein Versehen. Damit sind wir bei Raphael Fuhrer für ein Einzelvotum.

Raphael Fuhrer (GAB): Das schweizerische Strassenverkehrsgesetz wurde von André Auderset für die LDP und FDP genannt, und weil es ein nationales Gesetz ist, heisst das ja noch lange nicht, dass es den Kanton nicht betrifft. Dort steht für mich drin, dass die Strasseneigner zuständig sind für die Sicherstellung bei der Planung und bei Betrieb des Strassennetzes. Also damit ist es eigentlich klar und der Kanton Basel-Stadt ist nun mal der Strasseneigner, und weil die Bürgergemeinden Basel die Kompetenzen weitergegeben hat eben auch nicht nur für die Kantonsstrassen, sondern auch für die kommunalen Strassen.

Und der zweite Punkt, der alte Legislaturplan, der bereits abgelaufen ist, beinhaltete tatsächlich eine Aussage zur Verkehrssicherheit. Es gab dann auch einen sogenannten Verkehrssicherheitsplan, wozu wahrscheinlich alle Parteien, die hier vertreten sind, eine Stellungnahme abgegeben haben, sich Gedanken gemacht haben in ihren Arbeitsgruppen das angeschaut haben, und das war 2019/2020. Seither hat man gar nichts mehr gehört.

Was ich schon auch bezeichnend finde ist, dass sich niemand mehr von den weiteren bürgerlichen Fraktionen eingetragen hat, und auch im Votum von André Auderset für FDP und LDP habe ich eigentlich gar nichts Konkretes gehört, was denn jetzt schon genug gemacht wird. Es wurde von den angelaufenen Arbeiten und von den laufenden Massnahmen gesprochen, aber was konkret genug ist, das weiss ich bis jetzt nicht und darum habe ich bis jetzt auch kein Argument gehört, warum man hier dagegen sein soll. Es ist eben nicht so, dass die Massnahmen offensichtlich auf dem Tisch liegen und wie das auch Christine Keller richtig gesagt hat, der Trend in die richtige Richtung zeigt, sondern eben in die andere.

Und hier geht es um die verletzlichsten Verkehrsteilnehmer:innen, konkret um den Fuss- und Veloverkehr. Die sind natürlich besonders exponiert, weil sie einfach sehr ungeschützt im Verkehrsraum unterwegs sind. Und wenn ich schon bei dem Thema bin, würde ich gerne für die nächste Motion auch noch ein, zwei Sätze sagen. Schulkinder, sind natürlich innerhalb der verletzlichen Verkehrsteilnehmer:innen dann noch die, die erst am Lernen sind, was eine gefährliche Situation heisst und was es heisst, dass auch mein eigenes Verhalten gefährlich sein kann. Und gerade dort ist es natürlich besonders wichtig, dass wir konkrete, zielführende und wirksame Massnahmen haben. Und es ist die Erfahrung von vielen Eltern, dass das nicht so vorwärts geht, wie es sein sollte. Und darum gibt es diese zwei Emotionen. ,und ich bitte Sie im Namen des GAB, beide zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir bei der Motionärin Heidi Mück.

Heidi Mück (GAB): Die Vision Zero verfolgt das Ziel eines Verkehrs ohne Tote und Schwerverletzte und sogar das ASTRA, das ja nicht gerade extrem gegen der Autoverkehr ist, setzt sich als Ziel, die Toten und Schwerverletzten im Verkehr zu verringern. Aber das ist sicher keine reine Bundessache, sondern da hat der Kanton wirklich ein Wörtchen mitzureden und hat auch Aktivitäten zu ergreifen.

Ich bin nun wirklich keine Verkehrspolitikerin und daher völlig unverdächtig. Doch die Vision Zero bewegt mich schon seit sehr langer Zeit. Als dreifache Mutter, mittlerweile zweifache Grossmutter und bis vor Kurzem Begleiterin meiner betagten Mutter, die mit dem Rollator unterwegs war, kenne ich die Perspektive der schwächsten Verkehrsteilnehmer:innen sehr gut, und mich erfüllt mit Sorgen, wenn ich mit bekomme, dass die Verkehrsstatistik im Bereich der Toten und Verletzten keine Verbesserung, sondern sogar eine Zunahme zeigt oder die Zahlen im besten Fall so vor sich hindümpeln.

Ich bin mit meiner Sorge nicht allein. Das zeigt auch die Petition mit dem Manifest für eine Vision Zero für Basel, die kürzlich eingereicht wurde. Auch die Absichtserklärungen des Regierungsrats im Legislaturplan dümpeln eben auch so vor sich hin. Es wurde uns mal ein Verkehrssicherheitsplan versprochen, wie Raphael Fuhrer erwähnt hat. In welcher Schublade ist denn der verschwunden? Stattdessen wird im aktuellen Legislaturplan von einer effizienten, stadtgerechten und sicheren Mobilität mit kurzen Wegen gesprochen.

Immerhin ist der Regierungsrat bereit, diese Motion entgegenzunehmen, also die Schublade wieder aufzumachen und sich diese schlimme Arbeit wieder aufzubürden. Aber für mich ist es dann schon eine Frage. Im Legislaturplanplan ist die Rede von effizienter Mobilität. Was heisst denn das? Heisst das einfach, dass Autofahrende möglichst rasch von A nach B kommen sollen? Effizienz beisst sich vielleicht mit der gewünschten Sicherheit, und das müssen wir halt an auch anschauen.

Die Petition, die ich vorher erwähnt habe, stellt konkrete und meiner Ansicht nach sehr kluge Forderungen, aber meine Motion ist da viel offener. Mich würde eigentlich sehr beruhigen, wenn wir einen Verkehrssicherheitsplan hätten. Denn ich stelle mir vor, dass dies Einfluss hätte auf die zukünftige Verkehrsplanung. Und das wäre ein Schritt in die richtige Richtung, ein kleiner Schritt in Richtung der Erfüllung der Vision Zero.

Es ist wirklich an der Zeit, dass wir die Verkehrsplanung, die allgemeine Sicherheit und insbesondere die Sicherheit der Fussgänger:innen und Velofahrer:innen ins Zentrum stellen. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung der Motion wird bestritten von André Auderset. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 39 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005215, 11.12.24 20:52:43]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion ist überwiesen mit 52 Ja-Stimmen 39 Nein-Stimmen.

22. Motion 4 Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen

[11.12.24 20:52:56, 24.5465.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion spreche ich mich gegen die Überweisung dieser Motion aus. Lassen Sie uns die Dinge beim Namen nennen. Diese Motion geht nicht um die Sicherheit der Schulwege. Das behauptete Ziel ist lediglich ein Vorwand. In Wahrheit dient dieser Vorstoss einzig und allein dazu, die ideologisch motivierte Verkehrspolitik voranzutreiben. Die ewigen Autohasser greifen hier wieder einmal tief in die populistische Trickkiste, um den motorisierten Individualverkehr aus unseren Städten zu verdrängen. Diese Strategie ist nicht nur altbekannt, sondern schlicht unseriös. Jede Gelegenheit wird genutzt, um das Auto zum Sündenbock zu machen, ohne Rücksicht auf die Fakten oder die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen.

Diese Motion ist nicht nur eine Fortsetzung dieser einseitigen Kampagne, sondern auch inhaltslos, haltlos. Sie ignoriert grundlegende Zusammenhänge der Verkehrssicherheit und konzentriert sich ausschliesslich auf das Tempo des motorisierten Verkehrs. Doch wie ich Ihnen gleich aufzeigen werde, liegen die tatsächlichen Probleme an ganz anderer Stelle. Ein genauer Blick auf die Unfallstatistik verdeutlicht, dass die Herausforderungen im Verkehr keineswegs allein beim

Autoverkehr liegen. 2023 wurden 110 Unfälle zwischen Velofahrenden und Fussgängern registriert. Bemerkenswert dabei, in rund 75 Prozent der Fälle waren Velofahrer die Hauptverursacher. Tragischerweise endeten zwei dieser Unfälle tödlich.

Diese Zahlen zeigen klar, dass das wachsende Sicherheitsrisiko im Verkehr zunehmend von Velofahrenden ausgeht. Dies ist insbesondere angesichts der steigenden Zahl schneller E Bikes und schwerer Lastenvelos alarmierend. Diese Fahrzeuge werden immer schwerer, schneller und stellen eine zunehmende Gefahr dar, insbesondere für ältere Menschen, Kinder und Menschen mit Behinderungen, weil viele Fahrer oft weniger aufmerksam oder rücksichtsvoll unterwegs sind.

Doch statt hier endlich aktiv zu werden, wird erneut allein das Auto ins Visier genommen. Im gleichen Zeitraum ereigneten sich zwei tödliche Unfälle mit Autos, bei denen Seniorinnen auf Fussgängerstreifen angefahren wurden. Jedes einzelne Opfer ist eine Tragödie und dennoch zeigt der Vergleich: Wir haben kein systematisches Problem mit dem Autoverkehr. Die pauschale Verteufelung des motorisierten Verkehrs ist daher wieder gerechtfertigt noch zielführend. Stattdessen gilt, Tempo allein ist nicht der Schlüssel zur Verkehrssicherheit. Aufmerksamkeit, vorausschauendes Verhalten und Bremsbereitschaft aller Verkehrsteilnehmenden sind entscheidend. Wer diese Motion unterstützt, blendet diese Realität aus und verfolgt eine einseitige, ideologisch getriebene Agenda, die den Gesamtzusammenhang ignoriert.

Vision Zero ist ein wichtiges Ziel, doch es braucht eine realistische und differenzierte Verkehrspolitik. Anstelle populistischer Vorstösse, die ausschliesslich den Autoverkehr ins Visier nehmen, sollten wir die Sicherheit durch Sensibilisierung, Prävention und Infrastrukturmassnahmen fördern, die ein respektvolles Miteinander ermöglichen. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Verkehrspolitik weiterhin durch ideologische Scheuklappen verzerrt wird. Das Auto ist und bleibt ein wesentlicher Bestandteil moderner Mobilität, und diese Realität können auch die Autohasser nicht wegdiskutieren.

Ich danke Ihnen im Namen der SVP-Fraktion für die Nichtüberweisung dieser Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Alexandra Dill.

Alexandra Dill (SP): Es geht tatsächlich um den Schulweg, tatsächlich, das darf mir meine Vorrednerin glauben und sicher auch der Motionärin. Der Schulweg ist ein ganz besonderer Erlebnisraum und allen kommen bestimmt viele Erinnerungen auf an Erlebnisse auf unseren Schulwegen. Freund- und Liebschaften, die entstanden und vergingen, Streiche, Gespräche, Streitereien, alles war dabei. Der Schulweg bietet enorm viel für das Soziale, aber auch als Übergangs- und Bewegungsraum zwischen Schule und Zuhause, wo man den Kopf lüften kann und sich früh selbstständig im Stadtraum bewegen darf.

Ich als Baselbieter Dorfkind war immer neidisch auf die Kinder und Jugendlichen, die in der coolen Stadt aufgewachsen sind, und ich stellte mir ihre Schulwege viel spannender vor als meinen durch die Einfamilienhäuserreihen. Mir war damals nicht bewusst, wie wenig Schulkinder als Verkehrsteilnehmende mitgedacht werden, wie klein sich ein Schulkind in der Stadt fühlt, Lastwagen, Baustellen, Anlieferungen, Tram, Autos, E-Trottinetts, Velos, sie alle wuseln um einen herum, sind grösser und beachteter.

In mir drinsitzt ein tiefer Glaube an das Recht eines Schulkindes auf eine sichere Teilnahme am Stadtverkehr, ein Recht auf einen selbstständigen Schulweg. Es gibt ja auch die Schulpflicht. Wir können mehr tun, um diesem Recht gerecht zu werden. Wir haben schon 2017 eine Motion überwiesen, aber wir warten immer noch auf die Antworten. Ein schrecklicher Unfall hat mich und mein Quartier seither kräftig durchgerüttelt und dabei schmerzlich verdeutlicht, welche Lücken das System in der Schulwegsicherheit hat.

Was diese Motion will, ist nicht das Ende des Autoverkehrs. Es ist schlussendlich, dass mehr mit Kinderaugen geplant wird, Velo- und Fusswege getrennt werden, Übergangszeiten verlängert, Mittelinseln geschaffen, Konfliktgründe vermieden und Fahrzeuge langsamer werden, dass Unterrichtszeiten sensible Zufahrtenregelungen gefunden werden, und dass, und das liegt mir besonders am Herzen, Rückmeldungen zu Gefahrenstellen schneller geprüft und ernstgenommen werden. Eltern nehmen nämlich die Gefahren oft wahr und melden sie auch. Das ist doch eine Ressource, eine kostenlose noch dazu, die viel ernsthafter einfliessen muss. Auch wir Eltern brauchen definitiv mehr Gehör in der Stadtplanung.

Die Kinder können sich hier nicht selber vertreten, aber sie haben einen sicheren Stadtraum verdient. Sie sollen unbeschwert in die Schule gehen und auf dem Schulweg Freundschaften knüpfen oder kündigen können. Der Regierungsrat muss sich dem Thema jetzt annehmen und Kinder als Verkehrsteilnehmende höher Gewichten.

Darum bitte ich Sie um Überweisung dieser Motion und ich bin sehr froh, dass der Regierungsrat bereit ist, sie zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Ich habe mir fest vorgenommen, diese Nachtsitzung nicht weiter in die Länge zu ziehen, aber ich möchte hier schon nochmal ganz kurz das Wort für die Kinder, die jüngsten in unserer Gesellschaft ergreifen. Ich weiss nicht, wer diese Motion lesen kann und behauptet, es sei eine Motion, die sich gegen das Auto stellt. Ich glaube, gerade hier ist es unsere Verantwortung, dass wir aufhören, die Verkehrsteilnehmer aufzuspalten. Es ist wichtig, dass unsere Kinder einen sicheren Weg, einen sicheren Platz in dieser Stadt haben, und das ist die Verantwortung von uns allen, ja auch von den Velofahrer:innen, die müssen sich auch an diese Massnahmen und Regeln halten, aber auch für die Autofahrer:innen.

Ich verwehre mich einfach dagegen, dass wir daraus jetzt irgendeinen Spaltungskampf machen. Es geht um die Jüngsten unserer Gesellschaft und es ist unsere Verantwortung, dass wir diese Schulwege sichern. Ich kann Ihnen versichern, ich habe auch viele Erfahrungen gerade in der Innenstadt mit jungen Kindern, diese Schulwege sind nicht sicher, sie sind nicht einfach, sie sind extrem komplex, sie sind extrem unklar und wir müssen da dringend und schnell Verbesserung schaffen in der ganzen Stadt und nicht erst reagieren, wenn schlimme Unfälle passieren.

Das hat hier also nichts zu tun damit, wer lieber Auto oder Velo oder E-Trottinett fährt, sondern mit der Sicherheit der Kleinsten, und das ist unsere Verantwortung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Das ist richtig spannend, Jo Vergeat, weil Sie sagen, Sie wollen es nicht in die Länge ziehen. Aber wir sind ja hier, um zu reden. Was die Person von der SVP gesagt hat, ist vollkommen richtig. Das ist ein ideologisches Projekt. In den Zeitungen, auch linken Zeitungen, steht, dass die Grünen ideologische Projekte für ihre Gesinnung im Deckmantel missbrauchen. Das ist eine Deckmantelpolitik, mit der andere Sachen verschleiert werden. Ihnen geht es gar nicht um die Kinder. Ihnen geht es um Ideologie.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Ja, wir haben es heute Abend schon ein einige Male gehört. Es müsste eigentlich selbstverständlich sein, dass unsere Kinder sicher und selbstständig zur Schule, in den Kindergarten, zum Spielplatz oder zum Sportplatz gehen können. Und niemand würde bewusst sagen, es ist okay, dass auf unseren Strassen in unserem Kanton Kinder verletzt oder getötet werden. Aber trotzdem geschieht es, wobei, «es geschieht» nicht wirklich die richtige Formulierung ist. Die meisten Unfälle passieren nicht einfach. Sie sind die Folge einer falsch ausgerichteten Infrastruktur, zum Beispiel, weil die Sicht auf Strassenquerungen, versperrt ist oder von zu hohen Geschwindigkeiten oder von der Verkehrssteuerung wie beispielsweise mit einem gefährlichen und stark verunsichernden Konfliktgrün.

Viele, ich würde sogar sagen, die meisten dieser Unfälle könnten wir verhindern, wenn der Verkehr Fehler reduzierend und fehlerfrei gestaltet werden könnte. Das heisst, dass auch eine kleine Unaufmerksamkeit ohne schwerwiegende Folgen bleiben wird. Das Ziel muss sein Null Verkehrstote und Null Schwerverletzte, egal, mit welchem Verkehrsmittel sie unterwegs sind, aber hier ganz besonders für die Schulkinder.

Natürlich kann auch die beste Infrastruktur, Signalisation, Verkehrssteuer und so weiter das Risiko nicht ganz auf Null senken, aber wir sollten jeden Unfall verhindern, den wir verhindern können. Ein sicherer Schulweg, das wurde auch bereits erwähnt, ist nicht nur wichtig für das Verhindern von Unfällen, sondern auch für das Erlernen der Selbständigkeit. Durch das selbstständige Unterwegssein lernen Kinder wichtige Handlungsfähigkeiten, entwickeln ihre kognitiven Fähigkeiten, und es ist auch wichtig für ihre Identitätsentwicklung und ihre soziale Entwicklung.

Wir listen in dieser Motion extra konkrete Umsetzungsmassnahmen auf, weil wir wollen, dass es rasch und konkret vorwärtsgeht. Das heisst aber nicht, dass überall und immer alle diese Massnahmen, die aufgeführt sind, umgesetzt werden müssen. Es muss das gemacht werden und so viel gemacht werden, wie notwendig ist, um den Schulweg oder den Weg zum Kindergarten sicher zu machen. Das heisst, oft wird es wahrscheinlich auch eine Kombination von verschiedenen Massnahmen brauchen. Entscheidend ist, dass die Schulwegsicherheit höchste Priorität hat, also auch dann, wenn dadurch die Verkehrsleistung der Strasse reduziert wird oder man von A nach B etwas länger braucht. Menschenleben müssen wichtiger sein als Fahrzeiten. Und wenn Sie das Ideologie nennen wollen, von mir aus, machen sie das.

Uns ist es bewusst, dass die Frist von zwei Jahren nicht ganz ohne Herausforderung ist, aber es ist ja auch nicht so, dass die Forderung nach sicheren Schulwegen neu ist. Wir haben hier Motionen, die schon ziemlich lange auf dem Tisch oder in der Schublade liegen. Deshalb muss zum Glück auch nicht ganz bei Null angefangen werden. Unser Ziel muss es sein, die Schulwege sicherer zu machen oder ganz sicher zu machen, bevor etwas passiert und nicht erst danach. Deshalb ist es auch so wichtig, dass neben den offiziellen Unfallzahlen oder dem, Plan zur Schulwegsicherheit auch die Rückmeldungen der Eltern und Lehrer berücksichtigt und aktiv eingeholt werden. Sie wissen aus dem Alltag, wo die Probleme sind und sind

oft auch bereit, aktiv an der Lösungssuche mitzuarbeiten. Viele von ihnen berichten aber, dass sie sich nach dem Kontakt mit der Verwaltung oft ohnmächtig und entmutigt fühlen, dass sie das Gefühl haben, nicht ernstgenommen zu werden. Ich denke, in der Verwaltung findet langsam ein Umdenken statt, aber konkrete Resultate lassen leider immer noch viel zu lange auf sich warten. Ich danke deshalb der Regierung, dass sie bereit ist, die Motion entgegenzunehmen und danke Ihnen allen für die Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung der Motion wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 36 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005217, 11.12.24 21:07:14]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 53 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

23. Anzug 1 Heidi Mück und Konsorten betreffend stärkere Sensibilisierung der Lehrpersonen für geschlechtsunabhängige Leistungseinschätzung

[11.12.24 21:07:28, 24.5211.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie, den Anzug nicht an die Regierung zu überweisen. Es ist ja immer wieder erstaunlich, wie von linker Seite die Lehrpersonen mit einem Rundumschlag schlecht gemacht werden. Ich erinnere Sie zum Beispiel an den hängigen Vorstoss von unserem Grossratspräsidenten, der unter anderem fordert, dass die Lehrpersonen geschult werden müssen, da es von ihrer Seite zu Diskriminierungsfällen und Ausgrenzungen kommt. Er spricht in seinem Vorstoss sogar von psychischer und seelischer Gewalt und Mobbing. Dann hatten wir zwei Petitionen. Die eine fordert eine diskriminierungsfreie Schule, die andere ist gegen Diskriminierung aufgrund von Aussehen, Geschlecht und so weiter an Schulen. Und nun kommt Heidi Mück und erklärt uns, dass die Lehrpersonen stigmatisieren.

Ich frage mich schon, ob solche Rundumschläge bezüglich den Lehrpersonen angebracht sind. Ich glaube nicht, und daher komme ich auch zur Schlussfolgerung, dass es sich eben nicht um Massen von Lehrpersonen handelt, die hier so schlecht dargestellt werden. Es sind sicherlich einzelne darunter, und diesen muss entgegengetreten werden. Aber deswegen brauchen nicht alle 3’500 Lehrpersonen während des Drei-Tage-Blocks Vorträgen über Stigmatisierungen zu lauschen und es müssen auch nicht alle Lehrpersonen an ihren Standorten deswegen obligatorische Weiterbildungen zu diesem Thema über einen gewissen Zeitraum besuchen. Es ist wichtig, und da gebe ich Heidi Mück absolut recht, dass eine Stigmatisierung nicht stattfinden darf, aber es kann doch erwartet werden, dass die jeweiligen Schulleitungen angewiesen sind, Massnahmen gegen die renitenten Lehrpersonen zu ergreifen, sei es durch Schulung, Sensibilisierung oder auch Abmahnungen. Denn was ganz sicher gewährleistet sein muss, ist, dass die Schulleitungen solche Gebaren nicht dulden. Aber der Anzug zielt nicht dahingehend ab und daher bitte ich Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Der Vorstoss nimmt ein berechtigtes Anliegen auf. Wir sind auch der Meinung, dass jede schulische Beurteilung unvoreingenommen und neutral erfolgen soll. Ich möchte hier aber auf den Gleichstellungsplan 2024 bis 2027 hinweisen, den die Regierung im Mai dieses Jahres vorgestellt hat. Im Handlungsfeld Bildung, Sport und Gesundheit stehen folgende Ziele im Vordergrund: Das eine Ziel ist Diskriminierung in der Bildung abbauen und gendersensiblen Unterricht fördern. Das zweite ist Berufswahl ohne Geschlechterstereotype fördern.

Nach meiner Auffassung fällt das Anliegen dieses Vorstosses direkt in den Kontext der Umsetzung dieser wichtigen Ziele. Der Umsetzungsprozess wird von der Fachstelle Gleichstellung koordiniert und ein Abschlussbericht wird im Jahr 2027 vorliegen.

Dann möchte ich auch erwähnen, dass die Schulstandorte die Möglichkeit haben, im Rahmen ihrer Teilautonomie selbst zu entscheiden, ob sie schulhausinterne Weiterbildungs- und Sensibilisierungsmassnahmen implementieren möchten.

Also lassen wir die Fachstelle Gleichstellung ihre Massnahmen zur erfolgreichen Umsetzung erarbeiten und verzichten wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf ähnliche Forderungen. In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Ich darf heute für das GAB und die SP sprechen.

Während der Anteil der Frauen an den Universitäten mittlerweile in vielen Bereichen den der Männer übertrifft, verharrt der Anteil Frauen zum Beispiel an der ETH seit Jahren bei 32 Prozent. Sehr interessant ist dabei, dass sich der Anteil, wenn dann bei den studierenden Frauen aus dem Ausland erhöht hat. Im Fach Life Science sind Frauen mit 46 Prozent sehr gut vertreten, während sie in den Fächern Technik und Informatik seit Jahren bei circa 15 Prozent steckenbleiben.

Spätestens seit dem Film Hidden Figures – unerkannte Heldinnen, die in der NASA angestellt waren, um die Flugbahnen der später ins all geschickten Apollo Raketen zu berechnen, wissen wir, dass es am Kopf nicht liegen kann. Daher müssen es andere Faktoren sein, die zu einem Missverhältnis führen.

Der Anzug von Heidi-Mück möchte einer möglichen Ursache auf den Grund gehen, indem sie eine Studie zitiert, die auf das Phänomen eingeht, dass Mädchen von den Lehrpersonen in den MINT-Fächern eher unterschätzt und Buben eher überschätzt werden. In der Studie wird darüber hinaus aber auch festgestellt, dass die Forschungsgrundlagen zu den Auswirkungen voreingenommener Urteile und Erwartungen auf die Leistungen von Mädchen und Jungen eher spärlich sind. Sie sagt aber auch weiter, dass die wenigen vorhandenen Studien vor allem darauf hindeuten, dass voreingenommene Erwartungen der Lehrkräfte zu geschlechtsspezifischen Leistungsunterschieden beitragen können.

Es ist daher sehr sinnvoll, dass man die Lehrer:innenschaft auf diesen Punkt hin sensibilisiert. Wichtig ist es aber auch, dass man die Entwicklung dann auch überprüft, ob die Massnahmen wirklich zu einer Veränderung der Anteile von Mädchen in den MINT-Fächern führen oder eben nicht. Wäre dem so, dann wäre der Gewinn für die Mädchen aber auch für die Gesellschaft gross, da gerade in diesen Berufsgattungen Arbeitskräfte gebraucht werden und daher dieser Anzug auch positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben könnte.

Das GAB und die SP empfehlen Ihnen daher, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wie bei der Anzugstellerin Heidi Mück.

Heidi Mück (GAB): Die Studie, die ich in meinem Anzug erwähnt habe, ist einerseits brisant und andererseits nicht weiter erstaunlich. Als ich Unterschriften für diesen Vorstoss gesammelt habe, haben einige der Unterzeichnenden bestätigt, dass sie selbst auch solche Erfahrungen gemacht haben. Ihre mathematischen oder sprachlichen Fähigkeiten wurden unterschätzt, je nachdem welches Geschlecht sie hatten. Das hatte vielleicht nicht immer dramatische Auswirkungen auf die schulischen Leistungen der damals Betroffenen oder auf die weitere Karriere, aber die Verletzungen waren bei diesen Gesprächen, die ich geführt habe, tatsächlich immer noch spürbar.

Unbewusstes Übernehmen von tradierten Rollenmodellen durch Lehrpersonen hat einen Einfluss auf das Wohlergehen von Schülerinnen und Schülern. Für mich ist es deshalb eigentlich unbestritten, dass es eine stärkere Sensibilisierung der Lehrpersonen für geschlechtsunabhängige Leistungseinschätzungen braucht. Die Leistungseinschätzung ist ein anderes

Thema, als es im Gleichstellungsplan erwähnt ist. Da geht es um den Unterricht, aber hier geht es konkret um die Leistungseinschätzung. Ich möchte damit auch nicht die Lehrpersonen kritisieren, wenn ich sage, sie müssen sensibilisiert werden. Ich denke auch uns allen tut Sensibilisierungsarbeit manchmal gut und das heisst ja nicht, dass wir schlechte Menschen sind.

Jetzt stellt sich aber die Frage, wie wird diese Sensibilisierung in den ohnehin schon sehr gefüllten Arbeitsalltag der Lehrpersonen integrieren können. Ich wollte auf keinen Fall ein zusätzliches freiwilliges oder auch obligatorisches Weiterbildungsmodul oder so etwas ähnliches vorschlagen. Ich erfahre nämlich von vielen Lehrpersonen, dass es einfach zu viele Aufgaben gib, die die Schule neben dem Bildungsauftrag noch leisten muss, also Gesundheitsförderung, Gewaltprävention, Suchtprävention, Umgang mit KI, Umgang mit Social Media und so weiter. Aber ich erfahre von den Lehrpersonen auch, dass es bei den Präsenzzeiten neben dem eigentlichen Unterricht, also während des Drei-Tage-Blocks, der Schulhauskonferenzen oder sonstiger Anlässe durchaus noch Raum für inhaltliche Schwerpunktsetzungen gibt.

Deshalb schlage ich mit diesem Anzug vor, dass die entsprechenden Sensibilisierungsarbeiten in diesen Gefässen stattfinden sollen. Hier kann es aber durchaus in regelmässigen Abständen und auch obligatorisch sein. Wir haben ja im November zahlreiche Vorstösse überwiesen im Bildungsbereich. Ich wusste ja, dass diese pendent sind. Ich habe auch bewusst das Mittel des Anzugs gewählt, weil ich nicht noch mehr Druck aufbauen wollte. Mich nimmt einfach die Haltung des ED dazu Wunder und auch die Ideen, die sie zu einer konkreten Ausgestaltung von solchen Sensibilisierungsmassnahmen haben. Ich bitte Sie auch deshalb, den Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung des Anzugs wird bestritten von Jenny Schweizer. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 36 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005219, 11.12.24 21:18:56]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug ist überwiesen mit 55 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen und keine Enthaltung.

24. Anzug 2 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sowie Chancengleichheit an der Universität Basel

[11.12.24 21:19:08, 24.5212.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich bestreite die Überweisung dieses Anzuges und blende zurück. Vor etwa 37 Jahren, am 12. oder 13. Dezember 1987 ist der damalige Immediate Passpräsident Immediatepasspräsident der Assistentenvereinigung der Universität Basel nach Bielefeld gepilgert und hat einer Tagung mit dem Namen «Umsetzung der dritten HRG-Novelle, Erfahrung aus früheren Veränderungen und mit der neuen Personalstruktur bundesweiten Erfahrungsaustausch unter Einbeziehung europäischer Nachbarstaaten, unter anderem was folgt ausgeführt zum Rotationssystem für die

Mittelbaupolitik. Das grundsätzlich akzeptierte Rotationssystem und die Tatsachen, dass sie grosse Mehrzahl der Assistenten realistischerweise keine universitäre Karriere anstrebt, bewirken, dass die Nachwuchspolitik und die intrauniversitären Karrieremöglichkeiten nicht alleiniges Schwergewicht der Arbeit einer Interessenvertretung des Mittelbaus sein können. Anliegen des Mittelbaus muss sein zu verhindern, dass Anstellungsdauer und die effektiv für Promotion oder auch Habilitation benötigte Zeitdauer nicht übereinstimmen. Je länger ein Assistent oder eine Assistentin an der Universität verweilt, desto wichtiger wird die Einschätzung der assistentischen Arbeit durch potenzielle ausseruniversitäre Arbeitgeber. Wird eine assistentische Tätigkeit nicht als qualifiziert eingestuft, dann wird ein längerer Aufenthalt im universitären Mittelbau zur biografischen Hypothek und die Verbesserung der beruflichen Aussichten nach dem Ausscheiden aus dem Mittelbau muss somit ein zentrales Anliegen der Interessenvertretungen des Mittelbaus sein.

Ich habe dies nochmals gelesen und ich komme zu keinen anderen Schlüssen als dieser ehemalige Präsident vor 37 Jahren gekommen ist. Es ist nicht Aufgabe der Universität, Leute ewig zu beschäftigen, die nicht irgendwann eine Professur bekommen, und der Vergleich mit der Wirtschaft ist völlig unbehelflich. Im Mittelbau ist man als Assistent oder Assistentin, um nachher sich zu qualifizieren für einen Beruf ausserhalb der Universität. Darum geben wir das Geld aus.

Wenn Sie jetzt eine Petrifizierung von Anstellungen im Mittelbau fordern, dann kreieren Sie eine intergenerationelle Ungerechtigkeit. Wir haben nicht die Mittel dazu, die Universität aufzublähen, damit jeder und jeder im Mittelbau verharren kann. Das schadet der Qualität unserer Universität. Und dieser Anzug ist ein Eingriff in die Autonomie der Universität. Wir sollen alles tun, dass die Assistierenden innerhalb der gesetzten Frist sich weiter qualifizieren können und nachher gut ausgebildete Kräfte sind für den Arbeitsmarkt und nicht verharren in der Universität, es sei denn, sie qualifizieren sich wirklich für eine universitäre Karriere, und dort ist es auch empfehlenswert, wenn sie zwischendurch einmal in der freien Wildbahn waren.

Ich bitte Sie wirklich, diesen Ladenhüter nicht zu überweisen, das kommt jeden paar Jahre wieder auf und es bleibt Unsinn, und ich bitte Sie, diesen Unsinn hier wiedermal einmal zu begraben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): Vor den erwähnten 37 Jahren war ich noch nicht geboren, war auch nicht an dieser Tagung. Trotzdem bin ich überzeugt, dass wir uns alle weiterentwickeln können, dass sich unsere Haltung und unsere Meinung auch weiterentwickeln kann nach 37 Jahren oder auch weniger.

Die im VPOD gewerkschaftlich organisierten Mitarbeitenden aus dem sogenannten universitären Mittelbau machen schon seit einiger Zeit mit Aktionen, Schreiben an das Rektorat und Veranstaltungen auf ihre schwierige Situation aufmerksam. Weil es nicht vorwärts ging, konnten sie ihre Kritik und ihre Sorgen mit Amina Trevisan besprechen, was sie wiederum mit dem vorliegenden Anzug im Grossen Rat einbringt. Vielen Dank dafür.

Beim universitären Mittelbau handelt es sich um die Doktorierende Postdoktorierende, Lehrbeauftragte und Privatdozent:innen, also um die Personen, welche den universitären Alltag aufrechterhalten. Ohne sie gäbe es keine Universität, ohne sie würde die Forschung kaum Ergebnisse liefern und könnte den Studierenden kaum Wissen weitergegeben werden. Der universitäre Alltag ist ohne den Mittelbau nicht vorstellbar.

Die Arbeitsbedingungen im universitären Mittelbau sind jedoch prekär. Der Anzug benennt eines der grössten Probleme, und zwar die befristeten Anstellungen, den im akademischen Bereich der Universität gibt es kaum Festanstellungen. 67 Prozent aller Angestellten mit Doktorat haben einen befristeten Vertrag, und das ist eine unglaublich hohe Zahl. Da sind wir nicht annähernd an der Privatwirtschaft, die bei rund 8 Prozent liegt.

Die Universität Basel hat inzwischen erkannt, dass es eine Mittelbaureform braucht. Sie hat sogar extra dafür eine neue Stelle geschafft. Wohin diese Reform führen wird, bleibt aber kritisch abzuwarten. Die jüngsten Signale aus dem Rektorat zumindest deuten darauf hin, dass sie das grösste Problem, die extrem hohe Quote an befristeten Anstellungen, nicht angehen möchte. Die Universität möchte damit zwar vom Wissen und der hervorragenden Arbeit ihrer Angestellten profitieren, selbst aber die volle Flexibilität behalten, was die Anstellung anbelangt. Die Wirkung dieser Praxis ist, die Anstellung ist unsicher, die Bedingungen sind prekär mit all ihren Auswirkungen auf die Angestellten, auf die Gesundheit und auf ihre Aussicht auf eine längerfristige Anstellung.

Aber vor allem, eine wissenschaftliche Karriere bleibt exklusiv, nicht etwa wegen des hohen akademischen Standards, sondern wegen der Arbeitsbedingungen. Es betreiben nicht per se die Personen Forschung, welche am besten dafür geeignet sind, sondern die, welche es sich leisten können. Menschen, die ohnehin schon in prekären Verhältnissen leben, wird eine akademische Karriere unter solchen Arbeitsbedingungen kaum möglich sein.

Mit der Überweisung dieses Anzugs können wir heute uns stark machen für einen Wissenschaftsstandort in Basel, für eine Universität, die weiterhin international bestehen kann und für hoch qualifiziertes Personal attraktiv bleibt. Und dafür braucht es jetzt Veränderung und das können wir mit der Überweisung dieses Anzugs starten. Vielen Dank für die Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Ich darf hier auch im Namen der SVP sprechen.

Die Anliegen, die in diesem Anzug thematisiert werden, werden immer wieder aufgegriffen. Wir haben es eben gehört. Es ist wichtig, diese Aspekte immer wieder zu hinterfragen, starke Ungleichheiten aufzudecken und gegebenenfalls geeignete Massnahmen zu ergreifen.

Der Mittelbau ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Hochschulsystems. Einerseits hat die Universität den Auftrag sowohl qualitativ hochstehende Forschung zu betreiben als auch anspruchsvolle Lehre anzubieten. Hierfür sind die Assistenten und die Lehrbeauftragten im Mittelbau besorgt. Die beste Nachwuchsförderung besteht darin, Junge wissenschaftlich auszubilden, die in der Lage sind, im internationalen Wettbewerb eine erfolgreiche wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen. Die Universitäten sind deshalb bestrebt, ein optimales Umfeld zu schaffen, in dem der wissenschaftliche Nachwuchs sein Potenzial voll entfalten kann.

Andererseits werden viele Promovierende und Postdocs über eingeworbene Drittmittel-Projekte finanziert. An der Universität Basel sind es rund 39 Prozent, die über Drittmittel-Projekte finanziert sind. Die Drittmittelprojekte sind in der Regel zeitlich befristet. Diese Wissenschaftler qualifizieren sich im Rahmen ihrer befristeten Anstellung an der Universität weiter, um sich anschliessend auf neue Stellen innerhalb oder ausserhalb der Akademie zu bewerben.

Unbefristete Verträge für Doktorierende und Postdocs könnten vor diesem Hintergrund dazu führen, dass weniger Stellen an der Universität zur Verfügung stehen, da die entsprechenden Stellen über einen längeren Zeitraum besetzt bleiben. Damit könnte die Universität ihrem Auftrag zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nicht mehr in gleichem Masse nachkommen.

Bei Doktorierenden und Postdocs handelt es sich um Qualifikationsstellen. Es ist daher von vornherein klar, dass diese Personen nach der Qualifikationsphase auf eine andere Stelle wechseln, sei es an der Universität oder eben an einer anderen Institution. Nur ein Teil der Postdocs bleibt in der Wissenschaft. Denjenigen, die keine Professur erhalten, können die Hochschulen zwar keine berufliche Perspektive bieten, aber es gibt vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten ausserhalb der Wissenschaft, zum Beispiel in der Privatwirtschaft oder in der Verwaltung.

Die Universität ist sich des Anliegens dieses Anzuges bewusst, als Forschungsuniversität mit einem sehr hohen Anteil an Doktoranden und Postdocs und einem grossen Forschungsoutput. Sie hat hierfür zusätzlich zu den bereits getroffenen Massnahmen mit dem Ressort Nachwuchsförderung eine Anlaufstelle geschaffen, welche die Postdocs in ihrer Karriereentwicklung begleitet. Unseres Erachtens wird dieser Anzug keine unmittelbaren Verbesserungen bringen. Viel wichtiger ist es, im Dialog zu bleiben und diesen zu stärken. Ungleichheiten und Ungleichbehandlungen sollen an die zuständigen Stellen gemeldet werden.

Im Namen der Fraktionen der LDP und der SVP bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Wir von der SP denken, es ist durchaus Zeit für eine Modernisierung der Anstellungsbedingungen an den Universitäten, auch wenn vor 37 Jahren mal anders gedacht wurde, ist seither ist sehr viel Zeit ins Land gegangen und es gibt eine andere Vorstellung davon.

Man muss heute wirklich auch sagen, dass der sogenannte Mittelbau – und das hatten auch meine Vorredner:innen gesagt – einen grossen Teil der Lehr- und Forschungstätigkeit bestreiten und es ist in meiner Sicht etwas überaltert, dass nur die oberste Ebene der Professorinnen und Professoren die Sicherheit hat und der Mittelbau nicht.

Das Hauptproblem sind die befristeten Anstellungen. Wir haben das gehört und wir haben auch im Anzug lesen können, dass es andere Universitäten gibt, die bereits Massnahmen ergriffen haben. Es steht auch im Anzug, dass es ein Thema ist, das der Bundesrat in der BFI-Botschaft thematisiert hat. Natürlich gibt es eine Autonomie der Universität, aber es geht hier darum, die politische Unterstützung zu signalisieren und die Bereitschaft, dieses Thema ernstzunehmen, vorwärts machen zu wollen und zu zeigen, dass wir auch bereit sind, im Parlament diesem Thema Beachtung zu verschaffen, je nachdem auch mit Mitteln, wenn es notwendig sein sollte. Und deshalb bitte ich Sie, dass wir hier als Parlament diesen politischen Willen ausdrücken und den Anzug überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wie bei der Anzugsstellerin Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Auch wenn einige Personen in diesem Plenum die Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen des Mittelbaus als Unsinn bezeichnen, so sind sie für Angehörige des Mittelsbaus enorm wichtig.

Die Universität Basel liegt mir sehr am Herzen, nicht nur, weil ich dort studiert und doktoriert habe, sondern weil ich sie wirklich für eine exzellente Uni halte, mit hervorragenden Mitarbeitenden, sehr engagierten Studierenden und mit einer tollen Rektorin. Und nun möchte ich kurz von einer Begegnung erzählen, die mich nachdenklich stimmte. Vor rund zwei Monaten unterhielt ich mich mit einem 56-jährigen Mann nach einer Veranstaltung. Er sprach mich auf dem vorliegenden Vorstoss an, über den er in den Medien gelesen hatte. Er ist Lehrbeauftragter und arbeitet seit 29 Jahren an der Uni Basel, erzählte er mir. Die ersten sechs Jahre habe er als wissenschaftlicher Assistent gearbeitet, danach wurde er Lehrbeauftragter mit einem kleinen Pensum, das von Semester zu Semester zwischen zwei bis sechs Stunden pro Woche variierte. Gegenwärtig arbeitet er in einem 23 Prozent-Pensum an der Uni. Er berichtete, dass, obwohl er seit beinahe drei Jahrzehnten an der Uni unterrichte, er immer noch keinen Arbeitsvertrag habe. Er erhalte lediglich einen Auftrag, der jedes Semester erneuert wird. Er sagte mir, dass er wortwörtlich von der Güte des Departements und von zwei Professor:innen abhänge. Ich zitiere ihn: «Meines Erachtens zeigt diese Vertragssituation die Prekarität des universitären Mittelbaus pur. Sie ist hart auszuhalten und ist vor allem gesetzeswidrig.»

Dieses Beispiel verdeutlicht eindrucksvoll die prekäre Arbeitssituation eines Angehörigen des Mittelbaus. Diese Situation, wir haben es von Nicola Goepfert gehört, betrifft rund 67 Prozent der Angestellten mit Doktorat. Schweizweit sind aber nur 8,6 Prozent aller Arbeitnehmenden befristet angestellt. Es ist an der Zeit für einen wissenschaftspolitischen Paradigmenwechsel im Interesse der Mitarbeitenden der Universität Basel, um der Qualität ihrer Arbeit, um in Forschung und Lehre weiterhin hervorragende Leistungen zu erbringen. Die Universität Basel muss begreifen, dass sie davon profitiert, wenn sie die prekären Arbeits- und Anstellungsbedingungen des akademischen Mittelbaus beendet.

Die Universität Basel hat das Problem begriffen, denn nun scheint endlich Bewegung in die seit längerem geforderte Reform des Mittelbaus zu kommen, dies dank dem unermüdlichen Einsatz der Mitglieder der Basisgruppe Mittelbau der Gewerkschaft für Angestellte im Service Public, des VPOD. Die Uni ist sich der prekären Anstellungs- und Arbeitsbedingungen bewusst. Sie weiss, dass keine Festanstellungen, fehlende Zukunftsaussichten, keine Zeiterfassung, viele Überstunden und ein hoher Druck, der innerhalb des Mittelbaus an der Uni Basel zu Abhängigkeitsverhältnissen und Konkurrenzdruck führen, sich negativ auf die Gesundheit der Mitarbeitenden und auf die Forschung auswirken.

Prekäre Arbeitsbedingungen mindern zudem auch die Attraktivität des Wissenschaftsstandorts Basel. Zahlreiche herausragende Wissenschaftler:innen, darunter überdurchschnittlich viele Frauen, beenden aufgrund der untragbaren Arbeitsbedingungen und der Unvereinbarkeit von Karriere und Familie vorzeitig ihre wissenschaftliche Laufbahn. Es braucht jetzt Veränderungen.

Ein erster Schritt wurde gemacht, indem die Uni Anfang Oktober eine Stelle im Bereich Projektleitung besetzte, die sich mit der Reform des Mittelpass befassen soll. Die Schaffung dieser Stelle sendet ein positives Zeichen an alle Mitarbeitenden des Mittelbaus der Uni.

Um weiterhin für nationale und internationale Forschende attraktiv zu bleiben, ist eine Modernisierung der Anstellungsstrukturen an der Universität Basel notwendig. Zürich hat es vor gemacht. Sie haben unbefristete Lecture-Positionen in Lehre und Forschung geschafft. Basel kann das auch. Ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung wird bestritten von David Jenny. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 41 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005221, 11.12.24 21:38:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug ist überwiesen mit 47 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

25. Anzug 3 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit finanziellen Schwierigkeiten durch frühzeitige Information über bestehende Hilfs- und Beratungsangebote in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern

[11.12.24 21:39:06, 24.5213.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich gebe das Wort gleich dem Vertreter des Regierungsrats Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wenn ich die Kreuztabelle anschaue, dann wird das jetzt eine schwierige Sache. Ich bin trotzdem an die Nachtsitzung gekommen, um auch die Position des Regierungsrates zu vertreten.

Das soziale Basel, wir haben heute Morgen schon darüber gesprochen, ist ein unglaublich breites Angebot von Leistungen und Unterstützung für Menschen in Not, in finanziellen Krisen, in psychischen Lebenskrisen, Menschen, die Fragen haben, die Beratung brauchen im Bereich von Schulden, im Bereich von Familienproblemen usw.

Es geht ja in diesem Vorstoss nicht darum, dass dieses Angebot ausgeweitet werden muss, sondern um die Frage, wie diese Information in Hülle und Fülle zu den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern kommt. Der Anzug fordert namentlich ein Informationstool. Das gibt es bereits, daher ist dieser Anzug aus unserer Sicht nicht notwendig. Es besteht keine Lücke in diesem Bereich. Auf www.sozialesbasel.ch sind all diese Angebote zu finden, einfach nach Kategorien geordnet, zum Beispiel unter dem Thema Finanzen die Budget- und Schuldenberatung, die Unterstützung, soziale Beiträge, Stipendien, Fonds, Stiftungen, man findet dort das reiche soziale Basel mit all seinen Angeboten.

Dass so ein Angebot elektronisch und online sein muss, versteht sich von selbst. Auch dieses Angebot machen wir nicht selber als Kanton. Das macht die GGG. Sie sammelt all diese Informationen zusammen. Sie stehen allen Firmen, Arbeitgebern, Verbänden, Institutionen, Organisationen und Menschen dieser Stadt und dieses Kantons zur Verfügung. Wir finanzieren es auch, zusammen mit der CMS und der GGG.

Dieses Angebot gibt es also, und aus diesem Grunde ist dieser Anzug bereits erfüllt und nicht notwendig. Deshalb möchte ich Sie bitten, diese Forderung nach mehr Staat in diesem Bereich, die nicht notwendig ist, nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat die Anzugstellerin das Wort.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich danke, dass Sie zu dieser späten Stunde hierher gekommen sind. Das schätze ich sehr, auch wenn ich natürlich an die vielen Plus in der Kreuztabeller appelliere und gerne kurz Stellung nehme zu Ihrer Sicht. Ja, wir haben sehr viele Angebote, das ist super. Dennoch muss ich sagen, dass ich, die relativ lange im HR-Bereich tätig war, bemerkt habe auch im Austausch mit Gleichgesinnten, die beruflich gleich unterwegs sind, dass die Brücke nicht geschlagen wird, dass eben oft im Alltag gerade in kleinen Firmen, wo es vielleicht gar kein HR gibt, die Zeit fehlt, um auf diese Angebote aufmerksam zu machen. Und wenn man einfach den Link weiterschickt, dann kann das für eine Person in Not auch einfach eine riesige Last sein, die richtige Info zu finden.

Sie wissen, ich bin sehr kritisch, wenn man die Staatsaufgaben ausdehnt, aber deshalb bitte ich Sie wirklich einfach um die Zusammenfassung und um die Aufbereitung dieser bereits bestehenden Ressource, die man stärken muss, weil es eben in der Praxis so ist, dass diese Superseite, die ich auch kenne, zu wenig an die Personen in Not kommt. Und genau dort können die Arbeitgeber eine Schlüsselposition einnehmen, wenn sie das unkompliziert und praktisch weitergeben können, sodass dann eben die Personen diese vielzähligen Angebote auch wahrnehmen können. In der Realität sind es eben wirklich Arbeitgebenden, die diese finanziellen Nöte bemerken, sei es durch Abteilungsleitende, die merken, dass die Leistung abfällt ab oder dass die Person etwas beschäftigt, oder in KMU dann auch die Patrons, männlich und weiblich mitgezählt, die bemerken, dass etwas nicht stimmt, aber auch nicht zwingend sich die Zeit nehmen können oder auch einfach überfordert

sind mit der Situation, um sich der Person anzunehmen und um eben frühzeitig reagieren zu können. Das ist aber zentral, wenn es darum geht, die Probleme wirklich effizient und effektiv zu bekämpfen.

Ich bitte Sie deshalb trotz dem Votum von Regierungsrat Kaspar Sutter und trotz der super Seite und trotz der vielen Angebote bei ihrem Plus zu bleiben und diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte den Anzug nicht entgegennehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 6 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005223, 11.12.24 21:44:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 83 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

26. Anzug 4 Oliver Thommen und Konsorten betreffend die Beantwortung von Interpellationen

[11.12.24 21:44:47, 24.5214.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Nun ich muss mit einem Geständnis anfangen. Ich habe diesen Vorstoss mitunterschrieben, vielleicht aus einer Mischung von tiefer Sympathie für den Anzugstellenden und geistiger Umnachtung und blindem Vertrauen. Aber ich möchte Sie fragen: halten Sie eine solche massive Aufwertung des Instrumentes der Interpellation wirklich für sinnvoll? Sicher, es ist ärgerlich, wenn eine Interpellation dann bei der Beantwortung kalter Kaffee ist. Das hatte ich auch schon einmal, dass es so viele Nachtsitzungen gab und so viele nicht erledigte Traktanden, dass ich erst 7 oder 8 Monate, nachdem ich eine Interpellation gestellt habe, Stellung dazu nehmen durfte.

Das ist nicht zweckmässig. Deswegen sollte das Ratsbüro das, was es glaube ich letzten Monat gemacht hat, nämlich die Traktandenliste umstellen, häufiger machen. Aber wenn jetzt alle Interpellationen grundsätzlich mündlich beantwortet werden müssen, führt das dazu, dass die Interpellation derart aufgewertet wird, dass es sie viel attraktiver macht. Das ist sicher gut für das Sitzungsgeld und es verschafft einen stärkeren Show-Moment. Bei mancher Interpellationm, auch von mir selbst, bin ich eher froh, dass sich die Beamten vielleicht ein bisschen mehr Zeit genommen haben, um sie zu beantworten als gerade einmal die zwei Tage und drei Stunden, die sie zur Verfügung hätten zwischen Montag 12 Uhr und Mittwoch 15 Uhr. Manchmal ist es auch bei Interpellationen sinnvoll, eine längere Abklärung zu machen. Daher ist es zwar finanziell gut, es stärkt das Show-Moment, aber es kostet die öffentliche Hand auch einiges.

Es ist der Qualität der Antworten nicht unbedingt dienlich und es ist auch nicht unbedingt zweckmässig, dass Regierungsräte, die sonst an einem Nachmittag kein anderes Geschäft haben einzig und allein wegen einer Interpellation aufkreuzen müssen, zumal ja das Risiko besteht, dass man ihnen verweigert, dass sie das schriftlich beantworten dürfen.

Daher möchte ich Sie trotz Kreuztabelle darum bitten, noch einmal zu bedenken, ob Sie diese massive Aufwertung der Interpellation wirklich für sinnvoll erachten. Ich hätte einen anderen vielleicht sparvolleren Gegenvorschlag, ich wäre sehr für eine Aufwertung des Instrumentes der schriftlichen Anfrage, dass man schriftliche Anfragen schnell eine beantworten muss, als das heute der Fall ist. Das würde uns nämlich eher Sitzungszeit sparen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Habe ich das jetzt richtig verstanden? Sie haben den Anzug unterschrieben, aber Sie haben nicht genau gewusst, was Sie unterschreiben? Also Sie sind gegen den Anzug?

Der Anzug ist sehr wichtig und ich möchte nur zu zitieren, was ich zu dem Thema geschrieben habe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bitte keine Zitate vorlesen, Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Noch einmal zu Tim Cuénod: Sie haben von Show-Momenten gesprochen. Ich gebe Ihnen vollkommen recht, Sie haben das als Gymnasiallehrer gut eingeschätzt. Aber Sie haben gesagt, der Regierungsrat würde sich nachmittags herquälen. Aber als Gymnasiallehrer wissen Sie sehr viel, Sie wissen auch, dass wir den Regierungsrat kontrollieren müssen. Das ist Aufgabe Nummer eins. Wir sind keine Bittsteller, die Regierung muss uns zu Füssen liegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bitte sprechen Sie jetzt zu diesem Anzug, sonst gibt es einen ersten Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich war in Staatskunde im KV spitzenmässig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das ist ein erster Ordnungsruf. Sprechen Sie zu diesem Anzug.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich finde ganz sachlich, dass das Parlament die Regierung kontrollieren muss, und dann muss die Regierung da sein, wenn wir das wollen. Und Sie wissen, dass ich gerne mit Interpellationen die Regierung befrage oder auch quäle, weil ich das parlamentarische Fragerecht wichtig finde. Und das parlamentarische Fragerecht, lieber Tim Cuénod, ist ein scharfes Schwert. Und das führe ich gerne. Und der Anzug ist wie aus meinem Herzen.

Ich habe Erfahrung in Fragenstellen an die Regierung, mündliche, schriftliche, dringliche und ich stelle jetzt auch fest, dass meine Interpellationen seit dem Jahr 2016 nur noch schriftlich beantwortet werden. Mein Lieblingsregierungsrat Baschi Dürr hat meine Fragen alle noch oft mündlich beantwortet.

Ich möchte auch als Grossrat, als Mensch, dass meine Fragen sofort beantwortet werden von den Regierungsräten, damit ich dem Regierungsrat ins Auge schauen kann, damit der Regierungsrat für mich greifbar ist und damit ich sagen kann, nein, Sie haben nicht geantwortet auf meine Frage.

Ich möchte noch zwei Beispiele bringen. Meine Fragen sind nicht beantwortet worden, was das Wahlzentrum gekostet hat im Frühling zur Regierungsratsersatzwahl. Die Fragen sind gar nicht beantwortet worden, also muss ich noch einmal fragen in Form einer Interpellation. Die Regierung muss uns Antworten geben und ich bin stolz, dass viele Grossräte sagen, sie seien mit den Antworten nicht einverstanden, weil die Antworten einfach nichtssagend sind. Darum bitte ich alle Grossräte, möglichst viele Fragen zu stellen und das werde ich auch machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat David Jenny.

David Jenny (FDP): Angesichts dessen, dass Tim Cuénod gestanden hat, dass er vielleicht ein bisschen bedauert, dass er unterschreiben hat, kann ich schon sagen, dass das Ratsbüro sich in grosser Hochachtung von all den vielen sehr intelligenten Unterzeichneten entschieden hat, diesen Anzug entgegenzunehmen. Und diese Gewissheit ist jetzt ein bisschen zerbröckelt.

Ich kann auch ein paar Worte dazu sagen, warum ich glaube, dass dieser Anzug nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Tim Cuénod hat ja schon vieles selber gesagt. Olivier Thommen sagt, es läge dann an der interpellierenden Person, die Fragen so zu stellen, damit die Regierung die Fragen auch in der gegebenen Frist beantworten kann. Nun gut, wenn er von Anfang gesagt hätte jede Interpellation, die bis 14 Tage vor dem Sitzungstermin eingereicht wird, ist mündlich zu beantworten, dann könnte ich ja damit leben. Aber die Frist gemäss Geschäftsordnung ist, Eingabe bis Montag 12 Uhr und Beantwortung am Mittwoch 15 Uhr und in der Regierung am Dienstag rund um 9 Uhr verabschiedet werden. Das einfach nicht realistisch.

Dann haben Sie auch immer alle Beschränkungen abgelehnt. Wir haben früher grosse Spezialisten mit etwa 10-seitigen Interpellationen mit 100 Fragen. Das ist einfach unmöglich und dann stellt immer die Regierung den Antrag, ihr ausnahmsweise zu gestatten, schriftlich zu antworten. Dann diskutieren wir über das und dann aus Trotz sagen wir nach einer halbstündigen Diskussion, Nein, die Antwort muss mündlich erfolgen. Dann sagt die Regierung zwei nichtssagende Sätze und dann ist die Interpellation erledigt. Was bringt das? Das ist wirklich ein Leerlauf.

Ich werde nicht mehr im Büro sein nächste Legislatur, aber wenn ich wäre, würde ich mich für eine solche Antwort einsetzen. Ich verstehe gewisse Aufregungen manchmal,. aber schlussendlich bringt das im Sinne des Parlamentes und der Qualität der Antworten nichts, ausser man macht wirklich eine strikte Fristen und sagt zum Beispiel 14 Tage vorher und höchstens eine Seite Interpellationstext. Aber alles andere ist ein Leerlauf und nur eine Beübung der Regierung, ohne eine Verbesserung der Qualität. Wir werden viel mehr nichtssagende Antworten erhalten, um pro Forma eine solche Vorgabe zu erfüllen.

Ich hoffe, das wird Ihnen irgendwann mal ein Ratsbüro mitteilen und dann können Sie dann darüber befinden. Insofern bitte Sie, dem reuigen Tim Cuénod zu folgen und schon heute diese Übung zu beenden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Das Votum meines Ratsbürokollegen David Jenny hat mich jetzt ein bisschen herausgefordert. Ich erlebe ihn im Ratsbüro nicht als derjenige, der nicht auch manchmal etwas entgegennimmt, das auch viel Leerlauf produziert. Da hätte ich ihn mir manchmal mehr auf meiner Seite des Ratsbüros gewünscht, ohne jetzt zu viel aus dem Ratsbüro zu verraten. Insofern finde ich Ihr Votum gegen den Anzug Oliver Thommen jetzt doch, entschuldigen Sie das Wort, ein bisschen scheinheilig.

Sie haben aber nicht mit allem was Sie sagen. ganz unrecht. Tatsächlich gibt es gewisse Punkte, die es im praktischen Alltag dieses Mechanismus, zu dem Oliver Thommen und seine Mitunterzeichnenden, zu denen ich übrigens auch gehöre, hingehen möchten, gewisse Hürden. Das muss man anschauen. Deshalb ist es ja ein Anzug an das Ratsbüro, um zu prüfen und zu berichten. Und so, wie ich David Jenny im Ratsbüro immer erlebt habe, ist er ja sehr gerne bereit, so etwas auch zu prüfen und darüber zu berichten. Und weshalb man jetzt diese Idee hier gleich abwürgen muss, hat mir David Jenny auch nicht wirklich erklären können, auch wenn ich seine Bedenken teilweise etwas nachvollziehen kann.

Aber es ist in den letzten Jahren etwas die Tendenz entstanden, dass der Regierungsrat es sich mit der schriftlichen Beantwortung manchmal etwas einfach macht. Die wird dann irgendwann einmal beantwortet und bis wir dann im Grossen Rat wieder darüber befinden können mit der Erklärung, ob wir zufrieden sind oder nicht, dauert es teilweise mehrere Monate. Und das ist eine für die Idee der Interpellation doch sehr unbefriedigende Situation.

Die Idee einer Interpellation ist nämlich, eine Anfrage über etwas einzureichen, das sehr dringend ist, das vielleicht auch kurzfristig erfolgt ist, und da erwarte ich von der Verwaltung, die ja letztlich diese Interpellationsbeantwortung schreibt und in den allermeisten Fällen nicht der Regierungsrat selber, dass sie hier relativ kurzfristig Antwort geben kann. Es ist in der Tat so,. die Substanz der Antwort könnte darunter vielleicht etwas leiden, dda müssen wir schauen, ob wir eine Lösung finden würden im Ratsbüro. Dies zumindest im Ratsbüro zu diskutieren scheint mir angesichts der aktuellen Situation doch sehr angemessen zu sein.

Es gibt auch unterschiedliche Verhaltensweisen der Regierungsräte. Gewisse Regierungsräte sind eher geneigt, immer schriftlich zu antworten, andere lieben es eher immer mündlich. Einige geben Ihnen dann vor der Beantwortung das Skript, dass sie ablesen, ab, andere wieder nicht. Also hier ist auch der Regierungsrat in seinem eigenen Wesen nicht ganz konstant. Das muss er auch nicht sein, aber ich glaube, das berechtigt uns auch, dieses Thema einmal vertieft anzuschauen.

Und ich möchte schon auch darauf hinweisen (Tim Cuénod hat das in seinem Votum schon angesprochen), dass es für Anliegen, die etwas umfangreicher sind, auch noch die Möglichkeit einer schriftlichen Anfrage gibt. Diese Möglichkeit ist mit der Interpellation und den Fragen teilweise verschwommen. Also die eine oder andere Interpellation wäre wahrscheinlich eher eine schriftliche Anfrage, wobei ich sagen muss, der eine oder andere Anzug wäre auch eher eine Interpellation. Auch da sind wir dann nicht immer der reinen Lehre folgend, die unsere Geschäftsordnung wahrscheinlich vom Geist her vorgegeben hat.

Deshalb will ich Sie im Namen meiner Fraktion bitten, einmal eine Überweisung zu wagen, damit das Ratsbüro uns in neuer Zusammensetzung dann darüber berichten kann. Und dann können wir immer noch schauen, ob wir tatsächlich etwas ändern wollen in der Geschäftsordnung dieses Hauses.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir beim Anzugsteller Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Es gibt jetzt nach dem Votum von Joël Thüringen nicht mehr so viel zu sagen. Er hat eigentlich das Wesentliche zusammengefasst, warum dieser Vorstoss überwiesen werden sollte. Ich muss aber doch etwas meine Enttäuschung ausdrücken, dass offensichtlich das grosse Latein nicht mehr so weit reicht, denn mein Anzug verweist ziemlich deutlich darauf, dass es eigentlich um etwas Mündliches geht, um einen Zwischenruf oder eine Unterbrechung. Aber das lassen wir jetzt mal.

Die Enttäuschung darüber, dass man diesen Anzug nicht als Anzug verstehen will, sondern quasi als Motion ansehen möchte, kann ich nicht nachvollziehen. Es ist eine Aufforderung, ein Anliegen zu prüfen, das wieder mehr Interpellationen mündlich beantwortet werden. Und das ist ja eigentlich der Sinn von Interpellationen, dass man eine schnelle Antwort bekommt. Es ist auch keine Erfindung, die wir jetzt in Basel machen, es kommt mir etwas vor wie das Schneeräumen. Interpellationen oder wie auch immer sie heissen, gibt es in fast allen Parlamenten. Sie heissen manchmal Fragestunden oder anders. Das gibt es im Landrat, es gibt es im Einwohnerrat Riehen, es gibt es im National- und Ständerat, also das gibt es überall.

Und es gibt keinen Grund, warum wir nicht auch ein mündliches Instrument haben sollen. Man kann sagen, dass in den letzten Jahren die Qualität der Interpellationen schlechter geworden ist. Vielleicht ist aber auch die Qualität der Anzüge schlechter geworden. Ich finde sogar, auch die Motionen könnten manchmal besser sein, aber das heisst ja nicht, dass man daran nichts ändern soll. Der Anzug möchte, dass mehr Interpellationen mündlich beantwortet werden und dass das Ratsbüro prüft und berichtet, wie das möglich wäre.

Einen Hinweis, den ich erhalten habe aufgrund der Einreichung dieses Anzugs von Personen, die eher der Verwaltung näher sind, ist, dass das eigentlich gut wäre. Das hat mich etwas überrascht. Das Ratsbüro könnte sich überlegen, dass man die Interpellation grundsätzlich mündlich beantwortet, dass man aber einen entsprechenden Modus findet, zum Beispiel einen zweiten Sitzungstag, damit mehr Zeit ist. Oder David Jenny hat von einer anderen Frist gesprochen, wie das andere Parlamente machen. Es gibt ganz viele Parlamente, die solche Regelungen haben. Wir können hier vielleicht noch etwas verbessern, auch wenn wir die GO erst letztes Jahr revidiert haben.

Ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Sie wird angenommen.

Tim Cuénod (SP): Das generelle Anliegen ist ja verständlich, aber Sie möchten in Ihrem Anzug, dass ein ganz bestimmter Anpassungsvorschlag betrachtet wird. Und der Text ist doch sehr eindeutig, ,der sieht schon vor, was man anpassen müsste. Ist dem so oder nicht?

Oliver Thommen (GAB): Ja, der Anzug macht einen Vorschlag, aber das Ratsbüro muss prüfen und berichten. Es ist keine Motion. Das ist ein anderes Instrument.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 31 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005225, 11.12.24 22:06:16]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Ratsbüro zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 52 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

27. Anzug 5 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Prostatakrebs-Vorsorge

[11.12.24 22:06:30, 24.5219.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

28. Anzug 6 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Evaluation und möglicher Anpassung des Taxigesetzes

[11.12.24 22:06:55, 24.5224.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das wird bestritten von Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Eine Evaluation klingt immer gut und toll, aber die Frage, ob das wirklich sinnvoll ist, darf man sich dann schon auch stellen. Es ist klar, dass die rot-grünen Fraktionen nie wirklich Fan waren von dem aktuellen Taxigesetz. Und wenn man das Taxigesetz ändern will, dann soll man aber auch konkret sagen, wo. Dass der Anzugsteller grundsätzlich Uber auf allen Ebenen bekämpfen will, ist auch nichts Neues. Er hat ja schon mehrere Vorstösse in diesem Bereich eingereicht.

Wenn man sich nun den Anzugstext durchliest, welche Dinge in dieser Evaluation geprüft werden sollen, was dann wiederum Grundlage für eine Änderung des Taxigesetzes sein soll, dann kann man drei Punkte herauslesen.

Der erste Punkt ist, wie eine Evaluation und Analyse des aktuellen Taxigesetzes in Bezug auf die derzeitigen Marktbedingungen, die wirtschaftliche Gesundheit der Branche und die Arbeitsbedingungen der Fahrerinnen und Fahrer durchgeführt werden kann. Ich weiss ja nicht, was Sie alles in ein kantonales Taxigesetz hineininterpretieren wollen, aber in einem kantonalen Taxigesetz werden keine Arbeitsbedingungen für Taxifahrer und auch keine wirtschaftliche Gesundheit der Branche geregelt. Im aktuellen Taxigesetz werden neben den allgemeinen Bestimmungen die öffentlichen Taxistandplätze, die Bewilligungen, die Transportpflicht, Tarife, Fahrzeuge und Gebühren sowie die Strafbestimmungen gegen dieses Gesetz geregelt, und nicht mehr. Sie werden auf kantonaler Ebene weder arbeitsrechtliche noch sozialversicherungsrechtliche Fragen klären im Bereich der Taxibranche.

Im zweiten Punkt wird gefragt, wie die aktuelle Regelung bezüglich Lizenzvergabe und Vergabe der Bewilligung angepasst werden können, um eine Übersättigung des Marktes zu verhindern. Der Markt reguliert sich nach dem Prinzip Nachfrage und Angebot, dafür benötigt es keine Evaluation. Und wenn man dann in einem zweiten Punkt auch dieses Angebot oder den Markt regulieren will, dann sind wir relativ schnell bei der Einschränkung der Gewerbe- beziehungsweise der Wirtschaftsfreiheit. Und da macht die SVP nicht mit. Im Übrigen sind wir eigentlich froh, dass wir ein gewisses Angebot haben in unserem Kanton, auch ein gewisses Angebot von Uber. Denken Sie an dieses Schneechaos vor ein paar Wochen, damals waren wir eigentlich froh, dass es auch Uber gab, dass es dieses Angebot gab, oder denken Sie auch an eine Demonstration an einem Samstag, wenn wegen einer linken Demo wieder mal die ganze Stadt lahmgelegt wird durch den öffentlichen Verkehr, dann kommt man ja gar nicht mehr von A nach B ohne Uber oder ohne ein Taxi. Also ich bin eine Sicht der Meinung, dass es hier noch zusätzliche Regulierungen braucht, um den Markt einzuschränken.

Und der dritte Punkt ist, wie weitere Fahrdienstleister dem Taxigesetz unterstellt werden können, um eine faire Wettbewerbslandschaft zu gewährleisten und den Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten zu verbessern. Ja, auch dafür braucht es keine Evaluation. Es ist ganz einfach. Wenn Sie hier weitere Fahrdienstleister dem Taxigesetz unterstellen wollen, dann müssen Sie den Taxbegriff in Paragraph 2 des Taxigesetzes ändern, den sachlichen Geltungsbereiches ausweiten. Ob man das will oder nicht, ist auch noch politische Frage, dafür benötigen Sie auch eine Mehrheit. Diese Mehrheit hatten Sie nicht und deshalb versuchen Sie es hier mit dieser Evaluation. Aber eigentlich ist es klar, wenn Sie hier Uber oder anderen Fahrdienstleister oder -unternehmer diesem Taxigesetz unterstellen wollen, dann müssen Sie hier im Paragraph 2 ansetzen.

Sie sehen also diese Verwaltungsbeschäftigung können wir uns das wirklich sparen, wenn Sie das Gesetz ändern wollen, dann reichen Sie eine Motion ein, dann sagen Sie uns, was Sie genau wollen, dann lassen wir das mit den aktuellen Mehrheiten aus oder mit der Mehrheit in der nächsten Legislatur. Eine Evaluation zu diesem Thema benötigt es aus Sicht der SVP-Fraktion nicht. Dementsprechend bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Bülent Pekerman.

Bülent Pekerman (GLP): In unserem Rechtssystem ist es üblich, dass Gesetze nicht unverändert bleiben, sondern regelmässig auf ihre Aktualität und Wirksamkeit überprüft werden. Der rasche Wandel gesellschaftlicher, technologischer und wirtschaftlicher Bedingungen macht eine Anpassung der Regelung an neue Gegebenheiten unabdingbar. Nur so können wir sicherstellen, dass unser Rechtsrahmen zeitgemäss bleibt, Innovationen fördert und Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit gewährleistet.

Das aktuelle Taxigesetz ist aus dem Jahre 2015, fast 10 Jahre alt. In dieser Zeit hat sich das Taxigewerbe stark verändert, nicht zuletzt durch die zunehmende Digitalisierung und das Aufkommen neuer Fahrdienstleister wie Uber usw. Als das Taxigesetz 2015 in diesem hohen Hause beraten wurde, sagte SVP-Grossrat Alexander Gröflin damals: «Angesichts des technologischen Fortschritts wird die Innovation dieses Gesetz überholen. Wir werden es wahrscheinlich in drei oder vier Jahren wieder beraten.» Heute, neun Jahre später, kann ich sagen, er hatte recht.

Die Herausforderungen, von denen das Taxigewerbe heute steht, wurden damals nicht vollständig erkannt oder waren zu ideologisch geprägt. Heute hat das Taxigewerbe mit strukturellen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Diese reichen von unfairen Wettbewerbsbedingungen durch neue Anbieter bis hin zu einer möglichen Sättigung des Marktes. Es ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass der Markt fair bleibt, dass die Kundinnen und Kunden geschützt werden und nicht zuletzt, dass die Arbeitsbedingungen der Fahrerinnen und Fahrer tragbar sind.

Aus diesem Grund erachten die Grünliberalen es als wichtig, das Taxigesetz zu evaluieren und gegebenenfalls anzupassen. Diese Überprüfung ist nicht nur eine rechtliche oder wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch eine Frage der Fairness und Gerechtigkeit. Wir müssen einen Rechtsrahmen schaffen, der allen Beteiligten, ob Kunden, Fahrerinnen und Fahrer oder Unternehmer, gleiche Chancen und einen stabilen Markt bietet. Nur so kann das Taxigewebe auch in Zukunft ein vernachlässigter Bestandteil unseres städtischen Verkehrs bleiben.

Daher bitte ich Sie, den Anzug an die Regierung zu überweisen. Es geht nicht darum, ein System zu destabilisieren, sondern es für die Zukunft zu stärken. Es ist ein Beitrag für eine nachhaltige innovative und faire Mobilität in Basel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Lassen Sie mich einleitend folgendes festhalten: Als wir 2015 das Taxigesetz beraten haben, da gab es Uber schon und das ist keine Neuerung, die seither eingetreten ist. Uber gibt es seit 2009. Wir müssen die Forderung dieses Anzuges anschauen, dann wird daraus ein grundsätzliches Problem erkennbar. Es soll etwas in ein enges regulatorisches Korsett gezwängt werden, wo es nicht hingehört und wo es auch nicht hingehören will. Wir haben Anbieter, die Privilegien, die einem das Taxigesetz verleiht, nicht wollen. Das Taxigesetz verleiht Taxifahrerinnen und Taxifahrern gewisse Privilegien. Sie dürfen durch die Innenstadt fahren, sie dürfen auf gewissen Positionen parkieren, anhalten, auf Kundinnen und Kunden warten. sie dürfen sich beschriften mit diesen gelben Tafeln. All das dürfen sie nur, wenn sie sich unter das Taxigesetz freiwillig unterstellen und sie können eben auch heute auf das verzichten, dann haben sie diese Privilegien nicht, dafür haben Sie ein bisschen mehr Freiheit. Diese Anbieter wollen diese Privilegien eben nicht.

Und auf der anderen Seite gibt es halt eben auch Fahrerinnen und Fahrer, die sich dem nicht unterstellen wollen, die die entsprechende Ausbildung nicht absolvieren wollen. Sie schätzen die Freiheit, die sie hier entsprechend haben. Und die Gegenleistung dafür ist eben, auf diese Privilegien zu verzichten.

Wenn man diesen Anzug liest, dann wird sehr schnell offensichtlich, dass das eigentlich hauptsächlich aus Taxiperspektive kommt und auch wenn es nicht explizit drinsteht, sich primär gegen Uber richtet. Man kann schon zugestehen, dass sich die Taxibranche in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation bewegt oder befindet. Aber es kann nicht unsere Aufgabe als Politiker sein, hier den Markt künstlich knapp zu halten. Und darum geht es letztendlich, wenn hier die Rede ist von Übersättigung des Marktes. Dann heisst es, es gibt zu viel Angebot für die Kundschaft, die vorhanden ist, und wir müssen einen Teil des Angebotes wegnehmen, damit irgendwie eine Balance stattfindet. Der Staat soll dann wissen, was jetzt diese richtige Balance, was das richtige Angebot ist. Das kann nicht unsere Aufgabe sein.

Jetzt kann man zugestehen, dass, wenn man von fairem Wettbewerb spricht, es dazu gehört, dass geltendes Recht eingehalten werden muss und man kann ebenfalls festhalten, dass es da in der Vergangenheit zu Verstössen gekommen ist. Das ist ja auch gerichtlich inzwischen festgestellt, dass da gewisse Regelungen verletzt worden sind, insbesondere bezüglich Sozialversicherungsrecht. Aber das ist kein Rechtsproblem, das ist kein Regulierungsproblem, das ist ein Vollzugsproblem.

Und wir haben vor einiger Zeit die Motion von Beda Baumgartner überwiesen, die eine Kennzeichnung forderte so wie es beispielsweise Zürich oder Luzern kennen. Das ist ein Ansatz, den man wählen kann und wenn man da mit Vertretern von Uber spricht dann, da kann man da auch eine gewisse Offenheit wahrnehmen, dass man da bereit ist, entsprechende Kennzeichnungen zu machen.Und das würde ja dann auch den Vollzug wiederum erleichtern, ohne dass wir Regulierungen entsprechend anpassen.

Was aber nicht funktionieren wird – und das kann ich Ihnen jetzt schon sagen -, ist, Anbieter wie Uber in eine Arbeitgeberposition zwingen zu wollen. Beobachten Sie ganz genau, wie sich Uber anhand von Gerichtsentscheiden verhält. Sie passen sich laufend an die Rechtsprechung an, so dass sie eben nicht unter die entsprechenden Regulierungen fallen müssen. Dafür gibt es diverse Beispiele. Zum Beispiel gibt es Uber Pop nicht mehr. Das war eines dieser prominenten Beispiele, wo praktisch jeder und jede fahren konnte, egal ob gewisse Voraussetzungen gegeben waren, die ja auch ursächlich waren für gewisse Gerichtsverfahren. Das gibt es heute nicht mehr. Das ist eine Konsequenz aus diesen Gerichtsentscheiden. Es wird kontrolliert, dass Fahrtenschreiber installiert sind. Es gibt mehr Flexibilität bei der Preisgestaltung, dass die Fahrerinnen und Fahrer selber entscheiden können in einem gewissen Spektrum, was was der angemessene Preis ist. Es wird geprüft, ob man den entsprechenden Eintrag im Führerschein hat, ob man gewerbsmässig Personen transportieren kann. Da wird sehr viel unternommen, weil man eben explizit nicht die Arbeitgeberstellung haben will, in welchen die Anzugssteller insbesondere Uber unbedingt zwingen wollen.

Also wir brauchen einen sinnvollen, offenen Umgang mit der Plattformökonomie und das bedeutet nicht, solche Anbieter unter das Taxigesetz zu zwingen. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Tim Cuénod an? Sie wird angenommen.

Tim Cuénod (SP): Wenn es so ist wie es ist, dass es zum Beispiel basel-landschaftliche Taxis gibt, die als Uber unterwegs sind mit einem nicht unwesentlichen Teil dieser Privilegien, bräuchte es dann auch aus einer freisinnigen Perspektive nicht ein etwas orderliberaleren Ansatz, um ein bisschen mehr Ordnung in dieses Chaos hineinzubringen?

Luca Urgese (FDP): Auch das ist kein Regulierungsproblem, es ist ein Vollzugsproblem. Die Baselbieter Taxis sind als solche gekennzeichnet, die kann man entsprechend überprüfen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir sind damit bei der nächsten Einzelsprecherin Heidi Mück.

Heidi Mück (GAB): Also ich war auch dabei, als wir die Totalrevision des Taxigesetzes im Jahre 2015 beraten haben und es war ja schon ziemlich umstritten. Es gab einen Mehrheits- und einen Minderheitsbericht der WAK. Und es ging hauptsächlich um drei Sachen: Es ging um die Anpassung an Bundesvorgaben, aber es ging auch um Qualitätssteigerung, und es ging um bessere Arbeitsbedingungen für die Taxifahrer:innen. Und um letzteres wurde ja am meisten gestritten im 2015. Die aus meiner Sicht durchaus moderaten Vorschläge der WAK wurden allesamt abgeschmettert. Und ja, auch Uber war damals schon ein Thema, und die Ratsmehrheit hat auch hier sich einfach geweigert, diesen Bereich zu regeln, auch wenn wir damals es schon gekonnt hätten.

Inzwischen ist wieder einige Zeit vergangen und die Situation in der Taxibranche, das hat Bülent Pekerman sehr gut gesagt, hat sich nicht wirklich zum Guten verändert. Die Stimmung bei den Taxifahrerinnen und Taxifahren ist weiterhin nicht gut, die wirtschaftliche Lage auch nicht. Diese Branche ist., sagen wir jetzt mal positiv, sehr dynamisch unterwegs. Wir wollen aber mit diesem Anzug ja nichts kaputtmachen oder zu Tode regulieren. Es ist einfach unsere Aufgaben, Menschen vor Prekarisierung zu schützen. Also das ist meine Meinung. Vor diesem Hintergrund ist es für mich nur logisch, dass das

Taxigesetz nochmals überprüft werden soll. Es soll ja überprüft werden und gegebenenfalls angepasst werden. Ich bitte Sie deshalb, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Luca Urgese. Sie wird angenommen.

Luca Urgese (FDP): Das klang jetzt, als hätten die Bürgerlichen hier drin etwas durchgedrückt. Trifft es zu, dass das Referendum ergriffen worden ist und das Volk diesem Gesetz zugestimmt hat?

Heidi Mück (GAB): Ja, ich gebe es zu, aber wir waren uns bewusst, dass wir das in wenigen Jahren wieder angehen müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier hat der Anzugsteller das letzte Wort.

Beda Baumgartner (SP): Lassen Sie mich einsteigen damit, was Pascal-Messerli aus meiner Sicht richtig festgestellt hat. Ja, ich habe immer wieder Vorstösse zu dieser Thematik gemacht und ja, wir sind schon lange mit dieser Thematik in diesem Rat beschäftigt, auch schon viel länger als der Verabschiedung des neuen Taxigesetzes im Jahr 2015.

Warum sind wir so lange beschäftigt? Ich glaube, ein Realitätscheck wäre auch noch gut in diesem Saal. Sehr lange würden diese Vorstösse zu dieser Thematik von bürgerlicher Seite einfach rundherum komplett abgelehnt. Ich bin froh, dass Luca Urgese heute auf die Motion referenziert, die eine Beschriftung der Uberfahrzeuge fordert. Lange war das auf bürgerlicher Seite einfach nicht vorstellbar zu unterstützen. Das ist die Realität. Wir haben neun Jahre in diesem Kanton einen Zustand gehabt und toleriert, der hoch problematisch ist. Lassen Sie mich das auch noch anfügen. Ich kenne das auch mit diesen zwei Kurven, die unser Leben bestimmen mit dem Angebot und Nachfrage. Das Taxigewerbe ist einfach nicht so ein gutes Beispiel dafür, weil das Taxigewerbe ist schon enorm stark reguliert. Und Sie können jetzt natürlich sagen, die grösste Freiheit und die grösste Entwicklung läge darin, dass wir alle Regulierungen abschaffen, dann würden in diesem Markt endlich das spielen, das ja sonst überall auf der Welt, in allen Bereichen perfekt funktioniert. Die Realität ist aber eine andere. Und das wissen wir alle.

Wir vergeben zum Beispiel Lizenzen. Wir kreieren damit einen Markt, der auf ganz vielen Ebenen nicht funktioniert. Das ist mal zu den Taxis. Dann zu den Fahrdienstleistern: Jemand hat gesagt, eigentlich gehe es in diesem Anzug nur gegen Uber. Nein, die Realität ist ein bisschen komplizierter. Wenn Sie am EuroAirport beispielsweise Fahrdienstleister bestellen, dann haben Sie eine grosse Auswahl an Apps, die Sie mittlerweile bestellen können, die die haben alle dieses Prinzip der Uberisierung kopiert.

Was ich wirklich nicht verstehe, ist, wie die bürgerliche Seite dieses Businessmodell ernsthaft verteidigen kann. Es wird gesagt, Plattform-Anbieter wissen dann, wie sie sich anpassen müssen bei einer Regulierung. Aber ist das wirklich Ihre Argumentation? Das heisst, weil sich Plattformen dann der der Gesetzgebung entziehen können, weil sie sich den Realitäten, die wir demokratisch festlegen, entziehen können, sollen wir nicht mehr regulieren? Das ist die Grundlage, warum wir nicht mehr regulieren sollen?

Die Verwaltungsbeschäftigung wurde genannt, ein schönes Ablenkungsmanöver. Ich bin dann gespannt, wie die Fraktion der SVP bei Motionen oder Eingriffen, wo wir dann anscheinend wirklich direkt am Taxigesetz schrauben, Hand bieten, weil dann ist es ja definitiv, in den Worten von Pascal Messerli, nicht mehr Verwaltungsbeschäftigung Ich glaube einfach, Sie haben da ein Problem.

Ist das wirklich sinnvoll? Fragen Sie die Betroffenen in der Branche. Oder fragen Sie den Gewerbeverband. Also ich kann Ihnen sonst schnell die Stellungnahme des Gewerbeverbands vorlesen: «Durch die Evaluation wird sichergestellt, dass das Gesetz den Veränderungen des Marktes gerecht wird und zur Wiederherstellung eines funktionsfähigen Marktes im gewerblichen Personentransport erscheinen Gesetzesänderungen erforderlich.» Es ist nicht die Gewerkschaft, die hier kommuniziert, oder Beda Baumgartner von linksaussen, es ist der Gewerbeverband. Vielleicht müssten Sie wirklich auch mal mit der Branche und den Interessenvertreten und den Stakeholdern der Branche reden.

Und zuletzt, damit wir hier nicht einfach ein Schattenboxen haben über Wirtschaftsfreiheit, es geht wie Heidi Mück gesagt hat um Menschen, die in einem sehr prekären Arbeitsbereich arbeiten in unserer Stadt und die laut Taxigesetz eine Ergänzung des öffentlichen Verkehrs sicherstellen. Und das ist auch der Grund, warum der Kanton so viel reguliert im Taxi-Bereich. Es ist eben nicht irgendein Markt, es ist eine Markt, der als Ergänzung zum öffentlichen Verkehr so definiert ist. Und darum haben wir auch einen entsprechenden Anspruch an diesen Markt und daran, wie es diesen Menschen, die in diesen Markt arbeiten, geht. Darum bitte ich Sie, den Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage an? Sie wird angenommen. Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Können Sie mir einmal erklären, wie Sie die sozialversicherungsrechtlichen und die arbeitsrechtlichen Fragen, die Arbeitsbedingungen der Taxifahrerinnen und Taxifahrer in einem kantonalen Taxigesetz regeln möchten?

Beda Baumgartner (SP): Ja sehr gerne. Wenn wir zum Beispiel anfangen über die Lizenzvergaben zu reden, dann haben wir einen starken Hebel, wie es bezüglich den Arbeitsbedingungen in diesem Bereich aussieht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pascal Messerli bestreitet die Überweisung. Anzugsteller Beda Baumgartner hat schon gesprochen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Niuchtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 23 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005229, 11.12.24 22:29:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 64 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

29. Anzug 7 Daniel Seiler und Konsorten betreffend Stärkung der dualen Berufsbildung durch besseren Einbezug der Wirtschaft

[11.12.24 22:29:20, 24.5248.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

30. Anzug 8 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf den Staat und sein Verhältnis zu den Bürgern

[11.12.24 22:29:42, 24.5249.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Auch hier habe ich keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Schluss der 42. Sitzung

22:30 Uhr

Protokoll

der 43. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 18. Dezember 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Tim Cuénod (SP), Jérôme Thiriet (GAB), Raffaela Hanauer (GAB), Anina Ineichen (GAB).

Verhandlungsgegenstände:

94. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK 2

Beginn der 43. Sitzung

Mittwoch, 18. Dezember 2024, 09:00 Uhr

94. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

[18.12.24 09:00:17, 24.5488.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Abstimmungskarten

Der Parlamentsdienst wird aus technischen Gründen ab sofort wieder die Abstimmungskarten nach jeder Sitzung einsammeln. Damit dies nicht notwendig ist, bitten wir Sie, Ihre Karten jeweils mitzunehmen, wenn Sie den Raum verlassen und beim Sitzungsbeginn wieder mitzubringen und wieder einzustecken. Vergessene Karten können beim Ratssekretariat abgeholt werden. Wird eine Karte innerhalb der ersten 30 Minuten einer Sitzung ins Lesegerät gesteckt, gelten Sie im Protokoll als anwesend.

Heutiger Sitzungsablauf

Wir beginnen nun mit Traktandum 94, das ist das Budget, und behandeln danach die Traktanden 95 bis 98. Danach fahren wir, wenn wir so weit sind, mit Traktandum 31 fort, wo wir letzte Sitzung stehengeblieben sind.

Wir kommen zu Traktandum 94.

Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, auf ihren Bericht einzutreten und das Budget 2025 des Kantons Basel-Stadt mit den Änderungen der Finanzkommission zu genehmigen.

Die Bildungs- und Kulturkommission hat zuhanden der Finanzkommission einen Mitbericht zu den staatlichen Museen verfasst.

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission berichtet zum Globalbudget Öffentlicher Verkehr mündlich.

Das Vorgehen der Budgetberatung ist wie folgt von uns vorgeschlagen: Zuerst eine allgemeine Eintretensdebatte zum Bericht der Finanzkommission und zum Budget. Erste Referenten sind der Präsident der Finanzkommission, die Präsidentin der BKK und der UVEK, die Vorsteherin des Finanzdepartements und der Vorsitzende des Gerichtsrats. Anschliessend folgen Fraktions- und Einzelvoten. Eintreten auf das Budget ist obligatorisch. Die Detailberatung jeweils mit Fraktions- und Einzelsprechenden kommt danach.

Zuerst Gesamtkantonale Feststellungen (Kapitel 4 des Berichts der Finanzkommission), danach departementsweise Beratung. Das Globalbudget der kantonalen Museen ist im Präsidialdepartement integriert. Das Globalbudget Öffentlicher Verkehr ist im Bau- und Verkehrsdepartement enthalten. Das Vorgezogene Budgetpostulat zum Budget 2025 wird bei dem entsprechenden Departement schon vorher beraten. Danach kommt Kenntnisnahme der Investitionsübersichtsliste und schliesslich die Schlussabstimmung über das Budget 2025.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Tagesordnung zu genehmigen.

Damit sind wir bei der Eintretensdebatte und ich gebe dem Präsidenten der Finanzkommission Joël Thüring, das Wort.

Joël Thüring (SVP): In der heutigen Beratung des Budgets 2025 werden Sie wie üblich mit verschiedenen Zahlen konfrontiert werden und einige dieser Zahlen haben sich in der Zwischenzeit auch bereits mehrfach überholt. Darunter auch die wichtigste Zahl, die die wohl alle am meisten interessiert, nämlich diejenige des prognostizierten Jahresergebnisses. Das vom Regierungsrat vorgelegte Budget ging ursprünglich von einem Überschuss von 9 Millionen Franken aus. Der Regierungsrat budgetierte für das Jahr 2025 zuerst einen Überschuss in der Erfolgsrechnung in dieser Grössenordnung, da dann aber Basel den Zuschlag zur Durchführung des Eurovision Song Contest 2025 durch die SRG Ende August erhielt, waren diese Mittel noch nicht im Budget eingestellt gewesen und mit diesem Budgetnachtrag zum ESC hätte das Budget

dann ein Defizit von 25 Millionen Franken ausgewiesen. Weitere Nachträge seitens des Regierungsrates sowie die Anträge der Finanzkommission, über welche Sie heute ebenfalls beschliessen werden und über welche ich Ihnen nachher noch ausführen werde, führten letztlich zu einem budgetierten Defizit von 30 Millionen Franken. Dies ist auch das, was nun im Budgetbericht der Finanzkommission abgebildet ist.

Dieses Defizit hat sich nun aber noch einmal verändert und wird deutlich kleiner. Grund dafür ist die Jahresteuerung. Gemäss dem Schreiben des Statistischen Amtes vom 3. Dezember beträgt die November-Jahresteuerung im Kanton 0,5 Prozent. Diese Zahl ist bekanntlich massgebend für die teuerungsbedingte Lohnerhöhung in der kantonalen Verwaltung per 1. Januar 2025. Das regierungsrätliche Budget wurde noch mit einer Teuerungsannahme von 1,5 Prozent erstellt und auf dieser Basis wurde beim Personalaufwand eine teuerungsbedingte Steigung von 27,5 Millionen Franken für Personal- und Staatsbeiträge budgetiert. Aufgrund der definitiven Teuerung von 0,5 Prozent ergibt sich eine Verminderung um 18,3 Millionen Franken auf 9,2 Millionen Franken. Der entsprechende Änderungsantrag, der hierfür notwendig ist, liegt Ihnen auf und wurde von mir wie üblich unterschrieben.

Diese doch deutliche Veränderung der Zahlen im Nachgang zur Verabschiedung des Budgetberichts führt nun also wiederum dazu, dass sich die Zahl des Defizits noch einmal deutlich verringert. Folgen Sie den Änderungsanträgen des Regierungsrates, resultiert ein Defizit von gut 8 Millionen Franken, wenn Sie unseren Anträgen, den Anträgen der Finanzkommission folgen, dann ein Defizit von knapp 12 Millionen Franken. Wir nähern uns also der schwarzen Null wieder deutlich an, was zeigt, dass die Finanzlage des Kantons weiterhin erfreulich ist und es Basel-Stadt, und wir dürfen das auch mit Blick auf andere Kantone, ohne dabei hämisch zu sein, sagen und deutlich machen, weiterhin finanziell gut dasteht.

Der Regierungsrat budgetiert also für das kommende Jahr bei einem Aufwand von 5,2 Milliarden Franken ziemlich genau auch einen Ertrag von 5,2 Milliarden Franken. Der Saldo der Investitionsrechnung ist mit 502,9 Millionen Franken um 76,2 Millionen Franken höher als im Vorjahr. Der Kanton kann die Investitionen zu 51 Prozent selbst finanzieren. Das Nettovermögen sinkt auf 96,5 Millionen Franken, wobei die Nettoschuldenquote mit minus 0,1 Promille deutlich unter der Vorgabe der Schuldenbremse von 6,5 Promille verbleibt.

Was sind die wichtigsten Mehrausgaben. Neben der bereits erwähnten Teuerung auf den Löhnen des Staatspersonals und den Staatsbeiträgen zählen zu den wichtigsten Mehrausgaben der Ausbau der Kinderbetreuung mit 34 Millionen Franken, der nationale Finanzausgleich mit 25 Millionen Franken, ein gesetzlich vorgeschriebenes zusätzliches Teuerungsprozent auf den Löhnen des Staatspersonals von 14,3 Millionen Franken sowie der neue Leistungsauftrag für die FHNW von 6,6 Millionen Franken zusätzlich und der Kantonsbeitrag für die stationären Spitalbehandlungen von 6,5 Millionen Franken zusätzlich. Das sind sogenannt wiederkehrende höhere Ausgaben. Die beiden Grossevents, die wir im 2025 erfreulicherweise in Basel durchführen werden können, die Women's EURO mit 11 Millionen und die Durchführung des ESC mit, ich habe es bereits erwähnt, 34 Millionen Franken führen hingegen nur zu einmaligen Mehrkosten für den Kanton Basel-Stadt. Diese bilden sich im Budget 2025 ab.

Aufgrund des guten Rechnungsergebnisses 2023, das war letztlich Basis auch für die Erstellung des Budgets 2025, geht der Regierungsrat von nachhaltig höheren Steuereinnahmen aus. Es sind deshalb gegenüber dem Vorjahr 92 Millionen Franken höhere Erträge aus Gewinnsteuern und um 43 Millionen Franken höhere Einkommenssteuern eingestellt. Bei den Vermögenssteuern wird hingegen ein Rückgang von 17 Millionen Franken erwartet. Ungewiss bleibt die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank.

Nach einem Verlust 2023 beträgt der Gewinn im ersten Halbjahr 2024 50 Milliarden Franken, der Kanton budgetiert aber wie immer jeweils die mittlere Gewinnausschüttung, also 45 Millionen Franken und das tut der Kanton auch für das Jahr 2025. Zusätzlich erhält unser Kanton im nächsten Jahr einmalig 10 Millionen Franken von der SNB aus nicht umgetauschten Banknoten der 6. Serie, irgendwelche Banknoten, die dann also zurückgebracht wurden, weil man sie noch unter einem Kopfkissen fand. Erneut mehr bezahlt der Kanton 2025 in den nationalen Finanzausgleich ein. Die Zahlungen liegen mit beachtlichen 223 Millionen Franken so hoch wie nie seit der Einführung des NFA.

Eine grosse Unsicherheit, wir haben es im Bericht Knacknuss genannt, ist die OECD-Steuerreform. Diese Umsetzung wird auf das Rechnungsergebnis des Kantons Einfluss haben. Die Schweizer Stimmbevölkerung stimmte im Juni dieser Mindestbesteuerung gemäss OECD-Regeln zu. Der Bundesrat setzte die entsprechende Verordnung per 1. Januar 2024 in Kraft und sie gilt ab dem Steuerjahr 2024 und wird somit ab 2025 verbucht werden. Die erwarteten Einnahmen für Basel-Stadt sind, auch weil wir hier sehr grosse Unternehmen haben, deshalb aber unsicher zu budgetieren, werden vom Regierungsrat für dieses Budget auf 300 Millionen Franken geschätzt.

Sie alle wissen, dass der Regierungsrat mit dem sogenannten Basler Standortpaket auf diese Einführung reagiert hat. Das Standortpaket umfasst Fördermassnahmen im Bereich Innovation, Gesellschaft und Umwelt sowie weitere steuerliche Massnahmen für den Kanton Basel-Stadt. Die Finanzierung dieser Fördermassnahmen soll über einen neuen Fonds erfolgen, welche mit mindestens 150 und maximal 300 Millionen Franken zu äufnen ist. Im Jahr 2025 ist eine erstmalige Äufnung in der Höhe von 300 Millionen vorgesehen. Der Vorschlag des Regierungsrates, das wissen Sie, befindet sich derzeit in der parlamentarischen Beratung, weshalb die Finanzkommission dies inhaltlich nicht weiter bewertet.

Fakt ist aber, dass die effektiven Mehreinnahmen durch die OECD-Ergänzungssteuer unbekannt bleiben. Unter der Annahme, dass diese Mittel einen Fonds zugewiesen werden, ist dieser Umstand für die Erfolgsrechnung jedoch saldoneutral. Andernfalls hätte dies jeweils erhebliche Auswirkungen auf die Rechnung, so wird wohl erst in ein paar Jahren bekannt sein, was die OECD-Mindestbesteuerung für Auswirkungen auf den Staatshaushalt haben wird. Die Steuererklärung der Unternehmen nehmen schliesslich teilweise, bis sie zu einem Abschluss kommen, mehrere Jahre in Anspruch. Dies führt dann auch jeweils dazu, dass auch einige Jahre später noch Erträge in die Staatskasse durch diese Unternehmensbesteuerung fliessen.

Wie bereits angesprochen, bleibt das Investitionsniveau in unserem Kanton hoch. Der Kanton plant im 2025 Netto-Investitionen in Höhe von 503 Millionen Franken, geplante grosse Projekte umfassen, beispielsweise die Fortsetzung des Neubauprojekts Naturhistorisches Museum und Staatsarchiv, die Anschaffung von Elektrobussen, neue Trams, für die ARA Basel, für den Ausbau der Fernwärme, ausserdem ist eine 21 Millionen Franken-Tranche für das Universitätsspital vorgesehen, in diesem Darlehen auch, dass Sie gesprochen haben. Etwa die Hälfte der Investitionen wird selbst finanziert, der Rest erfordert eine zusätzliche Verschuldung. Bis 2027 könnten die Investitionen gemäss Plan im Kanton auf 627 Millionen Franken ansteigen.

Weiter zunehmend ist die Entwicklung der Beschäftigtenzahl. Für das Jahr 2025 sind 9'928,8 Vollzeitstellen budgetiert, was einer Zunahme von knapp 200 Vollzeitstellen im Vergleich zum Budget 2024 entspricht. Sie finden dazu weitere Informationen in den einzelnen Kapiteln unseres Berichts.

Budget und Finanzplan basieren auf Annahmen, auf fundierten Annahmen, doch die Herausforderung der heutigen Zeit, auch geopolitisch, erschweren die Budgetierung. Der Finanzplan prognostiziert für das Jahr 2026 ein positives Ergebnis von 56 Millionen Franken, während für die Jahre 2027 und 2028 ein ausgeglichenes respektive ein leicht negatives Ergebnis erwartet wird. Das geplante hohe Investitionsniveau, ich habe es bereits erwähnt, führt zu einem Anstieg der Nettoschuldenquote, die bis 2028 von minus 0,1 auf 1,0 Promille ansteigen soll, jedoch weiterhin deutlich unter der maximal zulässigen Grenze von 6,0 Promille verbleibt.

Die Finanzkommission hat diesen Finanzplan diskutiert und ist zu unterschiedlichen Beurteilungen der künftigen Entwicklung gekommen. Eine Minderheit der Kommission macht sich Sorgen zu den budgetierten negativen Kennzahlen. Der Selbstfinanzierungsgrad nimmt ab, die Verschuldung nimmt stark zu, im Jahr 2028 wird mit einem Defizit gerechnet. Die Minderheit der Kommission versteht, dass nicht alle Investitionen mit den laufenden Einnahmen finanziert werden können, aber bei den nach wie vor sehr hohen Steuereinnahmen sollte zumindest der Haushalt ausgeglichen sein. Eine Mehrheit der Kommission teilt diese Perspektive nicht.

Bevor wir zu den Departementen gelangen, möchte ich nun noch einige allgemeine Bemerkungen zum Budget machen, welche wir in unserem Bericht auch abgebildet haben. Sie wissen, dass der Regierungsrat in den vergangenen Monaten diverse Massnahmen implementiert hat, um die Anstellungsbedingungen zu verbessern respektive neue Arbeitskräfte zu rekrutieren. Die Finanzkommission ist darauf bereits in früheren Berichten eingegangen und wollte deshalb nun vom Regierungsrat ein erstes Follow-up erhalten. Die bereits im 2024 umgesetzten Massnahmen haben laut Regierungsrat noch keine messbare Wirkung gezeigt, was angesichts der Kürze auch nicht erstaunt. Es gibt aber, das ist positiv, sehr viele gute Rückmeldungen der Mitarbeitenden, die Evaluation der Mitarbeitenden-Befragung läuft und eine erste Bilanz beispielsweise des Pilotprojekts Vermittlungsprämie wird auf Ende dieses Jahres erwartet. Andere Massnahmen werden im Laufe des kommenden Jahres umgesetzt werden, so sind auch Massnahmen wie Entlöhnung und Führung und Entwicklung für 2025 geplant. Die Finanzkommission begrüsst, dass im Bereich der Anstellungsbedingungen Massnahmen ergriffen worden sind, weitere Massnahmen ergriffen werden und wird das Thema weiter beobachten.

Unterhalt von Liegenschaften. Die Finanzkommission hat festgestellt, dass im Zusammenhang mit dem Unterhalt und der Bewirtschaftung von Liegenschaften sowohl im Finanz- als auch im Verwaltungsvermögen und auch in den sogenannten Transformationsarealen an diversen Stellen der Personal- und Sachaufwand deutlich angestiegen ist. Wir fragten deshalb nach, wo dies im 2025 konkret vorgesehen ist, wie sich diese Zahlen in den letzten fünf Jahren entwickelten und von was einer Prognose man für die kommenden Jahre ausgeht. Der Regierungsrat liess darauf mitteilen, dass in den letzten fünf Jahren es im Verwaltungsvermögen zu Mehrausgaben von gut 10 Millionen Franken kam, dies vor allem wegen der Technisierung, dem Ausbau der Schulen, der Kindergärten, Sicherheitsvorschriften und den Energiepreisen. Insbesondere die Energiekosten seien um 2,5 Millionen Franken gestiegen. Im Finanzvermögen stieg der Sachaufwand wegen den diversen Transformationsarealen, aber auch wegen verschiedenen Grossratsbeschlüssen um 18,8 Millionen Franken. Der Headcount bei Immobilien Basel-Stadt erhöhte sich in den letzten fünf Jahren hierfür um 14,7 Vollzeitstellen. Die Finanzkommission wünscht sich, dass insbesondere der Stellenzuwachs, welcher dafür nicht nur bei IBS feststellbar ist, möglichst zurückhaltend erfolgt und vor allem interne Synergien genutzt werden.

Nun gerne kurz zu einzelnen Departementen und unseren Anträgen.

Im Präsidialdepartement bemängelte die Finanzkontrolle in einem Bericht, dass die vom Kanton gegründete Stiftung für preisgünstiges Wohnen ihre Liegenschaften mit einer Abschreibungsdauer von 200 Jahren führt. Die Finanzkommission stellte die Frage, weshalb die Abschreibung über eine so lange Zeitspanne getätigt werde und ob dies nicht angepasst

werden könnte. Das Präsidialdepartement erklärte, dass diese Praxis von einer Zürcher Stiftung übernommen wurde, nun aber geändert wird. So soll künftig nicht mehr 0,5 Prozent auf dem Gebäudeversicherungswert, sondern 0,5 Prozent direkt auf dem höheren Anlagewert abgeschrieben werden, weshalb sich die jährlichen Abschreibungen damit erhöhen werden. Die Finanzkommission begrüsst diese Änderungen.

Zum Bau- und Verkehrsdepartement. Die kantonale Klimaschutzstrategie setzt Ziele für die Reduktion von Treibhausgasemissionen in Bau- und Betriebsphasen. Dabei verursacht der Bau deutlich höhere Emissionen, insbesondere durch Fassade, Haustechnik, Decken, Wände und Fundamente. Untergeschosse, wurde uns mitgeteilt, machen 9 bis 15 Prozent der indirekten THG-Emissionen eines Gebäudes aus, tiefes Bauen erhöht die baulichen Anforderungen sowie die Kosten. Mit einem speziellen Tool soll nun das Potenzial von Baumaterial berechnet werden. Dieses Tool ermöglicht einfache Berechnungen und soll damit auch für kleinere Architekturbüros zu keinem grösseren Aufwand führen und praxisnah und präzise gestaltet werden, um da auch den Aufwand zu minimieren. Dabei sollen Lenkungsabgaben als hilfreiches Mittel benutzt werden, um Projekte nicht zu behindern. Statt detaillierter Vorschriften werden Grenzwerte gesetzt, die Bauherren und Architektinnen und Architekten einhalten müssen, wobei diese Architektinnen und Architekten dann die Grenz- und Zielwerte berechnen und dokumentieren sollen. Massnahmen zur Erreichung von Netto-Null bei kantonalen Bauprojekten werden direkt in den Projekten umgesetzt und finanziert. Eine vertiefte Studie zu Lenkungsabgaben und Grenzwerten werde aktuell erarbeitet, um mögliche Ausgestaltungsoptionen zu prüfen. Die Ausschreibung der Studie soll bald erfolgen und das Ziel sei, dass Lenkungsabgaben in Projekte reinvestiert werden und nicht in die Staatskasse fliessen. Die Finanzkommission begrüsst, dass diese Massnahmen keinen erheblichen Mehraufwand für die Branche verursachen sollen.

Weiterhin eng verfolgt die Finanzkommission auch die Geschichte rund um das Bau- und Gastgewerbeinspektorat. Wir erkundigten uns, wie das BGI im Jahr 2025 plant, die Altlasten und die Anzahl der noch hängigen Baubewilligungsgesuche abzubauen, die gemäss Budgetbericht weiter bestehen. Gemäss der Departementsvorsteherin des BVD schreitet die Abarbeitung der Altlasten seit Januar 2024 gut voran, dies vor allem dank der Reorganisation, der Aufhebung der statischen Gebietszuteilungen und personeller Verstärkungen. Derzeit haben 89 Prozent der Fälle das Eingabedatum 2024. Zur Fristeinhaltung werden manuelle Hilfsmittel wie Excel genutzt, ab 2025 wird die Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens die Fristenkontrolle automatisieren. Die Finanzkommission wird auch unter Berücksichtigung der nun erstüberwiesenen Motion betreffend Gebietszuteilungen sich weiterhin laufend über diese Pendenzenlast informieren lassen.

Wir kommen zur Digitalisierung von den Hilfsmitteln wie Excel zur allgemeinen Digitalisierung. Wir sind beim Finanzdepartement angelangt. Diese Digitalisierung bleibt wenig überraschend für uns alle ein grosses Thema. So wird auch die Einführung des Authentifizierungsdienstes der Schweizer Behörden, das heisst AGOV, von uns als wichtiger Schritt in Richtung E-Government betrachtet. Bisher haben sich aber nur 16’000 Nutzerinnen und Nutzer, das war beim Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes, erfolgreich registriert und identifiziert im Kanton Basel-Stadt. Dazu ist zu bemerken, dass die Download-Variante der Software BalTax für die Steuererklärungen für die Steuerperiode 2023 ein letztes Mal zur Verfügung gestanden ist. Ab 1. Februar 2025 wird vollständig auf «BalTax Online» umgestellt. Daher wird ein Grossteil der Steuerpflichtigen in Basel-Stadt zeitnah AGOV verwenden müssen. Sie sehen, das kann bei dieser tiefen Zahl der bereits registrierten Nutzerinnen und Nutzer durchaus noch zu einigen Komplikationen führen. Die gute Kommunikation für die Umstellung auf AGOV erachtet die Finanzkommission deshalb als unbedingt notwendig.

Aufgefallen ist der Finanzkommission auch der hohe Anteil von externen, auch langjährigen Mitarbeitenden bei IT Basel-Stadt, nämlich 131 an der Zahl. Die Finanzkommission stellt diese hohe Zahl in Frage und fordert konkrete Massnahmen zur deutlichen Reduzierung dieses Anteils. Die Bemühungen zur Stärkung der Berufsbildung im Bereich Informatik werden als unzureichend angesehen und zusätzliche Anstrengungen zu Gewinnung und Bindung qualifizierter Fachkräfte gefordert.

Zum WSU. Die Finanzkommission liess sich im Hearing mit dem WSU die Unternehmenspflege und Innovationsförderung des Kantons Basel-Stadt präsentieren. Laut dem aktuellen Wettbewerbsindikator der UBS liegt Basel-Stadt auf dem zweiten Platz der Wettbewerbsfähigkeit knapp hinter Zug, was wir vielleicht noch verbessern können, und/aber, was ja besonders erfreulich ist, vor Zürich. Gründe sind die hohe Erreichbarkeit, Innovationskraft, exzellentes Humankapital und ein grenzüberschreitendes Einzugsgebiet. Die Innovationskraft kommt zu 68 Prozent aus der Privatwirtschaft, zu 28 Prozent aus den Hochschulen, zu 3 Prozent aus privaten Organisationen und zu 1 Prozent vom Bund. Die Felder der Innovationsförderung umfassen digitale Innovation, nachhaltige Wirtschaft und Innovation in Life Sciences. Die Ausrichtung zum Umgang mit den hier ansässigen Betrieben sei gemäss WSU geschärft worden und würden einen hohen Stellenwert geniessen. Mit den Unternehmen gebe es einen abgestuften regelmässigen Austausch, was die Finanzkommission sehr begrüsst.

Zu den Gerichten. Der Gerichtsrat liess mitteilen, dass der bisherige Anbieter der Geschäftsverwaltungssoftware Juris die Verträge ohne Rücksprache per 1. Februar 2024 auf eine andere Firma übertragen habe. Gegen diese ohne ihre Mitwirkung erfolgte Vertragsübergabe haben sich die betroffenen Gerichte und Staatsanwaltschaften gemeinsam gewehrt. Dabei ging es primär darum, den weiteren Betrieb von Juris bis zu seiner Ablösung durch eine neue Software sicherzustellen. Die Wartung sei bis Ende 2028 noch gewährleistet, nun müsse aber eine Neuanschaffung evaluiert werden. Die Finanzkommission,

vielleicht auch geprägt von anderen Projekten, befürchtet hohe Kosten für den Kanton. Wir sind entsprechend über das Vorgehen des bisherigen Anbieters irritiert, weil ja der Kanton eine Minderheitenbeteiligung an der Firma hat und da sich diese Firma zu 100 Prozent im Besitz der öffentlichen Hand befindet, hätten wir uns ein anderes Vorgehen erwünscht. Die Finanzkommission erwartet, dass in Bezug auf die Ablösung dieser bisherigen Software nach Möglichkeit eine Lösung mit anderen Behörden inner- und ausserhalb des Kantons gefunden wird, damit diese möglichst kostengünstig wird.

Nun kommen wir noch zu den drei Departementen, in welchen wir Ihnen Änderungsanträge vorgelegt haben. Ich werde diese Änderungen nun bereits in der Eintretensdebatte darlegen, damit allenfalls danach nichts mehr gesagt werden muss.

Zum Gesundheitsdepartement. Die Finanzkommission beantragt Ihnen einstimmig bei 2 Enthaltungen, dass angehende Hebammen im Rahmen der Ausbildungsoffensive zur Umsetzung des Verfassungsartikels zur Pflege eine finanzielle Unterstützung über gesamthaft 120’000 Franken erhalten sollen. Gestützt auf das Gesundheitsgesetz § 60a hat die Finanzkommission beschlossen, für die Ausbildung von Hebammen diese zusätzlichen Mittel zu sprechen. Die Kommission erkennt in diesem Bereich einen ausgewiesenen Bedarf, der Beruf der Hebamme beinhaltet Pflegeleistungen vor und nach der Geburt, was den entscheidenden Unterschied zu weiteren medizinisch-therapeutischen Berufsbereichen wie beispielsweise Physio- oder Ergotherapie ausmacht. Die regionalen Institutionen und Organisationen in der Geburtshilfe haben heute ein Problem mit der Rekrutierung ausgebildeter Fachkräfte in der täglichen Arbeit. Dieses Problem kann ohne laufend neue Fachkräfte und Ausbildung und Anstrengungen in diesem Bereich auch nicht entschärft werden, weshalb Ihnen die Finanzkommission diesen Antrag heute stellt und wir hoffen selbstverständlich, dass Sie unserem Antrag dann folgen werden.

Zum zweiten Antrag, dem Antrag im Erziehungsdepartement. Die anhaltende Teuerung wirkt sich auf die Kosten für Lehrmittel aus. Das Budget für Lehrmittel wurde aber seit 2015 nur einmal, und zwar im Jahr 2022 erhöht. Die Finanzkommission erachtet die damalige Erhöhung aufgrund der Teuerung und den zusätzlich anfallenden Kosten für digitale Lehrmittel und deren Lizenzen als nicht ausreichend. Durch den Wandel in der Bildung verschiebt sich der Fokus zunehmend auf digitale und hybride Lernlösungen, wie auch in allen anderen Bereichen in unserer Gesellschaft. Neben analogen Büchern werden auch digitale Lernprodukte angeboten, häufig als jährliche Lizenzen, die pro Kopf bezahlt werden müssen. Dies wird die künftigen Kosten für Lehrmittel beeinflussen, da analoge Materialien oft mehrfach genutzt werden können, während digitale Lizenzen diese Möglichkeiten nicht bieten. Auch das kennen wir aus unserem Alltag, wenn Sie dort selber in irgendeiner Form tätig sind.

Die aktuelle Situation führt dazu, dass Lehrpersonen oft für Lehrmittel und Materialien anderweitige Mittel zweckentfremden müssen oder aber diese von ihrem eigenen Geld bezahlen, auch weil das Lehrmittelbudget nicht automatisch der Teuerung angepasst wird. Auf Anfrage der Finanzkommission hielt der Regierungsrat im Nachgang zum Hearing mit den Verantwortlichen aus dem Erziehungsdepartement fest, dass vermehrt Lehrmittel mit unterrichtsbegleitendem Arbeitsmaterial auf den Markt kommen und neue Unterrichtsfächer respektive Fächerkombinationen die Anschaffung von zusätzlichem Lehrmittel notwendig mache. Die von der Finanzkommission eingeforderten Angaben betreffend den effektiven Kosten wurden durch den Regierungsrat hingegen nicht beantwortet.

Hingegen hat das Erziehungsdepartement gegenüber der FSS, also der Freiwilligen Schulsynode bereits zu einem früheren Zeitpunkt eine aktuelle Berechnung der eigentlich benötigten Lehrmittelkosten zugestellt. Sie finden diese im Budgetbericht auf den Seiten 30 und 31 abgebildet. Uns erstaunt, dass diese Berechnungen der Finanzkommission nicht zur Verfügung gestellt wurden. Die Finanzkommission sieht hier aber entsprechend einen Handlungsbedarf und sie beantragt Ihnen deshalb heute mit 9 zu einer Stimme bei 2 Enthaltungen, eine Budgeterhöhung um gesamthaft 1,573 Millionen Franken.

Zum Justiz- und Sicherheitsdepartement. Zuerst noch etwas zu einem Thema, welches die Politik in der Vergangenheit und sicher auch in Zukunft weiterhin sehr stark beschäftigen wird, der Vollbestand der Kantonspolizei und die Budgetzahlen bei der Kantonspolizei. Der genehmigte Stellenbestand der Kantonspolizei für das Jahr 2025 beträgt 937 Vollzeitstellen, zuzüglich 69 Ausbildungsstellen und 13 Praktikums- oder anderen befristeten Stellen. Diese kalkulierten 1’019 Vollzeitstellen, das ist ein sogenannt effektiver Bestand, führen zu einem rechnerischen Personalaufwand von 146,1 Millionen Franken. Für das Budgetjahr 2025 stehen für den Personalaufwand nun aber 136,4 Millionen Franken zur Verfügung. Daraus resultiert also bei Personalvollbestand eine theoretische Differenz von 9,7 Millionen Franken. Dieser theoretische Fehlbetrag kann aktuell, und das wissen Sie bestens, kompensiert werden, rund die Hälfte dieser Mehrkosten sind nämlich direkte Folgen des Unterbestandes und damit verbundenen weiteren temporären Effekten. Diese Ausgaben entfallen direkt bei einem Vollbestand. Der Abbau des Unterbestandes wird sich somit schrittweise im Budget auswirken. So wurden bereits die nicht gedeckten Kosten der Systempflege über die nächsten zwei Jahre im Budget aufgenommen. Durch die Berücksichtigung der natürlichen Fluktuation wird die verbleibende Lücke von rund 4,5 Millionen Franken voraussichtlich noch geringer ausfallen.

Wir haben Ihnen die verschiedenen Einflussfaktoren, die sind aus unserer Sicht relativ interessant, in unserem Bericht nach Rücksprache mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement erstmalig abgebildet. Sie sehen nun also zum ersten Mal, weil dies auch, ich glaube, bei der Debatte zur Rechnung 2023 in diesem hohen Hause Thema war und diskutiert wurde, wie sich dieser sogenannte «Fehlbetrag» von gut 9 Millionen Franken konkret zusammensetzt. Die Finanzkommission ortet in diesem Bereich weiteren Gespräch- und Informationsbedarf, nicht zuletzt auch, weil das Justiz- und Sicherheitsdepartement respektive der Regierungsrat kurz vor Veröffentlichung unseres Berichts eine Medienmitteilung mit doch sehr gleichem Inhalt

veröffentlicht hat, und hat deshalb bereits nach dieser Budgetberatung und nach Verabschiedung des Budgetberichts begonnen, sich diesbezüglich mit dem JSD weiter auszutauschen. Wir werden diesen Austausch sicherlich auch im 2025 und dann auch im Rahmen der Berichterstattung zur Rechnung 2024 weiter intensivieren.

Wir kommen zum dritten Antrag, bleiben also im JSD, dieser dritte Antrag, Sie wissen das, betrifft die Staatsanwaltschaft. Die Finanzkommission betrachtet den Anstieg der Pendenzen und die Personalsituation als kritisch. Gemäss Ausführung des ersten Staatsanwalts sei die Situation schwierig und die Fallbelastung permanent über die Jahre hinweg schon hoch und dies habe wenig überraschend Auswirkungen auf die Gesundheit der einzelnen Mitarbeitenden bei der Staatsanwaltschaft. So liege in einzelnen Bereichen die Zahl der pendenten Fälle bei durchschnittlich 87 Fällen pro Person. Und seit 2021, auch das ist ein Fakt, sind die Anzeigen kontinuierlich in sämtlichen Bereichen der Delikte angestiegen. Sie sehen das auch in der jährlich veröffentlichten polizeilichen Kriminalstatistik. Sie sind angestiegen sowohl bei den Verstössen gegen das Strafgesetzbuch, gegen das Betäubungsmittelgesetz, als auch gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz. Dies führt, das ist ebenfalls aus unserer Sicht logisch, nicht nur bei der Kantonspolizei an diversen Orten zu einer hohen Belastung, sondern eben auch in der Staatsanwaltschaft in der Konsequenz zu mehr Pendenzen.

Die mit Budget 2023 bewilligten Stellen haben erfreulicherweise zu höheren Erledigungszahlen geführt. Es handelt sich dabei um einen Anstieg von plus 12 Prozent, dennoch sind die Pendenzen weiter angestiegen und auch bei den Rückständen, dabei geht es um Fälle, die sechs Monate nach Anzeigeneingang noch pendent sind, ist die Zahl gegenüber dem Vorjahr um 7 Prozent erfreulich gesunken. Das ist an dieser Stelle sicherlich zu erwähnen. Dennoch ist die eingangs geschilderte Situation weiterhin sehr unbefriedigend, und zwar für alle, für die Mitarbeitenden der Staatsanwaltschaft, für die Strafverfolgung insgesamt, aber auch für die Beschuldigten, also die Täter, und/aber auch für die Opfer. Im Budget 2025 wurden durch den Regierungsrat der Staatsanwaltschaft insgesamt 4,5 Stellen zugesprochen, davon 3,0 bei der Jugendanwaltschaft und 0,5 im Erwachsenenbereich sowie 1,0 Stellen für den Stab. Die Finanzkommission fragte in der Folge nach, wie viele Stellen denn die Staatsanwaltschaft beantragt habe, worauf uns mitgeteilt wurde, dass sie insgesamt 20,6 Stellen beantragt hätten, davon 7,0 für die Jugendanwaltschaft und den Rest für den Erwachsenenbereich.

Obwohl also in den vergangenen Jahren die Personalressourcen der Staatsanwaltschaft substanziell erhöht worden sind, es handelt sich beim Headcount zwischen 2019 und 2023 um einen Anstieg von 53,7 Vollzeitstellen, also 22 Prozent. Und obwohl bei den Rückständen, ich habe es erwähnt, per 2023 eine Besserung zu verzeichnen ist, war die von der Staatsanwaltschaft erneut beklagte Ressourcenknappheit und die diesbezüglich mit Ausnahme der Jugendanwaltschaft aus unserer Sicht vernachlässigbaren Anpassungen im Budgetantrag der Regierung Anlass für vertiefte Diskussionen in der Finanzkommission. Ich vermute, diese Diskussionen werden sich heute in ähnlicher Form auch hier vorne dann am Rednerpult noch einmal abbilden.

Eine Mehrheit der Finanzkommission ist der Ansicht, dass angesichts der weiter zunehmenden Arbeitslast die Staatsanwaltschaft nicht über ausreichende Personalressourcen verfügt und auch die Erhöhung des Regierungsrates hier zu wenig ist. Sie beantragt Ihnen deshalb mit 8 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung, den Headcount um 8,0 Vollzeitstellen aufzustocken. 2,0 Stellen sind dafür bei der Jugendanwaltschaft vorzusehen, 6,0 Stellen im Erwachsenenbereich, dort in diesen Abteilungen, wo es am dringendsten notwendig ist. Dafür hat die Finanzkommission den Personalaufwand des Justiz- und Sicherheitsdepartements um 1,748 Millionen Franken erhöht.

Der vierte Antrag, ich habe es bereits erwähnt, betrifft eine Verbesserung des Budgets um 18,33 Millionen Franken für den Teuerungsausgleich auf den Personalkosten und den dazu berechtigten Staatsbeiträgen. Ich habe das bereits ausgeführt, wir bitten Sie hier als Finanzkommission, die auch darüber vorgängig informiert wurde, im Dezember einstimmig um Zustimmung.

Nun bleibt mir zum Schluss zu danken den Mitarbeitenden der Verwaltung für ihre umsichtige Arbeit im Dienste unseres Gemeinwesens, dem Regierungsrat und dem Gerichtsrat für den stets konstruktiven Austausch und die Beantwortung unserer teils auch nicht immer einfachen Fragen. Danken möchte ich aber auch meiner Kommission, die in den vergangenen Monaten sich wieder in vielen Arbeitsstunden in das Budget hineingekniet hat und so dazu beitrug, dass wir heute hier diesen Budgetbericht besprechen und das Budget 2025 beschliessen können. Mein letzter, aber vermutlich wichtigster Dank gilt unserem Kommissionssekretär, der wie immer die Arbeit der Finanzkommission eng begleitet und koordiniert hat.

Die Finanzkommission beantragt Ihnen einstimmig, das Budget 2025 des Kantons Basel-Stadt zu genehmigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist die Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Alle fünf Museen budgetieren für das Jahr 2025 im ähnlichen Rahmen, wie sie es für das Jahr 2024 gemacht haben. Zu den einzelnen Museen picke ich zwei, drei Details aus dem schriftlichen Bericht der BKK heraus.

Beim Antikenmuseum beschäftigt man sich bereits mit der Pensionierung des Direktors, die im Jahr 2027 erfolgen wird. Da die Beschaffung von Drittmittel ja immer auch mit dem Netzwerk eines Direktors zusammenhängt, wird dieser Bereich bereits jetzt weiter professionalisiert und personell aufgestockt. Nebst den Arbeiten an den neuen Dauerausstellungen beschäftigt das AMB auch die Provenienzforschung weiterhin intensiv. Da die Ergebnisse dieser Forschungsarbeit publiziert werden müssen, ist auch eine datenschutzrechtliche Abklärung notwendig, vor allem auch dann, wenn Menschen, die eine Schenkung getätigt haben, noch leben.

Die Generalinventur im Historischen Museum verläuft planmässig und wird bis Ende 2025 abgeschlossen sein. Mit der Inventarisierung ist auch die Digitalisierung der Sammlung fortgeschritten. Leider sind die Daten noch nicht öffentlich abrufbar, weil die Infrastruktur und die dazu benötigten Mittel fehlen. Für die Provenienzforschung ist eine Person befristet angestellt. Allerdings wäre es für die Planungssicherheit sowohl im HMB wie auch in den anderen Museen wichtig, dass die Gelder für die Provenienzforschung ins ordentliche Budget überführt werden könnten.

Zur finanziellen Situation des Kunstmuseums haben wir während der letzten Session ausführlich diskutieren können. Das Budget 2025 enthält einige Massnahmen zur Erreichung einer ausgeglichenen Finanzrechnung. Weitere zusätzliche Massnahmen sind getroffen und weitere werden geplant. Gemäss Museumsleitung werde aber die Einhaltung der Budgetvorgaben 2025 kurzfristig zu einer wesentlichen reduzierten Leistungsfähigkeit des Museums führen und eine vollständige Erfüllung des Leistungsauftrags sei so kaum zu gewährleisten. Ebenfalls formuliert die Leitung, dass für die zukunftsorientierte Entwicklung und um das Museum als internationalen Leuchtturm erhalten zu können, verschiedene Grundlagen wichtig seien und dass ohne zusätzliche Ressourcen diese Weiterentwicklung leiden werde. Der schriftliche Bericht der BKK geht näher auf diese Grundlagen ein. Ich mache das jetzt nicht.

Dank der Stärkung der Provenienzforschung konnte im Museum der Kulturen eine neuartige Projektreihe konzipiert werden. Gewisse Forschungs- und Restaurierungsarbeiten an Objekten werden im Museum öffentlich sicht- und erlebbar gemacht, was auf grosses Interesse der Besucherinnen und Besucher stösst. So haben die Möglichkeiten, die mit der Rahmenausgabenbewilligung für die Provenienzforschung geschaffen wurden, einen grossen Einfluss auf das Budget. Für das MKB hat die Provenienzforschung grundsätzlich aber eine wichtige Bedeutung. Zusammen mit der Erfahrung dieser Projektreihe würde es auch das MKB begrüssen, wenn die Ressourcen für die Provenienzforschung verstetigt und entsprechend in das ordentliche Budget überführt werden könnten.

Der moderate Anstieg der Ausgaben und der leichte Rückgang der Einnahmen des Naturhistorischen Museums haben mit den Massnahmen im Zusammenhang mit dem Neubau zu tun. Auch die personellen Ressourcen des Museums werden weiterhin stark durch die Planung und Realisierung des Neubaus beansprucht. Die Inventarisierung der Sammlungsobjekte schreitet voran und die vollständige Erfassung der Human Remains mit kolonialen Hintergrund und die Provenienzforschung liegen im Zeitplan.

Alle fünf Museen beschäftigen sich zudem mit den neuen Mehrjahres-Globalbudgets, die ausser im Kunstmuseum ab 2026 gelten werden. dass diese Mehrjahresbudgets gut umgesetzt werden können und dass gegen Ende der jeweiligen Budget-Periode keine bösen Überraschungen auftauchen, auf die dann mit Nachtragskrediten reagiert werden muss, ist das Controlling innerhalb der Museen wesentlich. Diese internen Abläufe sollten überprüft, allenfalls angepasst und verstärkt werden. Ausserdem sind zur Umsetzung der Mehrjahres-Globalbudget die Prozesse in der Verwaltung und die Zusammenarbeit mit der Politik zu definieren. Dazu muss rechtzeitig ein Austausch mit den zuständigen Kommissionen des Grossen Rates stattfinden.

Die BKK beantragt einstimmig, die Vorlage des Regierungsrats zu dem Globalbudget 2025 der fünf kantonalen Museen zu verabschieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat das Wort der Präsident der UVEK Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich darf für die UVEK berichten, dass wir uns mit dem ÖV-Globalbudget auseinandergesetzt haben und nach Austausch mit dem Amt für Mobilität folgende Feststellungen gerne Ihnen darlegen möchten. Wir haben die vier Produktegruppen angeschaut und sind zum Schluss gekommen, dass es Sinn macht, diese vier Produktegruppen separat anzuschauen, dass das mehr aussagt als am Schluss die resultierenden Zahlen.

Der allergrösste Teil der Ausgaben geht auf die bestellten Verkehrsleistungen zurück, das ist bei der S-Bahn, vor allem beim Tram- und Busverkehr, also das gefahrene Angebot gemäss Fahrplan. Hier gibt es kleinere Veränderungen in diesem Bereich, zum Beispiel, die Energie ist etwas günstiger geworden, dafür ist die Teuerung gestiegen, das gleicht sich plus-minus wieder aus. Was hier der grosse Hebel ist, und das ist auch der Grund dafür, dass wir seit etwa 2019 diesen Anstieg sehen, ist die Schere, die aufgeht zwischen Erlösen und den Kosten, die einfach da sind, um das Angebot zu fahren, und das hat sich seit Corona noch nicht erholt. Wir sind jetzt, wenn wir schauen, was man pro Kilometer ausgibt, etwa auf dem doppelten Niveau wie vor Corona und das erholt sich erst langsam wieder. Das wurde in der UVEK sehr unterschiedlich aufgenommen. Allgemein war die Sorge da, dass diese Kosten weiter steigen können, was sich jetzt zum Glück nicht zeigt.

Es zeichnet sich ein leichter Rückgang ab, die Leute kommen auch wieder zurück auf den ÖV, sie verhalten sich aber anders.

Und da sind wir bei einer anderen Produktegruppe, die Tarife und Verbünde und hier ist eigentlich ein Anstieg aus Sicht der UVEK nicht per se als negativ zu werten. Das heisst nämlich, weil der Kanton ja die U-Abos subventioniert, wenn dort die Ausgaben ansteigen, dann bedeutet das auch, dass mehr U-Abos auf Monatsbasis bezogen werden und insbesondere hat die UVEK dort interessiert, wie das ist bei dem neuen Angebot für Kinder und Jugendliche bis 25, das wir ja seit diesem Frühling vergünstigt als Kanton abgeben. Hier hat sich gezeigt, dass das bis jetzt sehr gut läuft und dass hier die Nachfrage sehr stark gestiegen ist und entsprechend wird auch im nächsten Budget das so berücksichtigt. Hier ist ein Anstieg der Kosten anders zu bewerten als bei den ersten zwei Produktegruppen, S-Bahn, Tram- und Busverkehr.

Der letzte Punkt, der Baustellenverkehr und die Abschreibungen des Tramnetztes, da gibt es ja seit mehreren Jahren eine Änderung, die automatisch dazu führt, dass hier die Zahlen steigen. Das wird anders abgebildet in der Buchhaltung. Das bedeutet nicht, dass die Ausgaben steigen, sondern bis das ganze Tramnetz einmal mit diesem neuen System abgebildet ist, wird hier ein natürlicher Trend der zunehmenden Zahlen gering sein. Auch das ist der UVEK wichtig, nochmals in Erinnerung zu rufen.

Insgesamt über das ganze ÖV-Globalbudget ist die UVEK sehr unterschiedlicher Ansicht, wie das politisch zu beurteilen ist. Wir haben als gemeinsame Basis zur Kenntnis genommen, dass die Kosten in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark gestiegen sind. Die Gründe dafür sind nachvollziehbar, wir haben zum Beispiel hier im Grossen Rat auch verlangt, dass das Abendangebot oder auch am Wochenende das Angebot verbessert wird. Trotzdem gibt es in Teilen der UVEK die Befürchtung, dass diese Kosten auch langfristig so hoch bleiben. Bei anderen Teilen der UVEK ist die Perspektive auf die Kosten so, dass die auch wieder sinken werden, wenn die Leute zurück auf den ÖV gehen. Gerade das erfolgreiche U-Abo bei Kindern und Jugendlichen weist in diese Richtung. Und diesem Teil der UVEK ist es auch sehr wichtig, die Kosten in einem Gesamtkontext zu setzen. Zum Beispiel, die Elektrobusse, die führen zu einer Kostensteigerung im überschaubaren Rahmen, sparen aber aus volkswirtschaftlicher Sicht sehr viele Kosten ein, wenn man Luftreinhaltung, Lärm, usw. berücksichtigt, die ganzen Klimakosten natürlich sowieso.

So ist aus Sicht der UVEK das Budget nachvollziehbar mit den Einschränkungen, die ich gemacht habe für einen Teil der UVEK. Die anderen wünschen sich, dass vermehrt die volkswirtschaftliche Sicht berücksichtigt wird. Vielleicht nicht im Rahmen des Budgets, aber dann sicher in der Klimastrategie, was kann der ÖV leisten an Kostensenkung aus volkswirtschaftlicher Sicht in Sachen Klima, Lärm. Luft, usw.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Regierungsrätin Tanja Soland für den Regierungsrat das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich fange mal mit dem Dank an zur Abwechslung, und zwar möchte ich der Finanzkommission danken für ihren sehr ausführlichen Bericht, auch ihre sehr ausführliche Beratung des Budgets und dem ausführlichen Votum des Präsidenten der Finanzkommission. Damit kann ich mir einige Ausführungen ersparen, denn er hat dies bereits sehr kompetent und ausführlich gemacht. So möchte ich nur ein paar Punkte nochmals zur Verdeutlichung erwähnen und dort, wo wir vielleicht anderer Ansicht sind, das sind nicht so viele Punkte, die möchte ich auch herausstreichen.

Wir haben das erste Mal ein Defizit budgetiert. Aktuell ist es 8 Millionen und wenn Sie der Finanzkommission folgen, dann 12 Millionen, das ist eigentlich eine schwarz-rote Null. Bei einem so grossen Haushaltsbudget ist dieses kleine Defizit nicht wirklich relevant. Was Sie aber sehen, ist, dass es wirklich etwas enger wird, der strukturelle Überschuss ist weg. Das sehen Sie auch, wenn Sie die Medienmitteilung zur Hochrechnung gelesen haben, auch wenn in den Medien gesagt wurde, ja, schon wieder mehr als budgetiert, muss man sagen, diese 25 Millionen mehr sind auch recht unwesentlich. Es sind nicht 100, 200 Millionen mehr, es sind 25, das lässt sich nie so genau budgetieren.

Daher sind wir jetzt in einem Bereich, wo wir davon ausgehen, in Zukunft ausgeglichenere Rechnungen zu haben. Wir haben aber nicht vor, ein Defizit grundsätzlich zu budgetieren, das heisst, was Sie sehen im Finanzplan, das möchten wir natürlich verhindern. Wir werden dann schauen, dass wir das Budget ausgeglichen machen. Dieses Mal hat es nicht geklappt, aber ich glaube, es wäre nicht anders gegangen. Wir wollten den ESC, die Bevölkerung wollte das und der Entscheid kam zu spät, als dass wir das bereits in das Budget hätten aufnehmen können. Daher ist es uns nicht gelungen, ein positives Budget vorzulegen, ist aber ein Anspruch des Regierungsrates, dies in Zukunft so wieder zu machen.

Was auch noch bemerkenswert ist, ist das Investitionsvolumen. Das steigt an, das steigt stark an, wir haben sehr viele Investitionen. Wir sind in einem Bereich der Höhe, dass der Regierungsrat das zukünftig sehr aufmerksam beobachten möchte. Auch wenn wir uns das leisten können, auch wenn wir eine zusätzliche Verschuldung tragen können, möchten wir trotzdem schauen, dass es in Zukunft nicht eine gewisse Höhe überschreitet, weil zusätzliche Schulden machen, ist nie vollkommen positiv, sondern wir wollen da in einem gewissen Rahmen bleiben. Es ist auch so, dass es schwierig ist, manchmal all diese Investitionen auf die Reihe zu kriegen, gleichzeitig müssen wir sicher mehr priorisieren. Wir müssen vor

allem schauen, wann etwas kommt, ob wir es verzögern sollen, was wir alles gleichzeitig überhaupt leisten können. Der Regierungsrat wird den Anstieg der Investitionen aufmerksam beobachten und wir schauen, dass es nicht aus dem Rahmen fällt.

Die wichtigsten Veränderungen hat der Präsident der Finanzkommission auch schon erwähnt. Was ich dazu noch sagen möchte, ist, bei der Ergänzungssteuer und dem Standortpaket, diese 300 Millionen, die wir budgetiert haben, das ist keine Schätzung. Wir können es im Moment wirklich noch nicht schätzen. Wir haben einfach den Maximalbetrag genommen, welchen wir im Ratschlag des Standortpakets haben. Dort haben wir geschrieben, wir gehen davon aus, dass wir Mehreinnahmen von 150 bis 300 haben und so haben wir das vorgeschlagen im Gesetz, darum haben wir diese 300 genommen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es sehr schwierig ist, im Moment diese Zahl der Mehreinnahmen der Ergänzungssteuer zu schätzen, wir werden es erst wahrscheinlich frühestens im 2026 wissen. Wir werden jetzt im Laufe der Zeit immer etwas näher an den Betrag kommen durch die Gespräche mit den Firmen., aber das ist wirklich eine grössere Herausforderung.

Was auch noch massiv angestiegen ist, sind die Zahlungen in den nationalen Finanzausgleich. Da bezahlt Basel-Stadt deutlich mehr. Dort haben wir wirklich höhere Ausgaben, seit 2022 sind diese Zahlungen um 85 Millionen gestiegen und werden weiter ansteigen.

Eine grosse schwarze Wolke, die auf uns zukommt, ist das Entlastungsprogramm des Bundes. Das könnte noch für Schwierigkeiten sorgen, wird aber erst nächstes Jahr in die Vernehmlassung gegeben, daher hoffen wir, dass wir dort auch noch Einfluss nehmen können. Es wird sich aber allenfalls schon auf das Budget 2026 auswirken.

Bei der SNB, wie es der Präsident der Finanzkommission gesagt hat, haben wir uns erlaubt, nochmals die mittlere Gewinnausschüttung zu budgetieren. Es sieht ja auch schon wieder etwas positiver aus, als man das anfangs Jahr dachte, aber im Moment ist es immer noch sehr unsicher. Wir hoffen natürlich, dass die Entwicklung auch für die SNB positiver sein wird.

Zu den Steuerannahmen haben Sie die Ausführungen schon gehört. Wir sind da wohl in einem Bereich, dass wir recht gut budgetiert haben. Wir gehen davon aus, dass die Steuereinnahmen nicht mehr massiv steigen werden, sondern dieses Niveau, auf welches wir jetzt unser Budget nachvollzogen haben.

Daher Finanzplan und Ausblick. Ich finde, es gibt weder Sorgenfalten noch ein Grund, jetzt die Ausgaben noch mehr zu steigern. Ich glaube, wir sind auf einem sorgfältigen Weg. Es ist aber tatsächlich so, dass der strukturelle Überschuss weg ist, daher heisst es, wirklich sorgfältig zu budgetieren, sorgfältig zu überlegen, welche Ausgaben wir tätigen wollen.

Die Finanzkommission stellt dann noch drei Anträge, um das Budget zu verschlechtern. Der Regierungsrat lehnt alle drei Anträge ab und wird in der Detailberatung dazu noch Stellung nehmen.

Zu einem Änderungsantrag möchte ich aber jetzt schon kurz Stellung nehmen und das ist der Änderungsantrag der SVP-Fraktion, der Verzicht auf die 0,8 Stellen bei den HR der Departemente. Ich mache das, weil es alle Departemente betrifft. Soweit wir gesehen haben, nicht das ED nicht das JSD, warum weiss ich nicht, das wird dann sicher der Antragsteller noch erklären, ob es Absicht war oder nicht, das ist mich nicht ganz klar, aber da wir diese Stellen für alle gesprochen haben und das die gleiche Begründung ist, erlaube ich mir, hier schon Stellung zu nehmen.

Wir haben länger im HR-Bereich keine zusätzlichen Stellen gesprochen und dieser Bereich hat sich gewandelt. Es ist nicht mehr wie früher, dass man hier administrativ tätig ist und einfach die Eintritte notiert und Austritte und die Zeugnisse verschickt und Verträge verschickt. Dieses Berufsbild hat sich sehr gewandelt. Das sind heute Business Partner, die begleiten die Dienststellen, sie begleiten bei schwierigen Gesprächen, bei Rekrutierungen, bei sehr vielen Themen, die in den Abteilungen präsent sind, wie Kulturwandel oder eine Reorganisation, da ist wirklich Begleitung dabei, Beratung. Ich persönlich darf das auch wahrnehmen, ich werde auch persönlich beraten, es wird auch geholfen, wenn es um schwierige Personalentscheide geht. Also hier haben wir wirklich ein vollkommen neues Berufsbild, das sich sehr gewandelt hat. Und das ist auch wichtig für die Arbeitgeberattraktivität, das ist wichtig für unsere Mitarbeitenden, dass wir bei den HR gut aufgestellt sind. Was wir dort vor allem noch brauchen, ist das eHR, die ganze moderne Zeiterfassung, dass der Rekrutierungsprozess digital verläuft, das Personaldossier elektronisch zur Verfügung steht, dass die Mitarbeitenden dies auch elektronisch nachvollziehen können. Dort sind wir tatsächlich im Kanton etwas hintennach und sind dabei, das aufzuholen.

Diese ganzen neuen Tools und diese Veränderungen, die brauchen auch Ressourcen. Wir haben das diskutiert und haben entschieden, dass wir daher jedem Departement diese 0,8 Stellen zusätzlich geben wollen. Man könnte sagen, man hätte das nach Grösse der Departemente anders machen können, wir haben aber die Schwierigkeit, dass bei kleinen Departementen es schwieriger ist, auch Verschiebungen vorzunehmen oder wenn es dann zum Beispiel nur 30 Prozent sind, überhaupt jemanden zu finden. Und aus diesem Grund, mit dieser ganzen Entwicklung des Berufsbildes und die zusätzlichen Anforderungen, die jetzt mit dem eHR auf uns zukommen, hat der Regierungsrat entschieden, dies bei allen Departementen gleich zumachen, diese Aufstockung. Wir wollen auch ein Zeichen geben, weil die Departemente arbeiten im Moment sehr gut zusammen in diesem Bereich, das hat früher vieles blockiert. Wir kommen hier aber sehr gut vorwärts und daher war das

ein Entscheid, das bei allen gleich zu machen. Daher bitte ich Sie sehr, diesen Antrag heute der SVP-Fraktion bei den verschiedenen Departementen abzulehnen.

Gut, das war es auch schon von meiner Seite. Ich bin gespannt auf die Diskussion und bitte Sie, dem Budget, so wie vom Regierungsrat beantragt, ohne die Änderungsanträge der Finanzkommission und allen anderen Parlamentariern zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat der Präsident des Gerichtsrats Stephan Wullschleger das Wort.

Stephan Wullschleger: Ich kann mich darauf beschränken, der Finanzkommission für ihre sorgfältige Prüfung des Budgets der Gerichte, die kritische Begleitung unserer Herausforderungen, zunehmend wachsenden Herausforderungen im Bereich der Gerichts IT und die angenehme Zusammenarbeit zu danken. Ich kann auf ein Votum verzichten an dieser Stelle.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und es hat sich Pascal Messerli für die SVP zuerst gemeldet.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion hat wie jedes Jahr das Budget kritisch begutachtet und ist der Meinung, dass noch ein paar Punkte abgeändert werden können. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass der Regierungsrat für das Jahr 2025 ein leichtes Minus budgetiert, können aber gleich vorwegnehmen, dass uns diese Zahl jetzt nicht sehr gross beeindruckt. Diese sehr negative Budgetierung scheint vielmehr in den letzten Jahren auch Regierungspraxis zu sein, um weitere Steuersenkungen zu verhindern. Wir sehen es ja auch beim Budget 2024, aber auch in den Jahren zuvor, dass die Rechnung dann meistens deutlich positiver ist als budgetiert. Selbstverständlich wird auch die SVP-Fraktion zukünftige Steuersenkungen begrüssen.

Unabhängig von der Frage, ob jetzt zu negativ budgetiert wird oder nicht, ist die SVP ohnehin der Meinung, dass wir nicht zu wenig Einnahmen haben, ganz im Gegenteil, sondern massiv zu viele Ausgaben. Und wenn man sich jetzt die Entwicklung des Headcounts anschaut, dann haben wir hier in diesem Kanton ein strukturelles Problem, was dazu führt, dass wir eben keine strukturellen Überschüsse mehr haben, wie es Finanzdirektorin Tanja Soland gesagt hat. Auch wenn es der Regierungsrat in den letzten Jahren immer mal wieder verneint hat, aber es ist Fakt, dass der Kanton Basel-Stadt komplett uferlos wächst. Beim heutigen Budget sprechen wir von einer Headcount-Erhöhung von 200, im Budget 2024 waren es 200, im Budget 2023 waren es 300 und beim Budget 2022 waren es wiederum 200. Das sind fast 1'000 Stellen in einer Legislatur. Der Kanton wächst innerhalb von vier Jahren in Höhe von einem ganzen Konzern. Und da, geschätzte Frau Regierungsrätin Tanja Soland, kann man jetzt wirklich nicht sagen, dass wir heute negative Zahlen haben wegen dem Eurovision Song Contest. Das ist ein strukturelles Problem, das sind diese 1'000 Stellen mehr in den letzten vier Jahren, wo wir einfach uferlos wachsen. Hier ist nicht nur das Departement und der Regierungsrat in der Pflicht, hier ist die gesamte Politik in der Pflicht, dies auch kritisch anzuschauen. Und hier darf man auch durchaus die Finanzkommission kritisieren. Sie hat es nämlich in den letzten vier Jahren geschafft, einen einzigen Kürzungsantrag zu stellen und das war bei einer Covid-Stelle im Gesundheitsdepartement und das ist bei 1'000 Stellen in vier Jahren bescheiden und unkritisch.

Die SVP-Fraktion hingegen weist schon lange darauf hin, dass dieses Staatswachstum problematisch ist, deshalb haben wir auch in diesem Jahr Kürzungsanträge eingereicht. Ich kann Sie beruhigen, wir stellen in diesem Jahr keinen Kürzungsantrag in der Abteilung Gleichstellung, sind aber der Meinung, dass im Bereich der Digitalisierung dort departementübergreifend diese Stellen nicht gesprochen werden müssen. Es sind insgesamt fünf Anträge. Wir werden dann die anderen Anträge zurückziehen, wenn der erste Antrag keine Mehrheit findet und wir werden auch beim BVD noch einen zusätzlichen Antrag stellen.

Selbstverständlich anerkennt die SVP, dass es Bereiche gibt, in welchem ein Wachstum auch rational begründet ist. Wir haben beispielsweise im Rahmen der steigenden Schülerzahlen im Erziehungsdepartement nie interveniert und Kürzungsanträge bzw. Anträge gegen das Wachstum gestellt, aber heute werden wir bei den Lehrmitteln dem Regierungsrat folgen. Es ist auch eine Tatsache, dass wir in verschiedenen Bereichen, beispielsweise auch in rechtlichen Verfahrensbereichen mehr Ressourcen benötigen, ganz unabhängig an welcher Stelle das ist, sei es bei den Gerichten, sei es bei der KESB, sei es im Bereich Schuldbetreibung und Konkurs und ja, sei es auch im Bereich der Staatsanwaltschaft, hier benötigt es zusätzliche Ressourcen.

Deshalb wird auch die SVP hier dem zustimmen und dies auch noch in der Detailberatung dann noch genauer kommentieren. Auch der Mehrbedarf zur Umsetzung der Pflegeinitiative im Bereich der Hebammen-Ausbildung ist aus Sicht der SVP legitim, das werden wir unterstützen. Zu den anderen Bereichen werden wir uns im Detail äussern, auch zu unseren Kürzungsanträgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Spare in der Zeit, dann hast du in der Not, das habe ich letztes Jahr hier im Budget 2024 gesagt. Ein Jahr später diskutieren wir hier drinnen darüber, was eine schwarze Null ist und was keine schwarze Null ist, das ist auch eine spannende Diskussion.

Ich möchte kurz auf den Finanzplan eingehen. Im Finanzplan 2028 steht eine schwarze Null drin könnte man sagen, wenn man das jetzt so interpretiert, wie wir vorhin darüber diskutiert haben, aber es steht eine rote Null drin, und zwar geht es um 36 Millionen Defizit, das wir heute schon im Finanzplan 2028 vorsehen, trotz weiterer Zunahmen bei den Steuereinnahmen und nicht nur bei den OECD-Steuern. Die Investitionen nehmen weiter zu, was per se ja nicht schlecht ist, aber wenn wir den Selbstfinanzierungsgrad anschauen, der stürzt ab von 160 Prozent im 2023 auf bescheidene 39 Prozent im 2028. Die Schulden nehmen stark zu im Finanzplan, wir reden von Nettoschulden wieder von gegen 1 Milliarde im 2028 und Bruttoschulden von 6 Milliarden, also deutlich mehr als der gesamte Haushalt. Bei der pro-Kopf-Verschuldung nimmt der Kanton trotz all den Einnahmen, die wir generieren, einen Spitzenplatz ein, einen absoluten Spitzenplatz bei der Brutto-pro-Kopf-Verschuldung.

Wir haben in der Finanzkommission den Finanzplan diskutiert und sind zu unterschiedlichen Ansichten oder Beurteilungen gekommen. Eine Minderheit der Kommission macht sich Sorgen. Ich habe vorhin bei der Regierungsrätin auch gewisse Sorgen gespürt, was ich positiv finde. Wir verstehen, dass wir nicht alle Investitionen bei diesen ambitionierten Zielen mit den laufenden Einnahmen finanzieren können, aber einen ausgeglichenen Haushalt sollten wir doch erwarten können. Wir werden da ein Auge darauf haben.

Der Präsident hat es ausgeführt, im Budget nehmen fast alle Ausgabenpositionen weiter zu, alles wächst, die Stellen, die Ausgaben und auch die Einnahmen. Quasi das Einzige, was gleichgeblieben ist, ist der Umfang des Budgetberichts mit den 350 Seiten. Nur diese kann man leider wahrscheinlich auch nicht noch weiter ausdehnen, sonst versteht niemand mehr am Ende, was da wirklich drinsteht. Der Wille, etwas zu reduzieren, auf eine Ausgabe oder auf eine Aufgabe mal zu verzichten, dieser Wille ist nicht erkennbar. Das Gegenteil ist der Fall, immer neue Ausgaben und Aufgaben werden an die Verwaltung delegiert, alles wird immer teurer. Die Teuerung ist jetzt bei 0,5 Prozent für das Jahr. Wir hatten dieses Jahr x Bauprojekte, wo wir 40-prozentige Teuerungen überwiesen haben in der Finanzkommission. Wenn man nicht sparen will und hier drin im Saal immer wieder neue Staatsaufgaben erfunden werden, dann muss man auf der Einnahmeseite ansetzen. Für die FDP heisst das, Einkommenssteuern senken und den Menschen die Kaufkraft zurückgeben.

Grosse Sorgen bereiten uns nach wie vor die Bauprojekte. Die Sanierung des Spiegelhofs verzögert sich weiter, die Mitarbeitenden, die ins Kleinbasel umziehen mussten, die 150 Leute, die bleiben jetzt da statt 24 Monate 43 Monate. Das Ganze verursacht Mehrkosten von 1,4 Millionen, der Umzug zurück in den Spiegelhof ist scheinbar nicht klar, ob überhaupt jemand da zurückgeht. Das JSD ist gleichzeitig an der Standortstrategie der Kantonspolizei, wir wissen also heute nicht, ob in fünf bis zehn Jahren überhaupt noch Polizisten im Spiegelhof sein werden und ob wir den Spiegelhof am Ende für 100 Millionen umsonst saniert haben.

Auch beim Neubau des Naturhistorischen Museums und Staatsarchiv ist mit Verzögerung und Mehrkosten zu rechnen. Hier warten wir jetzt dann bald über ein halbes Jahr mit Informationen, wie die Mehrkosten ausschauen und wenn der neue Termin feststeht. Da muss man schon fast von einer Salamitaktik reden. Dann noch ein Wort zum Kunstmuseum. Diese Sanierung startet im 2029, da wissen wir heute schon, dass mit Teuerung wir wahrscheinlich von 200 Millionen sprechen, die diese Sanierung kostet. Die Baukosten wachsen scheinbar in dieser Stadt wie ein Wolkenkratzer und ich muss mir wirklich die Frage stellen, können wir in Zukunft all diese Ausgaben noch finanzieren, wenn wir so weitermachen.

Ich verweise hier nochmal auf meine Ausführungen zum Finanzplan, nichtsdestotrotz unterstützt die FDP das Budget und auch die drei Änderungsanträge der Finanzkommission.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die finanzielle Lage des Kantons Basel-Stadt ist gut und wie im Bericht genannt und seither sehr viel zitiert, solide. Die stabile Ausgangslage haben wir dank der bedachten Budgetierung und der Einhaltung des Budgets seitens Departemente und Gerichte. Fraglos muss auch weiterhin sorgfältig mit dem Geld und den Ausgaben umgegangen werden, gerade auch, weil wir ein grosses Ausgabenwachstum haben. Ich bin davon überzeugt, dass diese Sorgfalt gegeben ist, auch wenn die Ausgaben kontinuierlich steigen und sogar die Finanzkommission zum ersten Mal Anträge für Mehrausgaben stellt.

Davon abgesehen ist vieles ähnlich wie letztes Jahr, überall steigen die Kosten. Fast hätte ich das Votum vom letzten Jahr copy/pasten können. Aber ein bisschen anders ist es dieses Jahr halt schon und sorry, Scherz, es ist natürlich sehr anders. So schlagen denn auch die Kosten für den ESC von 34 Millionen Franken und die 11 Millionen Franken für die Frauen Europameisterschaft zu Buche. Bei den wiederkehrenden Ausgaben sind der Ausbau der Kinderbetreuung von 33,6 Millionen und der nationale Finanzausgleich zu nennen. Dann natürlich auch die Teuerungen auf Löhne und Staatsbeiträge von 27,5 Millionen Franken, die 44 Millionen Franken für den Neubau des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs. Als grosses Investitionsvorhaben auf jeden Fall zu nennen ist sicher die Hafen- und Stadtentwicklung nach wie vor. Wir haben ein hohes Investitionsvolumen von 503 Millionen Franken und das Nettovermögen sinkt auf 96,5 Millionen. Die Nettoschuldenquote, auch diese haben wir bereits ein paar Mal gehört heute, mit minus 0,1 Promille ist aber immer noch deutlich unter der Vorgabe der Schuldenbremse, die ja dann bei 6,5 Promille starten würde.

Ich gehe nun punktuell auf Bereiche einzelner Departemente ein. Zu den Departementen werden wir eventuell dann noch zusätzlich in Einzelvoten Stellung nehmen, sicher im JSD.

Zum Präsidialdepartement. Die Abteilung Kultur hat eine Betriebsanalyse machen lassen, aufgrund der Ergebnisse die Organisationsstruktur angepasst und eine zweite Führungsebene eingeführt wurde. Diese Massnahme soll helfen, die Arbeits- und Führungseffizienz zu unterstützen und klärt auch die Verantwortungsebenen der Portfoliosteuerung. Wir von der SP begrüssen diesen Schritt und hoffen, dass die Reorganisation dazu beiträgt, den angekündigten Mehraufwand zu bewältigen. Auch positiv erwähnen möchte ich die Umsetzung der Trinkgeld-Initiative und den Aufbau Fachbereich LGBTIQ als Teil der Umsetzung des neuen kantonalen Gleichstellungsgesetzes. Ebenso den Aktionsplan Barrierefreie Kommunikation, welcher den barrierefreien Zugang zu Informationen und Kommunikation sicherstellen soll.

Das BVD hat das hehre Ziel, Basel innerhalb des Netto-Null-Ziels fit für wärmere Temperaturen und trockene Sommer zu machen. Wir werden niemals fit für die Schäden und Belastungen durch den Klimawandel sein, aber es sind zahlreiche Massnahmen geplant, um einen Umgang damit zu finden. Die Verwendung der Mittel aus dem Mehrwertabgabefonds im Zuge des Stadtklimakonzeptes soll Investitionen zu nachhaltigen, nämlich mindestens fünf Jahre dauernden Begrünung evozieren. Ein Rückbau hätte eine Rückzahlung zur Folge und ob wir mit dieser gesetzlichen Grundlage dann auf einen grünen Zweig kommen, das wird sich noch zeigen.

Zum ED. Einer der Hauptfaktoren, warum der Personalaufwand um fast 20 Millionen gestiegen ist, ist die Weiterentwicklung der integrativen Schule. Auch gibt es eine leichte Zunahme der Schüler*innen. Der grösste Anstieg im Transferaufwand findet sich mit 53,8 Millionen bei der familienergänzenden Kinderbetreuung, also der Umsetzung der Kita-Initiative. Eine beispielhafte Investition in die Zukunft. Die Teuerung wirkt sich auch auf die Kosten der Lehrmittel aus. Das Budget für Lehrmittel wird jedoch nicht automatisch an die Teuerung angepasst und durch den digitalen Wandel, der ebenfalls in der Bildung zum Glück stattfindet, findet auch bei den Lehrmitteln eine Verschiebung in den digitalen Bereich statt. Das und auch die dazugehörenden Lizenzen sind Kosten, die im Budget für Lehrmittel nicht berücksichtigt wurden. Wir unterstützen deshalb den Antrag der Finanzkommission, den Sach- und Betriebsaufwand zu erhöhen.

Zu teuren Softwarelizenzen kann auch das Finanzdepartement ein Lied singen, wo 3,5 Millionen Franken auf massgeblich höhere Erlöse durch die Verrechnung eben derer zu vermerken sind. Lange war das Job-Ticket in der Verwaltung nicht möglich, jetzt ist es als Massnahme zur Arbeitgeberattraktivität mit Mehrkosten von 1,7 Millionen eingeführt worden. Eine moderne und kundenfreundliche Verwaltung ist ein wichtiger Faktor für die Standortattraktivität. Deshalb gibt es neben dem Job-Ticket auch noch weitere Goodies für die Verwaltungsangestellten. Woran man gut erkennt, dass die Finanzdirektorin aus der linken Ecke kommt, ist das Wohnbauprogramm 1000+ und der Fokus auf Kreislaufwirtschaft, womit eine soziale Stadtentwicklung möglich ist.

Zum GD. Wir unterstützen den Antrag, den Transferaufwand im Gesundheitsdepartement für die Ausbildungsoffensive im Rahmen der ersten Etappe der Umsetzung der Pflegeinitiative zu erhöhen. Damit soll die Ausbildung des Berufs der Hebammen finanziert werden. Der Beruf der Hebamme beinhaltet Pflegeleistungen vor und nach der Geburt, was den entscheidenden Unterschied zu weiteren medizinisch-therapeutischen Berufsbereichen wie zum Beispiel der Physio- oder Ergotherapie ausmacht.

Zum JSD. Hier wird ein Anstieg des Personalaufwandes um 13,5 Millionen erwartet. Generiert unter anderem durch die Neuorganisation des Justizvollzugs, Mehraufwände bei der Stawa, Personalaufstockungen bei der Jugendanwaltschaft und der Einsatzzentrale Rettung und, zwar mit einem vergleichsweise bescheidenen Betrag von 722’000 Franken, aber dennoch sehr relevant, die neu bezahlte Umkleidezeit bei der Kantonspolizei und der Rettung. Der Unterbestand bei der Kantonspolizei und die direkten und indirekten Folgen daraus sind ein grosses Thema und wir wissen es, ein Problem. Bei der Staatsanwaltschaft beschäftigt die Fallbelastung und die Personalsituation. Hier werden wir dann bei den Stellenanträgen noch diskutieren. Zu nennen sind sicher die Rückstände bei der Fallbearbeitung. Es wäre eine sichtbare Prioritätensetzung und eine höhere Transparenz angezeigt, da die Staatsanwaltschaft nicht als unabhängige Instanz, sondern als Teil des JSD agiert.

Nun noch zum WSU. Das Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz ABES stellt eine widererwartete Zunahme der Fälle quantitativ und eine Zunahme der Komplexität fest. Aus diesen Gründen können Mandate nicht so weitergegeben

werden, wie dies ursprünglich geplant war. Letztes Jahr wurde ein Teil des Stellenbedarfs genehmigt und dieses Mal ist die zweite Tranche fällig.

Ich möchte mich im Namen der SP-Fraktion bei allen Departementsleitenden und den Gerichten und bei allen Mitarbeitenden der Verwaltung für ihre immer saubere Arbeit und ihr grosses Engagement bedanken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für das GAB ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Mit dem Beschluss, den Eurovision Song Contest in Basel mit Steuermitteln zu finanzieren, bestätigt durch die Volksabstimmung vom 24. November, steht uns ein Budget 2025 mit roten Zahlen bevor. Das ist weder überraschend noch ein Drama. Dass wir damit, also mit dem ESC, in rote Zahlen geraten würden, war allen bekannt und allen bewusst gewesen, und das Wichtigste, wir können uns diese roten Zahlen leisten. Wir können uns leisten, grosse Vorhaben wie die familienergänzende Kinderbetreuung, die Beschaffung von E-Bussen oder die hohen Beiträge für den neuen Spitalbau zu finanzieren, selbst wenn wir sie 2025 nicht vollständig aus Eigenmitteln decken können. Wir bleiben deutlich unter der Nettoschuldenquote und die Steuereinnahmen sind nachhaltig stabil. Es gibt keinen Spardruck. Wir können problemlos den im Rahmen der PK-Revision beschlossenen Sanierungsbeitrag personalseits von 1 Prozent auslaufen lassen.

Statt Kürzungen sehen wir viele Möglichkeiten. Die Abstimmung über den Rheintunnel hat dies eindrucksvoll bestätigt. Investitionen in Klimamassnahmen wie den Ausbau um die Vergünstigung des öffentlichen Verkehrs, eine klimagerechte Stadtentwicklung oder die Förderung der Biodiversität sind dringend und vor allem machbar. Genau so können wir Potenziale ausschöpfen, um den Reichtum unseres Stadtkantons gerechter und solidarischer zu verteilen. Im bezahlbaren Wohnraum, eine öffentliche Arzneimittelversorgung, Chancengleichheit, kulturelle Vielfalt oder die Unterstützung unserer Jugend, etwa durch den Ausbau des schulpsychologischen Dienstes.

Doch hier kommen wir zum wunden Punkt dieses Budgets, den OECD-Millionen. Der Regierungsrat budgetiert 300 Millionen Franken an OECD-Mindeststeuereinnahmen. Aber statt diese Mittel der Allgemeinheit zugutekommen zu lassen, will er mit dem Basler Standortförderungsfonds faktisch Subventionen für die grossen Basler Firmen schaffen. Bis zu 300 Millionen Franken jährlich sollen in diesen Fonds fliessen, mindestens 80 davon für Innovation, maximal 20 Prozent für Gesellschaft und Umwelt. Diese Budgetierung und Fondsbildung machen die OECD-Millionen saldoneutral, das Geld ist also bereits fest verplant.

Wir sehen schon heute klar, dass massiv Druck ausgeübt wird. Die Handelskammer zum Beispiel, bekannt als Sprachrohr der grossen Firmen, fordert in seinen Publikationen, dass alle Mittel in den Bereich Innovation fliessen sollen. Sie fordert auch, dass der Fonds über 300 Millionen hinaus aufgestockt werden soll sowie, dass die zweite Tarifstufe bei der Gewinnsteuer erst ab einem deutlich höheren Gewinn greifen soll. Kurz, noch mehr Geschenke für die Wirtschaft, finanziert de facto von der Allgemeinheit. Und dazu sagen wir ganz klar, nicht mit uns. Sollte die Wirtschafts- und Abgabekommission diese Forderungen in ihrem Bericht aufnehmen, können sie mit unserem starken Widerstand rechnen.

Zu den Anträgen der Finanzkommission. Wir unterstützen den Antrag zur Förderung der Hebammen-Ausbildung. Gleichzeitig betonen wir, dass dies nur ein Tropfen auf den heissen Stein ist. Bereits heute könnte der Regierungsrat Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege und zur angemessenen Entlohnung ergreifen, ohne auf eine Regelung vom Bund zu warten. Ebenso stimmen wir die Budgetanpassung zugunsten von Schulmaterial zu.

Beim Antrag zur Budgeterhöhung für die Staatsanwaltschaft möchten wir jedoch Kritik äussern. Die Stawa hat zweifellos einen erhöhten Arbeitsaufwand, nicht zuletzt durch die neue Strafprozessordnung. Doch vieles davon ist durch falsche Prioritätensetzung hausgemacht. Ein Beispiel. Statt ihre begrenzen Ressourcen für ernsthafte Vergehen einzusetzen, betreibt die Staatsanwaltschaft aufwändige Ermittlungen gegen Teilnehmende von Demonstrationen wie der Nazi-frei-Demo 2018 oder der Frauen-Demo 2023. Selbst die Aufsichtskommission der Stawa fragt sich, wie solche Prioritäten angesichts fehlender Kapazitäten zustande kommen. Im Gegensatz dazu blieben antisemitische Hetzreden des Kaders jahrelang unbehelligt.

Ein Teil meiner Fraktion wird trotzdem in Anerkennung des Mehraufwands, dem Antrag der Finanzkommission folgen. Einen weiteren Teil wird dem Antrag der SP folgen, das heisst, lediglich die Mittel für die Jugendanwaltschaft zu sprechen. Bei der Jugendanwaltschaft ist zumindest klar, wofür diese zusätzlichen Stellen eingesetzt werden, bei der Stawa ist dies nicht der Fall. Zuerst soll die Stawa über die Bücher gehen, zumal sie Pendenzen bereits abgebaut hat und der Regierungsrat in seinem Budget zusätzliche Stellen vorgesehen hat.

Ansonsten stimmen wir diesem Budget 2025 zu, ohne vergessen zu betonen, dass wir Prioritäten setzen müssen für eine gerechtere Verteilung des Wohlstand, für dringend notwendige Investitionen in Klima, Bildung, bezahlbares Wohnen und Soziales und gegen das Erfinden von neuen Subventionsmustern zugunsten weniger grossen Firmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Das wichtigste vorweg, die GLP unterstützt die Anträge der Finanzkommission vollumfänglich und wir können uns auch zu einem grossen Teil den Ausführungen des Präsidenten der Finanzkommission zum Budget anschliessen. Deshalb werde ich es, wie Sie es von mir gewohnt sind, sehr kurzfassen und nur einige grobe Punkte zur Finanzpolitik der GLP sagen und die dann anhand einiger weniger Beispiele noch detaillieren.

Die GLP steht für eine nachhaltige Finanzpolitik. Was bedeutet das, das bedeutet primär, wir wollen einen ausgeglichenen Haushalt das ist im Moment einigermassen gegeben, wir wollen langfristig möglichst wenig Staatsschulden, Bruttoschulden ganz konkret, sowieso keine Nettoschulden. Da teilen wir mit Blick auf den Finanzplan durchaus die Sorge, die von Vorrednern von mir angesprochen worden sind, von Daniel Seiler, wir wünschen uns einen Finanzplan, der auch langfristig ausgeglichen ist. Uns ist klar, dass das mit sehr viel Unsicherheit behaftet ist und wir können uns auch vorstellen, dass die Regierung das auch ein bisschen als Zeichen macht, den Finanzplan so zu gestalten, wie er jetzt gerade ist, aber wir wollen klar sagen, das ist nicht der Finanzplan, den wir uns wünschen. Da erinnere ich auch nochmal an den Vorstoss von unserer Seite, dass wir als Parlament auch auf den Finanzplan einen stärkeren Einfluss haben wollen. Aus unserer Sicht ist das die richtige Form, wie man Finanzpolitik betreiben sollte, langfristiger und nicht erst bei der «Diskussion» des Budgets, wo es für viele Sachen eigentlich zu spät ist.

Weiter zum Thema nachhaltige Finanzpolitik. Da steht der Vorwurf im Raum oder diese Problematik, die auch angesprochen worden ist von meinen Vorrednern, dass man nicht gleichzeitig für einen Schuldenabbau sein könne und die Investitionen möglichst aus eigener Hand finanzieren kann und gleichzeitig dann auch mit Steuersenkungen liebäugeln kann, wie das in der Motion auch jetzt der Fall ist, die wir als GLP auch unterstützt haben bis jetzt. Ich verstehe diesen Punkt, aber es ist nicht in dem Sinne ein Widerspruch, es sind zwei verschiedene Stossrichtungen. Eigentlich hat es Pascal Messerli von der SVP sehr gut gesagt, es geht hier um verschiedene Sachen. Man kann schauen, was ist mit den Einnahmen des Kantons, sind sie zu hoch, sind sie zu tief, und was ist mit den Ausgaben und das sind zwei verschiedene Stellschrauben.

Natürlich wollen wir grundsätzlich Einnahmenüberschüsse, die wollen wir unter anderem auch verwenden, um Schulden abzubauen. Wir wollen sie teilweise auch zurückzahlen, auch das unterstützen wir, auch das steht nicht im Widerspruch dazu, aber wir finden, dass das Ausgabenwachstum des Kantons ganz grundsätzlich gesehen besorgniserregend ist. Unsere Bewertung ist vielleicht nicht so absolut wie die der SVP, dass wir auch sagen, das ist schlecht, Staatsquote ist schlecht, auch wenn mein Vorredner das Wort Staatsquote nicht so verwendet hat. Ausgaben können berechtigt sein, wenn sie mit einem konkreten Mehrwert verbunden sind, wenn sie politisch gewollt sind und mit einem Mehrwert verbunden sind, dann stehen wir auch aus GLP dahinter. Aber es besteht da doch die Tendenz oder der Verdacht steht im Raum, dass gewisse Mehrausgaben, insbesondere auch, wenn man den Stellenwachstum des Kantons anschaut, nicht wirklich gerechtfertigt sind, sondern dass sie aus dem Effekt heraus entstehen, den man auch durch den Budgetprozess ein Stückchen weit erklären kann.

Wenn ich Verantwortlicher einer Dienststelle wäre oder für irgendeinen Budget-Bereich und ich sehe, ah, ich habe endlich wieder ein bisschen Luft zum Atmen, weil wir effizienter geworden sind, zum Beispiel dank Digitalisierung sind wir effizienter geworden, dann ist nicht mein erster Reflex zu sagen, okay, ich brauche weniger Budget, sondern dann schaue ich, dass meine Leute vernünftige Sachen machen mit den zusätzlichen Ressourcen, die ich jetzt habe, dass da was Gutes gemacht wird. Und ich habe immer Ideen in meinem Bereich, was ich besser machen könnte, ich kenne das auch von meiner Arbeit in der Privatwirtschaft. So läuft es. Ich bin nur dann bereit, runterzugehen mit dem Budget, wenn ich von aussen einen Druck habe und diesen Druck, den müssen wir als Politik aufbauen, sonst passiert das nicht. Sonst macht der Staat im Idealfall mit den freiwerdenden Ressourcen sinnvolle Sachen, im weniger guten Fall vielleicht auch teilweise wirklich nicht so sinnvolle oder es entsteht Leerlauf und Ineffizienzen. Und daher auch nochmal die Erinnerung an den Vorstoss der GLP, der auch schon in Bearbeitung ist, wo wir auch sehr begrüssen, dass die Regierung das schon jetzt direkt in die nächste generelle Aufgabenüberprüfung einfliessen lassen will, nämlich dass dort das mit einem konkreten Entlastungsziel verbunden wird. Da danke ich nochmal der Regierung für die Bereitschaft, das jetzt umzusetzen, auch wenn das gegen den Willen war. Und wir versprechen uns davon, dass das ein Schritt in die richtige Richtung ist, dass man wirklich auch einen gewissen Druck aufbaut, effizienter zu werden oder diese Effizienzgewinne, dass die auch wieder frei werden für neue Sachen, die wir uns wünschen.

So viel zum generellen, dann noch einige Punkte zu den einzelnen Departementen.

Zuerst zum Thema BVD. Da kann ich einfach noch einmal exemplarisch sagen bei einem Thema, dass wir hier im Parlament behandelt haben, bei der Gebietszuteilung im Bau- und Gewerbeinspektorat. Da ist wirklich ein Punkt, da versucht die Verwaltung effizienter zu werden, versucht etwas und wir können es nicht lassen als Parlament, da schon wieder einzuwirken und wir meinen, es besser zu wissen. Da sind wir ganz klar der Meinung, wir müssen die Regierung arbeiten lassen an solchen Sachen.

Auch ein Punkt, da gibt es auch noch einen Änderungsantrag danach von der SVP, ich denke, ich werde dann im Detail nicht mehr dazu reden müssen, wenn ich das jetzt schnell abhandeln kann als weiteres Beispiel, ist der zusätzliche Aufwand, der

sich ergibt in der Gebäudeverwaltung. Das war ein Thema in der Finanzkommission. Wir haben uns das erklären lassen, warum das nötig ist und es leuchtet uns ein. Die verwaltenden Flächen nehmen stark zu, die Gebäudetechnik wird komplexer, leuchtet uns ein, dass da mehr Stellen benötigt werden und das ist ein gutes Beispiel, wo wir klar sehen, okay, der Personalaufwand geht hoch, aber es ist auch ein Mehrwert dabei. Entsprechend werden wir natürlich auch diesen Änderungsantrag nicht unterstützen als GLP.

Weiter zum Erziehungsdepartement. Dort unterstützen wir den Antrag der Finanzkommission, wie ich das schon anfangs gesagt habe. Da finden wir es richtig inhaltlich, dass da mehr Geld gesprochen wird für die Lehrmittel. Auch dort ist der Bedarf, auch wenn wir keine klaren Zahlen bekommen haben in der Finanzkommission, ziemlich klar gegeben und ersichtlich und da sind wir für diese Erhöhung.

Ein weiterer Punkt, der wirklich ein bisschen ein Detail ist, aber den ich trotzdem betonen möchte, weil er uns sehr wichtig ist, der GLP, ist die Sorge, die wir haben, die auch angesprochen ist im Bericht der Finanzkommission, wegen des zusätzlich grossen Bedarfs im schulpsychiatrischen Dienst und beim Schulsozialdienst und Kinder- und Jugenddienst, dass dort offenbar Ressourcen fehlen. Da wollen wir nochmal nachdrücklich fordern, dass da wirklich Abhilfe geschaffen wird, diese Ressourcen müssen bereitgestellt werden. Ein weiteres Beispiel, wo für uns klar ist, da ist der Bedarf vorhanden, er ist ganz klar begründet, er ist unbestritten und da dürfen die Ausgaben auch hochgehen. Wenn sich da abzeichnet, dass da nichts passiert in diese Richtung, werden wir natürlich auch ein Auge darauf haben und allenfalls weitere Vorstösse machen.

Und schliesslich noch zum Justizdepartement. Dort unterstützen wir ebenso besonders nachdrücklich den Antrag der Finanzkommission. Für uns ist klar, die Staatsanwaltschaft braucht mehr Ressourcen. Es ist für uns zentral und wichtig und entsprechende Anträge der SP, das nur in gewissem Umfang zu machen, oder auch der Antrag der Regierung lehnen wir natürlich ab, das wieder auf das ursprüngliche Niveau zurückzustufen. Auch dort ist für mich immer noch ein bisschen unbefriedigend, dass mir nicht ganz klar ist, warum man diese Stellen nicht von Anfang an schon gesprochen hat im Budget. Ich hoffe, es wird jetzt in der Detaildiskussion noch ein bisschen klarer. Jedenfalls werden wir das unterstützen.

Dann noch letztlich das Thema Polizei, das hier auch dazu gehört. Da stehen jetzt keine konkreten Anträge im Raum, aber wir als GLP sind hier auch klar der Meinung, die Polizei braucht die nötigen Ressourcen und wir werden zusehen, dass das auch in Zukunft der Fall sein wird. Wir sehen, dass da schon richtige Bemühungen im Gang sind, aber könnten uns gut vorstellen, dass es da noch mehr braucht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Pascal Messerli an? Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Tobias Christ, Sie haben jetzt ein paar Mal gesagt, dass die GLP auch Potenzial für Kürzungen sieht. Können Sie mir drei Beispiele nennen, wo Sie das möchten und wo Sie das ansatzweise auch nur angestrebt haben in den letzten Jahren?

Tobias Christ (GLP): Ich danke für diese Zwischenfrage, die beinahe schon eingeplant ist. Ich sehe es nicht als meine Aufgabe, hier konkrete Beispiele zu nennen, sondern ich sehe es als Aufgabe der Regierung und der Verwaltung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die LDP ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Die Zahlen wurden ausführlich erläutert, weshalb ich auf eine Wiederholung verzichten möchte. Es kann festgehalten werden, es geht uns gut. Das Budget für das Jahr 2025 ist mehr als nur eine Zahlenreihe. Es ist ein Ausdruck unserer Werte, unserer Ziele und unserer Vision für die Zukunft. Es ist ein Kompass, der uns durch die komplexen herausfordernden kommenden Jahre navigiert. Die Pandemie hat uns jedoch aufgezeigt, wie fragil unser System sein könnte. Gleichzeitig öffnet die digitale Revolution neue Möglichkeiten und fordert uns heraus, uns anzupassen. Die vergangenen Jahre haben diese Veränderungen mit sich gebracht, was eigentlich auch einen grossen Einfluss auf Budget und Vorhaben hat. Aus der heutigen Tageszeitung sticht eine Schlagzeile hervor: Es herrscht Alarm im einstigen Steuerparadies. Die Baselbieter Gemeinde Bottmingen hat finanzielle Probleme. Es ist sehr rasch gegangen vom Klassenprimus bis in die Problemzone hineinzugelangen. Deshalb ist eine nachsichtige und zukunftsorientierte Finanzplanung von zentraler Bedeutung.

Aus Sicht der LDP ist die Steuerpolitik ein zentraler Aspekt der Wirtschaftspolitik. Die LDP setzt sich traditionell für niedrige Steuerniveau ein, um die individuelle Freiheit zu maximieren und ökonomische Initiativen zu fördern. Im Kontext des Budgets 2025 für den Kanton Basel-Stadt und die Einführung der OECD-Mindeststeuer sind mehrere Punkte zu beachten. Die Einführung der OECD-Mindeststeuer ist ein Teil des globalen Bemühens, die Steuerbasis zu verbreitern und Gewinnverlagerungen und Erosionen, Base Erosion and Profit Shifting zu bekämpfen. Die LDP könnte besorgt sein, dass

eine höhere Besteuerung multinationaler Unternehmen den Standort weniger attraktiv für Geschäftsaktivitäten macht, was langfristig zu einer Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit führen könnte. Im Rahmen des Standortpakets sind Fördermassnahmen in den Bereichen Innovation, Gesellschaft und Umwelt vorgesehen. Die LDP fordert, dass solche Massnahmen marktorientiert sind und nicht eine Verzerrung des Wettbewerbs mit sich bringen.

Ein wichtiges liberales Anliegen ist die Transparenz der Steuerpolitik und der Rechtsstaatlichkeit. Die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer sollte transparent erfolgen und die Rechtsstaatlichkeit gewährleisten, um das Vertrauen der Steuerzahlenden zu erhalten. Zusammengefasst könnte die Einführung der OECD-Mindeststeuer und die Reaktion des Kantons Basel-Stadt darauf als ein Balanceakt gesehen werden, der gleichzeitig abzielt, die fiskalische Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, um gleichzeitig internationalen Verpflichtungen nachzukommen.

Ein zweites Thema, welches ich anschneiden möchte, ist das Thema Digitalisierung und ich glaube, das wird fast von mir erwartet, dass ich das anschneide. Die Digitalisierungsvorhaben betrachtet die LDP kritisch. Zuerst sollte ein Chief Digital Officer die eierlegende Wollmilchsau sein und alle Probleme lösen. Die GPK und die Finanzkommission haben mehrfach von den Ineffizienzen gehört und auch darüber berichtet. Die Regierung möchte, wie diese Woche mitgeteilt worden ist, ihre Informatik neu aufstellen und wieder einmal alle Probleme damit lösen. Wir stehen heute an einem Entscheidungspunkt in der digitalen Transformation des Kantons.

Der Regierungsrat möchte die Governance übernehmen mit diesem Vorhaben und Einfluss nehmen auf die Ausgaben, die wir in unserem Budget haben. Die vorgestellten Pläne sind ambitioniert, das haben wir auch von Regierungsrätin Tanja Soland gehört, da steht der Kanton Basel-Stadt noch hinten an, dass wir dort fast ein bisschen einen Entwicklungsstatus haben. Die Investitionen in die digitale Infrastruktur und die Umsetzung des Digitalkonzepts zeigen schon, dass der Kanton bemüht ist. Dieser letzte Punkt mit der Governance und mit dem Steuern der Informatik ist sicher ein zentraler Punkt, der uns noch finanziell zu schaffen geben könnte, wenn wir das nicht richtig machen.

Gleichzeitig werden Fragen aufgestellt, reichen die Mittel aus, die geplanten Investitionen sind im Anfang, aber bleibt es dabei oder sind da noch Abweichungen zu erwarten. Ähnlich wie bei den Bauprojekten haben wir festgestellt, dass in den letzten Jahren viele IT-Projekte massiv oben ausgeschossen sind, die Budgetierung da dann immer als zu optimistisch angeschaut worden ist oder die Führung nicht konkret durchgeführt worden ist. Was zur nächsten Frage führt, sind die Mitarbeitenden im Kanton qualifiziert, um solche Umsetzungen in der Digitalisierung zu machen. Und da haben wir in der Finanzkommission auf Nachfrage mitbekommen, dass man dort wirklich versucht, die bestehenden Personen auszubilden, dass sie auch in der Lage wären für solche Aufgaben.

Wir haben auch Risiken und ich denke, jetzt im nächsten Jahr mit der Euro und ESC werden digitale Angriffe ein zunehmender Faktor sein, was eigentlich Investitionen in die Infrastruktur mit sich bringen. Problematisch hier ist, dass man nicht auf die kurze Frist einfach alles, was man bisher verpasst und versäumt hat, dass man das nicht einfach jetzt schnell in vier Monaten einfach retten kann.

Und schlussendlich, wenn es um die Digitalisierung geht, da vielleicht einfach noch ein positiver Punkt. Die Digitalisierung, wir haben einige Angebote, die neu in digitalisierter Form daherkommen. Mit den neuen digitalen Technologien erhofft sich die LDP, dass die Möglichkeiten ausgeschöpft werden, dass die Bürger einfacher zu ihren Dienstleistungen kommen, dass Geschäftsprozesse optimiert werden, dass wir im Budget 2026 erfahren, dass wir einiges an Mittel einsparen konnten durch digitale Effizienzen, die erreicht worden sind.

Unser Budget ist ein Ausdruck unseres Engagements für die nachhaltige und gerechte und zukunftsorientierte Gesellschaft. Es ist ein Budget, das uns ermöglicht, die Herausforderungen für die Zukunft zu meistern und die Ziele, die wir haben, die sehr unterschiedlich sein können in diesem Grossen Rat, zu erreichen. Und hier ist eine Bitte, wir haben das auch in der Finanzkommission festgestellt, dass die Kommission durchaus auch einen Beitrag leisten zur Verteuerung unseres Apparats und dass wir hier im Grossen Rat auch durch unsere Vorhaben, die wir umsetzen möchten, dass wir hier auch einen grossen Beitrag leisten zu einer Verteuerung und deshalb die Bitte, dass man in Zukunft, auch im Jahr 2025 mit Umsicht neue Geschäfte aufgleist und nicht irgendwelche Partikularinteressen in den Vordergrund stellt, die dem Kanton auf längere Frist teuer zu stehen kommen und sollte ein Fall wie heute in der Tageszeitung aufkommen, dass wir da nicht dastehen und sagen, oh, wir hätten es ahnen können.

Die LDP fordert einen behutsamen Umgang mit den finanziellen Ressourcen des Kantons. Sie bedankt sich auch an dieser Stelle an alle Steuerzahler, ohne die dieses ganze Vorhaben überhaupt nicht möglich wäre. Sie bedankt sich auch bei der Verwaltung, dass sie dort sehr engagiert für unseren Kanton einstehen und alle Beteiligten, die sich am Wohlergehen des Kantons beteiligen, dass wir dort denen auch ein grosses Dankeschön sagen möchten.

Die LDP stimmt dem Budget zu und den Anträgen und bedankt sich an dieser Stelle.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten und da hat sich Eric Weber gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bekomme als Grossrat und als Mensch viele Nachrichten auf Social Media und bei diesen Nachrichten geht es um unser Budget, um unseren Haushalt. Und was sagen mir die jungen Menschen? Macht die Preise runter, macht den Döner billiger, das ist der Trend der jungen Menschen, Preise runterzusetzen. Ich sage, ich bin nicht von der Regierung, ich kann nicht allzu viel ändern. Ich spreche als Grossrat, aber ich möchte auch als Präsident der Volksaktion gegen zu viele Ausländer und Asylanten in unserer Heimat, Liste Ausländerstopp sprechen. Ich möchte auch als Mitglied von der Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat, NA.

Ich kann mich kurzfassen, ich habe keine Rede geschrieben, ich mache das aus dem Stehgreif. Ich war früher oft in Abu Dhabi. Das ist ein Vorbild bezüglich den Steuern und Budget, in Abu Dhabi zahlst du keine Steuern, in Abu Dhabi zahlst du auch keine Krankenkasse. Das gleiche ist auch in meinem Lieblingsland Belarus.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, sprechen Sie bitte zum Budget Basel-Stadt, sonst gibt es einen Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber ich möchte mit anderen Ländern vergleichen und das darf ich. Ich muss einfach sagen, was bei uns an Geldern verschenkt wird, das ist nicht in meinem Sinn. Ich zahle Steuern und darum spreche ich. Würde ich keine Steuern zahlen in Basel-Stadt, würde ich mich in Demut halten und nichts sagen.

Ich höre dann immer, wir haben zu wenig Leute bei der Polizei. Nein, das geht gar nicht, wir haben zu viel Personal bei der Polizei und bei der Justiz, wenn das Personal eingesetzt wird, um unliebsame Politiker wie Eric Weber zu verhindern. Tanja Soland, Basel wäre pleite ohne Roche und Novartis und den FC Basel. Ich habe jetzt die Anfrage gestellt und bin gespannt, wie viele Steuern eigentlich der FC Basel zahlt. Er macht ja pro Jahr 90 Millionen Euro durch Transfer aus. Da bin ich gespannt auf die Antwort oder werden wir da auch hinters Licht geführt und der FC Basel sagt, er muss keine Steuern zahlen? Tobias Christ, GLP, hat gesagt, die Polizei braucht Ressourcen. Ich muss das abstreiten, nein, die Polizei braucht nicht mehr Ressourcen, sie haben genügend Kräfte.

Olivier Battaglia von Bettingen hat gesagt, die Pandemie hat sehr viel verändert und er hat auch gesagt, die Steuerzahlenden wollen vertrauen. Aber Olivier Battaglia von Bettingen, ich muss sagen, der Steuerzahler hat längstens das Vertrauen verloren in den Kanton. Wenn ich unterwegs bin in meinem Wahlkreis Kleinbasel, muss ich mir täglich Beschimpfungen anhören, wo die Leute sagen, der Bürger, der Steuerzahler, der sagt, es ist alles zu teuer, er muss Steuern zahlen. Und bitte mir keinen Ordnungsruf geben, der Steuerzahler sagt mir dann, er sieht nicht mehr ein, dass er für Asylanten Gelder zahlen muss. Es gibt halt gewisse Länder, die keine Asylanten haben, auch nicht Belarus.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen und kommen damit wieder zu den Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Behörden und Institutionen. Der Präsident des Gerichtsrates Stephan Wullschleger verzichtet, damit sind wir wieder bei Regierungsrätin Tanja Soland. Sie hat das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Besten Dank für Ihre Voten. Ich habe vor allem zwei Punkte. Das erste ist der Finanzplan. Ich kann Ihnen schon einen Finanzplan präsentieren, der immer positiv ist. Dann werde ich aber manuell Änderungen daran vornehmen und das ist einfach falsch, das machen wir nicht. Was wir machen, ist, wir planen das Budget ganz konkret und beim Finanzplan haben wir fixe Kriterien, die wir einfach weiterziehen. Wir ziehen die Teuerung nach Prognose weiter, das Steuerwachstum nach Prognose weiter und dann kommt die Zahl heraus, die herauskommt. Wir können Ihnen erklären bzw. das steht auch irgendwo, was sind die Eckdaten, die wir weiterziehen und dann kommt manchmal ein Plus, manchmal ein Minus und meistens, je weiter Sie nach hinten gehen, je mehr Minus. Wir haben nicht vor, Ihnen Defizite zu bringen. Und wenn Sie das beruhigt, dann könnte ich auch manuell eingreifen und dann hauen wir einfach irgendwo 20, 80 Millionen drauf und dann ist er immer positiv und alle glücklich.

Aber das ist ja nicht die Idee der Sache. Die Idee ist, das Budget ist konkret, dort machen wir das, wenn wir merken, es wird knapp, dann müssen wir in einem Bereich weniger wachsen, aber beim Finanzplan wird einfach weitergezogen und das ist eine ungefähre Ausrichtung. Die NFA-Zahlen, die wir haben, und die SNB, wenn wir da bessere Prognosen haben, wird einfach weitergezogen. Daher, wenn Sie verlangen, dass der ausgeglichen sein muss, dann mache ich Ihnen das problemlos auf nächstes Jahr. Kann ich, aber scheint mir nicht sinnvoll, dass man das manuell so verändert, sondern man muss wissen, wenn wir mit diesen Prognosen schaffen, wohin kommen wir in etwa und dann richten wir manuell das Budget aus.

Dann bin ich etwas irritiert. Ich höre, wie wachsen uferlos, auch von der GLP, das Aufgabenwachstum ist besorgniserregend, das teile ich nicht und die Regierung teilt das auch nicht, wir machen das sehr sorgfältig. Und ich kann Ihnen sagen, der interne Budgetprozess, da werden in jeder Abteilung Anträge geschrieben, da wird geschaut, was braucht es. Alle Regierungsräte schauen zuerst in ihrem Departement, häufig sind die Anträge höher zuerst und dann werden sie etwas eingedampft, etwas gekürzt und dann kommt man am Schluss zu uns und wir vom FD machen noch mal einen Vorschlag

und dann geht das in die Regierung. Also wir schauen das sorgfältig an und wir sprechen nicht einfach so pauschal irgendwo Ressourcen und dann werfen Sie uns vor, an anderer Stelle, wo es nötig gebraucht wäre, würden wir es nicht machen. Wir versuchen wirklich überall, wo wir das Gefühl haben, es ist absolut notwendig, das abzuwägen.

Und wir schauen uns alles an, alle Departementsvorsteher in ihrem Departement, dann schauen wir vom Finanzdepartement nochmal drauf, dann geht es nochmal in die Regierung und wird nochmal abgewogen. Das ist ein langwieriger Prozess, da wird alles angeschaut. Und klar kann man die Prioritäten anders setzen, das können Sie machen, aber uns vorzuwerfen, auf der einen Seite, Ausgabenwachstum sei völlig besorgniserregend, auf der anderen Seite, wir würden nicht die nötigen Ressourcen geben und jetzt erhöhen Sie noch mehr. Selbstverständlich haben wir die Anträge, die kommen, diskutiert, wir diskutieren das alles. Und ich möchte jetzt nicht sagen, dass mir manchmal auffällt, dass je nachdem, wer, das sieht man auch bei den Staatsbeiträgen, sich gross beschwert, der hat dann mehr Chancen als der andere. Das machen wir nicht, bei uns geht es von unten nach oben, wird alles einzeln angeschaut. Das heisst nicht, dass es immer das Beste ist, aber wir machen das.

Und es ist nicht willkürlich und zufällig, wir haben den Eindruck, dass das, was wir sprechen, notwendig ist. Und manchmal finden Sie, nein, es braucht noch mehr, okay, können Sie finden, aber wir schauen das wirklich beim Budget sehr genau an. Es ist ein langwieriger und anstrengender Prozess, kann ich Ihnen sagen. Ich kenne daher auch viele Themen in den Departementen, weil wir das zusammen besprechen und wirklich anschauen. Selbstverständlich weiss eine Abteilung am Ende das immer besser, wie Sie das Beispiel geschildert haben, Herr Christ, der Einzelne weiss das selbstverständlich besser, aber ich glaube, wir versuchen trotzdem abzuwägen, was hat auch Platz, damit das eben nicht passiert, damit wir nicht komplett uferlos wachsen, wie uns die SVP vorwirft. Das machen wir nicht, weil dann hätte ich das halbe Jahr frei, dann würden wir einfach die Anträge übernehmen und das ins Budget einstellen, dann hätte ich ja keine Arbeit. Also das machen wir nicht.

Ich möchte einfach nochmal sensibilisieren, weil da arbeiten sehr viele Menschen daran mit. Die Finanzexperten in den Departementen, die Vorgesetzten, da arbeiten so viele Menschen an diesem Budget und das ist nicht einfach willkürlich, das ist es wirklich nicht. Wir geben uns Mühe und wir versuchen das Beste zu machen, dass wir am Ende hier drin dann diskutieren, wo braucht es mehr oder weniger. Ich möchte einfach, dass Sie das auch etwas berücksichtigen. Und was wir nicht wollen, das wurde uns auch von der Finanzkommission leicht vorgeworfen, wir wollen diese Anträge nicht publik machen. Das würde unseren internen Prozess erschweren, wenn jede Abteilung kommt und sagt, ich wollte fünf Millionen, habe nur eine bekommen, das ist einfach schwierig, weil wir diesen Prozess intern vertraulich machen wollen. Und wir haben jetzt versucht, das beste Budget, wie wir es richtig fanden, Ihnen vorzustellen. Das war mir jetzt einfach noch wichtig zu sagen und ich sehe, ich habe Ihr Interesse geweckt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfragen an? Sie werden angenommen. Zuerst Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Besten Dank für die Ausführungen und Erklärungen, wie so ein Finanzplan funktioniert. Kann ich davon ausgehen, dass sich die Regierung doch auch mindestens ein bisschen Sorgen macht, wenn man diesen Finanzplan anschaut?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Als Finanzdirektorin mache ich mir immer Sorgen, das wirft man mir ja vor, aber nein, wir machen uns keine, wenn wir den Finanzplan anschauen, weil es ausgeglichene Ergebnisse sind. Und wir wissen, dass wir im Kollegium in der Lage sind, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Wir sind auch in der Lage, wenn es notwendig wäre, das Ruder herumzureissen. Wir wissen, dass wir im Kollegium gut zusammenarbeiten und daher haben wir Vertrauen darauf, dass es auch gut kommt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Frau Regierungsrätin, der Kanton ist in den letzten vier Jahren um 1'000 Stellen gewachsen. Bei der zentralsten Aufgabe des Staats, die Sicherheit, wollen Sie elf Stellen nicht sprechen, obwohl dort der Missstand riesig ist. Ist das nicht eine völlig falsche Prioritätensetzung?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir haben steigende Schülerzahlen bei der Bildung, dort sind die meisten Stellen bei den Tagesstrukturen, Bildung, ich glaube, das ist eine sinnvolle Priorität. Bei der Sicherheit haben wir zusätzliche Stellen gesprochen, da kommen wir nachher noch in der Detailberatung dazu, das haben wir gemacht. Wir werden nachher noch ausführen, warum der Regierungsrat nicht gleich wie die Finanzkommission entschieden hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir beim Präsidenten der Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die angeregte Diskussion, die sich natürlich auf einer Metaebene so bewegt, wie es auch zwischen unseren Parteien natürlich unterschiedliche Meinungen zum Budget gibt, gerade auch was vielleicht die genannte Langfristigkeit des Finanzplans anbelangt. Ich möchte nur ganz kurz auf ein, zwei Punkte eingehen, die nun von Fraktionssprechern erwähnt wurde.

Zuerst vielleicht auch die Kritik, dass die Finanzkommission zu wenig genau schaut, wo Stellen unnötig angewachsen sind und die Finanzkommission habe in dieser Legislatur nur eine einzige Stelle gestrichen. Also ich glaube, die Qualität der Arbeit einer Finanzkommission wird nicht daran gemessen, wie viele Stellen sie Ihnen zur Streichung beantragt, sondern wie substanziell sie an einzelnen Stellen in ihrem Bericht auch Kritik äussert und ich glaube, das haben wir in den letzten Jahren in dieser Legislatur und auch in diesem Bericht der Finanzkommission wieder getan. Die eine oder andere Kritik ist etwas feiner formuliert, aber sie soll trotzdem den Regierungsrat nicht davor «verschonen», sie ernst zu nehmen, die Kritik.

Und dann vielleicht auch zu diesem Stellenwachstum von Pascal Messerli mit diesen 1'000 Stellen. Ich habe es jetzt nicht nachgerechnet, aber ich vermute natürlich, dass Sie da vollkommen recht haben, dass es etwa 1'000 Stellen waren in den letzten vier Jahren, aber wie Frau Regierungsrätin Tanja Soland natürlich auch schon jetzt in ihrem zweiten Votum angesprochen hat, sind ja viele dieser Stellen deshalb geschaffen worden, weil wir ein Bevölkerungswachstum haben, weil wir steigende Schülerzahlen haben und diese Schüler müssen ja zum Beispiel eben auch beschult werden und das können Sie nicht mit der gleichen Anzahl Lehrkräfte machen, wie wenn Sie weniger Schülerinnen und Schüler haben. Das dünkt mich sehr logisch zu sein.

Dann der zweite Punkt, der da ein bisschen hineinspielt in diesen Stellenzuwachs bei der Verwaltung, den wir ja auch in jedem Jahr sehr transparent darlegen in unserem Finanzkommissionsbericht, sind natürlich auch wir selber und da appelliere ich jetzt schon auch an die Mitglieder des Grossen Rates und weniger an die Mitglieder des Regierungsrates. Wir haben das sogar versucht in diesem Jahr, der Sprecher der LDP-Fraktion, Oliver Battaglia hat das erwähnt, wir haben es sogar versucht in diesem Jahr ein bisschen aufzubröseln in unserem Bericht auf Seite 18, was für Mehraufwendungen im 2025 auffallen, auch durch Beschlüsse des Grossen Rates, auch teilweise durch Gesetzesumsetzungen, die notwendig sind, und da kommen Sie dann auf Seite 18 doch auch auf eine beachtliche Zahl. Ich möchte das auch im Namen der Finanzkommission gar nicht werten und wir haben es auch nicht gewertet, sondern wir haben es einfach transparent gemacht.

Ich möchte zum Beispiel, um nur ein sehr aktuelles Beispiel herauszugreifen, den Beschluss von letzter Woche betreffend der Schneeräumung erwähnen. Diese Entscheidung des Grossen Rates basiert auf einem parlamentarischen Beschluss und dieser Beschluss hat zur Folge, dass nun eben auch die Aufgaben des Kantons grösser werden und wenn ich es richtig in Erinnerung habe, war es der Regierungsrat, der diesen Antrag, Frau Regierungsrätin Esther Keller wird mich sonst korrigieren, der diesen Antrag ursprünglich abgelehnt hat. Also wir als Parlament sind hier selber auch ein Teil des Rädchens.

Ich habe vorher noch einmal kurz mit Frau Regierungsrätin Tanja Soland darüber gesprochen, aber auch sonst schon, es wäre ja vielleicht auch einmal interessant aufzuschlüsseln, wie viele Stellen mehr geschaffen wurden aufgrund von Beschlüssen des Grossen Rates. Das ist nicht sehr einfach darzustellen, deshalb verzichtet der Regierungsrat darauf, das zu tun, was ich nachvollziehen kann. Aber wenn wir das dann einmal vielleicht demgegenüber stellen würden, was der Regierungsrat Ihnen beantragt respektive dem, was vielleicht auch aufgrund des Bevölkerungswachstums notwendig ist, dann weiss ich nicht, ob dann diese Stellen tatsächlich überall so überflüssig, oder wie es genannt worden ist, geschaffen worden sind. Wir haben, das kann ich Ihnen versprechen, aber trotzdem ein kritisches Auge darauf und werden das auch als Finanzkommission weiterhin haben.

Und auch die Finanzkommission ist in diesem Jahr, ich habe das ja im Eingang erwähnt, selber etwas «ausgabenfreudiger» wie der Regierungsrat. Das kann im Einzelfall tatsächlich sinnvoll sein und aus unserer Sicht ist es bei diesen drei Anträgen eben auch sinnvoll und da sind wir dann auf dieser Metaebene vom Sprecher der Fraktion GLP, von Tobias Christ. Diese Worte, die Sie hier als Sprecher der GLP-Fraktion vorne am Mikrofon verwendet haben, sind vermutlich inhaltlich nicht in jedem Einzelfall falsch, aber Sie alle hier drin, alle diese 100 Mitglieder haben die Gelegenheit mitzuentscheiden, ob es so notwendig ist oder nicht. Und diese Grundsatzdiskussion immer nur zu führen an die Adresse gerichtet von Tanja Soland oder dem Gesamtregierungsrat, ist natürlich etwas schwierig, wenn man dann, wie ich es eingangs erwähnt habe, eigene Anträge stellt oder eben auch selber dazu führt, das ist keine Kritik an Ihnen, Herr Christ, selber dazu führt, dass eben das Wachstum oder das Aufgabengebiet steigt.

Hier bitte ich vielleicht auch ein bisschen um Nachsicht, wenn der Regierungsrat das Budget präsentiert. Da sind tatsächlich auch wir als Grosser Rat teilweise mitverantwortlich, was ja auch nicht per se schlecht sein soll, aber Sie müssen dem Regierungsrat vielleicht dann schon auch konkreter sagen, wo er denn verzichten soll, wenn Sie der Meinung sind, dass er verzichten muss. Also diese Diskussion oder dieser Widerspruch, der lässt sich auch heute wahrscheinlich nicht auflösen

und ich erlebe Frau Regierungsrätin Tanja Soland zumindest auch nicht so, als würde sie das Budget einfach durchwinken und dann ein halbes Jahr pro Jahr frei haben, sondern ich erlebe sie da durchaus oder auch die Finanzkommission, glaube ich, als sehr kritisch und auch teilweise sehr zurückhaltend. Zumindest was die Antworten an die Adresse der Finanzkommission betrifft, wäre ja etwas weniger Zurückhaltung vielleicht manchmal sinnvoll, Frau Regierungsrätin, dann würde der eine oder andere Antrag vielleicht dann auch der Finanzkommission nicht so ausfallen, wie er nun eben auch heute zum Beispiel gestellt wurde.

Dann zum Votum von Patrizia Bernasconi. Ja, die OECD, das ist ein grosses Thema. Die Finanzkommission möchte hier nicht politisch eingreifen, möchte es auch nicht politisch werten, es ist ein hängiges Geschäft in der WAK. Was wir als Finanzkommission einfach sagen können, ist, wenn wir diese Gelder im ordentlichen Staatshaushalt zu budgetieren hätten, wird das einfach für die kommenden Jahre, und da widerspreche ich dann Daniel Seiler mit dem Finanzplan, enorm schwierig. Wir haben gehört, die Regierung hat einmal jetzt 300 Millionen für 2015 vorgesehen. Wenn Sie mit Unternehmen sprechen, die dann davon betroffen sind, sprechen die eher von 600 Millionen Franken, die da zu leisten sind, und wie wollen Sie dann, wenn Sie das in das ordentliche Budget einfliessen lassen würden, noch ein Budget erstellen, das dann heute so beschlossen werden kann und dann ein Jahr später oder etwas mehr wie ein Jahr später dann, wenn wir die Rechnung diskutieren, wirklich noch eine grosse Gültigkeit hat. Sie sehen, das ist auch ein bisschen dieses Problem, das wir auch haben als Finanzkommission mit dieser OECD-Umsetzung, da werden wir in den kommenden ein, zwei Jahren wahrscheinlich schon noch auch das eine oder andere Mal etwas überrascht werden. Das versuchen wir in unserem Bericht auch möglichst neutral darzustellen.

Dann der letzte Punkt, die Digitalisierung, ein Lieblingsthema von Oliver Battaglia. Das wissen wir, auch die Mitglieder der Finanzkommission wissen das, mein Lieblingsthema, das sage ich ganz offen, ist es nicht. Ich erlebe es einfach so, in den letzten Jahren wurde viel in die Digitalisierung investiert, auch im Kanton Basel-Stadt, aber irgendetwas günstiger wurde dadurch nicht und es wurde auch nichts einfacher. Das ist wahrscheinlich auch ein bisschen das Problem bei diesem Themenfeld und deshalb haben wir auch eine sehr hohe Zahl an externen Mitarbeitern, 131, das haben wir gehört, die alleine bei IT BS für diese Digitalisierung im weitesten Sinne involviert sind. Und da ist aus meiner Sicht auch noch besonders beachtlich, dass der Regierungsrat auch gar nicht in der Lage ist, uns eine sehr konkrete Zusammenstellung zu machen, wer überhaupt wo, auch in den Departementen für solche Digitalisierungsprojekte als externe Mitarbeiter für was und für wie lange angestellt ist. Und da wünschen wir uns als Finanzkommission, deshalb möchte ich das noch einmal erwähnen, dass sich das deutlich ändert. Wir hoffen, dass da auch vielleicht die Medienmitteilung des Regierungsrates zur Digitalisierung von letzter Woche auch ein weiterer Bestandteil ist, dieses Thema genauer dann wieder anzuschauen. Dieses Thema wird uns aber sicherlich auch im kommenden Jahr und in den nächsten Jahren nicht verlassen.

Ich werde dann im Anschluss bei den Anträgen noch einmal kurz etwas sagen, weil auch einzelne Fraktionssprecher jetzt schon zu den Anträgen etwas inhaltlich wurden. Da möchte ich dann das eine oder andere vielleicht auch noch richtigstellen, wenn wir dann aber bei der Debatte zu den Anträgen sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen und wir gehen weiter. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Budgets 2025, Erfolgsrechnung

Die Detailberatung des Budgets erfolgt wie erläutert nach Departementen gemäss dem Bericht der Finanzkommission und subsidiär gemäss dem Budgetbericht. Bei jedem Departement werden zuerst die eingegangenen Anträge benannt. Danach erhält das Wort der Referent der Finanzkommission und der Vertreter oder die Vertreterin des Regierungsrates. Dann folgt die Beratung der Anträge und deren Bereinigung. Das Vorgezogene Budgetpostulat wird beim Präsidialdepartement besprochen. Am Schluss der Detailberatung steht die Investitionsübersichtsliste.

Wir beginnen mit den allgemeinen Themen (Kommissionsbericht, Seiten 4 bis 15).

Wünschen Sie dazu das Wort? Es wird verzichtet, es sind keine Wortmeldungen eingetragen.

Damit sind wir bei den gesamtkantonalen Feststellungen (Kommissionsbericht, Seite 16 bis 19).

Auch hier wird verzichtet, auch hier haben wir keine Wortmeldungen.

Wir kommen damit zum Präsidialdepartement (Kommissionsbericht, Seite 20).

Hier liegt ein Änderungsantrag der SVP vor, der schon benannt wurde. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach den Änderungsantrag.

Und dann kommt auch noch das Vorgezogene Budgetpostulat.

Zuerst allgemeine Debatte zum Präsidialdepartement. Das Wort hat Joël Thüring, er verzichtet. Der Regierungspräsident Conradin Cramer verzichtet ebenfalls und es liegen keine Wortmeldungen vor.

Damit sind wir beim Änderungsantrag der SVP. Es geht um die Dienststelle eHR-Projekte (Budgetbericht, Kapitel 3.2.1, Seite 49), Erfolgsrechnung, Verbesserung um 133’500 Franken. Der Antragsteller der SVP Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Hier bei diesem Antrag geht es nicht um steigende Schülerzahlen, wie auch bei sehr häufigen Abänderungsanträgen beim Budget der SVP. Wir beantragen, dass hier im Rahmen der Umsetzung der eHR-Projekte neugeschaffene Stellen in den Departementen, dass darauf zu verzichten sei und die Massnahmen sowie einen etwaigen Mehraufwand mit den bereits vorhandenen Ressourcen abzufangen sind. Entsprechend beantragt die SVP, auf die entsprechende Personal- und Sachaufwandsteigerung im PD, aber auch im BVD, im GD und im WSU zu verzichten, insgesamt in fünf Departementen.

Ich verweise hier auf das gute Votum von Oliver Battaglia, der sich ja im Eintretensvotum zur Digitalisierung geäussert hat und dort auch gewisse Punkte kritisiert hat, dass wir hier gewisse Probleme haben. Es ist auch so, dass in den letzten Jahren zahlreiche Digitalisierungsprojekte in der Budgetdebatte auch diskutiert wurden und diese neuen Stellen auch geschaffen wurden. Wir werden hier einfach das Gefühl nicht los, das jedes einzelne Departement sein eigenes Süppchen kocht, trotzdem gibt es aber noch überall externe Mitarbeiter. Wir von der SVP-Fraktion erhoffen uns eigentlich von der Digitalisierung auch eine gewisse Effizienz und Einsparungen. Aber was wir in den letzten Jahren hier im Bereich der Digitalisierung haben, sind Ausgaben, Ausgaben, Ausgaben, jedes Jahr neue Projekte und irgendwann muss man dann auch einmal sagen; Stopp, zurück an den Absender oder das sprechen wir jetzt hier nicht.

Aus diesem Grund haben wir hier diese fünf Departemente ausgesucht und sind der Meinung, dass hier das nicht gesprochen werden soll und wir hier vielleicht eher mal auch eine gewisse Gesamtschau in der Regierung benötigen, was es denn wirklich im Digitalisierungsprozess braucht und was nicht, aber jedes Jahr neue Stellen in unterschiedlichen Departementen, das erachten wir auch als ausufernd und dementsprechend sind wir hier der Meinung, dass wir hier diese Stellen nicht sprechen sollten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission spricht Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission hat diesen Antrag nicht vorliegen gehabt, sie hat deshalb ihn auch nicht beraten können. Die Finanzkommission hat aber, wie ich in meinem Eintretensvotum gesagt habe, natürlich das gesamte Budget des Kantons angeschaut und war nicht der Ansicht, dass diese 0,8 HC im PD, und wie ich Pascal Messerli richtig verstanden habe, dann auch in den anderen Departementen respektive dort würde er dann den Antrag zurückziehen, wenn dieser hier keine Mehrheit findet, deshalb kann ich das jetzt auch noch für die anderen vier Anträge gleich sagen, wir haben nicht den Eindruck, dass diese je 0,8 HC gestrichen werden sollen und deshalb bitte ich Sie, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Präsident Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die Finanzdirektorin hat in der Eintretensdebatte bereits einlässlich Stellung genommen zu diesen Änderungsanträgen, die Sie ja bei fünf von sieben Departementen einbringen. Sie hat geschildert, dass das Projekt als solches wichtig ist, um auch in HR-Themen als riesiger Arbeitgeber, der der Kanton ist, auf einem aktuellen guten Stand zu sein, die gute Aufnahme des Projekts und/aber auch die Notwendigkeit von zusätzlichen Ressourcen, auch mit dem Hinweis, dass gerade im Human Resources-Bereich im Kanton in den letzten Jahren kaum investiert werden konnte. Und um es nochmals deutlich zu sagen, auch aus Sicht meines Departements, der Aufbau und die Betreuung der Systeme kann ohne die im Budget beantragten zusätzlichen Stellen nicht umgesetzt, nicht realisiert werden. Deshalb bitte ich Sie, diesen Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen über den Änderungsantrag der SVP zur Dienststelle eHR-Projekte im Präsidialdepartement ab.

Abstimmung

JA: heisst Zustimmung zum Antrag der SVP, NEIN: heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

13 Ja, 75 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005247, 18.12.24 11:19:16]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wird abgelehnt mit 75 Nein-Stimmen gegen 13 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen.

Wir kommen zum Vorgezogenen Budgetpostulat Oliver Bolliger, Präsidialdepartement, Dienststelle 350 Kantons- und Stadtentwicklung, Quartierjobs, über 40’000 Franken.

Der Regierungsrat hat das Vorgezogene Budgetpostulat erfüllt mit einer Budgeterhöhung um 40’000 Franken. Das ist im Budgetbuch auf Seite 308. Gibt es dazu Anträge? Das ist nicht der Fall, damit ist das Vorgezogene Budgetpostulat erledigt.

Daniel Seiler möchte einen Antrag stellen. Er hat das Wort.

Daniel Seiler (FDP): Wir diskutieren jetzt über dieses Budgetpostulat Quartierjobs schon wieder und müssen wieder eigentlich darüber abstimmen. Ich weiss, wir haben das im Februar oder die Mehrheit hat das überwiesen, jetzt kommt das wieder. Ich verstehe nicht alles ganz richtig, ich bin ja immer noch relativ neu, aber ich frage mich schon, ob wir jetzt fast ein Jahr später nicht zumindest einen Zwischenstand hätten haben können über diese Quartierjobs. 2022 gab es ein Neustart, wir haben noch nicht mal gehört, wie es 2023 lief, geschweige denn eine Hochrechnung über das Jahr 2024. Also von dem her ist es ein bisschen irritierend für mich und daher lehnt die FDP und auch die LDP das Ganze ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat das Wort der Präsident der Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Daniel Seiler, dass wir darüber heute abstimmen müssen, das müssen wir jetzt wegen Ihnen, weil Sie einen Antrag stellen. Aber dass wir heute darüber sprechen müssen, das ist korrekt, weil es ein Vorgezogenes Budgetpostulat für das Jahr 2025 ist. Deshalb kann ich jetzt in Ihrem Votum, «jetzt kommt das schon wieder», relativ wenig anfangen. Dass es schon wieder kommt, liegt daran, dass es ein Vorgezogenes Budgetpostulat 2025 ist. Deshalb kommt es jetzt schon wieder. Das einfach vielleicht zur Einordnung des Prozesses, vielleicht für das nächste Mal.

Die Finanzkommission nimmt dazu ja auch Stellung in ihrem Budgetbericht auf Seite 51 und 52 und wir weisen darauf hin, dass der Regierungsrat, und ich vermute, Regierungspräsident Conradin Cramer wird das jetzt auch noch sagen, dieses Budgetpostulat vom Regierungsrat erfüllt wird. Aber der Wunsch dieses Budgetpostulats war durch Abstimmung in diesem Grossen Rat entsprechend schon so geäussert worden, deshalb vollzieht auch hier der Regierungsrat das, da sind wir wieder bei der vorherigen Debatte vielleicht, was wir hier drinnen beschlossen haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Conradin Cramer, möchten Sie das sagen, was Joël Thüring gesagt hat?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich sage das gerne, aber nicht, weil Herr Thüring gesagt hat, dass ich es sagen soll, sondern weil tatsächlich nicht mehr allzu viel Diskussionsbedarf hier wahrscheinlich ist. Mit der Weiterführung dieses jährlichen Beitrags von 40’000 Franken kann der Verein seine finanzielle Lage stabilisieren, das Angebot etablieren, ausbauen. Der Regierungsrat sieht das auch so und hat deshalb diesen Betrag von 40’000 Franken ins Budget 2025 eingestellt. Das, und da kann ich vielleicht auch Daniel Seiler beruhigen, entlastet nicht den Verein von der Erwartung, dass weiterhin selbstverständlich Stiftungsgelder und auch andere Drittmittel generiert werden, aber was das Budgetpostulat angeht, besteht hier Einigkeit. Wir haben das so ins Budget aufgenommen und entsprechend ist es bereits vollständig erfüllt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Oliver Bolliger gemeldet.

Oliver Bolliger (GAB): Einfach nur kurz vielleicht zu Daniel Seiler, genau deswegen habe ich ja das schon vorausschauend für zwei Jahre so gemacht, weil ich dachte, ich will nicht jedes Jahr mit einem Budgetpostulat kommen und auch irgendwie indirekt mit diesen zwei Budgetpostulaten die Regierung beauftragen, diese Fragenstellung mit den Quartierjobs endgültig mal zu klären, damit das nicht immer wiederholt daherkommt. Ich bedanke mich bei der Regierung, dass sie vorausschauend auch diese Fragestellung jetzt geklärt haben, sogar den Betrag erhöht haben auf diese notwendigen 40’000 Franken, um der Institution Quartierjobs wirklich für die Zukunft diese Fragestellung abschliessend zu klären. Wie auch Herr Regierungsrat Cramer gesagt hat, Quartierjobs müssen weiterhin Drittmittel finanzieren, damit sie über die Runden kommen, und sie müssen auch weiterhin ihre Leistungen, ein Teil ist auch leistungsbasiert, diese müssen sie auch erbringen, um überhaupt sich zu finanzieren und von dem her ist es wirklich ein vorausschauendes Budgetpostulat gewesen, das jetzt die Regierung umsetzt und ich bedanke mich dafür.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eine Bemerkung zum Ablauf. Der Antrag von Daniel Seiler ist eigentlich ein Budget-Verbesserungsantrag, der schriftlich eingereicht werden muss, wie alle anderen auch. Das ist nicht der Fall, aber ich gehe davon aus, dass wir das alle so richtig verstanden haben, wie es ist, und dass wir darüber abstimmen können. Sonst müssten wir jetzt die Sitzung unterbrechen und es allen schriftlich noch vorlegen. Es geht um die 40’000 Franken, die Daniel Seiler in einem Budget-Verbesserungsantrag wieder streichen möchte. Es hätten Conradin Cramer und Joël Thüring nochmals das Wort, sie verzichten. Wir stimmen über diesen Antrag ab. Eric Weber hat sich noch für ein Votum gemeldet und hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist mir neu nach 41 Jahren Grossrat, dass man da einfach mündlich einen Antrag stellen kann. Ich war um 8 Uhr morgens hier, ich habe meine zwei Anträge gestellt. Ich verlange Rückweisung des Antrages und Nichteintreten, der muss schriftlich vorliegen. Ich bitte um Unterbrechung. Wir können nicht einfach hier Fantasieanträge stellen und dann abstimmen. Das geht nur schriftlich, sonst ist es nicht richtig und gültig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen zuerst über den Ordnungsantrag von Eric Weber ab, ob Sie diesen Antrag schriftlich benötigen.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung Ordnungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 83 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005249, 18.12.24 11:27:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

Den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 93 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen führen dazu, dass wir jetzt über diesen Antrag von Daniel Seiler abstimmen.

Abstimmung

JA heisst die Zustimmung zur Budgetverbesserung Quartierjobs, das heisst Streichen von 40’000 Franken. NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

19 Ja, 75 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005251, 18.12.24 11:27:43]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 75 Nein-Stimmen gegen 19 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Damit kommen wir zum Bau- und Verkehrsdepartement (Kommissionsbericht, Seite 23).

Hier liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion SVP vor, wenn sie daran festhält. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach die Änderungsanträge. Zuerst zum Departement. Joël Thüring verzichtet, Regierungsrätin Esther Keller verzichtet ebenso.

Damit sind wir beim Änderungsantrag. Alle Anträge zum eHR werden zurückgezogen. Es gibt aber noch einen anderen Änderungsantrag und der geht um die Dienststelle 601 Generalsekretariat, 651 Grundbuch- und Vermessungsamt sowie 661 Städtebau und Architektur, Personal- und Sachaufwand (Budgetbericht, Kapitel 3.3, Seite 87) Erfolgsrechnung. Es geht um eine Verbesserung über 180’000 Franken. Das Wort hat der Antragsteller Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Das ist schon der letzte Antrag von uns. Tobias Christ hat es ja auch schon in der Eintretensdebatte thematisiert, diesen Antrag, er hat dort gesagt, dass ihn die Ausführung innerhalb der Finanzkommission überzeugt habe. Es ist so, dass es bei der SVP-Fraktion anders war, uns hat die Ausführung der Finanzkommission in diesem Bereich nicht überzeugt, weshalb hier dieser Headcount von 1,0 Stellen gesprochen werden soll. Wir hatten auch in den letzten Jahren nicht nur bei der Digitalisierung, sondern auch im Bauwesen zahlreiche Mehrausgaben in diesem Bereich und immer wieder neue Stellen gesprochen. Bei den letzten Jahren war es häufig in den Transformationsarealen so und dementsprechend sind wir hier der Meinung, dass wir auch hier einmal kürzen sollten. Es gibt immer wieder die gleichen Ausreden, das Bauen wird aufwändiger und komplizierter, der Klimaschutz wird aufwändiger und komplizierter, die Architektur wird aufwändiger und komplizierter, die Infrastruktur wird aufwendiger und komplizierter und so sprechen wir Jahr für Jahr basierend auf diesem Narrativ einfach neue Stellen.

Hier ist die SVP-Fraktion entschieden der Meinung, dass es auch hier einmal einen Stopp benötigt, gerade auch, wenn man die Gesamtfinanzen des Kantons anschaut, dann muss man irgendwann auch mal b) sagen und nicht immer nur kritisieren, sondern auch wirklich mal überlegen, wo könnte man vielleicht das eine oder andere einsparen. Hier sind wir zum Entschluss gekommen, dass das auch departementsintern kompensiert werden kann und dementsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diesem Antrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Dieser Antrag lag nicht vor, die Finanzkommission konnte ihn deshalb nicht beraten. Wir haben aber, wie das ja auch Pascal Messerli und auch vorher schon in der Eintretensdebatte andere Fraktionssprecher ausgeführt haben, zu diesem Themenkomplex durchaus in unserem Finanzkommissionsbericht etwas festgehalten und damit wurde aus Sicht der Finanzkommission für den Moment alles gesagt.

Wir bitten Sie deshalb, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Esther Keller ist die nächste Sprecherin für den Regierungsrat.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich kann die Anforderung der SVP, dass wir natürlich auf mehr Flächen auch mit Effizienzgewinnen reagieren, absolut nachvollziehen und ich kann Ihnen versichern, das tun wir auch. Es ist nicht so, dass wir für jede paar 100 oder 1'000 m2 mehr Stellen erwarten. Wir haben sehr viel mehr Flächen auch abgefangen über Effizienzsteigerungen, das hat aber irgendwann auch eine Grenze. Ich glaube, es ist objektiv nachweisbar, dass die Flächen zugenommen haben, die wir betreuen. Es ist auch so, dass Sie im gleichen Budget, also in diesem Budget 2025 dem Finanzdepartement auch Mittel sprechen für den Unterhalt dieser zusätzlichen Fläche und das ist auch wichtig, weil Sie möchten ja auch in diese Gebäude investieren. Und deshalb, ich glaube, hier jetzt wirklich einen Headcount, um diese zusätzlichen Mittel auch wirklich umzusetzen, um in diese Gebäude zu investieren, ist sehr wichtig.

Und tatsächlich haben die Anforderungen zugenommen, ich nenne vielleicht zwei, drei als Beispiel. Wir haben zusätzliche Photovoltaikanlagen, die wir betreuen, aber auch Anlagen für die Elektromobilität oder Fassadenbegrünung. Ich glaube, das sind alles Ziele, die Sie uns auch mit auf den Weg gegeben haben und das braucht natürlich mehr Pflege. Ich denke aber auch daran, dass Gebäude heute höher technisiert sind als früher und generell auch höhere Anforderungen bestehen.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, diesen Kürzungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Diese Stellen sind für die energetische Transformation und Klimaneutralität von Gebäuden im Verwaltungsvermögen. Klimaneutralität, die bis 2037 erreicht werden muss. Das ist nötig und das ist dringend. Deshalb lehnen wir diesen Antrag der SVP ab.

Ich möchte die Gelegenheit nehmen, aber zu betonen, dass die Transformation der Staatsverwaltung in eine klimabewusste und Klimaschutz gerichtete Organisation nicht durch die Schaffung einer neuen Stelle geschehen soll, sondern durch einen Kulturwandel innerhalb der Verwaltung. Wir nehmen also den Regierungsrat beim Wort, wenn es heisst, dieser Kulturwandel braucht Zeit und wir nehmen die Absicht wahr, dass der Regierungsrat diesen Kulturwandel auch intern durchzuziehen gedenkt. Ich hoffe, dass keine grossen Stellenerhöhungen mehr in dieser Frage stattfinden werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Esther Keller verzichtet, Joël Thüring verzichtet ebenfalls. Wir stimmen über diesen Änderungsantrag ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der SVP, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 63 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005253, 18.12.24 11:34:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wurde abgelehnt mit 63 Nein-Stimmen gegen 33 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Damit kommen wir zum Globalbudget Öffentlicher Verkehr.

Joël Thüring, wünschen Sie das Wort? Er verzichtet. Raphael Fuhrer hat in der Eintretensdebatte für die UVEK schon gesprochen. Esther Keller verzichtet ebenfalls. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Damit sind wir beim Erziehungsdepartement (Kommissionsbericht, Seite 29).

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und kommen dann zum Änderungsantrag. Joël Thüring, wünschen Sie das Wort? Mustafa Atici wünscht es ebenfalls nicht. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Damit sind wir beim Änderungsantrag angelangt. Der Regierungsrat beantragt eine Verbesserung um 1’000’573 Franken, Dienststelle 230 Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand (Budgetbuch, Kapitel 3.4)

Zuerst der Antragsteller Mustafa Atici für den Regierungsrat.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Lassen Sie mich zu Beginn nur ganz kurz etwas zur Thematik der Lehrmittel sagen. Lehrmittel spielen eine entscheidende Rolle in der Steuerung und Gestaltung des Unterrichts. Ein Lehrmittel hat die Funktion,

den Stoff zu bündeln, zu portionieren und didaktisch so aufzubereiten, dass den Lehrpersonen das Unterrichten erleichtert wird. In den letzten Jahren fanden zudem immer mehr digitale Lehrmittel Eingang in den Unterricht. So werden heute im Unterricht oft analoge und digitale Lehrmittel parallel und ergänzend zueinander verwendet.

Kommen wir nun zum Antrag der Finanzkommission über eine Erhöhung des ED-Budgets für Schulmaterial. Für die kommenden Jahre rechnet der Regierungsrat mit einem ausgeglichenen, wenn nicht gar leicht negativen Jahresergebnis. Trotz der jeweiligen sehr guten Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre müssen wir somit eine gewisse Budgetdisziplin für die kommenden Jahre praktizieren. Des Weiteren hat das Erziehungsdepartement in den letzten Jahren in diversen Bereichen stetig und nachhaltig investiert. So wurden viele Angebote auf- und ausgebaut, zum Beispiel Tagesbetreuung, integrative Schule und Digitalisierung.

Aus finanzpolitischen Gründen lehnt der Regierungsrat den Antrag der Finanzkommission auf Erhöhung des Lehrmittelbudgets ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission spricht Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Sie haben den Antrag der Finanzkommission im Bericht ausgeführt erhalten. Ich habe jetzt dem Votum von Regierungsrat Mustafa Atici auch noch zugehört. Wir haben in unserem Bericht geschildert, weshalb wir finden, dass dieses Lehrmittelbudget entsprechend erhöht werden soll. Wir haben unter anderem ja auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass dies seit 2015 erst einmal der Fall war, nämlich 2022, und wir haben natürlich auch zur Kenntnis nehmen können, dass der gesellschaftliche Wandel dahingehend ist, dass eben sehr viel mehr auch digital stattfindet und dass diese Lizenzen etwas kosten und dass diese Lizenzen letztlich fast, weil sie pro Kopf sind, dann teurer sind wie das altklassische Bauch, das man auf dem Tisch hat.

Ich möchte da nur ganz kurz einfach noch auf den zweiten Punkt eingehen, das haben wir auch in unserem Bericht noch aufgeschrieben, dass Lehrpersonen dann für den Bezug oder für den Kauf von Lehrmitteln und Materialien teilweise das dann auch noch aus dem eigenen Sack bezahlen müssen. Das ist aus unserer Sicht ein Unding und wenn wir über diese 5,2 Milliarden sprechen, die der Kanton pro Jahr ausgibt und auch einnimmt, dann sind wir der Meinung, dass das nicht sein kann.

Deshalb bitten wir Sie, unserem Antrag zu folgen, der ja auch sehr detailliert aufschlüsselt, in welchen Bereichen, das wie notwendig ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wurden keine Fraktionsvoten gemeldet, aber ein Einzelvotum. Jessica Brandenburger hat das Wort.

Jessica Brandenburger (SP): Wir sind als Kommission zum Schluss gekommen, dass dieser Antrag sehr wichtig ist, gerade deshalb, weil wir wirklich mit sehr vielen Lehrpersonen gesprochen haben und wir wirklich keine einzige Lehrperson gefunden haben, die gesagt hat, dass sie noch nie eigenes Geld aufgewendet hat für ihren Beruf und das ist schon ein sehr spezieller Umstand. Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht, aber eigentlich sollte es ja schon nicht so sein, dass privates Geld aufgewendet werden muss, damit ein funktionierender Schulunterricht stattfinden kann. Früher war es so, man hat ein Buch gekauft, ein Mathematikbuch 5. Klasse, und wenn die 5. Klasse fertig war, dann hat man das Buch an den nächsten Fünftklässler weitergegeben. Heute funktioniert das mit dem Buch halt immer noch so, aber die Lizenz, also das digitale Produkt, das es zu dem Buch gibt, das ist auf eine E-Mailadresse abgeschlossen und die E-Mailadresse, die funktioniert nur für dieses eine Kind. Das haben die Verlage sehr clever gemacht. Und wenn das nächste Kind kommt, dann muss die nächste digitale Lizenz abgeschlossen werden und das kostet.

Das führt dazu, dass dann die Budgets der einzelnen Klassen angezapft werden, und im Umkehrschluss führt das dazu, dass für andere Dinge kein Geld mehr übrig ist, also zum Beispiel für Ausflüge, und je nach Klassenstufe macht das einen grossen Unterschied. In einem P-Zug, also in der Sek zum Beispiel, da bleibt dann nicht mehr viel übrig in der Klassenkasse, weil die Klassenkasse, das ist auch die Kasse, die von den Eltern bestückt wird. Da haben mir Lehrpersonen gesagt, ja, weisst du, unsere Klassenkasse, die ist einfach leer, weil meine Eltern, die haben gar kein Geld, da kann ich schon fragen, aber eigentlich, die Klassenkasse, das gibt es bei mir gar nicht und darum wird die Klassenkasse einfach von mir gefüllt und das Geld, das fehlt, das schiesse ich einfach ein.

Ich finde, das geht einfach nicht. Wir können doch nicht von den Lehrpersonen erwarten, dass sie dieses Geld einschiessen. Es geht da wirklich nicht um Luxus-Dinger, es geht wirklich nicht darum, dass wir den Lehrpersonen irgendwie ein schön eingerichtetes Klassenzimmer finanzieren oder irgendwelche super tollen Stifte oder irgend sowas. Es geht wirklich darum, dass wir unseren Schülerinnen und Schülern das Schulmaterial, das sie für den Unterricht brauchen, finanzieren.

Darum haben wir jetzt diesen Antrag gestellt und ich bin wirklich froh, dass wir eine solide Mehrheit für diesen Antrag haben. Die Lehrpersonen sind Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diesen Antrag unterstützen und es ist wirklich Zeit, dass wir unser Budget den Realitäten in den Schulzimmern anpassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Mustafa Atici und Joël Thüring verzichten. Wir stimmen ab über den Änderungsantrag des Regierungsrates, Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

17 Ja, 79 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005255, 18.12.24 11:43:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wurde abgelehnt mit 79 Nein-Stimmen gegen 17 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Damit sind wir beim Finanzdepartement angekommen (Kommissionsbericht, Seite 32).

Der Änderungsantrag der SVP wurde zurückgezogen. Wir führen deshalb nur eine allgemeine Debatte zum Departement. Zuerst Joël Thüring, der verzichtet, dann Tanja Soland, die ebenfalls verzichtet. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit sind wir beim Gesundheitsdepartement (Kommissionsbericht, Seite 33).

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Der Änderungsantrag zum Gesundheitsdepartement der SVP wurde ebenfalls zurückgezogen. Zuerst die allgemeine Debatte. Joël Thüring, wünschen Sie das Wort? Er verzichtet. Lukas Engelberger verzichtet ebenfalls. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Damit sind wir beim Änderungsantrag des Regierungsrates, Dienststelle 30 Gesundheitsversorgung, Transferaufwand (Budgetbuch, Kapitel 5.5.1) Erfolgsrechnung. Es geht um eine Verbesserung um 120’000 Franken. Zuerst hat der Antragsteller Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, die Mittel im Budget 2025 für die Ausbildungsoffensive zur Umsetzung des Verfassungsartikels Pflege um 120’000 Franken zu erhöhen, wir haben es gehört, um damit die Ausbildung von Hebammen zu fördern. Darin ist zunächst eine berechtigte Anerkennung dieses Berufsstands zu sehen. Dem möchten wir uns insofern durchaus anschliessen, wir stellen jedoch Gegenantrag und möchten Ihnen vorschlagen, von dieser Erhöhung gegenüber dem regierungsrätlichen Budget abzusehen. Ich führe das etwas aus.

Die gesetzliche Grundlage der Ausbildungsoffensive Pflege ist das Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege. Dieses beschränkt die Förderung, diese Extraförderung sozusagen, auf die Ausbildung von Pflegefachpersonen und das ist definiert. Das betrifft den Bildungsgang Pflege an einer höheren Fachschule sowie den Bachelor-Studiengang Pflege an einer Fachhochschule. Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben die Förderung dieser Bildungsgänge auf kantonaler Ebene ergänzt um die Ausbildung zur Fachfrau oder zum Fachmann Gesundheit EFZ. Das ist eine Erweiterung. Wir haben das gemacht, weil diese Ausbildung eine mögliche Vorstufe zu den beiden vom Bund geförderten Pflegeausbildungen ist und somit ein wichtiger Zubringer sozusagen für diese Pflegeberufe.

Gestützt auf den neuen seit 1. August geltenden § 60a Abs. 7 des kantonalen Gesundheitsgesetzes hat der Kanton Basel-Stadt die Möglichkeit, bei ausgewiesenem Bedarf zusätzliche Ausbildungen zu fördern. Diese Möglichkeit beschränkt sich jedoch ebenfalls auf weitere Ausbildungen im Bereich der Pflege. Beispiele hierfür wären etwa Nachdiplom-Studiengänge wie Anästhesie oder Intensivpflege sowie die Ausbildung zur Assistentin bzw. zum Assistenten Gesundheit und Soziales. Das wäre abgedeckt von diesen spezifischen Bestimmungen zur Ausbildungsoffensive Pflege.

Der Beruf der Hebamme oder des Geburtshelfers beinhaltet zwar Elemente der Pflege, ist jedoch kein Pflegeberuf an sich. So ist auch die Ausbildung zur Hebamme in der Bildungssystematik gesondert von derjenigen zur Pflegefachperson geregelt. Die Ausbildung zur Hebamme ist somit nicht zu den Ausbildungen im Bereich der Pflege zu zählen und kann deshalb auch nicht so ohne weiteres unter diese Bestimmungen und unter diese Sondermittel Ausbildungsoffensive Pflege subsumiert werden. Die Förderung der Hebammen-Ausbildung gestützt auf die Grundlagen zur Ausbildungsoffensive Pflege ist somit zumindest rechtlich fraglich. Die von der Finanzkommission beantragte Erhöhung der Mittel im Budget des Gesundheitsdepartements würde demnach wahrscheinlich ins Leere laufen.

Dies bedeutet nun nicht, dass eine kantonale Förderung der Hebammen-Ausbildung nicht trotzdem sinnvoll sein könnte, dafür müsste aber zunächst die Versorgungs- und Ausbildungssituation der Hebammen eingehend analysiert werden. Zudem müsste eine allfällige Förderung der Hebammen-Ausbildung vorgängig mit den zuständigen Fachpersonen und Fachorganisationen und auch den politischen Partnern, namentlich aus dem Bildungsbereich, vertieft geprüft werden. Dies unter anderem eben auch mit Blick auf die Rechtsgrundlagen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass die Ausbildungsförderung auch weiterer Gesundheitsberufe diskutiert wird und insofern wäre eine systematischere Betrachtungsweise in Zukunft sinnvoller und zielführender, unserer Meinung nach, als diese jetzt schon eher willkürliche Fokussierung auf die Hebammen-Ausbildung.

Ich möchte Ihnen deshalb beliebt machen, jetzt auf diese Budgeterhöhung nicht einzugehen und beim regierungsrätlichen Vorschlag zu bleiben. Danke für das Verständnis.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir bitten Sie, weiterhin am Antrag der Finanzkommission festzuhalten und diese 120’000 Franken für angehende Hebammen zu sprechen.

Wir haben jetzt Regierungsrat Lukas Engelberger gehört, der in erster Linie auch etwas juristisch argumentiert hat. Wir interpretieren es juristisch anders. Wir verweisen auf § 60a des Gesundheitsgesetzes, das das aus unserer Sicht auch tatsächlich so ermöglicht. Dort geht es um die Förderung der Ausbildung und auf diesen entsprechenden Gesetzesartikel nehmen wir auch Bezug. Wir sind der Meinung, dass es hier eine entsprechende Unterstützungsleistung oder zusätzliche Mittel benötigt, die der Kanton sprechen kann und auch sprechen soll. Wir erkennen dort in diesem spezifischen Fall, der ja tatsächlich auch nicht so wahnsinnig viele Menschen letztlich betrifft, wir sprechen hier nicht von 1’000 Hebammen, um vielleicht auch das Ganze wieder ein bisschen zusammenzurücken, deshalb ist ja auch der Betrag sehr gering. Wir sprechen hier von wenigen Personen, nur zumeist Frauen, die Hebammen sind. Dass es dort einen Bedarf gibt, das zeigt sich auch, wenn man mit Vertreterinnen und Vertreter der Branche spricht und auch mit Personen, die in diesem Bereich selber tätig sind, dass wir dort auch in die Ausbildung investieren müssen, investieren sollen und wir sind der Meinung, dass dies mit der Gesetzgebung im § 60a unseres kantonalen Gesundheitsgesetzes so sicher möglich ist und auch aus unserer Sicht, fern der juristischen Beurteilung, richtig und notwendig erscheint.

Deshalb bitten wir Sie, diesen Antrag der Finanzkommission mit Ihrer Ja-Stimme zu stützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Georg Mattmüller, der sich als Einzelsprecher gemeldet hat.

Georg Mattmüller (SP): Ich möchte das Votum des Finanzkommissionspräsidenten insofern stützen und ergänzen, dass ich einfach sagen möchte, bei den Hebammen ist das Feld dünn in der Ausbildung. Man muss schauen, dass da auch in naher Zukunft genügend Ausbildungswillige ihre Ausbildung machen können. Noch dünner ist das Angebotsfeld der Institutionen und Organisationen, die diese Praxis-Module anbieten, die es im Rahmen der Hebammen-Ausbildung braucht, die dann für die pflegespezifischen Ausbildungsinhalte am Bett, in der Pflege, und das auch zum Unterschied zu anderen Gesundheitsberufen, dann auch wirklich ausbilden. Da ist wichtig, dass wir nicht weitere Jahre ins Feld ziehen lassen und deshalb diesen Antrag unterstützen, auch wenn die juristische Subsumtion ein bisschen hinken mag, wobei in einer erweiterten Ausgangslage dann weitere Gesundheitsberufe unter eben den genau gleichen Artikel 60a Abs. 7 subsumiert werden müsste.

Insofern, bitte unterstützen Sie den Antrag, diese Hebammen-Ausbildung zu finanzieren, und lehnen den Antrag des Regierungsrates ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Lukas Engelberger, wünschen Sie nochmals das Wort? Er verzichtet, der Präsident der Finanzkommission verzichtet ebenfalls. Damit stimmen wir über den Änderungsantrag des Regierungsrates ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 91 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005257, 18.12.24 11:54:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag des Regierungsrates wird abgelehnt mit 91 Nein-Stimmen gegen 2 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Damit kommen wir zum Justiz- und Sicherheitsdepartement (Kommissionsbericht, Seite 36)

Ich möchte einleitend sagen, dass sich Stephanie Eymann hat entschuldigen müssen, sie ist krank und wir wünschen ihr von Herzen gute Besserung.

Hier liegen Änderungsanträge vor. Einer von Eric Weber, einer des Regierungsrates und der Fraktion SP zum selben Thema.

Wir kommen nach dem allgemeinen Teil zum Departement zum ersten Antrag von Eric Weber. Joël Thüring, wünschen Sie zum JSD allgemein das Wort? Er verzichtet. Für den Regierungsrat verzichtet Tanja Soland ebenfalls.

Damit sind wir beim genannten Änderungsantrag. Es geht um die Dienststelle Staatsanwaltschaft (Budgetbericht, Kapitel 3.7.7, Seite 233) Erfolgsrechnung und um eine Verbesserung von 25'520’950 Franken. Herr Weber, Sie haben das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich kurzfassen. Ich muss aber trotzdem darauf aufmerksam machen, dass ich in einer gleichen Sache vor etwa acht Jahren das Wort entzogen bekommen habe, obwohl ich nur die Begründung vorgelesen habe. Die Begründung wurde ja schriftlich abgegeben und geprüft und wenn Begründung draufsteht, darf ich die auch vorlesen. Ich habe den Antrag gestellt, weil ich ständig eingesperrt werde. Ich habe keine drei Wahlcouverts gestohlen. Die Staatsanwaltschaft hat zu viel Personal. Darum habe ich den Antrag gestellt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Joël Thüring, wünschen Sie das Wort? Tanja Soland verzichtet ebenfalls. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen über den Antrag von Eric Weber ab.

Abstimmung

JAheisst Zustimmung zum Antrag von Herrn Weber, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 88 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005259, 18.12.24 11:56:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wird abgelehnt mit 88 Nein-Stimmen gegen 1 Ja-Stimme.

Es liegen noch zwei Änderungsanträge vor, die aber jetzt nicht mehr behandelt werden können, weil wir in die Mittagspause gehen. Wir fahren damit um 15 Uhr fort.

Schluss der 43. Sitzung

11:57 Uhr

Protokoll

der 44. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 18. Dezember 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Gianna Hablützel-Bürki (SVP), Anina Ineichen (GAB), Olivier Battaglia (LDP).

Verhandlungsgegenstände:

94. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK 2
95. Teilrevision des Gesetzes betreffend Einreihung und Entlöhnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt vom 18. Januar 1995 (Lohngesetz, SG 164.100) betreffend gesetzliche Grundlage für Lohnnebenleistungen, Bericht der WAK 17
97. Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Zoo Basel für die Jahre 2025 bis 2028 sowie Nachtragskredit für 2025, Bericht der BKK 19
98. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK 28

Beginn der 44. Sitzung

Mittwoch, 18. Dezember 2024, 15:00 Uhr

94. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

[18.12.24 15:00:18, 24.5488.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie herzlich zu unserer Nachmittagssitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilung zu machen:

Besuch auf der Tribüne

Ich begrüsse ganz herzlich eine Gruppe der FMS Basel. Sie ist sogar schon zum zweiten Mal hier. Sie hatte eine Führung und wollte uns auch noch im Betrieb sehen. Ich durfte mich kurz austauschen und sie waren auf dem Turm. Wir freuen uns sehr über dieses Interesse von Ihnen allen und hoffen, Sie haben spannende Einblicke in unsere Budgetdebatte. Herzlich willkommen.

Wir sind stehengeblieben in der Beratung beim Justiz- und Sicherheitsdepartement bei den Anträgen, die zur Staatsanwaltschaft vorliegen, einerseits vom Regierungsrat und andererseits von der Fraktion SP. Es geht um Dienststelle Staatsanwaltschaft, Personalaufwand (Budgetbuch, Kapitel 5.6.4) Erfolgsrechnung, Verbesserung um 1,748 Millionen, respektive zur gleichen Thematik von der SP eine Verbesserung um 1,27 Millionen Franken.

Wir führen die Debatte zu beiden Anträgen, da sie dasselbe betreffen, gemeinsam durch und stimmen dann in einer Eventualabstimmung über die beiden Anträge ab. Der obsiegende Antrag wird dann dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Zuerst hat der Regierungsrat das Wort für den Antrag und da gebe ich Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat hat seinen Budgetantrag sorgfältig abgewogen und möchte usanzgemäss an diesem festhalten. Unbestritten ist die Strafverfolgung schweizweit massiv überlastet. Die Situation wird als derart problematisch erachtet, dass nun auch die Plenarversammlung der KKJPD am 12. April 2024 ein Projekt verabschiedet hat, das die Ursachen analysieren und Massnahmen zur Verbesserung der Situation vorschlagen soll. Auch in Basel-Stadt bringt die stetig steigende Anzahl an Anzeigen und Pendenzen die Staatsanwaltschaft an den Anschlag. Gleichzeitig binden Grossprojekte wie die Reorganisation der Strafverfolgung oder die Digitalisierung der Schweizer Justiz Ressourcen.

Seit 2019 wurden bei der Staatsanwaltschaft insgesamt 51 Stellen bewilligt, was einem Stellenwachstum von über 20 Prozent entspricht. Im Budget 2025 sind drei zusätzliche Stellen bei der Jugendanwaltschaft, wo der grösste Handlungsbedarf besteht, eine zusätzliche Stelle für drei Jahre befristet bei der Personal- und Organisationsentwicklung sowie eine halbe zusätzliche Stelle für drei Jahre befristet bei der Strafbefehlsabteilung eingestellt. Somit lässt sich also nicht begründen, dass der Regierungsrat keine Stellen sprechen möchte, er hat das bisher auch gemacht und auch für das Budget 2025, sondern was uns wichtig ist, ist, dass der Personalausbau nach unserem Wunsch mit Blick auf die begrenzten finanziellen Ressourcen nur schrittweise und möglichst zielgerichtet erfolgen soll.

Das heisst, die Problematik ist erkannt, wir haben einfach entschieden, dass wir das schrittweise machen, wirklich aufmerksam beobachten, weil wir auch sehen, dass es nicht so einfach ist, die Stellen zu finden bei der Staatsanwaltschaft und wir haben bisher jedes Jahr auch Stellen gesprochen. Das ist der Grund, warum wir an unserem Antrag festhalten möchten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Antragsteller für die SP ist Ivo Balmer, der hiermit das Wort hat.

Ivo Balmer (SP): Ich stelle im Namen der SP bei der Staatsanwaltschaft einen weiteren Änderungsantrag zum Budget 2025. Die von der Finanzkommission geforderten zusätzlichen Stellen möchten wir auf den Teil der Jugendstaatsanwaltschaft

begrenzen. Grundsätzlich haben wir die gleiche Haltung wie alle hier drin, wir wollen, dass die Staatsanwaltschaft funktioniert.

Zur konkreten Ausgangslage. Die Staatsanwaltschaft hat einen zu grossen Pendenzenberg mit Rückständen, das ist klar. Die Verfahren dauern lange, Opfer von Straftaten warten zu lange und es passieren Fehler. Das ist die Ausgangslage. Aber diese Herausforderung wurde in den letzten Jahren politisch erkannt und es wurde auch bereits finanziell gehandelt. Es wurde gesagt, seit 2019 sind rund 51 neue Stellen bewilligt worden, das ist eine Zunahme des Personalbestandes um 22 Prozent. Auch die SP hat dazu die Hand gereicht, denn eine gut funktionierende Strafverfolgung ist uns allen wichtig.

Heute verhandeln wir das Budget 2025 und grundsätzlich teilen wir hierzu die dargelegte Haltung der Regierung. Die SP-Fraktion findet weiter, dass ein allfälliger nächster Erhöhungsschritt mit einer präziseren Analyse einhergehen sollte, mit welcher aufgezeigt werden kann, in welchen Bereichen konkret Ressourcen gebraucht werden und welche betrieblichen Optimierungen bereits ergriffen wurden oder noch werden. Diese Auslegeordnung kann als Grundlage gut funktionieren. Es sind somit primär organisatorische und betriebliche Fragen, die uns zu diesem Antrag bewogen und die Ressourcensteuerung in den Fokus rücken sollten.

Eine Erhöhung, wie sie jetzt von einer Mehrheit der Finanzkommission vorgeschlagen wird, entspricht eher dem Prinzip der Giesskanne und das ist aus unserer Sicht zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend. Es braucht Übersichten zu betrieblichen Abläufen und Informationen zu erfolgten oder geplanten Optimierungsmöglichkeiten bzw. Anhaltspunkte, in welchen Bereichen die zusätzlichen Stellen auch tatsächlich eingesetzt würden. Das, was jetzt vorliegt, ist uns noch zu wenig ausgereift. Aber wir wollen mit der Erhöhung bei der Jugendstaatsanwaltschaft für ein erstes Hand bieten, in diesem konkret zu benennenden Bereich die Ressourcen zu erweitern. Wir werden auch zukünftig wieder Hand bieten, wenn vertieft analysiert wurde und klarer ersichtlich wird, wie Stellenerhöhungen betrieblich und organisatorisch zielführend wirken können.

Der jetzige Informationsstand genügt noch nicht für alle Bereiche und wir bitten Sie deshalb, unseren abgeschwächten Änderungsantrag zum Budget zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission ist nun Joël Thüring an der Reihe.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die Diskussion bis zum jetzigen Zeitpunkt. Es ist sicherlich der Antrag, und das sieht man jetzt auch an der Rednerliste, der natürlich am meisten zu diskutieren gibt, auch in der Finanzkommission am meisten zu diskutieren gab, das wird Sie auch wenig überraschen, dass die Diskussion natürlich ähnlich verlaufen ist, was die inhaltliche Bewertung des Antrages anbelangt. Ich möchte trotzdem sagen, dieser Antrag der Finanzkommission hat eine doch breite Zustimmung in der Finanzkommission gefunden. Die Finanzkommission empfiehlt mit 8 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung, diese Personalaufstockung um total acht Stellen.

Es ist auch so, ich möchte das vielleicht klarstellen, aber vielleicht hat Frau Regierungsrätin Soland auch nicht uns oder die Finanzkommission gemeint, selbstverständlich haben wir nicht behauptet, dass der Regierungsrat nicht auch daran ist, dort bei der Staatsanwaltschaft neue Stellen zu schaffen. Sie hat es dann auch ausgeführt, dass der Regierungsrat 3,0 zusätzliche Stellen bei der Jugendanwaltschaft vorgesehen hat, 0,5 Stellen zusätzlich für drei Jahre temporär befristet im Erwachsenenbereich und dann ebenfalls temporär befristet für drei Jahre im Stab der Staatsanwaltschaft. Die Finanzkommission hat diese Ausführung des Regierungsrates, so wie sie Frau Regierungsrätin Soland heute noch einmal auch getätigt hat im Namen des Regierungsrates, selbstverständlich zur Kenntnis genommen.

Wir haben aber auch den ersten Staatsanwalt gehört, der uns gesagt hat, was er insgesamt beantragt hat bei der Regierung, das waren 20,6 Stellen, und deshalb würde ich auch sagen, geschätzter Herr Kollege Balmer, Sie haben es, glaube ich, Giesskanne genannt, ich würde jetzt nicht behaupten, dass der Antrag der Finanzkommission Giesskanne wäre, sondern er ist sehr gezielt auf diese zwei Bereiche verteilt, nämlich zusätzlich zwei weitere Stellen bei der Jugendanwaltschaft und eben sechs weitere Stellen im Erwachsenenbereich. Die Situation der Pendenzenlast, die hat sich, wie ich eingangs erwähnt habe, zwar verbessert, aber sie ist natürlich trotzdem immer noch enorm hoch und das hat die Finanzkommission in einer Mehrheit bewogen, dass wir heute über den Antrag des Regierungsrates hinausgehen. Der Antrag der SP-Fraktion lag uns nicht vor, die Finanzkommission konnte ihn deshalb auch nicht beraten. Die Finanzkommission hält aber an ihrem Antrag entsprechend auch fest.

Ich möchte einfach noch ganz kurz aus dem letztjährigen, aus dem vorletzten Bericht der Aufsichtskommission der Staatsanwaltschaft zitieren. Diese Aufsichtskommission ist ja gerade auch was diese Thematik der Staatsanwaltschaft insgesamt anbelangt, wahrscheinlich oft sehr viel näher wie ein politisches Gremium und sie hat damals im Bericht 2023 festgehalten: Zusammenfassend hält die Aufsichtskommission fest, dass die Kripo, die allgemeine Abteilung und die Wirtschaftsabteilung strukturell überlastet sind. Aufgrund der statistischen Indikatoren geht die Aufsichtskommission davon aus, dass sich die Situation weiter verschärfen wird. Und jetzt, und ich finde dieser Satz oder dieser Teil sollte eben auch eine gewisse Berücksichtigung finden bei Ihrer Entscheidung, was Sie heute abstimmen werden, zu besonderer Besorgnis

gibt dabei Anlass, dass die strukturelle Überlastung zunehmend Auswirkungen auf die Gesundheit von einzelnen Mitarbeitenden zu haben scheint und deshalb mit weiteren Ausfällen und Kündigungen zu rechnen ist, was die angespannte Pendenzensituation weiter verschärfen würde. Die Aufsichtskommission empfiehlt den politischen Instanzen, damit sind auch wir gemeint, diesen Befund zur Kenntnis zu nehmen und die entsprechenden Schlüsse daraus zu ziehen.

Nun kann man andere Schlüsse daraus ziehen, das ist selbstverständlich legitim. Die Finanzkommission ist zum Schluss gekommen, dass eine moderate, zusätzliche Personalaufstockung von sechs und zwei Stellen in diesen beiden Bereichen sinnvoll ist. Wir gewähren nicht das, was die Staatsanwaltschaft ursprünglich wahrscheinlich insgesamt sich gewünscht hätte, sondern versuchen ihr einen Mittelweg zu bestreiten, auch im Wissen, das hat Frau Soland gesagt und da hat sie natürlich recht, dass ja nicht alle diese Stellen bereits dann, wenn wir sie heute sprechen würden, am 1. Januar oder am 1. Februar 2025 besetzt sein werden. Das heisst, wir geben damit nur den Headcount frei, die Stellen müssen danach auch zuerst besetzt werden und auch das wird nicht von heute auf morgen geschehen. Aber die Zahl der Delikte, das haben Sie gesehen in diesen Diagrammen, die uns die Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt hat, zeigen, dass sowohl im Strafgesetzbuch, beim Betäubungsmittelgesetz, aber auch beim AIG die Zahlen nicht rückläufig sind und deshalb hat die Finanzkommission entschieden mit 8 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung, dass man diese zusätzlichen 1,748 Millionen einstellen soll, um insgesamt acht Stellen zu schaffen.

Deshalb bitte ich Sie im Namen dieser Mehrheit, diesem Antrag der Finanzkommission Folge zu leisten. Und auf die Frage, die dann der Grossratspräsident stellen wird, es ist ja eine Eventualabstimmung, Regierung gegen SP-Antrag, dazu hat die Finanzkommission keine Haltung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und Pascal Messerli angelangt für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion wird hier dem Antrag der Finanzkommission zustimmen und den Antrag des Regierungsrates und derjenigen der SP-Fraktion ablehnen. Bei der Haltung des Regierungsrates kann die SVP-Fraktion wirklich nur den Kopf schütteln, nicht nur finanzpolitisch, sondern hier auch sicherheitspolitisch. Der Regierungsrat hat hier eine völlig falsche Prioritätensetzung. Darauf haben wir auch schon beim Legislaturplan hingewiesen, in welchem die Sicherheit nicht einmal erwähnt wird. Wir sind seit Jahren der kriminellste Kanton, bei der Staatsanwaltschaft existieren über 13’000 pendente Fälle. Niemand kann mit der jetzigen Situation zufrieden sein und deshalb benötigt es dringenden Handlungsbedarf. Es ist doch schon auch eine absolute Farce, ich habe es heute Morgen schon gesagt, wenn wir es fertig bringen, in den letzten vier Jahren 1'000 neue Staatsstellen zu sprechen und gleichzeitig nicht bereit sind, in der Sicherheitspolitik, der zentralsten Staatsaufgabe überhaupt, derartige Missstände zu beheben.

Und wenn ich dann den Abänderungsantrag der SP sehe, dann muss ich hier etwas weniger den Kopf schütteln, weil immerhin der Bedarf bei der Jugendanwaltschaft anerkannt wird. Aber trotzdem, auch wenn ich Ivo Balmer normalerweise immer sehr schätze für seine genialen Voten, hier eiert die SP schon genau gleich herum bei Sicherheitsfragen, wie es die GLP in finanzpolitischen Fragen tut. Sie sprechen von einer Gesamtschau. Sie sprechen davon, dass wir Ressourcen gezielt einsetzen sollen, was in einem Umkehrschluss heissen soll, die Staatsanwaltschaft soll Prioritäten setzen. Das würde ja dann im Umkehrschluss aber bedeuten, dass die Staatsanwaltschaft in gewissen Bereichen weniger tätig sein soll und da frage ich schon in die Runde der SP-Fraktion, welche jetzt hier diesen Antrag unterstützt, in welchen Bereichen soll die Staatsanwaltschaft bei den 13’000 offenen Fällen nicht prioritär handeln? Soll die Staatsanwaltschaft Gewaltdelikte gegen Männer weniger prioritär behandeln? Soll die Staatsanwaltschaft Strassenverkehrsdelikte ignorieren oder benötigt es etwa weniger Ressourcen bei Betrugsfällen, bei Schockanrufen oder benötigt es weniger Ressourcen bei Raub- und Einbruchsdelikten, wo die Staatsanwaltschaft weniger aktiv sein soll? Sie sehen ja schon bei der Fragestellung, dass dies völlig absurd wäre.

Selbstverständlich ist es eine zentrale Staatsaufgabe, dass bei der Staatsanwaltschaft sämtliche pendente Fälle nach Möglichkeit abgeschlossen werden und hier nicht irgendwelche Triagen stattfinden, das kann doch nicht in unserem Sinne sein. Und dass Fälle abgeschlossen werden zu einer richtigen Zeit, das ist im Sinne von allen. Es ist im Sinne der Behörden, es ist im Sinne der Mitarbeiter, es ist im Sinne der Opfer, der Opferhilfe, der Geschädigten und auch im Sinne der Beschuldigten. Ich bin in der Strafverteidigung tätig. Wenn ich Anrufe von meinen Klienten bekomme, sind die meisten Fragen dann immer, wann ist der Fall endlich abgeschlossen, wann bekomme ich meine Gegenstände zurück, wann kann ich dieses Kapitel endlich abschliessen, etc. Es kann doch nicht in Ihrem Sinne sein, dass wir hier nicht derartige Missstände beheben und hier endlich einmal diese benötigten Ressourcen sprechen, damit dieser Pendenzenberg schnell abgebaut werden kann und wir langfristig hier eine gute Lösung finden.

Und im Übrigen ist Ihr Verhalten hier schon auch etwas widersprüchlich. Beim Strafgericht haben Sie erst vor kurzem mehr Stellenprozente für Gerichtspräsidien gesprochen, weil der Aufwand zugenommen hat, ja, er hat zugenommen, und dann macht es doch auch Sinn, dass wir bei der Staatsanwaltschaft diese Ressourcen sprechen, weil 95 Prozent aller Fälle werden im Strafbefehlsverfahren beendet. Dementsprechend benötigt es diese Ressourcen bei der Staatsanwaltschaft.

Ich bitte Sie hier im Namen der SVP-Fraktion, der Finanzkommission zu folgen, den SP-Antrag und auch den Antrag der Regierung abzulehnen, um hier endlich diese Sicherheit prioritär zu behandeln im Sinne unserer Bevölkerung, welche das hier auch erwarten darf.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich wiederhole jetzt, ich gebe es zu, ein bisschen Herr Messerli, bringe vielleicht teilweise Science Speech ein bisschen im FDP-Slang rüber. Aber ich glaube, wir müssen einfach sehen, die Arbeit ist vorhanden und wenn die SP plötzlich von Betriebswirtschaft redet, dann ist das sehr verdächtig. In anderen Bereichen unseres Staates ist die Betriebswirtschaft der Teufel per se. Wenn es mehr Schülerinnen und Schüler gibt, dann ist für alle auf der linken Seite klar, dann erhöhen sich automatisch die Stellen der Lehrerinnen und Lehrer. Wenn da jemand von uns sagen würde, könnte man nicht prüfen, ob es nicht betriebswirtschaftlich besser wäre, wenn die Klassengrössen wieder erhöht werden, dann würden wir ausgebuht aus diesem hohen Hause. Wenn aber die Kriminalität, die Anzeigen steigen, dann sagen Sie, jetzt müssen wir zuerst alles analysieren, grosse Studien machen, optimieren. Das ist sicherlich in einem gewissen Masse richtig, aber während der Zeit, in der Sie studieren, analysieren lassen wollen, wachsen einfach die Pendenzenberge, es wird noch schlimmer.

Das ist nicht Arbeit, die sich die Staatsanwaltschaft selber macht. Wir haben ein sehr begrenztes Opportunitätsprinzip. Wir haben gewisse Grenzen, gewisse Schwergewichte, die gesetzt werden, auch von der Regierung, aber das ist im Bereich, wie die immer gesagte Hohl-Kriminalität, wo wirklich aktiv nach Anzeigen gesucht wird, aber der normale Diebstahl, Raub, etc., der wird herangetragen an die Polizei und an die Staatsanwaltschaft und da haben sowohl Opfer wie Beschuldigte wie die gesamte Gesellschaft einen Anspruch darauf, dass dies in vernünftiger Qualität, in vernünftiger Zeit durch die zuständigen Instanzen abgearbeitet wird.

Ich erinnere mich daran, der Antrag mit den Strafgerichtspräsidien wurde enthusiastisch von den Linken aufgestockt. Wir haben es auch unterstützt, aber da war eine andere Begründung, als Steigerung der Parteiabgaben, wenn ich Sie jetzt ernst nehme, wahrscheinlich war es das nicht. Dort wurde auch begründet, das kommt mehr in dem ganzen System durch und das muss bewältigt werden. Und das ist wirklich eine Vertrauenskrise in den Staat, wenn Sie da die Ressourcen, die, glaube ich, wirklich ausgewiesen sind, zurückhalten. Ihr prinzipielles Misstrauen gegenüber der Strafverfolgung können Sie nicht mit diesem betriebswirtschaftlichen Slang vertuschen, so naiv sind wir hier nicht. Dann ist die Jugendanwaltschaft vielleicht politisch korrekter als die Strafverfolgung bei Erwachsenen.

Ich bitte Sie, den Schalmeienklängen der SP da nicht zu folgen. In der Eventualabstimmung müssen wir leider, die SP ist das geringere Übel als die Regierung, der SP folgen, aber dann der Finanzkommission, um wirklich einen Schritt vorwärtszumachen. Und analysieren und studieren dürfen Sie da noch, solange Sie wollen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte-EVP spricht Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich danke Ivo Balmer zunächst. Er hat mir aus dem Herzen gesprochen, indem er gesagt hat, wir wollen, dass die Stawa funktioniert. Das ist es, das ist der Hauptsatz, den wir uns heute immer wieder sagen müssen, wir wollen, dass die Stawa funktioniert. Aber wir wissen, dass sie seit 2011 auf dem Zahnfleisch läuft und dass es irgendwann einfach nicht mehr geht und dieser Punkt ist überschritten. Wir haben einen Notstand in der Strafverfolgung. Dem können wir nicht einfach immer wieder aus dem Wege gehen, indem wir sagen, ja, die sollen jetzt mal da betriebswirtschaftliche Analysen machen.

Es hat drei Untersuchungen gegeben in dieser Zeit über die Arbeitstätigkeit der Staatsanwaltschaft. 2011 hätte man über 60 Stellen gebraucht mit dem Einführen der neuen StPO, es sind etwas über 20 damals bewilligt worden. Jetzt sind in den letzten vier Jahren, das ist richtig gesagt worden, tatsächlich einige Stellen neu bewilligt worden, aber in dieser Zeit seit 2018, wenn Sie die Anzeigestatistik anschauen, sind die beanzeigten Delikte um 38 Prozent gestiegen. Weniger, viel weniger Stellen sind neu bewilligt worden und wir haben aber immer noch das System und da haben wir leider letztes Mal eine kleine, es war eine winzige Chance verpasst, damit man in Bern die Strafprozessordnung nochmals hätte anschauen können. Das Hauptproblem liegt ja dort, das wissen wir. Es ist nicht die Organisationsform der Stawa und wir überprüfen ja diese im Übrigen jetzt auch, indem wir es überführen in eine neue Struktur der Polizei, aber wir können nicht warten, bis das geschehen ist. Es sind tausende von Delikten, die nicht bearbeitet werden können. Das ist doch unwürdig für einen Kanton wie Basel, das ist doch unwürdig für die Schweiz. Wir sind doch keine Bananenrepublik.

Wir haben Unterschriften gesammelt für die Mitte im Zusammenhang mit der Aufstockung der Stellenprozente bei der Staatsanwaltschaft, haben eine Petition eingereicht. Ich war auch auf der Strasse und da hat eine ältere Dame, sie hat dann mit mir geredet, 83 ist sie, hat plötzlich Tränen in den Augen gehabt und hat mir gesagt, wissen Sie, das ist genau das, was

mir geschehen ist. Mir ist die Handtasche gestohlen worden und dann habe ich die Anzeige gemacht und nichts mehr gehört bis zur Verjährung des Delikts. Wir riskieren doch, dass unsere Menschen in diesem Kanton das Vertrauen in die Justiz verlieren, das Vertrauen in den Rechtsstaat verlieren, das Vertrauen in unseren Staat verlieren. Was nützt uns das, was haben wir da für einen Profit, wenn wir das weiter pflegen offenen Auges.

Ich plädiere also sehr dafür, dass wir zumindest dem Antrag der Finanzkommission folgen heute. Die Staatsanwaltschaft bräuchte wesentlich mehr Stellen und das ist nicht das Problem einer ineffizienten Behörde, sondern es ist das Problem einer sehr komplizierten Prozessordnung und es ist das Problem von stark gestiegenen beanzeigten Delikten.

Und ich habe natürlich auch gehört, die sollen doch besser priorisieren. Aber was heisst denn konkret, priorisieren in diesem Zusammenhang. Das heisst doch nichts anderes, als einen Teil der Delikte liegenlassen und das darf doch nicht sein. In einem Rechtsstaat sind doch alle Delikte grundsätzlich zu verfolgen, egal, ob Arme oder Reiche, ob Linke oder Rechte oder wer auch immer betroffen ist. Justitia ist deshalb blind, sie soll auch blind sein. Und ich glaube nicht, dass wir uns einen Gefallen tun, wenn wir sagen, wir priorisieren und es wurde letztes Mal dann auch gesagt, man muss ja nicht alle Delikte im Zusammenhang mit Demonstrationen, also Sachbeschädigungen und so verfolgen. Doch, auch diese Delikte müssen verfolgt werden, es sei denn, wir ändern zuerst das Strafgesetzbuch. Das Gesetz gilt für alle gleich und das sollten wir einfach pflegen und an dem sollten wir nicht ritzen. Und wenn hier nun mehr Stellen, mehr Ressourcen nötig sind, müssen wir diese doch im Interesse unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger zur Verfügung stellen.

Ich plädiere also sehr dafür, unabhängig von der Partei, unabhängig von der Herkunft, blind zu überlegen, ist es das wirklich wert, dass wir riskieren, dass die Menschen das Vertrauen in unseren Staat verlieren, weil wir nicht in der Lage sind zu erkennen, dass seit nunmehr etwa 13 oder 14 Jahren hier ein Problem gewachsen ist und immer noch grösser wird. Ich plädiere dafür, nicht zu warten, nicht weitere Untersuchungen zu machen, es gibt genügend Belege dafür, dass es dringend notwendig ist. Also unterstützen Sie den Antrag der Finanzkommission, der ist moderat, ist weit unter dem, was die Staatsanwaltschaft brauchen würde, aber es ist immerhin mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten und zu Anouk Feurer.

Anouk Feurer (GAB): Ich kann nicht ganz der Logik folgen, dass bei gleichbleibenden Stellenprozenten die Staatsanwaltschaft plötzlich Zeit zum Aufräumen haben sollte. Ich persönlich habe erst dann Zeit zum Aufräumen, wenn ich eben weniger zu tun habe. Im Bericht der Aufsichtskommission der Staatsanwaltschaft wird auf die Überlastung in den verschiedenen Bereichen hingewiesen. Ein beträchtlicher Teil des Mehraufwands der Staatsanwaltschaft ist mit der neuen Strafprozessordnung verbunden. Diese hat diverse Prozessrechte für Beschuldigte eingeführt, welche zu einem Mehraufwand bei den Gerichten und bei der Staatsanwaltschaft führte. Damit diese Rechte der Beschuldigten gewahrt werden können, braucht die Staatsanwaltschaft genügend Stellenprozente. Würden wir nun der Staatsanwaltschaft die entsprechenden Ressourcen nicht gewähren, schwächen wir die neue StPO, welche im Grundsatz eigentlich sehr gut ist. Letzte Woche haben wir ja zum Beispiel zum Schutz der StPO eine Standesinitiative abgelehnt.

Die Berichte pro Beschuldigte haben sich in den letzten Jahren unter anderem wegen zum Beispiel psychologischen Gutachten in der Länge zugenommen und längere Berichte führen zu mehr Zeit pro Bericht und das führt natürlich auch zu einer steigenden Arbeitslast. Priorisierung ist wichtig, aber wenn die Anzahl Pendenzen pro Staatsanwält*innen dermassen ansteigt, in gewissen Bereichen sind es fast 90 pendente Fälle pro Staatsanwältin, kann es natürlich sein, dass Opfer von Delikten im Stich gelassen werden und ewig warten müssen. Und im schlimmsten Fall verjährt irgendwann ein Delikt, was besonders stossend wäre, wenn es dann wegen der Belastung und wegen der Priorisierung der Staatsanwaltschaft nicht zur Verhandlung gekommen wäre.

Man kann die Prioritätensetzung und die Arbeitsweise der Staatsanwaltschaft durchaus kritisieren. Gleichzeitig muss man aber anerkennen, dass die Arbeitslast der Mitarbeitenden enorm hoch ist und man muss diese ernst nehmen. Für die Gesundheit der Angestellten ist es zentral, dass zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Wenn eine klare Überlastung vorliegt, sehe ich es als unsere Aufgabe an, die nötigen Ressourcen zur gesetzmässigen Umsetzung zur Verfügung zu stellen.

Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, diesen Änderungsantrag der SP abzulehnen, aber natürlich in der Eventualabstimmung zuzustimmen, eine Mehrheit der Grün-Alternativen Fraktion wird dem Antrag der Finanzkommission folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Patrick Fischer.

Patrick Fischer (SVP): Der Vorteil des Milizparlamentes ist es, dass verschiedene Berufe hier ihre Blickwinkel aufzeigen können. Ich arbeite genau dort, wo diese vielen ominösen Ordner stehen, und würden Sie morgen, anstatt hierher zu kommen, bei uns beginnen, könnte ich jedem von Ihnen einen Fall zuteilen, der sofort eine Verhaftung zur Folge hätte.

Zur Staatsanwaltschaft. Nicht alle hier drin mögen die Staatsanwaltschaft, nicht alle sind begeistert davon, aber es braucht sie nun mal. Mit einer massiv strukturell überlasteten Staatsanwaltschaft erhalten wir nicht keine Staatsanwaltschaft, sondern eine schlechte Staatsanwaltschaft. Wir brauchen mehr Personal, damit wir auch richtig arbeiten können. Es ist wichtig, dass die Verfahren ordentlich bearbeitet werden können und nicht verjähren. Zur Jugendstaatsanwaltschaft. Genau diese ist wichtig, weil hier bereits am Anfang einer kriminellen Karriere Grenzen aufgezeigt werden. Und zur Kantonspolizei. Die Staatsanwaltschaft respektive die Kriminalpolizei arbeitet eng mit der Kantonspolizei zusammen und wird das in Zukunft noch mehr tun. Die Kantonspolizei wird mit Schwerpunktaktionen beauftragt, wie zum Beispiel die Drogenproblematik in Kleinbasel einzudämmen. Daraus resultieren aber Verfahren, welche durch die Staatsanwaltschaft bearbeitet werden müssen.

Hier wurde vielfach auch die Prioritätensetzung angesprochen. Die Staatsanwaltschaft und damit auch die Kriminalpolizei wird vielfach kritisiert. Zuständig dafür ist der erste Staatsanwalt und die leitende Staatsanwältin und Chefin der Kriminalpolizei. Beide Personen wurden hier drin mit überwältigender Mehrheit gewählt und zuvor von der Wahlvorbereitungskommission sorgfältig geprüft.

Dann noch zum Bevölkerungszuwachs. Auch das wurde bereits erwähnt, mehr Einwohner bedeuten mehr Schüler, das wiederum mehr Lehrer. Das haben wir mehrfach gehört heute. Mehr Einwohner bedeutet aber leider auch mehr Kriminalität, mehr Täter und mehr Opfer. Und bevor ich Sie nun darum bitte, dem Antrag der Finanzkommission zu folgen, noch eine Zahl. 13’149 pendente Verfahren. Das bedeutet, 13’149 Opfer von Straftaten, die auf Gerechtigkeit hoffen. Das bedeutet, 13’149 mutmassliche Täter, die nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Endlich haben wir einmal eine Diskussion, die einem Parlament würdig ist. Ich komme zu Ivo Balmer. Er hat gesagt, er bittet darum, dass man seinen abgeschwächten Antrag unterstützt. Lieber Ivo Balmer, das mache ich, ich unterstütze Ihren abgeschwächten Antrag. Ich möchte mit Links wählen und ich begründe auch warum. Es heisst oft, ich bin rechtspopulistisch. Aber lieber Ivo Balmer, als Politiker muss man fischen, wo man fischen kann und nur das mache ich. Wir müssen fischen und wer den besten Fisch hat, kann da vorne stehen und reden.

Wir reden zum Thema Staatsanwaltschaft. Ich darf mit Stolz sagen, ich bin der Grossrat, der der meisten Kontakt mit der Staatsanwaltschaft Basel hat. Seit meiner Kindheit, seit ich 20 Jahre jung war, das war vor 41 Jahren, und ich denke, auch die nächsten 40 Jahre werde ich Stammkunde sein bei der Staatsanwaltschaft. Ich bin, das wissen Sie ganz genau, nicht kriminell, ich möchte nur bei Ihnen sein in diesem wunderschönen Parlament. Das ist mein einziger Wunsch, aber gewisse Leute wollen das nicht und dann sage ich, nein, das geht nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, bitte sprechen Sie zum vorliegenden Antrag.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich komme zu meinem Vorredner, Grossrat Bruno Lötscher. Er hat gesagt, die Staatsanwaltschaft funktioniert nicht so richtig, die Staatsanwaltschaft ist auf dem Zahnfleisch, wir haben einen Notstand. Ich muss das bestreiten, die Staatsanwaltschaft hat genügend Kapazitäten, um unliebsamen Politiker vorzuladen. Die Staatsanwaltschaft sagt ja auch immer, wir müssen Prioritäten setzen. Und Sie haben gesagt, Bruno Lötscher, was wir haben mit der Staatsanwaltschaft, sei unwürdig und wir sind keine Bananenrepublik. Ja gut, wenn es so ist, dann ist es so. Sie haben auch gesagt, das Vertrauen ist verloren gegangen. Herr Lötscher, der Bürger von Basel hat schon längstens das Vertrauen in unseren Kanton Basel-Stadt verloren.

Und dann wurde von meinem Vorredner noch gefragt, welcher Profit haben Sie, wenn die Staatsanwaltschaft schwach ist. Das wurde besprochen und ich sage es Ihnen, es sind Wählerstimmen und das ist ein Profit, den man hat, zum Beispiel bei der nächsten Grossratswahl am 22. Oktober 2028. Dann noch zu Patrick Fischer. Sie haben gesagt, Kriminalität, Drogen in Kleinbasel, aber ich habe da meine Interpellation, in der ich gefragt habe, warum keine Polizei am Claraplatz ist. Ich sehe jeden Tag die Drogendealer und keine Polizei am Claraplatz, das ist meine Interpellation. Sie haben richtig gesagt, nicht jeder liebt die Stawa, das ist okay, mehr Personal wird von mir bestritten, und Sie haben gesagt, die Kantonspolizei macht etwas gegen die Drogenkriminalität in Kleinbasel. Das wird von mir bestritten, weil ich jeden Tag am Claraplatz bin und dort mein Postfach mache.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei Thomas Widmer-Huber als Einzelsprecher angelangt.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Bei der Staatsanwaltschaft waren Ende 2023 13'000 Fälle pendent, wir haben es vorher schon gehört, und das trotz Aufstockung des Personals in den letzten Jahren und trotz einer guten Erledigungsquote. Insbesondere wegen der zunehmenden Delikte und Anzeigen sowie der neuen Strafprozessordnung hat der Aufwand für die Strafverfolgungsbehörden massiv zugenommen. Die enorme Arbeitslast hat Auswirkungen auf die Gesundheit der Mitarbeitenden, das haben wir auch schon gehört, einige leiden an einem Burnout, andere sind nahe daran und nicht wenige sehr erfahrene Staatsanwälte und Staatsanwältinnen haben die Kündigung eingereicht.

Bei den schweren Gewalt- und Sexualdelikten sind die Strafanzeigen in den letzten Jahren signifikant gestiegen. Auch diese Fälle müssen zeitnahe vor Gericht gebracht werden. Die Opfer dürfen nicht wegen Personalmangel im Stich gelassen werden. Der Bericht der Aufsichtskommission Staatsanwaltschaft über die Tätigkeit und Feststellungen für das Jahr 2023/2024 zeigt ein düsteres Bild. So ist etwa bei der Kriminalpolizei die Rede von inakzeptablen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Fällen. Auch bei der Jugendanwaltschaft sind gemäss dem erwähnten Bericht die Rückstände markant angestiegen. Das Mass der Arbeitsbelastung sei nicht mehr tragbar und machbar.

In meiner schriftlichen Anfrage im Mai dieses Jahres habe ich eine Aufstockung des Personals bei der Staatsanwaltschaft und der Jugendanwaltschaft gefordert. Die Regierung hat im Budget nur eine knappe Aufstockung vorgesehen. Das können wir von der EVP hier nicht nachvollziehen. Aufgrund der vorgängigen Ausführungen unterstützen wir den Antrag der Finanzkommission auf zusätzliche Stellen. In diesem Sinne bitten wir Sie, der Aufstockung des Personals bei der Staatsanwaltschaft und der Jugendanwaltschaft zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): Seit Jahren können wir in den Berichten der Aufsichtskommission darüber lesen, wie die Staatsanwaltschaft kritisiert wird. Kritisiert für ihre Prioritätensetzung, kritisiert dafür, wie sie sich intern organisieren. In den letzten vier Jahren wurden bereits, wir haben es gehört, 50 Stellen zusätzlich geschaffen. Wir haben dem zugestimmt mit der Erwartung, dass auch in der Organisationsform der Staatsanwaltschaft etwas passiert. Die Rückstände sind zurückgegangen, das können wir lesen, die Belastung in der Staatsanwaltschaft ist, je nachdem, wen es betrifft, sehr unterschiedlich. Wir haben die Kritik, was fehlt ist eine griffige Aufsicht der Staatsanwaltschaft, eine Aufsichtskommission, die wirklich Kompetenzen hat. Unabhängig davon, wie wir heute entscheiden, ist das bestimmt ein Thema, das angegangen werden muss.

Und wenn dann gefragt wird, auf was verzichtet werden kann, ich habe da gewisse Ideen, zum Beispiel, wenn es um riesige Prozesse bei Basel Nazifrei geht, die über Jahre lang hingezogen werden, wir sind wieder auf Welt 1, weil die Arbeit unsauber gemacht wurde mit einem riesigen Ressourceneinsatz. Ein anderer Fall, zum Beispiel, wenn sich die Staatsanwaltschaft mit Ressourcen dafür einsetzt, dass die Immunität von Nationalrätin Sibel Arslan aufgehoben wird, das natürlich abgeschmettert wird, weil ihr Einsatz für einen Dialog bei Demonstrationen natürlich rechtens war.

Und was kommt jetzt? Es kommt ein Antrag für, wenn sie frei wählen könnten, 50 Stellen, wenn es dann um den Antrag geht, um 20 Stellen und jetzt in der Finanzkommission um sechs Stellen, die irgendwo eingesetzt werden sollen. Ja, schon in der Erwachsenen Staatsanwaltschaft, aber wo? Und das spielt genau in das hinein, was wir seit Jahren kritisieren, was die Aufsichtskommission seit Jahren kritisiert, es fehlt die Struktur, es fehlt die Ordnung bei der Staatsanwaltschaft. Und bevor wir irgendetwas sprechen können mit gutem Gewissen, müssen wir doch anschauen, muss die Staatsanwaltschaft die Führung der Staatsanwaltschaft anschauen, wie sie organisiert ist, wie sie sich Ressourcen effizient organisieren können und erst dann, wenn ganz klar ist, wo die Ressourcen eingesetzt werden sollen, mit welchen Zielen sie überhaupt eingesetzt werden, wir haben keine Zielvorstellung für diese sechs zusätzlichen Stellen, erst dann können wir überhaupt darüber reden, ob wir diese Ressourcen aufstocken wollen.

Deshalb werde ich und werden wir von Basta dem Antrag der SP folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfragen an? Sie werden angenommen. Zuerst Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Lieber Nicola Goepfert, bezüglich des Riesenprozesses Nazifrei. Es ist Ihnen schon auch bewusst, dass das nicht bei der Staatsanwaltschaft am Schluss aufgelaufen ist, sondern dass das Strafgericht letztlich ursächlich ist, dass wir wieder auf Feld Null sind?

Nicola Goepfert (GAB): Ja, das Strafgericht spricht sich ab, die Stawa fälscht Beweise. Ich glaube, alle haben da einen Finger im Spiel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Zweite Frage bitte.

Pascal Messerli (SVP): Herr Goepfert, Sie haben jetzt zwei Fälle genannt, die Ihnen nicht gepasst haben. Ist das Ihre fundierte Analyse der Prioritätensetzung im Rahmen der Frage, dass noch 13'000 andere Fälle offen sind?

Nicola Goepfert (GAB): Der Staat muss überall Prioritäten setzen und ich glaube, wenn wir vermehrt Verfahren haben, die zu keinem Ziel führen, ja, dann ist dort ein Punkt, wo sie die Verfahren vielleicht nicht mit diesem Aufwand führen sollten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich möchte an dieser Stelle Sie alle bitten, mit Vorwürfen gegenüber der Verwaltung zurückhaltend und sehr vorsichtig zu sein. Jetzt werden noch mehr Begehren für Zwischenfragen gestellt. Nehmen Sie sie an? Sie werden angenommen. Zuerst Franz-Xaver Leonhardt. Ich bitte um kurze Fragen und kurze Antworten.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Lieber Nicola Goepfert, habe ich richtig verstanden, dass Sie gesagt haben, dass die Staatsanwaltschaft Beweise fälscht?

Nicola Goepfert (GAB): Wir kennen den Fall des Videos, dass sie vor dem Gericht vorgelegt hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Nicola Goepfert, habe ich Sie auch richtig verstanden, dass Sie als Politiker der Staatsanwaltschaft vorschreiben wollen, wo sie ermitteln soll und wo nicht?

Nicola Goepfert (GAB): Die Kritikpunkte, die ich geäussert habe, kommen aus der Aufsichtskommission und die können Sie im Bericht der Aufsichtskommission nachlesen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich wollte nur noch schnell zu den Priorisierungen etwas sagen. Das ist nicht einfach so Handgelenk mal Pi. Vielmehr müssen die Staatsanwälte zuerst die Fälle von inhaftierten Tätern abarbeiten. Das heisst, wenn ein Staatsanwalt in einer grösseren Angelegenheit involviert ist und es kommt ein Haftfall hinein, dann muss er sofort alles stehen und liegenlassen und den Haftfall bearbeiten. Sie wissen, dass die Haft nicht einfach nach der Schwere des Delikts ausgesprochen wird, sondern auch wegen Kollusionsgefahr, Fluchtgefahr und anderen Kriterien. Wir haben ja heute vorher gehört, wer auch noch so inhaftiert wird ab und an.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Finanzkommission nun zu folgen. Es ist wichtig, dass die Staatsanwaltschaft nun besser dotiert wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für ein zweites Votum ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Andrea Strahm, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie Bezug auf mich genommen. Ich habe es so verstanden, Sie haben gesagt, wer inhaftiert war, wissen wir hier, aber Sie haben keinen Namen genannt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Her Weber, es geht nicht immer um Sie, sprechen Sie zur Sache oder ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte Bezug nehmen auf meine Vorredner. Thomas Widmer-Huber, Sie haben gesagt, bei der Staatsanwaltschaft leiden viele an Burnout. Es wäre interessant, wenn Sie recherchiert hätten, wie viele Fälle das sind. Und lieber Thomas Widmer-Huber, das ist nicht unser Problem, die Leute haben einen tollen Lohn. Besser hat mir die Rede von Nicola Goepfert gefallen. Er hat richtig gesagt, wir haben 50 Stellen mehr der Staatsanwaltschaft gegeben. Ich werde noch ein SP-Politiker. Prioritäten hat er gesagt, 50 Stellen zugestimmt, Rückstände sind zurückgegangen und jetzt komme ich zum Knackpunkt, Nicola Goepfert hat richtig gesagt, es fehlt die Aufsicht. Das Thema Aufsicht hat mich beschäftigt. Ich habe keinen Ansprechpartner, weil eine Aufsichtsbehörde fehlt. Darum zum Thema Staatsanwaltschaft, ich war beim Chef Staatsanwalt, bei Herrn Fabbri, und wollte solche Sachen diskutieren und was sagt mir Herr Fabbri, es ist die Wahrheit, Herr Weber, mein Kind ist Ihr grösster Fan.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Sprecherin des Regierungsrats, wenn sie es wünscht. Sie verzichtet. Der Sprecher der Finanzkommission hat das Wort, Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für diese Diskussion, die Sie hier nun geführt haben. Ich kann Ihnen versichern, die Finanzkommission möchte nicht entscheiden, wo diese Stellen geschaffen werden. Wir schreiben in unserem Bericht explizit, diese zusätzlichen Stellen sollen dort eingesetzt werden, wo der Bedarf am grössten ist. Die Finanzkommission glaubt, dass diese Entscheidung letztlich eine operative ist, die die Staatsanwaltschaft selber entscheiden muss. Ich glaube auch nicht, dass das die Flughöhe sein sollte einer politischen Kommission und auch nicht des Grossen Rates zu entscheiden, wo denn diese Stellen sein sollten. Aber es scheint logisch zu sein, dass sie dort eingesetzt werden sollten, wo der Bedarf am grössten ist, also sprich vielleicht auch die stärkste Pendenzenlast besteht.

Und es ist auch richtig, das wurde von verschiedenen Rednern erwähnt, wir können uns nicht vor dem Fakt verschliessen, dass die Bevölkerungszahl in den letzten Jahren gestiegen ist. Das hat Kollegin Anouk Feuer auch in ihrem Votum gesagt, aber auch Bruno Lötscher, dass natürlich die Strafprozessordnung einen Einfluss darauf hat mit den zusätzlichen Rechten, die da geschaffen worden sind, das muss man nicht bewerten, das ist ein Fakt, und dass dadurch auch vielleicht insgesamt die Lust, sich gegenseitig anzuzeigen oder Verfahren anzustreben, in unserer Gesellschaft etwas angewachsen ist. Und diese Realität, die bildet sich eben auch bei diesen Zahlen bei der Staatsanwaltschaft ab. Das kann man schlimm finden, das kann man irrelevant finden, man kann sagen, es ist einzig und alleine zu bewältigen durch eine Reorganisation. Eine Reorganisation wird anstehen, das wurde auch erwähnt, diese hängige Motion zur Wiedereingliederung der Kriminalpolizei bei der Kantonspolizei, vielleicht andere Prozesse, die innerhalb der Staatsanwaltschaft initiiert werden, die auch eine Beschleunigung der Situation zur Folge haben.

Aber wir glauben als Finanzkommission, dass ungeachtet der politischen Diskussion, die Sie hier heute geführt haben, es im Interesse aller sein sollte, den Mitarbeitenden der Staatsanwaltschaft, uns als Gemeinwesen, den Angeklagten respektive Beschuldigten, aber und vor allem auch den Opfern, dass solche Fälle möglichst rasch erledigt sein können. Und dafür, glauben wir, ist es sinnvoll, wenn wir heute eine entsprechend grössere Aufstockung des Personals vornehmen als das, was der Regierungsrat Ihnen beantragt hat, und als das, was sonst noch nun hier als Vorschlag auf dem Tisch liegt. Deshalb ersuche ich Sie noch einmal im Namen der Finanzkommission, unserem Antrag zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Abstimmungen. Zuerst die Eventualabstimmung. Da wird der Antrag der SP, der das Budget um 1,27 Millionen Franken verbessern will, dem Antrag des Regierungsrates gegenübergestellt, der das Budget um 1,748 Millionen Franken verbessern wird.

Eventualabstimmung

Ja heisst Zustimmung zum Antrag SP, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag Regierungsrat

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005261, 18.12.24 15:56:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter den Antrag der SP weiter zu verfolgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag der SP hat mit 94 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen und keiner Nein-Stimme obsiegt.

Damit kommen wir zur zweiten Abstimmung. Hier wird der obsiegende Antrag der SP dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag SP, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag der Finanzkommission.

Ergebnis der Abstimmung

32 Ja, 62 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005263, 18.12.24 15:56:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der SP abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grosse Rat folgt der Finanzkommission mit 62 Nein-Stimmen gegen 32 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Damit kommen wir zum Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (Kommissionsbericht, Seite 41).

Da der Antrag der SVP zurückgezogen wurde, gibt es nur die allgemeine Debatte zum Departement. Joël Thüring verzichtet, Kaspar Sutter ebenfalls. Wir haben aber eine Wortmeldung als Einzelsprecher von Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Ich möchte kurz noch zu der OECD-Mindestbesteuerung sprechen. Die finanziellen Mehreinnahmen aus der Ergänzungssteuer aufgrund der OECD-Mindestbesteuerung betrifft ja eigentlich das gesamte Budget des Kantons. Sowohl im Budgetbericht der Regierung wie auch im Bericht der Finanzkommission zum Budget 2025 wird diese Thematik im WSU verortet, deshalb nun mein Einzelvotum zum geplanten Umgang mit den OECD-Steuereinnahmen. Am 18. Juni 2023 hat die schweizerische Stimmbevölkerung der Einführung der OECD-Mindeststeuer zugestimmt, die nun ab 2025 erstmals budgetrelevant wird. Die OECD-Mindeststeuer verpflichtet grosse international tätige Unternehmen dazu, in jedem Land, wo diese tätig sind, mindestens 15 Prozent Steuern auf ihre Gewinne zu bezahlen.

Auf diese Steuer haben sich über 130 Staaten weltweit geeinigt. Weshalb. Mit der Mindeststeuer soll das sogenannte «race to the bottom», welches in den letzten Jahrzehnten dazu geführt hat, dass sich Staaten mit Gewinnsteuersenkungen gegenseitig überboten haben, um Konzerne und Investitionen anzuziehen, abgebremst werden. Jedoch ist die Mindeststeuer mit 15 Prozent eigentlich viel zu tief angesetzt, liegt der globale Durchschnitt doch bei 25 Prozent. Das führt dazu, dass international ein Druck besteht, sich in Richtung 15 Prozent zu bewegen, was aus internationaler Perspektive dann doch zu einer Steuerentlastung der grossen Konzerne führen wird. Deshalb bestand auch damals bei der Abstimmung aus Perspektive des globalen Südens und globaler Steuergerechtigkeit eine grosse Kritik gegenüber der Höhe der OECD-Mindeststeuer, wie wir sie nun eingeführt haben, aber nicht am Grundgedanken des Steuerwettbewerbs, diesen zu verhindern.

Wenn wir uns also aufgrund der OECD-Mindeststeuer in Richtung 15 Prozent Gewinnsteuer bewegen, wandern die Unternehmen deswegen morgen nicht einfach ab und unsere Standortattraktivität ist deshalb auch nicht zerstört, schon allein deshalb nicht, weil 75 Prozent der Steuereinnahmen beim Kanton bleiben. Im Einleitungstext zum Budget steht im zweiten Abschnitt: Das Basler Standortpaket soll die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons trotz der Herausforderung durch die OECD-Mindeststeuern sichern. Es wird der Eindruck erweckt, dass die Wettbewerbsfähigkeit also bedroht ist. Diese Bedrohung ist aber aus meiner Sicht schlichtweg ein wenig konstruiert.

Das Basler Standortpaket soll die Einnahmen aus der neuen Ergänzungssteuer, im Budget mal mit 300 Millionen Franken veranlagt, also in einen Fonds leiten und aus diesem dann wieder zurück zu den grossen internationalen Konzernen.

Grundsätzlich habe ich nichts oder haben wir nichts gegen Fonds, bieten diese doch die Möglichkeit, Steuereinnahmen zweckgebunden, vorausschauend und auf die Zukunft ausgerichtet zu binden, um gesellschaftliche grosse Herausforderungen zu finanzieren. Obwohl, ehrlich gesagt, wir es auch schon zum Ausdruck bringen müssen, dass diese Art und Weise des Fonds auch ein Ausdruck ist, dass es in Basel-Stadt uns gut geht finanziell, und auch demokratiepolitisch sich zu überlegen ist, wie lange und wie viel denn in diesen Fonds denn einbezahlt werden müsste, weil es hat auch schon die Erwähnung gegeben, vielleicht sind es auch mehr als 300 Millionen Franken, vielleicht sind es auch 600 Millionen Franken und dann geht es schon darum, bleibt das einfach in diesem Fonds oder geht das zurück in die Erfolgsrechnung.

Dass nun die geschätzten Einnahmen von 300 Millionen Franken saldoneutral gebucht werden, ist für mich jetzt in diesem Budget nicht unbedingt das Problem, jedoch wird im Budgetbericht die politische Auseinandersetzung vorweggenommen und dies ist aus demokratiepolitischer Sicht sehr wohl problematisch und fragwürdig. Im Bericht wird bereits skizziert, wie die Mehreinnahmen zu verwenden sind und wer davon hauptsächlich profitieren soll. Das Geschäft liegt zurzeit bei der zuständigen Kommission und die politische Diskussion ist also noch offen. Es dreht sich also nicht um die Frage, ob die Steuer gerecht ist oder nicht, sondern darum, was mit den Mehreinnahmen durch diese gerechte Steuer finanziert werden soll und ob der Zweck der Steuer überhaupt eigentlich auch noch berücksichtigt werden soll bei der Etablierung eines Fonds.

Aus einer Perspektive, welche über die 37 km2 unseres Kantons hinausreicht, fragen wir uns schon, was mit diesen zusätzlichen Einnahmen aus einer internationalen Gewinnsteuer finanziert und angestossen werden kann bzw. werden sollte. Wir hätten da einige Ideen, wie der Kanton Basel-Stadt und die hiesigen internationalen grossen Konzerne ihren Beitrag für eine soziale, gerechtere, für eine gesündere und für eine zukunftsfähigere Welt leisten könnten. Gerade wir als Pharmastandort könnten explizit in diesem Bereich das Notwendige endlich anstossen. Stichwort; weltweite Antibiotika-Krise, Sicherstellung der Medikamentenversorgung. Aber es geht auch vieles mehr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Bolliger, Ihre Zeit ist um, Sie haben sich als Einzelsprecher gemeldet. War das ein Irrtum? Sagen Sie Ihren Satz und das gilt als Fraktionsvotum für das GAB.

Oliver Bolliger (GAB): Denn es ist nun wirklich nicht so, dass die hohen Gewinne der grossen internationalen Konzerne einzig und allein in Basel-Stadt erwirtschaftet wurden, also weshalb sollen diese Einnahmen aus der Gewinnsteuer nicht auch eine internationale Wirkung erzielen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Luca Urgese für die FDP.

Luca Urgese (FDP): Ich bin jetzt ein bisschen verwundert, dass jetzt hier quasi die Beratung über das Basler Standortpaket beinahe vorgezogen wird. Ich will jetzt da nicht zu viel ins Detail gehen, weil wir mit der Kommissionsberatung ja noch gar nicht fertig sind, aber ein paar Dinge kann ich jetzt schon nicht unwidersprochen stehen lassen.

Das erste ist die Aussage, selbst diese 15 Prozent sind eigentlich zu tief, auf die man sich global geeinigt hat. Das erstaunliche daran ist, die OECD selber hat mal festgestellt, die schädlichste Steuer von allen ist eigentlich die Gewinnsteuer für Unternehmen, weil sie direkt 1:1 weiterverrechnet wird an die Konsumentinnen und Konsumenten. Da darf man sich keine Illusionen machen. Dass jetzt da trotzdem dieses Projekt entstanden ist, das ist halt so, da müssen wir uns auch entsprechend fügen, aber das darf man festhalten. Und man darf auch nicht naiv sein. Das ist jetzt nicht ein Projekt, diese OECD-Mindeststeuer. Das ist jetzt kein Projekt für den globalen Süden, das ist eine Mär, das war schon immer eine Mär. Und da geht es auch nicht darum, Steuerwettbewerb zu verhindern oder zu reduzieren, da geht es schlicht und einfach darum, dass Industriestaaten ihre Ausgaben nicht im Griff haben, deshalb Schulden angehäuft haben und deshalb drängend auf der Suche nach zusätzlichem Steuersubstrat sind. Und auf wen geht man da los? Da geht man auf die kleinen Erfolgreichen los, die dieses Steuersubstrat haben, weil sie erfolgreiche Rahmenbedingungen aufgestellt haben. Das ist der Hintergrund dieser Vorlage, die wir international uns jetzt vorgelegt bekommen haben und nicht Fairness für den globalen Süden oder gegen den Steuerwettbewerb entsprechend vorzugehen.

Und wenn man dann tatsächlich hier nach vorne geht und behauptet, ja, die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons oder unseres Landes ist nicht bedroht, wenn wir jetzt einfach diese zusätzlichen Erträge 1:1 in die Staatskasse fliessen lassen und nichts für die Unternehmen machen, das ist dann also schon relativ starker Tobak. Halten wir fest, wir haben Unternehmen, die heute mit den Möglichkeiten, die es gibt, in der Grössenordnung um die 11 Prozent Gewinnsteuer zahlen, und es sind auch nicht die kleinsten Unternehmen in unserem Kanton, die zahlen sehr viel schon heute in unserer Kantonskasse. Viele dieser Ausgaben oder ein grosser Teil dieser Ausgaben, die wir heute im Rahmen des Budgets verabschieden, sind auch von dort entsprechend finanziert, also da dürfen wir auch ein bisschen sorgfältig sein im Umgang mit diesen Steuerzahlenden.

Und jetzt können wir, das ist eben der etwas simple Blick, nur Steuersätze miteinander vergleichen und sagen, ja, die anderen Länder, die sind ja von den Steuersätzen alle viel höher als wir und ja, die gehen jetzt vielleicht sogar noch auf 15 runter. Fakt ist, der Wettbewerb hat sich schon lange auf eine andere Ebene verlagert, der findet nicht mehr um die Steuersätze statt. Der Wettbewerb findet jetzt um die Subventionen statt, das, was andere Länder schon lange seit vielen Jahren machen, etwas völlig Intransparentes. Ja, klar, es gibt vielleicht Länder, die haben 21, 23, 20 oder sogar mehr Prozent Gewinnsteuer und da nehmen sie es mit der einen Hand, aber mit der anderen Hand geben sie es dann direkt in Form von Subventionen wieder an die Unternehmen zurück. Das passiert heute global, wir haben einen globalen Subventionswettbewerb. Sich hier rein auf die Gewinnsteuersätze zu fokussieren und zu behaupten, da findet ja dann eine Angleichung statt, da müssen wir nichts tun, wieso sollen den Unternehmen von hier abwandern, das spielt ja alles gar keine Rolle, das ist eine völlige Illusion und da gefährdet man den Standort Basel massiv, wenn man nicht bereit ist, entsprechend auch zu investieren in die Unternehmen. Und wie wir das dann machen werden, das werden wir dann diskutieren, wenn wir die Beratung in der WAK abgeschlossen haben. Ich nehme die Frage an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Oliver Bolliger, Sie dürfen fragen.

Oliver Bolliger (GAB): Luca Urgese, nur damit ich es richtig verstanden habe, Sie begrüssen in dem Fall die Subventionierung von grossen internationalen Konzernen durch die OECD-Mindeststeuer, so wie das jetzt angedacht ist. Also die Subventionierung von grossen Konzernen.

Luca Urgese (FDP): Ich bin dafür, dass wir uns als Standort attraktiv positionieren und wenn man uns jetzt verunmöglicht, dass wir auf der Steuerebene attraktiv sind, dann bin ich dafür, dass wir mit gleichen Spiessen kämpfen, ja.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Regierungsrat Kaspar Sutter das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich dachte, wir sprechen über das Budget des WSU vom kommenden Jahr. Das scheint nicht in Ihrem Fokus zu sein, auch wenn es das Zweithöchste ist der Departemente von den Ausgaben, aber ein Departement auch, das im nächsten Jahr kein Wachstum hat, sondern gleich viel ausgibt wie in diesem Jahr. Das möchte ich hier doch noch kurz erwähnen.

Herr Bolliger, er spricht die OECD-Steuerreform an und das Basler Standortpaket. Ja, das hat sehr wohl etwas mit der Finanzplanung zu tun. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Firmen in unserem Kanton 800 Millionen Steuersubstrat bringen und ganz viele Arbeitsplätze schaffen, die dann wieder zu Steuereinnahmen führen, nicht nur bei uns, sondern auch in den umliegenden Gegenden. Es ist also essenziell, dass wir als Standort attraktiv bleiben, dass es uns weiterhin gelingt, dass Forschung und Innovation hier stattfinden und genau das ist der Ansatz des Basler Standortpakets. Wir wollen Geld ganz gezielt ausgeben für Forschung, für Innovation, dort, wo das geschieht, dort gibt es Unterstützung durch den Staat.

Ja, es ist nicht mehr eine tiefe Gewinnsteuer, sondern es ist eine gezielte Inputförderung für die Firmen, und das sind nicht nur die grossen, sondern die Firmen, die Innovation schaffen und die Wertschöpfung der Zukunft und die Arbeitsplätze der Zukunft hier bei uns im Kanton Basel-Stadt sicherstellen. Um das geht es beim Basler Standortpaket und da brauchen wir eine klare Antwort. Das ist, bin ich der Meinung, das wichtigste Geschäft in der kommenden Legislatur dieses Kantons, weil es sehr entscheidend für den Wohlstand ist und auch die Möglichkeiten, die wir haben, um andere Staatstätigkeiten zu finanzieren. Wir finanzieren damit die Innovation und Forschung, das habe ich schon gesagt, aber das ist der Vorschlag des Regierungsrates, was Sie dann entscheiden, das ist dann der demokratiepolitische Entscheid, den Sie im kommenden Jahr fällen werden, wie dieses Geld verwendet wird. Das ist ein normaler demokratischer Prozess, der stattfinden wird.

Unser Vorschlag, der sieht vor, dass Elternzeit finanziell unterstützt wird und auch Umweltmassnahmen zur Energieeffizienz und Senkung des CO_2-Ausstosses gezielt gefördert wird. Das ist das Gesamtpaket, das man im gesamten anschauen muss mit dem klaren Ziel, wir wollen auch in Zukunft ein Wirtschaftsstandort sein, der erfolgreich ist, der wettbewerbsfähig ist, der die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen kann und auch Innovation in Zukunft ermöglicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat das Wort der Finanzpräsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission beteiligt sich an dieser Eintretensdebatte zum Standortpaket nicht. Wir haben alles dazu in unserem Bericht festgehalten und freuen uns dann, wenn das Standortpaket im Grossen Rat behandelt wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt nichts abzustimmen.

Wir sind damit bei den Gerichten (Kommissionsbericht, Seite 46).

Herr Wullschleger verzichtet, Herr Thüring ebenfalls.

Damit gehen wir weiter zu Behörden und Parlament (Kommissionsbericht, Seite 47).

Hier liegt ein Änderungsantrag von Eric Weber vor. Wir haben zuerst die allgemeine Debatte, falls Herr Thüring das Wort wünscht oder sonst jemand, das ist nicht der Fall. Damit sind wir gleich beim vorgenannten Antrag. Es geht um Dienststelle Grosser Rat und Parlamentsdienst (Budgetbericht, Kapitel 3.10.3, Seite 273) Erfolgsrechnung, Verbesserung um 25’000 Franken. Herr Weber, Sie haben das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Diese 25’000 Franken pro Jahr sind 2'000 Franken pro Monat. Juli/August ist kein Parlament, also sind es pro Monat 2’500 Franken für zwei Tage im Ratscafé arbeiten zu gehen, das sind 12 Stunden, das ist ein Stundenlohn von 250 Franken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, ich erteile Ihnen einen ersten Ordnungsruf. Sie verbreiten hier falsche Informationen.

Eric Weber (Fraktionslos): Dann erklärt mir das bitte. Das Ratscafé wurde bisher auf eigene Rechnung gemacht und jetzt nicht mehr. Herr Flury hat mich gebeten, nichts zur Person zu sagen, ich sage auch nichts zur Person. Aber ich habe gemeint, diese 25’000 Franken sind der Lohn, Herr Präsident, deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn man diesen Ordnungsruf sistiert. Hier steht, Personalaufwand für das Ratscafé und wenn ich diese 25’000 Franken umrechne, dann ist es so und dann muss ich einfach darauf aufmerksam machen als Grossrat.

Nochmal. Wir Grossräte sind hier, um die Regierung zu kontrollieren und wir dürfen auch etwas sagen zu Interna. Ich stelle fest, das Ratscafé ist nicht öffentlich zugänglich und das ist natürlich auch wichtig, wenn man hier eine Entlöhnung machen will. Es ist nur für Grossräte. Wir wurden nicht gefragt, ich wurde nicht gefragt. Es ist rechtlich wichtig zu wissen, ist es öffentlich oder nicht. Ich bin jeden Mittag hier im Ratshaus und sehe, dass die Bediensteten auch das Ratscafé reinigen, und das ist das Personal des Ratshauses. Die ganze Sache ist mir einfach zu schwammig. Ich möchte wirklich keinen Krach schlagen, aber es steht hier mit diesen 25’000 Franken, ich möchte mich entschuldigen, wenn ich etwas Falsches gesagt habe, aber das ist ein Kostenpunkt und ich ging davon aus, dass das der Lohn für die Person ist, die dort arbeitet. 70 Jahre hatten wir das Ratscafé ehrenamtlich und jetzt plötzlich soll jemand eingestellt werden, 70 Jahre ging es ohne. Ich habe sehr viel Schriftverkehr geführt mit Stellen des Kantons wegen dem Ratscafé, weil ich zum 60. Geburtstag eingeladen habe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, das tut nichts zur Sache. Ich erteile Ihnen einen zweiten Ordnungsruf und erziehe Ihnen hiermit das Wort.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag von Eric Weber.

Abstimmung

Änderungsantrag Eric Weber

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 92 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005265, 18.12.24 16:15:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wird abgelehnt mit 92 Nein-Stimmen gegen 1 Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.

Damit kommen wir zum Regierungsrat (Kommissionsbericht, Seite 47).

Hier liegt der Änderungsantrag der Finanzkommission zum Teuerungsausgleich auf den Personalkosten vor.

Zuerst wieder die allgemeine Debatte. Joël Thüring verzichtet, Tanja Soland ebenfalls.

Dann sind wir beim genannten Antrag der Finanzkommission. Sie beantragt, den Personalaufwand um 18'333'509 Franken zu reduzieren, da die Teuerung nicht wie prognostiziert 1,5 Prozent, sondern 0,5 Prozent beträgt. Das Wort hat für die Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Das Budget wird ja jeweils mit einer geschätzten Teuerung seitens des Regierungsrates überwiesen und wie der Grossratspräsident ausgeführt hat, ging man von 1,5 Prozent aus und relevant aber für dann die Beratung des Budgets hier in diesem hohen Hause ist jeweils die vom Statistischen Amt uns gemeldete Teuerung per Ende November. Diese Teuerung per Ende November 2024 beträgt nun «nur» 0,5 Prozent, weshalb sich die ursprüngliche Annahme verändert und sich dadurch auch das Budget verbessert in der genannten Höhe von gut 18,3 Millionen Franken. Deshalb, und damit kann man fast eigentlich den heutigen Budget-Tag schliessen, sind wir eben auch aufgrund dieser Reduzierung mit einer Budgetverbesserung fast bei der von Frau Regierungsrätin Soland genannten schwarzen respektive roten Null. Wenn man den Sondereffekt des ESC wegdenkt, dann sind wir sogar in einer schwarzen Zahl und ich glaube, damit können wir die heutige Budgetdebatte vielleicht dann auch schon fast beenden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Frau Soland hat nichts hinzuzufügen, Sie alle offenbar auch nicht. Damit stimmen wir über diesen Antrag zum Teuerungsausgleich ab.

Abstimmung

Änderungsantrag der Finanzkommission betreffend dem Teuerungsausgleich

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Finanzkommission, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005267, 18.12.24 16:18:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

Dem Antrag Zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wird angenommen mit 92 Ja-Stimmen gegen keine Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

Wir kommen zur Detailberatung der Investitionsrechnung. Investitionen (ab Seite 309 des Budgetberichts unter Berücksichtigung der Änderungen im Anhang 2 des Berichts der Finanzkommission ab Seite 49)

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit ist die Beratung des Budgets abgeschlossen.

Damit kommen wir zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Budget, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005269, 18.12.24 16:20:48]*

Der Grosse Rat beschliesst

Das gesamtkantonale Budget 2025 wird wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung

Betriebsergebnis Fr. -259'979'054

Finanzergebnis Fr. 248’319’006

Gesamtergebnis Fr. -11'660’049

Investitionsrechnung

Ausgaben Fr. -532’195’505

Einnahmen Fr. 29’323’550

Saldo Investitionsrechnung Fr. -502’871’955

2. Die Globalbudgets und die Soll-Werte 2025 der Wirkungsziele der fünf kantonalen Museen sowie das Globalbudget Öffentlicher Verkehr werden genehmigt.

3. Von den Änderungen der Investitionsübersichtsliste (IÜL) wird Kenntnis genommen.

Publikationsklausel

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Beschluss wurde mit 96 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

Es gibt einen Ordnungsantrag von Michael Hug zur Absetzung eines Geschäfts von der Traktandenliste. Herr Hug, Sie können kurz begründen.

Michael Hug (LDP): Nachdem aus der Kreuztabelle klar wurde, dass das Geschäft, wir reden vom Vollausbau der Kaserne, droht, an die Regierung zurückgewiesen zu werden oder abgelehnt wird, hat die BRK anlässlich ihrer vergangenen Sitzung darüber beraten, inwiefern ein gemeinsames Vorgehen der Kommission sinnvoll wäre. Die Kommission ist sich nämlich sehr einig darüber, dass die derzeitige Situation mit dem Leerstand eines grossen Teils des Gebäudes sehr nachteilig wirkt auf die ganze Entwicklung der Kaserne und auch finanziell belastend wird. Ein gemeinsames Vorgehen konnte letztlich nicht gefunden werden. Die Gründe für eine Rückweisung oder Ablehnung sind unterschiedlich. Zum einen wird der Vergabeprozess kritisiert, zum anderen die Einschränkung der öffentlichen Nutzungsplätzen, welche ohne Konsumzwang derzeit zur Verfügung stehen. Letztlich gibt es viele Stimmen, die sagen, der Betrag, der gefordert ist über 3 Millionen sei zu hoch für einen solchen Ausbau.

In den letzten Stunden wurden noch einige Änderungsanträge formuliert, welche sich auch mit der Ausschreibung befassen. Eine Beurteilung der Konsequenzen der formulierten Anträge ist jedoch so rasch zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr möglich und auch nicht mehr seriös. Eine Neutraktandierung ermöglicht es, die geplanten Änderungsanträge seriös zu beurteilen. Eine Rückweisung heute birgt hingegen die Gefahr, dass die Regierung nicht klar weiss, was sie überhaupt damit machen sollen, wie das Geschäft weiterbearbeitet würde. Der geplante Restaurationsbetrieb wäre dann wohl gänzlich vom Tisch. Es ist jedoch so, ohne den Vollausbau bleibt die Fläche weiterhin ungenutzt, was nicht nur Kosten für den Kanton verursacht, sondern auch den Gesamtcharakter des Kasernenhauptbaus beeinträchtigt. Das ursprüngliche Konzept sah ausdrücklich die Nutzung der Fläche als Restaurant vor, um zur Belebung des Perimeters beizutragen.

Wir wollen dem im nächsten Monat, weil die Neutraktandierung wäre im Januar geplant, nochmals eine Chance geben und im Zusammenspiel mit der Regierung und der Verwaltung abtiefen, welche Änderungsanträge jetzt sinnvoll wären. Und da wir ein qualifiziertes Mehr brauchen, wären wir sehr froh, Sie würden dieses Vorgehen unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Michael Hug beantragt, die Geschäftsnummer 96 auf nächsten Monat zu verschieben und er hat richtig gesagt, dafür braucht es eine qualifizierte Mehrheit von einem Zweidrittelmehr. Wir stimmen darüber.

2/3-Abstimmmung

Ordnungsantrag Verschiebung Traktandum 96 auf Januar 2025

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 12 Nein, 8 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005271, 18.12.24 16:24:54]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag zuzustimmen und das Geschäft im Januar erneut zu traktandieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Ordnungsantrag zugestimmt mit 75 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen. Ich übergebe das Wort an den Statthalter.

95. Teilrevision des Gesetzes betreffend Einreihung und Entlöhnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt vom 18. Januar 1995 (Lohngesetz, SG 164.100) betreffend gesetzliche Grundlage für Lohnnebenleistungen, Bericht der WAK

[18.12.24 16:25:03, 24.0748.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich komme direkt zu den Erwägungen der Kommission. Das grundsätzliche Anliegen, die Gesetzesgrundlage für die Einführung von Lohnnebenleistungen zu schaffen, war in der Kommission unbestritten. Da im Ratschlag allerdings nicht viel über die konkreten Massnahmen zu lesen war, hat die Kommission diesbezüglich weitere Informationen eingefordert. Bisher ist nur die Einführung des Jobtickets per 2025 vorgesehen, dafür sind im Budget 1,7 Millionen Franken eingestellt. Die Kommission wurde bei der Präsentation des Ratschlags darüber informiert, dass es sich beim Jobticket um die einzige Lohnnebenleistung handelt, die per nächstes Jahr eingeführt werden soll. Weitere Massnahmen sind in der Projektgruppe Arbeitgeberattraktivität in Diskussion, aber vor 2026 ist mit der Einführung von weiteren Lohnnebenleistungen zu rechnen.

Obschon die Einführung von Lohnnebenleistungen in der Kommission unbestritten blieb, so machte dennoch die Diskussion klar, dass der Umfang und die konkreten Massnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität durchaus umstritten sein könnten. Aus der Kommission wurde der Vorschlag geäussert, dem Regierungsrat eine finanzielle Obergrenze aufzuerlegen. Vorgeschlagen wurde die Festlegung eines maximalen Prozentsatzes der Lohnkosten, der künftig für die Lohnnebenleistungen aufgewendet werden darf. Der Vorschlag wurde nicht weiterverfolgt, da, wie von der Vorsteherin des Finanzdepartements ausgeführt wurde und wir haben es ihr auch geglaubt, voraussichtlich alle Lohnnebenleistungen dem Grossen Rat zur Genehmigung vorgelegt werden müssen.

Um dennoch einschätzen zu können, welches Ziel der Regierungsrat verfolgt, wurde die Frage gestellt, wo sich der Kanton als Arbeitgeber zwischen den KMU und den Grossfirmen positionieren wolle. Wie der Kommission dargelegt wurde, sei es das oberste Ziel, überhaupt Lohnnebenleistungen einführen zu dürfen. Der erste Schritt sei die Einführung des Jobtickets, andere Kantone haben bereits das Jobticket eingeführt und kennen weitere Lohnnebenleistungen. Im Zusammenhang mit der Einführung von Lohnnebenleistungen wurde der Kommission die bestehende Rabattliste für die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung erklärt und erläutert, so dass die Kommission das Funktionieren dieser Rabattliste auch gut nachvollziehen konnte.

Die Kommission spricht sich einstimmig für die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für die Einführung von Lohnnebenleistungen aus. Auch wird das Jobticket als konkrete Massnahmen begrüsst. Von der Formulierung einer Obergrenze wurde abgesehen, da voraussichtlich, wie eben erwähnt, über alle weiteren Massnahmen die politische Diskussion im Grossen Rat geführt werden kann.

Die WAK beantragt Ihnen also einstimmig, den nachstehenden Grossratsbeschluss anzunehmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Wir haben keine Sprechenden eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 4 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Änderung Lohngesetz

Titel (geändert)

§ 17a (neu)

Titel

1.

2.

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005274, 18.12.24 16:30:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Gesetz betreffend Einreihung und Entlöhnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt (Lohngesetz) vom 18. Januar 1995 [1]) (Stand 1. Januar 2024) wird wie folgt geändert:

Titel **(geändert)**

Lohngesetz (LG)

§ 17a (neu)

Lohnnebenleistungen

1 Der Regierungsrat kann zur Gewinnung und zum Erhalt der Mitarbeitenden Lohnnebenleistungen ausrichten.

2 Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten in einer Verordnung.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren. Sie unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle der Volksabstimmung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

97. Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Zoo Basel für die Jahre 2025 bis 2028 sowie Nachtragskredit für 2025, Bericht der BKK

[18.12.24 16:30:54, 23.1578.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Sprecherin Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Der Regierungsrat beantragt, dem Zoo Basel für die Jahre 2025 bis 2028 einen Betriebsbeitrag von insgesamt 5,8 Millionen Franken zu gewähren, was einem jährlichen Beitrag von 1,45 Millionen entspricht. Die BKK hat den Antrag an zwei Sitzungen beraten. An den Beratungen nahmen der Vorsteher des Präsidialdepartements, die Leiterin der Abteilung Kultur und die Leiterin der Kulturinstitutionen teil. Zudem hörte die Kommission eine Delegation des Zoos an.

Der Zoo Basel, der Zolli, wurde 1874, also vor 150 Jahren eröffnet. Der Zolli ist der älteste Zoo der Schweiz und engagiert sich aktiv für die Erforschung der Tierwelt sowie für den Schutz und die Erhaltung bedrohter Tierarten und ihrer Lebensräume. Insbesondere erfreut sich der Zolli bei der Bevölkerung grosser Beliebtheit und leistet eine wichtige Bildungsarbeit, indem er auf niederschwellige Art und Weise den Zugang zur Natur kritisch reflektiert und so zum Schutz der Natur und der Biodiversität beiträgt.

Dieses Jahr feiert der Zoo Basel, wie gesagt, sein 150-jähriges Bestehen. Das breite Angebot des Zolli, das sich durch Naturschutz, Naherholung, Forschung und Bildung auszeichnet, ist aus dem kulturellen Leben der Region nicht mehr wegzudenken. Die grosse Beliebtheit in vielen Gesellschaftsschichten zeigt sich auch in der traditionell hohen Bereitschaft, den Zoo Basel mit Legaten und Spenden zu unterstützen, die unter anderem den Betrieb und die Erweiterung ermöglichen. Dieser Umstand wird es dem Zoo auch in naher Zukunft ermöglichen, seine Attraktivität für die Besucherinnen und Besucher weiter zu steigern. Durch den Bau eines Parkhauses am Erdbeergraben kann der Zoo auf dem heutigen Parkplatz um rund 6’000 m2 expandieren. Der Bau des Parkhauses wird vollständig aus Drittmittel finanziert. Zudem erhält der Zoo auf der gegenüberliegenden Seite des Dorenbach-Viadukts eine Fläche im Baurecht, die sogenannte Schutzmatte. Mit diesen Massnahmen kann sich der Zoo erstmals seit 60 Jahren räumlich erweitern. Die Fläche des Zoos vergrössert sich dadurch um 110’000 m2 auf 131’000 m2.

Ob der Zolli aber auch langfristig so grosszügig mit Drittmitteln bedacht wird, ist fraglich. Dies liegt nicht an einer abnehmenden Popularität des Zolli, sondern unter anderem an der stetig wachsenden Zahl von Institutionen, die aktiv Drittmittel einwerben. Hinzu kommt, dass die nachwachsenden Generationen potenzieller Geldgeber häufig weniger ortsgebunden sind und sich dadurch ein weniger traditionelles Verständnis hinsichtlich des Einsatzes ihrer Mittel zum Wohle der Gesellschaft auszeichnen. Diese Entwicklung ist ernst zu nehmen, da der Zoo in der Vergangenheit einen wesentlichen Anteil seiner Einnahmen aus Drittmittel erzielt hat. Der Kanton muss diesen schleichenden Prozess aktiv begleiten und gegebenenfalls bereit sein, in Zukunft mehr finanzielle Verantwortung zu übernehmen.

Hervorzuheben ist auch, dass dem Zolli gelungen ist, sich im Laufe der Zeit zu verändern und sich vorbildlich für eine artgerechte Tierhaltung einzusetzen. Durch grössere, den Bedürfnissen der Tiere angepasste Gehege konnten die Haltungsbedingungen in den letzten Jahren deutlich verbessert werden. Darüber hinaus leistet der Zoo durch die aktive Bewirtschaftung seiner weitläufigen Flächen einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung einer vielfältigen heimischen Flora und Fauna, was in den kommenden Jahrzehnten eine immer wichtigere Rolle spielen wird.

In der BKK ist man sich einig, dass sich der Kanton mit einem Staatsbeitrag an den Aktivitäten des Zolli beteiligen soll. Die Vertreterinnen und Vertreter des Präsidialdepartements betonten im Rahmen des Hearings die Bedeutung und die grosse Beliebtheit des Zoos in der Bevölkerung. Zudem erfülle er seinen Leistungsauftrag in den Bereichen Bildung, Erholung, Naturschutz und Forschung professionell. Ein zentraler Aspekt für die Ablehnung des Erhöhungsgesuchs durch den Zoo ist aus Sicht der Regierung die überaus positive finanzielle Situation des Zoos. Darüber hinaus erfüllt der Zoo nicht die Voraussetzungen für einen automatischen Teuerungsausgleich der Personalkosten.

Im Rahmen der Anhörung wurde darauf hingewiesen, dass der Zoo Basel neben dem Staatsbeitrag das von ihm bewirtschaftete Land zu einem symbolischen Baurechtszins von 125 Franken pro Jahr erhält. Gemäss Ratschlag hat die zur Verfügungstellung dieser Grünfläche nach vorsichtigen Schätzungen ein Wert von rund 790’000 Franken pro Jahr. Dieser Umstand ist als erhebliche geldwerte Leistung an den Zoo Basel zu werten.

Nach der Veröffentlichung des regierungsrätlichen Ratschlags haben Vertreter des Zoo Basel die BKK gebeten, ihren vom Regierungsrat abgelehnten Antrag näher zu erläutern. In der Anhörung wiesen die Vertreter des Zoos darauf hin, dass der Staatsbeitrag seit 15 Jahren unverändert geblieben ist, obwohl der Zoo zahlreiche Leistungen und Angebote für die Öffentlichkeit erbringt. So übernehme er beispielsweise im Bereich der Förderung der Biodiversität sowie des Arten- und Naturschutzes Aufgaben, die eigentlich vom Kanton wahrgenommen werden müssten. Der Zoo hat bewusst auf eine Erhöhung der Eintrittspreise verzichtet, damit der Besuch für breite Bevölkerungskreise erschwinglich bleibt. Darüber hinaus wurden die stark gestiegenen Strompreise sowie die allgemeinen inflationsbedingten Kostensteigerungen, insbesondere im Personalbereich, als zusätzliche Belastung genannt. Schliesslich wiesen die Vertreter des Zoos darauf hin, dass der Aufwand zur Erwirtschaftung eines Spendenfrankens von Jahr zu Jahr steigt.

Die Vertreter des Zoos machten zudem deutlich, dass die für den Kanton Basel-Stadt erbrachten Leistungen korrekterweise mit mindestens 2’402’000 Franken im Jahr 2023 beziffert werden können. Sie beantragten jedoch nur 2 Millionen und verzichteten auf den effektiven Betrag von 2,4 Millionen Franken. Abschliessend betonten die Vertreter des Zoos, dass die zweckgebundenen Mittel im Wesentlichen gebunden sind und nicht zur Deckung des laufenden strukturellen Betriebsdefizits verwendet werden dürfen. Es bestehen keine Defizitgarantien von Mäzenen.

Der Zoo Basel wird von der Abteilung Kultur des Präsidialdepartements betreut. Obwohl diese Zuordnung auf den ersten Blick ungewöhnlich erscheint, wird dieses Modell vom Zolli geschätzt. Dennoch hat die Kommission den Eindruck, dass der Zolli im Vergleich zu klassischen Kulturbetrieben eher stiefmütterlich behandelt wird. Dies erstaunt umso mehr, als der Zoo der grösste Besuchermagnet des Kantons ist und rund 49 Prozent aller Kulturbesuche ausmacht.

In der BKK besteht, wie bereits erwähnt, Einigkeit darüber, dass die Weiterführung des Staatsbeitrags an den Zoo unbestritten ist. Bei der Festlegung der Höhe des Staatsbeitrags war sich die Kommission jedoch nicht ganz einig. Die auf den ersten Blick stabile finanzielle Situation des Zoos darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch für den Zoo immer schwieriger wird, Drittmittel zu akquirieren. Zudem sind sowohl das Leistungsspektrum als auch die allgemeinen Betriebskosten deutlich gestiegen. Ein gewichtiger Grund für eine Erhöhung des Staatsbeitrags ist aus Sicht der Kommission die Tatsache, dass dieser seit 15 Jahren nicht mehr erhöht wurde und somit inflationsbedingt real sogar gesunken ist. Zudem leistet der Zoo unbestritten wichtige Arbeit. In Zukunft soll der Zoo eine noch wichtigere Rolle bei der Erforschung und Erhaltung tiergenetischer Ressourcen spielen. Die Erweiterungspläne des Zoos unterstreichen zudem seine Zukunftsfähigkeit und werden ihn in Zukunft noch attraktiver machen.

Die Kommission ist sich einig, dass der Zoo die nächste Staatsbeitragsperiode auch ohne Erhöhung des Staatsbeitrags finanziell gut überstehen kann. Angesichts seiner Bedeutung kann dies jedoch kein Argument sein, ihn nicht stärker zu unterstützen. Das von der Verwaltung immer wieder vorgebrachte Argument, das Land werde dem Zoo zu einem symbolischen Preis überlassen, ist nicht stichhaltig. Ohne Land gäbe es keinen Zoo Basel.

Aus der Diskussion wurden zwei Anträge zur Erhöhung des Staatsbeitrags an den Zoo Basel formuliert.

Antrag 1. Für den Zoo Basel werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt 8 Millionen Franken, das heisst, 2 Millionen Franken pro Jahr bewilligt. Dieser Antrag kommt den Anliegen des Zollis vollumfänglich entgegen und anerkennt die vorgebrachten Argumente für eine jährliche Erhöhung des Staatsbeitrags um 550’000 Franken auf 2 Millionen Franken.

Antrag 2. Für den Zoo Basel werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt 7,4 Millionen Franken, das heisst 1,85 Millionen Franken pro Jahr bewilligt. Die Befürworter dieses Gegnerantrags konnten die Begründung des Antrags des Zoos nicht im Detail nachvollziehen, um ihn vollumfänglich zu unterstützen. Um dennoch dem Erhöhungsantrag im Bereich der Personalkosten Rechnung zu tragen, wurden die Personalkosten des Jahres 2023 mit 3 Prozent multipliziert. Das Ergebnis von 396'328,84 wurde auf 400’000 Franken pro Jahr aufgerundet. Mit diesem Erhöhungsantrag soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass der Zolli über ungebundene Mittel verfügt, die frei verwendet werden können.

Die Anträge wurden einander gegenübergestellt. Der erste Antrag auf einen Staatsbeitrag von 2 Millionen Franken pro Jahr wird mit 10 zu 2 Stimmen angenommen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an die Vizepräsidentin der Finanzkommission Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Da es sich hier um einen Nachtragskredit handelt, muss des in der Finanzkommission behandelt und auch beschlossen werden und deshalb informiere ich hier als Vizepräsidentin der Finanzkommission ganz kurz und ziemlich formell. Die Finanzkommission hatte den Bericht der BKK, der ja eine Erhöhung des Staatsbeitrags an den Zoo gegenüber dem Regierungsrat beantragt, zur Kenntnis vorliegen.

Die Finanzkommission hat dem Nachtragskredit einstimmig mit 11 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an den Regierungspräsidenten Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Auch ich freue mich, dass wir heute über den Ratschlag zur Weiterführung der Staatsbeiträge an die Zoologischer Garten Basel AG, wie es formell heisst, für die Jahre 2025 bis 2028 diskutieren können.

Der Zolli erbringt, wir haben es gehört und ich möchte es bestätigen und bestärken, eine äusserst wertvolle Leistung für Bildung, Erholung, Naturschutz und Forschung im Kanton. Der Zolli ist ausserordentlich beliebt beim einheimischen Publikum und beim auswärtigen Publikum. Er hat pro Jahr über eine Million Besucherinnen und Besucher und er ist führend auch in der Erforschung sowie mit Schutzprogrammen von bedrohten Tierarten. Nicht zuletzt vermittelt der Zolli mit seinem vielfältigen zoopädagogischen Angebot, besonders auch an Schulklassen aus der Region, wertvolles Wissen an Kinder, an Jugendliche, an Erwachsene. Das hilft, die Menschen für die Anliegen des Tier- und Artenschutzes zu sensibilisieren.

Nun ist der Zolli dieses Jahr 150 Jahre alt geworden. Er hat ein umfangreiches Jubiläumsprogramm realisiert. Auch der Kanton hat sich daran mit einem zusätzlichen Beitrag aus dem Swisslos-Fonds beteiligt und die beiden Teilprojekte «Zolli hinter den Kulissen» sowie «Zoo-Nächte» mit insgesamt 200’000 Franken unterstützt. Der Zolli hat schliesslich auch diesen Herbst seinen Masterplan 2049 bekannt gemacht, seine Entwicklungspläne in der Stadt, die hocherfreulich sind, allerdings aber nicht Teil der heutigen Beratung sind. Das alles zeigt, dass der Zoo Basel für den Kanton ein wichtiger Akteur, ein unbestritten unterstützungswürdiger Akteur ist, der viele vielfältige Leistungen zugunsten der Öffentlichkeit erbringt.

Die finanzielle Struktur des Zollis gestaltet sich wie folgt: Das Gesamtbudget umfasst aktuell rund 22 Millionen Franken. Die Erlöse aus den Eintritten und Abos decken davon fast die Hälfte, nämlich 45 Prozent des reinen Zoobetriebs. Der Rest, der wird durch weitere Einkünfte durch das Zoorestaurant, den Zolli-Laden, Vermietung von Liegenschaften und eben durch die auch schon prominent erwähnten Drittmittel erwirtschaftet. Die Bedeutung und Verwendung der Drittmittel in zweckbestimmten Fonds, teilweise aber auch für die Deckung der Betriebskosten, ist wichtig zu erwähnen. Der Kantonsbeitrag ist darin ein Element für die Deckung des Betriebs und macht rund 7 Prozent aus. Die Eigenwirtschaftlichkeit des Zolli Basel beträgt also rund 93 Prozent. Das ist beachtlich und natürlich eine ganz andere finanzielle Situation, als wir sie aus den auch zum Vergleich herbeigezogenen Kulturbetrieben kennen. Insofern ist das ein Vergleich, der etwas hinkt. Der Beitrag des Kantons Basel-Landschaft, der ist auch kontinuierlich. Er beträgt 85’000 Franken und wird für Aufwände von Schulklassenbesuchen verwendet. Dazu kommen noch Beiträge der basellandschaftlichen Gemeinden sowie von Riehen, die machen zusammen rund 65’000 bis 80’000 Franken aus.

Der Regierungsrat hat den Antrag des Zolli sorgfältig geprüft und er schlägt Ihnen vor, die Staatsbeiträge für eine nächste Subventionsperiode von vier Jahren in gleicher Höhe wie bisher, also im Umfang von 1,45 Millionen Franken weiterzuführen. Bekanntlich entspricht das nicht dem Antrag der Trägerschaft, auch nicht dem Antrag der Bildungs- und Kulturkommission, die eine Pauschalerhöhung um 550’000 Franken pro Jahr, also auf 2 Millionen Franken pro Jahr beantragt. Das Hauptargument für den Mehrbedarf, wir haben es gehört, sind gestiegene Stromkosten, teuerungsbedingte Anpassungen in Lohn- und Personalaufwänden. Der Zolli hat darauf selbst bereits mit einer Erhöhung der Eintrittspreise reagiert. Er macht als Begründung der Erhöhung aber geltend, dass die kantonalen Staatsbeiträge angesichts des laufend ausgebauten Angebots als einzig planbare Finanzhilfe anzupassen seien. Dies auch, um die strukturelle Abhängigkeit von Spenden, Legaten und Nachlässen zu reduzieren.

Auch der Regierungsrat kann das vom Zolli geäusserte Bedürfnis nach höherer Planbarkeit verstehen. Zugleich ist festzuhalten, dass der Zolli finanziell sehr stabil aufgestellt ist und immer wieder auch laufend grosse Begünstigungen von Privaten erfährt. Trotz Verständnis für die teuerungsbedingten Mehraufwände hat der Zolli eine grundsätzliche stabile Liquidität. Er verfügt mit rund 62 Millionen zweckbedingten Fonds und 4,6 Millionen Franken Eigenkapital über substanzielle Reserven. Auch hier, kein Vergleich mit einer Kulturinstitution, die Staatsbeiträge erhält, ist hier irgendwie angemessen, solche Eigenkapitalsituationen finden wir im Kulturbereich nirgends. Ich erwähne das deshalb so, weil die Sprecherin der BKK diesen Vergleich auch herangezogen hat. Aus diesem Grund ist der Regierungsrat denn auch nicht auf den Pauschalerhöhungsantrag der Trägerschaft eingegangen. Dabei ist unbestritten, dass der Beitrag des Kantons Basel-Stadt, der eben unter 10 Prozent des Gesamtbudgets liegt, in erster Linie eine Anerkennung der öffentlichen Relevanz des Zoo Basels darstellt. Er begründet sich, Sie wissen das, historisch gesehen ja in einer Umwandlung des früheren Erlasses von Gebühren und der allgemeinen Versorgungsleistungen, also vor allem der Dienstleistungen der IBB, in einen Staatsbeitrag.

Ich möchte auch noch eingehen auf den Landwert des dem Zoo im Baurecht zur Verfügung gestellten Landes. Es sind rund 113’000 m2 an bekanntlich bester städtischer Lage. Dieses Baurecht geht an den Zoo zu einem symbolischen Baurechtszins von eben 100 Franken pro Jahr. Der Wert des Landes, wenn man ihn normal in ein Baurecht abgeben würde, wären 790’000 Franken pro Jahr und das ist natürlich ein weiterer wesentlicher Beitrag des Kantons. Ich habe die Argumentation im Bericht der BKK nicht verstanden. Das Argument sei müssig, es gäbe ohne Land keinen Zoo. Es wurde jetzt auch wiederholt, dieses Argument, ohne es zu erläutern, ja, ohne Land gäbe es auch keinen Kanton Basel-Stadt und wenn Landwerte und Zinsen

und diese Kosten keine Rolle spielen würden, dann hätten wir wohl dieses Jahr keine Nachtsitzungen hier gehabt. Natürlich ist das eine geldwerte Leistung. Ich glaube, das ist ökonomisch eindeutig und ich finde, wir dürfen sie durchaus auch betonen, denn wir möchten ja auch zeigen, wie wichtig uns der Zoo ist und was wir für ihn alles tun. Übrigens haben die Baurechtsverträge eine Laufzeit bis 2070 und es ist keine Anpassung vorgesehen, also selbstverständlich ist keine Erhöhung des Baurechtszinses vorgesehen. Das erklärt vielleicht auch, warum wir jetzt hier auch nicht eine Erhöhung vorschlagen für die ja unbestrittenermassen aufgelaufene Teuerung.

Der Regierungsrat anerkennt, dass die BKK auf Basis des Ratschlags eine differenzierte und engagierte Diskussion geführt hat und eben jetzt mit ihrem Bericht auch diese Erhöhung um namhafte 550’000 Franken pro Jahr beantragt. Trotzdem bleibt der Regierungsrat bei seinem Antrag, er bittet um Genehmigung der Weiterführung des bisherigen Staatsbeitrages für die nächsten vier Jahre, eben dies vor dem Hintergrund der Reservenlage des Zoos, der Ertragslage des Zoos und auch der Spezialkonditionen beim Baurechtszins, die bis 2070 festgelegt sind. Wir sind überzeugt, dass wir dem Zolli mit einer Weiterführung auf bisheriger Höhe die absolut gerechtfertigte Bedeutung und Wertschätzung seiner vielfältigen Leistungen für den Kanton zum Ausdruck bringen können und ihn in keiner Weise, wie das jetzt heute auch gesagt wurde, stiefmütterlich behandeln werden würden. Das glaube ich, ist nicht angemessen gegenüber allen Stiefmüttern, aber auch nicht gegenüber dem Kanton Basel-Stadt.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen damit zu den Fraktionssprechenden. Erste Sprecherin ist Sasha Mazzotti für die SP.

Sasha Mazzotti (SP): Entgegen dem «Chrüzlistich» folgt die Fraktion der SP in diesem Geschäft der Regierung. Danke Conradin Cramer für Ihr Votum, daher kann ich mich etwas kürzer fassen.

Wir haben in den Kommissionen und wahrscheinlich hier im Rat recht unterschiedliche Auffassung, wenn es um Geld vergeben geht und warum wir Geld vergeben. Was auch logisch ist und ich absolut nachvollziehen kann, auch beim Zolli. Auf der linken Seite wollen wir die engagierte Arbeit des Zoos honorieren und horchen auf, wenn wir befürchten, die Vermittlung könnte leiden und braucht finanzielle Unterstützung oder das Personal noch immer keinen Teuerungsausgleich bekommen hat oder bekommen wird. Ein linker Reflex und ein berechtigter. Auf der bürgerlichen Seite stelle ich einen anderen Reflex fest. Mit der Erhöhung des Staatsbeitrages an den Zolli will man mit einer Art Anerkennung, also einen Anerkennungspreis vergeben. Ein Leuchtturm soll doch noch mehr leuchten können. So kommt es mir vor. Das klingt jetzt sehr vereinfacht und auf beiden Seiten werden Kolleginnen und Kollegen aus der BKK mir sagen wollen, das ist schon etwas komplexer und dass es andere Argumente und mehr Argumente gegeben hat, die sie dazu bewogen haben, der Erhöhung zuzustimmen.

Die SP anerkennt, dass der Zoo vielfältige Leistungen zugunsten der Wissenschaft und der Öffentlichkeit erbringt. Die Präsentation der Vertretung des Zoos in der Kommission war interessant und professionell und bis zu einem gewissen Grad ja auch nachvollziehbar. Allerdings, und das ist bewundernswert, die Finanzierung des Zoos durch Eintritte und Drittmittel wie Spenden und Legate ist sehr hoch. Daher gibt die SP der Regierung recht, die finanzielle Situation und die Liquidität sind intakt. Im Jahre 2023 gab es eine Umsatzsteigerung durch vermehrte Eintritte. Das klingt ja erstmal positiv, aber es gab auch eine Steigerung der Ausgaben, der Personal-, Energie- und PR-Kosten.

Da der Zoo wie andere Institutionen, die dem Staatsbeitragsgesetz unterlegen, keinen Teuerungsausgleich bekommt, hätte die SP bei so einer Erhöhung eventuell zustimmen können. Sie erinnern sich, unser linker Reflex. Und nun zum bürgerlichen Reflex und dem Leuchtturm, der den rechtlichen Grundlagen des Staatsbeitragsgesetz § 3 Abs. 2 lit. b widerspricht. Die Gewährung von Finanzhilfen setzt voraus, dass b, die Leistung ohne die Finanzhilfe nicht hinreichend erbracht werden kann. In Anbetracht der finanziellen Situation des Zoos, ihren Legaten, ihren Nachlässen und die nicht nur zweckgebundenen Fonds finde ich es zwar eine mögliche Geste, dass erfolgreiches Wirtschaften belohnt wird, also eben dieser Anerkennungspreis sozusagen vergeben wird, aber es widerspricht dem Staatsbeitragsgesetz, wie oben erwähnt.

Der Zoo ist nun beim PD angesiedelt und damit erhöht sich das oft kritisierte Kulturbudget und dies auf Kosten von Institutionen, die es trotz ihrer Strahlkraft und ihrer Leuchtturmfunktion in einem kulturellen Bereich tatsächlich brauchen. Es kommt mir so vor, wenn man jetzt dringend auf Staatsbeiträge angewiesen ist, wird man einfach abgestraft. Ja, man ist ja nicht wirtschaftlich und finanziell erfolgreich, egal, ob man kulturell erfolgreich ist. Ich denke, wir sind uns wahrscheinlich einfach nicht so einig, was ein Leuchtturm ist oder welche Institutionen hier in Basel alles Leuchttürme sind.

Ich bitte Sie im Namen der SP, der Regierung zu folgen und die Weiterführung der Staatsbeiträge zu bewilligen.

Ich danke Ihnen auch, Conradin Cramer, Sie haben es erläutert, auch der Vergleich mit den Kulturinstitutionen und den Legaten, sehr wichtig, und es ist eine seltene Gelegenheit, ich bin mit Conradin Cramer einig und ich unterstütze die Regierung. Bitte tun Sie dies auch.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als nächster Fraktionssprecher kommt Joël Thüring für die SVP.

Joël Thüring (SVP): Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag der BKK zu. Ich war jetzt ein bisschen irritiert nach dem Votum von Frau Mazzotti, sie hat jetzt immer von den Bürgerlichen und dann von den Linken gesprochen. Also ich habe die Kommissionsberatung, und die bildet sich ja letztlich im Bericht unserer Kommission auch ab, und mit dem Abstimmungsresultat, es war 10 zu 2 beim Antrag und ich glaube, es sind mehr wie zwei Linke in der BKK, insofern ist diese Differenzierung zwischen links und rechts nicht ganz für mich nachvollziehbar. Da müssen irgendwelche Personen vielleicht, ich weiss nicht, jetzt anderer Meinung plötzlich sein, wenn Sie jetzt immer von den Linken und den Bürgerlichen sprechen, sind vielleicht gewisse Leuchttürme umgekippt, ich weiss es nicht. Jedenfalls, wir sind standhaft, wir sind für diesen Staatsbeitrag an den Zoo Basel in der Höhe, den die BKK Ihnen beantragt.

Ich finde, diese Vermischung, jetzt auch nicht nur von Frau Mazzotti, auch schon ein wenig von Regierungspräsident Cramer, aber auch schon im Bericht des Regierungsrates, der finanziellen Situation über die Finanzierung mit Drittmitteln, Legaten, etc. und den Betriebsmitteln etwas schwierig. Diese Drittmittel, und das wissen wir alle, die im Kulturbereich tätig sind, in einer Kommission, diese Drittmittel werden vor allem für ganz konkrete Dinge gesprochen. Sie finden praktisch niemand, der etwas Ihnen mitfinanziert für die laufenden Betriebskosten. Das sind vor allem Drittmittel, die dafür verwendet werden, um beispielsweise ein neues Vogelhaus zu finanzieren, um beispielsweise etwas Neues auf den Tieranlagen zu erstellen und nicht dafür, dass Hansli Meier oder Vroni Müller einen angemessenen Lohn für ihre Tätigkeit im Zoo erhält. So verhält es sich auch bei allen anderen Institutionen im Kulturbereich, die auch im Präsidialdepartement angesiedelt sind. Fragen Sie einmal den Direktor des Kunstmuseums oder den Direktor des Antikenmuseums, wenn der Drittmittel einwerben muss, dann geben ihnen diese Geber von Drittmitteln das nicht für den laufenden Betrieb des Hauses, sondern sie geben ihnen das für Sonderausstellungen. Und so ist es eben auch beim Zoo und deshalb finde ich diese Diskussion über das «Kässeli», die der Zoo Basel hat, und über die er dann allenfalls auch verfügen soll, etwas schwierig.

Dass der Zoo Basel finanziell gut dasteht, zeigt in erster Linie für den Moment, dass er in der Bevölkerung sehr breit akzeptiert ist. Aber wir haben vom Zoo Basel auch gehört, diese Drittmittelakquise wird a) immer schwieriger, sie wird immer aufwendiger, sie wird übrigens vielleicht auch immer aufwendiger, weil auch die fünf staatlichen Museen bei den ziemlich gleichen Drittmittelgebern anklopfen, um Drittmittel zu erhalten, und es kommt auch dazu, und das betrifft eben den Zoo Basel vielleicht noch etwas ganz speziell in den kommenden Jahren, dass diese Legate nicht mehr in der gleichen Grössenordnung vielleicht fliessen werden, fliessen können, weil wir eben auch sehen, dass heute die Verbundenheit zu lokalen, regionalen Institutionen etwas abnimmt. Die, die Ihnen heute ein Legat übermitteln, sind ja morgen nicht mehr da und die, die allenfalls heute da sind, sind eben nicht mehr so verankert, dass sie an den Zoo Basel oder auch an eine an andere Institution denken.

Deshalb ist es aus Sicht der SVP-Fraktion jetzt richtig, diesen Staatsbeitrag zu erhöhen. Ich musste ein wenig schmunzeln, als Regierungspräsident Cramer gesagt hat, wir behandeln den Zoo Basel nicht stiefmütterlich und er hat sich gewehrt, dass wir das behaupten. Ich bin schon sehr lange in diesem hohen Hause und auch schon sehr lange in der Bildungs- und Kulturkommission und ich kann Ihnen also sagen, wenn eine Institution vom Regierungsrat sehr stiefmütterlich behandelt wurde, dann ist es der Zoo Basel. Wir erinnern uns, blicken wir zurück, der vorletzte Staatsbeitrag, er war noch unter Guy Morin, dem damaligen Regierungspräsidenten, hätte vorgesehen, dass dem Zoo Basel sogar die Mittel gekürzt worden wären. Die BKK hat diesen Kürzungsentscheid danach rückgängig gemacht und der Grosse Rat ist der BKK damals gefolgt.

Also der Regierungsrat hat sich in den letzten, man muss jetzt schon fast sagen, Jahrzehnten, was den Zoo Basel und den Staatsbeitrag an den Zoo Basel anbelangt, nun wirklich nicht von seiner spendabelsten Seite gezeigt. Das muss er auch gar nicht, er muss nicht spendabel sein, aber die Wertschätzung für den Zoo Basel, nun ja, sie ist vielleicht nicht überall ganz gleich gross im Regierungsrat wie für andere Institutionen. Das hören Sie übrigens nicht nur von mir hier an diesem Mikrofon, sondern das hören Sie durchaus auch von Personen, die beim Zoo Basel etwas näher sind. Das ist aber keine Kritik an Conradin Cramer, der dieses Amt ja erst vor wenigen Monaten übernommen hat, sondern vielleicht mehr eine Kritik allgemein an den Regierungsrat gerichtet. Und wir haben es auch gehört und es steht auch im Bericht, auch der Zoo Basel leidet unter den gleichen Problemen wie alle anderen Institutionen auch, die Teuerung schlägt auf vieles, die Lohnkosten werden dadurch nicht geringer und auch an anderer Stelle, beispielsweise bei den Energiepreisen wird alles sehr viel teurer.

Das sind eben genau die Dinge, die der Zoo Basel über seine Betriebsmittel finanzieren muss und genau da sind wir der Ansicht, sollte der Betrag nun endlich nach über fast zwei Jahrzehnten einmal erhöht werden, um eben auch diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Der Zoo Basel, das wurde ja von niemandem bestritten, hat eine wichtige Funktion in unserem Kanton, in unserer Region, es ist die meistbesuchte Kulturinstitution in unserer Region. Der Zoo Basel leistet einen wesentlichen und wichtigen Beitrag in der Vermittlung, für die Artenvielfalt, für die Biodiversität, und all diese Aufgaben übernimmt der Zoo Basel mit seinen Betriebsmitteln. Das sind Mitarbeitende des Zoo Basels, die hier für die Vermittlung einstehen, die hier diesen Aufwand haben, der Kinderzoo beispielsweise, der der Zoo Basel anbietet, das wird alles über ihre Betriebsmittel finanziert. Der Zoo Basel könnte dort auf dem Areal des Kinderzoos vielleicht auch etwas anderes anbieten und wäre damit vermutlich vielleicht sogar wirtschaftlich besser abgestützt. Er macht das nicht, weil er eben auch einen Beitrag zur Artenvielfalt, zum Naturschutz leisten will.

Deshalb glauben wir, ist es richtig, diesen Staatsbeitrag nun zu erhöhen. Wir sprechen hier immer noch von einem sehr moderaten Staatsbeitrag von maximal 2 Millionen Franken pro Jahr. Das dünkt uns jetzt im Kontext der Diskussionen über die Wichtigkeit dieser Institution für angemessen und deshalb bitten wir Sie, heute diesem Staatsbeitrag so zuzustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an Béla Bartha für das GAB.

Béla Bartha (GAB): Ich bin jetzt natürlich ein bisschen verwirrt, weil ich sicher jemand war, der mit Herzblut für diese BKK-Vorlage gestimmt hat, weil ich hier natürlich wählen muss zwischen vielleicht eher einer linken Position oder eben einer grünen, biodiversitätsfördernden Position. Ich hoffe natürlich auch, nachdem ich Joël Thüring jetzt gehört habe, dass er vielleicht in manchen Gelegenheiten, wenn es zum Beispiel beim nächsten Punkt 97 dann um die Kaserne geht, auch einen Schritt in Richtung vielleicht einmal mehr nach links macht und dort auch ein Wunsch hervorbringt, der vielleicht nicht immer seiner sonstigen Einstellung entspricht und da auch vielleicht grosszügiger ist.

Ob wir das hören wollen oder nicht, heute stehen wir vor einem erschreckenden weltweiten Rückgang der Vielfalt von Pflanzen und tiergenetischen Ressourcen. Ich verzichte hier, die vielen Zahlen herunterzubeten, die diese Aussage stützen. Dort, wo sich die Wildtiere noch in freier Wildbahn bewegen können, gehen ihre Habitate, ich erinnere hier mal wieder an die fast nicht mehr existierenden Regenwälder, in rasantem Tempo zurück. Im Zuge dessen werden in vielen Fällen die jeweiligen Populationsgrössen so klein, dass ihr langfristiges Überleben auch in freier Wildbahn nicht gesichert werden kann. Gleichzeitig haben wir eine Situation, wo immer mehr Menschen auf diesem Planeten immer weniger die Möglichkeit haben, Wildtiere in ihren natürlichen Habitaten anzutreffen und wenn Sie dies beispielsweise als Safari-Tourist versuchen, die Gefahr besteht, dass Sie eben diese letzten Gebiete auch noch zerstören.

Natürlich wünschen wir uns alle, dass es den Wildtieren wieder besser geht, die natürlichen Habitate global geschützt werden und die genetischen Ressourcen, von denen wir als Menschen direkt abhängen, nachhaltig gesichert sind, aber leider ist die Realität eine andere. Im Übrigen sind das häufig lokale Konflikte, die zur Gefährdung der letzten Population führen und von denen haben wir gerade im Moment leider eher mehr als weniger.

Hier kommen eben die Zollis ins Spiel. Zollis können speziell in einer solchen Biodiversitäts-Krisenzeit eine wichtige Rolle spielen und ich bin der Überzeugung, dass gerade diese Rolle als Retterin von gewissen Populationen in der heutigen Zeit sehr nötig ist und so leid es mir tut, wohl auch noch wichtiger werden wird. Es besteht natürlich die Hoffnung, und ich bin sicher der erste, der freudig alle Zollis der Welt abschaffen wird, dass sich die natürliche Umwelt in einer späteren Zukunft wieder erholt. Aber diese Perspektive sehe ich im Moment nicht. Daher ist es heute notwendiger denn je, dass es Beispiele gibt, wo Zollis, wenn sie global zusammenspannen, im Verbund befähigt sind, zumindest während einer gewissen Zeit Populationsgrössen zu stützen und die Anzahl von Individuen auf einem global gesehenen überlebensfähigen Niveau zu halten. Dieses Engagement wird durch die IUCN in einem Positionspapier bestätigt und für die Zukunft bekräftigt. Auch der WWF würdigt diese Arbeit der Zoos und bringt das Beispiel des Goldenen Löwenäffchens ins Spiel, das ohne den temporären Einsatz von Zuchtprogrammen in Zoos heute sehr wahrscheinlich ausgestorben wäre.

Nun wurde ich auch mit dem Vorwurf von unseren SP-Freunden konfrontiert, dass nirgends im BKK-Bericht erwähnt werde, für was der Unterstützungsbeitrag verwendet werden soll. Dem ist mitnichten so. Ich zitiere: «Als gewichtiges Argument für eine Aufstockung des Staatsbeitrages erachtet die Kommission den Umstand, dass der Staatsbeitrag an den Zoo seit 15 Jahren nicht mehr erhöht worden ist und inflationsbedingt somit sogar gesunken ist. Weiter leistet der Zoo unbestrittene Massnahmen, bedeutende Arbeit im Bereich des Artenschutzes und der Artenvielfalt. Künftig wird im Zoo wohl eine noch wichtigere Rolle in der Forschung und der Erhaltung tiergenetischer Ressourcen zukommen.» Nun, wenn das nicht im Bericht stehen würde, dann müsste ich zugeben, dass ich meinen Job nicht gemacht hätte, aber so?

Investieren wir in diesen Zolli, investieren wir in diese genetischen Ressourcen, in diese Tiere, geben ihnen ein würdiges Umfeld und investieren auch in ihre Gehege und in ihre artgerechte Haltung, aber investieren wir eben zusätzlich in die weiteren Erhaltungsbemühungen des zoologischen Gartens und die nicht nur in der Schweiz, sondern eben auch weltweit. Deshalb bitte ich den Grossen Rat, dem Bericht und dem Erhöhungsantrag der BKK zu folgen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Für die FDP hat das Wort David Jenny.

David Jenny (FDP): Der Zolli ist Teil der Basler DNA. Er ist wirklich die Institution, die von fast allen geliebt und auch besucht wird. Das zeigen die Zahlen, da kommt keine andere Institution heran. Für gross und klein, für Stiefmütter und Nichten und Neffen und alles, was sonst noch kreucht und fleucht. Ich glaube, Basel an mym Birsig ist nur mit dem Zolli denkbar. Das war eine etwas pathetische Einführung, jetzt gehen wir zu den Niederungen des Staatsbeitragsgesetzes. Das wurde ja schon von Frau Mazzotti vorgebracht und wird dann noch fachkundiger von Frau Keller vertieft werden.

§ 3 des Staatsbeitragsgesetzes sagt, Finanzhilfe ist ein geldwerter Vorteil, der einem Empfänger ausserhalb der kantonalen Verwaltung gewährt wird, um freiwillig erbrachte Leistungen im öffentlichen Interesse zu erhalten oder zu fördern. Der Zolli erbringt freiwillig sehr grosse Leistungen, Béla Bartha hat das hier aufgezeigt, auch mit Schulklassen, etc., Vermittlungen, das heisst, er könnte diese auch nicht erbringen. «Im öffentlichen Interesse erbracht» zu definieren, etc., hat eine gewisse, ja, wahrscheinlich, Geschichte. Wahrscheinlich alles, was der Zolli tut, ist freiwillig im öffentlichen Interesse. Er ist ja auch eine gemeinnützige Aktiengesellschaft.

Dann wird darauf hingewiesen, dass diese ohne die Finanzhilfe nicht hinreichend erbracht werden kann. Da ist jetzt die Frage, auf was fokussieren wir, immer auf das Gesamtbild oder sagen wir, es gibt mehr oder weniger eine Abteilung im Zolli, das sind diese Leistungen, die hier beschrieben wurden. Und da ist eben das Argument schon so, für diese braucht es auch zusätzliche Mittel und nicht nur die Mittel, die aus den Tickets und den Zolli-Klassen und den Mäzeninnen und Mäzenen erwirtschaftet werden. Wir schauen auch bei anderen Institutionen auf einen Ausschnitt der Rechtsperson hin. Ich meine, zum Beispiel die Bibliotheken der GGG haben keine eigene Rechtspersönlichkeit, da rechnen wir auch nicht immer das gesamte Vermögen der GGG hinzu. Da ist unser Zolli vorbildlich transparent, es ist nämlich praktisch alles innerhalb der AG. Wir könnten uns andere Strukturen vorstellen. Es gibt andere Institutionen, die haben nebendran eine Stiftung, dort sind all diese Mittel parkiert, werden dann ausgerechnet, da könnte man ja noch eine Tochtergesellschaft schaffen für Vermittlungsangebote und die möglichst dürftig ausstatten, damit die Armut auch dem Staat klar wird. Ich meine, das wollen wir alles nicht.

Und dass wir bei Institutionen mit grosser Strahlkraft, die wirklich viel für uns bringen, viel für die breite Bevölkerung, vielleicht manchmal, ich gebe es zu, nicht ganz am Buchstaben des Gesetzes haften, haben wir praktisch einstimmig unter Einschluss der SP bei der Fondation Beyeler gemacht. Dort hat die SP nicht geschrien, hier wird eklatant das Staatsbeitragsgesetz verletzt. Also dieser Vorwurf ist jetzt wirklich reserviert worden für den Zolli. Ich glaube, wir verletzen es nicht, wir setzen etwas fort und wenn es wirklich verletzt ist, dann hätte die SP sagen müssen, null, und das getraut sie sich ja dann auch nicht ganz. Also wenn Sie wirklich sagen, die einzig richtige Auslegung ist, dass eine Institution wie der Zolli, der sorgfältig wirtschaftet, der wirklich sich bemüht um Drittmittel, kein Geld gegeben werden darf, dann bitte, stellen Sie diesen Antrag und machen Sie sich entsprechend lächerlich. Ich glaube, die Regierung hätte diese, ich sage aus meiner Sicht, auch relativ grosszügige Erhöhung vermeiden können, wenn Sie einfach den Inflationsausgleich gewährt hätte. Auch die Geschichte, diese quasi Sparaktion, da war sie quasi konsequent, ganz zu streichen. Ja, die hallen natürlich auch ein bisschen nach.

Ich glaube nicht, dass die Regierung den Zolli stiefmütterlich behandelt, aber eine gewisse klassenkämpferische Attitüde gegen den Zolli schimmert nicht bei Herrn Cramer, aber vielleicht bei denen, die das Geschäft vorbereiten, etwas durch. Die sagen, da sollen doch die Reichen alles finanzieren, aber ich glaube, die Reichen müssen eben auch den Eindruck haben, dass diese Institution geschätzt wird. Ich glaube, dieses Geld ist wirklich gut investiert, damit auch in weiteren 150 Jahren wir Freude haben an einem Zolli, der wirklich ein Auftrag erfüllt für unsere Bevölkerung und für die ganze Welt, wie es vorher Béla Bartha besser geschildert hat, als ich es kann.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesem Antrag zu folgen. Der Landwert, ja, aber ich meine, wenn wir jetzt kommen, bitte hebt den Zolli auf, rodet alle Bäume dort und baut irgendwo, statt auf Konkurrenzieren, in Allschwil was auf, das ist ja völlig illusorisch, das wird immer eine grüne Lunge von Basel sein, mit oder ohne Zolli. Von daher ist der Landwert wirklich nur theoretischer Natur. Ich glaube, dieses Argument sticht nicht und in diesem Sinne bitte ich Sie wirklich, hier mal nicht der Regierung zu folgen und auch nicht der SP zu folgen, sondern einer Mehrheit in der BKK, die wirklich nicht rein bürgerlich zusammengesetzt war.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin für die LDP ist Nicole Kuster.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Der Zolli Basel hat seit 150 Jahren eine grosse Strahlkraft und lockt jährlich 1,2 Millionen Besuchende an. Die Wertschöpfung für die Region ist gross und liegt bei bis zu 1,9 Millionen pro Jahr. 49 Prozent der Kulturbesuchenden in Basel besuchen den Zoo. Der Staatsbeitrag wurde seit 15 Jahren nicht angepasst, währenddem sich die Kostenstruktur erheblich verändert hat. Im Städtevergleich ist der Zoo Basel mit 1,22 Franken Subventionen pro besuchende Person im Vergleich zu 5,95 Franken pro Person in Zürich eher tief. Besonders zu erwähnen ist die 12 Hektaren grosse Parkanlage mit 1’100 Bäumen. Der Zoo ist eine grüne, gut gepflegte Lunge mitten in der Stadt Basel. Diese trägt dazu Sorge, was wiederum mit einem fairen Baurechtszins abgegolten wird.

Der Zoo Basel hat einen Mehrbedarf von 2,4 Millionen glaubhaft darlegt und danach schlüssig argumentiert, weshalb eine Erhöhung des Staatsbeitrages auf 2 Millionen zielführend ist. Der Einwand, dass der Zoo erhebliche Drittmittel einwirbt, ist nur teilweise zutreffend. Denn Geschenke, Spenden und Legate sind oft mit Auflagen verbunden, können nicht geplant werden und realisieren meist spezifische Projekte wie die Realisation eines bestimmten Tiergeheges. Es gibt keine Defizitgarantie durch Gönnerinnen und Gönner.

In Anbetracht der hohen Wertschöpfung für die Region, der Zoo wirtschaftet seinen Staatsbeitrag fast selbstständig wieder ein, und den gestiegenen Sachkosten mit den Strompreisen, erachtet es die LDP für angebracht, der Erhöhung gemäss BKK zuzustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als erste Einzelsprecherin hat sich Christine Keller gemeldet.

Christine Keller (SP): Wir haben nun einiges durchaus auch amüsantes gehört, von klassenkämpferischer Attitüde von Conradin Cramer oder seinen Mitarbeitern bis zu geradezu rabulistischen Argumenten. Ja also, wenn man der Meinung ist, diese Erhöhung sei nicht gesetzeskonform, dann müsse man natürlich konsequenterweise gerade alles ablehnen, das heisst, man will einen Gesetzesbruch mit dem bisher begangenen rechtfertigen. Alles etwas amüsant. Lieber Béla Bartha, Sie wissen von mir, dass die Biodiversität mir wirklich sehr am Herzen liegt. Diskutieren kann und sollte man, welche Rolle die Zoos dabei einnehmen sollen, dürfen, können. Welche Tiere soll er züchten? Macht es Sinn, Tiere zu züchten, die nachher nicht mehr ausgewildert werden können? Macht es Sinn, Elefanten oder Oran Utans zu züchten? Diese Diskussion wurde, das bedauere ich, nicht geführt gemäss BKK und auch Bericht des Regierungsrates. Schade, aber darum geht es ja heute nicht.

Heute geht es darum, ob wir diesen Staatsbeitrag, der bisher schon an der Grenze des Staatsbeitragsgesetzes war, auch noch doch deutlich erhöhen sollen. Es wurde nun mehrfach zitiert, David Jenny hat nur den ersten Absatz des Staatsbeitragsgesetzes zitiert, aber im § 3 Abs. 2 lit. b steht nun einmal, dass der Nachweis erbracht werden muss, dass die Leistung, die im öffentlichen Interesse liegt, ohne diese Finanzhilfe, das heisst, diese erhöhte Finanzhilfe nicht hinreichend erbracht wird. Und mit entwaffnender Offenheit sagt ja die BKK selbst in ihrem Bericht, man sei sich einig darüber, dass der Zoo auch ohne diese Erhöhung die nächsten vier Jahre unbeschadet überstehen würde. Damit ist einfach glasklar, dass die Voraussetzung für diese Erhöhung nicht gegeben ist und die ist auch nicht gegeben, wenn man sagt, das sei jetzt seit so langer Zeit nicht erhöht worden. Das ist keine Begründung. Die Aufgaben, die Béla Bartha gesagt hat, die können auch mit dem bisherigen Staatsbeitrag erfüllt werden.

Dass man jetzt sagt, ja, wir könnten ja anfangen, irgendwelche Abteilungen und Scheinkonstrukte zu machen, damit wir dann eine defizitäre Abteilung haben und die dann subventionieren, das kann ja nicht wirklich eine zielführende Argumentation sein. Tatsache ist, dass der Zoo 4,63 Millionen Eigenkapital hat und 62,5 Millionen gebundene Fonds. Wie gesagt, die Kommission ist sich einig darüber, dass das nicht nötig ist. Es ist eine Anerkennung, eine aus Sicht der Kommission offenbar sicher gut gemeinte Anerkennung für diese Leistung, aber das widerspricht nicht unserem Gesetz. Wir haben im Zusammenhang mit dem Budget wiederholt gesagt, wie wichtig der Rechtsstaat sei und wir seien keine Bananenrepublik, aber das gilt nicht nur für den Staat, der nimmt oder für den Staat, der eingreift, das gilt auch für den Staat, der gibt. Er muss willkürfrei diese Subventionen vergeben, sonst begibt er sich einfach ins Unrecht. Und wenn das in anderen Fällen zitiert wurde, dass das bei Beyeler auch schon gemacht wurde, so muss ich darauf hinweisen, es gibt keinen Anspruch auf Gleichheit im Unrecht. Das lernt man ziemlich früh mal in der Jurisprudenz. Und wenn man sagt, dieser Staatsbeitrag wurde nicht erhöht, ja, aber erstens ist das finanzrechtlich kein Argument und zweitens dürfte der Wert des Landes doch gestiegen sein. Das heisst, die Subventionen wurde sogar erhöht.

Ich bitte Sie also wirklich, jetzt für einmal bei der Regierung zu bleiben und danke Ihnen dafür.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Liste der Rednerinnen und Redner ist erschöpft, somit kommen wir zum Regierungsrat. Möchte er das Wort? Er wünscht es.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielen Dank für die angeregte Diskussion und die Unterstützung von teilweise unerwarteter Seite. Ich glaube tatsächlich, es geht bei dem Staatsbeitrag an den Zoo Basel und bei den Fragen der Wertschätzung nicht um Klassenkampf und solche Geschichten. Ich glaube auch, dass sich Wertschätzung an Institutionen, in denen Freiwilligenarbeit geleistet wird, nicht ausschliesslich in Geld bemisst. Es gibt in diesem Kanton unendlich viel Gutes, was getan wird und keinen Staatsbeitrag bekommt. Der Zolli Basel bekommt einen Staatsbeitrag, einen betraglich gesehen auch durchaus namhaften in Relation zu den Eigenmitteln, nicht so Risiken im Vergleich zu anderen Institutionen, aber eben deshalb, weil der Zoo Basel in der Lage war und in der Lage ist, diesen hohen Eigenfinanzierungsgrad zu erreichen und zu halten. Und falls das in Zukunft einmal nicht mehr der Fall sein sollte, falls sich die Befürchtungen, die teilweise geäussert wurden, bezüglich der Lage bei den Spenden oder den Legaten oder den ganzen Nachlässen ändern sollte, dann besteht ja auch jederzeit bzw. nach vier Jahren die Möglichkeit, einen Staatsbeitrag anzupassen.

Das Staatsbeitragsgesetz als solches, das ist tatsächlich kein Wertschätzungsgesetz, sondern hat seine Kriterien und nach diesen Kriterien ist der Regierungsrat zum Schluss gekommen, Ihnen den unveränderten Staatsbeitrag zu beantragen. Und wenn ich von einem Sprecher höre, dass der Regierungsrat sich sozusagen diesen Erhöhungsantrag selbst eingebrockt hat,

weil er nicht die Teuerung gewährt hat, dann muss sich schon die Gegenfrage stellen, möchten Sie jetzt dem Zoo mehr geben oder möchten Sie dem Regierungsrat da eins auswischen? Ich meine, das kann es ja nicht sein. Die BKK wäre selbstverständlich frei gewesen und die Fraktion FDP wäre heute frei gewesen, einen entsprechenden anderen Erhöhungsantrag zu stellen. Also ich halte dieses Argument wirklich nicht für zielführend.

Und dann auch nochmals zu diesem Baurecht, auf dem ich jetzt da bewusst ein bisschen rumreite, selbstverständlich ist das eine geldwerte Leistung. Wir sollten da vielleicht mehr die Ökonomen und weniger die Juristen darüber sprechen lassen, aber wenn ich höre, das ist ja nichts wert, weil man könnte da ja nichts anderes machen, das würde ja immer grün bleiben, dann gilt das ja für ganz viele Orte in unserer Stadt. Auch ein denkmalgeschütztes Haus können Sie kaum verändern und trotzdem selbstverständlich ist die Überlassung etwas wert.

Ich finde, wir dürfen das auch anerkennend feststellen, dass wir als Gemeinwesen etwas tun für unseren Zoo, dass wir ihn wertschätzen ideell in Wort und Tat und auch finanziell, auch übrigens mit dem Antrag des Regierungsrats, den ich Ihnen nochmals ans Herz legen möchte.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Vizepräsidentin der Finanzkommission verzichtet auf ein Votum, die Sprecherin der BKK ebenfalls. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses Nachtragskredit für 2025 (Seite 7 des Berichts).

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Der Regierungsrat beantragt, den Nachtragskredit nicht zu beschliessen.

Wir eröffnen hierzu die Debatte. Gibt es Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Daher kommen wir gleich zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Grossratsbeschluss 1 Nachtragskredit

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 33 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005276, 18.12.24 17:28:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Zoo Basel wird ein Nachtragskredit in Höhe von Fr. 550‘000 für das Jahr 2025 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Grossratsbeschluss angenommen mit 58 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2 Beiträge für 2025 bis 2028 (Seite 8 des Berichts).

Titel und Ingress

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt einen Gesamtbetrag von 5,8 Millionen Franken, jährlich 1,45 Millionen Franken.

Wir eröffnen hierzu die Debatte. Gibt es Wortmeldungen? Nein. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 59 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005278, 18.12.24 17:29:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Änderungsantrag mit 59 Nein-Stimmen gegen 31 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

Wir fahren fort in der Detailberatung.

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 2 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005280, 18.12.24 17:30:30]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Zoo Basel werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 8’000’000 (Fr. 2’000’000 p. a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 92 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

98. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK

[18.12.24 17:30:39, 24.0701.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Seit 1980 ist die Kulturwerkstatt Kaserne Basel der zentrale Produktions- und Spielort für die regionale Freie Szene in den Bereichen Tanz, populäre zeitgenössische Musik und Theater. Nebst dem kulturellen Angebot leistet die Institution einen entscheidenden Beitrag zu einem guten gesellschaftlichen und sozialen Miteinander im Quartier und durch

die Bespielung des Areals wird ein hoher Grad an sozialer Kontrolle erreicht. Hinlänglich bekannt ist, dass nach der Sanierung und Umgestaltung des Kasernenhauptbaus dieser von der kHaus AG betrieben wird. Die kHaus AG hat sowohl operativ wie auch betrieblich nichts mit dem Kulturbetrieb des Vereins Kulturwerkstatt Kaserne Basel zu tun.

Die Kaserne Basel fällt zu einem Drittel in den Bereich der Jugend- und Alternativszene. Im Leistungsauftrag ist darum auch verankert, dass sie sich mit einem Drittel ihrer Tätigkeit als Partnerin zur besseren Sichtbarkeit für Bands und Gruppen aus der Region Basel einsetzen muss. Ein Drittel einer allfälligen Erhöhung des Staatsbeitrages an die Kaserne Basel würde entsprechend den Mitteln der Trinkgeldinitiative zugeordnet werden.

Die Kaserne Basel hat in ihrem Gesuch für die neue Staatsbeitragsperiode um eine Erhöhung von jährlich 447’393 Franken ersucht. Mit dieser Erhöhung soll ein Ausgleich der Teuerung und eine Lohnentwicklung für die Mitarbeitenden ermöglicht werden. Die Vertreterinnen und Vertreter der Kaserne Basel haben am Hering erklärt, dass die Institution in den vergangenen Jahren eine ausserordentlich hohe Personalfluktuation zu verzeichnen hatte, häufig begründet mit den tiefen Löhnen. Zudem sei die Rekrutierung von qualifiziertem Personal enorm anspruchsvoll. Aktuell seien zwar alle Stellen besetzt, das bleibe aber nur so, wenn eine Lohnerhöhung gewährt werden könne.

Der Regierungsrat zeigt sich bereit, etwa einen Drittel der beantragten Erhöhung zu gewähren. Damit soll das Lohnniveau angehoben werden können. Die Vertreterinnen und Vertreter der Kaserne Basel erklärten, dass etwa zwei Drittel dieser Erhöhung gebraucht würden, um die auflaufende Teuerung auszugleichen. Der dritte Drittel reiche aber nicht aus, um die Tieflohnsituation nachhaltig zu ändern. Man habe mittels eines bundesbasierten Modells faire Löhne modelliert und könne darum festhalten, dass eine Erhöhung des Staatsbeitrages um 450’000 Franken notwendig wäre, um eine nachhaltige und faire Lohnentwicklung zu garantieren.

Nach dem Entscheid des Regierungsrats haben die Verantwortlichen der Kaserne Basel nochmals eine neue Berechnung des Lohnmodells gemacht und am Hearing dann der BKK einen Kompromissvorschlag vorgelegt. Gemäss diesem Vorschlag wäre eine Erhöhung des Staatsbeitrages um 312’986 Franken notwendig. Ebenfalls äusserten die Verantwortlichen der Kaserne Basel, dass sollte der Staatsbeitrag nicht erhöht werden, würden die Löhne trotzdem angehoben, damit die Institution nachhaltig gestärkt und das Knowhow gehalten werden kann. Dies müsste dann aber über interne Einsparungen und allenfalls einem Abbau von Leistungen geschehen.

Wie der Regierungsrat schätzt die BKK die professionelle Arbeit der Kaserne Basel insbesondere in den Bereichen Kultur, Kreativität und Diversität, aber auch hinsichtlich seiner Wirkung auf die umliegenden Quartiere im Kleinbasel ausdrücklich. Für einen Grossteil der BKK ist eine Erhöhung des Staatsbeitrages nachvollziehbar. Es ist der Kommission bewusst, dass die Löhne in den allermeisten Kulturbetrieben sehr tief sind und dass es für die Institutionen entsprechend schwierig ist, gut ausgebildetes Personal zu finden und zu halten. Allerdings ist sich die Kommission über die Höhe des neuen Staatsbeitrages nicht einig, ich komme nachher noch dazu.

Die BKK hat rund um die Finanzen der Kaserne Basel noch andere Themen diskutiert. Dass die Kaserne Basel keinen Anspruch auf einen Teuerungsausgleich hat, ist als kritisch zu betrachten. Dies vor allem, weil die Kaserne hohe Mietkosten hat, die in der Betriebsrechnung ausgewiesen sind. Dadurch fallen die Personalkosten unter die geforderten 70 Prozent der Gesamtkosten. Da wird gespannt auf die Umsetzung der Motion Eberhard gewartet. Problematisch ist zudem, dass gewisse Institutionen für ihre Lokale eine Miete entrichten müssen und andere nicht, was sich dann auf die 70 Prozent Lohnkosten auswirkt.

Die Eigenfinanzierung der Kaserne Basel liegt bei 18 Prozent. Die BKK erachtet das als eher tief und regt an, dass sich die Institution auch in diesem Bereich Gedanken macht. So können mittels einer Betriebsanalyse Potenziale ausgemacht und Prozesse optimiert und durch das Erkennen von Stärken und Schwächen und von Chancen und Risiken der Eigenwirtschaftlichkeitsgrad gesteigert werden. Auch die Pachteinnahmen könnten überprüft und allenfalls angepasst werden.

Wie bereits erwähnt, ist sich die BKK nicht einig über die Höhe des Staatsbeitrags. Ein kleiner Teil der Kommission möchte gar keine Erhöhung, da sie der Meinung ist, dass die Kaserne Basel als privater Verein die benötigten Mittel eigenverantwortlich erwirtschaften soll. Die grosse Mehrheit der Kommission erachtet es aber als angebracht und notwendig, die Löhne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kaserne anzuheben. Eine Mehrheit der Kommission ist sogar der Ansicht, dass der Erhöhungsantrag des Regierungsrats nicht reicht. So sind in der Kommissionsdiskussion zwei Anträge gegenübergestanden.

Antrag 1 beinhaltete eine zusätzliche Erhöhung des Staatsbeitrages um 163’855 Franken. Damit wäre die gesamte Erhöhung beim zweiten Antrag der Kaserne Basel gewährleistet und die Löhne könnten gestärkt werden. Antrag 2 beinhaltete eine Erhöhung um 50’000 Franken. Mit dieser Erhöhung soll es der Kaserne Basel ermöglicht werden, dass ihr Betrieb, wie schon heute, bis drei Uhr nachts aufrechterhalten werden kann. Dies ist der BKK wichtig, weil durch die Bespielung des Areals die soziale Kontrolle und somit die allgemeine Sicherheit im gesamten Perimeter rund um die Kaserne steigt. Der zweite Antrag obsiegte mit 7 zu 6 Stimmen.

Darum beantragt die BKK mit 10 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung, für die Kaserne Basel insgesamt 15’398’148 Franken zu bewilligen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Auderset möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Diese wird angenommen.

André Auderset (LDP): Frau Roth, wenn ich es recht verstanden habe, würde die Kaserne die Löhne der Mitarbeiter auch anpassen, wenn wir hier keine Erhöhung beschliessen. Ist das nicht das beste Argument dafür, darauf zu verzichten, weil es geht ja auch ohne?

Franziska Roth (SP): Herr Auderset, haben Sie mir gut zugehört? Ich habe gesagt, die Kaserne müsste die Löhne erhöhen, müsste dann aber irgendwo kürzen und vielleicht auch Leistungen kürzen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Regierungspräsident Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vorab möchte ich der BKK danken für ihre Beratung und ihren Einsatz, dass wir jetzt diese Beratung noch in diesem Jahr abschliessen können, auch Ihnen, dem Plenum für die Zustimmung zur dringlichen Behandlung. Das hilft, dass die Kaserne nicht Anfang des nächsten Jahres möglicherweise mit Liquiditätsengpässen kämpfen muss und ist sicher im Sinne aller Beteiligten.

Die Präsidentin der BKK hat es schon ausgeführt, die Kaserne ist ein international etabliertes, ein prägendes Produktionshaus. Dank ihr, dank der Kaserne konnte sich in den letzten Jahren eine Stärkung all dieser Szenen in Tanz, Theater und populärer zeitgenössischer Musik entwickeln. Die Kaserne ist auf dem schweizerischen und europäischen Markt eine feste Grösse. Sie hat sich als attraktiver Co-Produktions- und Gastspielort für nationale und internationale Theater- und Tanzkompanien etabliert. Sie hat einen hohen Stellenwert in der Populärmusik für die ganze Region. Sie ist, man kann das so sagen, sozusagen ein alternatives Dreispartenhaus. Man kann auch sagen, dass die Kaserne dafür subventioniert wird, der Popmusik eine Plattform zu geben und mit Popmusik, da sind durchaus die grossen Namen gemeint, aber auch die lokalen Bands und diejenigen, die international zusammenarbeiten. Gesamthaft trägt die Kaserne mit diesem Mix zu einem lebendigen und dynamischen Basler Kulturleben bei.

Zu erwähnen ist auch, dass die Kaserne ein Festivalzentrum ist. Sie ist das für das Theaterfestival Basel, an dem sich alle zwei Jahre rund sieben Spielstätten in der Region beteiligen, und sie ist Kooperationspartnerin für viele besonders wichtige Festivals in der Stadt. Ich nenne das Offbeat Jazzfestival, das Nachwuchsfestival Treibstoff, aber auch das HipHop-Festival beispielhaft für die zahlreichen neuen Festivals.

Die Finanzierungssäulen der Kaserne sind mit gut zwei Dritteln, also 68 Prozent, die kantonalen Staatsbeiträge. Die Eintritte und Aufführungen machen rund 12 Prozent aus, 15 Prozent entfallen auf sonstige Einnahmen. Das sind namentlich die Pachteinnahmen aus dem sehr erfolgreichen Gastronomiebetrieb. Dann gibt es noch 4 Prozent Liegenschaftsertrag, also sprich Vermietungen. Die Ausgabepositionen sind zu gut einem Drittel, 37 Prozent, das Personal, zu 22 Prozent, der schon erwähnte Liegenschaftsaufwand, zu 20 Prozent die Veranstaltungen. Das Gesamtbudget, das liegt aktuell bei rund 5,5 Millionen Franken pro Jahr.

Zu erwähnen ist, dass mit Inkrafttreten des neuen Kulturvertrags zwischen den beiden Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft per Anfang 2022 die Kaserne zu den drei Institutionen gehört, die aktuell Beiträge aus der Abgeltung für kulturelle Zentrumsleistungen durch den Kanton Basel-Stadt erhalten. Das ist gut 1 Million Franken derzeit. Die Kaserne ist übrigens auch anderweitig wichtig in der Kulturpartnerschaft, denn sie ist vertraglich dazu verpflichtet, ihr Programm mit rund 30 Prozent Kulturschaffenden, Theatergruppen, Companies und Bands aus der Region zu buchen und das sichert Auftrittsmöglichkeiten für Gruppen, die aus dem Fachausschuss Darstellende Künste beider Basel oder vom Musikbüro unterstützt werden.

Zu betonen sind auch noch die Investitionen in die Räume der Kaserne. Mit Zustimmung der Finanzkommission hat der Regierungsrat entschieden, für die bauliche Sanierung das oberen Rossstalls total rund 13,6 Millionen Franken vorzusehen. Der Löwenanteil davon, 12 Millionen Franken, geht in die Sanierung der Fassade und des Dachstocks. Beides ist nötig aus Gründen des Bestandeserhalts. Der kleinere Anteil von noch rund 1,6 Millionen Franken dient zur Erneuerung technischer Anlagen und dem Einbau einer Lüftung für die Reithalle. Dieser Prozess, dieser Investitionsprozess läuft parallel zur Staatsbeitragsbewilligung, aber ich glaube, für die Gesamtsicht ist es immer gut, wenn auch solche Informationen hier in der Debatte vorliegen.

Für die nächste Staatsbeitragsperiode hat die Kaserne einen Erhöhungsantrag um 447’000 Franken pro Jahr gestellt, dem der Regierungsrat nur teilweise entsprechen möchte. Der Antrag fokussiert vollumfänglich auf die Anpassung von Personalkosten. Die Trägerschaft hat einen Vorschlag entwickelt, der die Gleichbehandlung durch Lohnbänder je nach Funktion, Belastungsgrad und Einforderungen ermöglichen soll.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen, die Staatsbeiträge an die Kaserne für die nächste Subventionsperiode um 149’131 Franken pro Jahr zu erhöhen. Damit soll eine Anpassung des Lohnniveaus für das Personal der Kaserne ermöglicht werden. Diese Anpassung, sie ist auch nach Überzeugung des Regierungsrats notwendig aufgrund des grundsätzlich niedrigen Lohnniveaus und des Personalmangels, der herrscht, der es für die Kaserne schwierig macht, die fähigen Fachkräfte zu finden. Wie gesagt, die Trägerschaft der Kaserne hätte sich mehr gewünscht. Der Regierungsrat ist aber der Meinung, dass mit einem Antrag, der eine Steigerung des Gesamtstaatsbeitrages von 12 Prozent entspräche, dass das dann doch zu hoch wäre. Mit dem vom Regierungsrat beantragten zusätzlichen Betrag von gut 149’000 Franken pro Jahr kann der Personalaufwand im Vergleich zum Jahr 2022 um 7,5 Prozent angehoben werden. Das ist doch auch substanziell und damit kann die Rolle der Kaserne als faire Arbeitgeberin mit einem transparenten Lohnsystem gestärkt werden. Den konkreten Einsatz der Mittel selbstverständlich soll die Trägerschaft gemäss ihrer Priorisierung bestimmen.

Der Antrag der BKK, der nun höher leitet, sich annähert an den Antrag der Trägerschaft, den hat der Regierungsrat zur Kenntnis genommen. Er hält aber auch im Lichte der von der BKK vorgebrachten Argumente an seinem Antrag fest, dies auch im Sinne einer verhältnismässigen Entwicklung der Staatsbeiträge und einer Entwicklung, die dennoch einen Spielraum schafft für notwendige Anpassungen von Löhnen für Mitarbeitende. Ich bin überzeugt, dass der Vorschlag des Regierungsrats den gewünschten Akzent setzt für eine schrittweise Verbesserung des Lohnniveaus und damit für eine Stärkung der Kaserne als attraktiver und fairer Arbeitgeber. Vielen Dank, dass Sie diese Entwicklung unterstützen und vielen Dank, dass Sie sie im moderateren Sinne des Regierungsrats unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Sprecher für die FDP ist auf dem Weg ans Rednerpult, es ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt den Vorschlag der BKK. Sie ist aber insofern moderat, dass sie sich weiteren Erhöhungen widersetzen wird. Dass bezüglich der Entlöhnung des Personals, ich sage jetzt immer abgekürzt Kaserne, ein Nachholbedarf besteht, den die Kaserne nicht vollständig alleine decken kann, wurde vom Regierungsrat anerkannt. Er ist bereit, einen gewissen Spielraum für Lohnanpassungen zu geben, der ist auch durchaus substanziell. Warum der Regierungsrat gerade in diesem Umfang den Forderungen der Kaserne nachkommen will, hat er nicht detailliert begründet. Auf der anderen Seite halten wohl die Lohnvergleiche, die die Kaserne Basel selber angestellt hat, nicht den allerstrengsten Anforderungen statt. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die Kaserne in einem Sektor tätig ist, indem das gesamte Lohnniveau in unserem Kanton nicht massgeblich vom Staat und seinen Betrieben bestimmt wird, wie dies zum Beispiel bei Pflegeberufen der Fall ist. Die BKK anerkennt aber, dass eine zeitliche Einschränkung der Aktivitäten der Kaserne Basel auch Auswirkungen auf die Sicherheitslage im Kasernenareal haben könnte. Dies ist ein bisschen auch eine weitere Antwort auf die Zwischenfrage von Herrn Auderset.

Zudem zeigt sich wiederum am Beispiel der Kaserne Basel, dass die geltende Regelung im Staatsbeitragsgesetz betreffend Teuerungsausgleich wirklich nicht die glücklichste aller Lösungen ist. Alleine auf einen gewissen Prozentsatz der Personalkosten abzustellen, ist insbesondere dann nicht zielführend, wenn die Sachkosten im Wesentlichen durch Mietzinszahlungen an, und hier ist es, glaube ich, der Staat selbst, verursacht werden, und dass natürlich ein sesshafter Kulturbetrieb relativ grosse Räumlichkeiten braucht und auch relativ wenig Spielraum da ist, das liegt in der Natur der Sache. Aus diesen Gründen können wir einer moderaten weiteren Aufstockung zustimmen, aber eine weniger moderate Aufstockung, wie es jetzt auch beantragt wird, lehnen wir ab.

Noch ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu Veränderungen in unserer Kulturlandschaft, wie Sie bei uns in der Beratung vorgetragen wurden.

Zur Sparte Tanz. Auf dem Franck Areal entsteht oder entstand ja ein privat finanziertes Tanzhaus, welches vielleicht auch einige Überschneidungen mit dem Angebot der Kaserne haben wird. Diese Konkurrenzsituation wurde wahrscheinlich noch nicht analysiert, kann natürlich dann auch ein Thema sein, wenn es um die Erneuerung des Staatsbeitragsverhältnisses gehen wird. Da ist die Frage, wenn dann Private finanzieren, aber die kommen ja dann vielleicht auch und klopfen noch um Staatsbeiträge an, aber ich glaube, die Situation wird nicht einfacher werden in vier Jahren bezüglich der Sparte Tanz und wie viel Angebot wir in Basel davon brauchen, auch in der eher freien Szene, und wer diese erbringen wird, zu welchem Preis.

Dann vielleicht etwas eine Feststellung, dass doch in letzter Zeit einige Betriebe und Festivals auch eingestellt wurden, mehr oder weniger freiwillig, und da ist auch die Frage, besteht wirklich dieses ganz grosse Angebot, geht das Angebot dann manchmal ein bisschen am Publikum vorbei. Das sind alles Fragen, denen wir uns wirklich auch widmen müssen in den letzten Jahren, damit wir dann als Steuerzahlerin und Steuerzahler ein Angebot finanzieren werden, das nicht nur tolle

Erwähnungen in der internationalen Kulturpresse finden wird, sondern eben im Wesentlichen auch vom hiesigen Publikum nachgefragt und geschätzt wird.

Aber in diesem Sinne danken wir der Kaserne für die gute Arbeit, die geleistet wurde, und hoffen, dass mit dieser Erhöhung, wie von der BKK vorgeschlagen, auch eine Grundlage gelegt wird für sehr gute Arbeit in der nächsten Staatsbeitragsperiode.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die LDP ist die Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP betrachtet die Freie Szene als wichtige Bereicherung des kulturellen Angebots in unserem Kanton. Sie fördert eine vielfältige Palette künstlicher Ausdrucksformen und Stile, die oft abseits des Mainstreams entstehen und so innovative Ansätze ermöglichen. Diese Szene ist ein wichtiger Nährboden für aufstrebende Künstlerinnen und Künstler, die hier ihre Fähigkeiten entwickeln und sich einen Namen machen können. Die Kaserne fördert die Teilhabe an kulturellen Angeboten und ist durch ihre Niederschwelligkeit, insbesondere durch weniger formelle Räume und niedrigere Eintrittspreise einem breiten Publikum zugänglich. Das ist zu würdigen.

Allerdings, das von der Kaserne vorgeschlagene Lohnmodell ist im Detail nicht nachvollziehbar, um es vollumfänglich zu unterstützen. Zur Stärkung und Weiterentwicklung der Kaserne sprechen wir uns aber für eine teilweise Erhöhung des Lohnniveaus des Personals um 150’000 Franken pro Jahr aus. Damit kann die Teuerung ausgeglichen und den Herausforderungen des Kulturbetriebs Rechnung getragen werden. Zudem erwarten wir, dass das Vermittlungsangebot, das in der letzten Staatsbeitragsperiode mit einem Zusatzbeitrag unterstützt wurde, weitergeführt wird. Wir sind auch überzeugt, dass die Kaserne über zusätzliches Potenzial verfügt, um ihre Eigenwirtschaftlichkeit weiter zu steigern.

Im Hinblick auf die positive Wirkung der Kaserne auf die umliegenden Quartiere in Kleinbasel erachten wir es als sinnvoll und angemessen, den Staatsbeitrag um weitere 50’000 Franken zu erhöhen, die auch zur Verbesserung der Löhne der Mitarbeitenden der Kaserne verwendet werden sollen. Dies ist umso wichtiger, als die Kaserne mit ihrem Betrieb bis 3 Uhr morgens zur sozialen Kontrolle und damit zur öffentlichen Sicherheit beiträgt.

Die LDP-Fraktion beantragt Ihnen deshalb, dem Antrag der BKK zuzustimmen und den Beitrag an die Kaserne um insgesamt 200’000 Franken pro Jahr zu erhöhen. Damit kann für die Jahre 2025 bis 2028 ein Gesamtbeitrag von 15’398’148 Franken zur Verfügung gestellt werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP, wenn sie nicht länger als fünf Minuten hat, ist Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Ich versuche mich kurz zu fassen. Basel ohne die Kaserne ist für viele von uns unvorstellbar und das ist gut so. Die Bedeutung der Kaserne für unseren Kanton und darüber hinaus ist unbeschreiblich hoch und enorm. Wir haben es bereits gehört, seit 1980 ist die Kulturwerkstatt Kaserne Basel der zentrale Produktions- und Spielort für die regionale freie Szene in den Bereichen Tanz, populäre zeitgenössische Musik und Theater. Das 3-Spartenhaus ist heute ein national und international etablierter und prägender Produktions- und Gastspielort. Das Areal ist zudem längst identitätsstiftend für die umliegenden Quartiere geworden. Nebst der Bereicherung des kulturellen Angebots Basels leistet die Institution einen wesentlichen Beitrag zu einem besseren gesellschaftlichen und sozialen Miteinander im Quartier. Durch die Bespielung des Areals wird ein hoher Grad sozialer Kontrolle erreicht, welcher zur allgemeinen Sicherheit auf dem Perimeter beiträgt.

Die Kaserne beantragte eine Beitragserhöhung um 450’000 Franken jährlich. Dies mit der Begründung, dass es dem Betrieb gegenwärtig nicht möglich sei, das Personal, unter anderem im Dienstleistungssektor wie Technik, in einem angemessenen Ausmass zu entlöhnen. Es werden deshalb vorwiegend Unqualifizierte oder Quereinsteiger*innen angestellt. Sobald sie aber besser qualifiziert sind, gehen sie oftmals weiter. Es ist schwierig, qualifiziertes Personal zu halten bei prekären Lohnverhältnissen. Für die SP-Fraktion und das GAB sind prekäre Arbeitsverhältnisse in der Kaserne nicht tragbar. Wir begrüssen zwar die Erhöhung der Staatsbeiträge im Umfang von 150’000 Franken für die Kaserne durch den Regierungsrat sehr. Die BKK entschied sich für eine Erhöhung um zusätzlich 50’000 Franken. Die SP-Fraktion vertritt zusammen mit dem GAB aber die Ansicht, dass aufgrund der grossen Bedeutung der Kaserne die Staatsbeiträge zusätzlich um 163’000 Franken pro Jahr angehoben werden sollen.

Hier möchte ich noch anmerken, dass die Kaserne ihre Ausgaben sehr plausibel dargelegt hat und sie sehr nachvollziehbar waren. Deshalb stelle ich an dieser Stelle, wenn ich das darf, ein Änderungsantrag. Ist das an dieser Stelle möglich?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag liegt uns bereits schriftlich vor, er ist gestellt.

Amina Trevisan (SP): Die SP-Fraktion anerkennt den grossen Stellenwert der Kaserne für Kultur und für das gemeinsame Zusammenleben in Basel. Deshalb bitte ich Sie im Namen der SP und der GAB, die Antragsänderung zu sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Frau Trevisan, nehmen Sie die Zwischenfrage von Jenny Schweizer an? Sie wird angenommen.

Jenny Schweizer (SVP): Sie haben gesagt, dass mit dem Erhöhungsbeitrag, der gesprochen werden soll für die Kaserne, qualifiziertes Personal für die Technik gefunden werden kann. Jetzt frage ich Sie, haben Sie das Gefühl, dass das bereits bestehenden Personal für die Technik nicht qualifiziert ist, wird dann das entlassen oder was soll mit dem geschehen?

Amina Trevisan (SP): Darum geht es nicht und ich will auch gar nicht in die operative Arbeit der Kaserne reinreden. Es geht einfach darum, einen Beitrag zu leisten, qualifiziertes Personal zu finden, das auch längerfristig dort bleiben soll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich unterbreche an dieser Stelle unsere Debatte. Wir führen sie aber genau hier fort. Ich habe mir notiert, dass Frau Gysin, Herr Bartha und Herr Thüring auf der Liste waren und so fahren wir morgen früh fort.

Schluss der 44. Sitzung

17:59 Uhr

Protokoll

der 45. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Donnerstag, den 19. Dezember 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Anina Ineichen (GAB), Brigitte Gysin (die Mitte/EVP).

Verhandlungsgegenstände:

98. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK 2
31. Anzug 9 Erich Bucher und Konsorten betreffend neue Schulraumoffensive 9
32. Anzug 10 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verkehrssicherheit in der Peter Merian-Strasse 9
33. Anzug 11 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Gendermedizin: gesundheitliche Benachteiligung von Frauen im Bereich Erkennung und Diagnostik 10
34. Anzug 12 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Überprüfung der Regulierung von Anlagen zur Gebäudekühlung bei Bestandsbauten 11
35. Anzug 13 Laurin Hoppler und Konsorten betreffend Einführung eines Thementags zur direkten Demokratie an den Volksschulen in Basel-Stadt unter Nutzung von neuen und bestehenden Angeboten 11
36. Anzug 14 Georg Mattmüller und Konsorten betreffend bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen 14
37. Anzug 15 Fleur Weibel und Konsorten betreffend niederschwellige und zeitgemässe Informationen für alle Familien 15
38. Anzug 16 Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Einrichtung eines Gender-Medizin-Instituts in Basel-Stadt 16
39. Anzug 17 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend “Ein Bus” für Basel 20
40. Anzug 18 Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Entlastung der Lehrpersonen durch «Supportteams Elternarbeit» 21
41. Anzug 19 Michela Seggiani und Konsorten betreffend Haus der Vereine in Basel 24
42. Anzug 20 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend geschlechtsspezifischem Fokus bei der medizinischen Prävention und Nachsorge 26
43. Anzug 21 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Gauben erlauben – und auch Dacheinschnitte, bitte 27
44. Anzug 22 Patrick Fischer und Konsorten betreffend Überprüfung hoheitlicher Aufgaben zur Entlastung der Kantonspolizei 27
45. Anzug 23 Pascal Messerli und Konsorten betreffend Sicherheitsempfinden der Bevölkerung durch Massnahmen bei Brücken, Unterführungen u.Ä. stärken 29
46. Anzug 24 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Zugang zu Informationen nach IDG 30
47. Anzug 25 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Lohntransparenz bei Stellenausschreibungen für Stellen beim Kanton Basel-Stadt in Form eines Online-Gehaltsrechner und durch Angabe der Lohnklasse 33
48. Anzug 26 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Hass, Beleidigungen, Abwertungen und Drohungen – schützt unser Kanton unsere Politiker:innen? 35

Beginn der 45. Sitzung

Donnerstag, 19. Dezember 2024, 09:00 Uhr

98. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK

[19.12.24 09:00:15, 24.0701.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zu unserem letzten Sitzungstag im Jahr 2024 und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilung zu machen:

Kaffeespende: Jenny Schweizer feiert morgen einen schönen Geburtstag, ich hoffe einen wunderschönen, und aus diesem Anlass spendiert sie uns heute den Kaffee. Ich danke ihr für diese grosszügige Geste. Sie hat ein schönes Geburtsdatum, ich sage das aus eigener Erfahrung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir fahren weiter mit der Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028. Wir sind mitten in den Fraktionsvoten. Zuerst hat Béla Bartha das Wort.

Béla Bartha (GAB): Die Kaserne hat im Ratschlag der Regierung um eine Erhöhung der jährlichen Unterstützung von 447’393 Franken gebeten. Diese Unterstützung wurde von der Regierung abgelehnt und im Gegenzug einen Drittel dieser Summe, 149’000 Franken, bewilligt. Worauf dieser Betrags fusst, bleibt bis heute ein Rätsel.

Dieses Unbehagen hat eine Mehrheit der BKK geteilt und eine Erhöhung dieses Betrags um 50’000 Franken per anno beantragt. Auch hierzu gibt es keine nachvollziehbaren Begründungen. Die einzigen verwertbaren Anhaltspunkte als Basis einer Entscheidungsfindung erhielten wir von der Kasernenleitung selbst, und diese wies einen dringenden Erhöhungsbedarf von jährlich 312’000 Franken aus.

Man kann nun trefflich darüber streiten, ob ein Lohn von 5’500 oder 6’000 Franken für eine Administrationskraft oder ein Lohn von 5’500 oder 6’500 Franken für einen Bühnen- Licht- oder Tontechniker angemessen ist oder nicht. Klar ist, dass diese Löhne, die durch die technischen Berufe durch die Kasernenleitung gefordert wurden, immer noch moderat und in keinem Fall anmassend sind. Lassen Sie mich hier kurz sagen, dass ein Lehrabgänger im technischen Beruf in einem mittleren Betrieb mit 6’000 Franken etwa beginnt, und hier haben wir einen Bruttolohn, und was wir hier vor uns haben, ist ein Brutto-Brutto-Lohn. Sie können hier auf diese Zahlen noch einmal 15 Prozent dazurechnen, dann sehen Sie, dass da also absolut nicht übertrieben wird mit den Lohnforderungen.

Klar ist auch, dass es eine Erhöhung braucht, sonst würden wir heute nicht hier stehen und über einen dringlichen Beschluss die Finanzierung der Kulturwerkstatt Kaserne sicherzustellen versuchen, die schon einen Monat völlig klamm und unfähig wäre, die Löhne ihrer Angestellten zu bezahlen. Kurz, die Kaserne ist läuft am Limit.

Liest man aber das Portfolio der Kasernen durch, so muss man anerkennend feststellen, dass der Bevölkerung für die Unterstützung auch ein einmalig vielseitiges Programm angeboten wird. Seit Jahren beweist die Kaserne auf eindrückliche Weise, dass sie auch imstande ist, mit der Angebotsvielfalt umzugehen und die Institution Kaserne erfolgreich in der schweizerischen, ja internationalen Kulturszene zu positionieren, um mit dieser als Spiel- und Produktionsstätte auf hohem Niveau mitzuhalten.

Dies unterstreicht auch die neuerliche Anstellung von Sarah Mehler als Geschäftsführerin, die wohl nicht von der Roten Fabrik nach Basel gezogen wäre. Auch die Regierung selbst anerkennt die gute Arbeit und Professionalität, welche die Mitarbeitenden der Kaserne seit Jahren an den Tag legen. In der Kulturlandschaft von Basel-Stadt steht die Kaserne mit einem klaren eigenen Profil mit zeitgenössischen experimentellen Tanz-, Sprech und Performance-Aufführungen und einem breiten Konzertangebot da und ergänzt das etablierte Theater hier vortrefflich.

Nur eben, die entsprechenden Löhne möchten die Kulturabteilung und eine knappe Mehrheit der BKK dafür nicht bereitstellen. Schade eigentlich, denn die Einsatzbereitschaft des heutigen Teams erlaubt einen 13 Stunden-Rundumbetrieb, ohne den das Kasernenareal jeweils schon um 22 Uhr nach den jeweiligen Produktionen den Betrieb einstellen würde und

wie bei den etablierten Spielstätten Theater, Schauspielhaus oder allen Museen die Schoten dicht gemacht würden und öde Nachtruhe auf dem Kasernenareal einkehren würde.

Meine beiden Söhne, 22 und 24 Jahre alt, würden sich bedanken, denn für sie fängt das Nachtleben um Mitternacht erst an. Die Kaserne ist für sie ein sicherer Ort inmitten eines ansonsten eher aufregenden Umfelds, an dem sie mit Freunden das Nachtleben unbeschwert erleben können. Wie schwierig es ist, einen solchen Langzeitbetrieb zu stemmen, davon kann man sich einige Meter in Rheinrichtung ein Bild machen, wo immer noch nach einem gut funktionierenden Konzept gesucht und gerungen wird.

Ich bitte das Parlament daher, lasst uns ein vorbildliches funktionierendes Konzept mit einem tollen Team entsprechend ausstatten, damit es auch in der Zukunft strahlen kann und nicht auf selbst ausbeuterische Weise überdauern muss. Daher unterstützt, das GAB den Antrag von Amina Trevisan, den Unterstützungsbeitrag von 200’000 auf 312’000 Franken pro Jahr zu erhöhen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir haben ja gestern und auch heute eine Modeschau der Spendierhosen erlebt, begonnen mit der BKK bis hin zu diesem Antrag jetzt der SP und des GAB. Selbst die FDP, die sonst bei solchen Modeschauen nicht mitmacht, hat plötzlich vergessen, dass man vielleicht ein bisschen weniger Modeschau betreiben sollte. Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen, auf diese Anträge zu verzichten. Sie lehnt auch den Antrag der Bildungs- und Kulturkommission ab, sie lehnt den Antrag des Regierungsrates ab, der ja auch bereits eine Erhöhung vorgesehen hat und möchte Ihnen beliebt machen, den Staatsbeitrag in der Höhe zu behalten, in welcher er sich in der jetzigen Staatsbeitragsperiode befand.

Ich habe diese Diskussionen gestern und heute Morgen angehört. Es widerspiegelt letztlich das, was wir bereits in der Bildungs- und Kulturkommission gehört haben, was auch im Bericht des Regierungsrates steht. Ehrlicherweise muss ich Ihnen sagen, ja, diese Diskussion über die Löhne ist eine aus unserer Sicht sehr operative Diskussion. Wir sprechen einen Staatsbeitrag und wie eine Institution mit diesem Staatsbeitrag hantiert, ist letztlich nicht die Aufgabe des Grossen Rates. Der Rahmen, den wir abstecken, muss eingehalten werden und ob man dies nun macht, indem man Löhne erhöht oder eben nicht erhöht oder anderweitig diese Staatsbeiträge einsetzt, das ist aus meiner Sicht und aus Sicht der SVP-Fraktion Aufgabe der Institution. Das soll die Arbeit der Kaserne nicht schmälern, darum geht es nicht, sondern darum, wie wir hier beurteilen, wie wir einen Staatsbeitrag treffen. Wir haben gestern über einen anderen Staatsbeitrag gesprochen, wo die Regierung fast zwei Jahrzehnte lang keine Erhöhung vornehmen wollte, sogar eine Kürzung vornehmen wollte, und hier bei der Kaserne Basel haben wir nun drei Ratschläge für drei Legislaturen, und in jedem dieser Ratschläge fand eine Erhöhung statt. Vor acht Jahren eine sehr substanzielle, vor vier Jahren eine nicht mehr ganz so grosse, aber trotzdem auch einen Staatsbeitragserhöhung, und damals sogar mit dem Auftrag verbunden, diese zusätzlichen Mittel für Vermittlungsarbeit einzusetzen, übrigens etwas, von dem man nun bei der Kaserne uns gesagt hat, dass man das nicht mehr machen möchte, wenn man den Staatsbeitrag nicht erhöht, obwohl man ihnen damals explizit dafür das Geld gesprochen hat.

Also das ist die Ausgangslage. Wir haben bei der Kaserne jetzt dreimal hintereinander den Staatsbeitrag erhöht oder wollen ihn dreimal hintereinander erhöhen. Das mag bei einigen von Ihnen jetzt auf Goodwill stossen. Deshalb gibt es ja auch noch weitere Erhöhungsanträge. Die SVP-Fraktion findet das aber in der Tat nicht sinnvoll und kann insbesondere auch mit der Argumentation der Erhöhung wenig anfangen. Da bin ich sogar jetzt ehrlicherweise etwas näher bei den Anträgen der SP und dem GAB und vielleicht auch der BKK, diese vom Regierungsrat festgelegte Zahl ist ja auch nicht sehr gut begründet. Man gibt ihnen einen Drittel von dem, was sie an Bedarf haben. Das ist ein bisschen gewürfelt, so kommt es uns vor, so ganz fundiert ist diese Staatsbeitragserhöhung, wie sie vom Regierungsrat beantragt wurde, nicht.

Dann zu dieser Tabelle, die vorgelegt wurde und die jetzt auch Basis des Antrages der Bildungs- und Kulturkommission ist, mit diesen Median-Löhnen. Das mag vielleicht stimmen, wir haben es nicht kontrollieren können, wir wissen es nicht, die SVP-Fraktion bestreitet nicht, dass es vielleicht im einen oder anderen Bereich dort tatsächlich Löhne gibt, die etwas unterdurchschnittlich sind. Aber auch das wiederum ist dann Aufgabe der Institution zu schauen, dass man dort, wo allenfalls andere höhere Löhne notwendig sind, diese dann auch gewährt. Dafür muss man vielleicht bei anderen Dingen etwas abschneiden.

Und dann zu dem doch auch vielleicht etwas gesuchten Argument, dass die Kaserne zur Nachtsicherheit auf dem Claraplatz oder dem Umfeld der Kaserne beiträgt. Nun gut, also wenn wir gerade die Deliktzahlen in diesem Bereich uns anschauen, dann müssen wir sagen, das ist nun wirklich auch ein Argument, das ganz und gar nicht überzeugt und wahrscheinlich nicht stichhaltig genug ist, um deshalb den Staatsbeitrag zu löhnen.

Wir kennen die Kreuztabelle. Wir wissen, dass sie wahrscheinlich heute diese Anträge mindestens der Bildungs- und Kulturkommission gutheissen werden. Wir sind der Ansicht, das ist nicht richtig. Das soll wie gesagt kein Votum gegen die Kulturinstitution Kaserne Basel sein, sondern da geht es uns wirklich auch darum, wie man einen Staatsbeitrag spricht und wie man einen Staatsbeitrag und eine Leistung dann auch vereinbart zwischen Kanton und einer Institution, und hier glauben

wir drücken viele hier in diesem hohen Hause, vielleicht auch aus persönlicher Sympathie zur Kaserne, beide Augen zu. Deshalb bitten wir Sie, unserem Antrag zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Luca Urgese und David Jenny dürfen ihre Zwischenfragen stellen.

Luca Urgese (FDP): Ich freue mich, dass der Grosse Rat den Anträgen der Finanzkommission gefolgt ist und die Mittel für Lehrmittel, Hebammen und zusätzliche Stellen bei der Staatsanwaltschaft erhöht hat. Ein Post von gestern Abend von Ihnen, Joël Thüring. Sind Sie heimlich auch ein Freund von Modeschauen?

Joël Thüring (SVP): Schauen Sie, ein Gemeinwesen muss immer schauen, wo Prioritäten gesetzt werden. Und die Sicherheit unserer Kantonsbevölkerung gewichte ich höre als zusätzliche Staatsbeiträge für die Kaserne. Da bin ich relativ klar.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich bin nicht frisch genug, um die Modeschau-Metapher wirklich zu durchschauen. Gestern noch mit Krawatte, um für diese Erhöhung beim Zolli und heute ohne Krawatte, um Sparsamkeit zu demonstrieren?

Joël Thüring (SVP): Das ist eine sehr gute Frage. Ich werde mir das überlegen und Ihnen später noch eine Antwort zukommen lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie auch die Zwischenfrage von Frau Weibel an? Das ist der Fall.

Fleur Weibel (GAB): Joël Thüring, es geht ein bisschen in die gleiche Richtung. Sie haben sich gestern wortreich für die Hansli Müllers und Vreni Meyers und deren faire Löhne beim Zolli ausgesprochen, und jetzt stellen Sie einen Antrag, der nicht einmal wie die Regierung die Teuerung für die Löhne der Hansli Meiers und Vreni Müllers bei der Kaserne ermöglichen würden?

Ja, wie bereits ausgeführt, haben wir bei einer anderen Institution die Staatsbeiträge fast 2 Jahrzehnte nicht erhöht und bei der Kaserne Basel alle 4 Jahre doch in nicht unerheblichem Ausmass. Das ist ein wesentlicher Unterschied, wenn es um die Beurteilung dieser Anträge geht.

Joël Thüring (SVP): Wie bereits ausgeführt haben wir bei einer anderen Institution die Staatsbeiträge fast zwei Jahrzehnte lang nicht erhöht und bei der Kaserne Basel alle vier Jahre doch in nicht unerheblichem Ausmass. Das ist ein wesentlicher Unterschied, wenn es um die Beurteilung dieser Anträge geht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Andrea Strahm für die Mitte-EVP.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Nicht nur die Kinder von Béla Bartha sind nach Mitternacht munter sondern auch Brigitte Gysin. Sie hat mir ihr Votum geschickt, weil sie heute Morgen verhindert ist. Die Haltung der Fraktion die Mitte/EVP legen wir nur kurz dar, denn viele wichtige Überlegungen zur Haltung unserer Fraktion wurden durch die Kommissionssprecherin der BKK und von David Jenny und Catherine Alioth schon gesagt. Die Fraktion die Mitte/EVP wird ebenfalls dem Antrag der BKK folgen, zusätzlich zur vom Regierungsrat vorgeschlagenen Erhöhung des Beitrags jährlich weitere 50’000 Franken zu sprechen. Wir anerkennen wie alle bisherigen Sprechenden zu diesem Geschäft die Bedeutung der Kaserne als Dreispartenbetrieb der Freien Szene und ihren wertvollen Beitrag zum Kulturleben in unserem Kanton. Wie die Regierung anerkennen wir die Notwendigkeit, mit einer Erhöhung des Beitrags an die Kaserne einen Beitrag zur Lohnentwicklung zu leisten. Wir teilen aber auch die Einschätzung des Fraktionssprechenden von FDP und LDP, dass die genaue Höhe dabei nicht in allen Teilen zu 100 Prozent nachvollzogen werden kann.

Die Fraktion die Mitte/EVP anerkennt, dass die Kaserne für ihren Antrag nach klaren Bezugsgrössen gesucht hat, um diesen nachvollziehbar zu machen. Wie manche Vorredner:innen aber schon deutlich gemacht haben, ist dabei zu beachten, dass der kantonale Medianlohn zu einem sehr hoch angesetzten Massstab führt. David Jenny hat gestern darauf hingewiesen, dass im Unterschied zu anderen Sektoren, wie zum Beispiel der Pflege im Tätigkeitsbereich der Kaserne die Löhne nicht durch ein staatlich beeinflusstes Lohnniveau konkurrenziert werden. Die Fraktion die Mitte/EVP folgt den Überlegungen der BKK, dass die Kaserne mit dem Bespielen des Areals während ihrer langen Öffnungszeiten einen Beitrag zur Sicherheit leistet und dies rechtfertigt, über die im Ratschlag vorgeschlagene Erhöhung des Staatsbeitrages hinauszugehen. Die zusätzlichen 50’000 Franken pro Jahr können dazu dienen, dass die Öffnungszeiten trotz Lohnerhöhungen nicht eingeschränkt werden müssen.

Die Fraktion die MItte/EVP weiss um die Herausforderung in der Drittmittelakquise, ist aber überzeugt, dass die Kaserne den Anteil der Eigenfinanzierung noch ausbauen kann. Darum werden wir, wie eingangs erwähnt, den Antrag der BKK unterstützen und bitten Sie, dies auch zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Wir Grünliberalen unterstützen den Erhöhungsantrag der BKK. Der Antrag trägt zur Sicherstellung der Attraktivität der Kaserne als Arbeitgeberin bei. Die zusätzlichen Mittel ermöglichen den Teuerungsausgleich und eine Anpassung der Lohnstruktur, um Mitarbeitende zu halten und der Kaserne als Institution eine stabile Grundlage zu sichern. Ihr Betrieb trägt zur sozialen Kontrolle bei und steigert die Sicherheit im Perimeter. Die Kaserne leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität in Basel.

Aufgrund der beantragten Erhöhung halten wir Grünliberalen es aber für entscheidend, dass die Kaserne ebenfalls ihre Eigenwirtschaftlichkeit steigert und langfristig auf eine solidere finanzielle Basis stellt. Eine systematische Analyse der Betriebsstruktur wäre wünschenswert, um Klarheit über die internen Prozesse und Strukturen zu schaffen, einschliesslich der Neubeurteilung der Pacht- und Mietverträge. Für letzteres liegt eine schriftliche Anfrage von Johannes Sieber vor, die sich mit der Berechnungsgrundlage für die von Kulturinstitutionen genutzten Räumlichkeiten der Immobilien Basel-Stadt befasst. Es zeigt sich, dass ein erheblicher und zunehmender Teil des Budgets der Kulturinstitutionen in Mietkosten fliesst, die von einer Staatskasse in die andere transferiert werden. Diese hohen Mietkosten binden Mittel, die weder der betrieblichen Organisation der Institution noch den Kulturschaffenden zugutekommen. Zusätzlich führen hohe Mieten dazu, dass die Institutionen nicht zum Teuerungsausgleich berechtigt sind. Hier wurde der Handlungsbedarf erkannt, die Motion Eberhard zur Umsetzung überwiesen. Wir bauen darauf, dass auch die Kaserne bereits in der kommenden Legislaturperiode davon profitieren wird.

Ebenso erachtet die GLP eine externe Überprüfung der Lohnberechnung für sinnvoll, auch wenn wir die Arbeit ausdrücklich anerkennen, die die Leitung der Kaserne in Bezug auf ihre erstellte Lohnanalyse geleistet hat. Durch den Kompromissvorschlag der BKK wird die Wettbewerbsfähigkeit der Kaserne als Arbeitgeberin gestärkt und auch ihre Rolle als kultureller und sozialer Mittelpunkt unserer Stadt gefestigt. Wir erachten aber eine Betriebsanalyse als vorteilhaft, um ein Bild der effektiven Situation zu erhalten, das nachhaltig tragfähige Entscheidungen ermöglicht und eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung sicherstellt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten. Jo Vergeat hat sich gemeldet.

Jo Vergeat (GAB): Ich möchte hier noch einmal kurz festhalten, dass die gesamte Kulturbranche von dieser Teuerung extrem heftig getroffen wird und ich glaube und wir wissen alle, dass es in dieser Kulturbranche im Moment noch verstärkt zu prekären Situationen kommt. Die Coronakrise war ein extremer Brandbeschleuniger in der ganzen Branche. Wir wissen das, es trifft das Theater Basel, es trifft die Museen, die einfach anders abgerechnet werden und es trifft die Kaserne, es trifft die kleinen Institutionen, die Staatsbeiträge erhalten und es trifft auch alle jene, die keine erhalten.

Hier haben wir einen Betrieb, der es nach der Coronakrise geschafft hat, extrem Fahrt aufzunehmen. Der Kaserne geht es wieder gut, sie wächst, sie zieht Besucher an, aber sie hat ein extremes Problem in der Fluktuation der Mitarbeitenden. Und das ist ein Problem, das sich durch die ganze Kulturbranche zieht. Wir haben uns einmal darauf geeinigt, dass es okay ist, dass in der Kulturbranche die Löhne so prekär sind, denn die Leute arbeiten für das grosse Ganze. Und das kann man noch sagen bei der künstlerischen Leitung und das sagt man vielleicht auch noch beim Regisseur oder bei der Tänzerin, die da auftritt, dass das ganz fest mit ihrer Leidenschaft zu tun hat. Aber der Buchhalter oder der Kassier und diese vielen administrativen Jobs, die es dringend braucht, um einen solchen Betrieb am Leben zu halten, sagen das nicht. Und da kann man auch sagen, ja der Staat der beeinflusst in dieser Branche die Löhne nicht. Das ist doch nicht wahr. Also wir haben doch in dieser Branche auch eine Beeinflussung der Löhne genau von diesen Berufen, die vielleicht gar nicht direkt abhängig sind,

aber auch von Techniker:innen, die weiterziehen an andere Institutionen, die schon eine Erhöhung haben, die da ein stabiles Lohnverhältnis haben und das gibt es und da ist eine extrem grosse Fluktuation am Laufen. Das sind jetzt schon qualifizierte Leute, die da vielleicht auch noch dazulernen und weiterwachsen, aber die dann abwandern, weil sie nicht genug Lohn erhalten.

Das ist eigentlich der tragende Punkt und ich finde es wichtig und ich anerkenne, dass die BKK und auch die Regierung das sehen. Wir haben dieses Teuerungsproblem. Der Teuerungsausgleich wird nicht abgedeckt. Ich finde das ärgerlich. Das führt immer wieder dazu, dass wir hier extrem lange über die Teuerung diskutieren müssen und gar nicht wirklich über diese Staatsbeiträge.

Das gleiche hat Sandra Bothe-Wenke schon gesagt zu den Mietzinsen. Auch da haben wir riesige Beträge. Das tönt noch unendlich viel Geld, aber ein riesiger grosser Teil geht einfach wieder irgendwo ein einen anderen Topf des Kantons, weil es einfach diese hohen Mieten abdeckt.

Das finde ich ärgerlich. Ich finde es wichtig, dass sowohl die Regierung als auch die BKK das erkennen. Trotzdem muss ich auch sagen, diese Beträge tönen alleine immer sehr gross, und am Ende ist es aber weniger als ein Drittel oder ein Teil mehr von einem viel grösseren Betrag. Und natürlich kann man sagen, die Kaserne verlangt ja sehr viel, es wird auch mit der SP/GAB-Antrag nicht die ganze Erhöhung gewährt, aber es wird ganz klar argumentiert, dass diese Erhöhung in die Löhne gehen muss, damit diese Kaserne stabil in die Zukunft gehen kann. Wir wollen doch alle nicht, dass der Betrieb ansonsten im Programm einsparen muss, das extrem vielfältig ist, nicht nur internationalen Ruf hat, wie das gestern geklungen hat, sondern auch lokal besucht wird. Die Kaserne wird gut besucht. Gerade am Freitag ist eine Brassband aufgetreten und hat mehr als 300 Tickets verkauft für ihre Brassparty. Ich glaube, wir müssen da wirklich sehen, was die Kaserne leistet für die Stadt, für die lokale Bevölkerung. Ich sehe einen Riesenmix an Altersdurchschnitt, der die Kaserne besucht und aber auch für das Kleinbasel, auch für die soziale Sicherheit. Ich bin überzeugt, dass Belebung immer zu Sicherheit führt und bitte Sie deswegen eigentlich inständig, sich hier mit der SP und dem GAB für diese Erhöhung auszusprechen im Wissen, dass die Kaserne sehr wichtige Arbeit leistet für unsere Stadt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich habe jetzt so viel gehört, dass ich einfach nicht mehr sitzen bleiben kann. So viel wurde auf die Tränendrüsen gedrückt wegen dieser armen Kaserne. Wir haben es von der Kommissionspräsidentin ja am Anfang gehört, diese Lohnerhöhung die anscheinend dringend notwendig ist, wird so oder so gewährt. Wenn wir das Zusatzgeld nicht sprechen, dann wird man halt noch einmal über die Bücher gehen und sehen, wo man Einsparung machen kann, auf was man allenfalls verzichten kann.

Es ist also eine ganz normale marktwirtschaftliche Überlegung, dass man seine Leistung nach den vorhandenen Mitteln richtet und nicht, wie es leider halt in der Kulturszene, auch beim Stadttheater und anderen, so üblich ist, dass man seine Leistung definiert, diese erbringt und dann bei uns hier einfach sagt, wir brauchen mehr Geld, und das nicht einmal, sondern jedes Mal. Ich weiss, es ist hoffnungslos, aber ich werde trotzdem Nein stimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Regierungspräsidenten, wenn er es wünscht. Regierungspräsident Conradin Cramer hat das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielen Dank für diese Debatte. In allen Voten kam die Wertschätzung der Arbeit der Kaserne zum Ausdruck, unabhängig davon, ob man jetzt für den zusätzlichen Erhöhungsantrag ist zum Erhöhungsantrag des Regierungsrats. Ich freue mich auch, dass der eigentliche Erhöhungsantrag, der Ihnen ja auch der Regierungsrat schon vorgeschlagen hat, an sich nicht bestritten ist und ich freue mich auch, dass die Institution Kaserne so prominent auf der Tribüne vertreten ist und sich für unsere Debatte und den demokratischen Prozess interessiert. Das ist eben auch ein Beispiel gegenseitiger Wertschätzung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Kommissionspräsidentin Franziska Roth hat das Wort.

Franziska Roth (SP): Einerseits zum Votum von André Auderset, weil er mich nochmals namentlich erwähnt hat. Der Kanton hat einen Leistungsauftrag mit der Kaserne und möchte gewisse Leistungen, und wenn die Kaserne jetzt die Löhne erhöhen muss, damit sie stabil bleiben kann und weiterarbeiten kann, dann muss sie an diesem Leistungskatalog abbauen und vielleicht kann sie dann den Leistungsauftrag so nicht erfüllen. Wenn der Kanton etwas bestellt und sagt, das möchten wir

gerne von euch, dann muss dafür auch das Geld zur Verfügung stehen. Darum ist diese Überlegung für mich nicht ganz richtig.

Und dann noch zu den verschiedenen Anträgen, die auf dem Tisch liegen. Den Antrag der SVP haben wir in der Kommission nicht diskutiert, r ist nicht gestellt worden. Im Bericht steht zwar, dass wenige Mitglieder gar nicht einverstanden sind mit einer Erhöhung. Der Antrag der SP ist derselbe Antrag, den wir in der Kommission diskutiert haben und der mit 7 zu 6 Stimmen abgelehnt worden ist. Dies einfach, um nochmals zu sagen, was wir in der Kommission diskutiert haben und was wir im Bericht auch erwähnt haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses.

Es liegen drei Änderungsanträge vor, auch der Antrag natürlich der BKK. Das heisst, wir werden mehrmals abstimmen.

Die SVP-Fraktion beantragt eine Kürzung der gesamten Ausgaben auf 14’801’624 Franken.

Der Regierungsrat beantragt eine Kürzung auf Gesamtausgaben von 15,198’148 Franken.

Die SP und die GAB-Fraktion wiederum beantragen eine Erhöhung gegenüber der BKK auf 15’853’568 Franken.

Die Änderungsanträge liegen Ihnen alle schriftlich vor.

Das Vorgehen ist so, dass wir zwei Eventualabstimmungen haben. Zuerst wird der Antrag der SVP, der tiefste, dem der Regierung gegenübergestellt. Das obsiegende wird dann dem Antrag der SP/GAB gegenübergestellt und wiederum das Obsiegende dem Antrag der Kommission.

Wir eröffnen die Debatte zu allen Anträgen gemeinsam, wenn es da nochmals etwas zu sagen gäbe. Ich frage die Antragstellenden, das sind Jenny Schweizer, Amina Trevisan, Regierungspräsident Conradin Cramer, ob sie nochmals etwas sagen möchten. Das ist nicht der Fall. Dann frage ich die Kommissionssprecherin, die ebenfalls verzichtet.

Damit kommen wir zur Eventualabstimmung 1.

Eventualabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der SVP, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates.

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 81 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005289, 19.12.24 09:32:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter den Antrag des Regierungsrates weiter zu verfolgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt 81 Nein-Stimmen gegenüber 16 Ja-Stimmen und keine Enthaltung. Damit geht der Änderungsantrag des Regierungsrates in die nächste Eventualabstimmung. Hier wird ebendieser Kürzungsantrag des Regierungsrat dem Erhöhungsantrag von SP/GAB gegenübergestellt.

Eventualabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag der SP/GAB.

Ergebnis der Abstimmung

38 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005291, 19.12.24 09:33:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter den Antrag der SP/GAB weiter zu verfolgen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier gibt es mehr Nein-Stimmen, nämlich 57 gegenüber 38 Ja-Stimmen und einer Enthaltung. Damit kommen wir zur nächsten Abstimmung. Der Antrag der BKK wird dem obsiegenden Antrag der SP/GAB gegenübergestellt.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der BKK, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag der SP/GAB.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005293, 19.12.24 09:33:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der SP/GAB zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Hier haben wir 54 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir fahren in der Detailberatung fort. Da gibt es nämlich noch die Publikations- und Referendumsklausel. Und jetzt kommen wir zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 16 Nein, 10 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005295, 19.12.24 09:34:43]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Kaserne Basel werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 15'853’568 (Fr. 3'963’392 p.a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 71 Ja-Stimmen gegen 16 Neinstimmen bei 10 Enthaltungen bedeuten Annahme des Grossratsbeschlusses.

31. Anzug 9 Erich Bucher und Konsorten betreffend neue Schulraumoffensive

[19.12.24 09:35:08, 24.5250.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das wird nicht bestritten. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

32. Anzug 10 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verkehrssicherheit in der Peter Merian-Strasse

[19.12.24 09:35:23, 24.5251.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier ist der Regierungsrat bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki und sie hat das Wort.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Ich stehe heute hier, um die geplante Aufhebung der Parkplätze in der Peter Merian-Strasse abzulehnen. Es ist mittlerweile ein bekanntes und bedenkliches Muster. Immer wieder wird die vermeintliche Sicherheit der Velofahrenden als Vorwand genutzt, um Parkplätze abzubauen. Doch wir müssen uns ernsthaft fragen: Wird immer die Sicherheit zum Vorteil einer bestimmten Gruppe, der Velofahrenden durchgesetzt? Warum wird stets suggeriert, dass diese Massnahmen zwangsläufig zu Lasten der Autofahrer und Anwohner getroffen werden müssen?

Die Peter Merian-Strasse ist nicht nur eine Veloroute, sondern auch eine wichtige Verbindungsstrasse für den motorisierten Verkehr. Wenn wir die wenig verbleibenden Parkplätze in diesem Bereich auch noch abbauen, schaffen wir nicht nur unnötige Ärgernisse, sondern verschärfen die ohnehin schon prekäre Parksituation weiter. All jene, die auf ihr Auto angewiesen sind, sei es aus beruflichen oder privaten Gründen, werden dadurch zusätzlich belastet und de facto aus dem öffentlichen Raum verdrängt.

Es ist absolut inakzeptabel, dass Sicherheit immer einseitig interpretiert wird. In dieser Diskussion wird ständig auf den Vorteil der Velofahrer fokussiert, während die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer, insbesondere der Autofahrer und Fussgänger, konsequent ignoriert werden. Auch diese Gruppen haben ein Recht auf sichere und bequeme Verkehrswege.

Es existieren bereits wirksame Massnahmen wie etwa Tempo 30-Zonen, die die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer erhöhen. Anstatt die Parkplätze, die im übrigen auch für das lokale Gewerbe essentiell sind, zu opfern, sollten wir endlich alternative Lösungen ins Auge fassen. Intelligente Verkehrsregelungen können sicherstellen, dass die Bedürfnisse aller berücksichtigt werden, ohne eine Gruppe systematisch zu bevorzugen. Es darf nicht sein, dass das Autoschritt für Schritt für Schritt nicht nur aus der Innenstadt, sondern auch in den Quartieren verdrängt wird.

Eine Verkehrspolitik, die einseitig auf die Förderung des Veloverkehrs ausgerichtet ist und andere systematisch benachteiligt, ist weder nachhaltig noch gerecht. Nicht jeder hat die Möglichkeit oder den Wunsch, das Velo als primäres Verkehrsmittel zu nutzen, und dennoch werden genau diese Menschen durch solche einseitige Entscheidungen zunehmend ausgegrenzt. Eine Stadt, die nur noch für Velofahrer attraktiv ist, verliert ihre Vielfalt und Funktionalität. Diese Politik treibt uns in eine falsche Richtung.

Ich appelliere daher im Namen der SVP-Fraktion an Sie, die Parkplätze zu erhalten und eine faire, ausgewogene Verkehrspolitik zu verfolgen, die den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmer gerecht wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat der Anzugsteller Christoph Hochuli das Wort.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Die Peter Merian-Strasse ist eine stark befahrene Veloroute vom Gundeli in Richtung Aeschenplatz, Innenstadt und auch über die Wettsteinbrücke ins Kleinbasel. In dieser nur 6 Meter breiten Strasse sind die

Autoparkfelder versetzt angeordnet, wodurch das Kreuzen mit dem zahlreichen Autoverkehr ein Gefahrenpotenzial für Velofahrende darstellt. Andere Städte verzichten deshalb auf versetztes Parkieren zu Gunsten eines Velostreifens.

Mit meinem Anzug schlage ich vor, dass in der Peter Merian-Strasse die auf der rechten Fahrbahnseite markierten Parkfelder in Richtung Sankt Jakob-Strasse gesehen entfernt und auf der linken Fahrbahnseite neu markiert werden. Ich habe die Situation an Ort genau angeschaut, es müssten ca. 9 Parkfelder auf der rechten Fahrbahnseite entfernt werden, und dafür würden auf der linken Seite 7 bis 8 Autoparkfelder neu markiert werden. Netto gingen somit nur 1 bis 2 Autoparkfelder verloren.

Mit dieser einfachen Massnahme würde die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden, insbesondere für die Velofahrenden stark verbessert. Sie könnten dann neu auf dem Velostreifen auf der rechten Fahrbahnseite in Richtung Sankt Jakob-Strasse fahren. Aber auch für Zufussgehende würde die Strasse zum Überqueren übersichtlicher und somit sicherer, weil dann nur auf einer Fahrbahnseite Autos parkiert werden.

Ich danke Ihnen auch im Namen der Mitte/EVP-Fraktion für die Überweisung des Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug von Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verkehrssicherheit in der Peter Merian-Strasse entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 10 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005299, 19.12.24 09:41:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 78 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

33. Anzug 11 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Gendermedizin: gesundheitliche Benachteiligung von Frauen im Bereich Erkennung und Diagnostik

[19.12.24 09:41:45, 24.5254.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist wieder bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird nicht bestritten. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

34. Anzug 12 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Überprüfung der Regulierung von Anlagen zur Gebäudekühlung bei Bestandsbauten

[19.12.24 09:42:14, 24.5255.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird nicht bestritten. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

35. Anzug 13 Laurin Hoppler und Konsorten betreffend Einführung eines Thementags zur direkten Demokratie an den Volksschulen in Basel-Stadt unter Nutzung von neuen und bestehenden Angeboten

[19.12.24 09:42:50, 24.5256.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie, den Anzug nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Wir wissen, dass an unseren Basler Schulen die politische Bildung gelehrt wird. Das Demokratieverständnis wird gestärkt und wir sehen es ja auch an den vielen Schulklassen, die uns immer wieder hier besuchen. Nun, es gab schon einige Vorstösse betreffend politischer Bildung, unter anderem von Johannes Sieber oder Sasha Mazzotti und immer wieder ging es darum, dass die Schülerinnen und Schüler politisch zu wenig gebildet sind. Und dann, ich schwenke auf ein anderes Thema, kommt aber von genau dieser linken Seite exakt das entgegengesetzte Argument, nämlich dass die Schülerinnen und Schüler politisch so allwissend sind, dass wir das Stimmrechtsalter 16 einführen sollen.

Nun müssen Sie sich aber einfach einmal entscheiden, wie politisch geschult unsere Jugendlichen wirklich sind oder aber Sie verfolgen heute und hier mit Ihren Vorstössen das Ziel, die Jugendlichen für das Stimmrechtsalter 16 so fit zu machen, damit danach dies wiederum für Sie als Argument dient. So quasi die Jugendlichen werden durch uns und dank uns politisch so gut gebildet, dass sie auch abstimmen können.

Ich bin immer dafür, dass die Schülerinnen und Schüler gute Bildung erhalten, aber dieses Vorgehen des Anzugstellenden und seiner Mitunterzeichnenden ist mir nun doch zu widersprüchlich und zu durchsichtig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Jo Vergeat an? Sie wird abgelehnt. Wir haben eine nächste Einzelsprecherin, und das ist Zaira Esposito.

Zaira Esposito (SP): Mehr Demokratie, ja wir möchten noch mehr Demokratie. Immer wieder diskutieren wir hier im Grossen Rat über Vorstösse, die zur Stärkung unseres demokratischen Systems beitragen sollen. Kürzlich haben wir hier mehrere Stunden über die Einführung des Einwohner:innenstimmrechts debattiert, eine Vorlage, die leider am 24. November abgelehnt worden ist. Heute steht im Zentrum der Diskussion die Einführung eines Thementags zur direkten Demokratie in den Schulen.

Heute stehen im Zentrum der Diskussion Jugendliche und Kinder, unsere Zukunft. Für mich ist es klar, der auf verwende Begriff der Nachhaltigkeit findet dann seine wahre Bedeutung, wenn es uns gelingt, Jugendliche und Kinder auf dem Weg hin zu aktiven und demokratisch interessierten Erwachsenen zu unterstützen. Die Stärkung des Bewusstseins und des Verständnisses für die Grundlagen unseres politischen Systems ist eine Grundvoraussetzung dafür. In der Schweiz ermöglicht die direkte Demokratie der Bevölkerung über das Stimm- und Wahlrecht hinaus eine direkte Mitsprache bei Entscheiden auf allen politischen Ebenen.

Diese ausgebauten Möglichkeiten der Mitbestimmung sind entscheidend für ein Land, welches sich geografischer, sprachlicher und kultureller Vielfalt erfreut. Direkte Demokratie fördert die Akzeptanz der politischen Entscheide und ermöglicht in einem so diversen Land die Einheit in der Diversität. Die Vermittlung dieser Werte an junge Menschen ist dementsprechend ausschlaggebend für die Pflege und die Stärkung unserer Demokratie.

Schulen sollen ein Ort sein, an welchen demokratische und Menschenrechte, Werte und Normen vorgelebt und gelernt werden. Schulen sollen ein Ort sein, an welchen Kinder und Jugendliche ein Demokratiebewusstsein und ein respektvolles Miteinander erlernen. Nur wer weiss, was unsere Demokratie ausmacht und welche Rechte ihr oder ihm zustehen, kann er oder sie ein wahrer Handwerker der Demokratie oder eine wahre Handwerkerin der Demokratie Wert.

Vor einiger Zeit habe ich gehört, dass politisches Engagement reifen soll, so wie ein guter Schweizer Käse. Ja, die Einführung eines Thementags zur direkten Demokratie in unserem Kanton bietet in diesem Sinne einen wirksamen nachhaltigen Anschluss für das politische Interesse der Kinder und Jugendlichen. Er ist ein wichtiger Schritt zur Förderung einer aktiven und lebendigen Demokratie.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Die politische Bildung und die Stärkung der Demokratie ist auch der Fraktion Mitte/EVP ein grosses Anliegen. Trotzdem lehnen wir diesen Vorstoss ab. Warum?

Es ist bereits Auftrag der Volksschulen, politische Bildung zu fördern. So steht im Lehrplan 21 zum Beispiel zum Fach Räume Zeiten Gesellschaft RZG, die Schülerinnen und Schüler können die Schweizer Demokratie erklären und mit anderen Systemen vergleichen. Im Rahmen dieses Fachs lernen die Schüler:innen auch wesentliche Demokratisierungsprozesse in historischer Perspektive kennen und so auch den Wert der Demokratie schätzen.

Aber auch ausserhalb von RZG geschieht die Vermittlung von Kompetenzen im Bereich politische Bildung und wird das Verständnis für den Wert demokratischer Mitwirkung bereits auf vielfältige Weise geweckt. An der Sekundarschule wird zum Beispiel im Deutschunterricht vieler Klassen debattiert. Dabei werden neben politischen Themen im engeren Sinn auch eher dem Schüleralltag naheliegende Fragen wie «Sollte an den Schulen ein Handyverbot gelten» diskutiert. Wesentlich ist dabei vor allem, dass die Schüler:innen beide Positionen zu solchen Fragen vorbereiten müssen, da ihnen für die Debatte eine Position zugelost wird. Sie lernen also nicht nur das Recherchieren und argumentieren, sondern auch verschiedene Perspektiven und Haltungen zu verstehen, sich in die gegnerische Position zu versetzen, was in einer Demokratie zweifellos eine grundlegende Kompetenz darstellt.

Besonders nachhaltig sind die an vielen Schulen eingerichteten Mitwirkungsmöglichkeiten für die Schüler:innen. Klassen wählen zum Beispiel Delegierte, welche zu schulischen Themen die Meinung in der eigenen Klasse abholen und diese an einem Schülerparlament oder einem ähnlichen Gefäss vertreten. Oder Schüler:innen können in einem neu erstellten Primarschulhaus bei der Gestaltung von gemeinsam genutzten Flächen im Schulhaus mitreden. So erfahren sie den Wert der Möglichkeiten, an der Gestaltung des Umfeldes mitwirken zu dürfen.

Dies sind nur Ausschnitte dessen, was an den Volksschulen zur Förderung der politischen Bildung und damit Demokratie vermittelt wird. Ja, und manche Lehrpersonen nutzen mit ihren Klassen Angebote wie den im Vorstoss genannten Politbaukasten, und tatsächlich könnte eine Schule auch einen Thementag Demokratie durchführen. Nur, wir sind als Grosser Rat die gesetzgebende Behörde und sollten weder den Lehrplan schreiben noch die Unterrichtsvorbereitung für die Lehrpersonen übernehmen. Die Schulleitungen und Kollegien sollten in der Umsetzung des Lehrplans die Freiheit haben, Formen zu wählen, die für ihre Schüler:innen und den Schulstandort eben passen. Wenn wir für alle uns wichtig erscheinenden Themen Spezialtage und Spezialwochen beschliessen, wird der Gestaltungsraum für die Lehrpersonen immer kleiner und irgendwann fehlt die Zeit auch eine normale Unterrichtswochen zu haben, um Nebensächlichkeiten wie Mathematik, Deutsch und andere Fächer zu unterrichten.

Darum wird die Fraktion Mitte/EVP gegen die Überweisung stimmen und ich wünsche mir das auch von Ihnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Anouk Feurer.

Anouk Feurer (GAB): Dieser Anzug stellt eine sinnvolle Ergänzung unseres Bildungsangebots dar. Die politische Bildung ist ein zentraler Bestandteil unseres Bildungsauftrags und dennoch sehen wir in der Umsetzung bislang auch Defizite, insbesondere wenn es darum geht, den Schülerinnen und Schülern die direkte Demokratie als Kernstück unseres politischen Systems näherzubringen. Ein solcher Thementag bietet eine kompakte und zielgerichtete Möglichkeit, Kinder und

Jugendliche nachhaltig für unsere politische Kultur zu sensibilisieren. Die direkte Demokratie, die uns als Gesellschaft die Möglichkeit gibt, aktiv an der Gesetzgebung teilzunehmen, muss erlebbar gemacht werden. Die frühzeitige Auseinandersetzung mit Themen wie Abstimmungen, Petitionen, Initiativen und Referenden stärkt nicht nur ein Verständnis für unsere politischen Prozesse, sondern legt auch den Grundstein für eine aktive mündige Bürger:innenschaft.

Der Anzug schlägt vor, auf bestehenden Angebote wie den Politbaukasten zurückzugreifen. Das ist ein guter Ansatz, denn der Politbaukasten bietet bereits bewährte, altersgerechte und praxisorientierte Materialien, die flexibel genutzt und weiterentwickelt werden können. So können Inhalte durch Rollenspiele, Diskussionen oder Exkursionen vermittelt werden, ohne dass zusätzliche administrative Hürden für die Lehrpersonen entstehen.

Der zentrale Punkt ist die Berücksichtigung der bereits hohen Arbeitsbelastung der Lehrpersonen. Der Thementag soll deshalb so gestaltet werden, dass er flexibel in den Unterrichtsalltag integriert werden kann und nicht als zusätzlicher Aufwand empfunden wird. Indem Lehrpersonen selbst entscheiden können, wie stark sie sich in die Gestaltung einbringen, bleibt der Fokus auf einer praktikablen Umsetzung. Ein weiterer Vorteil des Vorschlags ist die geplante Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bildungsinitiativen. Diese Kooperation ermöglicht es, wertvolle Expertise und Ressourcen in die Gestaltung des Thementags einzubringen, wodurch dessen Qualität und Effektivität gesteigert wird.

Die Einführung eines Thementags zur direkten Demokratie ist mehr als nur ein symbolischer Akt. Es ist ein wichtiger Schritt, um das politische Interesse und die Partizipationsbereitschaft unserer jungen Generation zu fördern. Wir alle wissen, Demokratie lebt vom Mitmachen, und das muss früh gelernt werden.

Ich bitte Sie deshalb im Namen des GAB diesen Anzug zu unterstützen und zu überweisen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass unsere Schülerinnen und Schüler nicht nur die Grundlagen unsere Demokratie verstehen, sondern auch die Begeisterung dafür entwickeln, diese aktiv mitzugeschalten. Und dann dürfen wir sie vielleicht auch mal in unseren Reihen begrüssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich ganz kurz fassen. Den Anzug braucht es wirklich nicht. Wichtig ist, dass die Wahlbeteiligung erhöht wird. Auch gut, dass Andrea Strahm gesagt hat, sie lehnt das ab. Und an alle, bitte ein bisschen kürzer reden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun hat der Anzugsteller Laurin Hoppler das Wort.

Laurin Hoppler (GAB): Mit diesem Anzug und dem Votum möchte ich eine Lanze brechen für die politische Bildung und die Zukunft unserer Demokratie. Die direkte Demokratie ist eines der zentralen Elementen unserer Gesellschaft und ein Grundpfeiler unseres politischen Systems. Aber sie lebt davon, dass Menschen sie verstehen, sie schätzen und auch aktiv nutzen.

Diese Verantwortung fängt nicht erst bei der ersten Stimmabgabe an, sondern viel früher, nämlich als Kind und darum eben auch in der Schule. Vor ein paar Wochen durfte ich wieder einmal am PolitKids-Anlass des Kinderbüros teilnehmen, wo jeder von uns regelmässig eingeladen wird. Und an dieser Stelle kann ich es nur empfehlen, dort einmal teilzunehmen. In meiner Gruppe ging es darum, dass die Kinder mehr Mitbestimmungsrecht haben wollen und wie sie mehr Teil unserer gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse werden können.

Die Aussage eines Kindes lässt mich irgendwie nicht mehr los. Es hat gesagt. «Es würde ja schon mega helfen und es wäre mega schön, wenn wir einfach mehr informiert wären und mehr Informationen hätten, was gerade so passiert, denn dann würden wir uns mehr als Teil der Gesellschaft fühlen. Und das wäre schön.» Mich hat das noch einmal sehr bestärkt darin, dass der Vorstoss und das Ausbauen und Pflegen der Demokratiebildung wichtig ist. Schaut man über den Tellerrand hinaus in andere Länder, so sieht man sehr gut, wie wichtig Bildung und der Zugang zu Informationen und der Umgang mit Informationen ist, ein sehr wichtiges Instrument, um unsere direkte Demokratie zu pflegen.

Das Kinderbüro, das Formate wie PolitKids und PolitTeens anbietet, zeigt, wie erfolgreich solche Angebote sind. Die Programme sind nicht nur bei den Schüler:innen, sondern eben auch bei den Lehrpersonen sehr beliebt. Sie bieten eine grossartige Möglichkeit, die Kinder und die Jugendlichen altersgerecht über die Grundlagen unserer Demokratie zu informieren.

Der von mir vorgeschlagene Thementag für die direkte Demokratie ist ein kleiner Schritt, dass Schüler:innen während ihrer gesamten Schulzeit regelmässig und eben jedes Mal altersgerecht mit der Demokratie und den politischen Themen in Kontakt kommen. Mir geht es nicht darum, ein aufwendiges Angebot und ein meganeues Angebot zu schaffen, sondern dass

man eben genau die bereits bestehenden Institutionen, die solche Angebote anbieten, nutzt und mit ihnen gemeinsam so einen Tag durchführt. Mir ist es wichtig zu sagen, dass es nicht an den Lehrpersonen hängenbleiben darf und bei ihnen ein grosser Mehraufwand entstehen darf. Es sollte ihnen eher eine Hilfe sein, genau den Auftrag, der im Lehrplan 21 bereits steht, eben auch wirklich umzusetzen und diese Themen zu behandeln

Ich habe mich eben für den Thementag entschieden, weil ich der Überzeugung bin, dass das ein unkomplizierter Weg ist und eine Regelmässigkeit mit sich bringt. Und das Ziel ist, dass man sich mit dieser Regelmässigkeit jedes Mal auf der altersgerechten Weise mit dem Thema befasst und so eine Entwicklung stattfinden kann. Es ist wichtig, Kinder und Jugendliche zu sensibilisieren und das funktioniert am besten, wenn man regelmässig mit einem Thema in Kontakt kommt und man sich damit befassen muss. Gerade in einer Zeit von plus/minus 60 Prozent Stimmbeteiligung ist es wichtig, dass wir möglichst früh dafür sensibilisieren, dass unser politisches System genutzt und gepflegt wird. Die Demokratiebildung fängt in der Schule an und ist essenziell für die Zukunft unserer Gesellschaft und unserer Demokratie. Und darum bitte ich Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Jenny Schweizer. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 34 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005303, 19.12.24 10:01:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wurde überwiesen mit 56 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

36. Anzug 14 Georg Mattmüller und Konsorten betreffend bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen

[19.12.24 10:01:47, 24.5263.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird nicht bestritten und es wird kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

37. Anzug 15 Fleur Weibel und Konsorten betreffend niederschwellige und zeitgemässe Informationen für alle Familien

[19.12.24 10:02:10, 24.5264.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Bestritten wird dies durch Roger Stalder.

Roger Stalder (SVP): Die SVP bittet Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

Gerade im Thema Familien- auch wir sind für Familien, und nur weil wir das jetzt ablehnen, sind wir nicht dagegen -, und im Thema Geburten bin ich auch etwas involviert. Da holt man sich halt auch Informationen, die man noch nicht hat, bei Freunden und Bekannten, die schon eine Familie gegründet haben. Ob da jetzt der Kanton der beste Anspruchspartner ist, das bezweifeln wir und es ist ja auch so, dass es nicht machbar ist, für jede Frage irgendeinen Link aufzuschalten. Ich glaube, die Informationen, die man bereits holen kann, reichen, und die anderen holt man sich halt noch persönlich bei Freunden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Lea Wirth hat sich als Sprecherin eingetragen.

Lea Wirz (GAB): Seit dem Einreichen des vorliegenden Anzuges ist einige Zeit verstrichen. Der Kanton hat in der Zwischenzeit einen neuen Webauftritt erhalten, was grundsätzlich als positiv zu bewerten ist. So ist beispielsweise die im Anzug angesprochenen teilweise sehr triste Bildgebung auf gewissen Seiten etwa im Zusammenhang mit der Adoption verschwunden. Allerdings zeigt sich bei genauer Betrachtung, dass wesentliche Herausforderungen, die der Anzug anspricht, weiterhin bestehen. Die Navigation und Themenfindung sind auf der Website je nach Inhalten nach wie vor kompliziert und teilweise wenig benutzer:innenfreundlich.

Die auf der Website präsentierten Inhalte in Bezug auf Themen rund um Familie sind fragmentiert und folgen der Logik der Verwaltungsstruktur und den Zuständigkeiten in der Verwaltung. Suche ich als Laie beispielsweise nach Informationen zur Adoption, finde ich in den Themen, welche mir eigentlich helfen sollten, mich besser zurechtzufinden, nirgends eine Angabe dazu. Auch wenn ich über die Organisation gehe und beispielsweise beim JSD Einsteige, wo das Zivilstandesamt angegliedert ist und ich Themen rund um Geburt, Kindsanerkennung etc. finde, finde ich keine entsprechenden Informationen. Nein, dazu muss ich wissen, dass das ED für das Verfahren rund um eine Adoption zuständig ist.

Es fehlt daher trotz neuem Webauftritt weiterhin an einer klaren, übersichtlichen Struktur, die alle Themen von Geburt über Elternschaft bis hin zu Erziehungsfragen bündelt. Zudem sind zentrale Angebote wie Familien-, Paar- und Erziehungsberatung oder Informationen zu rechtlichen Regelungen rund um die Elternschaft nicht einfach auffindbar. Gerade Familien, die in belastenden Situationen schnelle Orientierung und Unterstützung suchen, stehen somit weiterhin vor Hürden. Dieses Problem trifft insbesondere auf jene Familien zu, deren Lebensrealitäten vom klassischen Familienmodell abweichen.

Darüber hinaus spiegelt die Webseite nicht die Vielfalt moderner Familien wieder. Unterschiedliche Familienmodelle wie von Patchwork- und Regenbogenfamilien bis hin zu Alleinerziehenden werden nicht ausreichend berücksichtigt. Diese Vernachlässigung führt dazu, dass betroffene Familien sich nicht repräsentiert beziehungsweise angesprochen fühlen und die benötigten Informationen nur schwer finden.

Aus diesen Gründen braucht es weiterhin eine Plattform, die Themen rund um die Familie bündelt, die sich an der Vielfalt der Lebensrealitäten aller Familien orientiert. Diese Plattform sollte nicht nur umfassende Informationen zentral und übersichtlich bereitstellen, sondern auch durch eine ansprechende Sprache alle Familien ansprechen, die hier bei uns im Kanton wohnen. Eltern werden ist ein einschneidendes Erlebnis. Mitarbeitende von Verwaltungsstellen und externen Angeboten sollten deshalb für die Anliegen und für die Vielfalt der Familien sensibilisiert und geschult werden. Nur so können wir sicherstellen, dass die Diversität unserer Gesellschaft auch in der Praxis anerkannt und unterstützt wird.

Der Regierungsrat soll dazu berichten, wie er dies sicherstellen will. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen des GAB, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Nehmen Sie diese an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Sie reden einerseits von Vielfalt und haben andererseits das Gefühl, diese könne auf einer Plattform für die ganze Region abgebildet werden. Wie stellen Sie sich das vor?

Lea Wirz (GAB): Ich habe ganz viele Ideen, wie das aussehen könnte und bin überzeugt, die Verwaltung schafft dies auch.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine weitere Sprechenden eingetragen. Somit hat das Wort die Anzugstellerin Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Ich habe dem Votum von Lea Wirz eigentlich nichts mehr hinzuzufügen und möchte dazu beitragen, dass die Nachtsitzung im Januar vielleicht nicht stattfinden muss und danke deshalb einfach für die breite Unterstützung des Anzugs.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 29 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005306, 19.12.24 10:09:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug mit 65 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen und einer Enthaltung überwiesen.

38. Anzug 16 Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Einrichtung eines Gender-Medizin-Instituts in Basel-Stadt

[19.12.24 10:09:33, 24.5265.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Die Gender Medizin ist ein globales absolut wichtiges Thema., das ist unbestritten. Wir lernen jetzt wirklich, wie unterschiedlich wir Menschen sind je nach Geschlecht, was sich auch natürlich in den Krankheiten widerspiegelt. Ein Herzinfarkt bei einer Frau ist nicht der gleiche Herzinfarkt wie bei einem Mann, ganz andere Symptome, ganz andere Folgen. Das ist schon etwas sehr Wichtiges, das einfach zur Einleitung, damit Sie nicht meinen, hier steht ein Arzt, der gegen ein Gender-Medizin-Institut ist.

Das Problem ist, dass wir das zwar fördern wollen, aber wir wollen die Kräfte bündeln in den schon bestehenden Institutionen. Es gibt den Fokus Innovation des Unispital. Das ist ein wahnsinniges Projekt, bei dem Vieles schon sehr gut läuft, mit einer guten Vernetzung, es gibt ein Nationalfondsprojekt, das gesamtschweizerische gefördert wird mit diesem Schwerpunktthema. Wenn ich liberal denke, dann versuche ich immer zuerst zu schauen, ob es schon bestehende Institutionen oder Projekte gibt, damit wir nicht zwei-, drei- oder viergleisig fahren und unnötig Geld ausgeben. Stellen Sie

sich doch einmal vor, was so ein Institut kostet und mit welchen Zielen und welchen welchen Ergebnisse? Es ist ja völlig ergebnisoffen, ob das etwas bringen würde. Und darum kann ich so etwas nicht einmal als Anzug unterstützen.

Das Kosten-Nutzen -Verhältnis ist sehr wichtig. Natürlich kann man mal anfragen, aber man könnte sich auch vorher informieren, wo man da steht. Es sind laufende Projekte. Vielleicht wäre es sinnvoll, in diese Projekte noch etwas mehr Geld zu bringen und diese zu unterstützen, anstatt dies doppelt oder dreifach laufen zu lassen.

Darum lehnen wir Liberale das wirklich ab.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an Beat K. Schaller von der SVP.

Beat K. Schaller (SVP): Ich rede hier nicht nur zum Anzug Trevisan, sondern gerade auch zu den Anzügen Gölgeli und Eberhard. Diese drei Anzüge haben wir ein gemeinsames Thema, das Thema der frauenspezifischen Medizin und sie nehmen damit ein berechtigtes Thema auf.

Ich kann hier meinem Vorredner sehr wohl beipflichten, ein Thema, für welches sich in den medizinischen Disziplinen in letzter Zeit deutliche Zeichen gezeigt haben, dass es sich bei diesem ganzen Themenkomplex um mehr als nur die rein biologisch begründeten Unterschiede zwischen Mann und Frau handelt. Ich betone also ausdrücklich, dass wir seitens SVP die Fragestellung dieser drei Anzüge legitim finden. Wir stellen einfach die Frage in den Raum, ob jetzt der richtige Zeitpunkt ist, diesen Fragen nachzugehen.

Allen drei Anzügen gemeinsam ist der Ruf nach Forschung. Und dieser Ruf ist richtig. Das hat auch der Bund erkannt und mit dem nationalen Forschungsprojekt 83 namens Gendermedizin und Gesundheit entsprechende Forschungen ausgelöst. Das Projekt hat einen Finanzrahmen von 11 Millionen und hat zum Ziel, «in der Schweiz eine Evidenz basierte Wissensgrundlage für die Berücksichtigung der Dimension Geschlecht und Gender in den Bereichen Gesundheitsforschung, Medizin und Public Health zu schaffen».

Das ist also sehr wohl deckungsgleich mit diesen drei Anzügen, die ja im Wesentlichen das gleiche verlangen. Und bevor wir hier konkrete Massnahmen ergreifen, ist es unseres Erachtens zu früh, um konkrete Massnahmen seitens Kanton auszulösen.

Ich zitiere ein paar Auszüge aus den Anzügen. Anzug Trevisan: «Forschungsprojekte, Evidenz basierte Umsetzung der Erkenntnisse». Aus dem Anzug Gölgeli: «Die finanziellen infrastrukturellen Voraussetzungen». Anzug Eberhard: «Schliessung der bestehenden Forschungslücken». Das sind alles legitime Fragen, die im NFP 83 erforscht werden, aber bevor wir hier Aktionen auslösen, müssen wir zuerst Ergebnisse haben. Bevor wir zum Beispiel Forschungslücken schliessen können, müssen überhaupt erst Forschungsergebnisse vorliegen. Und es erschliesst sich auch der SVP nicht, weshalb unser Kanton jetzt die gleichen Forschungen machen soll wie der Bund. Wenn die Ergebnisse der NFP vorliegen, dann ist es der richtige Moment, diese drei Anzüge mit den dazumal aktualisierten Ergebnissen wieder aufs Tapet zu bringen.

Deshalb namens der SVP bitte ich Sie, den vorliegenden Anzug sowie die Anzüge Gölgeli und Eberhard vorerst nicht zu überweisen und dann auf die Resultate des Forschungsprogramms 83 zu reagieren. Ich bestreite die Überweisung dieses Anzugs.

*Balz Herter (Mitte-EVP):*Nächste Sprecherin ist Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Ich möchte einiges, was Raoul Furlano vorher schon angedeutet hat, noch mal verdeutlichen. Ein Stechen in der Brust, Schmerzen im linken Arm, die ausstrahlen, kalter Schweiss, das sind bekannte Anzeichen für einen Herzinfarkt. Betroffene oder Angehörige reagieren meist sofort und rufen die Ambulanz. Aber würden Sie das auch bei Übelkeit, Schulter- und Kieferschmerzen tun? Die Statistik zeigt Nein. Doch genau das sind bei Frauen typische Symptome für einen Herzinfarkt. Frauen werden daher im Schnitt erst zwei Stunden später in eine Klinik eingewiesen als männliche Herzinfarktpatienten, und selbst dort werden ihre Symptome oft nicht erkannt. Und das ist nur ein Beispiel. Aber viele Krankheiten können sich bei Männern und Frauen unterschiedlich zeigen, und die Wirkung von Medikamenten wirken sich dementsprechend auch anders aus, weil eben immer noch am männlichen Körper vorwiegend geforscht wird.

Und dennoch wird in der medizinischen Forschung und Praxis oft immer noch der männliche Körper als Massstab angesehen, was zu einer unzureichenden Behandlung und Gesundheitsversorgung von Frauen führt. Dies hat auch der Bund erkannt, das haben wir auch gehört, und hat gehandelt. Der Bundesrat hat vier neue nationale Forschungsprogramme ins Leben gerufen, und eines davon befasst sich mit Gender Medizin, das nationale Forschungsprogramm Gender Medizin und Gesundheit. Das wird vom Bund mit einem Budget von 11 Millionen Franken gefördert und zielt darauf,

Wissensgrundlagen für die Berücksichtigung von Geschlechts- und Gender Aspekten in der medizinischen Forschung und in der Gesundheitsversorgung in der Schweiz zu schaffen.

Der Kanton Basel-Stadt trägt als wichtiger Forschungs- und Bildungsstandort in der Schweiz eine grosse Verantwortung für die gleichberechtigte medizinische Versorgung, Forschung und Prävention. Und der Regierungsrat hat 2022 in seiner Antwort auf die schriftliche Anfrage von Jessica Brandenburger zu dieser Thematik betont, dass dieses Thema in der medizinischen Forschung und Versorgung bis anhin vernachlässigt wurde.

Wir sind überzeugt, dass es nun Zeit ist, diesen Missstand zu beheben und eine gerechte sowie effektive medizinische Versorgung für alle Geschlechter sicherzustellen und schlagen eben deshalb die Gründung dieses Gender Medizin Instituts in Basel-Stadt vor, damit dieser Forschungsbereich aktiv unterstützt und ermöglicht werden kann. Und es ist ein Anzug. Wenn Sie sagen, Raoul Furlano, es passiere schon viel, es gebe Innovationsprojekte, in denen dieses Thema auch berücksichtigt wird, dann sagen wir ja, das ist gut. Wir denken aber, dieses wichtige Thema verdient auch ein eigenes Institut, denn wir sind total im Rückstand und es ist wichtig, jetzt wirklich entsprechend zu handeln.

Ich bedanke mich für die Überweisung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von Raoul Furlano. Sie wird entgegengenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Sie haben am Anfang mit der Klinik angefangen, haben von den verschiedenen Symptomen gesprochen. Denken Sie nicht, dass wir als Professoren in der Medizin auch zuständig sind für die Ausbildung Richtung Gender Medizin und dass es dafür kein Forschungsinstitut braucht?

Nicole Amacher (SP): Ich spreche Ihnen die Verantwortlichkeit als Professor nicht ab. Ich denke aber, wenn mehr Wissen da ist, was Sie vermitteln können an Ihre Studentinnen und Studenten, ist das sehr vorteilhaft auch für Sie.

Balz Herter (Mitte-EVP): Fleur Weibel hat sich als Sprecherin gemeldet.

Fleur Weibel (GAB): Dass die SP drei Anzüge zum Thema Gender Medizin eingereicht hat, kann man unterschiedlich einschätzen, man hätte die vielleicht auch mehr bündeln können. Gleichzeitig zeigt dies aber auch, welche Leerstellen wir hier nach wie vor haben und wie wichtig das Thema ist. Und deshalb teile ich die Einschätzung der SVP beispielsweise, dass es noch nicht Zeit wäre, sich jetzt mit dem Thema auseinanderzusetzen, nicht.

Wir unterstützen selbstverständlich die drei Anzüge, wobei bei dem Gender-Medizininstitut schon auch sich zu überlegen wäre, wie man das in Basel-Stadt umsetzen möchte, ginge es vielleicht auch darum, sich über einen Lehrstuhl Gedanken zu machen, wie der bereits jetzt an der Universität Zürich geschaffen wurde oder über diese Einheit, die es an der Uni Lausanne gibt, und dass hier auch Kooperationen zwischen den Universitäten stattfinden können.

Ich würde der Regierung zutrauen, dass sie die Anliegen so erkennt und weiterbehandeln wird und ich glaube gerade auch im Curriculum in der Ausbildung wird im Moment noch zu wenig ausgebildet, zumindest wie ich das vor ein paar Jahren mitbekommen habe. Man müsste das einfach weiter fördern und deshalb werden wir auch diesen Anzug unterstützen und geben der Regierung mit, wirklich auch in Zusammenarbeit mit der Universität Basel zu überlegen, wie dieses wichtige Thema in Zukunft gefördert werden kann.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit hat die Anzugstellerin Edibe Gölgeli das Wort.

Edibe Gölgeli (SP): Herzlichen Dank für diese Diskussion. Ich glaube, wir sind uns einig, dass das Thema eine gewisse Notwendigkeit hat. Auf Bundesebene haben wir positive Signale erhalten. Am 2. Juni 2023 wurde durch den Bundesrat mit der Einrichtung des nationalen Forschungsprogramms Gender Medizin und Gesundheit mit einem Budget von 11 Millionen Franken Wissensgrundlagen geschaffen. Aber vielleicht noch einmal zu Beat K. Schaller: Es ist natürlich schon so, auch in der Postulatsbeantwortung wird darauf hingewiesen, dass die Wichtigkeit, die Kantone in Verantwortung zu nehmen, auch relevant ist. Ich möchte mir nicht anmassen, als Betriebsökonomin irgendwelche Forschungsdetails hier in die Debatte einzubringen, aber als Politikerin die Verantwortung wahrzunehmen, dass es auch ein politischer Auftrag ist. Raoul Furlano,

ich habe mich selbstverständlich mit einigen Organisationen aus der Forschung ein bisschen auseinandergesetzt und Informationen geholt und auch akut erkannt, dass wir auch in der Politik hier einen Auftrag platzieren müssten.

Deswegen ist es ein Anzug. Ich bitte Sie auch die weiteren Anzüge anzunehmen und zu überweisen – den von Amina Trevisan haben Sie ja bereits schon stillschweigend überwiesen. Und ich möchte noch einmal darauf hinweisen, meine Kollegin Jessica Brandenburger hat ja schon eine schriftliche Anfrage gestellt. Die Regierung hat sich auch dort geäussert, dass sie diese Bestrebungen wahrnehmen und sie sich das vorstellen können. Es ist jetzt nicht in Stein gemeisselt, ob das eine Institution in dieser Form ist, aber irgendwo müssen wir das fassbarer machen und den Kanton in die Pflicht nehmen. Dementsprechend wünsche ich mir, dass wir heute alle drei Anzüge überweisen, wir dann konkret einen Vorschlag erhalten und dann weiterschauen können.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von Raoul Furlano. Sie wird entgegengenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Sind Sie aber auch meiner Meinung, dass die Politik sich nicht ins Operationelle, in Lehrstuhlschaffungen einmischen sollte?

Edibe Gölgeli (SP): Das ist so schwierig zu beantworten, in anderen Kantonen hat man das auch so gemacht.

Balz Herter (Mitte-EVP): Eine kleine Zwischenmeldung: Auf der Tribüne begrüsse ich eine Klasse von «Link zum Beruf» der Gewerbeschule Basel mit Lehrperson Dominic Federer. Schön sind Sie da, herzlich Willkommen.

Wir kommen damit zur Abstimmung des Anzugs Gölgeli.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005308, 19.12.24 10:26:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Anzug wurde mit 53 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen überwiesen.

Wir kommen somit zu Traktandum 39. Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen, dies wird dies bestritten durch Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bestreite diesen Anzug im Namen meiner Fraktion und auch der Fraktion der Liberaldemokraten. Die vom Vorstosseinreichenden genannte Begründung dafür ist für uns nicht ganz so schlüssig.

Es gibt tatsächlich ein Problem in Basel-Stadt. Das hat ja auch diese Studie gezeigt, die im letzten Jahr veröffentlicht wurde, dass nicht allen bekannt ist, welche Angebote man in Anspruch nehmen kann. Das WSU hat ja auch bereits mitgeteilt, dass man das sich überlegt, wie man dass breiter bekanntmachen kann, wer überhaupt für welche Sozialleistungen im Kanton Anspruch hat. Ich glaube, das ist ein guter Weg, ein guter Schritt. Vielleicht gibt es dort dann auch Potenzial und Möglichkeiten, dass man es insgesamt vereinfacht, also beispielsweise, dass man sich nicht an ganz viele verschiedene Orte wenden muss, sondern dass man es vielleicht schafft, dass man nur einmal einen Antrag einreichen muss, der dann gleich von den verschiedenen Abteilungen und Dienststellen begutachtet werden kann, ohne dass man viele verschiedene Formulare teilweise auch nur so halb digital einreichen kann oder muss.

Einen solchen Bus, der dann quasi durch die Quartiere fährt, erachten wir als nicht zielführend. Die Kleinräumigkeit unseres Kantons spricht nicht dafür, dass es das braucht. Wir glauben, dass es auch nicht nötig ist, dass man die Angebote quasi in den Quartieren, oder wie es der Anzugsteller nennt, «bei den Leuten» bekannter macht, sondern dass man wirklich schaut, dass die Bezugsmöglichkeiten dahingehend bekannt sind, dass jemand, der allenfalls auch Sozialleistungen benötigt, diese dann auch rasch bekommen kann durch vereinfachte Verfahren beim Kanton und nicht bei anderen Organisationen, die dann dort noch eine Beratungstätigkeit ausüben. Die Beratungsmöglichkeit ist bereits heute gut abgedeckt, auch gut bekannt dort.

Probleme sehen wir insofern, dass es oft für die Leute etwas zu umständlich daherkommt, wenn viele verschiedene Abteilungen dafür zuständig sind und der Weg zum Antrag teilweise aufwendig, wenn ich gar umständlich kompliziert ist. Deshalb würden wir eher dort ansetzen und nicht bei dieser Idee eines Busses für Basel und bitten Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

39. Anzug 17 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend “Ein Bus” für Basel

[19.12.24 10:29:56, 24.5266.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Wenn der Prophet nicht zum Berg kommt, dann muss der Berg zum Propheten kommen. Eine wichtige Möglichkeit ist es, wenn man zu den Menschen hingeht, zum Beispiel mit einem Bus, mit einer mobilen aufsuchenden Arbeit den Menschen das bekannt macht. Das GAB bittet Sie, diesen Anzug deshalb zu überbeweisen.

Vielleicht noch bezugnehmend auf Joël Thüring: Es sind ja nicht alles hippe Lastenrad fahrende Menschen, die sich überall super auskennen, sondern es gibt auch in Basel Menschen, die vielleicht nicht so einen guten Zugang haben, die sich vielleicht nicht so einfach informieren können und dann vielleicht bei einem mobilen Angebot besser abgeholt sind und vielleicht direkter abgeholt sind. Deswegen möchten wir gerne, dass der Regierungsrat dies prüft.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Beda Baumgartner das Wort.

Beda Baumgartner (SP): Ich bin mit vielem, was der bestreitende Kollege Joël Thüring gesagt hat, einverstanden. Ich bin auch dafür, dass man den Bezug zu Angeboten des Kantons vereinfachen soll. Ich bin auch dafür, dass man das vereinheitlichen soll. Ich bin auch dafür, dass man die Sprache entsprechend vereinfachen soll. Die Frage ist nur, ob die Angebote, wenn man das alles tut, trotzdem zu den Menschen kommen.

Und ich möchte anknüpfen an das, was Oliver Thommen gerade gesagt hat. Es geht hier ja nicht darum, ein Sozialangebot auszubauen, sondern es geht darum, die Triagefunktion, um zu den Angeboten zu kommen, auszubauen. Und wie wir beim Verein Fundus sehen, ist das bei der aufsuchenden Altersarbeit ein enorm erfolgreiches und enorm stark nachgefragtes Konzept. Das ist einfach die Realität. Das Problem ist einfach, dass viele der nachgefragten Leistungen eben nicht nach den Formularen und Webseiten funktionieren und nach der Vorstellung, dass die Leute zum Amt hingehen. Es ist ja irgendwann auch die Frage, wie wir die Angebote, die wir haben zu den Leuten bekommen. Und darum ist dieser Bus, so speziell und verkürzt er auch als Idee scheinen mag, eine mögliche Alternative, um diese Angebote unter die Leute zu bringen.

Ich bitte Sie daher im Namen der SP-Fraktion, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Dieser Anzug wurde bestritten von Joël Thüring. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 34 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005311, 19.12.24 10:33:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug mit 56 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen überwiesen.

Ich komme damit zum nächsten Traktandum.

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Roger Stalder möchten den Anzug bestreiten.

Roger Stalder (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Im ersten Moment sieht das sehr gut aus, und wenn man es dann richtig anschaut, muss man halt schon sagen, das ist Lehrersache, das muss er können, das muss er bewältigen können.

Wir sagen sogar, dass es sehr gefährlich ist, wenn Eltern zu anderen Eltern Elterngespräche führen gehen sollen. Wie soll denn das aussehen? Welche Fähigkeiten müssen Eltern mitbringen, um mit anderen Eltern über heikle Themen sprechen zu können?

Darum denken wir, dass das keine Entlastung für Lehrer ist, sondern eine klare Belastung. Darum bitten wir Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

40. Anzug 18 Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Entlastung der Lehrpersonen durch «Supportteams Elternarbeit»

[19.12.24 10:35:00, 24.5267.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Wir finden auch, es führt eher zu mehr Arbeit und nicht zu weniger. Die Grünliberalen teilen die Einschätzung des Anzugsstellenden, dass die Elternarbeit an den Volksschulen zunehmend anspruchsvoller wird, insbesondere für die Klassenlehrpersonen. Wir stimmen ebenso zu, dass diese entlastet werden sollen, da der organisatorische und kooperative Aufwand im Team nicht zuletzt durch die integrative Schule stark zugenommen hat.

Die Elternarbeit ist aber ein zentraler Bestandteil des pädagogischen Auftrags und Verantwortung der Lehrperson und soll nicht delegiert werden. Die Zusammenarbeit mit den Eltern schafft, eine Brücke zwischen schulischen Lernen und dem familiären Umfeld, was besonders für Kinder und Jugendliche in schwierigen Situationen von grossem Wert ist.

Eine vertrauensvolle Kooperation zwischen Eltern und Lehrpersonen ist denn auch entscheidend für den schulischen und persönlichen Erfolg der Schülerinnen und Schüler. Nur so kann eine ganzheitliche Förderung sichergestellt werden. Wo zusätzlicher Support erforderlich ist, stehen bewährte Strukturen wie die Schulsozialarbeit oder das Programm Brückenbauerinnen des Heks zur Verfügung. Diese interkulturellen Vermittler und Vermittlerinnen stärken Väter und Mütter in ihrer Rolle und unterstützen Eltern mit Migrationshintergrund, die weniger Kenntnisse über unser Bildungssystem haben und/oder nicht über die nötigen Ressourcen oder Informationen verfügen, um ihre Kinder auf deren Entwicklungsweg bestmöglichst zu begleiten.

Eine Lanze brechen möchten wir Grünliberalen auch für die Delegierten im Elternrat und ebenso in den Schulräten. Sie sind in ihrer Funktion ebenso wichtige Ansprechpersonen für Eltern und aber auch für die Lehrpersonen. Ihre Funktion darf ruhig weiter gestärkt werden. Das Einführen von zusätzlichen Support-Teams führt hingegen paradoxerweise nur dazu, den Koordinationsaufwand für Lehrpersonen weiter zu erhöhen, was deren Arbeitsbelastung in der Folge verstärkt, aber eben nicht vermindern würde. Eine wirksame Entlastung bestünde darin, den administrativen und organisatorischen Aufwand zu verringern und Klassenlehrpersonen mehr zeitliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit sie ihrer pädagogischen

Arbeit voll gerecht werden können. Dies würde die Qualität des Unterrichts und die individuelle Betreuung der Schülerinnen und Schüler einschliesslich der Elternarbeit deutlich verbessern. Eine Ausweitung der bereits bestehenden Entlastung für Klassenlehrpersonen wäre denn auch ein Ansatz, den wir unterstützen könnten.

Wir empfehlen aus dargelegten Gründen, den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin ist Nicole Kuster-Simon.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Die LDP anerkennt die Belastung der Lehrpersonen und der Schulen. Es braucht Verbesserungen, über die wir mit dem Massnahmepaket integrative Schule bereits entschieden haben. Ich bin zuversichtlich, dass diese Massnahmen neue Ressourcen bringen und die Lehrpersonen entlasten.

Die vorgeschlagenen Support-Teams sind jedoch weniger zielführend. Nach unserem Erachten sind diese in der Praxis nur schwer umsetzbar. Grundsätzlich schenken Eltern den Lehrpersonen ihr Vertrauen, weil diese die Kinder aus dem Alltag kennen und aufgrund ihres Fachwissens gut einschätzen können. Eltern vertrauen den Lehrpersonen und wollen nicht mit Support-Teams reden, die ja nicht die Hauptansprechperson der Kinder sind. Zudem müsste das Wissen der Support-Teams wieder zurück zu den Lehrpersonen gelangen. Dieser Wissenstransfer birgt die Gefahr von Vergessenem und Unvollständigem.

Es scheint, dass hier ein Mehraufwand generiert wird, welcher nicht von einem signifikanten Mehrwert profitieren kann. Entsprechend lehnt die LDP den Anzug ab.

Balz Herter (Mitte-EVP): Für den Regierungsrat hat Regierungsrat Mustafa Atici das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Es ist eine Tatsache, dass die Elternarbeit aus Sicht der Lehrpersonen aufwendiger und anspruchsvoller geworden ist. Die Schulen haben in den letzten Jahren neue Betreuungs- und Erziehungsaufgaben übernommen. Die Schulen sehen sich auch mit gestiegenen gesellschaftlichen Erwartungen konfrontiert. Mit diesen neuen Anforderungen verändern sich auch die Art und Weise der Zusammenarbeit mit den Eltern und somit der Auftrag der Lehr- und Fachpersonen.

Die Anzugsstellen schlagen vor, spezifische mehrsprachige Support-Teams einzurichten, welche die Lehrpersonen bei der Zusammenarbeit mit den Eltern entlasten und ihnen gezielt einen Teil dieser Arbeit abnehmen können. Der Aufbau einer neuen, separaten Organisation, die zwischen den Fachstellen, den Fachexpertinnen und -experten, den Lehr- und Fachpersonen sowie den Eltern vermitteln soll, ist aus unserer Sicht keine gute und auch keine praktikable Lösung. Es ist unklar, in welchen Bereichen und mit welchen Leistungen solcher Teams die Lehrpersonen konkret entlassen könnten. Der Aufwand für Absprachen und Koordination wäre voraussichtlich sehr hoch. Würden zudem für solche Teams Ressourcen verwendet, die heute bei den Schulen und an Fachstellen eingesetzt werden, würden wir die bestehenden eingespielte und gut funktionierende Zusammenarbeit schwächen.

Das ist nicht im Interesse der Schulen und Eltern. Die Elternarbeit gehört zum Kernauftrag einer Lehrperson. Diese Aufgabe ist grundsätzlich nicht an andere delegierbar. Den Schulen stehen viele Informations-, Beratungs- und Begleitangebote zur Verfügung, welche von Fachstellen des Erziehungsdepartements und von anderen Departementen bereitgestellt werden. Beispielsweise können ihr Lehrpersonen, wie der Anzug erwähnt, Dolmetscherdienste in Anspruch nehmen. Bei Konflikten kann die Schulsozialarbeit beigezogen werden und unterstützen.

Die Anzugsstellenden fragen, ob Verfahren vereinfacht und Bürokratie abgebaut werden können. Aus unserer Sicht sind Support-Teams mit unklarem Auftrag an einer gut funktionierenden Schnittstelle nicht geeignet, diesbezüglich etwas zu bewirken. Aus diesen Gründen bitten wir Sie, diesen Ansatz nicht zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin ist Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Ich kann gut verstehen, was Christian Moesch mit seinem Anzug bewirken möchte, eigentlich ein sehr gutes Anliegen, Lehrpersonen entlasten, aber der Vorschlag, wie das geschehen soll, den kann ich gar nicht unterstützen.

Ich arbeite in einem Kindergarten und ich probiere Ihnen das mal ein bisschen plastisch darzustellen. Die Zusammenarbeit mit Schüler:innen und Eltern können Sie sich wie ein Dreieck vorstellen. In jeder Ecke ist eine Person, also hier die

Lehrperson hier die Schülerin oder der Schüler und hier die Eltern, und in jede Richtung müssen die Informationen fliessen, und in jede Richtung muss auch eine Beziehung stattfinden, weil Elternarbeit ist Beziehungsarbeit. Wenn eine Richtung gestört ist, dann funktioniert das Dreieck nicht mehr. Vor allem in der obligatorischen Schulzeit ist dieses Dreieck extrem wichtig. Sobald die obligatorische Schulzeit abgeschlossen ist, ist die eine Ecke, die der Eltern, nicht mehr so wichtig, weil dann die Schülerinnen und Schüler mündig sind, für sich selber verantwortlich.

Wenn jetzt da ein Support-Team hinzukommt, dann wird es entweder zu einem Viereck, das heisst eine Ecke ist nicht mehr verbunden, das wird dann kompliziert, oder das Support-Team ist dann irgendwie in der Mitte und dann wird das auch kompliziert. Diese Idee geht nicht ganz auf.

Es ist wichtig, dass ich die Eltern oder die Erziehungsberechtigten kenne. Im Kindergarten sind das eigentlich die Personen, die ich jeden Morgen an der Türe sehe. Wenn ich nicht weiss, was zu Hause los ist, dann weiss ich auch nicht, was mit den Kindern los ist. Es ist für mich zentral, dass ich die Eltern und auch die Erziehungsberechtigten kenne, denn wenn ich weiss, was zu Hause los ist, dann weiss ich auch was mit den Kindern los ist, dann kann ich die Situation besser einschätzen. Wenn jetzt diese Elternarbeit an eine andere Person übertragen werden soll, dann ist ein Teil dieser Elternarbeit ausgelagert, dann sehe ich mehr Probleme als Lösungen.

Jetzt sollen da zusätzliche Personen installiert werden, die dann irgendwie über diese Lehrperson hinweg arbeiten sollen. Wie stellen Sie sich das vor? Ich habe ein bisschen das Gefühl, Christian Moesch ist in ein Lehrerzimmer gesessen und hat während einer Pause zugehört, wie die Lehrer halt so ein bisschen geschnödet haben. Ja, das machen wir in der Pause, aber wer macht das nicht? Ich glaube, da haben Sie irgendwie etwas falsch aufgenommen.

Die Elternarbeit kann mühsam sein, aber das ist wirklich nicht der mühsamste Teil der Lehrpersonenarbeit, und das ist wirklich auch nicht der Teil, der ausgelagert werden soll, weil sie ist ein zentraler Teil und ich glaube nicht, dass das eine gute Idee ist, weil diese Beziehung muss aufgebaut werden und es ist zentral, dass die Lehrpersonen das selbst machen.

Ich frage mich auch, wie das dann laufen soll, wenn es die Lehrperson dann selbst braucht. Bei einem Elterngespräch sitzt dann dieses Support-Team auch beim Elterngespräch dabei? Machen wir dann einfach riesig lange Tische und dann sitzen da 5 Personen? Also ich weiss nicht, ich finde das kompliziert. Und dann hatten wir gestern die Budgetdebatte, bei der von bürgerlicher Seite der Vorwurf kommt, der Staat wachse ständig, wir müssen Stellen abbauen, und jetzt wollen Sie Support-Teams einführen und noch mehr Staatsstellen schaffen? Ich glaube, das ist keine gute Idee.

Es klingt für mich einfach kompliziert. Es klingt für mich nicht sinnvoll, ich muss meine Schüler:innen und ihr Zuhause und ihre Familien kennen. Darum bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit hat der Anzugsteller Christian Moesch das Wort.

Christian C. Moesch (FDP): Vielen Dank für die Boten. Wenn man diese einzelnen Voten hört oder auch die Begründungen, weshalb vielleicht ein Anzug nicht so eine gute Idee ist, kommt man irgendwann zum Schluss, dass man sich je nachdem auch anders besinnen könnte. Die Grundidee war ja, wie man die Eltern beziehungsweise die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrpersonen verbessern kann, welche Möglichkeiten es da gibt. Da kam natürlich am Schluss die Idee auf mit diesen sogenannten Support-Teams, welche Möglichkeiten oder welche Tätigkeiten oder Aufgaben, die zwischen den fremdsprachigen Eltern und den Lehrpersonen übernehmen könnten, um die Lehrerinnen und Lehrer zu entlasten.

Letztendlich geht es natürlich darum, dass die Lehrer am Ende ihren Grundauftrag wahrnehmen können und so gut wie möglich. Wenn da mögliche Unterstützung durch Support-Teams machbar ist, hätten wir gedacht, dass das ein Ansatzpunkt wäre, um etwas Neues aufzugleisen. Ich bin aber durchaus offen, wenn andere Ideen bestehen, dass man das wieder aufnehmen kann und hier ebenfalls mit neuen Ideen auch einen weiteren Vorstoss bringen kann.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

15 Ja, 74 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005314, 19.12.24 10:49:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 74 Nein-Stimmen gegen 15 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

41. Anzug 19 Michela Seggiani und Konsorten betreffend Haus der Vereine in Basel

[19.12.24 10:49:15, 24.5268.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte mit Roger Stalder.

Roger Stalder (SVP): Auch hier bittet Sie die SVP, den Anzug nicht zu überweisen. Was in Riehen ja gut und eine tolle Sache sein mag, will man jetzt in allen Quartieren in Basel-Stadt auch machen. Ich wohne in einem Quartier, wo es genug Möglichkeiten gibt, um Räumlichkeiten zu mieten. Sehr wahrscheinlich kosten sie zum grössten etwas, der Unterhalt von einem solchen Raum kostet halt auch. Das ist halt einfach so. Wir sind da nicht der Meinung, dass das jetzt in jedem Quartier braucht, weil es schon Möglichkeiten gib.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Wir vom GAB unterstützen den Anzug von Michela Seggiani zur Abklärung eines Hauses der Vereine. Ich glaube, wir anerkennen alle die vielfältigen und grosszügigen Ehrenämter, die geleistet werden in dieser Stadt, und ich persönlich kenne von der Fasnacht über die Sportvereine bis zu Musikvereinen eigentlich kaum Vereine, die nicht die Problematik haben, nur schon Sitzungszimmer zu mieten. Ich glaube, wir könnten hier auch ein Potenzial erkennen für die Förderung, die Vernetzung und für die Unterstützung des Know-How-Austausches. Vielleicht müssten wir uns irgendwann vom K House als Haus der Kultur und des Kulturaustausches verabschieden und haben dann da die Möglichkeit, ein Haus der Vereine zu integrieren, was ich natürlich nicht hoffe und ich hoffe, wir finden da im Januar eine gute Lösung. Aber ich glaube, es ist eine berechtigter Möglichkeit, dieses Ehrenamt zu stärken und zu fördern, was uns ja allen sehr wichtig ist.

Ich glaube auch nicht, dass es hier irgendwie so in eine Megasubvention von irgendwelchen Mietflächen, die nicht mehr genutzt werden können, kommt. Es gibt ja einerseits sehr viel. Zum Beispiel im Ökolampad gibt es jetzt auch wieder neue Räume. Man merkt aber auch, da ist ein sehr hoher Nutzungsdruck, also sehr viele verschiedene Vereine möchten solche Räume nutzen können und vielleicht schafft man hier noch ein weiteres Angebot.

Grundsätzlich glaube ich, dass das der ganzen Breite unserer Gesellschaft zugutekommen würde, weil das Ehrenamt eben über alle Themen und über alle Bereiche sich ausbreitet. Man sieht in Riehen sehr gut, wie ihre Vereinsförderung auch die Vereine stärkt, Riehen hat ein sehr lebendiges Vereinsleben. Ich glaube auch, dass das Haus der Vereine dazu beiträgt, genau gleich wie der Tag der Vereine. Und dass man da sich mal etwas abschauen kann und sich damit auseinandersetzen kann, finden wir vom GAB richtig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Ich bestreite den Antrag der Regierung, die den Anzug nicht überwiesen haben möchte. Vereine haben allermeistens einen gesellschaftlichen Zweck, der allgemein in der Freizeit gemeinschaftsbildend, im Bereich Sport zusätzlich gesundheitsfördernd ist. Auch hat der Zweck von Vereinen oft einen sozialen Charakter. Es werden Aufgaben und Leistungen übernommen beziehungsweise erbracht, die der Allgemeinheit dienen und zuweilen auch Kosten sparen.

Viele Vereine verfügen über wenig finanzielle Mittel und haben keine Geschäftslokalitäten. Entsprechend muss bei grösseren Zusammenkünften oder auch bei Veranstaltungen jeweils eine Lokalität gemietet werden. Das Beispiel Riehen, wo 55 Vereine jährlich rund 2000 Belegungen buchen, zeigt, dass es diesen gesellschaftlichen Bedarf gibt. Auch in der Stadt Basel und in den Quartieren gibt es zahlreiche Vereine, die kein eigenes Domizil haben, an denen diese Sitzungen oder Veranstaltungen organisieren und abhalten können.

Um die viele ehrenamtliche Arbeit der Menschen wertzuschätzen, könnte der Kanton die Tätigkeiten von Vereinen mit einem Haus der Vereine unterstützen und deren Tätigkeiten stärken. Zudem würde es die Vernetzung unter den Vereinen fördern. In welcher Form der Kanton ein Haus der Vereine umsetzen würde, ist die Fragestellung des Anzuges, ein Haus pro Stadtteil oder Quartier? Das ist Teil der Umsetzung, sollte es dann als sinnvoll erachtet werden.

Unverständlich ist deshalb, weshalb die Regierung den Anzug noch nicht mal annehmen will. Weshalb soll die Frage eines Vereinshauses nicht angeschaut werden? Gegen die Prüfung und Annahme eines quer durch die Parteien unterzeichneten Anzuges spricht nun wirklich nichts. Ich bitte um Überweisung des Anzuges.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Nicole Strahm an? Sie wird angenommen.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): In Riehen zahlen die Vereine, wie soll das zukünftig in Basel aussehen?

Georg Mattmüller (SP): Anzug heisst in der Regel prüfen und berichten, und das kann dann ein Teil der Anzugsbeantwortung sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun hat Regierugnsrat Conradin Cramer als Einzelsprecher das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Mit dem Anzug soll geprüft werden, ob ein Haus der Vereine für Basel beziehungsweise sogar jeweils ein Haus pro Quartier oder pro Stadtteil in Frage käme. Als Referenzbeispiel wird dafür das Haus der Vereine in Riehen erwähnt, das ja seit 1983 erfolgreich betrieben wird. Dieses stellt Vereinen wie auch Privatpersonen günstige Räumlichkeiten für Sitzungen, Seminare, kulturelle Veranstaltungen und auch Privatanlässe zur Verfügung.

Wie die Anzugsstellerin selbst erwähnt, bestehen in Basel-Stadt 16 vom Kanton mitfinanzierte Quartiertreffpunkte. Diese vermieten ihre unterschiedlichen Räumlichkeiten bereits heute zu günstigen Konditionen und können auch für Vereinszwecke genutzt werden. Auf der lokalen Internetplattform raumfinden.ch gibt es einen guten Überblick zu zahlreichen weiteren Räumlichkeiten, die in Basel-Stadt entsprechend günstig gemietet werden können.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass mit den vorhandenen Raumangeboten bereits genügend Mietmöglichkeiten für die Vereine im Kanton bestehen und ich bitte Sie daher namens des Regierungsrats, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun sind wie bei der Anzugstellerin. Michela Seggiani hat das Wort.

Michela Seggiani (SP): Der Bedarf für ein Haus der Vereine ist da, davon bin ich überzeugt und das haben mir auch zahlreiche Menschen, die in Vereinen aktiv sind, bestätigt. Sonst hätte ich diesen Vorstoss auch nicht einfach ins Blaue geschrieben. Dass die Vereine Räumlichkeiten brauchen, darüber sind wir uns, glaube ich, alle einig. Jetzt kam aber noch der Punkt auf mit den Quartiertreffpunkten. Das stimmt, aber die haben eine andere Aufgabe. Und deshalb ist es wichtig, nicht nur in Riehen so ein super tolles Haus für Vereine zu haben, sondern eben entweder eines in der Stadt oder in verschiedenen Quartieren.

Alleine schon hier in meinem Wording merken Sie, dass es notwendig ist, diese Möglichkeit jetzt erst einmal zu prüfen und berichten, und deshalb ist es auch ein Anzug, nicht eine Motion. Es ist mir auch wichtig, dass einmal abgeklärt wird, wie teuer das sein würde und welche Optionen wir hätten als Kanton. Alles weitere können wir dann im Anschluss bei einer möglichen zweiten Überweisung dann auch noch definieren und beschliessen. Ich bitte Sie deshalb jetzt diese erste Überweisung zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 39 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005316, 19.12.24 10:59:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 55 Ja-Stimmen gegen 39 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

42. Anzug 20 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend geschlechtsspezifischem Fokus bei der medizinischen Prävention und Nachsorge

[19.12.24 10:59:25, 24.5269.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Damit der Form Genüge getan ist: Die SVP bestreitet diesen Anzug. Die Gründe habe ich bereits erläutert. Ich bin hundertprozentig überzeugt, Sie wissen noch im Detail, was ich gesagt habe und ich wiederhole es nicht noch einmal.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine Wortmeldungen. Damit hat die Anzugstellerin Melanie Eberhard das Wort.

Melanie Eberhard (SP): Wir haben schon über dieses Thema gesprochen, deshalb halte ich mich auch entsprechend kurz. So viel dazu: Es geht in diesem Anzug sehr spezifisch um Präventionsarbeit und Langzeitpflege. Es sind beides Themenbereiche, bei denen es sehr grosse Geschlechterunterschiede gibt. Der Anzug fordert, dass man Präventionsmassnahmen prüfen und darüber berichten soll, auch das ein Thema, wo ganz spezifisch die Kantone in der Verantwortung stehen. In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Überweisung dieses Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Beat K. Schaller bestreitet die Überweisung dieses Anzugs. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 12 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005318, 19.12.24 11:01:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen 77 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen vor. Damit ist der Anzug überwiesen.

43. Anzug 21 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Gauben erlauben – und auch Dacheinschnitte, bitte

[19.12.24 11:01:56, 24.5270.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist breit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

44. Anzug 22 Patrick Fischer und Konsorten betreffend Überprüfung hoheitlicher Aufgaben zur Entlastung der Kantonspolizei

[19.12.24 11:02:14, 24.5271.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Meine Fraktion lehnt diesen Anzug ab. Wir sind ebenfalls besorgt über den Unterbestand bei der Kantonspolizei. Den falschen Weg finden wir jedoch, dies über diesen Anzug zu regeln. Der Anzug fordert nicht nur, dass die Kantonspolizei überprüft, welche Aufgaben effizienter ausgeführt werden könnten. Das ist etwas, was ja grundsätzlich sinnvoll ist und was die Regierung auch regelmässig mit der generellen Aufgabenprüfung überprüfen sollte. Bei dem dermassen hohen Unterbestand ist es auch absolut angebracht, nach Effizienzsteigerungen zu suchen, und ich hoffe doch schwer, dass der Regierungsrat dies auch längst gemacht hat und hoffentlich weiterhin tut.

Der Anzug fordert jedoch auch, dass die Aufgaben, die gemäss Übertretungsstrafgesetz der Kantonspolizei zufallen, hinterfragt werden sollen, und dabei handelt es sich um ein Gesetz und um Gesetzesbestimmungen, die der Anzug hinterfragt. Sauber wäre hier in meinen Augen ein Vorgehen, entsprechend transparent eine Motion zu hinterlegen zu einer Änderung oder mehreren Änderungen des Übertretungsstrafgesetzes. Welche Aufgaben man aus dem Gesetz streichen will, könnte man über eine Motion regeln, aber nicht über einen Anzug zu fordern, sich zu überlegen, welche Gesetzesartikel man ignorieren kann. Das ist in meinen Augen unsauber.

Hinzu kommt, dass hoheitliche Aufgaben etwas sind, welches in unseren Augen grundsätzlich auch beim Staat bleiben sollen. Ganz allgemein zu fordern, dass man überprüfen soll, welche hoheitlichen Aufgaben an Private ausgelagert werden sollen, unterstützen wir demnach nicht. Wir hätten es begrüsst, wenn im Vorstoss entsprechend klarer beschrieben worden wäre, an welche Aufgaben man denkt bei einer Auslagerung. Es macht einen Unterschied, ob der Staat Private beauftragt, beispielsweise Hausbesuche bei der Bevölkerung bei Ruhestörungen zu machen, oder ob der Staat Private damit beauftragt, Bussen für falsch geparkte Autos oder besitzlose Velos, die niemandem gehören, auszusprechen und dies entsprechend auslagert.

Aufgrund dieser Ausführung können wir dem Anzug so nicht zustimmen und ich bestreite die Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Ja, die Problematik des Personalunterbestands bei der Kantonspolizei Basel-Stadt ist ein ernstes Anliegen. Trotz zahlreicher Massnahmen, darunter auch die Einführung einer Arbeitsmarktzulage, bleiben rund 100 bis 120 Stellen unbesetzt. Aus unserer Sicht ist es daher wichtig, dass wir die Effizienz der vorhandenen Ressourcen steigern, um die Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit in unserem Kanton zu gewährleisten.

Der vorliegende Anzug schlägt eine umfassende Überprüfung der Aufgaben der Kantonspolizei vor, mit dem Ziel, ihre Kernaufgaben zu stärken und mögliche weniger zentrale Aufgaben an Dritte auszulagern oder automatisieren. Dies erachten wir im ersten Schritt als eine vernünftige Massnahme, auch wenn Auslagerungen in diesem Bereich sehr vorsichtig geschehen müssen. Gerade in einem Bereich wie dem Polizeiwesen, wo der persönliche Einsatz der Mitarbeitenden unter starker psychischer und physischer Belastung steht, ist die Fokussierung auf wesentliche Aufgaben entscheidend. Unsere Polizeikorps stehen im täglichen Einsatz für die Gesellschaft und sind dabei oft mit anspruchsvollen stressigen Situationen konfrontiert. Es ist daher nur fair und richtig, dass wir den Fokus der Polizei auf die wichtigen Aufgaben lenken und die Belastung durch andere Tätigkeiten verringern.

Diese Entlastung etwa durch den gezielten Einsatz automatisierter Prozesse kann der Polizei ermöglichen, ihre Ressourcen noch effektiver zu nutzen. Jedoch, die Aufsicht muss weiterhin in den Händen der Polizei bleiben, was uns extrem wichtig ist, da hoheitliche Aufgaben nicht ohne Kontrolle und Verantwortung abgegeben werden sollen. Und hier möchte ich klar feststellen, die Kantonspolizei ist ein zentraler Bestandteil des Service Public. Wir stehen zum staatlichen Gewaltmonopol, Privatisierungen von Sicherheitsaufgaben lehnen wir klar ab. Durch den Einsatz moderner Technologien, etwa Prozessautomatisierungen oder durch die Übergabe geeigneter Aufgaben an Akteure, können wir dafür sorgen, dass der Dienst am Menschen im Mittelpunkt bleibt und die Mitarbeitenden im Polizeidienst die nötigen Entlastungen erhalten.

Nicht alle Aufgaben können oder sollen in private Hände gegeben werden, denn hoheitliche Verantwortung erfordert auch öffentliche Rechenschaft und Kontrolle. Eine klare Aufgabenteilung mit strenger Überwachung und Anleitung durch die Polizei ist daher der Schlüssel zum Erfolg dieses Anzuges. Einige Bereiche, die zur Entlastung der Polizei überdacht werden können, sind beispielsweise einfache administrative Aufgaben wie die Aufnahme von Ordnungsbussen bei geringfügigen Vergehen oder die Bearbeitung gewisser Formalitäten. Auch können Automatisierungstechnologien, die in anderen Verwaltungsbereichen bereits erfolgreich eingesetzt werden, sinnvoll auf polizeiliche Prozesse angewendet werden.

Daher unterstützen wir eine Evaluierung, welche Aufgaben tatsächlich von der Polizei selbst ausgeführt werden müssen und welche delegiert werden können. Dies ist auch aus unserer Sicht nicht nur eine effiziente, sondern auch eine sozial gerechte Lösung, die ist sowohl das Personal schütz als auch die öffentliche Sicherheit gewährleistet. Und da muss man auch halt einfach mal klar sagen, das JSD hat sich in den letzten Jahren überhäuft mit vielen Projekten und mit unterschiedlichen Aufgaben, die übernommen worden sind. Zum Teil hat man da auch von 70 bis 80 Projekten geredet, und dann nach dem Bericht Schefer kam es ja mal zur Zahl 57 Projekte, die noch laufen. Und da muss man halt einfach klar definieren, was die Aufgabe sein soll, welche Projekte nimmt man auf, welche Projekte werden neu gestartet, damit man auch eine klare Linie hat und eben auch weiss, wo die vorhandenen Ressourcen gebraucht werden können.

Aufgrund dessen eben erwarten wir auch vom Regierungsrat, dass man diese Aufgabe überprüft und eben so, dass es für die Aufteilung gerecht werden kann, dass man sagen kann, auf der einen Seite soll es evaluiert werden, was von Dritten in dem Sinne übernommen werden kann und was nicht. Daher bitten wir Sie, den Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzugsteller Patrick Fischer hat nun das Wort.

Patrick Fischer (SVP): Die Einsatzkräfte haben einen Grundsatz Boots on The Ground-Stiefel auf den Strassen und Stiefel stehen besser, wenn die Person dazu steht und nicht in einem Büro sitzt und dort administrative Arbeit erledigt. Ich mache ein Beispiel aus meiner Polizeikarriere. Als junger Polizeiaspirant war es Usanz, dass die Polizei am Spalentor oder auch am Aeschenplatz den Verkehr geregelt hat. Das wurde dann irgendwann auf Sicherheitsassistenten abgewälzt und die haben das erledigt, und nun machen das mehr oder weniger Private. Es gibt sehr viele Institutionen oder sehr viele Gruppen bei der Polizei, die in der Vergangenheit von der Strasse wegtransferiert worden und die jetzt in einem Büro arbeiten. Und dort gibt es beispielsweise sieben Personen. Da kann man sich wirklich fragen, ob es wirklich sieben voll ausgebildete Polizisten braucht oder ob da vielleicht auch zwei oder drei reichen und der Rest kann administrativ ausgebildet sein. So hätten wir die ausgebildeten Polizisten wieder auf der Strasse.

Ich gehe jetzt nicht auf alle Punkte ein, Vieles wurde schon gesagt. Wichtig ist, dass wir uns auf die Kernaufgaben konzentrieren und dass die Effizienz gesteigert wird. Einige Beispiele vielleicht noch: Die Ordnungsbussen sind etwas, was man überprüfen kann, was Raffaela Hanauer gesagt hat mit den Lärmklagen, das ist etwas, das entschieden nicht durch Private erledigt werden kann. Gerade das ist die klassische Requisition: Lärm im Hause Müller. Das kann alles sein, das kann sein, dass der Fernseher zu laut eingestellt ist, das kann aber auch sein, dass Herr Müller gerade seine Frau umgebracht hat. Und deswegen ist es da entschieden wichtig, dass da Einsatzkräfte und ausgebildete Polizisten an Ort gehen.

Wo wir aber nicht zwingend ausgebildete Polizisten haben können, da sollten wir auf sie verzichten und diese entlasten. Die automatisierten Prozesse wurden ja bis jetzt nicht bestritten. Auch das ist etwas, was wir anschauen können, und wir haben bewusst den Weg eines Anzugs gewählt, um hier möglichst grossen Handlungsspielraum offen zu behalten, dass hier auch die Regierung schauen kann, was wir wo tun können und nicht gezielt schon gesagt wird, was sie zu tun oder zu lassen hat. Bei der allfälligen Beantwortung durch die Regierung kann man dann immer noch entsprechende Schritte einleiten.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die Unterstützung meines Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung wurde bestritten von Raffaela Hanauer. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 36 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005321, 19.12.24 11:13:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 57 Ja-Stimmen, 36 Neinstimmen und eine Enthaltung bedeuten, dass der Anzug überwiesen ist.

45. Anzug 23 Pascal Messerli und Konsorten betreffend Sicherheitsempfinden der Bevölkerung durch Massnahmen bei Brücken, Unterführungen u.Ä. stärken

[19.12.24 11:13:32, 24.5272.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Sie haben keinen Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

46. Anzug 24 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Zugang zu Informationen nach IDG

[19.12.24 11:13:54, 24.5298.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte mit Regierungsrat Conradin Cramer als Einzelsprecher.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gemäss dem Anzugstext des vorliegenden Anzugs werden Protokolle bei einem Informationszugangsgesuch in der Regel nicht zugänglich gemacht und um dies zu ändern, sei eine entsprechende Verordnungsänderung zu prüfen. Zudem will der Anzug die Niederschwelligkeit von Zugangsgesuchen allgemein anpassen und senken.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen, den Anzug nicht zu überweisen. Zum ersten Punkt ist festzuhalten, dass Protokolle von Sitzungen innerhalb der Departemente grundsätzlich schon heute uneingeschränkt dem Öffentlichkeitsprinzip unterstehen und verlangt werden können. Es gibt keine Sonderbestimmung, die den Informationszugang zu diesen Protokollen beschränken würde. Geht ein Zugangsgesuch betreffend Protokolle von Gremien der Departemente ein, wird dieses somit nach den allgemeinen Grundsätzen geprüft. Die Feststellung im Anzug, dass diese Protokolle in der Regel nicht zugänglich gemacht werden, trifft also so nicht zu.

Wurden in der Vergangenheit solche Gesuche abgewiesen, dann beruhte die Abweisung immer auf den generellen gesetzlichen Einschränkungsgründen des IDG. Dazu zählen unter anderem eine besondere gesetzliche Geheimhaltungspflicht oder ein überwiegendes öffentliches oder privates Interesse. Allerdings ist bei Protokollen von behördlichen Gremien eine sinnvolle Anonymisierung teilweise nicht möglich, wenn man aus den einzelnen Wortmeldungen zweifelsfrei erschliessen kann, welche Person was gesagt hat, auch wenn die Namen geschwärzt werden. Ist eine Information nicht anonymisierbar, so darf sie gemäss IDG nur herausgegeben werden, wenn insbesondere ein öffentliches Interesse am Zugang zu dieser Information besteht, das den Persönlichkeitsschutz überwiegt. Sonst darf das Protokoll, zumindest teilweise, nicht herausgegeben werden. Sofern ein Protokoll aber eben anonymisierbar ist, dann muss es entsprechend herausgegeben werden. Das im Anzug vorgebrachte Anliegen entspricht also vollständig der geltenden Rechtslage, weshalb sich die Prüfung einer Anpassung des IDG beziehungsweise der IDV erübrigt.

Und nun noch zum zweiten Punkt. Der Anzug möchte die Niederschwelligkeit von Öffentlichkeitsgesuchen allgemein verbessern. Dieses Anliegen wird nicht weiter ausgeführt oder begründet. Für den Regierungsrat ist das Anliegen so auch nicht nachvollziehbar, da das Informationszugangsrecht bereits denkbar niederschwellig ausgestaltet ist. Gesuche können ohne Formanforderungen, also sowohl schriftlich, elektronisch, telefonisch oder persönlich gestellt werden und dies bei jeder Stelle der Kantonsverwaltung, denn es besteht eine Weiterleitungspflicht. Der Kanton erklärt all das auf seiner Webseite und stellt für Gesuche ein einfaches Onlineformular zur Verfügung. Die Gesuche müssen auch gar nicht begründet werden. Jede Person kann ein Gesuch zu jeder Information stellen. Es muss kein besonderes Interesse geltend gemacht werden. Die Gesuche können sogar von einer anonymen E-Mailadresse ausgestellt werden. Gesuchstellende müssen also nicht einmal ihre Identität preisgeben.

Zum Stellen eines Gesuches sind somit weder Rechtskenntnisse noch Kenntnis der zuständigen Behörde noch die Einhaltung irgendeines Verfahrens notwendig. Erforderlich ist einzig die möglichst genaue Bezeichnung der ersuchten Information, damit erkennbar ist, welche Information konkret verlangt wird Und schliesslich sei zu erwähnen, dass auf die Erhebung von Gebühren auch bei aufwendigen Verfahren in der Praxis bis anhin generell verzichtet wurde, ungeachtet der gesetzlichen Grundlage, die Gebühren erlauben würde. Dementsprechend ist für den Regierungsrat nicht ersichtlich, wie das Zugangsrecht noch niederschwelliger ausgestaltet werden könnte.

Nach dem Gesagten ist hoffentlich deutlich, dass beide verlangten Änderungen nicht nötig sind, da die geltende Rechtslage und Praxis die Anliegen bereits abdecken. Dazu kommt auch noch, dass der Grosse Rat erst vor Kurzem eine umfassende IDG-Revision beschlossen hat. Diese wird nun bald in Kraft treten können, zusammen mit den entsprechenden Verordnungsanpassungen mit der IDV. Auch vor diesem Hintergrund erscheint es nicht sinnvoll, nun bereits eine erneute Änderung der rechtlichen Grundlagen in Betracht zu ziehen.

Aus all diesen Gründen beantragt Ihnen der Regierungsrat, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Ich halte mich kurz, ich möchte aber trotzdem noch auf diesen Vorstoss eingehen. Es wurde gesagt, das Öffentlichkeitsprinzip in Basel-Stadt gelte erst seit 12 Jahren. Ich dachte, dass hier Basel-Stadt schneller gewesen wäre, das ist offensichtlich nicht der Fall. Aber ich glaube, es ist nach 12 Jahren durchaus an der Zeit, dass geprüft werden kann, wie das Öffentlichkeitsprinzip noch mehr gelebt werden kann und der Zugang niederschwelliger gestaltet werden kann.

Wir haben einen ersten Grundstein letzten Monat mit der Überweisung der Motion von Christine Keller gelegt, welcher ein Schlichtungsverfahren fordert. Und ich glaube, hier ist es nun der Schwestervostoss. Es wäre kohärent, wenn wir diesen auch überweisen, denn es gibt eben eine bisherige Praxis, die zeigt, dass das Öffentlichkeitsprinzip in gewissen Teilen noch harzt. Die Erfahrungen haben eben gezeigt, dass sich die Praxis eingeschlichen hat – und es ist eine Praxis, es ist nicht eine gesetzliche Regelung -, dass eben Gesuche um Einsicht in die Protokolle von Sitzungen innerhalb der Departemente in aller Regel abgelehnt werden. Hier muss man anerkennen, dass diese Protokolle gerade bei der Nachvollziehbarkeit der Entscheide wichtig sind und der Kernidee des Öffentlichkeitsprinzips, nämlich der Transparenz und der Rechenschaft, entsprechen würde.

Ich traue dem Regierungsrat und der Verwaltung zu, dass sie hier es durchaus noch schaffen, mit ein bisschen Überlegen doch noch einige Konkretisierungen zu finden, mit welchem das mehr gemacht werden könnte, und keine Angst, es geht nicht darum, einzelne Mitarbeiter:innen an den Pranger zu stellen. Natürlich muss der Persönlichkeitsschutz gewahrt bleiben und natürlich muss auch die freie Meinungsbildung und -äusserung innerhalb einer Behörde geschützt werden. Es ist für uns aber einfach schlicht unverständlich, wieso eine ganze Dokumentenkategorie mit dem Hinweis auf den Meinungsbildungsprozess und den Persönlichkeitsschutz a priori nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll oder wieso das aktuell so gemacht wird.

Es wäre sinnvoll, wenn wir die Regierung auffordern, hier nochmals über die Bücher zu gehen und zu prüfen, ob das irgendwie möglich ist und wenn ja wie, damit wir das Öffentlichkeitsprinzip nachhaltig stärken können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bruno Lötscher ist der nächste Sprecher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Das ist ein schwieriges Thema, ein interessantes Thema und das mit den Protokollen ist gar nicht so einfach. Ich glaube, da macht man sich falsche Vorstellungen. Es ist ja nicht so, dass Protokolle nicht herausgegeben werden dürfen. Nur muss man bei den Protokollen immer eine Reihe von Überlegungen voranstellen. Man kann ja nur über abgeschlossene Geschäfte Einblick erhalten. Slso sind die Geschäfte abgeschlossen oder nicht? Und wenn man einfach sagt, Protokolle müssen grundsätzlich leichter herausgegeben werden, ist das sehr problematisch. Dann kann man ja nicht generell einfach Einblick verlangen, sondern man muss ganz konkret angeben, wofür man den Einblick haben will. Deshalb kann man auch nicht sagen, wir wollen generell die Protokolle sehen. Das scheint mir auch problematisch.

Wir haben hier tatsächlich eine gewisse Dreifachproblematik, es kommt nämlich noch die Anonymität dazu. Die Anonymisierung ist in Protokollen bei Geschäftsleitungen oder tiefer gelegenen Verwaltungseinheiten praktisch sinnlos oder sind entleert, weil man in der Regel relativ einfach zurückverfolgen kann, mit wenigen Überlegungen, wer das gesagt haben wird .Und all das führt natürlich dazu, dass Protokolle nicht einfach tel quel herausgegeben werden können. Ich denke, die Praxis, wie sie heute ist, ist sehr subtil, sehr vorsichtig. Es gibt auch eine klare Gerichtspraxis dazu.

Ich würde Ihnen nicht empfehlen, bei den Protokollen eine grosse Ausweitung zu machen, weil wir sonst natürlich das Öffentlichkeitsprinzip in einer Art und Weise auslegen, die das Gesetz so gar nie vorgesehen hat und auch nicht will und auch nicht sinnvoll ist, denn die freie Meinungsbildung muss ja irgendwie doch noch möglich sein. Es muss ja irgendwie noch möglich sein, die Gedanken mal zusammenzutragen, ohne dass man riskieren muss, dass man dann, weil die Anonymisierung eben nichts nützt, in der Öffentlichkeit steht, wo man eigentlich gar nicht hingehört.

Deshalb, ja, das ist ein Thema und ich glaube, es ist auch ein Thema vielleicht einmal zu schauen, wie effizient eigentlich das Öffentlichkeitsprinzip ist. Ich finde es eine wichtige Einrichtung, aber einfach tel quel zu sagen, Protokolle müssen von jetzt an viel einfacher herausgegeben werden, scheint mir der falsche Weg zu sein, weshalb ich hier für eine Ablehnung plädiere.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:*Wir sind damit beim Anzugsteller angelangt. Die Beda Baumgartner hat das Wort.

Beda Baumgartner (SP): Viele wichtige Punkte, die für den Anzug sprechen, wurden von meiner Vorrednerin Hanna Bay bereits gesagt. Nochmals kurz, es geht ja eben einfach auch darum, wie das Öffentlichkeitsprinzip konkret gelebt wird. Was ich nicht ganz verstehen kann bei der Argumentation der Regierung, ist folgendes. Die Motion von Christine Keller wurde ja entgegengenommen und die steht im gleichen Kontext. Die Argumentation, dass das IDG gerade revidiert wurde, greift ja in dem Kontext eigentlich auch. Also ich finde, das ist nicht wirklich das stärkste Argument.

Dann noch auf Bruno Lötscher bezogen. Es ist ein Missverständnis, es geht eben nicht darum, tel quel alle Protokolle herauszugeben. Es geht auch nicht um Fishing Expeditions, überhaupt nicht. Die Frage ist einfach, wenn ich Ihnen zuhöre, heisst es eigentlich faktisch, dass Protokolle nie herausgegeben werden. Und das kann nicht sein, das ist die Problematik, die der Anzug anzugehen versucht.

Momentan wird es eben so gelebt, wie ich es aus dem Votum von Bruno Lötscher herausgehört habe, und diese Ausführungen führen eigentlich faktisch dazu, dass man Protokolle zum Beispiel von Geschäftsleitungssitzungen nie herausgeben kann. Da muss man sich natürlich schon grundsätzlich fragen, wie man mit dem Öffentlichkeitsprinzip in diesem Bereich verfahren will, wenn das die Voraussetzung ist.

Und dann die allgemeine Niederschwelligkeit: Ich höre gerne, was Regierungsrat Conradin Cramer dazu gesagt hat. Es ist aber auch so, dass die Bekanntheit des Öffentlichkeitsprinzip längst nicht an dem Punkt ist, wie es jetzt dargestellt wird von der Regierung. Es gibt kein breites Aufmerksammachen über diese Möglichkeiten. Es ist doch einfach auch die Realität, dass wir beim Öffentlichkeitsprinzip ein sehr stabiles Gesetz haben, das aber noch sehr oft nicht gelebt wird. Und dieser Anzug ist eine kleine Verbesserung auf einer Ebene, die sehr wichtig und relevant ist.

Es geht auch nicht darum, tel quel alle Protokolle von allen Sitzungen immer zugänglich zu machen. Das ist wirklich nicht so, das können Sie ganz einfach nachvollziehen, wenn Sie die Forderung des Anzugs genau lesen. Sondern es geht darum, dass man diese Praxis, die momentan so ist, wie sie von Bruno Lötscher gut beschrieben wurde, ein bisschen aufweicht und anders lebt. Darum geht es, und dass man gleichzeitig von Seiten Regierung überlegt, wie man die Niederschwelligkeit von diesen Öffentlichkeitsgesuchen verbessern kann, indem man zum Beispiel auch die Möglichkeiten, dass man das überhaupt nutzen kann, bekannter macht.

Ich bitte Sie daher im Namen der SP-Fraktion, den Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie eine Frage von Andreas Strahm beantworten? Sie wird angenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Befürchten Sie nicht, dass durch Ihren Anzug die Qualität der Protokolle leiden könnte, dass dann einfach nur noch stichwortartig und allgemein protokolliert wird, so dass man das auch unbesorgt herausgeben kann?

Beda Baumgartner (SP): Nein, damit würde ich nämlich der Verwaltung unterstellen, dass sie nicht transparent arbeiten will, was ich niemals machen würde.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte den Anzug nicht entgegennehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 41 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005324, 19.12.24 11:28:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 49 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen bedeuten, dass der Anzug überwiesen wird.

47. Anzug 25 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Lohntransparenz bei Stellenausschreibungen für Stellen beim Kanton Basel-Stadt in Form eines Online-Gehaltsrechner und durch Angabe der Lohnklasse

[19.12.24 11:28:38, 24.5304.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Die SVP-Fraktion bestreitet dies, aber ich habe auch die FDP-Fraktion im Rücken, die Sie auch bittet, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Ziel des Anzuges ist ja die Durchsetzung der Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern im Kanton. Das darf nicht nötig sein und es ist auch nicht nötig. Der Kanton ist, wie private nota bene auch, von der Verfassung her zu Lohngleichheit verpflichtet. Der Kanton als moderner guter Arbeitgeber wird diese Lohngleichheit auch durchsetzen. Es ist ja nicht so, dass irgendein Teamleiter Arbeitsverträge ausstellt und irgendein Salär einsetzt. Diese Verträge werden, da bin ich überzeugt, professionell von den entsprechenden Abteilungen geprüft, die sicherstellen, dass die Lohngleichheit zwischen Geschlechtern eingehalten wird.

Wir sind auch überzeugt, dass der Kanton bei den Neuanstellungen – und nur für Neuanstellungen ist ja dieser Anzug gedacht – sicher kein Problem hat in diesem Bereich. Wo allenfalls noch Differenzen sein könnten ist bei Leuten, die vor Jahren angestellt wurden. Nur, da wird dieser Anzug keine Abhilfe bieten. So weit so unnötig also dieser. Anzug.

Jetzt könnte man ja sagen, nützt es nichts, so schadet es mindestens nicht. Weit gefehlt. Die Kollateralschäden dieses Anzuges sind beträchtlich. Wenn man Löhne publiziert, weckt dies Begehrlichkeiten, Neid und nicht einfach zwischen den Geschlechtern, nicht die Frauen, die dann neidisch sind auf die Männer oder umgekehrt, sondern der Abteilungsleiter eine Tür weiter gegenüber dem Abteilungsleiter, der neu eingestellt wurde auf der anderen Seite des Ganges. Es kann sogar so weit kommen, dass Bewerber abgeschreckt werden, vor allem in Kaderpositionen will man vielleicht nicht, dass der Nachbar weiss, wie viel man verdient.

Bei Bewerbungen ist der Lohn wichtig, das ist ganz klar und es ist auch immer ein Thema bei Bewerbungsgesprächen, selbstverständlich, aber der Lohn darf nicht der Trigger sein, um einen Arbeitsplatz anzunehmen. Die Aufgabenstellung, der Arbeitsplatz, der Arbeitsort, der Chef, das sind die Faktoren, die Leute langfristig am Job und am Arbeitsplatz halten, nicht der Lohn. wenn der Lohn der Hauptgrund ist, um einen neuen Job anzunehmen, dann ist die Halbwertszeit eines Arbeitnehmers, einer Arbeitnehmerin an einer solchen Position kurz. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Zaira Esposito.

Zaira Esposito (SP): Über den Lohn zu reden, ist in der Schweiz ein Tabu. Lohntransparenz ist nicht nur sprachlich ein Fremdwort. Doch warum ist es so? Denn Lohntransparenz fördert den Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Die Offenlegung von Gehältern schafft Vertrauen und ist Teil einer guten Unternehmenskultur. Sie kann ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu Gleichberechtigung und Fairness im Arbeitsleben sein. Das gilt sowohl für das Verhältnis zwischen Geschlechtern als auch für jegliche Personen, die bei der Lohnberechnung noch zu oft benachteiligt werden. Gemäss Studien hat Lohntransparenz einen direkten Einfluss darauf, ob sich Kandidatinnen und Kandidaten überhaupt auf eine Stelle bewerben. Besonders die jüngere Generation drängt auf Transparenz, die nicht nur das Vertrauen in Arbeitgebende stärkt, sondern als Voraussetzung dafür gilt.

Durch die Einführung eines realen Gehaltsrechners bei Ausschreibungen für kantonale Stellen können wir in unserem Kanton einen einfachen und auch wichtigen Schritt zur Stärkung der Lohntransparenzunternehmen. Der Kanton Bern kennt bereits eine solche Lösung, an der sich auch der Arbeitgeber Basel.Stadt orientieren könnte. Um als Arbeitgeber möglichst gerecht und transparent zu sein, gibt der Kanton Bern den potenziellen Lohn direkt im Stellenportal an, mittels eines Online-Gehaltrechners kann zudem das Gehalt für die ausgeschriebene Stelle provisorisch berechnet werden. Für die Berechnung sind Angaben wie Alter sowie Beschäftigungsgrad notwendig.

Unser Kanton nimmt eine Vorbildrolle als Arbeitgeber ein. So stellt er sicher, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wohlfühlen und zufrieden sind, und dies ab dem ersten Arbeitstag oder sogar früher, ab Anstellungsbeginn. Im Zeitalter des Arbeitskräftemangels sind Massnahmen nötig, um neue Talente als Mitarbeitende zu gewinnen, die Freude und Motivation an der Arbeit haben. Nur mit solchen Mitarbeitenden kann der Staat die Leistung erbringen, die unsere Unternehmen,

Bürgerinnen und Bürger verdient haben. Nutzen wir die Chance und stellen wir sicher, dass der Arbeitgeber Basel-Stadt auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig und attraktiv bleibt. Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Es gibt dem Votum von meiner Vorrednerin nicht mehr so viel beizufügen. Vielleicht noch als Reaktion auf Lorenz Amiet. Vielleicht gibt es da einen Generationengraben, ich rechne mich jetzt mal zu einer jüngeren Generation. Ich hoffe, das stimmt auch, in der vielleicht dieses Tabu des Lohns, das vorhin auch angesprochen wurde, vielleicht nicht mehr so gross ist. In meinem Umfeld wird über Löhne eher offener gesprochen und es findet ein offener Umgang statt. Ich glaube auch, wir müssen sehen, dass in Basel-Stadt viele Menschen leben, die aus einem anderen Land hierhergekommen sind, auch wenn es nur über die Grenze von Lörrach her ist, wo die die Lohnfrage viel offener behandelt wird als das in der Schweiz eigentlich sehr lange der Fall war.

Der Anzug möchte ja eigentlich nur einen zusätzlichen Service schaffen für die Interessierten und für die, die sich auf eine Stelle bewerben möchten. Das Lohngesetz ist ja schon da. Wenn man das möchte, kann man ja heute schon selber ausrechnen, wie viel man etwa verdienen würde. Aber ein attraktiver Arbeitgeber, der der Kanton sein möchte, gerade in Bereichen, wo man lange nach Mitarbeitenden suchen muss, ist es einfach ein weiterer Service, der jetzt niemandem weh tut.

Und dieser Anzug erfindet nicht die Welt neu, sondern möchte ein zusätzliches Angebot schaffen, das dann noch eine Nebenwirkung haben könnte und zusätzliche transparent schafft. Ich glaube nicht, dass das jetzt zu so viel Missgunst führen wird aus den gleichen Gründen, wie dass neu Bewerbende eigentlich heute schon herausfinden könnten, wie viel sie verdienen können. Für Arbeitnehmende ist der Lohn einfach auf dem Papier zumindest ein sehr wichtiger Anreiz, auch wenn zugegebenermassen die Effekte, die man sich manchmal erhofft durch höhere Löhne, vielleicht nicht so relevant sind, aber für diejenigen, die eine Stelle suchen ist, dass am Schluss eine relevante Zahl und dieser Service kann der Kanton bieten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wenn keine weiteren Wortmeldungen kommen, schliesse ich die Liste und gebe der Anzugsstellerin Amina Trevisan das Wort.

Amina Trevisan (SP): Wichtig ist einfach noch einmal zu betonen, dass die Lohngleichheit in Artikel 8 der Bundesverfassung verankert ist. Dennoch ist sie noch nicht Realität, und wir haben schon oft hier darüber gesprochen. Im interdepartementalen Vergleich sind zudem immer wieder Unterschiede in der Einreihung der Lohnklassen für eine vergleichbare Stelle festzustellen. Dadurch wird der vom Kanton Basel-Stadt proklamierte Grundsatz «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» nicht erfüllt.

Um Lohngleichheit zu erreichen, müssen verschiedene Massnahmen ergriffen und geprüft werden. Eine mögliche Massnahme wäre die Lohntransparenz bei Stellenausschreibungen im Kanton Basel-Stadt. Sie verhindert, dass schon beim Arbeitsbeginn diskriminierende und die unfaire Löhne festgesetzt werden. Verschiedene Länder kennen entsprechende Vorschriften bezüglich Lohntransparenz oder haben sie kürzlich eingeführt. Vor allem aber auch diverse Studien sind zum Schluss gekommen, dass diese Massnahme einen wichtigen Beitrag gegen Lohndiskriminierung leisten kann.

Zudem sind als ungerecht empfundenen Löhne oder Lohnsysteme häufig ein Grund für Unzufriedenheit am Arbeitsplatz. Und um es schon einmal vorab zusagen: Ja, der Lohn ist nur eine von verschiedenen Komponenten, welche die Attraktivität einer Stelle bestimmen, das ist richtig. Aber es geht nicht nur um die Höhe des Lohns, sondern auch, dass die Stellen richtig eingestuft werden. Mit diesem Verfahren wird mehr Transparenz geschaffen.

Für mich ist es wichtig, nochmals darauf hinzuweisen, dass es als Abgebende Öffentliche Hand wichtig ist, eine Vorbildfunktion einzunehmen. Deshalb wird der Regierungsrat mit diesem Anzug beauftragt, zu prüfen und zu berichten, wie bei allen Stellenausschreibungen für Stellen beim Kanton Basel-Stadt der zu erwartende Lohn beziehungsweise die Lohnbandbreite in Form eines Online-Gehaltsrechners und die Lohnklasse angegeben werden kann. Im Kanton Bern wird dies erfolgreich umgesetzt.

Ich bitte Sie, den vorliegenden Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung wird bestritten von Lorenz Amiet. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 39 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005326, 19.12.24 11:40:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 56 Ja-Stimmen und 39 Nein-Stimmen bedeuten, dass der Anzug überwiesen wird.

48. Anzug 26 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Hass, Beleidigungen, Abwertungen und Drohungen – schützt unser Kanton unsere Politiker:innen?

[19.12.24 11:40:50, 24.5305.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte mit Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe mir lange überlegt, ob ich zu dieser Sache reden soll, weil es auch ein bisschen privat und intern ist. Der Anzug hat es in sich und ich hoffe, die Betroffenen reden. Ich habe lange recherchiert zu dem Thema, seit vielen Jahren. Schaut man genau in die Statistik, egal in welchem Land, dann sieht man in ganz Europa, es betrifft vor allem die Grünen und die Rechtspopulisten.

In grossen Bevölkerungsschichten sind halt gewisse Randparteien nicht so beliebt. Trotzdem hat man Sympathisanten, aber auch ich spüre Hass, obwohl ich beliebt bin. Man hat Fans, man hat Hater und viele Leute fühlen sich irgendwie nicht richtig behandelt. Und dann was passiert? Man liest in der Zeitung, die Scheiben des Büros der SVP Basel werden zwei Mal pro Jahr zerstört.

Man muss als Politiker eine Lagebeurteilung vor sich nehmen, vor allem wenn man in Randgruppen wie Grüne oder Rechtspopulisten ist. Was mich anbelangt, und darum stehe ich noch da und ich möchte das in aller Ruhe sagen, so bin ich gerne im Grossen Rat, aber ich möchte nicht im Rollstuhl hier vorne hingefahren werden. Ich sitze auch im Restaurant nie draussen, ich gehe abends nicht raus. Ich drehe mich auch immer um, um zu sehen, ob mir jemand nachrennt.

Ich war gerade einen Monat Grossrat im 2021, da hat mich jemand am Claraplatz am helllichten Tag von hinten geschlagen. Ich habe dann den Aufruf gemacht «versuchter Totschlag».

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, legen Sie das weg und sprechen Sie zum Anzug.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber darf ich noch kurz sagen, was mir passiert ist am Claraplatz?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nein.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich weiss, wovon ich rede. Ich muss nicht unbedingt Grossrat sein, ich wäre sogar froh, wenn ich es nicht bin, denn dann lebt man viel ruhiger. Und das mit dem Rollstuhl habe ich auch gesagt, das sind die Nachteile vom Politikerleben. Auch jetzt bei der Grossratswahl 2024 sind mir zwei Personen hinterhergerannt. DAs ist alles nicht schön.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir beim nächsten Einzelsprecher Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wie auch der Regierungsrat beantragt Ihnen die SVP-Fraktion, diesen Anzug nicht an die Regierung zu überweisen. Amina Trevisan hat in ihrem Vorstoss ein Thema angesprochen, das natürlich sehr relevant ist. Das wollen wir auch gar nicht abstreiten. Das gibt es auch auf allen Ebenen. Das gibt es auch gerichtet und adressiert an Politikerinnen und Politiker auf allen Seiten des politischen Spektrums.

Offen gestanden finde ich das, was die Amina Trevisan hier in diesem Anzug fragt, wäre vielleicht eher eine Interpellation gewesen in einem ersten Schritt. Sie fragt ja zum Beispiel, ob Daten bereits erhoben wurden im Kanton Basel-Stadt oder wie sich der Regierungsrat zu einem allfälligen Pilotprojekt stellen würde. Das könnte man allenfalls auch mit einer Interpellation vom Regierungsrat erfragen.

Ganz grundsätzlich ist es klar, dass solche Beleidigungen, Abwertungen oder auch Drohungen nicht gehen. Ich selber bin wahrscheinlich etwas überdurchschnittlich davon betroffen. Ich kann Ihnen sonst gerne meine Instagram-Messages der letzten sieben Tage zeigen seit diesem Kulturförderpreis und der Diskussion um Leila Moon. Da bekomme ich jetzt jeden Tag allerlei Drohungen und Beleidigungen, Beschimpfungen und ich überlege mir dann tatsächlich auch immer, wie ich damit umgehe. Ich frage dann meistens noch, wenn es etwas sehr grenzwertig ist, einen Juristen, zum Beispiel unseren Parteipräsidenten, ob ich dagegen vorgehen soll. Bisher habe ich eher den Standpunkt vertreten, dass ich möglichst wenig Aufwand betreiben und auch den Strafverfolgungsbehörden wenig Aufwand bescheren möchte. Es gibt Grenzen, wenn man auf dem Marktplatz nach Verlassen des Rathauses mit dem Tode bedroht wird, dann muss man wahrscheinlich dagegen tatsächlich vorgehen. Das ist dann auch im Bereich des Offizialdelikts.

Aber ganz konkret jetzt in Bezug auf das, was Amina Trevisan vorschwebt. Grundsätzlich sind natürlich die Strafverfolgungsbehörden dafür zuständig, solche Dinge zu ahnden und zu verfolgen. Es liegt aber auch an uns als Politikerinnen und Politiker, wenn wir der Ansicht sind, dass etwas quasi auch strafrechtlich relevant sein könnte, Anzeige zu erstatten und entsprechend dagegen vorzugehen. Solche Daten können insofern ja auch gar nicht erfasst werden, weil jeder damit anders umgeht. Wer meldet es? Wer meldet es nicht? Wer findet etwas bereits eine Hassrede? Auch da gibt es ja unterschiedliche Bewertungen. Wenn Sie angegangen werden, hat nicht jeder die gleiche Schwelle an Erträglichkeit. Das ist auch eine sehr subjektive Wahrnehmung bis zu einem gewissen Grad. Aber dann, wenn es strafrechtlich relevant wird, dann schwindet die subjektive Wahrnehmung geht über in die Wahrnehmung einer Strafverfolgung. Und dann ist es eine Bewertung letztlich auch der Strafverfolgungsbehörde.

Wie jetzt da der Regierungsrat weiter darüber hinaus auch noch eingreifen kann, erschliesst sich uns aufgrund dieses Anzugstextes nicht. Vielleicht hat Regierungsrätin Tanja Soland, die als Sprechen des Regierungsrates sich auch eingetragen hat, noch eine substanzielle Meinung dazu, weshalb sie als Regierung diesen Anzug nicht entgegennehmen wollen.

Wir glauben deshalb, dass der Anzug sicher ein sehr gutes Thema aufgreift, auch im Zeitalter der digitalen Medien natürlich ein stärkeres Gewicht erhält, aber aus unserer Sicht sind eigentlich die bestehenden Werkzeuge bereits vorhanden. Es ist die Frage, ob man sie nutzen möchte, diese Werkzeuge. Das muss aber letztlich jeder selber entscheiden und da sind wir als Politikerinnen und Politiker auch nicht in irgendeiner Art und Weise zu privilegieren, sondern hier sind wir gleich zu behandeln wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger, die Hass, Beleidigungen oder Abwertungen erfahren. Aber dass das ein wichtiges Thema ist, das scheint mir selbstverständlich unbestritten zu sein. Wir bitten Sie aber trotzdem, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber möchte eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

Eric Weber (Fraktionslos): Hast du dann Anzeige erstattet gegen diesen Vorfall vor dem Rathaus?

Joël Thüring (SVP): Nein, da eine Morddrohung ein Offizialdelikt darstellt, muss ich keine Anzeige erstatten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Hass und Hetze, persönliche Beleidigungen, das ist auf der individuellen Ebene extrem belastend. Es ist gesundheitsschädigend. Es ist auch sehr schwierig, damit umzugehen. Mein Vorredner hat bereits ausgeführt, dass es

nicht immer ganz einfach ist zu entscheiden, wo man sich da strafrechtlich wehren soll und wo nicht. Ich denke aber, es ist auch entscheidend, dass es hier eben nicht nur um strafrechtlich relevante Punkte geht, auch Sachen, die hier nicht unter das Strafrecht fallen, können Menschen davon abhalten, sich politisch zu engagieren, können sie persönlich sehr belasten.

Es ist aber nicht nur auf der persönlichen Ebene schlimm. Es ist vor allem auch für unsere Demokratie, für unser Milizsystem problematisch, weil es immer schwieriger ist, Menschen zu finden, die sich das antun wollen. Wir alle haben bei den Wahlen Menschen davon zu überzeugen versucht, oder es ist uns auch teilweise gelungen, für die Wahlen zu kandidieren. Ich habe aber auch sehr oft gehört, ich möchte mich sehr gerne politisch engagieren, aber ich möchte nicht so persönlich im Fokus stehen. Das ist nicht mehr nicht recht, das ist schwierig. Und das liegt natürlich auch daran, dass man hier vor allen stehen muss und das gehört irgendwie dazu, aber es hat Grenzen, was man sich antun muss.

Dieser Hass, abwertende Kommentare und so weiter betreffen vor allem Frauen und Minderheiten, auch wenn wir vorher andere Beispiele gehört haben, die es auch betreffen kann. Deshalb ist es besonders schwierig, Menschen dieser Bevölkerungsgruppen dafür zu gewinnen, auf Wahllisten zu kandidieren oder hier sich im Grossen Rat oder anderen politischen Gremien zu engagieren. Das ist ein ernsthaftes Problem für unser Parlament, weil eigentlich sollte dieses Parlament ja die Bevölkerung repräsentieren, also alle Bevölkerungsgruppen anteilsmässig sollten hier vertreten sein. Wenn wir uns umschauen, sehen wir, das ist definitiv nicht der Fall. Das liegt nicht nur daran, dass man solchem Hass oder Beleidigungen ausgesetzt ist, aber es ist eben auch ein Grund und es macht es zunehmend schwierig.

Deshalb finde ich es sehr wichtig, dass wir hier diesen Anzug überweisen und bitte Sie das zu tun, auch wenn die Antwort darauf, was getan werden kann, vielleicht nicht ganz einfach ist. Es kann nicht die Lösung sein, einfach wegzuschauen und zu tun, als wäre es kein Problem, und irgendwann finden wir gar niemanden mehr, der oder die sich politisch engagieren möchte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Alexandra Dill.

Alexandra Dill (SP): Eine Demokratie lebt davon, dass Menschen bereit sind, sich einzubringen. Wir alle hier achten sie und scheuen auch den Aufwand nicht, denn es bedeutet eine besondere Rolle in der Demokratie einzunehmen.

Ich zumindest verstehe mein Amt stark so, dass ich der Bevölkerung eine Stimme gebe, sie vertrete, mein Quartier, mein Umfeld, meine Wähler:innenschaft, aber auch gerade solche, die nicht wählen dürfen und trotzdem betroffen sind von unseren Entscheidungen, und die auch gehört und vertreten werden sollen.

Dafür exponieren ich mich hier. Wir alle tun das, wir alle hier exponieren uns, indem wir Stellung beziehen, Haltung zeigen, Partei ergreifen. Wir haben verschiedene Perspektiven, die wir hier teilen und verhandeln. Wir treten für Lösungen ein und finden Kompromisse. Das ist harte und natürlich auch schöne und ehrenvolle Arbeit für unseren Kanton, für die Bevölkerung. Nicht alle Haltungen, die wir beziehen, passen allen. Das liegt in der Natur einer Demokratie und ist per se nicht schlimm und auch nicht vermeidbar. Aufgrund verschiedener gesellschaftlicher, medialer und wirtschaftlicher Entwicklungen nehmen aber Angriffe, Beleidigungen, Hass und Hetze gegen Personen, die sich exponieren, zu, im digitalen, aber auch im analogen Raum.

Dies ist nicht nur erschwerend für das Leben von uns Politiker:innen, sondern auch für die Demokratie. Wir brauchen diesen sicheren Rahmen, um unsere Perspektiven zugunsten der politischen Verhandlungen und Debatten einzubringen. Hier drin haben wir uns ein neues Reglement zum Schutz der persönlichen Integrität gegeben. Das ist wichtig und hilft uns untereinander. Aber auch Hass und Hetze von aussen ist nicht okay und kann uns alle treffen. Besonders betroffen sind dabei gerade Personen, die in der Politik aus strukturellen Gründen untervertreten sind: Frauen, genderqueere Menschen, migrierte Personen oder People of Color. Sie setzen sich durch ihr politisches Engagement einem noch höheren Risiko aus. Für eine funktionierende Demokratie erachte ich es aber als essenziell, dass alle sicher teilhaben können und sehe uns als Gesellschaft sowie die öffentliche Hand in der Pflicht, dies sicherzustellen.

Was dieser Anzug will, ist erstens eine Datengrundlage zu unserem Kanton bezüglich Hassreden, Beleidigungen, Abwertungen oder Drohungen gegen politisch Engagierte und zweitens in einem Pilotversuch ein digitales Meldeverfahren und eine Anlaufstelle für Beratung zu testen. Ich halte dies für äusserst sinnvolle Anliegen für das Funktionieren unserer Demokratie und bitte auch im Namen der SP-Fraktion um Überweisung des Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat ist der Überzeugung, dass die vorhandenen rechtsstaatlichen Mittel ausreichen, um sich als Politikerin oder Politiker wirksam gegen Hassreden und andere Formen von Anfeindungen zur Wehr setzen zu können. Zusätzliche Massnahmen hält er nicht für erforderlich. Insbesondere ist ungewiss, welchen

weiterführenden Nutzen ein Benchmark hätte und ob sich die Urheberschaft solcher Aggressionen durch eine Öffentlichkeitskampagne massgeblich in ihrem Verhalten beeinflussen liesse.

Und ein weiteres Argument, das vielleicht auch Joël Thüring schon genannt hat: Es stellt sich schon die Frage, warum Politikerinnen und Politiker hier privilegiert werden sollen, ob man das wirklich auf uns so speziell ausrichten sollte.

Der Regierungsrat bittet Sie daher, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: An dieser Stelle sehe ich, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt ausser jene der Anzugsstellerin. Das heisst, die Redeliste ist geschlossen, es reicht aber trotzdem nicht für die Abstimmung. Wir eröffnen am Nachmittag mit der Anzugstellerin und stimmen dann ab.

Schluss der 45. Sitzung

11:57 Uhr

Protokoll

der 46. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Donnerstag, den 19. Dezember 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Seyit Erdogan (SP), Anina Ineichen (GAB), Beat Braun (FDP).

Verhandlungsgegenstände:

48. Anzug 26 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Hass, Beleidigungen, Abwertungen und Drohungen – schützt unser Kanton unsere Politiker:innen? 3
49. Anzug 27 Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Solarstrom via IWB-Contracting-Vertrag auch auf Dachflächen von Einfamilienhäusern, Mehrfamilienhäusern und Genossenschaften 4
50. Anzug 28 Leoni Bolz und Konsorten betreffend Vermittlung fürsorgerischer Zwangsmassnahmen in den Schulen 8
51. Anzug 29 Anouk Feurer und Konsorten betreffend Kleinkinder und Bildschirme 12
52. Anzug 30 Lisa Mathys und Konsorten betreffend "Für selbständige Kinder: Mehrfahrtenkarten im TNW erhalten" 13
53. Anzug 31 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Markierung von sicheren Fussgänger Übergängen bei Tram-Haltestellen 14
54. Anzug 32 Philip Karger und Konsorten betreffend Erhöhung des Angebots an Sitzplätzen in der Innerstadt im öffentlichen Raum 15
55. Anzug 33 Eric Weber betreffend Freikarten für Grossräte für den Eurovision Song Contest in Basel 15
56. Anzug 34 Eric Weber betreffend Ordnung im Grossen Rat 16
57. Anzug 35 Amina Trevisan und Konsorten betreffend «Wohnen für Hilfe» - intergenerationales Projekt gegen Wohnungsnot und Einsamkeit 17
58. Anzug 36 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Mammografie-Screening-Programm soll auch jüngere und ältere Frauen miteinbeziehen 19
59. Anzug 37 Lukas Bollack und Konsorten betreffend die Anpassung der Praxis zur Einrichtung von Veloabstellplätzen in den Quartieren 20
60. Anzug 38 Jenny Schweizer und Konsorten betreffend Neubeurteilung der Frühlingsferien 23
61. Anzug 39 Tobias Christ und Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Anstellung pflegender Angehöriger durch Spitex Organisationen 23
62. Anzug 40 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend «Fernwärme Basel2037» – Kehricht-Saisonspeicher + Wärmepumpen für die Basler Fernwärme 23
63. Anzug 41 Joël Thüring und Konsorten betreffend Fr. 35.- statt 75.- in Basel-Landschaft: Überprüfung der Gebühren für den Führerausweis im Kanton Basel-Stadt 25
64. Anzug 42 Hanna Bay und Konsorten betreffend Unterstützung für Angehörige und Kinder von inhaftierten Personen 25
65. Anzug 43 Fina Girard und Konsorten betreffend angemessene Löhne für Praktikant:innen der PH 25
66. Anzug 44 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Kompetenzzentrum für geschlechterreflektierte Männerarbeit 29
67. Anzug 45 Barbara Heer und Konsorten betreffend Gutscheine für werdende Väter für Geburtsvorbereitungskurse 33
68. Anzug 46 Christine Keller und Konsorten betreffend Förderung, Stärkung und Anerkennung von Freiwilligenarbeit und freiwilligem Engagement durch einen kantonalen Freiwilligenausweis (gestützt auf das Generationenleitbild der Basler Alterskonferenz) 36

69. Anzug 47 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Förderung von Literatur für Kinder und Jugendliche 38
70. Anzug 48 Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend die Bewirtschaftung öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur für E-Nutzfahrzeuge 38

Beginn der 46. Sitzung

Donnerstag, 19. Dezember 2024, 15:00 Uhr

48. Anzug 26 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Hass, Beleidigungen, Abwertungen und Drohungen – schützt unser Kanton unsere Politiker:innen?

[19.12.24 15:00:09, 24.5305.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zu unserem Schlussspurt vor Weihnachten und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen.

Zur Nachtsitzung im Januar: Es ist so, dass ich aktuell nicht abschätzen kann, wie die Traktandenliste wirklich aussieht. Da sind noch gewisse Fragen offen, die sich erst später klären werden. Deshalb erlaube ich mir ausnahmsweise eine eventuelle Nachtsitzung auf das Programm zu nehmen und wir werden dann im Januar möglichst früh in der Sitzung entscheiden, ob es eine gibt oder nicht.

Und das zweite betrifft auch den Januar: Wir haben heute vor einer Stunde geübt, wir haben gesungen und wir werden den Januar gemeinsam singend eröffnen. Ich schicke Ihnen dazu dann noch weitere Infos. Es ist so, dass man einfach am Platz sein darf und so gut mitmacht wie das von dort geht, oder Sie dürfen sich auch ein bisschen einsingen und sich zu den anderen Singenden gesellen, die stehen. Ich bin gerührt und dankbar, dass so viele so gut mitmachen. Vielen Dank.

Wir sind stehengeblieben bei Traktandum 48 Anzug Amina Trevisan und Konsorten. Die Anzugsstellerin hat noch das Schlusswort offen. Sie hat damit das Wort.

Amina Trevisan (SP): Einleitend möchte ich betonen, dass es mir bei diesem Anzug nicht darum geht, eine Ungleichbehandlung zwischen Politiker:innen und der Zivilbevölkerung zu erwirken. Alle Menschen haben einen Anspruch auf Schutz vor Hass, Beleidigungen, Abwertungen und Drohungen, selbstverständlich. Denn Hate-Speeches und Hetze verbreiten sich unkontrollierbar und sind leider alltäglich und salonfähig geworden. Solche Reden überschreiten zudem die Grenzen der Meinungsäusserungsfreiheit. Sie tragen in sich den Keim der Gewalt. Es ist somit im Interesse unserer liberalen Demokratie gegen sie vorzugehen.

Betroffene von Hate-Speeches und Hetze wiederum werden psychisch und emotional verletzt, was oft nur schwer auszuhalten ist. Hate-Speeches im Kontext der Politik birgt aber auch eine Gefahr für die Demokratie. Hate-Speech wirkt sich negativ auf die Qualität des öffentlichen Diskurses aus. Sie schafft ein feindseliges Klima, in dem sich immer weniger Menschen zu äussern wagen. Dies schwächt die Demokratie.

Als migrantische, linke, feministische und aus der Arbeiter:innenschicht stammende Frau bin ich auch Ziel von Abwertungen, Diffamierungen, Hass und weiss, wie sich das anfühlt. Joël Thüring hat heute Vormittag ein Beispiel gebracht. Ich möchte auch meine Erfahrung mit einem Beispiel belegen. Als ich mich erst kürzlich für die integrativen Schulen einsetzte oder auch gerade kürzlich mich gegen ein Spielplatzverbot gegenüber Umas äusserte, erhielt ich zahlreiche E-Mails aber auch Kommentare und Nachrichten auf Social-Media, die mich persönlich angriffen, herabsetzten und mir Kompetenzen absprachen. Ziel dieser Hater ist es, mich durch persönliche Attacken zu demütigen und einzuschüchtern, sowie mich zum Schweigen zu bringen, so dass ich mich aus einen Diskurs zurückziehe. Das ist eine gefährliche Praxis, die System hat.

Ich kann mit solchen persönlichen Angriffen gut umgehen, ohne dass ich mir einen Mantel aus Teflon aufbauen muss, der alle Anfeindungen abprallen lässt. Vielleicht liegt es am Alter, vielleicht daran, weil ich zu oft mit Anfeindungen umgehen musste. Aber bei meinem Vorstoss geht es mir insbesondere um jüngere Menschen, unabhängig der Parteizugehörigkeit, die sich politisch einbringen möchten, egal auf welcher politischen Ebene, so wie um politisch Engagierte, unabhängig ihres Alters, die bereits in die Politik eingetreten sind. Denn eine Befragung im Kanton Zürich im Rahmen des Pilotprojekts Stop Hate Anfang dieses Jahres hat dargelegt, dass jede dritte gewählte Politikerin beziehungsweise jeder dritte gewählten Politiker bereits Hassrede erlebt hat. Eine von vier der betroffenen Personen hat sogar von Androhung von Gewalt berichtet.

Obwohl eine gewisse, manchmal auch polemische Streitkultur zur Politik gehört, liegt ebenso auf der Hand, dass Hassnachrichten, Beleidigungen, Beschimpfungen und Drohungen eine ernst zu nehmende Gefahr für die Demokratie darstellen. Über politische Positionen darf und muss gestritten werden. Das ist essentiell für unsere Demokratie. Was jedoch

immer und überall inakzeptabel und zu verurteilen ist, sind Hass und Hetze. Es kommt immer wieder vor, dass Politiker:innen ihr Amt deswegen niederlegen oder sich gar nicht erst für eine Kandidatur zur Verfügung stellen.

Auch kann es einen Einfluss darauf haben, zu welchen Themen sich Politiker:innen exponieren und zu welchen auch nicht. Das trifft insbesondere auf die Politik zu. Eine Zunahme von Hass und Hetze gegen Politiker:innen gefährdet das Milizsystem, weil weniger Menschen bereit sind, ein politisches Amt zu übernehmen. Hinzu kommt, dass bestimmte Gruppen von Personen, die in der Politik aus strukturellen Gründen untervertreten sind, durch ihr politisches Engagement einem nochmals erhöhten Risiko ausgesetzt sind, zur Zielscheibe von Hass, Beleidigungen oder Drohungen zu werden. Es sind dies in erster Linie Frauen, queere Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte sowie People of Color, aber auch aufgrund ihres Aussehens werden Frauen vermehrt angegriffen und blossgestellt. Die Parteien stehen in der Pflicht, ihre Exponentinnen in solchen Situationen zu unterstützen, doch ist es eine Aufgabe, der Gesamtgesellschaft, die demokratische Partizipation von verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu fördern und die Politiker:innen von Hass und Beleidigung zu schützen. Die öffentliche Hand steht hier in der Pflicht. Ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 43 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005330, 19.12.24 15:07:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 44 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben Besuch. Auf der Tribüne begrüsse ich eine Klasse des Wirtschaftsgymnasiums Basel mit Lehrperson David Schreiber. Sie haben vorher schon fleissig mit zwei Ratskollegen debattiert, ich hoffe, das war spannend. Ich finde es super, dass Sie hier sind, wir freuen uns immer über Besuch im Rathaus.

49. Anzug 27 Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Solarstrom via IWB-Contracting-Vertrag auch auf Dachflächen von Einfamilienhäusern, Mehrfamilienhäusern und Genossenschaften

[19.12.24 15:08:27, 24.5308.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das heisst, wir eröffnen die Debatte und fangen mit Daniel Sägesser an.

Daniel Sägesser (SP): Zunächst möchte ich mich, obwohl ich sogleich gegen eine Überweisung dieses Anzugs votieren werde, bei Thomas Widmer-Huber für den Input bedanken. Ich freue mich über alle Ideen, welche das Ziel haben, die Erreichung der Klimaziele, die Energiewende oder die Solaroffensive sozialverträglich zu gestalten. Der Anzug nimmt nämlich auch einen Punkt auf, der im bisherigen Ratschlagsentwurf zur Solaroffensive des Regierungsrats zu wenig berücksichtigt wurde. Die Solaroffensive sieht ja, wie von diesem Parlament gefordert, eine PV-Nachrüstpflicht für

bestehende Gebäude vor. Dies wird dazu führen, dass auch Menschen zum Bau einer PV-Anlage verpflichtet werden, die nicht über genügend Eigenmittel verfügen. Dies werden wohl nicht sehr viele Fälle sein, aber es wird sie geben. Die SP-Fraktion ist klar der Meinung, dass wir hier für diese Fälle eine Lösung bereit haben müssen. Dies hat meine Partei auch in ihrer Vernehmlassungsantwort zur Solaroffensive klar gefordert.

Trotzdem muss ich Ihnen von der Überweisung dieses Anzugs abraten. Thomas Widmer-Huber, Sie wissen, ich habe Ihnen meine Bedenken bereits vor Einreichung des Anzugs genannt. Ich halte den in diesem Anzug vorgeschlagenen Weg für falsch. Der Anzug muss als Aufforderung an die IWB verstanden werden, ihr bestehendes Contracting-Angebot auszubauen. Contracting-Lösungen gehören aber klar nicht zum Grundversorgungsauftrag, sondern sind ein Marktprodukt, bei dem die IWB schon heute im Wettbewerb mit privaten Anbietern steht. Die Aufforderung, die IWB solle ihr Angebot im freien Markt ausbauen, ist das exakte Gegenteil dessen, was dieser Rat letzten Juni mit der einstimmigen Überweisung des Anzugs Urgese betreffend fairen Wettbewerb zwischen kantonalen Unternehmen und Privaten gefordert hat.

Ich habe mich bei diesem Anzug denn auch gleich dreifach gewundert. Zunächst als ich gesehen habe, wer den Vorstoss alles mitunterzeichnet hat, darunter geschätzte Kollegen, die ich bisher eher dem Gewerbe zugeordnet habe, ich nenne hier jetzt keine Namen. Zum zweiten, als ich verdutzt zur Kenntnis nahm, dass sich der Gewerbeverband scheinbar nicht dazu berufen fühlt, sich in seinem Empfehlungsschreiben zu diesem Anzug zu äussern. Zuletzt aber auch, als ich in der Kreuztabelle vom Oktober gesehen habe, dass die Gewerbler:innenfraktion Nummer 1 in diesem Parlament, das ist übrigens die sozialdemokratische Fraktion, scheinbar als einzige mit einem Minus die Fahne der Privatwirtschaft hochhält. Alle anderen Fraktionen hatten ein Plus eingetragen.

Nun, wie Sie wissen, bin ich nicht nur ein sehr liberaler, sondern auch ein sehr neugieriger Mensch und so habe ich in den letzten Wochen in den verschiedenen bürgerlichen Fraktionen noch Antworten gesucht, wie man eine Überweisung dieses Anzugs mit wirtschaftsliberalen Argumenten begründen könnte. Antworten habe ich nicht wirklich gefunden, allerdings scheint aber etwas Bewegung in die Sache gekommen zu sein, denn nach aktueller Kreuztabelle haben inzwischen, zumindest die FDP und die SVP ,ins Gewerbelager gewechselt. Stand jetzt steht die Kreuztabelle aber immer noch auf Überweisung.

Deshalb und für den Fall, dass ich Sie bisher noch nicht von einem Nichtüberweisen überzeugen konnte, erlauben Sie mir bitte noch folgenden Hinweis. Selbstverständlich dürfen Sie die Meinung vertreten, dass die öffentlichrechtliche IWB in diesem Feld ihr Angebot im freien Markt ausbauen sollte und diesen Anzug überweisen. Der Regierungsrat will aber, anders als im Juni den Anzug Urgese, diesen Anzug gar nicht überwiesen bekommen. Es ist wohl nicht damit zu rechnen, dass der Regierungsrat in den nächsten zwei Jahren seine Meinung dazu ändert. Viel wahrscheinlicher ist es jedoch, dass der Regierungsrat in zwei Jahren gleichzeitig zum Anzug Urgese berichtet, dass er nach wie vor nicht der Meinung ist, dass die Politik die IWB auffordern sollte, in diesem Feld ihr Marktangebot auszubauen.

Ich denke also, wir können der Verwaltung und auch diesem Parlament diese Extrarunde sparen. In dem Sinne appelliere ich insbesondere an die LDP und an die GLP: Kehren Sie noch einmal in sich und stellen Sie sich die simple, aber alles entscheidende Frage: What the ell...

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben nicht ganz sicher eruieren können, an welcher Stelle sich Regierungsrat Kaspar Sutter registriert hat, aber wir haben ihn nach Lukas Bollack eingeordnet. Damit hat jetzt Harald Friedl das Wort.

Harald Friedl (GAB): Nach dem interessanten Votum von Daniel Sägesser mache ich es relativ kurz. Das GAB ist für Überweisung dieses Anzugs, wir haben ihn auch unterstützt mit der Unterschrift. Ich kann Ihnen aber auch sagen, dass zunächst die Version einer Motion vorlag, da war ich auch kritisch.

Für mich geht es primär einmal darum, dass der Kanton oder wir im Parlament entschieden haben, wir wollen diese Solaroffensive. Und es gibt wahrscheinlich Fälle, das hat Daniel Sägesser hat ja auch schon ausgeführt, von Personen oder von Eigentümer:innen, die da Mühe haben, das zu finanzieren. Wir denken, der Kanton sollte zusammen mit der IWB prüfen, ob sie das Angebot mit dem Contracting, wie sie es schon bei Unternehmen machen, auch auf Privathaushalte oder auf Genossenschaften ausweiten können.

Daher sind wir für Überweisung, damit der Regierungsrat das darlegen kann. Vielleicht kann das Regierungsrat Kaspar Sutter Regierungsrat das jetzt schon machen, aber trotzdem, ich denke, das bedarf einer vertieften Erklärung, wie das gehen könnte oder warum es dann auch nicht gehen kann.

Daher bitten wir Sie als GAB, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Bereits in unserer Antwort zur Vernehmlassung der Solaroffensive haben wir Grünliberale festgehalten, dass die Finanzierung von Solaranlagen für Besitzer:innen von Liegenschaften mit kleinen Dächern schwierig sein kann. Das betrifft insbesondere ältere Personen, die oftmals keinen Kredit mehr bekommen. Wir sind uns da einig, dass es offenbar Schwierigkeiten gibt.

Als eine mögliche Lösung dieses Problems haben wir die Bereitstellung eines Contracting-Angebots seitens der IWB vorgeschlagen. Dadurch würden die Investitionskosten von der IWB getragen, die würde aber natürlich dann auch zur Nutzniesserin des produzierten Stroms. Eine solche Lösung finden wir attraktiv, da sie ohne staatlichen Zwang, jedenfalls nicht für die Liegenschaftsbesitzenden, auskommt und auch kein Einsatz von Steuergeldern erfordert. Wir finden das dann doch noch einigermassen liberal.

Wir befürworten deshalb, dass die Regierung dieses Anliegen prüft und werden für Überweisung des Anzugs stimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir möchten das Solarpotenzial in unserem Kanton möglichst ausschöpfen. Sie haben uns auch den Auftrag gegeben, eine Solarpflicht einzuführen. Wie Sie wissen, hat der Regierungsrat seinen Vorschlag in die Vernehmlassung geschickt und wir sind zurzeit daran, diese Vernehmlassungsantworten auszuwerten und dann Ihnen den überarbeitenden Ratschlag im kommenden Jahr vorzulegen, damit Sie entscheiden können, wie die Solarpflicht und die Solaroffensive aussehen wird, mit dem Ziel, möglichst viel des hier möglichen Strompotenzials zu nutzen.

Jetzt zum Vorstoss. Es ist so, dass es auch eine gute Möglichkeit ist, wenn man selber das Kapital nicht investieren will, dass das jemand anders macht, dass man seine Dachfläche zur Verfügung stellt, einer anderen Firma oder auch der Nachbarin oder dem Nachbarn oder einer Genossenschaft oder wem auch immer. Aber wie diese Ausführung schon zeigt, das ist ein liberaler Markt. Da gibt es eine Nachfrage, da gibt es auch verschiedene Angebote und ja, das soll auch so bleiben.

Und hier setzt auch der Antrag des Regierungsrates an, weshalb wir Ihnen beantragen, diesen Anzug uns nicht zu überweisen. Es geht einerseits um eine ordnungspolitische Überlegung und andererseits auch um die Überlegung, dass es das bereits gibt.

Zum ordnungspolitischen Aspekt: Die IWB hat einen Monopolteil mit Versorgungspflichten und sie hat einen Wettbewerbsteil. Und das Contracting ist klar im Wettbewerbsteil. Da gibt es ganz viele Anbieter, KMU, auf diesem Markt, und die IWB ist ein Player. Und mit diesem Vorstoss lösen Sie diese eigentlich klare und richtige Trennung innerhalb des IWB-Konstruktes auf, indem sie im Wettbewerbsteil politisch beeinflussen möchten, das heisst einwirken möchten, dass die IWB da tätig wird, selbst wenn es sich nicht rentiert oder selbst wenn es da Angebote gäbe und gibt von privaten Anbieterinnen und Anbietern.

Das möchte der Regierungsrat nicht. Wir sind der Meinung auch aus einer Public Coperate Governance-Sicht, wie das auch der Vorstoss Urgese fordert, dass man hier klar ist und diese Vermischung nicht macht. Deshalb beantragen wir Ihnen, diesen Anzug nicht zu überweisen und nicht in diese Vermischung zu gehen und nicht die IWB oder besser gesagt das Kleingewerbe hier zu schaden, indem die IWB hier einer anderen Rolle des staatlichen Versorgers übernehmen soll.

Der zweite Punkt ist, dass es das bereits gibt. Ja die IWB hat in diesem Wettbewerbsteil heute bereits Contracting-Angebote. Das gilt auch für Genossenschaft und Mehrfamilienhäuser, und sie prüft zurzeit auch, und das macht sie unternehmerisch, ob sie dieses Contracting weiter ausdehnen wird. Die IWB macht das selbstständig in ihrem Wettbewerbsteil. Da darf sie nur aktiv sein, wenn sich das auch rechnet für sie als Unternehmen. Und es darf nie eine Quersubventionierung stattfinden aus dem Monopolbereich. Das sind die Bedingungen und in diesen Rahmenbedingungen handelt die IWB auch im Interesse, dass diese Angebote hier bestehen.

Aber wie schon gesagt, es gibt ganz viele, auch Sie können ein Contactring machen mit ihrem Nachbarhaus, wenn Ihr Nachbar oder Ihre Nachbarin Ihnen diese Fläche zur Verfügung stellt. Dieser Markt ist offen und das soll er auch bleiben, ohne dass wir hier von der Politik her stärker intervenieren.

Aus diesem Grund möchte ich Sie bitten, diesen Vorstoss nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Wer von Ihnen hat noch nie einen Vorstoss unterschrieben, der auf den ersten Blick saugut ausgesehen hat. Ja, die Idee hat mich überzeugt, Thomas Widmer-Huber hat das auch sehr gut und freundlich verkauft. Ich habe da gutgläubig wie ich bin meine Unterschrift geleistet.

Aber ich kann Ihnen also sagen, es schmerzt dann schon, wenn ausgerechnet Daniel Sägesser einen an sein liberales Gewissen erinnern muss. Nun gut, zur Politik gehört, dass man gute Argumente austauscht, und manchmal hat Daniel Sägesser die besseren Argumente als ich. Und es freut mich natürlich sehr, dass ich jetzt da zum Besten geben kann, dass ich mich überzeugen liess von seinen Argumenten, dass auch ich wieder mich zum liberalen Feld zähle und deshalb Ihnen auch beliebt mache, diesen Vorstoss nicht zu überweisen.

Nachdem Daniel Sägesser mir gezeigt hat, um was es wirklich geht, habe ich selbst ein bisschen recherchiert für alle die von Ihnen, die das nicht gemacht haben. Ja, es gibt einen privaten Markt. Ja, dieser private Markt ist genügend stark. Nein, es braucht wirklich nicht noch ein zusätzliches Produkt von der IWB. Nein, wir können mit bestem Gewissen auf diesen Anzug und die Überweisung desselben verzichten, und wir dürfen uns alle hier drin von der SP bis SVP liberal nennen. Das ist doch wunderschön in dieser vorweihnächtlichen Zeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Das Urteil darüber, wer jetzt gewerbefreundlich oder gewerbenah ist, das überlasse ich gerne den Vertretern des Gewerbes ist. Nur so viel, ein kleiner Spoiler, die SP schneidet da nicht ganz so gut ab, wie Kollege Sägesser sich hier aufspielt. Aber das weiss er ja auch.

Nun die FDP-Fraktion kann Contracting-Lösungen für Solaranlagen einiges abgewinnen. Das kann durchaus sinnvoll sein, aber die entscheidende Frage ist, wer soll das machen? Wer soll das anbieten? Und da möchte ich in das gleiche Horn blasen wie der Wirtschaftsdirektor und wie mehrere Vorredner. Wir sind aus grundsätzlichen Überlegungen gegen die Ausdehnung der Geschäftstätigkeit der IWB in Bereichen, wo es private Anbieter gibt, und dass es solche in diesem Bereich gibt, das wurde uns entsprechend dargelegt. Das wäre jetzt ein ganz konkretes Beispiel dafür, wie private Anbieter von einem Unternehmen im öffentlichen Eigentum konkurrenziert oder sogar vom Markt verdrängt werden.

Und natürlich hätte die IWB hier entsprechende Wettbewerbsvorteile. Es muss ja nicht immer direkt Steuergeld fliessen, damit ein solcher Wettbewerbsvorteil besteht. Er besteht zum Beispiel darin, dass man auf den Finanzmarkt attraktivere Konditionen hat, es geht hier um eine doch kapitalintensive Tätigkeit, wenn man hier solche Contracting-Lösungen macht. Natürlich hat ein Unternehmen im öffentlichen Eigentum mit den Sicherheiten, die dahinterstehen, bessere Möglichkeiten als ein Gewerbe. Natürlich hat man als Teilmonopolist Adressen zur Verfügung, die andere eben nicht haben, sondern sich teuer entsprechend erkaufen müssen.

Also, diese Wettbewerbsvorteile sind gegeben, das möchten wir nicht, und deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Zwischenfrage von Oliver Bolliger wird angenommen.

Oliver Bolliger (GAB): Würden Sie auch so antworten, wenn wir die IWB privatisieren würden und dann auf den Markt schicken würden, wäre dann die IWB aus Ihrer Sicht der richtige Partner, um dieses Contracting für die Kleinen und Genossenschaften machen zu können?

Luca Urgese (FDP): Natürlich ist das eine rhetorische Frage. Wäre die IWB ein privates Unternehmen, könnte sie frei entscheiden, ob sie sich in diesen Wettbewerb begeben will und ob das in ihrem Geschäftsmodell rentabel ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, damit geht das Wort an den Anzugssteller Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Ich danke für die Diskussion. Mir ging es natürlich nicht darum, die IWB auch staatlich zu fördern oder zu unterstützen, sondern mein Ansatzpunkt war eher, dass die IWB das mal prüft und dass nachher eben die Privaten das je nachdem selber anbieten. Für mich ist es auch klar, wenn die IWB zum Beispiel findet, dass für Einfamilienhäuser die Dachfläche zu klein wäre, dann kann ja die IWB sagen, nein, das machen wir nicht und das machen andere auch nicht. Mir geht es jetzt nicht um die grundsätzliche Frage, ob das die IWB oder ein Privater macht, mir geht es darum, dass die IWB einmal prüft, was möglich ist, was sie machen möchte, und die WB kann ja immer noch sagen, wir machen das nur in einem gewissen Teil. Ich gehe auch davon aus, dass Private nachziehen und profitieren werden, falls die IWB etwas entwickelt.

Es geht um das Grundsätzliche, das zu fördern, und das finde ich eben gerade auch für Private, die finanziell nicht so gut dastehen, wichtig, dass sie die Möglichkeit erhalten. Aber eben wie gesagt, die IWB wird einfach gebeten, zu prüfen und zu berichten und ich möchte Sie bitten, diesem Anzug auch zu zustimmen. Wenn Sie vielleicht gewisse Vorbehalte haben, es geht ja nur um Prüfen und Berichten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte den Anzug nicht entgegennehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 59 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005332, 19.12.24 15:27:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 50 Nein-Stimmen, 33 Ja-Stimmen und eine Enthaltung führen dazu, dass der Anzug nicht überwiesen wird.

50. Anzug 28 Leoni Bolz und Konsorten betreffend Vermittlung fürsorgerischer Zwangsmassnahmen in den Schulen

[19.12.24 15:27:50, 24.5309.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte mit Gianna Hablützel-Bürki.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Diskussion um die fürsorglichen Zwangsmassnahmen und ihre langfristigen Auswirkungen auf die Betroffenen ist zweifelsohne von grosser gesellschaftlicher Relevanz. Es ist unsere moralische Verpflichtung, dieses dunkle Kapitel der Schweizer Geschichte aufzuarbeiten und im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Trotzdem lehnt die SVP-Fraktion den vorliegenden Antrag, ein verpflichtendes Modul zu diesem Thema in den Lehrplan aufzunehmen, entschieden ab.

Lassen Sie mich die Gründe dafür darlegen. Die Einführung eines neuen Moduls würde das ohnehin schon stark belastete Bildungssystem zusätzlich strapazieren. Lehrpersonen, Schulleitungen und Bildungsbehörden auf kantonaler Ebene wären gezwungen, umfangreiche Planungs- und Abstimmungsprozesse zu bewältigen, die Ressourcen von zentralen Aufgaben abziehen. Schon heute klagen viele Lehrpersonen über einen überfüllten Lehrplan, der kaum Raum für zusätzliche Themen lässt. Ein verpflichtendes Modul würde zwangsläufig dazu führen, dass andere Inhalte vernachlässigt werden müssten, eine Situation, die wir nicht verschärfen dürfen.

Es ist zudem fraglich, ob ein neues Modul tatsächlich einen Mehrwert bietet. Die relevanten Aspekte könnten bereits heute im Rahmen bestehender Fächer wie Geschichte, Sozialwissenschaften oder Ethik behandelt werden. Ein weiteres Modul könnte unnötige Überschneidungen schaffen, ohne signifikant zur Wissensvermittlung beizutragen.

Darüber hinaus erfordert die Entwicklung und Einführung eines solchen Moduls erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen. Diese könnten weitaus sinnvoller eingesetzt werden, etwa durch die Unterstützung bestehender Projekte, die bereits bewährte Arbeit leisten, beispielsweise Zeitzeugenprojekte oder Workshops, die Schülerinnen und Schüler direkt

ansprechen. Solche Ansätze fördern nicht nur die inhaltliche Auseinandersetzung, sondern schaffen auch eine emotionale Verbindung zu den historischen Themen.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Motivation der Lehrpersonen. Historische Themen wie die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen leben davon, dass Lehrpersonen das Thema freiwillig und aus Überzeugung aufgreifen. Eine verpflichtende Einführung könnte diese Motivation untergraben und das Thema zu einer reinen Pflichtübung degradieren. Es wäre weitaus sinnvoller, Lehrpersonen durch Fortbildungsangebote und Informationskampagnen zu ermutigen, sich eigeninitiativ und mit Begeisterung damit auseinanderzusetzen.

Es gibt bereits fundierte und gut aufbereitete Materialien zu diesem Thema. Das Problem liegt weniger in deren Verfügbarkeit, sondern vielmehr darin, dass diese Angebote zu wenig bekannt sind. Statt zusätzliche Strukturen zu schaffen, sollten wir verstärkt darauf setzen, bestehende Angebote bekannter zu machen und deren Nutzung zu fördern. Initiativen wie der nationale Demokratiebaustein oder der kantonale Politbaukasten haben gezeigt, dass flexible und dezentrale Ansätze deutlich effektiver sind. Sie ermöglichen es, Inhalte individuell auf die Bedürfnisse der Schulen und Regionen zuzuschneiden. Ein verpflichtendes Modul hingegen würde diese Flexibilität einschränken und könnte in der Praxis auf Widerstand stossen.

Die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen ist zweifellos wichtig, daran besteht kein Zweifel, doch der vorliegende Antrag ist der falsche Weg. Statt neue Vorschriften zu schaffen, sollten wir die bestehenden Ansätze stärken, besser koordinieren und die eigene Initiative fördern. Nur so können wir sicherstellen, dass dieses wichtige Thema nachhaltig in der schulischen Bildung verankert wird, ohne das Bildungssystem weiter zu überlasten.

Im Namen der SVP-Fraktion danke ich Ihnen für die Nichtüberweisung des Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Ich spreche für das GAB und für die Fraktion der SP.

Die Geschichte der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen der Heim- und Verdingkinder, aber auch die Aktion der Kinder der Landstrasse gehört zu den düstersten Kapiteln der schweizerischen Geschichte. Wir reden hier von staatlichem Missbrauch statt Fürsorge. Es waren unzählige Kinder, Jugendliche und Erwachsene bis in die Anfänge der Achtzigerjahre davon betroffen. Die Ausstellung «Verdingkinder reden» tourte 9 Jahre durch die Schweiz, 150’000 Personen haben diese Ausstellung besucht, darunter auch 820 Schulklassen. Diese Ausstellung war damals für die Schweiz enorm wichtig und hat das lange Schweigen der Betroffenen durchbrochen. Die Ausstellung hat bei den noch lebenden Betroffenen viel ausgelöst und ich kann bestätigen, dass auch als Nachkomme einer solchen familiären Geschichte diese erlebten traumatischen Erfahrungen auf unterschiedliche Weise auch noch über Generationen hinaus nachwirken.

Das Thema der Verdingkinder und der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen ist immer auch ein Teil der schweizerischen Geschichte im Umgang mit struktureller Armut im Allgemeinen und Armutsbetroffenen im Speziellen. Es ist die Geschichte von unrechtem staatlichem Handeln und dies muss uns interessieren. Vor 3 Jahren hat sich die Basler Regierung bei den Verdingkindern und Opfern von Fremdplatzierungen entschuldigt und die Gedenktafel im Innenhof des Rathauses vor circa 100 Anwesenden enthüllt. Ich erinnere mich noch sehr gut, weil es war extrem kalt, an einem sehr kalten Oktobermorgen, und diese Kälte passte sehr gut zur Kälte des staatlichen Versagens.

Ob diese Thematik in der Schule unterrichtet wird, hängt zurzeit allein von der Lehrperson ab und seitdem die Wanderausstellung nicht mehr unterwegs ist, droht dieses dunkle Kapitel wieder in Vergessenheit zu geraten. Wenn wir uns daran erinnern, wer in der Schule wirklich davon gehört, ich glaube so verbreitet wie man das annimmt, ist es wirklich nicht, und der Anzug von Leoni Bolz lässt aus meiner Sicht offen, wie die Thematik in den Schulen verankert werden kann. Es steht hier nicht darin, dass es ein verpflichtendes, neues Modul geben muss, sondern es soll geprüft werden, wie es besser verankert werden könnte.

Es erstaunt mich ein wenig, dass der Regierungsrat sich diesen Anzug nicht überweisen lassen will. Aus meiner Sicht steht er in der Pflicht, darauf zu antworten und hier bemüht zu sein, in irgendeiner Form sicherzustellen, dass dieses dunkle Kapitel nicht vergessen geht. Und es erstaunt mich auch, dass es überhaupt Fraktionen gibt, welche diesen Anzug nicht überwiesen haben wollen. Besonders erstaunt bin ich trotzdem auch von der SVP, waren am Gedenkanlass an diesem Oktober vor drei Jahren doch auch etliche SVP-Politiker und Politikerinnen von Stadt und Land anwesend.

Besten Dank für die Überweisung des Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Der Anzug verlangt, dass die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen, die in der Schweiz bis in die Achtzigerjahre in verschiedenen Formen stattgefunden haben, im Unterricht flächendeckend thematisiert werden.

Es ist inhaltlich richtig, dass dieses dunkle Kapitel aufgearbeitet und die Öffentlichkeit darüber informiert wird. Entsprechende Untersuchungen sind auf Ebene des Bundes auch bereits im Jahr 2019 erfolgt und publiziert worden.

In Basel-Stadt werden auf Beschlüsse des Grossen Rates die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen gegenüber Erwachsenen und Jugendlichen in einem gross angelegten Forschungsprojekt aufgearbeitet. Dieses Forschungsprojekt wird mit 600’000 Franken finanziell durch den Kanton unterstützt und beinhaltet auch die Informationsvermittlung an den Schulen. Das Staatsarchiv kann dazu weitere Auskunft geben.

Zum Anliegen der Vermittlung dieser Thematik an den Schulen: Einleitend ist zu sagen, dass an den Schulen Lehrmittel im Rahmen des kantonalen Lehrplans herrscht, der durch den Erziehungsrat bewilligt wird. Der kantonale Lehrplan sichert die Ausgewogenheit der didaktischen Inhalte und eine langfristige Planung des Unterrichts. Im Rahmen des Lehrplans sind die Lehrpersonen verantwortlich für die Auswahl der Themen und deren didaktische Umsetzung. Es ist also auch heute schon möglich, dass eine Lehrperson zum Beispiel im Geschichtsunterricht auf die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen eingeht. Auch ist es denkbar, dass private Vereine oder Interessengruppen den Schulen Module zu diesem Thema anbieten, welche die Lehrpersonen nutzen können. Wir kennen dies aktuell zum Beispiel bei den Themen Armut in der Schweiz, Nachhaltigkeit oder Klima.

Wir erarbeiten in der Verwaltung des Erziehungsdepartements jedoch keine pädagogischen Inhalte für die Schulen. Wir möchten aus grundsätzlichen Überlegungen nicht, dass über politische Vorstösse Einzelthemen in den Lehrplan eingebracht werden. Dies öffnet Tür und Tor für alle möglichen Gruppen, die Themen, die für sie wichtig sind, obligatorisch und flächendeckend im Unterricht zu verankern. Die Lehrplanarbeit muss über den ordentlichen Weg erfolgen, denn nur so ist sichergestellt, dass die Lehrpläne ausgewogen und nicht von partikulären Interessen bestimmt werden.

Daher beantragt der Regierungsrat, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich möchte kurz begründen, warum die Mitte/EVP-Fraktion hier auch ein Minus hat. Ich hatte, als es um die Einreichung des Anzugs ging, schon intensiven Kontakt mit der Anzugstellerin, darum habe ich dann am Schluss auch unterschrieben, aber als ich es dann vor der Sitzung wieder anschaute, kamen wieder viele Fragen auf, vieles wurde jetzt schon aufgegriffen.

Ich glaube, es ist zweifellos noch so, dass das Thema an sichwichtig ist, das ist ja nicht bestritten, und ich glaube auch niemand von denen, die ein Minus haben, bestreiten die Bedeutung dieses Themas. Ich denke, am Schluss ist die wirklich die Frage, wer den Lehrplan macht und die Lerninhalte bestimmt und wie genau unterrichtet werden soll. Das ist so ein Aspekt darin, dass wir nicht anfangen als Grossrat Lehrpläne zu schreiben und zu füllen. Für mich bleibt es etwas unklar am Schluss, was jetzt genau gefordert wird. Ich habe es auch nicht als ein verpflichtendes Modul verstanden, aber doch, dass man da ganz viel Material bereitstellt, Dinge organisiert, obwohl im Text selbst auch darauf hingewiesen wird, dass zum Beispiel von der PH Bern schon Materialien bestehen und dann manchmal tatsächlich eher die Frage ist, wie man auf das Material stösst. Aber ich bin überzeugt, dass auch heute schon Lehrpersonen, die zum Beispiel in diesem Themabereich etwas vermitteln wollen, dann beim Recherchieren auch dieses Material finden.

Im Lehrplan sind ja oft Kompetenzen formuliert, nicht unbedingt Stoffinhalte. Und es sollte nicht sein, wenn Lehrpersonen dann aus einem aktuellen Anlass oder aus irgendwelchen Gründen an einem bestimmten inhaltlichen stofflichen Thema eine Kompetenz vermitteln wollen, gezwungen sind, das plötzlich an einem vorgegebenen anderen Thema vermitteln zu müssen. All das sind Fragen, die mit hineinspielen, ob wir nun als Grosser Rat hier ein Thema sozusagen pushen sollen und am Schluss stellen wir den Lehrplan für die Schulen zusammen.

Das sind so verschiedene Überlegungen, die bei unserer Fraktion dazu geführt haben, dass wir hier ein Minus haben und diesen Anzug nicht überweisen wollen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht nun an die Anzugsstellerin Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Ich greife nur zwei Punkte dieses düsteren Kapitels der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen heraus. Kinder und Jugendliche wurden in streng geführten Heimen oder Strafanstalten platziert und dort häufig misshandelt. Junge Frauen, vor allem arme und unverheiratete oder andere als damals minderwertig betrachtete Frauen, wurden unter grossen

psychischen Druck gesetzt und gezwungen, einer Abtreibung, einer Sterilisation oder einer Adoption eines oder mehrerer ihrer Kinder zuzustimmen.

Längst wissen nicht alle, in welchem Umfang damals grosses Unrecht passierte und was für Auswirkungen dies noch immer für den Alltag der Betroffenen hatte und hat. Auch Basel war betroffen. Unsere Vorgänger:innen im Grossen Rat haben das Gesetz betreffend Versorgung in Zwangsarbeits- und Besserungsanstalten am 21. Februar 1901 verabschiedet, welches bis am 31. Dezember 1980 in Kraft war. Unsere Vorgänger:innen und die Behörden haben das Leid von 5'000 bis 6'000 Kindern wie auch Erwachsenen aus Basel geduldet beziehungsweise aktiv mit verschuldet.

Das erfahrene Leid der Betroffenen können wir nicht rückgängig machen. Wir können aber unseren Teil in dem jetzigen Grossen Rat dazu beitragen, dass es sich nicht wiederholt. Mit der Ausarbeitung des Bundesgesetzes über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierung vor 1981 wurde die wissenschaftliche Aufarbeitung und die Unterstützung der Opfer mit unter anderem 25'000 Solidaritätsbeitrag 2017 eingeleitet und Sie haben hier im Grossen Rat erst vor kurzem das Budget für die Aufarbeitung in Basel-Stadt gesprochen.

Damit sich dieses Unrecht nicht wiederholt, reicht jedoch eine wissenschaftliche Aufarbeitung nicht. Das Thema muss vermehrt in die Gesellschaft getragen werden und daher auch möglichst in die Schule kommen, und zwar bald und nicht erst in fünf Jahren. Auch das Bundesgesetz sieht eine Vermittlung vor. Das Thema ist vorgespurt. Wir können uns dem nicht verwehren, das ist schon vorgegeben, und Lehrmittel wurden auch im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz bereits erarbeitet, wie schon erwähnt von Pädagogischen Hochschulen und Vereinen. Im Herbst 2025 soll auch jetzt neu eine Webplattform entstehen, die die Infos und Lehrmaterialien bündelt, so wie ich es auch schon gefordert habe im Anzug. Das Problem bleibt aber weiterhin die Implementierung in den Kantonen, weil das ist halt in den verschiedenen Kantonen unterschiedlich.

Und hier müssen wir die nationalen Bemühungen unterstützen, damit diese Efforts mit dem jetzt neuen Lehrmaterial nicht einfach in der Schublade verschwinden. Es braucht daher eine Einbindung des Themas in eine bereits existierende lokale Struktur, wie zum Beispiel den kantonalen Politbaukasten und eine Sensibilisierung der Lehrperson. Das wurde von Gianna Hablützel erwähnt. Das fordere ich in meinem Anzug. Es ist kein Pflichtmodul oder ein Pflichtfach oder eine Regelung im Lehrplan gefordert. Ich weiss nicht, wo Sie das herhaben, das steht in meinem Anzug nicht drin.

Es geht mir darum, dass die Lehrpersonen unterstützt werden, dass man über die Unterrichtsmaterialien, die schon bereits existieren, Bescheid weiss und dass dann die Lehrperson vielleicht eher das Thema auswählt und in die Klasse trägt, aber von einer Pflicht wird nicht gesprochen in meinem Anzug.

Ich verstehe dementsprechend auch nicht, dass der Anzug nicht von der Regierung entgegengenommen wird und auch im Zusammenhang damit, dass verschiedene kontaktierte Fachpersonen, die in kantonal wie nationalen Projekten beschäftigt sind, den Vorstoss auch begrüssen.

Ich bitte Sie daher, den Anzug zu überweisen, und als Schlussbemerkung: Vielleicht sehen Sie sich ja die erwähnte Gedenktafel im Rathaus Innenhof mal an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 35 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005334, 19.12.24 15:45:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug ist überwiesen mit 53 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

51. Anzug 29 Anouk Feurer und Konsorten betreffend Kleinkinder und Bildschirme

[19.12.24 15:46:03, 24.5319.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der vorliegende Anzug, der eine umfassende Sensibilisierungs- und Präventionskampagne so wie verschiedene Informationsmassnahmen zur Nutzung digitaler Medien bei Kleinkindern fordert, mag gut gemeint sein. Dennoch lehnt die SVP-Fraktion diesen Vorschlag aus mehreren wesentlichen Gründen ab.

Zunächst fehlen verlässliche Belege für die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Massnahmen. Zwar machen internationale Studien auf die Risiken eines übermässigen Bildschirmkonsums für Kleinkinder aufmerksam, doch gibt es keine klaren Hinweise darauf, dass Sensibilisierungskampagnen, Informationsflyer oder ähnliche Materialien, wie sie hier vorgeschlagen werden, das Verhalten von Eltern langfristig positiv beeinflussen. Ohne wissenschaftlich fundierte Nachweise bleibt fraglich, ob der Einsatz öffentlicher Mittel in diesem Bereich gerechtfertigt ist.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass im Kanton Basel-Stadt bereits zahlreiche Beratungsangebote und Unterstützungsmassnahmen für Eltern existieren. Diese werden von Kinderärzten, Erziehungsberatungsstellen und anderen Fachorganisationen bereitgestellt. Der Anzug verkennt, dass die Einführung weiterer Programme nicht nur unnötig ist, sondern auch zu Überschneidungen führt. Stattdessen wäre es sinnvoller, bestehende Strukturen gezielt zu stärken und besser zu koordinieren.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die mangelnde Zielgenauigkeit der vorgeschlagenen Massnahmen. Die breite Verteilung von Informationsmaterialien über Baby-Boxen, Kinderarztpraxen oder Geburtsvorbereitungskurse erreicht alle Eltern, unabhängig von deren spezifischem Informationsbedarf oder Verhalten. Dies führt unweigerlich zu erheblichen Streuverlusten und einer ineffizienten Verwendung öffentlicher Mittel. Erfahrungswerte zeigen zudem, dass solche allgemeinen Informationsmaterialien häufig unbeachtet bleiben und keinen nennenswerten Einfluss auf das Verhalten haben.

Hinzu kommt, dass die Forderung, sich bereits vor der Geburt eines Kindes mit der Nutzung digitaler Medien auseinanderzusetzen, die Prioritäten verfehlt. In dieser Phase sollten vielmehr grundlegende Aspekte der Kindererziehung im Vordergrund stehen, dazu zählen die Förderung einer starken Bindung, die Entwicklung von Erziehungskompetenzen und die Vorbereitung auf eine stabile und vertrauensvolle Eltern-Kind-Beziehung. Diese Grundlagen schaffen nicht nur eine solide Basis für die Erziehung, sondern tragen auch langfristig dazu bei, den übermässigen Bildschirmkonsum zu reduzieren.

Zusammenfassend sprechen fehlende Wirksamkeitsnachweise, die bereits vorhandenen Angebote, die ineffiziente Mittelverwendung und die unklare Priorisierung gegen den vorliegenden Anzug. Statt allgemeiner Kampagnen soll der Fokus auf gezielte Bildung und Unterstützung liegen, um Eltern als Partner zu begleiten und deren Eigenverantwortung zu stärken.

Im Namen der SVP-Fraktion danke ich Ihnen deshalb für die Nichtüberweisung des Anzugs.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:*Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat die Anzugstellerin das Wort.

Anouk Feurer (GAB): Bildschirm, Medien und Kleinkinder, die Thematik beschäftigt nicht nur mich. Seit ich den Vorstoss eingereicht habe, habe ich aus verschiedensten Fachkreisen davon gehört, dass auch Forschende bis Praxispersonen die Auswirkungen von Bildschirmmedien auf die Kleinkinder spüren. Seit den 2000-er Jahren wird geforscht, was Bildschirmmedien auf Kleinkinder ausüben. Mittlerweile wissen wir, unter dreijährige Kleinkinder sollten eigentlich nicht an den Bildschirm gelassen werden. Es gibt mehrheitlich auch langfristige schlechte Auswirkungen.

Falls man sich dafür mehr interessiert, ich habe im Vorstoss acht Studien hinterlegt, die das ziemlich klar belegen. Der Klimawandel ist ein gutes Beispiel dafür, was passiert, wenn man über mehrere Jahre die Wissenschaft einfach ignoriert und dann irgendwann merkt, dass es eigentlich relativ spät ist. Die Wissenschaft muss darum in der Gesellschaft ankommen, gerade in dem Thema. und darum finde ich, dass wir auch nachhelfen dürfen. Die Schwierigkeit ist natürlich, wie wir die Eltern von Kleinkindern erreichen, da sie ja eben noch nicht in einem Kindergarten oder in einer Schule sind. Das Ziel ist auch nicht, den Eltern vorzuschreiben, wie sie mit den Mildbildschirmmedien umgehen, sondern das Ziel ist, die breite

Gesellschaft über die Chancen und Risiken aufzuklären, damit sie eben selber den Umgang mit Bildschirmmedien bewusst entscheiden können.

Aber wieso ist denn das unsere Verantwortung? Einerseits bin ich mir sicher, dass die wenigsten Eltern Zeit haben oder wissen, dass sie sich in die verschiedensten Studien einlesen können und dann auch sich noch mit Fachpersonen treffen und über das diskutieren können. Andererseits sind die Auswirkungen von diesen Bildschirmen in diesem Alter teils so schwerwiegend, dass es in unserem Interesse für die Gesellschaft sein sollte, dass die Kinder davon verschont bleiben. Denken Sie an Gesundheitsprobleme wie zum Beispiel Augenbelastung oder Schlafstörungen. Denken Sie an die Probleme mit der Emotionsregulation, Bindungsprobleme auch zu den Eltern und schlechtere motorische, sprachliche und mathematische Kompetenzen. Wenn Kinder und später dann eben die Erwachsenen mehr und mehr unter diesen Auswirkungen leiden, dann spüren wir das spätestens in einem Jahrzehnt auch im Arbeitsmarkt, und dann zu handeln ist eindeutig zu spät.

Wie genau dann eben das vermittelt werden soll, die Chancen und Risiken, das überlasse ich es sehr gerne der Regierung. Die Ideen sind ja auch darum nur Ideen und darum ist es auch nur ein Anzug. Und ich hoffe natürlich, dass die bestehenden Fachpersonen dann dort eingespannt werden bei diesem Entscheid.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, angesichts der Kreuztabelle bin ich sehr froh, dass Sie diese Sorgen auch ernstnehmen und teilen, aber dass Sie auch die Hoffnung haben, dass dort noch nicht alles verloren ist und dass wir noch etwas ändern können. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung dieses Anzugs wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005336, 19.12.24 15:53:12]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 74 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

52. Anzug 30 Lisa Mathys und Konsorten betreffend "Für selbständige Kinder: Mehrfahrtenkarten im TNW erhalten"

[19.12.24 15:53:28, 24.5320.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Anzugstellerin macht uns zuerst eine Mitteilung.

Lisa Mathys (SP): In Rücksprache mit sämtlichen Unterzeichnenden dieses Anzugs würden wir diesen Vorstoss zurückziehen können. Die Alliance Swiss Pass hat bereits gehandelt und die Vorgabe, dass Mehrfahrtenkarten abgeschafft werden müssten, besteht nicht mehr, sowohl die Alliance als auch der TNW haben zugesichert, dass diese weiter bestehen können. Entsprechend können die neuen Automaten so ausgeschrieben werden, dass auch künftig Kinder, bevor sie ein Handy haben, selbständig unterwegs sein können mit dem ÖV, was uns wichtig erscheint.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wurde zurückgezogen, und wenn niemand der Mitunterzeichnenden Einspruch erhebt, ist er damit erledigt.

53. Anzug 31 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Markierung von sicheren Fussgänger Übergängen bei Tram-Haltestellen

[19.12.24 15:54:49, 24.5342.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich möchte mich nur ganz kurz äussern, weshalb die SVP als einzige Fraktion die Überweisung bestreitet.

Markierungen und Fussgängerstreifen sollen zur Sicherheit und zum Schutz der Fussgänger beitragen. Markierungen oder gar Fussgängerstreifen anzubringen, ohne dass ein Vortrittsrecht eingeräumt wird, ist zu vermeiden, dass diese zu gefährlich sind. Gerade Schulkinder verlassen sich darauf, dass sie bei Fussgängerstreifen Vortritt haben, da sie das im Verkehrsunterricht auch so gelernt haben und so anwenden. Ihnen nun klar zu machen, dass dies nicht für alle Fussgängerstreifen gelten soll, scheint mir sehr schwierig. Zudem, wenn solche Markierungen auch hinter dem Tramzug ein sicheres Überqueren vorgaukeln, dann muss ich schon sagen, dass es nichts Gefährlicheres gibt als das, weil nämlich der entgegenkommende Tramzug nicht zu sehen ist und somit eine noch viel gefährlichere Situation entsteht und auch nicht alle Tramzüge gleich lange sind.

Daher machen meines Erachtens solche Markierungen keinen Sinn, sondern sie verschlimmern die Situationen noch zusehends. Ich danke Ihnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es hat sich nur die Anzugstellende gemeldet. Sie hat damit das Schlusswort.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich kann es relativ kurz halten. Sowohl die hohen Tramhaltekanten aufgrund des Behindertengleichstellungsgesetzes wie auch die Einfachtramhaltestellen sind relativ neu, und alles was neu ist, muss sich zuerst in der Praxis bewähren. Und da merkt man auch, wo es allenfalls noch Korrekturkurse braucht.

Es ist schön, dass die SVP hier schon geprüft und berichtet hat. Allerdings würde ich das trotzdem sehr gerne dem entsprechend zuständigen Departement überlassen, das dann sicher auch mit Präventionskursen für den Strassenverkehr für junge Kindern vereinbaren und auf diese Konzepte prüfen wird, bevor wir das hier jetzt einfach schon abschreiben, weil es offenbar von der SVP so befunden wurde.

Entsprechend bitte ich Sie, bei der Meinung der Kreuztabelle zu bleiben und diesen Anzug an die Regierung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung des Anzugs wird bestritten von Jenny Schweizer. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 10 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005348, 19.12.24 15:57:55]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 78 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

54. Anzug 32 Philip Karger und Konsorten betreffend Erhöhung des Angebots an Sitzplätzen in der Innerstadt im öffentlichen Raum

[19.12.24 15:58:08, 24.5343.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

55. Anzug 33 Eric Weber betreffend Freikarten für Grossräte für den Eurovision Song Contest in Basel

[19.12.24 15:58:34, 24.5403.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Ratsbüro möchte den Anzug nicht entgegennehmen. Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich finde es schade, dass das Ratsbüro nicht bereit ist, den Anzug entgegenzunehmen. Ich werde als Grossrat eine Anfrage stellen, wie viele Freitickets die Regierung für den Eurovision Song Contest erhält. Warum wird davon nichts an Grossräte weitergegeben? Das sind ganz legitime, ganz berechtigte Fragen, das bestätigen mir auch Juristen.

Ich werde zu diesem Thema auch überall Briefe und E-Mails schreiben. Ich habe auch schon telefoniert mit der VIP-Pressestelle Sankt Jakob. Das steht ja in meinem Anzug, und E-Mails geschickt.

Sie erinnern sich alle, Anfang Jahr 2024 haben Sie ein dickes Heft bekommen mit 30 Veranstaltungen der Sankt Jakob-Halle, Musical, Swiss Indoor, wo Sie zwei Tickets aussuchen konnten. Und ich finde es wichtig, dass wir etwas erhalten, weil wir ja auch die Gelder geben.

Bis jetzt habe ich kein Ticket vom Eurovision Song Contest bekommen. Ich bin schon oft angefragt worden von Kindern, von Fans, von Wählern, ob ich ihnen die Tickets geben könne. Die Älteren von uns wissen noch, dass jeder Grossrat zwei Tickets bekommen hat vom ZDF, als Thomas Gottschalk zu «Wetten dass…» in Basel war. Wir haben früher auch 20 Tickets bekommen für das Theater Basel.

Das Thema ist ja der ESC. Ich stelle fest, der Regierungsrat bekommt Tickets in grösserer Anzahl. Und ich muss einfach sagen, ich fühle mich als Grossrat hintergangen. Und darum habe ich diesen Anzug eingereicht und diese E-Mails geschrieben und Telefonate gemacht. Die Frage ist berechtigt, was mit uns Grossräten ist. Die Nationalräte in Bern kommen nach Basel, weil sie ein Ticket erhalten, aber wir Grossräte in der eigenen Stadt bekommen nichts.

Wenn es um Freitickets geht, haben Sie mir immer zugehört und ich spüre Ihre Sympathien, weil ich mich melde und Freitickets fordere. Wenn Sie bei einer Zeitung tätig sind, erhält der Chefredaktor viele Einladungen, und der Chefredaktor gibt diese Einladungen. Reiseeinladungen weiter an die Journalisten. Und so müsste das eigentlich auch die Regierung weitergeben. Aber ich habe noch nie einen Brief bekommen, in dem stand, dass ich zwei Freikarten für den ESC bekomme, mit freundlichen Grüssen, Die Regierung Basel-Stadt. Auf so ein Schreiben warte ich seit 41 Jahren.

Darum bin ich enttäuscht, dass das Büro des Grossen Rats selber nicht den Mut hat und sagt, doch der Eric hat recht mit dem Thema. Wenn ich da im Grossen Rat nicht weiter komme, mache ich es einfach auf anderen Wegen. Und ich weiss genau, was ich mache.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen über den Anzug ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

3 Ja, 78 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005351, 19.12.24 16:04:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird nicht überwiesen mit 78 Nein-Stimmen gegen 3 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

56. Anzug 34 Eric Weber betreffend Ordnung im Grossen Rat

[19.12.24 16:04:28, 24.5404.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Ratsbüro möchte den Anzug nicht entgegennehmen. Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Sie sehen, auf der Seite 43 habe ich den Anzug begründet und ich muss einfach sagen Schuhe auf das Bänkchen da draussen im Vorzimmer legen, das macht man nicht. Ich habe es heute wieder zwei Mal gesehen und ich würde mir nie erlauben, meine Schuhe hier draussen auf diese Bänke im Vorzimmer zu legen. Sie wissen, wir haben es gelernt auf der Schulreise, bei der SBB, wenn Sie die Füsse auf die Bank legen, ziehen Sie bitte die Schuhe aus. Sonst sitzt man danach auf die Bank und hat Flecken auf der Hose. Ich habe hier die Basler Zeitung vorliegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie müssen uns das nicht vorlesen. Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 70 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005354, 19.12.24 16:06:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 70 Nein-Stimmen eine Ja-Stimme und keine Enthaltung bedeuten, dass der Anzug nicht überwiesen wird.

57. Anzug 35 Amina Trevisan und Konsorten betreffend «Wohnen für Hilfe» - intergenerationales Projekt gegen Wohnungsnot und Einsamkeit

[19.12.24 16:07:05, 24.5405.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Studierende suchen bezahlbaren Wohnraum. Ältere Menschen wiederum verfügen oft über Wohnraum, den sie selbst nicht mehr nutzen. Der vorliegende Anzug fordert den Regierungsrat auf, Massnahmen zu ergreifen, um ein kantonal subventioniertes Projektwohnen für Hilfe im Kanton Basel-Stadt anzubieten. Es soll eine Trägerorganisation eingesetzt werden, um diese beiden Gruppen zusammenzubringen.

Was auf den ersten Blick wie eine vielversprechende Idee aussieht, wurde bereits mehrfach versucht und die Erfahrungen mit den bisherigen Projekten muss als ernüchternd bezeichnet werden. Deshalb würden wir Ihnen abraten, uns das zur weiteren Prüfung zu überweisen.

Als einer der ersten Kantone hat Basel-Stadt bereits im Jahr 2016 ein solches Projekt mit dem Namen Wohnen für Hilfe initiiert. Die Idee dahinter war, dass der gemeinnützige Verein für studentisches Wohnen, der günstigen Wohnraum an junge Menschen in Ausbildung vermietet und vermittelt, nun auch Wohnpartnerschaften zwischen Studierenden und Seniorinnen und Senioren vermittelt. Bei der Rekrutierung von Wohnungsanbietern wurde der Verein für studentisches Wohnen vom Verein 55 Plus Basler Alterskonferenz und dessen angeschlossenen Organisationen sowie den beteiligten Gemeinwesen unterstützt. Am Projektbeteiligten sich damals neben Basel-Stadt auch die Gemeinden Riehen, Aesch, Pfeffingen und Reinach. Die Vermittlungen erwiesen sich als sehr aufwendig, insbesondere im Hinblick auf die Abklärung individueller Bedürfnisse und Anliegen der beteiligten Wohnparteien sowie hinsichtlich der Abgrenzung von Hilfe und den Wohnraumvergünstigungen. Das Projekt fand in den Medien und bei den umliegenden Gemeinden zwar viel Beachtung, es kam aber nur zu wenigen erfolgreichen Abschlüssen. Das Angebot wurde 2018 schliesslich nicht mehr weitergeführt.

Auch dem Basler Pilotprojekt Zieh um - Zimmer zur Untermiete, welches 2020 gestartet wurde, gelang es trotz intensiver Bemühungen nicht, genügend potenzielle Vermietende zu finden, dies unter anderem, da die Hemmschwelle, die jemanden permanent ins eigene Haus oder in die eigene Wohnung zu holen, vermutlich sehr hoch ist. Das Projekt wurde entsprechend in diesem Jahr beendet.

Ähnlich erging es auch dem Pilotprojekt Wohnen für Hilfe der Stadt Bern. Trotz einer eigens von der Stadt dafür eingerichteten Koordinationsstelle wurde das Projekt Ende 2019 eingestellt, da ebenfalls nur sehr wenige Vermittlungen zustande kamen. Ein anderer Ansatz, um das Interesse junger Menschen in Ausbildung an günstigem Wohnraum mit den Bedürfnissen älterer Menschen zu verbinden, wird aktuell vom Bürgerspital Basel verfolgt. An der Socinstrasse 55 wird künftig Wohnen mit Service für ältere Menschen mit einem Wohnen für Menschen mit Behinderung und mit Studios für Studierende kombiniert. Die Studierenden verpflichten sich dabei, auch Betreuungsaufgaben zu übernehmen. Im Sinne eines Community-Care-Modells werden die Bewohnenden professionell unterstützt und gleichzeitig wird die gegenseitige Hilfe der älteren Menschen, der Menschen mit Behinderung und der Studierenden gefördert. Dieser Ansatz scheint vielversprechend zu sein und sollte aufmerksam weiterverfolgt werden. Hingegen hat sich gezeigt, dass Vermittlungen durch eine aussenstehende Partei, also zusätzlich zu Mieter und Vermieterschaft, sehr aufwendig und eben nicht erfolgsversprechend sind.

Aufgrund dieser Erfahrungen und Überlegungen würden wir Ihnen vorschlagen, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Das GAB unterstützt diesen Vorstoss, er bringtverschiedene Anliegen miteinander in Verbindung, und wie auch schon erwähnt von Regierungsrat Lukas Engelberger gab es dieses Projekt schon einmal vor acht Jahren. Es wurde damals ins Leben gerufen und musste dann wieder eingestellt werden. Das ist so.

Die Gründe sind sicher unterschiedlicher Art und Weise. Vielleicht braucht es da wirklich auch eine Offenheit in Bezug auf wie allfällig ein solches Angebot, in welche Richtung auch immer, vielleicht auch ein bisschen losgelöster vom Anzugstext, dann wieder in die Richtung gehen könnte, um allfällige Projekte, wie sie auch von Regierungsrat Lukas Engelberger erwähnt worden sind, in anderen Bereichen umzusetzen. Vielleicht könnte auch die neu geschaffene Fachstelle Soziales Wohnen beim Kanton eine Rolle übernehmen diesbezüglich, da ist ja auch noch vieles offen.

Gesellschaftliches Ziel ist es ja schon, dass ältere Menschen die nötige Unterstützung erhalten sollten um so lange wie möglich selbstständig und teilhabend in der eigenen Wohnung zu leben. Dieses Projekt würde ja dem wirklich schon auch entsprechen. Gut und gemeinsam älter werden im Kanton Basel-Stadt lautet ja auch unsere Vision. Also ein solches intergenerationelles Projekt, auch wenn es nicht einfach ist umzusetzen, würde eine solche Vision und Zielsetzung mit Sicherheit unterstützen können.

Ich erlaube mir vielleicht einen Blick in unsere Gemeinde Riehen. Diese ist ja eine Gemeinde mit einem sehr hohen Anteil an Rentner und Rentnerinnen, wahrscheinlich einer der höchsten in der Schweiz. Schon allein wegen dieser Tatsache ist es ja eigentlich sehr naheliegend, ein solches Projekt nochmals. vielleicht unter anderen Vorkehrungen und Bedingungen, genauer zu prüfen, vielleicht ist es dann sogar ein Projekt das auf Riehen ausgerichtet ist. Gerade in Riehen mit einer tendenziell vermögenden Bevölkerung könnte ich mir sehr gut vorstellen, dass ein solches Projekt erfolgsversprechend umgesetzt werden könnte. Auch hat es dort eher den notwendigen leerstehenden Wohnraum in entsprechenden grösseren Liegenschaften mit dem entsprechenden Umschwung und so besteht auch die Gelegenheit, entsprechende Arbeiten im Tausch übernehmen zu können. Aber natürlich sollte dieses Projekt nicht nur auf Riehen ausgerichtet sein, dennoch könnte ich mir vorstellen, dass es da ein gewisses Interesse geben könnte. Aber es kann auch in anderen Quartieren unserer Stadt funktionieren. Es muss wahrscheinlich dann, da hat Regierungsrat Lukas Engelberger wahrscheinlich sehr recht, nochmals genau geprüft werden, woran es gelegen ist, dass es damals nicht wirklich zum Fliegen gekommen ist und welche Anpassungen man vornehmen muss, um es nochmals zu prüfen.

Dies gäbe es noch einmal zu prüfen und ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Die Tauschwohnung Miete gegen Arbeit – ist das nicht ein mietrechtlich verpöntes Koppelungsgeschäft?

Oliver Bolliger (GAB): Mietrechtlich wahrscheinlich schon, aber auf Freiwilligkeit basierend wahrscheinlich nicht.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Meines Erachtens und im Erachten der LDP hat der Regierungsrat bereits jetzt alles beantwortet. Das muss man nicht noch einmal eingeben. Ich habe Mühe, wenn Oliver Bolliger dann sagt, man könnte es ja noch einmal prüfen. Acht Jahre sind lange, einverstanden, aber die Situation hat sich nicht verändert. Liberale Grundprinzipien setzen ja immer wieder auf Eigenverantwortung und es steht doch jedem frei, den Wohnraum so zu nutzen, so wie er oder sie will. Senioren sollten selber entscheiden, ob sie sie solche Partnerschaften eingehen wollen, ohne dass der Staat da Projekte lenkt.

Grossen Respekt habe ich bei solch subventionierten Projekten, dass es zwangsläufig eine vermehrte Bürokratie gibt. Oliver Bolliger ja auch davon gesprochen, dass andere Institutionen eingreifen könnten in dem Moment. Da habe ich eher dann Respekt davor, dass denen das Geld zu kurz ist und dass dann Ressourcen falsch angewendet werden und zusätzlich nach oben darauf kommen. Das Parlament ist dafür da, dass das Budget wieder erhöht wird.

Also im Grossen und Ganzen, auch im Namen der FDP, bitte ich Sie, den Anzug abzulehnen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Somit die hat die Anzugstellerin das Wort.

Amina Trevisan (SP): Dieser Anzug entstand aus einem Austausch mit der Basler Seniorenkonferenz 55 Plus, die ein Generationenleitbild entworfen hat. Rund 42 Prozent der Senior:innen in Basel-Stadt leben laut dem Bundesamt für Statistik alleine. Viele davon leiden nicht nur unter Einsamkeit, sondern benötigen vermehrt Unterstützung im Alltag. Zudem haben sie oftmals 1 oder 2 leere Zimmer in der Wohnung oder im Haus. Gleichzeitig wird bezahlbarer Wohnraum, insbesondere für Studierende und Auszubildende, in den Städten immer knapper. Das Projekt Wohnen für Hilfe bringt diese beiden Gruppen zusammen. Das Prinzip dahinter ist so einfach wie nachvollziehbar: Senioren und Seniorinnen, die ein Zimmer übrig haben, stellen es Studierenden oder jungen Menschen in der Ausbildung, die nur ein geringes Einkommen aufweisen, zur Verfügung. Als Gegenleistung helfen diese ihnen im Haushalt oder Garten oder übernehmen andere kleine Dienstleistungen und Hilfeleistungen im Alltag. Als Tauschregel gilt, eine Stunde Hilfe pro Monat pro m2 Wohnraum. Im Vordergrund steht der Austausch zwischen den Generationen.

In der Schweiz können in mehreren Kantonen, wie zum Beispiel St. Gallen oder Zürich Studierende bereits jetzt ein freistehendes Zimmer einer älteren Person beziehen und dieser als Gegenleistung im Alltag unter die Arme greifen. Dieses Projekt wurde auch von der Fachhochschule überprüft und für gut befunden. Ein wesentlicher Punkt ist die finanzielle Unterstützung. Im Kanton Zürich wird das Projekt von Pro Senectute durchgeführt und in St. Gallen macht es der Verein Benevol. Sie vermitteln diese Zimmer an Junge, und es ist erfolgreich. Ich sehe jetzt im Vergleich zu Basel-Stadt vor acht Jahren das Problem darin, dass damals WOVE keine finanzielle Unterstützung erhalten hatte. Deshalb lief das Projekt damals nicht gut an.

Ich persönlich bin überzeugt, dass dieses Projekt eine zweite Chance verdient, aber mit den nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet sein muss. Ich bitte Sie deshalb, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 37 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005356, 19.12.24 16:20:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug überwiesen mit 52 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

58. Anzug 36 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Mammografie-Screening-Programm soll auch jüngere und ältere Frauen miteinbeziehen

[19.12.24 16:20:40, 24.5406.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Sie sind auf den Anzug eingetreten.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

59. Anzug 37 Lukas Bollack und Konsorten betreffend die Anpassung der Praxis zur Einrichtung von Veloabstellplätzen in den Quartieren

[19.12.24 16:21:05, 24.5407.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Beat K. Schaller. Er hat das Wort.

Beat K. Schaller (SVP): Der Velogott in unserem Kanton treibt wieder einmal seltsame Blüten. In diesem Anzug wird in einer Selbstverständlichkeit von Zwangsmassnahmen zur Einrichtung von Veloabstellplätzen gesprochen, und das noch von einer Partei, welche das Wort liberal im Namen führt, bedenklich. Doch der Reihe nach.

Zuerst zur Forderung, die Regelung zur Einrichtung von Veloabstellplätzen auf öffentlichem Grund abzuändern: Damit verbunden ist eine Aufweichung des Nachweises, dass auf Privatgrund keine Veloabstellplätze eingerichtet werden können. Die dazugehörende Forderung des Anzugs lautet, ob und wie alternativ dazu die Vermieterschaft stärker in die Pflicht genommen werden kann, Veloabstellplätze für ihre Mieter:innen zu schaffen, wenn auf der Liegenschaft genügend Platz dafür vorhanden ist. Jedem, der noch nicht ganz dem Staatswahn verfallen ist, läuten hier die Alarmglocken. Stärker in die Pflicht nehmen ist ein Euphemismus für Zwangsmassnahmen, und das lehnen wir von der SVP kategorisch ab. Will der private Grundbesitzer auf seinem privaten Grundstück keine Veloabstellplätze einrichten, dann gibt es keine Veloabstellplätze, fertig, Punkt, Schluss, Ende der Diskussion. Mit dem Gedanken von Zwangsmassnahmen zeigt die GLP doch ein sehr bedenkliches Verständnis von liberal (das Protokoll möge vermerken, der Votant schüttelt den Kopf).

Weiter im Anzug: Die Abstellplätze auf öffentlichem Grund sollen mit Anschliessmöglichkeiten versehen werden. Es ist tatsächlich so, dass in einer hoch kriminellen Stadt wie Basel nicht angebundene Velos schnell einmal gestohlen werden, und das ist das Risiko des Velo-Besitzers. Es gibt genügend Vorrichtungen auf dem Markt, welche ein Velo funktionsuntüchtig machen und damit für den potenziellen Dieb unattraktiv machen. Und sollte dieser Punkt des Anzugs umgesetzt werden, dann fordere ich namens der SVP, dass auch für Autos diebstahlsichere Abstellmöglichkeiten von Staates wegen angeboten werden.

Weiter die Forderung, dass der Steuerzahler Velos vor Regen schützen soll.Das können wir unter «es darf gelacht werden» ablegen. Immerhin zeigt der Anzugsteller hier etwas Humor. Ganz bedenklich wird es aber bei der nächsten Forderung: Velos sollen auch auf Trottoirs abgestellt werden dürfen, sogar wenn kein direkter Zugang von der Strasse bis zum Abstellplatz besteht. Um also zu einem solchen Abstellplatz zu gelangen, muss zwingend auf dem Trottoir gefahren werden, da ja wie gesagt kein Zugang von der Strasse her besteht. Und dass dann jemand sein Velo schiebt, gerade in Basel, das dürfen wir mit circa hundertprozentiger Sicherheit ausschliessen. Damit wird das Velofahren auf dem Trottoir für alle durch die Hintertür erlaubt. Dann fährt man auf das Trottoir und sagt, ich darf auf dem Trottoir fahren, denn dort hinten, in 100 Metern, hat es einen Abstellplatz und da kann ich ja dazukommen. Und alle, die Behinderten, Fussgänger, Jüngere und Eltern sind dann die Gelackmeierten, aber wen kümmert das schon, Hauptsache, dem Velogott wird gehuldigt.

Also ich bitte Sie namens der Fraktion der SVP, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Beat K. Schaller hat schon einiges gesagt und eines können Sie mir auch glauben, Autofahrende können ihr Auto selber abschliessen und werden da in Zukunft auch keine Lösungen fordern. Aber wenn wir schon von Autofahrern reden, wir hatten im November hier eine Diskussion, wo es um Autoparkplätze ging. Diese sollten mehr verursachungsgerecht abgegolten werden. Heute fordern Sie hier Abschliessmöglichkeiten und Überdachungen für Velos. Werden diese dann auch verursachungsgerechter bezahlt von den Nutzern?

Und wenn Sie dann von den Vermietern fordern, dass sie zusätzlich zur Erstellungspflicht bei Neubauten auch noch bei bestehenden Bauten Veloabstellplätze einrichten, werden auch diese dann verursachergerechter von den Nutzern bezahlt? Sie können mir nachher die Antwort darauf geben.

Noch ein paar Worte von Vermietern, wie die heutige Situation ausschaut bei diesen Veloabstellplätzen. Vielfach werden diese nicht genutzt, weil sie vielleicht nicht ganz ideal direkt vor der Haustüre sind und man ein bisschen in den Hinterhof gehen muss, weil die Velofahrer ja verständlicherweise das Fahrzeug direkt vor der Haustür platzieren wollen. Es ist auch so,

dass viele von diesen Veloabstellplätzen zweckentfremdet werden. Man hört von Kinderwagen und eben von alten und defekten Velos. Das sieht man übrigens auch bei den Bahnhöfen, wie viele Velos da defekt sind und nicht gebraucht werden. Das könnten wir auch einmal anschauen.

Würden sich also die Velofahrer auch verursachergerechter an den Parkplätzen beteiligen? Ich fordere das nicht, ich stelle nur die Frage. Ich glaube, wir können uns diese Diskussion sparen hier drin.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von Jérôme Thiriet.. Sie wird entgegengenommen.

Jérôme Thiriet (GAB): Wissen Sie, wie viel ein m2 für den Veloparkplatz kostet und wie viel das für das Velo ausmachen würde?

Daniel Seiler (FDP): Wenn wir es beim Cargovelo angehen würden, dann gehen wir von etwa 20 bis 25% eines Autoparkplatzes aus. Man könnte das mal verrechnen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich sehe das einiges entspannter als meine Vorredner und werde nicht an die Dramatik von Beat K. Schaller herankommen. Ich spreche auch für das GAB und wir möchten beide den Anzug unterstützen.

Der Anzug möchte eine Reihe von dringenden Anpassungen der Praxis für Veloabstellplätze in den Quartieren prüfen. Die Frage, wo Velofahrende ihre Fahrräder sicher und nicht als Verkehrshindernis abstellen können, betrifft nicht nur die Innenstadt, sondern auch die Aussenquartiere, die eben Lukas-Bollack anspricht. Dieser Vorstoss nimmt genau diese Problempunkte in den Blick, denn aktuell kann es vorkommen, dass weder auf privatem noch auf öffentlichem Grund Veloabstellplätze zur Verfügung stehen. Auf Privatgrundstücken liegt es im Ermessen der Vermieterschaft, ob Abstellplätze eingerichtet werden oder nicht, und von einem Zwang habe ich jetzt Weissgott nichts gelesen im Anzug.

Wenn aber keine Veloabstellplätze angeboten werden, dann sind die Velobesitzenden eben gezwungen, auf die Allmend auszuweichen. Doch auf öffentlichem Grund sind die Bedingungen zur Einrichtung oft so eng gefasst, dass kaum praktikable Lösungen entstehen. Es fehlen häufig Witterungsschutz und Anschliessmöglichkeiten, was zu einer erhöhten Diebstahlgefahr führt und den Nutzungskomfort stark einschränkt.

Der Antrag fordert aus unserer Sicht eine pragmatische Lösung, die es erlaubt, Veloabstellanlagen auch ohne direkte Zufahrt von der Strasse auf öffentlichem Grund einzurichten, sofern ausreichend Platz besteht. Unserer Meinung nach kann man das Velo dann auch schieben, oder den Zugang verstehe ich auch so, dass man zwischen zwei Autos hindurch aufs Trottoir gelangt, dass also nicht Hunderte von Metern über das Trottoir gefahren werden muss.

Diese flexible Handhabung könnte den Strassenraum entlasten und vorhandene Flächen effizienter nutzen, ohne den Fussverkehr einzuschränken und ohne dass Parkplätze dafür weichen müssen. Deshalb bitten wir Sie, dem Vorstoss zuzustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Für mich ist «in die Pflicht nehmen» ein Euphemismus für Zwingen. Liege ich da völlig falsch?

Jean-Luc Perret (SP): Für mich ist Prüfen eben kein Euphemismus für «in die Pflicht nehmen». Es ist ein Anzug, keine Motion.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin ist Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Es gibt zwei Punkte, die ich noch einmal betonen möchte. Erstens, wenn auf öffentlichem Grund Parkplätze für Velo eingerichtet werden sollen, dann ist zu erwarten, dass es gleich gehandhabt wird wie bei den Autos. Und

es gibt Parkplätze für Cargovelos, zwei Cargovelos brauchen so viel Platz wie mindestens ein Kleinwagen, wenn es also darum geht, dass man ausrechnen will, wie viel das kostet.

Und dann ein wichtiger Punkt ist, dass es für mich nicht sinnvoll ist, dass Velos auf dem Trottoir fahren sollen. Das funktioniert nicht. Selbst auf Wegen, wo auf der einen Seite Fussgänger gehen und auf der anderen Seite Velofahrer, funktioniert es nicht, selbst wenn steht, nur Schritttempo fahren. Und Trottoirs sind nicht nur da für Behinderte und ältere Personen, es geht auch um Kinder, die das Trottoir benützen, man bringt ihnen bei, dass sie sich auf den Trottoirs frei bewegen dürfen. Ich rede auch als Hundebesitzerin. Selbst wenn ich ihn an der Leine führe, darf er das Trottoir ausnutzen. Wenn dann von hinten ein Velo kommt, dann kann das ganz dumm herauskommen, weil das einfach so nicht funktioniert. Also Velos auf den Trottoirs fahren zu lassen ist nicht sinnvoll.

Und deswegen ist die LDP ganz klar gegen die Überweisung dieses Anzugs.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es haben sich keine weiteren Sprechenden eingetragen. Somit hat der Anzugssteller Lukas Bollack das Wort.

Lukas Bollack (GLP): Da stehen jetzt einige wilde Behauptungen und Befürchtungen im Raum. Ich erkläre Ihnen jetzt deshalb kurz, worum es mir eigentlich geht in diesem Anzug.

Wie Jean-Luc Perret vorher schon ausgeführt hat, gibt es heute einfach Situationen, in denen Mieterinnen und Mieter bei den Veloabstellplätzen «zwischen Stuhl und Bank fallen», dann nämlich, wenn auf ihrer Liegenschaft zwar Platz für ein Veloabstellplatz vorhanden wäre, ihr Vermieter oder ihre Vermieterin aber keinen einrichtet. Dann hat man heute nach der geltenden Praxis keinen Anspruch auf die Einrichtung eines Veloabstellplatzes auf öffentlichem Grund. Hier hätte ich gerne, dass die Regierung prüft, ob man die Praxis zur Gewährung von Veloabstellplätzen auf öffentlichem Grund anpassen kann, um diesen Menschen zu helfen, oder ob es möglicherweise Werkzeuge gäbe, um die Vermieterschaft dazu zu motivieren, Abstellplätze einzurichten. Das muss auch kein Zwang sein. Positive Anreize sind auch erlaubt, auch wenn ich zugebe, dass die Formulierung im Anzug da vielleicht ein bisschen unsensibel war. Aber ich denke, in Form eines Anzugs kann man da ein bisschen Flexibilität walten lassen.

Zudem soll es ermöglicht werden, dass Abstellplätze auf dem Trottoir eingerichtet werden, auch wenn kein direkter Zugang von der Strasse her besteht. Es gibt zum Beispiel viele Situationen in Baumalleen mit vorgelagerten Autoparkplätzen, wo nach der geltenden Praxis keine Abstellplätze zwischen den Bäumen eingerichtet werden dürfen. Der einzige Ausweg ist in diesem Fall, Autoparkplätze zugunsten von Veloabstellplätzen aufzuheben. Das finde jetzt sogar ich unnötig. Es ist wirklich nicht schlimm, wenn man das Velo ein paar Meter auf dem Trottoir schieben muss bis zum Abstellplatz.

Viele Leute stellen ihr Velo heute in solchen Situationen sowieso auf dem Trottoir ab, was auch völlig legal ist, solange man noch genügend Platz übrig lässt. Aber teilweise lässt man den Platz dann eben nicht übrig, was dann zu Konflikten führt. Das will ja auch niemand. Auf dem Trottoir abgestellte Velos sind zudem sehr Diebstahl gefährdet, was gerade in unserem Kanton, wie wir alle wissen, ein sehr grosses Problem ist.

Also geordnet auf Veloabstellplätzen statt wild auf dem Trottoir abgestellte Velos mit besserer Diebstahlsicherung und vielleicht sogar Witterungsschutz und weniger aufgehobene Autoparkplätze – dagegen jetzt wirklich niemand sein. Ich freue mich, dass die meisten Fraktionen das auch so sehen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

54 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005359, 19.12.24 16:36:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug mit 54 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen überwiesen.

60. Anzug 38 Jenny Schweizer und Konsorten betreffend Neubeurteilung der Frühlingsferien

[19.12.24 16:36:33, 24.5413.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

61. Anzug 39 Tobias Christ und Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Anstellung pflegender Angehöriger durch Spitex Organisationen

[19.12.24 16:36:47, 24.5414.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

62. Anzug 40 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend «Fernwärme Basel2037» – Kehricht-Saisonspeicher + Wärmepumpen für die Basler Fernwärme

[19.12.24 16:37:13, 24.5415.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das wird bestritten von Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Man hat mir vor Kurzem beschieden, dass man Anzüge, bei denen man als einzige Fraktion eine andere Meinung hätte, nicht bestreiten solle. Ich sehe das nicht ganz so. Einerseits haben Sie alle ein Anrecht darauf zu wissen, weshalb bestreiten. Zweitens, wenn wir bestreiten wollen, dann wollen wir eben gegen ein solches Ansinnen stimmen, also sollte man das auch dürfen und drittens muss ich schliesslich auch noch den Tatbeweis antreten, dass ich nicht in allem Daniel Sägesser folge.

Iudex non calculat. Und in diesem Saal sitzen jede Menge Juristen. Ich rechne fürs Leben gern. 60 Gigawattstunden Energie, die offensichtlich verpufft werden. Ich glaube, diese Zahl. Das entspräche dem Abfall von etwa 100’000 m3, oder anders formuliert einem Würfel von 50 Metern Kantenlänge, oder wenn Sie es lieber als Becken machen. ein Becken von 100 mal 100 Meter etwa 12 Meter hoch.

Wenn Sie die gleiche Energie in Form von zum Beispiel Heizöl speichern wollen, brauchen Sie rund einen Zwanzigstel des Volumens. Keine Angst, ich schlage Ihnen nicht vor, dass wir in Zukunft Fernwärme per Heizöl produzieren. Aber wir können die überschüssige Energie dazu nutzen, eFuse zu produzieren – das ist ein Steckenpferd von mir – und dieses eFuse braucht dann eben einen Zwanzigstel des Volumens des Abfalls in diesem grossen Speicher. Und diese Überlegung haben wir uns gemacht und aus diesem Grund empfehlen wir Ihnen, auch wenn es chancenlos ist, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Daniel Sägesser das Wort.

Daniel Sägesser (SP): Ich war bis zum Schluss nicht ganz sicher, ob ich hier überhaupt sprechen darf zu diesem Vorstoss und ich war gespannt wie ein Flitzerbogen, auf welchen Einwand dass ich reagieren muss und ich habe tatsächlich nicht mit dem Thema E-Fuels gerechnet, zudem Lorenz Amiet und ich gemeinsam einen Vorstoss gemacht haben vor nicht allzu langer Zeit.

Ich bin aber mit Ihnen einig, ich habe das ja auch in der Medienarbeit mit einer schönen Visualisierung versucht darzustellen, dass das tatsächlich eine sehr sehr grosse Halle wird, wenn man das so macht, wie ich mir der das vorstelle. Ich habe ausgerechnet, dass die die Nutzung des unverbrannten Kehrichts als saisonaler Speicher eine sehr günstige Geschichte ist, um sehr grosse Mengen Energie zu speichern. Und da sind wir bei den E-Fuels noch nicht so weit.

Aber es ist ja ein Anzug, zu prüfen und zu berichten, und wenn der Regierungsrat das Protokoll lesen wird, kann der dieses Thema ja bei der Anzugsberatung mitdenken. Daran bin ich auch sehr interessiert und würde mich deshalb freuen, wenn Sie diesen Anzug nun dem Regierungsrat überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Meinen Sie nicht, dass es extrem geruchsproblematisch wird, diese ganze Geschichte?

Daniel Sägesser (SP): Nein, ich glaube nicht. Sie können sich vermutlich vorstellen, dass ich mich sehr intensiv mit der Materie beschäftigt habe bei der Erarbeitung dieses Vorstosses, und ich habe meiner Meinung nach eine Lösung gefunden, dass wir den Abfall trocknen können und so sehr geruchsarm einlagern können.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 11 Nein, 11 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005363, 19.12.24 16:42:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug mit 66 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen an den Regierungsrat überwiesen.

63. Anzug 41 Joël Thüring und Konsorten betreffend Fr. 35.- statt 75.- in Basel-Landschaft: Überprüfung der Gebühren für den Führerausweis im Kanton Basel-Stadt

[19.12.24 16:42:32, 24.5417.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

64. Anzug 42 Hanna Bay und Konsorten betreffend Unterstützung für Angehörige und Kinder von inhaftierten Personen

[19.12.24 16:43:03, 24.5418.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldung eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

65. Anzug 43 Fina Girard und Konsorten betreffend angemessene Löhne für Praktikant:innen der PH

[19.12.24 16:43:28, 24.5419.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Sandra Bothe Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Der Praxisteil der Ausbildung zur Lehrperson an der Pädagogischen Hochschule ist ein integraler Bestandteil des Studiums und ermöglicht den Studierenden, ihre theoretischen Kenntnisse direkt im schulischen Alltag zu erproben und zu vertiefen. Dabei spielen die Praxislehrpersonen eine entscheidende Rolle. Sie begleiten, fördern und reflektieren gemeinsam mit den Studierenden deren berufliche Entwicklung im Prozess des Lehrens und Lernens. Für diese anspruchsvolle und verantwortungsvolle Aufgabe erhalten die Fachpersonen eine Entschädigung, die im Vergleich zu anderen Kantonen eher bescheiden ausfällt.

Das Ziel der Antragstellenden, die Ausbildung der Lehrperson aufzuwerten, kann wirksam erreicht werden, wenn verstärkt in die Vergütung der Praxislehrpersonen investiert würde. Wir würden damit nicht nur die Ausbildungsqualität verbessern und die Attraktivität des Lehrberufs erhöhen, sondern würden ebenso dafür sorgen, dass genügend qualifizierte Praxislehrpersonen gewonnen werden.

Eine Vergütung der Praktika würde aber Ungleichheit innerhalb der PH FHNW schaffen. Studierende aus Basel-Stadt, die in Basel-Landschaft, Solothurn oder Aargau ihr Praktikum absolvieren, erhielten keine Entschädigung, während Studierende aus diesen Kantonen im Kanton Basel-Stadt entschädigt würden. Eine Harmonisierung mit den anderen Trägerkantonen der FHNW soll zwar geprüft werden, wäre aber mit administrativem und hohem finanziellen Aufwand für die Kantone verbunden, womit die Chancen für eine Umsetzung leider sinken. Die Grünliberalen dünkt deshalb den Weg über die Stärkung der Praxislehrpersonen sinnvoller und erfolgsversprechender.

Der Vorstoss zielt weiter auf die Gleichbehandlung aller Studierenden ab, die ein Praktikum absolvieren, unabhängig von ihrer Studienrichtung an der FHNW oder der Universität Basel. Es dünkt mich aber wichtig zu erwähnen, dass sich die Form und Ausgestaltung eines Praktikums sowie dessen Zweck deutlich unterscheiden können. Bei den Praktika der

Pädagogischen Hochschule beispielsweise steht nicht die Arbeitsleistung der Studierenden im Vordergrund, sondern die Beurteilung ihrer Kompetenzen. Auch der Vergleich mit einem Praktikum als Klassenassistenz greift zu kurz, da es sich hierbei nicht um ein Ausbildungsverhältnis handelt.

Auch wenn die GLP das Anliegen der Antragstellerin, das PR-Studium attraktiver zu gestalten zu wollen, nachvollziehen kann, halten wir die Entschädigung der Praktika nicht für den richtigen Weg. Aufgrund dieser Überlegungen empfehlen wir trotz der Sympathien für den Vorstoss, ihn nicht zu überweisen.

Ich möchte noch eine Anmerkung zur finanziellen Belastung der PH-Studierenden aufgrund der fehlenden Praktikumsentschädigung machen. Grundsätzlich haben alle Studierenden die Möglichkeit, neben ihrem Studium einer Arbeit nachzugehen, unabhängig von ihrer Studienrichtung und Art der Tätigkeit. Für Studierende der Pädagogischen Hochschule ergibt sich dabei jedoch ein besonderer Vorteil. Aufgrund des Fachkräftemangels finden sie bereits ab dem ersten Studientag eine Anstellung an einer Schule. Mittlerweile arbeitet die Mehrheit der PH-Studierenden nebenbei in Schulen und verdient so einen Teil ihres Lebensunterhalts. Ob diese Entwicklung im Hinblick auf die Ausbildungsqualität sinnvoll ist, möchte ich an dieser Stelle nicht bewerten. Fest steht jedoch, dass Studierende, die auf ein zusätzliches Einkommen angewiesen sind, die Möglichkeit haben, dies zu realisieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von Jo Vergeat. Sie wird entgegengenommen.

Jo Vergeat (GAB): Wissen sie, wie gut vereinbar es ist, an der PH zu studieren und nebenbei zu arbeiten?

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Ich weiss, es ist schwierig, es betrifft aber nicht nur die Studierenden, sondern auch die Quereinsteiger. Ich weiss, an der PH ist es schwierig, aber auch in anderen Studienrichtungen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie auch im Namen der SVP-Fraktion, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Eine Lehrerausbildung soll mit Lohn aufgewertet werden. Soll dies nun als Motivationsinstrument eingeführt werden? Grundsätzlich stellt sich ja die Frage, inwieweit die Praktikanten tatsächlich eine grosse Unterstützung sind. Praktikanten werden vermehrt eingesetzt, weil wir einen Lehrermangel haben. Das ist ungerecht, aber ist vor allem der Unterrichtsqualität nicht dienlich. Es ist auch von Seiten der Praxislehrpersonen ein enormer Aufwand, die Praktikanten durch die praktische Ausbildung zu begleiten. Vielmehr sollte man sich hier die Frage stellen, ob nicht die Vergütung der Praxislehrpersonen überprüft werden soll.

Wenn Basel-Stadt Praktikantenlöhne für PH-Studierende einführen würde, haben die Praktikanten in den anderen drei Trägerkantonen immer noch keine Löhne. Hier hinzuwirken kann man machen, aber erreichen wird man nichts, vor allem wenn wir bedenken, wie wir vor einem Monat bereits in Bezug auf die FHNW die finanzielle Situation der Nachbarkantone besorgt zur Kenntnis nehmen mussten, weil sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Wir können nicht den Steuerzahlern zumuten, allen Praktikanten, egal welcher Studienrichtung, zwecks Ausbildung einen Praktikumslohn zu bezahlen. Es ist auch schwierig abzuschätzen, wo eine tatsächliche Arbeitsleistung erbracht wird. Nicht alle Praktikanten sind mit ihrer Arbeit quasi gleichviel wert. Auch hier können wir nicht einfach pauschalisieren. Oft ist eine Betreuung der Praktikanten teuer, weil sehr viele Ressourcen dafür benötigt werden. Dies kann sich die Privatwirtschaft vielleicht eher leisten, aber wir dürfen nicht vergessen, dass es sich bei uns um Steuergelder handelt und daher hinkt der Vergleich enorm.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin ist Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP hat versehentlich in der Kreuztabelle ein Plus eingetragen. Wir werden den Anzug aber nicht überweisen. Ich begründe: Die Praktika im Rahmen des Studiums an der PH FHNW haben Ausbildungscharakter, wir haben es bereits schon von meinen Vorrednerinnen gehört. Sie dienen dem Sammeln von Praxiserfahrung und sind Teil des Studiums. Sie sind vorgeschrieben, um den Abschluss zu erlangen. Aus diesem Grund schliessen die Studierenden eine Praktikumsvereinbarung mit der FHNW ab und keinen Arbeitsvertrag mit dem ED beziehungsweise mit dem Kanton. Meines Wissens sind die Voraussetzungen für eine Entlöhnung, dass das Praktikum freiwillig ist und länger als drei Monate dauert.

Das trifft auf die Praktika im Rahmen des Studiums an der PH FHNW nicht zu. Die Praktika der Klassenassistenz sind meines Wissens länger und werden daher anders gehandhabt.

Wir sehen also keine Umsetzungsmöglichkeiten für das Anliegen dieses Anzugs und beantragen Ihnen, diesen nicht zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin des Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Die Praktika sind in der Ausbildung zur angehenden Lehrperson, das kenne ich aus eigener Erfahrung, sehr wertvoll. Dass es innerhalb der Praktika in den verschiedenen Hochschulausbildungen Lohndifferenz gibt, ist nicht hinnehmbar. Praktikant:innen sind nicht fertig ausgebildete Fachkräfte, ja, aber dies ist auch bei anderen vergleichbaren Praktika an Hochschulen der Fall. Das heisst, wir müssen hier vereinheitlichen und nicht willkürlich entlöhnen oder eben gar nicht entlöhnen.

Dass die Lehrpersonen oder die angehende Lehrpersonen, die auf dem Arbeitsmarkt gesucht sind, zusätzlich beim Studium behindert werden, da die Finanzierbarkeit von Teilzeitstudien erschwert wird, ist nicht nachvollziehbar. Es ist daher nur folgerichtig, dass hier eine Anpassung angestossen wird. Die PH hat immer wieder mit ihrem Ruf zu kämpfen, dies erhöht die Attraktivität der Lehrpersonenausbildung nicht.

Eine angemessene Entlöhnung und eine Harmonisierung ist daher in jeder Hinsicht unterstützenswert. Ich bitte Sie daher, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Ich möchte noch einen anderen Aspekt einbringen als das, was bereits diskutiert wurde. Gemäss Aussage der FHNW in der Presse dieser Woche zu den offenbar immer noch nicht beendeten Diskussionen rund um die IT-Probleme im letzten Sommer zeigen auf, dass das grösste Problem der FHNW ist, dass die Studierenden eine maximale Flexibilität bei der Vorlesungsbelegung fordern. Einer der Gründe für diese geforderte Flexibilität ist die Tatsache, dass die meisten Studierenden an der PH FHNW bereits feste Anstellungen haben und so versuchen, den Einklang zwischen Beruf und Studium zu optimieren. Gemäss Aussage der PH geht es so weit, dass die Studierenden dabei die Priorität zuerst auf die Berufsausführung setzen und erst danach auf das Studium. Man braucht ja schlussendlich doch ein Papier.

Wenn also das Gros der PH-Studierenden bereits im Beruf arbeitet, braucht es diesen Anzug wirklich nicht. Sie sind ja bereits bestens entlöhnt. Falls jetzt der Vorwurf kommt, dass nicht alle angestellt sind, dann bitte ich den Regierungsrat, sollte der Anzug überwiesen werden, auf diese Klientel zu fokussieren und den Rest liegen zu lassen. Ich bitte Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GAB): Bei den einen ist es länger her, bei den anderen noch nicht so lange, aber wir hier haben vermutlich alle schon einmal ein Praktikum gemacht. Studiert man an der PH, ist ein Praktikum ein sehr zentraler Teil des Studiums. Die Praktika sind wichtig und es ist eben auch richtig, dass sie so ein zentraler Teil des Studiums sind und das auch bleiben.

Aber sie bringen ein Problem mit sich. Sie ermöglichen einem in vielen Fällen nicht, neben dem Studium zu arbeiten und Geld zu verdienen, um den Lebensunterhalt und das Studium zu finanzieren. Es ist offensichtlich, dass das die Vereinbarkeit von Ausbildung und Lebensunterhalt erschwert, und genau das trifft wieder Menschen am meisten, die in finanziell weniger privilegierten Verhältnissen leben. Das kann einfach nicht sein.

Wir müssen uns wirklich fragen, ob wir den Zugang zum Studium zur Lehrperson mit solchen Missständen und Ungleichheiten erschweren wollen oder ob wir die Situation verändern und den Zugang attraktiver und einfacher machen wollen.

Es ist halt einfach nicht ganz fair, während man in einer anderen Ausbildung, sei es in der Medizin, in der sozialen Arbeit und vielen weiteren Studiengängen etwas verdient, geht man bei einem Praktikum an der PH einfach leer aus. Und ich sehe nicht ganz den Unterschied zwischen einem Praktikum, das man in der sozialen Arbeit macht, das genauso Teil des Studiums ist, bei dem man auch bewertet wird und es auch um die Arbeitsleistung geht, nicht ganz. Wieso soll man dort bezahlt werden und an der PH nicht? Am Schluss arbeiten beide zusammen wieder im Schulzimmer und mache einen ähnlichen Job und

haben eine ähnliche Ausbildung hinter sich, einfach in zwei verschiedenen Bereichen. Und das ergibt für mich einfach keinen Sinn.

Und es ist jetzt oft gesagt worden, man habe wieder keinen Einfluss darauf oder man sei nicht beim Kanton angestellt, oder in anderen Kantonen sei es ja auch nicht so. Okay, in anderen Kantonen mag es auch nicht so sein. Da gibt es zwei Sachen. Erstens, Basel-Stadt könnte hier eine Vorreiterrolle einnehmen und zweitens machen wir Politik für unseren Kanton, wir können nicht über andere Kantone entscheiden, aber wir und vor allem der Regierungsrat kann ein Signal senden an. die FHNW und dann vielleicht auch zum Denken in anderen Kantonen anregen.

Ich glaube, es ist einfach Realität und man muss die Bedingungen verändern, um ein modernes Hochschulstudium anbieten zu können. Es ist schade, dass jetzt noch Abweichungen von der Kreuztabelle kommen. Ich persönlich möchte jetzt einfach wirklich noch einmal alle, die vielleicht noch unentschlossen sind, zum Überlegen anregen, ob es wirklich fair ist, dass jemand in der sozialen Arbeit ein bezahltes Praktikum macht und ein Studierender oder eine Studierende an der PH ein unbezahltes Praktikum macht, und diese Leute sich nachher wieder im Schulhaus treffen und zusammenarbeiten.

Überlegen Sie sich, welches Signal Sie senden wollen. Es ist ein Anzug. Die Regierung soll sich damit befassen. Sie will es ja offensichtlich auch, da Sie bereit ist, den Anzug entgegenzunehmen, und daher möchte ich Sie im Namen des GAB bitten, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat die Antragstellerin Fina Girard das Wort.

Fina Girard (GAB): Danke für die unterstützenden Voten. Ich finde, es war eine spannende und sehr wichtige Debatte. Auch ich bin einverstanden, die Praxisausbildung ist ein entscheidender Teil der Lehrpersonenausbildung und enorm wertvoll, und ich bin einig mit Erich Bucher, dass sich die Haltung, wie Ausbildung und Beruf vereinbart werden können im PH-Studium, verändert hat. Das ist logisch, weil auch die PH sich verändert hat. Es ist kein Lehrerseminar mehr mit fixen Klassen und Stundenplänen, sondern es ist eine Pädagogische Hochschule, die flexibel gestaltet werden kann. Jeder kann selbst entscheiden, an welchen Tagen man studiert, welche Module man wann belegt und das hat natürlich eine Verhaltensveränderung der Studierenden zur Folge. Heute arbeiten 70 Prozent der PH-Studierenden neben dem Lehrpersonenstudium und finanzieren sich so ihre Ausbildung zu einem grossen Teil selbst. Diese Entwicklung kann man gut oder schlecht finden, ich finde sie sehr begrüssenswert für die Chancengleichheit, aber wie es auch schon gesagt wurde, die Möglichkeit der Quereinsteiger, die enorm wichtig sind in Zeiten des Lehrpersonenmangels, dort eine Ausbildung weiterhin zu machen, muss bleiben.

Aber natürlich, es verändert die Art und Weise, wie diese Ausbildung strukturiert werden soll und dort hinkt der aktuelle Lehrplan eben auch noch nach. Das Praktikum wird zur Herausforderung, wenn plötzlich Vollzeit ein Praktikum geleistet werden soll, während man sonst ein, zwei, drei Tage pro Woche arbeitet und in dieser Zeit dann auch noch der Lohn ausfällt. Das führt zu finanziellen Engpässen und erschwert die Vereinbarkeit von Studium und im Lebensunterhalt.

Solche unbezahlte Praktika sind nicht zeitgemäss und Laurin Hoppler hat das bereits aufgezeigt, im sozialen Arbeitsstudium haben wir eine sehr vergleichbare Situation, wo die Praktika gezahlt werden. Auch ich bin aktuell in einer ähnlichen Situation. Ich habe einen Vertrag mit der Universität, dass ich für den Abschluss meines Bachelors ein Praktikum absolvieren muss. Dieses Praktikum hat eine Mindestdauer von zehn Wochen, also ebenfalls weniger als drei Monate, und ich werde bezahlt und bin froh darüber. Es wurde gesagt, diese jungen Lehrpersonen seien keine Unterstützung im Berufsalltag. Auch im Hebammenstudium werden die Praktikantinnen bezahlt und auch dort muss zu jedem Zeitpunkt eine erfahrene Praxislehrperson, eine erfahrene Hebamme dahinterstehen, jeden Handgriff kontrollieren. Das ist eine Situation, die es in verschiedenen Ausbildungen gibt, und auch dort werden sie bezahlt. Diese Situation haben wir einfach in der PH nicht.

Ich möchte noch zum Abschluss sagen, ich erwarte ja auch keinen Mindestlohn, mir ist das komplett bewusst, dass das nicht so ausgerichtet werden kann. Es geht um eine Wertschätzung der Arbeit, die diese jungen Menschen leisten, die einen Beitrag leistet dazu, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Ausbildung möglich ist. Und Sie können es gerne in meinem Anzug nachlesen, natürlich müssen wir das zwischen den Kantonen abstimmen. Natürlich braucht es eine Harmonisierung, und deshalb soll dieser Anzug auch prüfen und berichten, wie der Regierungsrat hier eine Harmonisierung vorantreiben kann zwischen den verschiedenen Kantonen. Es ist auch nicht in meinem Interesse, dass dann Studierende auslosen müssen, ob sie jetzt im Kanton Basel-Stadt bezahlt werden oder in Basel-Landschaft eben nicht. Das kann es nicht sein und das ist auch mir bewusst.

Sandra Bothe, ich bin sehr offen für eine Zusammenarbeit, um die Praxislehrpersonen besser zu entlöhnen. Ich finde das auch einen wichtigen Aspekt, aber da müssen wir auch zusammenarbeiten auf beiden Ebenen. Das widerspricht sich ja auch gegenseitig nicht.

Ich möchte mich noch bei der Regierung bedanken, dass sie auch hier den Handlungsbedarf anerkannt hat und bereit ist, den Anzug entgegenzunehmen und ich hoffe, sollte es nicht reichen heute mit diesem Anzug, dass trotzdem diese Sache angeschaut wird und man nach innovativen Modellen sucht, wie diesen jungen Lehrpersonen auf ihrem Weg zu wichtigen Personen für die Zukunft unseres Kantons ein bisschen Wertschätzung entgegengebracht werden kann.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen damit zur Abstimmung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt einen Stichentscheid.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Da der Statthalter schon abgestimmt hat, muss ich ihn fällen. Das ist immer so, solange der Präsident im Haus ist und ich stimme für Überweisung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

46 Ja, 45 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005367, 19.12.24 17:04:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Damit ist der Anzug überwiesen.

66. Anzug 44 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Kompetenzzentrum für geschlechterreflektierte Männerarbeit

[19.12.24 17:04:47, 24.5420.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ich staune ich schon immer wieder, welche Kreativität die Genderbewegten beim Umgang mit der deutschen Sprache an den Tag legen. Nicht nur massakrieren sie unsere Sprache, nicht nur wollen sie die Öffentlichkeitszwingen zu einer speziellen Sprache, nein, sie erfinden auch immer wieder neue Wortungetüme. Rund um uns herum bricht die Welt bald auseinander, und der Grosse Rat von Basel diskutiert über geschlechterreflektierte Männerarbeit.

Ein solcher Ausdruck ist weit entfernt vom täglichen Sprachgebrauch und für die nicht Gender-Woke- Bewegten schlicht unverständlich. Ich habe das in meinem privaten Umfeld getestet. Die meisten haben überhaupt nicht verstanden, was dieses Wort bedeutet, die wenigen, die damit etwas anfangen konnten, haben den Kopf geschüttelt. Ja gut, die anderen haben auch den Kopf geschüttelt.

Wer eine solche Sprache benutzt, der zeigt, wie weit er sich von den Problemen unserer Bevölkerung entfernt hat. Solche theoretischen Gedanken und Wortungetüme entstehen in den universitären Elfenbeintürmen der Gender-Woke-Bewegten und haben mit dem täglichen Leben nichts zu tun. Sie sind Elfenbeinturmideen von Elfenbeinturmbewohnerinnen, und trotzdem,ich bitte Sie, meine lieben Freunde der linken Politik, bitte machen Sie weiter so, zeigen Sie uns, wie weit sie sich

entfernt haben vom täglichen Leben unserer Mitmenschen und vor allem tun Sie das auch in vier Jahren noch, dann können wir von der SVP uns die Wahlplakate sparen.

Der Inhalt des Anzugs entspricht dem Titel. Es braucht schon eine ganz spezielle Männerverachtung, um solche Forderungen zu stellen. Männer werden in der Gedankenwelt dieses Anzugs als das ewig Böse dargestellt, welche nicht wertvoller Bestandteil unserer Gesellschaft sein können, ohne dass sie in der Tiefe studiert, ihr Verhalten seziert und sie vom Staat via Kompetenzzentrum an der Hand durchs Leben geführt werden. Und statt dass Sie das gemeinsame Leben von Männern und Frauen hervorheben und fördern, stellen Sie Männer und Buben unter Generalverdacht, Sie spalten mit solchen Anzügen die Gesellschaft statt dass Sie vereinen. Und wenn Sie das unbedingt tun wollen, ja natürlich, dann tun Sie das, aber ich verspreche Ihnen, ohne die SVP.

Wir müssen als Parlamentarier, als Mitbürger, als Menschen das Gemeinsame betonen und nicht das Trennende. Wir stehen wie gesagt am Rande eines dritten Weltkriegs. Wir waren schon lange nicht mehr so nahe daran und Sie bringen solchen Flachsinn ins Parlament, weit weg von jeder Realität, vom gesunden Menschenverstand, weg von zwischenmenschlicher Gemeinsamkeit. Statt zu vereinen, spalten Sie. Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Könnte es sein, dass Sie jetzt gerade ein sehr gutes Beispiel abgegeben haben für die Notwendigkeit dieses Anzugs?

Beat K. Schaller (SVP): Nein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich bin schon immer wieder erstaunt, wie dieses Thema offenbar Gewisse hier drin aufrüttelt. Ich hoffe jetzt, mit meinem Votum das Ganze ein bisschen nüchtern auf den Boden zurückzubringen,

Ich finde, Gleichstellung betrifft uns alle, Männer, Frauen und alle Geschlechtsidentitäten. Ich finde auch, wir sind dabei noch nicht am Ziel. Natürlich geht es bei der Gleichstellung zuerst einmal darum, dass alle Menschen die gleichen Rechte und Pflichte haben sollen. Viele denken dabei automatisch an die Privilegien, wenn man sie denn so nennen möchte, die Männer historisch durch patriarchale Strukturen innehatten. Das habe ich auch im vorherigen Votum so durchsickern gehört. Doch die Realität sollten wir differenzierter betrachten. Die Rollenbilder, was ein Mann sein soll – stark, unemotional, erfolgreich – sind bei näherer Betrachtung ebenso einschränkend wie die traditionellen Rollenbilder für Frauen. Aus diesem Grund nennt das kantonale Gleichstellungsgesetz Männer explizit als Zielgruppe des Gleichstellungsauftrags.

Es ist verständlich, dass sich nicht alle Männer unmittelbar betroffen fühlen, doch darum geht es auch gar nicht. Entscheidend ist die gesamtgesellschaftliche Perspektive. Die Zahlen und Studien sprechen eine deutliche Sprache. Stereotype Männlichkeitsbilder führen nachweislich zu ungesundem Verhalten, einer höheren Suizidrate und einer geringeren Lebenserwartung bei Männern. Zudem sind Männer überproportional oft in Gewalt- und Kriminalstatistiken vertreten, sowohl als Täter wie auch als Opfer.

Um also bei der Gleichstellung einen weiteren Schritt nach vorne zu machen, müssen wir auch aus dieser Perspektive über diese Strukturen sprechen und sie gezielt angehen. Die Schaffung des in diesem Anzug geforderten Kompetenzzentrums wäre dafür eine wichtige Schnittstelle. Es könnte nicht nur Forschung und Aufklärung betreiben, sondern auch Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit leisten, Gewaltprävention betreiben und Institutionen wie Schulen, Polizei oder Beratungsstellen in der Geschlechter reflektierten Arbeit unterstützen. So schaffen wir eine Basis, um stereotype Rollenbilder aktiv abzubauen.

Ja, es gibt in Basel den Verein Männerbüro, der sowohl für die Gewaltberatung als auch für die polyvalente Sozialberatung Finanzhilfen vom Kanton erhält. Das ist eine wichtige Funktion, aber ein Kompetenzzentrum im Sinn, wie es der Anzug fordert, ist es noch nicht. Es könnte es aber werden, wenn der Aufbau von Praxis orientiertem Fachwissen, Öffentlichkeitsarbeit und Beratung in den Leistungskatalog des Männerbüros aufgenommen würde, oder aber eine andere Institution könnte mit diesem Auftrag versehen werden. Genau dafür sollten wir diesen Anzug überweisen.

Die Stärkung der geschlechterreflektierten Männerarbeit hat nichts mit Umerziehung zu tun, wie es Beat K. Schaller gesagt hat, sondern es wäre ein Fortschritt, der allen zugutekommt. Beide Geschlechter und auch alle anderen

Geschlechtsidentitäten profitieren davon, wenn Stereotype abgebaut und diskriminierende Strukturen verändert werden, damit alle Menschen frei von starren Rollenbildern leben können.

Sehen Sie also diesen Vorstoss nicht als eine Bedrohung für Männer, sondern als Chance für eine gerechtere Gesellschaft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Die Frage steht im Raum, was dieser Anzug mit dem Alltag zu tun hat. Schon nur wenn ich auf den Titel schaue, geschlechterreflektiert, also Nachdenken – , ich denke im Alltag nach, ich beobachte im Alltag und ich stelle mir Fragen dazu, was ich im Alltag erlebe und beobachte und wie mein Alltag auf mich wirkt, wie wohl der Alltag auf andere Menschen wirkt. Und da bin ich eigentlich genau beim Thema dieses Anzugs und ich bin im Alltag genau gleich und die Frage war anscheinend eine rhetorische Frage. Und wenn ich sehe, dass die SVP und die anderen bürgerlichen Parteien hier ein Minus eingetragen haben, dann frage ich, wie denn ihr Alltag aussieht. Wirkt der nicht Sie euch ein und bringt er Sie nicht zum Nachdenken? Es interessiert mich ja nicht nur, warum ist etwas so, wie ich das beobachte oder wie ich das erlebe, sondern auch woher kommt das und wie können wir das ändern und wie können wir das verbessern? Ich frage mich, warum Sie das nicht möchten oder nicht mehr dazu wissen möchten. Der Anzug möchte ja genau diese Basis legen, und dann jeder und jede von uns damit macht, ist uns überlassen. Aber dass wir zumindest diese Basis haben, wäre für uns vom GAB ein sehr grosser Gewinn und entsprechend werden wir diesen Anzug auch unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Die GLP unterstützt diesen Anzug und ich möchte kurz erwähnen oder erläutern, wieso wir das tun oder wie das zu verstehen ist, dass wir das tun.

Wir denken, dass dieses Thema ein inhärenter Bestandteil der Gleichstellungsarbeit ist und nicht erst seit diesem Anzug, sondern eigentlich schon seit sehr vielen Jahren. Es ist deshalb auch ein bisschen, wenn ich mir die Kritik erlauben darf, erstaunlich, dass dieser Anzug überhaupt eingereicht wird, weil eigentlich die Abteilung Gleichstellung für Männer und Frauen sich mit diesem Thema seit 20 Jahren beschäftigen müsste, das aber offenbar zu wenig tut oder zu wenig kann, weil die Kompetenz sogar fehlt. Ich weiss es nicht. Ich finde das sehr erstaunlich. Ich finde den Anzug, wenn ich das so formulieren darf, etwa ähnlich, wie wenn Erich Bucher ein Windows-Update bei IT Basel-Stadt fordern würde. Es ist wirklich so, dass dieses Thema zur Gleichstellungsarbeit gehört und deshalb auch unterstützt werden soll.

Jetzt ist es aber so, dass dieser Aspekt im Wahlkampf lanciert wurde und irgendwie wir den Eindruck nicht loswerden, dass jetzt verschiedene Aspekte der Gleichstellungsarbeit lanciert werden, um schlussendlich halt Budgeterhöhungen zu fordern für die Umsetzung. Und damit die GLP ein bisschen ein Problem, weil wir halt eben finden, dass das bereits ein Auftrag ist, der dem Kanton übergeben wurde und eigentlich einfach gemacht werden soll. Deswegen überweisen wir, möchten aber, dass die Umsetzung kostenneutral realisiert werden kann. Wir glauben auch, dass das möglich ist und vielleicht braucht es da ein gewisse Strukturveränderung auf der Abteilung und die sieht man ja auch im Geschlechterverhältnis, dass sie da nicht ganz ausgeglichen ist.

Das würde auch helfen. In diesem Sinne über unterstützen wir diesen Antrag und hoffen, dass wir noch ein paar andere Männer dazu motivieren können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun hat die Anzugsstellerin Melanie Nussbaumer das Wort.

Melanie Nussbaumer (SP): Zuerst einmal vielen Dank an die GLP für die Unterstützung. Ich habe die Kritik gehört und verstehe sie auch. Ich bin auch einverstanden, dass das eigentlich schon längst hätte gemacht werden sollen, aber es ist halt Fakt, dass das nicht so ist. Es gibt dort eine Lücke in der Männerarbeit, die leider bisher noch nicht geschlossen wurde, und deshalb habe ich diesen Anzug eingereicht.

Und vielleicht kann ich auch Beat Schaller erklären, was diese Wörter alle bedeuten. Es ist ja nicht so, dass ich alle immer von A bis Zeit von Anfang an verstehe, aber wenn wenn ich dazu rede, dann gehe ich halt recherchieren und versuche mich damit auseinanderzusetzen. Das hat er anscheinend nicht gemacht, so schwierig ist es auch wieder nicht. Das Wort Kompetenzzentrum ist in dem Sinne gemeint, als dass es dringend einen Ort geben muss, wo bestehendes Wissen gebündelt wird, bei dem neues Wissen gesammelt wird und bei dem aber auch, und das ist wichtig, praxisnah erforscht wird und dieses Wissen oder eben dann diese gesammelten Kompetenzen direkt in die Praxis, in den Alltag zu den Männern

zurückgeht. Es ist eben kein Elfenbeinvorstoss. Wir wollen nicht das Institut für Gender Studies ausbauen. Es soll kein Forschungszentrum im engen Sinn sein, weil es eben das Ziel hat, dass dieser Transfer zurück zu den Leuten relativ rasch eingesetzt wird. Es soll auch keine reine Verwaltungsaufgabe sein, weil eben auch dort das näher an den Männern dran sein muss. Deshalb fände ich persönlich zum Beispiel eine Zusammenarbeit mit dem Männerbüro eine gute Lösung. Ob das kostenneutral möglich ist, bezweifle ich, aber ich bin da offen. Vielleicht hat ja dann die Regierung eine gute Idee.

Und jetzt kommen wir zum Thema geschlechterreflektiert. Wir haben uns ja im Rahmen des Gleichstellungsgesetzes ausführlich mit den verschiedenen Ebenen von Geschlecht auseinandergesetzt und vielleicht haben wir da ja auch zusammen etwas gelernt, und ich habe auf jeden Fall gelernt, dass es nicht nur die biologische Ebene gibt von Geschlecht, sondern es gibt eben auch die soziale Ebene, respektive die Frage, was genau unter männlich verstanden wird, was genau unter weiblich verstanden wird. Und diese Ebene ist eben dynamisch, und um diese Ebene würde es auch in diesem Kompetenzzentrum gehen.

Wir wissen alle, dass schon lange über die Rolle der Frauen reflektiert und diskutiert wird, und das hat natürlich auch mit der Emanzipationsbewegung der Frauen selbst zu tun. Daraus entstanden dann auch viele wissenschaftliche Studien, politische Forderungen und auch Strukturen wie Gleichstellungsbüros, aber auch da vor allem mit dem Fokus auf Frauen einverstanden. Das will ich auch nicht schlechtreden, das war wichtig und ist weiterhin richtig, aber es reicht nicht, denn auch die gesellschaftlichen Rollen und Erwartungen von Männern befinden sich im Wandel. Es gibt widersprüchliche und vielfältige Erwartungen an Männer. Auf der einen Seite stehen Sie häufig unter dem Druck traditioneller oder stereotyper Rollenerwartungen – sie müssen das Geld heimbringen, sie müssen stark sein, dürfen nicht weinen. Sie wissen, wovon ich rede. Auf der anderen Seite gibt es aber auch neuere Erwartungen wie zum Beispiel, dass sie auch aktive Väter sein sollen, sie sollen neu auch Gefühle wahrnehmen können und darüber sprechen, auch das eine hohe Erwartung.

Und die Frage ist nun, wie gehen die Männer mit diesen vielfältigen Erwartungen um, welchen Einfluss haben diese Rollenbilder auch auf ihre Gesundheit, ihre Beziehungen und ihr Verhalten? Inwiefern können Männer eben auch bewusste Entscheide diesbezüglich fällen? Mir geht es also keinesfalls darum, ein spezifisches Männerbild durchzusetzen. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass die bewusste Reflexion über diese gesellschaftlichen Erwartungen zu selbstbestimmteren Entscheidungen führt und damit auch zu einem Freiheitsgewinn. Das Ziel ist also schlussendlich, dass wir alle nicht einfach irgendwelchen Normen folgen, sondern frei entscheiden, wie wir uns erleben, unsere Beziehungen und unsere Familienkonstellationen leben wollen und wie wir auch mit unseren Körpern und unserer Gesundheit umgehen.

Ein Kompetenzzentrum für geschlechterreflektierte Männerarbeit würde also genau hier ansetzen. Es könnte Wissen und Kompetenzen bündeln, Präventionsarbeit leisten und Weiterbildung für Fachpersonen anbieten. Wenn wir also insgesamt in der Frage der Gleichstellung weiterkommen wollen, müssen wir jetzt endlich, ja endlich auch bei den Männern hinschauen. Ein solches Kompetenzzentrum könnte hierzu einen Schritt beitragen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird bestritten von Beat K. Schaller. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 37 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005369, 19.12.24 17:21:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 51 Ja-Stimmen und 37 Nein-Stimmen bedeuten, dass der Anzug überwiesen ist.

67. Anzug 45 Barbara Heer und Konsorten betreffend Gutscheine für werdende Väter für Geburtsvorbereitungskurse

[19.12.24 17:22:08, 24.5421.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte. Da hat sich Regierungsrat Lukas-Engelberger gemeldet.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir sind sehr einverstanden mit den Anzugstellerinnen und Anzugstellern, dass Väter eine wichtige Verantwortung haben und diese auch wahrnehmen sollen und zwar eben auch, wenn sie erst werdende Väter sind, und wir sind auch einverstanden, dass Hilfsangebote für werdende Väter ebenfalls Sinn machen. Wir kommen aber jetzt trotzdem zum Schluss, Ihnen zu empfehlen, diese Gutscheinsidee für den Besuch von Schwangerschaftsvorbereitungskursen nicht weiter zu verfolgen.

Die Hauptüberlegung hinter unserer Haltung ist, dass Geburtsvorbereitungskurse auch weiterhin auf die Gesundheit der Schwangeren fokussieren müssen. Es geht um die Gesundheit der Schwangeren, eine Schwangerschaft ist eine Belastung, eine Geburt ist medizinisch gesprochen eine Gesundheitsgefährdung und die Geburtsvorbereitungskurse wollen diesen Risiken spezifisch für die Gesundheit der Schwangeren entgegenwirken. Und das soll so bleiben.

Da sind wir wirklich auf der biologischen Ebene von Geschlecht und die ist unterschiedlich. Die Betroffenheit hier von werdenden Müttern und werdenden Vätern ist wirklich unterschiedlich. Ich glaube, es könnte hier ein Missverständnis im Raum stehen. Wir reden bei den Geburtsvorbereitungskursen nicht über allgemeine Kurse von Elternschaft. Das ist es nicht, sondern es sind spezifisch medizinisch ausgerichtete Angebote zum Schutz der Gesundheit eben der Schwangeren. Daneben gibt es auch die allgemeineren Aspekte, die dann natürlich auch für die Männer gleichermassen relevant sind, aber die stehen nicht im Vordergrund und die können übrigens auch heute schon von den werdenden Vätern auch mitbesucht werden. Es ist ja nicht so, dass das den Vätern heute nicht möglich wäre.

Es gibt auch andere beratende Angebote für werdende Väter, das ist richtig so und auch für junge Familien ja im weiteren Sinn, nicht nur für die Väter, sondern auch für die Mütter. Auch die haben vielleicht noch weitere Beratungsbedürfnisse als nur die Geburtsvorbereitungskurse. Aber hier reden wir über die Geburtsvorbereitungskurse und die möchten wir weiterhin auf die Interessen der schwangeren Frauen beziehen, fokussieren und da haben jetzt unseres Erachtens die Männer heute schon ausreichend Möglichkeit, teilzunehmen, wenn sie sich dafür interessieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Als Vater von drei nun erwachsenen Töchtern kann ich aus Erfahrung sagen, dass die Teilnahme am Geburtsvorbereitungskurs – das war schon damals möglich – wirklich sehr hilfreich war, um mich mit der bevorstehenden Geburt, der Zeit danach und auch hinsichtlich der neuen Vaterrolle auseinanderzusetzen. Damals vor 25 Jahren aber, ich muss es ehrlicherweise sagen, haben nur wenige werdende Väter am Geburtsvorbereitungskurs teilgenommen und ich vermute es wirklich, die meisten haben sich entsprechend schon irgendwie damit auseinandergesetzt. Es war mit Bestimmtheit nur ein Ausschnitt aus der Gesellschaft.

Ich bin mir nicht ganz sicher, aber auch aus Beobachtung meines persönlichen Umfelds von Kindern, die auch wieder Kinder haben, habe ich den Eindruck, dass es aktuell nicht viel anders aussieht und werdende Väter auch jetzt schon an Geburtsvorbereitungskursen teilnehmen könnten, aber in der Regel das halt nicht tun. Wer weiss, vielleicht nehmen sogar weniger Männer daran Teil als dies noch vor 10 bis 20 Jahren der Fall war, denn zurzeit erleben wir ja eher wieder ein Erstarken traditioneller Rollenbilder.

Deshalb ist der Anzug von Barbara Heer wichtig und unterstützenswert. Manchmal braucht es Anreize, um etwas in Bewegung zu bringen. Ein staatlicher Zwang wäre hier sicher eher kontraproduktiv, aber ein Gutschein könnte Wirkung erzeugen. Und jetzt eine Antwort auf den vielleicht berechtigte Einwand von Regierungsrat Lukas Engelberger. Vielleicht braucht es auch entsprechende Geburtsvorbereitungskurse für Männer. Vielleicht heissen die dann. ein bisschen anders, aber darum geht es ja gar nicht, es geht um die Idee, dass mehr werdende Väter sich in einem Kurs mit dieser Rolle, mit diesen Herausforderungen auch auseinandersetzen, einen sogenannten Vater-Crash-Kurs, eventuell auch von Vätern für Väter, um sich mit der Vaterrolle auseinanderzusetzen und vielleicht ist bei einem solchen Angebot auch die Hemmschwelle niedriger, um Unwissenheit zu zeigen, mögliche Ängste zu äussern und Fragen zu stellen.

Schlussendlich dient die Teilnahme an einem Vater-Crash-Kurs oder an einem Geburtsvorbereitungskurs der Gesundheitsprävention und ist aus einer gesamt gesellschaftlichen Perspektive überaus sinnvoll und wirkungsorientiert. Wir

bieten ja auch auf für Darmscreening und Mammographie, weshalb sollen wir nicht auch beim Vaterwerden präventiv unterstützen.

Also ich bin überzeugt, in einer finanziellen Unterstützung, in einer guten, Zielgruppen orientierten entsprechenden Kommunikation könnte dies sehr gut ins Laufen kommen und auch neue Zielgruppen angesprochen werden, die bis anhin nicht erreicht wurden . Ich ermutige den Regierungsrat bei der Beantwortung des Anzugs auch über den Geburtsvorbereitungskurs hinauszudenken und auch die Idee eines Vater-Crash-Kurses oder wie man auch das immer nennen möchte, einzuarbeiten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Stefan Wittlin.

Stefan Wittlin (SP): Bei mir ist es etwas weniger lange her als bei Oliver Bolliger, aber auch ich habe einen Geburtsvorbereitungskurs besucht und ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung berichten, wie wichtig und wie es sinnvoll dies ist und wie sehr ich auch davon profitiert habe. Ich bin überzeugt, viele andere hier im Saal haben das ähnlich oder gleich erlebt.

Ich war ziemlich überrascht, als ich gesehen habe, dass der Regierungsrat diesen Anzug nicht entgegennehmen möchte. Ich bin froh, dass Regierungsrat Lukas Engelberger sich dazu geäussert hat. Allerdings verstehe ich diese Argumentation noch nicht ganz, ich werde später noch darauf zurückkommen. Wir haben jetzt gehört, es geht darum, dass Gutscheine ausgestellt werden sollen für die Teilnahme an Geburtsvorbereitungskursen für Väter beziehungsweise auch Partnerinnen der Mütter. Es geht auch um zusätzliche Informationen, die in diesem Rahmen zur Verfügung gestellt werden können.

Nun, was beinhaltet ein Geburtsvorbereitungskurs? Es geht darum, dass man lernt, wie eine Geburt abläuft. Man lernt, wie man helfen kann, was man tun kann in welcher Situation. Es geht natürlich um die medizinischen Möglichkeiten und Risiken, die es gibt während einer Geburt, es geht aber auch und explizit um die Zeit danach. Es geht eben auch um das Wochenbett und die erste Babypflege. Und da möchte ich auf das Votum von Regierungsrat Lukas Engelberger zurückkommen. Ich gebe Ihnen ja recht, dass diese Kurse auf die Gesundheit der Schwangeren fokussiert sind, aber was ist denn das für eine Schlussfolgerung, wenn Sie sagen, dass die Männer da nichts zu suchen haben? Ich weiss, Sie haben es nicht so formuliert, das ist jetzt ein bisschen überspitzt. Aber es ist doch umso wichtiger, dass dann die Männer da sind, weil während der Geburt spielen die Männer zwar eine untergeordnete Rolle, aber sie können eben die gebärenden Mütter unterstützen und das können sie nur beziehungsweise das können sie nur ausreichend, wenn sie eben informiert sind und die Mutter nicht noch während der Geburt ihren Partner oder ihre Partnerin anleiten muss, was jetzt als nächstes kommt und was jetzt wichtig ist.

Ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen. Es geht um ein niederschwelliges Angebot. Ein Kurs ist viel niederschwelliger beispielsweise als die Lektüre von Fachliteratur. Da spreche ich ebenfalls aus eigener Erfahrung. Dieser Anzug schafft einen Anreiz. Gerade für gering Verdienende sind vielleicht diese 150 Franken eine zu grosse Hürde, und da wäre es eben wichtig, wenn wir als Kanton eine Unterstützung leisten könnten. Wenn man diese Idee mit den Gutscheinen umsetzen würde, bräuchte das sehr überschaubare Mittel. Wir haben in Basel-Stadt rund 2000 Geburten pro Jahr. Gehen wir davon aus, dass die Hälfte der werdenden Väter oder Partnerinnen der Mütter von diesem Angebot Gebrauch machen würden, würde uns das also rund 150’000 Franken kosten pro Jahr. Das sind genau 7,5 Prozent des Geschenks, dass Sie gestern dem Zolli gemacht haben. Dies zur Einordnung dieser Grössenordnung. Ich danke Ihnen, wenn Sie diesen Anzug überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Der Regierungsrat hat auch hier wirklich schon erklärt und ich will es jetzt einfach einmal wiederholen: Es gibt zwei mögliche Vorbereitungskurse. Das eine ist das rein medizinische, wo der Partner oder die Partnerin auch unterstützen kann bei einer Geburt. Aber das ist rein medizinisch. Und dann gibt es die edukativen Kurse, die es jetzt schon verbreitet gibt und auch von Privaten angeboten werden. Und dann gäbe es schon wieder im Markt eine Ungleichheit, weil ich Gutscheine nur von staatlich subventionierten Geschichten mache, dann habe ich auch das Probleme und auch die ganze Bürokratie. Wem gebe ich es jetzt genau, wer sorgt für die Gutscheine? Wer hat diese zu Gute und wie meldet man sich? Das ist ein riesiger Monster, das wir da kreieren für welches Ergebnis? Es steht ja nirgends, dass edukative Kurse wirklich dazu beitragen, aber es ist einfach eine Selbstverständlichkeit, die man aus Eigenverantwortung übernimmt, vielleicht auch aufgrund vorheriger Generationen. Und die Geburt hat sich vielleicht schon eine wenig geändert. Ich kann mich auch noch erinnern, ich bin nämlich auch mit vor 26 Jahren, und da habe ich mich ziemlich alleine gefühlt, weil ich der einzige Mann gewesen bin unter schwer atmenden Schwangeren in diesem Raum und ich habe mich eher als Fremdkörper dort gefühlt, ganz ehrlich gesagt, weil ich dort mitgeatmet habe und habe eigentlich auch nicht genau gewusst, wieso ich jetzt mitatme. Aber das war vor 26 Jahren und das hat sich sicher auch geändert.

Der Regierungsrat hat gesagt, eines ist das Edukative, das man vielleicht eher unserer allgemeinen Bildung überlässt, wie eine Geburt halt vonstatten gehen soll oder wie man auch als Mann oder als Partnerin oder als Partner da mithelfen kann. Und das andere ist das rein Medizinische und beim rein Medizinischen macht es wirklich total Sinn. Und darum finde ich den Anzug jetzt wirklich völlig unnötig und wieder einmal mehr eine Verschwendung des viel zu grossen Wohlstands und wir würden lieber das Geld wirklich dort einsetzen, wo wir es wirklich brauchen.

Darum, die LDP lehnt sogar eine erste Überweisung dieses Anzugs zurück.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir sind bei der Anzugstellerin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Es ist speziell jetzt das Schlusswort zu dieser Debatte halten zu können. Wir haben jetzt zwei Anzüge zum Thema Männer und Gleichstellung diskutiert und was ich jetzt eben auch gerade beobachtet habe, ist eben das, was so wichtig ist in diesem Gleichstellungsthema, nämlich dass sich die Diskussionen weiterentwickeln und Männer eben auch das Thema für sich zu «ownen» und anders damit umzugehen beginnen.

Darum möchte ich noch kurz auf den einen Punkt eingehen, der in der vorherigen Debatte genannt wurde, dass nämlich, wenn wir über geschlechterreflektierte Männerarbeit beginnen zu sprechen, Männer unter Generalverdacht gestellt würden oder dass wir anstatt zu vereinen jetzt spalten. Da möchte ich jetzt schon einfach nochmals kritisch aufwerfen, dass wir in unserer Gesellschaft halt tatsächlich viel Gewalt haben und dass viel verlinkt ist mit Männlichkeitsvorstellungen, und dass diese Gewalt unsere Gesellschaft spaltet und nicht das Benennen der Ursachen von Gewalt, die wir natürlich alle gemeinsam angehen müssen.

Männer und Gleichstellung als Windows Update sich vorzustellen, also als etwas, das eigentlich selbstverständlich sein müsste, fände ich auch schön, wenn es denn so wäre. Aber ich finde gerade jetzt wieder bei dem Verständnis der Geburtsvorbereitungskurse, das jetzt auch von der Regierung hier vertreten wurde, sieht man halt wieder, dass es doch immer noch so stark in den Köpfen verankert ist, dass die Geburt etwas ist, das vor allem die Frauen betrifft. Wenn Sie die Geburtsvorbereitungskurse am Unispital von heute anschauen, sind diese heute vorwiegend auf Paare ausgerichtet, also von sechs Abendterminen sind bei vier Abendterminen die Männer dabei, die Fachpersonen haben heute auch schon erkannt, dass es dann bei diesen Geburtsvorbereitungskursen ganz wichtig ist, auch Gefässe zu haben, wo Männer auch untereinander sprechen und reflektieren. Damit Männer während der Geburt, diesem Extremereignis, emotionale und praktische Unterstützung leisten können, müssen auch sie wirklich all das Know-how haben, wie so eine Geburt abläuft, denn sonst ist man einfach im Gebärsaal und komplett überfordert von der Situation, die halt einfach eine Überforderung ist. Und die Geburtsvorbereitungskurse helfen eben genau, aus einer Überforderung wieder in eine Handlungsfähigkeit zu kommen. Und deshalb ist es eben wirklich sehr wohl im Interesse der Frauen, wenn ich eine Person an meiner Seite habe, die weiss, was passiert, die nicht einfach Angst kriegt, sondern wirklich begleitend und unterstützend ist. Dann ist das sehr wohl eine sehr wichtige Rolle.

Und einfach um es noch einmal zu sagen: Die Idee, dass Frauen alleine gebären gemeinsam mit den Hebammen und Ärztinnen im Spital, ist eine sehr neue Idee. Früher fand eine Geburt immer eingebettet statt, Mütter, Schwester, Freundinnen und hatten eine wichtige Rolle, und jetzt sind wir in einer sich verändernden Gesellschaft und deshalb ist es eben auch so wichtig, dass auch die Väter diese aktive Rolle übernehmen.

Dann zur Aussage, dass dies irgendwie kompliziert sei: die Idee ist ja, dass dieser Gutschein auch ein Kampagnenelement ist, um über das Thema Vaterschaft zu sprechen. Natürlich muss man dann schauen, ob man einfach gewisse Anbieter auswählt wie zum Beispiel das Unispital, wo dann diese Gutscheine eingelöst werden können, oder eben auch gerade Anbieter, die spezifisch für Väter Geburtsvorbereitungskurse machen. Das sollte jetzt wirklich nicht so kompliziert sein.

Es gibt viele Studien, die halt einfach zeigen, dass ein ganz früher Einbezug von Väter ab Beginn der Schwangerschaft ihr väterlichen Engagement über die Jahre hinweg beeinflussen. Auch in meiner persönlichen Erfahrung, beim Gang eben durch diese Institution, habe ich immer wieder gemerkt, dass der Fokus sehr stark auf den Frauen ist und die Männer immer wieder um Aufmerksamkeit kämpfen müssen und die Institutionen, wie sie funktionieren, die Paare ein bisschen hineindrängen in traditionelle Rollen.

Ich habe jetzt eben viele Unterschriften auch von Vätern hier drin gesammelt und würde mich freuen, wenn Sie sich entscheiden, den Anzug zu überweisen und wir deshalb auch als Grosser Rat einen Schritt machen können, um an diesen immer noch stereotypen und starren Erwartungen an die männliche Vaterschaft zu rütteln.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie eine Frage von Johannes Sieber beantworten? Die Zwischenfrage wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Ich wollte wissen, ob sich bei der SP auch Männer mit Gleichstellung befassen und Anzüge zu diesem Thema einreichen dürften.

Barbara Heer (SP): Selbstverständlich und das tun sie. Wir hatten jetzt eine wirklich männerdominierte Debatte und ich habe mich bemüht, kurz zu sein, um nicht die Männer zu konkurrieren, die jetzt hier ihre Redezeit schön genutzt haben .

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte den Anzug nicht entgegennehmen. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 34 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005371, 19.12.24 17:41:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 53 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

68. Anzug 46 Christine Keller und Konsorten betreffend Förderung, Stärkung und Anerkennung von Freiwilligenarbeit und freiwilligem Engagement durch einen kantonalen Freiwilligenausweis (gestützt auf das Generationenleitbild der Basler Alterskonferenz)

[19.12.24 17:41:15, 24.5422.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Warum ist die LDP gegen die Überweisung des Anzuges von Christine Keller? Ich habe es nicht verstanden, denn ich verstehe freiwillige Arbeit so, dass dies auf Freiwilligkeit basiert, auf selbstbestimmter Entscheidung, anderen helfen zu können. Und das – und das ist das Entscheidende – immer ohne irgend etwas Materielles oder einen extrinsischen Anreiz, der mich dazu führt, dass ich Freiwilligenarbeit leiste.

Ein offizieller Ausweis könnte das Freiwillige und das Altruistische, das dahintersteckt in dieser in Basel hochgelobten Arbeit, kompromittiert werden und in Frage gestellt werden. Das ist dann wie so eine institutionelle Überregulierung, die das Engagement vom Einzelnen und von der Einzelnen beeinflusst. Die primäre Motivation einer solchen Freiwilligenarbeit könnte auch untergraben werden aus dem reinen Wunsch nach Hilfe und Solidarität. Und auch da wieder enorm viel Bürokratie.

In welcher Form soll denn das geschehen, dass man dann gratis in den Zolli geht oder dass man gratis ins Theater geht oder dass man reduziert dort und dort hingeht. Auch da wieder Staat und Privat, die gegeneinander ausgespielt werden für nichts. Ich sehe den Sinn dahinter nicht.

Ein Freiwilligenausweis mit vergünstigten Eintritten oder Sonderaktionen könnte einfach die Freiwilligenarbeit zunehmend abhängig machen sogar von staatlichen Anreizen und das wollen wir doch nicht. Wir wollen doch einfach das, was die Menschen aus Altruismus heute bei uns im Kanton machen eher fördern und fordern, aber nicht durch Gutscheine und nicht durch Anreize. Denn die Anreize bestehen ja schon und dann wäre es schon fast nicht mehr freiwillig.

Es ist für mich einfach eine Entwertung der Freiwilligenarbeit schlussendlich und die LDP und auch die SVP, in deren Namen ich auch sprechen darf, lehnen die Überweisung des Anzugs ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Anzugsstellerin hat das Schlusswort.

Christine Keller (SP): Das ist jetzt schade, dass Raul Furlano die Absicht dieses Anzuges so versteht, dass das zu einer Entwertung der Freiwilligenarbeit führt. Es ist natürlich das Gegenteil der Fall. Wir haben im Anzug ausgeführt, dass die Gesellschaft sehr angewiesen ist auf diese Freiwilligenarbeit, und diese ist sehr wohl nicht nur im Interesse der Menschen, die vielleicht im Rahmen solch eines Einsatzes betreut werden, sondern immer auch im Interesse der freiwilligen Person, die dadurch auch Einblick in Arbeitsbereiche erhält, in meinem Fall in ein Palliativspital, die sie sonst nicht erhalten würde. Und selbstverständlich macht man das freiwillig und das würde doch nicht korrumpiert durch einen vielleicht zu 10 Prozent vergünstigten Eintritt. Ich sage jetzt vielleicht lieber nicht in den Zoo, sondern in ein Museum, aber selbstverständlich darf auch der Zoo dabei mitmachen, wenn er das dann will.

Es geht geht aber darum, einen Anreiz zu setzen. Es gibt schon einen Anreiz, den Prix Schappo, aber ich glaube, es würde wirklich nicht schaden, wenn da noch mehr dazu käme. Ich habe es im Anzug geschrieben, es ist einer derjenigen Vorstösse, die in Zusammenarbeit mit der Basler Alterskonferenz zustande kam, und eben ein Generationenleitbild, weil gerade die Freiwilligenarbeit eine Brücke schlägt zwischen oft jüngeren, freiwillig Helfenden und der älteren Generation, die mindestens im Sozialbereich darauf besonders angewiesen ist. Was den immer wieder befürchteten bürokratischen Aufwand betrifft, so ist zu sagen, es im Präsidialdepartement bereits diese Koordinationsstelle gibt und ich denke, der Aufwand, den sie nun betreiben müsste, um aufgrund einer Bestätigung der Institution, dass jemand eine Stunde oder zwei Stunden pro Woche (die Grenze wäre zu definieren) freiwillig tätig ist, den Anspruch auf so eine Karte zu geben, wie wir sie ja schon kennen mit dem Familienpass oder bei der Kulturlegi, ist nicht so gross. Wir fanden das eine gute Idee.

Es steht auch immer wieder die die Idee der Steuerabzüge, der Zeitspenden im Raum. Mal abgesehen davon, dass dies kantonal nicht geht aufgrund des Steuerharmonisierungsgesetzes, könnte man da eher von Lohn sprechen. Aber hier geht es ganz offensichtlich auch einfach um eine weitere Anerkennung. Wir haben das natürlich auch mit GGG Benevol abgesprochen. Die finden das eine gute Idee, der bürokratische wie auch der finanzielle Aufwand würden sich ganz sicher in Grenzen halten. Vielleicht würden sich dann auch Private, vielleicht sogar Beizen, private Kulturveranstalter gerne anschliessen und sagen, doch Freiwillige willkommen bei uns, mit dem Ausweis habt ihr eine kleine Vergünstigung. Das gibt dann wieder einen Werbeeffekt.

Ich danke der Regierung, dass sie das prüfen will. Ich bitte Sie, den Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung des Anzugs wird bestritten von Raoul Furlano. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 35 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005373, 19.12.24 17:48:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 52 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

69. Anzug 47 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Förderung von Literatur für Kinder und Jugendliche

[19.12.24 17:48:39, 24.5447.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Sie sind auf den Anzug eingetreten.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

70. Anzug 48 Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend die Bewirtschaftung öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur für E-Nutzfahrzeuge

[19.12.24 17:49:05, 24.5466.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle unterbreche ich die Sitzung. Ich wünsche Ihnen wunderbare Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Schluss der 46. Sitzung

17:49 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:03:34
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	23	1	1	14	4	0	1	2	0	0
Nein	59	24	14	0	5	9	2	4	1	0
Ent	5	0	1	0	1	0	2	1	0	0
Abgestimmt	87	25	16	14	10	9	5	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	10	4	2	1	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	90	25	16	14	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:05:30
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	82	24	16	14	10	6	5	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	3	0	0	0	0	3	0	0	0	0
Abgestimmt	86	24	16	14	10	9	5	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	9	3	2	1	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	91	26	16	14	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:10:12
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	84	26	13	15	10	9	5	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	26	13	15	10	9	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	10	2	4	0	0	1	1	1	0	1
Nicht anwesend	5	1	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.0600

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:29:14

Geschäft Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	29	17	15	9	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	17	15	9	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.0600

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:29:52

Geschäft Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	17	15	9	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	17	15	9	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.0600

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:30:28

Geschäft Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	17	15	9	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	17	15	9	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.0600

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:31:08

Geschäft Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ent	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	27	17	15	9	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	17	15	9	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.0600

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:31:46

Geschäft Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	29	17	15	9	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	17	15	9	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.0600

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:32:23

Geschäft Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	29	17	15	9	9	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	93	29	17	15	9	9	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.0600

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:33:02

Geschäft Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	17	14	10	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	17	14	10	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	11	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.0600

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:33:39

Geschäft Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	28	17	15	10	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	17	15	10	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	11	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.0600

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:34:15

Geschäft Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	29	17	15	10	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	17	15	10	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	11	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
24.0710

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:45:49

Geschäft Finanzhilfen für präventive und niederschwellige Tagesstrukturangebote der Stiftung Rheinleben für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	28	16	15	8	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	16	15	8	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	1	0	3	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	11	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
24.0710

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:46:35

Geschäft Finanzhilfen für präventive und niederschwellige Tagesstrukturangebote der Stiftung Rheinleben für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	27	16	14	8	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	16	14	8	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	7	1	1	1	3	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	11	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
24.0185

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 10:58:19

Geschäft Areal Tennisclub Old Boys, Schützenmatte West, Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich St. Galler-Ring, Neubadstrasse, General Guisan-Strasse, Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ent	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	39	27	12	0	0	0	0	0	0	0
Nein	49	0	0	14	11	10	6	7	1	0
Ent	7	2	5	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	17	14	11	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	11	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
24.0185

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 10:59:39

Geschäft Areal Tennisclub Old Boys, Schützenmatte West, Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich St. Galler-Ring, Neubadstrasse, General Guisan-Strasse, Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ent	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ent	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ent	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ent	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ent	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ent
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ent
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ent
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ent
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ent
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ent
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ent	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ent	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ent	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ent	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ent	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ent	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ent	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ent	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Hanauer Raffaela (GAB)	Ent	Roth Franziska (SP)	Ent
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	59	1	8	15	11	10	6	7	1	0
Nein	5	0	5	0	0	0	0	0	0	0
Ent	31	27	4	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	15	11	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	11	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
23.1770

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 11:37:28

Geschäft Teilrevision des Bau- und Planungsgesetzes im Hinblick auf die Übernahme des Winterdienstes auf Trottoirs durch die öffentliche Hand sowie betreffend Ausgabenbewilligung für die Beschaffung von Winterdienstaggregaten (Pflüge und Salzstreuer) und die Durchführung des Winterdienstes auf Trottoirs der Stadt Basel durch die öffentliche Hand. Beri

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	74	29	17	9	8	6	5	0	0	0
Nein	15	0	0	5	3	2	0	5	0	0
Ent	4	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Abgestimmt	93	29	17	15	11	9	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	0	1	0	0	1	2	0	1	0
Stimmberechtigt	95	29	17	15	11	9	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
23.1770

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 11:38:28

Geschäft Teilrevision des Bau- und Planungsgesetzes im Hinblick auf die Übernahme des Winterdienstes auf Trottoirs durch die öffentliche Hand sowie betreffend Ausgabenbewilligung für die Beschaffung von Winterdienstaggregaten (Pflüge und Salzstreuer) und die Durchführung des Winterdienstes auf Trottoirs der Stadt Basel durch die öffentliche Hand. Beri

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	72	29	16	7	8	6	5	1	0	0
Nein	17	0	0	7	3	2	0	5	0	0
Ent	4	0	1	1	0	1	1	0	0	0
Abgestimmt	93	29	17	15	11	9	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	0	1	0	0	1	2	0	1	0
Stimmberechtigt	95	29	17	15	11	9	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
24.1323

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 11:43:27
Geschäft Ausgabenbewilligung Friedhof am Hörnli – Zaun- und Tormanagement, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	28	15	15	10	9	6	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	28	15	15	10	9	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	0	2	0	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	6	1	1	0	0	1	2	0	1	0
Stimmberechtigt	94	28	17	15	11	9	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
24.1380

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 11:46:40

Geschäft Ausgabenbewilligung Elektromobilität in der Stadtgärtnerei; Ersatz von zwei vollelektrischen Hubarbeitsbühnen; Ersatz eines vollelektrischen multifunktionalen Geräteträgers, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	80	24	14	14	9	8	6	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	80	24	14	14	9	8	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	12	3	3	1	1	1	0	2	0	1
Nicht anwesend	8	2	1	0	1	1	2	0	1	0
Stimmberechtigt	92	27	17	15	10	9	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
24.0772

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 12:01:27

Geschäft Neubau Kunstrasen und Erneuerung der Beleuchtung auf der Sportanlage Rankhof – Erhöhung der Ausgabenbewilligung aufgrund neuer Gegebenheiten, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	28	16	14	8	8	6	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	28	16	14	8	8	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	1	1	1	1	2	2	0	1	0
Stimmberechtigt	91	28	17	14	10	8	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
24.0772

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 14:28:30

Geschäft Neubau Kunstrasen und Erneuerung der Beleuchtung auf der Sportanlage Rankhof – Erhöhung der Ausgabenbewilligung aufgrund neuer Gegebenheiten, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht abgestimmt	17	6	5	1	2	1	0	2	0	0
Nicht anwesend	82	23	13	14	9	9	8	5	1	0
Stimmberechtigt	18	6	5	1	2	1	0	2	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
24.1065

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 16:12:31

Geschäft Erneuerung des Staatsbeitragsvertrags zwischen dem Kanton Basel-Stadt und den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel für die Modellprojekte Home Treatment High Utilizer und Home Treatment bei Übergangsbehandlung nach stationärer Behandlung für das Jahr 2025, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	86	25	14	14	10	10	6	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	25	14	14	10	10	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	9	4	3	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	1	0	1	0	2	0	1	0
Stimmberechtigt	95	29	17	15	10	10	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
24.0713

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 16:22:21

Geschäft Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023;Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK UKBB

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	86	28	12	13	11	10	5	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	28	12	14	11	10	5	7	0	0
Nicht abgestimmt	9	1	5	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	0	0	2	0	1	0
Stimmberechtigt	96	29	17	15	11	10	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
23.0849

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 16:27:38

Geschäft Nachtragskredit für das Jahr 2024 betreffend Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	74	24	16	11	9	8	5	1	0	0
Nein	4	0	0	0	1	0	0	3	0	0
Ent	6	0	0	2	1	0	0	3	0	0
Abgestimmt	84	24	16	13	11	8	5	7	0	0
Nicht abgestimmt	12	5	1	2	0	2	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	0	0	2	0	1	0
Stimmberechtigt	96	29	17	15	11	10	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
24.0640

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 16:55:27
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Basler Papiermühle für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	71	29	16	14	1	6	5	0	0	0
Nein	22	0	0	1	10	3	1	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	16	15	11	10	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	0	0	2	0	1	0
Stimmberechtigt	96	29	17	15	11	10	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
24.0640

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 16:56:40
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Basler Papiermühle für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	29	16	15	10	10	6	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	16	15	11	10	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	0	0	2	0	1	0
Stimmberechtigt	96	29	17	15	11	10	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
24.5478

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 17:51:22

Geschäft Antrag 1 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend höhere Sicherheit für die Bevölkerung durch effizientere Bekämpfung der Kriminalität

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	44	0	0	13	10	10	4	7	0	0
Nein	48	28	17	0	1	0	2	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	17	13	11	10	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	1	0	0	0	2	0	1	0
Stimmberechtigt	95	28	17	15	11	10	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
24.5430

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 20:15:05
Geschäft Motion 1 Oliver Thommen und Konsorten für ein Grundrecht der digitalen Integrität

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	65	26	17	0	1	10	6	5	0	0
Nein	25	0	0	15	9	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	91	26	17	15	10	10	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	6	2	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 20**
24.5463

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 20:38:12
Geschäft Motion 2 Michael Hug und Konsorten betreffend 10-Minuten-Nachbarschaften für Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	64	27	4	15	0	10	6	2	0	0
Nein	24	0	10	0	9	0	0	4	1	0
Ent	4	0	3	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	17	15	10	10	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	6	2	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
24.5464

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 20:52:20
Geschäft Motion 3 Heidi Mück und Konsorten betreffend Vision Zero in der Basler Verkehrsplanung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	52	27	17	0	0	2	6	0	0	0
Nein	39	0	0	15	10	7	0	6	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	17	15	10	10	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	6	2	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.5465

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 21:06:52
Geschäft Motion 4 Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ent		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	53	27	17	1	0	3	5	0	0	0
Nein	36	0	0	14	9	6	0	6	1	0
Ent	2	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	17	15	10	10	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	1	1	0	1
Nicht anwesend	6	2	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
24.5211

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 21:18:34

Geschäft Anzug 1 Heidi Mück und Konsorten betreffend stärkere Sensibilisierung der Lehrpersonen für geschlechtsunabhängige Leistungseinschätzung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	55	27	17	0	1	5	5	0	0	0
Nein	36	0	0	15	9	5	0	6	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	17	15	10	10	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	1	1	0	1
Nicht anwesend	6	2	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 24**
24.5212

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 21:38:31

Geschäft Anzug 2 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sowie Chancengleichheit an der Universität Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	27	15	0	0	0	5	0	0	0
Nein	41	0	0	14	10	10	0	6	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	89	27	15	14	10	10	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	2	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	7	2	1	1	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	93	27	17	14	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
24.5213

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 21:44:12

Geschäft Anzug 3 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit finanziellen Schwierigkeiten durch frühzeitige Information über bestehende Hilfs- und Beratungsangebote in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	83	27	17	14	7	9	6	3	0	0
Nein	6	0	0	0	3	0	0	2	1	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	1	0	0
Abgestimmt	91	27	17	14	10	10	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	7	2	1	1	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	93	27	17	14	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 26**
24.5214

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 22:05:54
Geschäft Anzug 4 Oliver Thommen und Konsorten betreffend die Beantwortung von Interpellationen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	52	0	15	10	10	9	4	3	1	0
Nein	31	27	0	1	0	0	1	2	0	0
Ent	3	0	0	2	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	86	27	15	13	10	10	5	5	1	0
Nicht abgestimmt	6	0	2	1	0	0	1	1	0	1
Nicht anwesend	8	2	1	1	1	0	2	1	0	0
Stimmberechtigt	92	27	17	14	10	10	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 28**
24.5224

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 22:28:46

Geschäft Anzug 6 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Evaluation und möglicher Anpassung des Taxigesetzes

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ent	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	64	27	17	4	1	9	6	0	0	0
Nein	23	0	0	8	9	1	0	5	0	0
Ent	2	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	17	14	10	10	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	9	2	1	1	1	0	2	1	1	0
Stimmberechtigt	91	27	17	14	10	10	6	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 11:18:53

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ent	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ent
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	13	0	0	0	8	1	2	1	1	0
Nein	75	29	17	15	2	7	5	0	0	0
Ent	7	0	0	0	0	0	1	6	0	0
Abgestimmt	95	29	17	15	10	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	1	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 11:26:38

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ent
Thommen Oliver (GAB)	Ent
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ent
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	2	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Nein	83	27	12	13	9	8	7	7	0	0
Ent	5	0	2	0	2	1	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	15	13	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	9	2	2	2	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 11:27:21

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	19	0	0	5	6	1	0	7	0	0
Nein	75	29	17	8	5	9	7	0	0	0
Ent	3	0	0	1	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	97	29	17	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 11:34:27

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	33	0	0	13	10	3	0	7	0	0
Nein	63	29	17	2	1	7	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	97	29	17	15	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 11:43:04

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	17	0	0	6	9	0	0	2	0	0
Nein	79	29	17	8	2	10	8	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	97	29	17	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 11:53:44

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	2	0	0	1	0	0	0	1	0	0
Nein	91	27	17	13	10	10	8	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	27	17	14	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 11:56:34

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	88	26	14	14	11	9	8	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	26	14	14	11	9	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	8	3	2	1	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	3	0	2	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	16	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 15:55:43

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	28	17	15	9	10	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	28	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 15:56:30

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	32	26	6	0	0	0	0	0	0	0
Nein	62	0	11	15	11	10	8	7	0	0
Ent	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	28	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 16:15:01

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	92	27	17	14	11	10	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	17	14	11	10	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	1	0	0	1	1	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 16:17:59

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	26	16	14	11	10	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	26	16	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	6	3	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 16:20:26

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	96	29	17	14	11	10	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	29	17	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 16:24:32

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ent	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	75	28	11	11	1	10	8	6	0	0
Nein	12	0	2	1	9	0	0	0	0	0
Ent	8	0	4	1	1	0	0	1	1	0
Abgestimmt	95	28	17	13	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 95**
24.0748

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 16:30:26

Geschäft Teilrevision des Gesetzes betreffend Einreihung und Entlöhnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt vom 18. Januar 1995 (Lohngesetz, SG 164.100) betreffend gesetzliche Grundlage für Lohnnebenleistungen, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	28	16	12	10	9	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	28	16	12	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	8	1	1	3	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 97**
23.1578

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 17:28:02

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Zoo Basel für die Jahre 2025 bis 2028 sowie Nachtragskredit für 2025, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Ent	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	58	1	10	14	11	9	6	7	0	0
Nein	33	28	3	1	0	0	0	0	1	0
Ent	6	0	5	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	97	29	18	15	11	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	2	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	29	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 97**
23.1578

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 17:29:20

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Zoo Basel für die Jahre 2025 bis 2028 sowie Nachtragskredit für 2025, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ent	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	31	28	3	0	0	0	0	0	0	0
Nein	59	0	10	15	11	9	7	7	0	0
Ent	7	0	5	0	0	1	0	0	1	0
Abgestimmt	97	28	18	15	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	29	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 97**
23.1578

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 17:30:09

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Zoo Basel für die Jahre 2025 bis 2028 sowie Nachtragskredit für 2025, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ent
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	25	18	15	11	9	7	7	0	0
Nein	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	3	2	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	97	28	18	15	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	29	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 98**
24.0701

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 09:31:46
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	16	0	0	3	11	1	0	0	1	0
Nein	81	29	17	12	0	8	8	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	29	17	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 98**
24.0701

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 09:32:42
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	38	0	0	14	11	4	3	6	0	0
Nein	57	28	17	1	0	5	5	1	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	28	17	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 98**
24.0701

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 09:33:36
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	42	0	0	14	11	5	7	5	0	0
Nein	54	29	17	1	0	4	1	2	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	97	29	17	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 98**
24.0701

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 09:34:21
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ent
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ent
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	71	29	17	9	0	6	8	2	0	0
Nein	16	0	0	5	10	0	0	0	1	0
Ent	10	0	0	1	1	3	0	5	0	0
Abgestimmt	97	29	17	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 32**
24.5251

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 09:41:12
Geschäft Anzug 10 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verkehrssicherheit in der Peter Merian-Strasse

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	78	28	17	12	1	7	7	6	0	0
Nein	10	0	0	0	9	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	28	17	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	9	1	0	2	1	2	1	1	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	14	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 35**
24.5256

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 10:01:12

Geschäft Anzug 13 Laurin Hoppler und Konsorten betreffend Einführung eines Thementags zur direkten Demokratie an den Volksschulen in Basel-Stadt unter Nutzung von neuen und bestehenden Angeboten

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ent

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	56	26	16	6	0	0	8	0	0	0
Nein	34	0	0	8	10	8	0	7	1	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	16	14	11	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	7	3	1	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 37**
24.5264

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 10:08:55

Geschäft Anzug 15 Fleur Weibel und Konsorten betreffend niederschwellige und zeitgemässe Informationen für alle Familien

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	65	29	17	7	0	5	7	0	0	0
Nein	29	0	0	7	11	4	0	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	29	17	14	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 38**
24.5265

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 10:26:24
Geschäft Anzug 16 Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Einrichtung eines Gender-Medizin-Instituts in Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	53	28	17	0	0	0	8	0	0	0
Nein	41	0	0	14	11	9	0	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	17	14	11	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 39**
24.5266

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 10:33:18
Geschäft Anzug 17 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend “Ein Bus” für Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	56	28	16	0	0	5	7	0	0	0
Nein	34	0	0	14	10	3	0	7	0	0
Ent	3	0	0	0	0	1	1	0	1	0
Abgestimmt	93	28	16	14	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 40**
24.5267

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 10:48:38

Geschäft Anzug 18 Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Entlastung der Lehrpersonen durch «Supportteams Elternarbeit»

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ent
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	15	0	6	0	0	1	1	7	0	0
Nein	74	29	8	15	10	6	5	0	1	0
Ent	3	0	2	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	92	29	16	15	10	7	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	1	0	0	2	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 41**
24.5268

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 10:58:49
Geschäft Anzug 19 Michela Seggiani und Konsorten betreffend Haus der Vereine in Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	55	28	17	2	0	1	7	0	0	0
Nein	39	0	0	13	10	8	0	7	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	17	15	10	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 42**
24.5269

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 11:01:17

Geschäft Anzug 20 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend geschlechtsspezifischem Fokus bei der medizinischen Prävention und Nachsorge

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	77	27	15	13	0	8	7	7	0	0
Nein	12	0	0	1	10	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	15	14	10	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	8	2	2	1	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 44**
24.5271

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 11:12:58

Geschäft Anzug 22 Patrick Fischer und Konsorten betreffend Überprüfung hoheitlicher Aufgaben zur Entlastung der Kantonspolizei

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	57	27	0	2	10	9	1	7	1	0
Nein	36	0	16	13	0	0	7	0	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	27	17	15	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	17	15	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 46**
24.5298

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 11:28:04
Geschäft Anzug 24 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Zugang zu Informationen nach IDG

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	27	16	0	3	0	3	0	0	0
Nein	41	0	0	14	6	9	5	7	0	0
Ent	3	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	17	15	10	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	1	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	17	15	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
24.5304

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 11:40:15

Geschäft Anzug 25 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Lohntransparenz bei Stellenausschreibungen für Stellen beim Kanton Basel-Stadt in Form eines Online-Gehaltsrechner und durch Angabe der Lohnklasse

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	56	28	17	1	0	2	8	0	0	0
Nein	39	0	0	14	10	7	0	7	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	15	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	17	15	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
24.5305

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 14:53:40

Geschäft Anzug 26 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Hass, Beleidigungen, Abwertungen und Drohungen – schützt unser Kanton unsere Politiker:innen?

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend
Brigger René (SP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Bollack Lukas (GLP)	Nicht abgestimmt
Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Friedl Harald (GAB)	Nicht abgestimmt
Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hettich Daniel (LDP)	Ent
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	1	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	3	2	0	1	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	35	11	8	5	3	2	2	3	0	1
Nicht anwesend	62	16	10	9	8	8	6	4	1	0
Stimmberechtigt	38	13	8	6	3	2	2	3	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
24.5305

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 15:07:25

Geschäft Anzug 26 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Hass, Beleidigungen, Abwertungen und Drohungen – schützt unser Kanton unsere Politiker:innen?

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Ent
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	44	27	16	0	0	0	0	0	1	0
Nein	43	0	0	12	11	10	4	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	89	27	16	12	11	10	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	2	1	0	0	2	1	0	0
Stimmberechtigt	92	27	16	14	11	10	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 49**
24.5308

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 15:27:15

Geschäft Anzug 27 Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Solarstrom via IWB-Contracting-Vertrag auch auf Dachflächen von Einfamilienhäusern, Mehrfamilienhäusern und Genossenschaften

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	33	0	16	0	0	10	7	0	0	0
Nein	59	28	0	14	11	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	28	16	14	11	10	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	28	17	14	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 50**
24.5309

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 15:45:29

Geschäft Anzug 28 Leoni Bolz und Konsorten betreffend Vermittlung fürsorgerischer Zwangsmassnahmen in den Schulen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	53	25	17	1	0	1	8	0	1	0
Nein	35	0	0	12	11	7	0	5	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	1	0	0
Abgestimmt	90	25	17	13	11	9	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	3	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	1	1	0	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	28	17	14	11	9	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 51**
24.5319

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 15:52:50
Geschäft Anzug 29 Anouk Feurer und Konsorten betreffend Kleinkinder und Bildschirme

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	74	26	17	11	3	8	7	2	0	0
Nein	13	0	0	2	8	0	0	2	1	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0
Abgestimmt	89	26	17	13	11	8	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	6	1	1	1	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	28	17	14	11	8	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 53**
24.5342

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 15:57:33

Geschäft Anzug 31 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Markierung von sicheren Fussgänger Übergängen bei Tram-Haltestellen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	78	25	17	13	1	8	8	6	0	0
Nein	10	0	0	0	9	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	25	17	13	10	8	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	1	1	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	17	14	11	8	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 55**
24.5403

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 16:03:51
Geschäft Anzug 33 Eric Weber betreffend Freikarten für Grossräte für den Eurovision Song Contest in Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	3	0	0	0	0	0	2	0	1	0
Nein	78	23	13	12	11	8	6	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	81	23	13	12	11	8	8	5	1	0
Nicht abgestimmt	12	4	4	2	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	7	2	1	1	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	17	14	11	8	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
24.5404

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 16:06:20
Geschäft Anzug 34 Eric Weber betreffend Ordnung im Grossen Rat

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	70	17	12	12	11	7	7	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	71	17	12	12	11	7	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	22	10	5	2	0	1	1	2	0	1
Nicht anwesend	7	2	1	1	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	17	14	11	8	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 57**
24.5405

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 16:20:05

Geschäft Anzug 35 Amina Trevisan und Konsorten betreffend «Wohnen für Hilfe» - intergenerationales Projekt gegen Wohnungsnot und Einsamkeit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	52	27	17	0	0	1	6	0	1	0
Nein	37	0	0	13	11	7	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	90	27	17	13	11	8	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	1	1	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	17	14	11	8	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 59**
24.5407

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 16:35:56

Geschäft Anzug 37 Lukas Bollack und Konsorten betreffend die Anpassung der Praxis zur Einrichtung von Veloabstellplätzen in den Quartieren

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	54	27	16	0	0	4	7	0	0	0
Nein	33	0	1	13	11	3	0	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	27	17	13	11	7	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	6	0	0	1	0	1	1	1	1	1
Nicht anwesend	7	2	1	1	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	17	14	11	8	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 62**
24.5415

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 16:41:58

Geschäft Anzug 40 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend «Fernwärme Basel2037» – Kehricht-Saisonspeicher + Wärmepumpen für die Basler Fernwärme

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ent
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ent	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ent	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ent	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	66	26	17	6	1	6	7	3	0	0
Nein	11	0	0	0	9	0	0	1	1	0
Ent	11	0	0	7	1	1	0	2	0	0
Abgestimmt	88	26	17	13	11	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	1	1	0	2	1	1	0	0
Stimmberechtigt	92	27	17	14	11	8	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 65**
24.5419

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 17:03:55
Geschäft Anzug 43 Fina Girard und Konsorten betreffend angemessene Löhne für Praktikant:innen der PH

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	46	27	17	0	0	1	0	0	0	1
Nein	45	0	0	14	10	7	7	6	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	17	14	10	8	7	6	1	1
Nicht abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	9	2	1	1	1	2	1	1	0	0
Stimmberechtigt	91	27	17	14	10	8	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 66**
24.5420

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 17:21:30

Geschäft Anzug 44 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Kompetenzzentrum für geschlechterreflektierte Männerarbeit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	27	17	0	0	1	6	0	0	0
Nein	37	0	0	14	10	7	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	27	17	14	10	8	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	10	2	1	1	1	2	1	1	1	0
Stimmberechtigt	90	27	17	14	10	8	7	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 67**
24.5421

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 17:40:39

Geschäft Anzug 45 Barbara Heer und Konsorten betreffend Gutscheine für werdende Väter für Geburtsvorbereitungskurse

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	53	27	17	0	1	1	7	0	0	0
Nein	34	0	0	14	9	6	0	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	88	27	17	14	10	8	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	2	1	1	1	2	1	2	1	0
Stimmberechtigt	89	27	17	14	10	8	7	5	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 68**
24.5422

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 17:48:06

Geschäft Anzug 46 Christine Keller und Konsorten betreffend Förderung, Stärkung und Anerkennung von Freiwilligenarbeit und freiwilligem Engagement durch einen kantonalen Freiwilligenausweis (gestützt auf das Generationenleitbild der Basler Alterskonferenz)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	52	27	17	0	0	1	7	0	0	0
Nein	35	0	0	13	10	7	0	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	27	17	13	10	8	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	2	1	1	1	2	1	2	1	0
Stimmberechtigt	89	27	17	14	10	8	7	5	0	1